

**DEUTSCHLAND
UND
EUROPA**



WITHDRAWN

Ex libris
Agatha Ramm

32/6

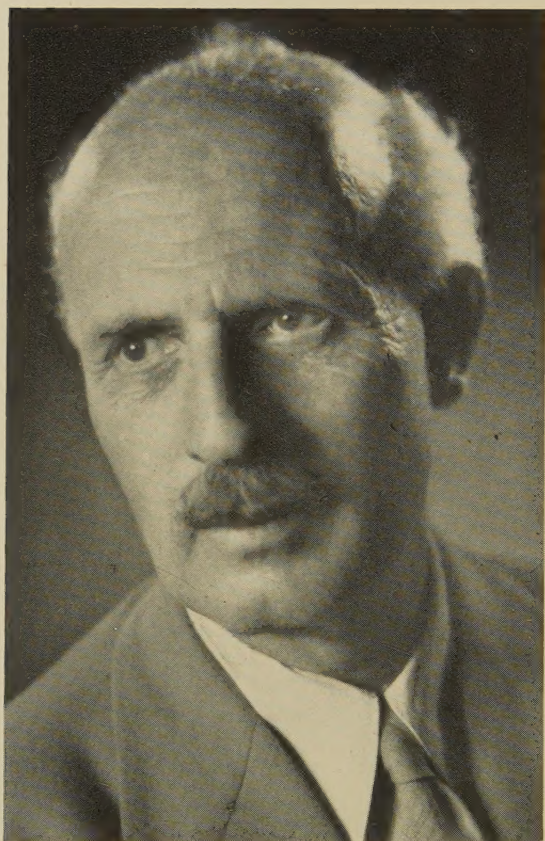
S 15/-

943.77

12

D E U T S C H L A N D U N D E U R O P A

**SOMERVILLE COLLEGE
LIBRARY**



Chas. R. Rogers

DEUTSCHLAND UND EUROPA

Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes



DROSTE-VERLAG · DUSSELDORF

Buchausstattung: JOHANNES U. RUTH MUHLE

FESTSCHRIFT
FÜR HANS ROTHFELS

HERAUSGEGEBEN VON
WERNER CONZE

Copyright 1951 by Droste Verlag u. Druckerei KG., Düsseldorf
Druck: Droste Verlag u. Druckerei KG., Düsseldorf

76246

HANS ROTHFELS, dem Lehrer und Forscher
in Berlin, Königsberg, Chicago und Tübingen,
in Dankbarkeit von Freunden und Schülern
zum 60. Geburtstag am 12. April 1951 gewidmet

I N H A L T

	Seite
Geh. Rat Prof. Dr. Friedrich Meinecke, Berlin:	
Zum Geleit	9

I. Das Reich Bismarcks

Prof. Dr. Theodor Schieder, Köln:	
Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem.	15
Prof. William O. Aydelotte, A. B., PH. D., Iowa:	
Wollte Bismarck Kolonien?	41
Prof. Dr. Gerhard Ritter, Freiburg:	
Das Verhältnis von Politik und Kriegführung im bismarckischen Reich . . .	69

II. Deutschland und England

Prof. Dr. Wilhelm Treue, Hannover:	
Adam Smith in Deutschland. Zum Problem des „Politischen Professors“ zwischen 1776 und 1810	101
Prof. Dr. Percy Ernst Schramm, Göttingen:	
Englands Verhältnis zur deutschen Kultur zwischen der Reichsgründung und der Jahrhundertwende.	135

III. Der europäische Osten

Prof. Dr. Walther Hubatsch, Göttingen:	
Kreuzritterstaat und Hohenzollernmonarchie. Zur Frage der Fortdauer des Deutschen Ordens in Preußen	179
Prof. Dr. Werner Conze, Göttingen:	
Nationalstaat oder Mitteleuropa? Die Deutschen des Reichs und die Natio- nalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten Weltkrieg	201

IV. Rußland und Europa

Prof. Dr. Reinhard Wittram, Göttingen:

Peter der Große und Livland. Zur Kernfrage des Nordischen Krieges 233

Prof. Dr. Waldemar Gurian, Notre Dame, Indiana:

Lenins Methoden der Machteroberung im Jahre 1917 271

Dozent Dr. Werner Markert, Göttingen:

Rußland und die abendländische Welt. Zum Problem der Kontinuität in der russischen Geschichte 293

V. Historia literaria

Prof. Dr. Arnold Bergstraesser, Chicago:

Religiöse Motive des universalgeschichtlichen Denkens 315

Prof. Dr. Friedrich Baethgen, München:

Zur geistigen Entwicklungsgeschichte Rankes in seiner Frühzeit 337

Prof. Dr. Matthijs Jolles, Chicago:

Wilhelm Dilthey und die Bedeutung der Kunst für das Leben 355

Dozent Dr. Walter Bussmann, Göttingen:

Friedrich der Große im Wandel des europäischen Urteils 375

Verzeichnis der Veröffentlichungen von Hans Rothfels 409

Zusammengestellt von Dr. Wolfgang Köllmann, Göttingen.

Der für diesen Band ursprünglich vorgesehene Aufsatz von S. A. Kachler „Vom historischen Optativ: Bismarck zwischen Moltke und Roggenbach“ erscheint im Rahmen der Publikationen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse 1951.

ZUM GELEIT!

Lieber Kollege und Freund!

Man hat mich als Ihren einstigen Lehrer gebeten, das Geleitwort zu der Ihnen zum 60. Geburtstag gewidmeten Festschrift zu schreiben. Schüler zu haben, von denen man im Laufe der Zeit selber viel zu lernen hat, muß den höchsten Stolz eines Lehrers bilden. Ich habe diesen Stolz gerade Ihnen gegenüber und drücke Ihnen von Herzen dankbar die Hand. Es wäre nun meine Aufgabe in diesem Geleitwort, in großen Zügen Ihre wissenschaftliche Entwicklung und Leistung zu charakterisieren, von der ausgezeichneten Erstlingsschrift über Clausewitz an bis zu dem gedankenreichen und meisterhaft abgewogenen Münchener Vortrag von 1949 über Bismarck. Dafür müßte ich, um es mit frischen Farben tun zu können, Ihr ganzes Schrifttum wenigstens summarisch mir vor Augen führen. Aber meine geschwächte Sehkraft erlaubt mir kein Lesen mehr, und das Gedächtnis eines 88jährigen reicht auch nicht mehr aus. Geblieben aber ist mir die lebendigste Erinnerung an Ihr geistiges Schicksal, an Ihr Menschentum, an Ihre Persönlichkeit. Und nun besteht ein inniger Zusammenhang zwischen dem Charakter und der Leistung eines bedeutenden Gelehrten. Er wird meines Erachtens in der Regel zu wenig beachtet bei den Versuchen, die Gesamtleistung eines Forschers zu würdigen, und gerade Ihr besonderes Schicksal und Menschentum verlangen es voran, verstanden zu werden, um den Schlüssel zu Ihrer wissenschaftlichen Leistung zu finden.

Da treten mir gleich in helle Beleuchtung die Tage, die wir im Frühjahr 1916 gemeinsam in Jena und Naumburg verbrachten. Sie hatten die Marne-schlacht als Offizier mitgemacht, dann infolge eines Sturzes mit dem Pferde ein Bein verloren, monatelang zwischen Tod und Leben gehangen und standen nun auf Krücken mit mir und meiner Frau im Naumburger Dom in tiefer Ergriffenheit vor den Wunderwerken deutscher Plastik. Wir sprachen dann miteinander über das Ihnen vorgeschlagene Clausewitz-Thema. Es entsprach unserer gemeinsamen Grundgesinnung in den Anfängen des ersten Weltkrieges, alle Kräfte des deutschen Geistes zusammenzufassen, um dem Kampfe um unsere Selbstbehauptung zu dienen. In völliger Einheit und Harmonie von inneren und äußeren, subjektiven und objektiven Gegebenheiten standen Sie da vor mir.

Wir sahen uns dann wieder in schmerzlicher Stunde, im Oktober 1918. Wäre die Katastrophe, die wir jetzt erlebten, zu vermeiden gewesen durch eine vernünftige Staatskunst oder war sie unvermeidbar? — das war das Thema, über das wir laut meiner Tagebuchnotiz miteinander sprachen. Ein nicht zu unterdrückender Geist, so meinten Sie, sei es gewesen, der sich allenthalben habe entladen müssen als historische Kraft. Ich war nicht ganz zufrieden mit dieser Antwort, aber spürte aus Ihren Worten sehr wohl heraus, daß Sie sich bemühten, Charakterstärke und historisches Verstehen in Ihrer inneren Haltung jetzt zu vereinigen.

Und das Streben nach dieser Vereinigung ist dann das Leitmotiv Ihres Lebens und Wirkens als Lehrer und Forscher geworden. Furchtbare Stunden, für mein Gefühl noch unglückseliger als die im Oktober 1918 durchlebten, waren Ihnen und uns beschieden, als das „Dritte Reich“ heraufzog. Denn nicht aus fremder Übermacht, sondern aus dem eigenen Volksleben heraus erwachsen jetzt die Gefahren, die unser innerstes, nicht nur nationales, sondern rein menschliches Dasein tödlich bedrohten. Und gerade Sie traf das Schicksal jetzt besonders hart, nicht nur infolge Ihrer Abstammung, sondern weil Sie mit tiefem Schmerze jetzt erleben mußten, daß bestimmte Hoffnungen und Wünsche, die Sie hegten, nun zerbrochen am Boden lagen. „Es ist in mir etwas gesprungen“, sagten Sie damals einmal zu mir.

Ihr starker sittlicher Wille wurde zur Heilkraft des inneren Risses. Sie haben als Emigrant und als Professor in Amerika nicht nur einen neuen reich gesegneten Wirkungskreis anstelle des in Deutschland verlorenen gefunden, sondern auch eine neue seelische Position sich erobert, in der Sie die Treue zu allem bleibend Guten Ihrer deutschen Vergangenheit mit der inneren Verpflichtung für Ihre neue Umwelt charaktervoll vereinigen konnten. Nur ahnungsweise kann ich es nachempfinden, wie Sie, immer zugleich kritisch prüfend und seelisch erlebend, diese neue Position sich allmählich befestigten. Unvergessen wird es Ihnen in Deutschland stets bleiben, daß Sie das Buch „German Opposition to Hitler“ schreiben konnten, das mit besonderem Mute auch gewisse amerikanische Zweifel an der Echtheit und dem Adel dieser Widerstandsbewegung zu widerlegen vermochte. Sie durften es wagen, als ein Verteidiger deutscher Werte aufzutreten, weil Sie jetzt auf einer höheren Warte standen als der nur einer nationalgeschichtlichen Betrachtungsweise. Sie haben es verstanden, Ihr äußeres Schicksal so zu meistern, daß Sie es zu Ihrem inneren Schicksal konnten werden lassen. Das heißt, Sie wurden in der neuen Welt zu einem inner-

lich wahrhaft universalen Geschichtsdenker. Ihre Studie über 1848 bedeutet in dieser Hinsicht einen Gipfel Ihrer ganzen bisherigen Leistung.

Sie werden ihm weitere Gipfel folgen lassen, nachdem Sie den Weg in die alte Heimat zurückgefunden haben. Wie bitter nötig tut uns in der heutigen erschütternden Zeit einer Völker- und Weltenwende ein solcher innerer Universalismus, der in der Ehrfurcht vor den positiven Werten des eigenen Volkes wurzelnd zur Ehrfurcht vor den positiven Werten und Gemeinsamkeiten aller Völker wird und Brücken schlägt zu allem wahrhaft Menschlichen in Ihnen. Ein solcher Brückenschläger sind Sie geworden.

Friedrich Meinecke

I. DAS REICH BISMARCKS

Bismarck und Europa

Ein Beitrag zum Bismarck-Problem

I.

Die Frage nach dem europäischen Gehalt in Bismarcks Werk und Politik ist schon von den Zeitgenossen des preußisch-deutschen Staatsmanns in einem widerspruchsvollen Doppelsinne aufgeworfen worden. Auf der einen Seite haben seine schärfsten Gegner wie Konstantin Frantz den Vorwurf erhoben, Bismarck sei der überstaatliche, übernationale und überkonfessionelle Beruf Deutschlands ganz fremd gewesen; das Prinzip des staatlichen Egoismus, gleich wie es sich begründete, habe den letzten Rest einer europäisch-universalen Substanz in der Politik der Staatengesellschaft ausgetilgt und damit „Europa“ als Idee und Wirklichkeit endgültig zerstört. So die einen, deren Reihen in unseren Tagen unter dem Eindruck der deutschen und europäischen Katastrophe sich erheblich verstärkt haben. Für die anderen war es gerade der „europäische Standpunkt“ von Bismarcks Außenpolitik, der ihre Kritik herausforderte. Das war etwa in den Anfängen der Bismarckschen Ministertätigkeit durch den Abgeordneten Virchow geschehen, der im Dezember 1863 Bismarck vorhielt, er habe die schleswig-holsteinische Frage aus einer deutschen zu einer europäischen gemacht. Bismarck antwortete ihm damals mit einer Bemerkung, die, über den momentanen Anlaß hinausgehend, schon etwas Grundsätzliches anklingen läßt: „Solange wir in Europa wohnen und nicht etwa mit Dänemark auf einer isolierten Insel, so lange müssen wir uns auf den europäischen Standpunkt stellen, und ich lasse mir diesen Vorwurf ebenso bereitwillig gefallen, als den, daß ich eine zu preußische Politik triebe.“ Später, vor allem nach Bismarcks Sturz, in den Tagen sanguinischer Hoffnungen der frühen Wilhelminischen Ära, verschiebt sich die Kritik am „europäischen Standpunkt“ Bismarcks in eine ganz neue Dimension: meinte sie noch 1863, daß die legitimen nationalen Interessen vor ein unzuständiges außerdeutsches Forum gebracht worden seien, so wollte man um die Jahrhundertwende und nachher sagen, der im europäischen Blickfeld befangene Staatsmann hätte keinen Sinn für „Weltpolitik“ oder für das, was man

darunter verstand, gehabt. Das Europäische an ihm wurde nun als das beschränkende Moment in seiner Politik verstanden, über das hinauszustoßen das Gebot der Stunde sei. Am nachdrücklichsten vielleicht hat dieser Meinung, die von dem weltpolitischen Enthusiasmus der Flotten- und Kolonialbewegung getragen war, Paul Rohrbach in seiner zuerst 1903 erschienenen Schrift „Deutschland unter den Weltvölkern“ Ausdruck verliehen. Nach ihm schien Bismarck „am äußersten Rand seines Lebens“ es nicht mehr vermocht zu haben, „diejenigen Zeichen zu deuten, die eine allmähliche Vorbereitung für die Erweiterung der politischen Ziele Deutschlands über die europäischen Rücksichten und Verhältnisse hinaus auf den Schauplatz der großen überseeischen Welt forderten“. So habe er sich nicht mehr dazu entwickelt, „das größere Deutschland, das Deutschland, das einem Weltvolk unter den Weltvölkern gehören sollte, in den Sattel zu setzen“¹⁾.

Scheint so die Auseinandersetzung mit dem Europa-Problem bei Bismarck in den verschiedensten Farben zu schillern, sie muß uns doch, wo wir auch ansetzen mögen, immer auf die Grundfrage nach dem Wesen der Bismarckschen Politik überhaupt hinleiten. Werden wir dabei von den eigenen Äußerungen des Staatsmannes ausgehen müssen, so wird sich am Ende doch die Notwendigkeit ergeben, sein historisches Werk, vor allem sein eigentümliches Bündnissystem, nach seiner Stellung in der Entwicklungsgeschichte der europäischen Staatengesellschaft zu befragen. Die deutsche Bismarck-Forschung hat diesen „morphologischen“ Gesichtspunkt auch da, wo sie zunächst nur Klärung der pragmatischen Zusammenhänge anzustreben schien, von jeher nicht außer acht gelassen, aber seither sind unsere Vergleichsmaßstäbe ganz andere geworden.

Wie Bismarck selbst die Begriffe Europa und europäisch verwendet, wird uns einen ersten Fingerzeig geben, welche Vorstellungsgehalte er mit ihnen verbindet. Hier wird man zunächst auszugehen haben von der für die Ordnung von 1815 eigentümlichen Unterscheidung, nach der Preußen — und nicht anders auch Österreich — als deutsche und zugleich europäische Macht galt, d. h. davon, daß es mit der Masse seiner Länder Gliedstaat des Deutschen Bundes war, darüber hinaus aber durch seine vom Bunde exemten Ostprovinzen — Ost- und Westpreußen, Posen — den Charakter einer unabhängigen europäischen Macht gewann. Die Revolution von 1848 hatte diese Regelung vorübergehend aufgehoben und, als sie 1851 wiederhergestellt wurde, war es der eben ernannte preußische

¹⁾ Rohrbach, a. a. O. S. 43, 2. Auflage, 1908.

Bundestagsgesandte von Bismarck, der die diplomatischen Schritte in Frankfurt dazu tat. Zwar führte er nur die Politik der preußischen Regierung aus, aber ohne Zweifel deckte es sich ganz mit seinen eigenen Auffassungen, wenn jetzt das Verlangen gestellt wurde, das staatsrechtliche Band der Ostprovinzen zum Deutschen Bund wieder zu lösen. Daß sie in ihrer Unabhängigkeit der Politik Preußens als europäischer Großmacht das Siegel der Legitimität aufdrückten, wie eine ostdeutsche Zeitung damals schrieb²⁾, war die einhellige Überzeugung aller preußischen Konservativen. Als der Schauplatz einer von Bundes-Deutschland unabhängigen preußischen Großmachtpolitik ist somit politisch-diplomatisch das europäische Feld zuerst in Bismarcks Gesichtskreis getreten — eine Tatsache von größter Bedeutung für seine Vorstellung von „Europa“. Sie meint die Sphäre der hohen Politik innerhalb des Systems der fünf Großmächte, wie es sich im 18. Jahrhundert gebildet hatte und nach dem Revolutionszeitalter wie ein Phönix aus der Asche, mit gewandelten Zügen allerdings, wiedererstanden war. Dieses Mächte-Europa umgestalten wollen, gar die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu kolportieren, das war „rohster Stil roter Demokratie“ und stand ganz außerhalb des Gesichtskreises des jungen Bismarck³⁾.

Europäische Politik treiben hieß für den jungen Bismarck zunächst einfach, Preußen ein eigenes Wort im europäischen Konzert mitsprechen lassen, sich „den Stricken der Bundesphilister entwinden“, wie er es später nannte⁴⁾, das hieß aber auf höherer, europäischer Ebene die Freiheit der Entscheidung gewinnen, die im Rahmen des Bundes, wo Preußen gefesselt war und sich in der Minderheit befand, nicht zu erlangen war. Deutsch und europäisch wird dann ein Begriffspaar, das zwei konträre Standpunkte der preußischen Politik bezeichnet; man möchte sagen, es wird zur Bezeichnung für die Alternative von kleiner und großer Politik. Mitunter meint der Frankfurter Bundestagsgesandte, der die ersten Sträube mit der Präsidialmacht am Bunde ausgefochten hat, sogar, daß sich das Verhältnis der deutschen Mächte auf beiden Ebenen, der deutschen und der europäischen, verschieden einrichten lasse. Ihr „in letzter Instanz not-

²⁾ Ostpreußische Zeitung vom 9. Oktober 1851. Dieses Zitat entnehme ich einer ungedruckten Königsberger Dissertation von Brigitte Winkler, Das Verhältnis der preußischen Ostprovinzen, insbesondere Ostpreußens zum Deutschen Bund im 19. Jahrhundert.

³⁾ Vergleiche das interessante Brieffragment an Leopold von Gerlach aus Chambéry vom 16. Oktober 1853, wo über „rote Blätter“, wahrscheinlich mazzinianischer Richtung, berichtet wird, die den „Schlußgedanken“: „Amerika gegen ein russisches Europa“ enthalten und schließlich die „Vereinigten Staaten von Europa“.

⁴⁾ Brief an Gustav von Alvensleben vom 5. Mai 1859.

wendiges Verständnis“ in der europäischen Politik solle durch den häuslichen Streit in der deutschen „womöglich unberührt, jedenfalls unzerissen bleiben“⁵⁾. In der Bundesversammlung, so äußert er gelegentlich einmal während der Krimkrise, nehme sich die „Erinnerung an unsre europäische Stellung“ nicht gut aus, sie gehöre vielmehr dahin, „wo wir mit anderen Mächten gleicher Kategorie zu verhandeln haben“⁶⁾.

In diesem Bild vom Europa der großen Politik, wie es der junge Bismarck in sich trug, erscheint Deutschland nicht als selbständige Potenz, sondern hier wird es nur durch die beiden deutschen Mächte repräsentiert. Das hatte schon der Abgeordnete der 2. Kammer des Preußischen Landtags in einer Rede vom 6. September 1849 ausgesprochen, in der er sein „Stockpreußentum“ bekannte und das Wesen einer „nationalen preußischen Politik“ im Geiste Friedrichs II. zu bestimmen suchte: dieser hätte, so meint Bismarck, nach dem Bruch mit Frankfurt die Wahl gehabt, sich an Österreich anzuschließen und im Bunde mit diesem den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. „Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein sollte, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Falle in Gemeinschaft mit Österreich, im anderen Falle durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt.“ Damit war einer national-deutschen Politik *sui generis* das Recht abgesprochen, Deutschland vor Europa zu vertreten; aber diese Argumentation, die sich gegen alle Ideen einer Mediatisierung Preußens durch ein nationales Deutschland richtete, ließ sich dann ohne weiteres auch auf den Deutschen Bund anwenden. So hatte in der Tat der preußische Ehrgeiz des Bundestagsgesandten Bismarck keinen Raum für einen irgendwie gearteten Legitimus des Bundesrechts, durch den Preußen in seiner Bewegungsfreiheit als europäische Macht gefesselt werden konnte. In der großen Denkschrift über Preußens Stellung am Bunde, die er Ende März 1858 dem Prinzen von Preußen einreichte, und in ihren Vorentwürfen⁷⁾, hat er dieser Anschauung einen geradezu systematischen Ausdruck gegeben und sie zur Grundlage eines politischen Programms für die Zukunft gemacht. Hier wird der österreichischen Politik unterschoben, daß sie seit der Reaktivierung des

⁵⁾ Brief an Leopold von Gerlach, 4. Dezember 1852.

⁶⁾ Schreiben an Minister von Manteuffel vom 20. Februar 1856, GW II, 128.

⁷⁾ Vergleiche GW II, Nr. 335 und 343.

Bundestags im Jahre 1851 über die ursprüngliche eingeschränkte Bestimmung des Bundes, „Schutzverein der deutschen Regierungen gegen Krieg und Revolution“ zu sein, hinaus getrachtet habe, den Wirkungskreis der Bundesbeschlüsse auf Kosten der Bundesglieder zu erweitern und damit den Bund zu einem Instrument österreichischer Hegemonie, zur Erhöhung Österreichs, zur Verminderung Preußens, zu machen. In ihrem Streben, „das Netz der Bundesverfassung über dem Haupte des ‚emporgekommenen‘ Preußischen Staates zusammenzuziehen“, erschien ihm dann als wichtiges Glied die neue Lehre von einer „Bundespolitik“, d. h. der Grundsatz, „daß der Bund über seine auswärtige Politik durch Majorität beschließe und die einzelnen Bundesstaaten ihre Haltung nach diesen Beschlüssen einzurichten hätten“.

Der Mann, der hier sich leidenschaftlich auflehnte vor allem gegen eine Stärkung der Bundesgewalt auf dem Gebiete der auswärtigen, europäischen Politik, hat höchst skeptisch gedacht über eine selbständige europäische Rolle des Deutschen Bundes, über die Standfestigkeit eines Gebildes in den Stürmen der großen Politik, das nur „mit einer Million Soldaten der Heiligen Allianz im Rücken“ haltbar aussehe und dem keiner der Frankfurter Kollegen Bismarcks, wie er versichert, für den Fall einer ernstesten Gefahr irgendwelchen Wert beilege⁸⁾. Weit entfernt davon war diese kühle Skepsis, die an Friedrichs d. Gr. Äußerungen über das Heilige Römische Reich erinnert, dem Bunde eine besondere europäische Ordnungsfunktion zuzuerkennen. Vorstellungen dieser Art waren auch den preußischen Mitschöpfern der Bundesakte noch ganz geläufig gewesen; Wilhelm von Humboldt hatte sie einst ausgesprochen in seiner Bundesdenkschrift von 1816, die so stark den Vergleich herausfordert mit der Bismarckschen Niederschrift von 1858 über den gleichen Gegenstand: „Man muß auf keine Weise den wahren und eigentlichen Zweck des Bundes vergessen, insofern er mit der europäischen Politik zusammenhängt. Dieser Zweck ist Sicherung der Ruhe; das ganze Dasein des Bundes ist mithin auf Erhaltung des Gleichgewichts durch inwohnende Schwerkraft berechnet . . .“⁹⁾ Solche Gedanken sind im preußischen Konservatismus

⁸⁾ So im sogenannten „Prachtbericht“ vom 26. April 1856 an Manteuffel, GW II, S. 138 ff.

⁹⁾ W. von Humboldt, Denkschrift „Über die Behandlung der Angelegenheiten des Deutschen Bundes durch Preußen“ vom 30. September 1816, zitiert nach W. von Humboldt. Eine Auswahl aus seinen politischen Schriften. Herausgegeben von S. Kaehler, Klassiker der Politik, Band 6, S. 125. Interessant ist, daß Bismarck und Humboldt bei ganz verschiedener Begründung darin einig sind, daß der Bund in der Reihe der europäischen Staaten „außer den größeren deutschen einzeln genommen“ nicht als ein neuer kollektiver

auch nach 1851 nicht ganz verlorengegangen; so sprach noch im Jahre 1863 der konservative Staatsrechtslehrer A. von Daniels in einer Flugschrift von der „universalen Aufgabe Deutschlands“, „die ruhige Mitte von Europa“ zu sein¹⁰). Christlich-abendländisches Universalismus-Denken, von dem sich diese Vorstellungen herleiteten, war mit sehr verschiedenen Nuancierungen bei fast allen preußischen Konservativen lebendig; man stößt darauf bei Bülow-Cummerow, der Preußen in das verbündete Deutschland und darüber hinaus in weite europäische Konzeptionen einfügt und dessen Einfluß man den Rest von überstaatlichem Denken bei Bismarck zugeschrieben hat¹¹). Aber auch Leopold von Gerlach ist von solchen Empfindungen getragen; er konnte ganz im Geiste romantischer Tradition die Begriffe Europa und Christenheit synonym gebrauchen und im Kampfe gegen die Revolution das christliche Prinzip einer überstaatlichen europäischen Gesamtpolitik sehen. Daran erinnerte er beschwörend Bismarck in seinen bekannten Briefen, als dieser längst jeder „Prinzipienpolitik“ seine Absage erteilt hatte¹²).

Ist diese Kluft zwischen Bismarck und seinen konservativen Parteifreunden aber erst in den fünfziger Jahren aufgebrochen? Stand er ursprünglich ihrem europäisch-abendländischen Universalismus, wie er sich in den Ideen der Heiligen Allianz konkretisierte, nicht näher? Tatsächlich klingt in seinen Reden aus den Revolutionsjahren die konservative Anschauung von der Revolution als dem Europa in seinen Grundfesten erschütternden Prinzip gelegentlich an¹³), ja er konnte in der Kreuzzeitung von „Revolution“ und „monarchischem Europa“ als dem großen Gegensatze der Zeit schreiben¹⁴); aber nirgends wird doch die legitimistisch-

Staat auftreten dürfe, „der bald für sich handelte, bald einer oder der anderen größeren Macht zur Hülfe oder zum Vorwande dient. Niemand könnte dann hindern, daß nicht Deutschland als Deutschland auch ein erobernder Staat würde, was kein ächter Deutscher wollen kann . . .“ Jedoch ist diese gleichsam paritätische Ausgleichs- und Stillelegungsfunktion des Bundes, die Preußen ebensowohl am Zügel hält wie Österreich, ganz unbismarckisch gedacht, der durch den Bund höchstens der österreichischen Hegemonialpolitik, niemals der preußischen Dynamik Bremsen anlegen wollte.

¹⁰) Vergleiche Gerhard Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858 bis 1876, 1913, S. 80. Die Schrift mit dem Titel „Reformakte des Deutschen Bundes“ ist auch bei H. Rosenberg, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands, 1935, 2. Band, S. 675, aufgeführt.

¹¹) E. Marcks, Bismarcks Jugend, 1909, S. 230; Hch. von Srbik, Metternich, 2. Band, S. 533.

¹²) Vergleiche den Brief vom 6. Mai 1857, S. 208 ff. in der Ausgabe der Briefe Leopold von Gerlachs von Horst Kohl.

¹³) So in den Reden vom 22. März und 21. April 1849 und 24. Februar 1850, GW X, S. 26, 32 und 81.

¹⁴) Zitiert bei E. Eyck, Bismarck I, 156.

christliche Europaidee unmittelbar ausgesprochen. Sie scheint in der Tat Bismarck nicht eigentlich tief berührt zu haben oder er hat mindestens schon von Anfang an ein geringes Organ für die überstaatlich-universalistischen Töne in ihr gehabt und schon sehr früh die Förderung des konservativen Prinzips ausschließlich durch die Stärkung der preußischen Monarchie betätigen wollen. Sein Denken in konkreten Lebensverhältnissen, seine lutherisch-protestantisch bestimmte Hingabe an den Dienst in einem bestimmten, von Gott verhängten Pflichtenkreis stellen ihn schon dem Typus nach gegen jede Art einer auf universale Geltung zielenden Politik¹⁵⁾, aber jene bewußte Wahrnehmung des konkreten Existenzinteresses enthielt doch auch ein universelles Moment, als sie für jeden anderen Staatsmann und jedes andere Land Geltung besaß und die Einhaltung bestimmter Spielregeln innerhalb des historisch gegebenen Staatensystems zur Voraussetzung hatte. So wird die Interessenlehre, d. h. die Lehre von der unbedingten Vorrangstellung des einzelstaatlichen Machtinteresses in der Regelung der Staatenbeziehungen und der Ordnung des Staatensystems, von Bismarck anders als nur naturalistisch vertreten, so sehr dies oft durch den vitalen Naturalismus seines Charakters verdeckt wurde. Keineswegs hat er sie auch als etwas Neues in eine einheitlich verfaßte Staatengemeinschaft mit einem ungefährdeten gemeinschaftlichen Rechtsbewußtsein eingeführt, sondern es gehört doch zu den nachhaltigsten Erfahrungen der mit der Julirevolution von 1830 anhebenden Epoche, daß das System eines einheitlichen Europa bereits zerbrochen war. Es war zu einem doppelten, in sich gespaltenen Europa gekommen, in dem sich die Prinzipien der Legitimität und Revolution, von den beiden Mächtegruppen im Westen und Osten verkörpert, gegenübertraten. In der Wendung zur Interessenpolitik der europäischen Mächte konnte dann sogar noch die Tendenz wirksam sein, hinter der ideologischen Aufspaltung der europäischen Welt wieder einen gemeinsamen Boden der Staatenpolitik zu gewinnen, die nicht von vornherein, wie das konservative Prinzip es verlangte, ein Land wie das bonapartistische Frankreich aus ihren Kombinationen ausschloß, sondern mit dem Frankreich rechnete, „welches vorhanden ist“. Aus ähnlichen Erfahrungen war im Zeitalter der Glaubenskämpfe die Position der reinen „Politiker“ und der „Staatsvernunft“ als ein Prinzip der Überwindung unüberwindlich erscheinender konfessioneller Gegensätze herausgetrieben worden. Dies erscheint heute fast als ein

¹⁵⁾ Unter der zahlreichen Literatur, die die lutherischen Wurzeln des Bismarckischen Staatsdenkens zum Teil übersteigernd hervorhebt, nenne ich das für unser Thema wichtige Buch von Horst Michael: *Bismarck, England und Europa*, 1930, vor allem S. 315 ff.

desperater Versuch, eine *Discordia concors* zu postulieren, eben in der Zwietracht die Einheit zu suchen, und in der Tat ist ja schließlich den Staatsmännern jede Kontrolle über den Pluralismus der staatlichen Egoismen entglitten und am Ende die Anarchie der Völkergemeinschaft eingetreten. Der Bismarck der fünfziger Jahre, den in der Unterhaltung mit Gerlach die Lust am Widerspruch oft über die eigenen Positionen hinaus trägt, hat diese letzten Konsequenzen noch weniger überschaut als der Staatsmann der europäischen Friedenspolitik nach 1870. Er nahm die europäische Staatengesellschaft, wie sie historisch überkommen war und wie sie ihre Beziehungen in einem höchst dynamischen Prozeß wechselnder Allianzen, Machtverschiebungen hinüber und herüber gestaltete, als etwas Gegebenes, in dem Preußen Position zu nehmen hatte. Denn — dieses Argument erscheint schon 1857 — „eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen“¹⁶⁾. So bleibt die Europavorstellung auch schon des jungen Diplomaten Bismarck eingeschränkt auf das Bewußtsein gleicher Existenzbedingungen und eines gemeinsamen Existenzraums, wie sie für die großen Mächte bestanden, zugleich aber des besonderen Platzes, der jeder einzelnen von ihnen als Funktion ihrer geographischen Lage und historischen Bestimmung zugewiesen ist. Die Interessen eines Landes wahrnehmen, heißt dann diese Funktion erkennen und danach handeln; für den Bismarck der Frühzeit war dies identisch mit Überwindung der Passivität der preußischen Politik, Aktivierung ihrer Energien; später verbindet sich vielmehr damit ein mäßiger Sinn, wie es das berühmte Wort von 1888 meint: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin.“ —

Das Mächteuropa, wie es in der Vorstellungswelt schon des jungen Bismarck lebendig ist, deckt sich nun auch annähernd mit einem von ihm auf das stärkste empfundenen Kultureuropa. Dieses war Bismarck in seinen führenden Sprachen und den großen Schöpfungen seiner Literaturen wie vor allem in der gesellschaftlichen Kultur seiner übernationalen Aristokratie durchaus gegenwärtig, er gehörte ihm aus Geblüt, nicht eigentlich durch bewußte Erziehung an. Sein Hineinwachsen in die „große Welt“ war längst vollzogen, bevor sein politischer Aufstieg begann; schon der

¹⁶⁾ Brief an Leopold von Gerlach vom 30. Mai 1857.

Göttinger Student mit seinen amerikanischen Freunden, viel mehr noch der Aachener Referendar, der in die internationale Atmosphäre des Weltbads und seiner Gesellschaft eintauchte, ist auf dem Wege dazu. Am Petersburger Hofe mit seiner halb deutschen halb slawischen Gesellschaft ist er sich seiner Zugehörigkeit zur großen europäischen Welt schon völlig sicher und er weiß auch in dem eigenartigen Milieu des zweiten französischen Kaiserreichs mit seinem leicht fauligen Untergrund durch seine Talente zu glänzen. Sein Kultureuropäertum ist stets aristokratisch geprägt geblieben und die Grenzen des Europäischen empfand er zumeist da, wo die „äußeren Manieren und gute Erziehung“ nachließen, mag es auch in Frankreich sein, wo schon in Paris „höfliche Formen nur in den höheren gesellschaftlichen Kreisen üblich“ sind¹⁷⁾, ganz anders noch in Rußland. Aber so gebunden er hier zeitlebens erscheinen mag, den engen Gesichtskreis seines Standes und dessen hinterpommerscher Welt hat er doch weit hinter sich gelassen, und es ist in vielfacher Hinsicht bezeichnend, daß er gelegentlich einmal in den ersten Jahren des neuen Reichs von den „europafremden Junkern“ und ihrer Überhebung sprechen konnte¹⁸⁾. Die teutonischen Züge an seiner äußeren Erscheinung und Gestalt: das Berserkerhafte, Gewaltige und Gewalthafte fielen ausländischen Beobachtern oft genug auf; sie sind durch das Auftreten in militärischer Uniform zweifellos erheblich verstärkt worden. Doch hat sie ebensowohl die nationale Legende in Deutschland selbst wie gegnerische und feindselige Stimmungen vor allem in Frankreich weit übertrieben. Die fremden Staatsmänner und Publizisten, die Bismarck unmittelbar ins Auge fassen konnten, geben doch wesentlich differenziertere Schilderungen; sie sind eher frappiert durch den Kontrast, den Robustheit und Feinheit in dieser Natur bilden, durch die entwaffnende Offenheit, die so oft diplomatische Verschlagenheit sein konnte, und zugleich verführerische Höflichkeit, die den Grandseigneur in Bismarck zeigte. Von dem „Hauch französischer Eleganz“, der die pommersche Einfachheit durchtränke, spricht ein französischer Journalist nach einer Begegnung im Jahre 1866¹⁹⁾. Am stärksten empfindet Benjamin Disraeli die Zugehörigkeit des geistvollen Unterhalters und witzig-pointierten Plauderers zu dem großen Gestaltenkreis des europäischen Geistes, wenn er vom Berliner Kongreß seiner Königin über die Bismarckschen Monologe im Stile Rabelais

¹⁷⁾ Brief an Johanna vom 25. Juli 1862 aus Blois.

¹⁸⁾ Schreiben an den Staatsminister Graf zu Eulenberg vom 21. November 1873, GW VIc, S. 48.

¹⁹⁾ Gespräch mit J. Vilbert am 4./5. Juni 1866, GW VII, 122.

berichtet und jenen treffsicheren Satz findet: „Er spricht wie Montaigne schreibt“²⁰⁾.

Es darf hier nicht übergangen werden, daß Bismarck das Europa, in dessen gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen er stand, auch räumlich fast in seiner ganzen Ausdehnung aus eigener Anschauung kannte von Schweden und dem Umkreis der russischen Hauptstadt Petersburg bis nach Nordspanien, von Moskau bis London. Er hat die Eindrücke der verschiedensten europäischen Landschaften: der ungarischen Steppe, des skandinavischen Urwaldes, der unendlichen Weite der russischen Ebenen, der märchenhaften Küste der Biskaya mit plastischer Anschaulichkeit in wenigen Strichen festgehalten; es lohnt sich, diese Bilder nebeneinanderzustellen, um den wahrhaft europäischen Horizont dieses Lebens zu erfassen. Dies muß auch in einem beschränkenden Sinne verstanden werden: einen anderen als den europäischen Erdteil hat Bismarck nicht betreten; die Träume einer erlebnishungrigen Jugend, „einige Jahre Asiat zu spielen“, sind ebensowenig erfüllt worden²¹⁾, wie er im Alter noch auf Einladungen in die amerikanischen Staaten eingehen konnte. Allerdings war er in seinen Petersburger Jahren an die Grenze des europäischen Kulturbereiches gerückt. Die Brüchigkeit und Fragwürdigkeit europäischer Gesittung in der russischen Welt ist ihm trotz des „Nimbus westlicher Zivilisation“ durchaus ins Bewußtsein getreten, und dies trug erheblich dazu bei, daß ihm nun auf diesem Hintergrunde bei der Schilderung des östlichen Landes und der östlichen Gesellschaft wie etwa im Petersburger Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ Europa vollends als eine Kultureinheit vor Augen stand.

So spricht er von den „europäisch und klassisch gebildeten Grands Seigneurs“ aus der Zeit Alexanders I., die nicht nur Französisch, sondern auch Deutsch sprachen und der „Creme europäischer Gesittung angehörten“. Er analysiert den generationsweise vor sich gehenden Verfall dieser europäischen Bildung im Rußland des Zaren Nikolaus I., die schrittweise Entfremdung von der gesamteuropäischen Aristokratie; die schwere Krankheit des Russischen Reiches, wie sie in dem Heere seiner schlecht besoldeten und unredlichen Beamten sich äußert; die soziale Krisis auf dem Lande, die Zerrbilder hervorbringt wie den Landjunker, der, wie Bismarck mit einem den Geist der großen russischen sozialkritischen Dichtung atmenden Bilde sagt, „gleich einer lebendigen Höllenmaschine mit

²⁰⁾ Zitiert nach Eyck, Bismarck III, 273.

²¹⁾ Zitat aus einem Briefe vom 10. September 1843 nach E. Marcks, Bismarcks Jugend, 1909, S. 193.

Revolvern ausgestopft unter seinen Bauern lustwandelt“²²⁾. Kein Zweifel, daß er Europa in Rußland auf dem Rückzuge sah, nicht mit der Schärfe vielleicht wie andere Beobachter und nicht so, daß diese Einsicht seine Politik nachhaltig beeinflusst hätte, aber es gibt doch ein Wort aus dem Alter, das die Tiefe seiner Eindrücke bezeugt. Als ihn der französische Journalist Des Houx im November 1892 fragt, ob er Europa je verlassen habe, erwidert er nach einigem Zögern: „Ich kann wohl sagen ja, . . . ich war in Rußland“²³⁾!

2.

Mit der Klärung des Bedeutungsgehalts, den „Europa“ beim jungen Bismarck als Feld der großen Mächtepolitik und als Kulturraum besitzt, haben wir nun schon bei aller Weite, die sich dabei ergibt, die Grenzen von Bismarcks Vorstellungskreis angedeutet. Daß sein Europabegriff aber über die bisher entwickelten Inhalte hinaus auch einen polemischen Akzent tragen kann, wird wiederum erst auf dem Hintergrund der Sprache und der Erfahrungen der Zeit verständlich. Man wird davon ausgehen müssen, daß der Europabegriff durch die Ideen von 1815 mit neuer Bedeutung erfüllt und in Verbindung mit dem Prinzip einer rechtlich und politisch wirksamen Solidarität der Staaten untereinander gebracht wurde. Nicht nur auf die Wiederherstellung des äußeren Mechanismus der Pentarchie war im letzten das System der Heiligen Allianz gerichtet, sondern auf die Begründung einer Gesamtbürgschaft aller legitimen Regierungen für die politische und soziale Ordnung Europas. Das hieß dann aber die Anerkennung des Rechts auf Intervention im Namen der Gesamtheit, wo diese Ordnung gestört und gefährdet war; es hieß Schaffung einer institutionellen Form für das Ganze der Staatengemeinschaft, wie sie in den Kongressen gefunden wurde. Es erübrigt sich zu sagen, daß dieses Programm nie restlos erfüllt werden konnte; am Interventionsproblem brachen die Gegensätze zwischen den kontinentalen Staaten und England zuerst auf. Schließlich ist in der griechischen Frage auch die Problematik der Solidaritäts- und Legitimitätsidee sichtbar geworden. Indessen ist auch nach dem Auseinanderfall der Staatengesellschaft in zwei ideologisch und machtpolitisch geschiedene Staatengruppen, der das Ergebnis der Julirevolution von 1830 gewesen ist, die oft nur mehr formelhafte diplomatische Berufung auf

²²⁾ GW V, 169 ff.

²³⁾ GW IX, 297.

„Europa“ geblieben, der Appell an ein vorgegebenes oder wirkliches gemeinsames Interesse der europäischen Mächte. Geblieben ist manchmal auch das Bewußtsein einer Verpflichtung der christlich-abendländischen Kulturgemeinschaft, gemeinsam für bedrohte christliche Bevölkerungsteile in nichtchristlichen und außereuropäischen Staaten eintreten zu müssen, wie vor allem in der Türkei. Wenn dabei altüberlieferte Protektorsansprüche einzelner Mächte wie Rußlands oder Frankreichs mit hineinspielen, so zeigte andererseits der christliche Interventionismus im 19. Jahrhundert eine steigende Tendenz, sich mit einem humanitär begründeten zu verbinden, wie es etwa bei Gladstone der Fall war. Jedenfalls tritt in allen kritischen Momenten der orientalischen Frage das Bestreben hervor, ein christliches oder europäisches Gemeingefühl für die bedrängten Glieder der Christenheit zu mobilisieren, so im Krimkrieg, in der bulgarischen Krise der achtziger Jahre, selten ohne taktische Motive einer interessierten Macht vorgebracht und darum nicht immer glaubhaft. Aber damit ist der Anwendungsbereich der Interventionsidee im 19. Jahrhundert noch nicht ganz umrissen: seitdem das Mächtekoncert in zwei Gruppen auseinandergefallen war, tritt dem Interventionsanspruch der Heiligen Allianz zugunsten der Legitimität ein gleicher der liberalen Ideen und Mächte für die freiheitlich-nationalen Bewegungen zur Seite, wie er von Palmerston und in anderer Weise durch Napoleon III. proklamiert wurde. Beide Gruppen beriefen sich auf ein höheres Prinzip der Staatengemeinschaft, auf „Europa“, die eine mehr im Sinne menschheitlicher, humanitärer Ideen, die andere im Namen eines überstaatlich-autoritären Ordnungsgedankens, der sich der „Revolution“ als einem Weltprinzip entgegenstellte. In beiden Fällen war das Interesse des souveränen Machtstaats noch, sei es wie fiktiv im Einzelfall auch immer, von einer übergreifenden allgemeinen Wertvorstellung überhöht gedacht, die Möglichkeit eines kollektiven Handelns der Staatengesellschaft Europas angenommen und gefordert.

Sicher sind die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts diejenige Zeit, in der der politische Universalismus der vorausgehenden Jahrzehnte durch das Vordringen des reinen Machtstaatsdenkens zurückgedrängt oder immer mehr zu einem Mittel der Tarnung machiavellistischer Zwecke herabgewürdigt wurde. Im Krimkrieg ist dies klar zu erkennen: dieser wird von Rußland mit dem Anspruch auf ein religiös-christliches Interventionsrecht begonnen und erscheint doch von Anfang an als ein reiner Machtkrieg. Beide kriegführenden Parteien berufen sich bei ihrem Werben um die deutschen Mächte auf ein europäisches Interesse, der Westen sowohl wie

Rußland, aber dies konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die europäische Solidarität in diesem ersten Krieg der Großmächte seit 1815 eben zerbrochen war. Unzweifelhaft hat dies Bismarck auf seinem Frankfurter Beobachtungsposten tief beeindruckt; seine Ansicht von der Priorität der „Interessen“ vor den „Ideen“, seit langem in ihm angelegt und in gelegentlichen Wendungen wie schon in der Olmütz-Rede anklingend, sieht sich jetzt bestätigt und wird endgültig ins Bewußtsein gehoben.

Mit schneidender Schärfe versichert er 1857 Leopold von Gerlach: das Handeln „aus allgemeinem Rechtsgefühl dürfen andere von *uns*, wir aber nicht von *ihnen* erwarten“. Die europäische Solidaritäts- und Interventionsidee ist ihm während des Krimkriegs zum ersten Male in einer Form entgegengetreten, daß er in ihr nichts anderes als eine Parteiparole, und zwar bezeichnenderweise eine westmächtlige Parole sehen will. So zählte er zwei Jahrzehnte später in einer ähnlichen europäischen Lage die Interventionen auf, „bei denen man sich gewissermaßen die Finger verbrannt hat“, und wies dabei auf die Drohungen hin, die damals gegen Preußen gerichtet worden waren, „um uns hineinzutreiben wie einen Hetzhund in einen fremden Krieg“²⁴⁾, und noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ geißelte er die Wochenblattpartei, die in ihren Denkschriften „Preußen als Vorkämpfer Europas“ für eine Politik der Zerstückelung Rußlands eintreten lassen wollte²⁵⁾. Jedes übergeordnete europäische oder, was die Rede von 1878 hervorhob, „germanische Interesse“ wird hier bestritten und der Staatsräson-Gedanke als ein begrenzendes Prinzip gegen eine Politik von universalere Charakter, gegen jede Art von „kosmopolitischem Idealismus“²⁶⁾ herausgestellt. Daß hier die Erfahrungen der Krimkriegspolitik mit dazu beigetragen haben, der sich aufdrängende Eindruck, daß hinter dem vorgegebenen allgemeinen Interesse ein fremdes Interesse stand, ist kaum zu bezweifeln. Bismarck ist hier in einen Zusammenhang eingetreten, der außer ihm und vor ihm bestand, aber die wache Bewußtheit, mit der dies geschieht, ist ihm doch allein eigen und sie ist mehr als nur situationsbedingt. So befremdend diese eisige Ablehnung eines europäischen Rechtsprinzips in der Staatenpolitik erscheint, sie ist doch schon beim jüngeren Bismarck tiefer im Grundsätzlichen begründet, als es in der polemischen Auseinandersetzung der Tagespolitik immer zum Ausdruck kam. Wenige Jahre nach dem brieflichen Gespräch mit Gerlach sucht er in Sätzen mit starkem prinzipiellem

²⁴⁾ Rede im Reichstag vom 19. Februar 1878.

²⁵⁾ G. u. E., 5. Kapitel.

²⁶⁾ GW VII, 271.

Gehalt gegenüber dem Standpunkt des „allgemeinen Rechtsgefühls“ die Position eines ausschließlich staatsgebundenen Rechtsschutzes zu bestimmen. „Nach meiner Ansicht“ schreibt er im Dezember 1860 aus Petersburg mit Untertönen mahnender Kritik an den Außenminister der Neuen Ära von Schleinitz, „beschränkt sich die Pflicht eines preußischen Monarchen, Rechtsschutz zu üben, auf die ihm von Gott gezogenen Grenzen des preußischen Reiches; die auswärtige Politik ist nur Mittel, der preußischen Krone die Kraft, den eigenen Untertanen Rechtsschutz gewähren zu können, zu erhalten, zu sichern, zu vermehren, und ich halte dafür, daß wir uns bei Umwälzungen im Auslande nicht zu fragen haben, was in der Sache nach neapolitanischem, französischem, österreichischem Rechte Rechtens sei, sondern daß wir unsere Parteinahme danach einrichten, welche Gestaltung des Auslandes die günstigste sei für die Machtstellung und Sicherheit der Krone Preußens. Das Schwert unsrer Gerechtigkeit kann nicht über die ganze Welt reichen; wenn es in fernen Ländern wirken soll, so schwächt sich seine Wirkung zu Hause“²⁷⁾. Hier, wo die Rechtsidee ganz an den Staat gebunden erscheint und jeder überstaatliche Rechtszusammenhang geleugnet wird, ist es doch wiederum ganz deutlich ein aus lutherischem Geist herkommendes Staatsdenken, das diesen Überlegungen zugrunde liegt. Es verbindet sich mit einem politischen Wirklichkeitssinn, der außer dem Staat keine reale Gegebenheit mehr in der politischen Welt anerkennt und jedes „Prinzip“ von universeller Geltung verneint.

Diese Grundansicht bestimmt auch Bismarcks Verhältnis zu „Europa“ als einer überstaatlichen Rechtsmacht, wie es in den fünfziger Jahren vor allem auf Seiten der Liberalen verstanden wurde. So selbstverständlich Bismarck auch weiterhin das Wort Europa in der Sprache der Diplomatie verwendet und so plastisch gerade in der Spätzeit seine Bilder werden, das Mächteuropa als politisches Kraftfeld der hohen Staatenpolitik zu bezeichnen²⁸⁾, es ist doch seit den Tagen, da der Liberalismus im Namen Europas den Eintritt Preußens in den Krimkrieg an der Seite der Westmächte forderte, ein Stachel gegen die Verwendung dieses Wortes bei ihm zurückgeblieben. Immer klarer schälen sich zwei Einwände dagegen heraus, auf die wir nun wiederholt stoßen: einmal hat Bismarck stets geleugnet, daß „Europa“ ein höheres Rechtsprinzip gegenüber den Staaten verkörpere, daß in ihm so etwas wie ein naturrechtliches Moment ent-

²⁷⁾ Privatschreiben an Minister von Schleinitz vom 10. Dezember 1860, GW III, S. 148.

²⁸⁾ Ich zitiere hier Formulierungen wie „europäisches Kartenspiel“, „europäischer Karpfenteich“, „europäischer Seniorenkonvent“.

halten sei, ein der Menschheitsidee zugewandtes Prinzip höherer Ordnung. Den Begriff des „europäischen Rechts“, den wir häufig bei ihm finden, nahm er, man möchte sagen: rein positivistisch: „Das europäische Recht wird eben durch europäische Traktate geschaffen“, schrieb er zu Beginn der Schleswig-Holstein-Krise, eine moralische Kritik am Londoner Protokoll abwehrend, an Robert Goltz. „Wenn man aber an letztere den Maßstab der Moral und Gerechtigkeit legen wollte, so müßten sie ziemlich alle abgeschafft werden“²⁹). Mit zweifelnder Skepsis, oft aber geradezu beißender Ironie ist daneben aber von dem Staatsmann, der die Zersplitterung und den inneren Antagonismus der europäischen Mächte nur zu genau durchschaute, die politische Effektivität eines gemeinsamen Willens Europas in Frage gezogen worden. Dies geschah zuerst während der polnischen Krise des Jahres 1863, als der preußische Ministerpräsident dem überraschten britischen Botschafter andeutete, Preußen könne sehr wohl selbst Polen besetzen, wenn die Russen aus dem Königreich hinausgeworfen würden. „Dies wird Europa niemals dulden“, entgegnete Sir A. Buchanan und wiederholte dies Wort im Lauf des Gesprächs mehrere Male. Ich fragte ihn endlich: „who is Europe?“ „Mehrere große Nationen (several great nations) war die Antwort. Auf meine Frage, ob diese Nationen unter sich in dieser Beziehung einig seien, vermied der Botschafter es, dies positiv zu behaupten . . .“³⁰)

Man könnte in diesen Äußerungen Bismarcks leicht hingeworfene Gelegenheitswendungen eines Mannes sehen, der die Schwächen der Argumentation seiner Gesprächspartner blitzschnell durchschaute. Aber dagegen spricht, daß sich solche Aussagen in späterer Zeit und dann in einem weiter ausgeführten Zusammenhang wiederholen, der keine Zweifel mehr an ihrer Gewichtigkeit gestattet. Jedesmal, wenn Bismarck die Idee einer europäischen Solidarität in diplomatischen Verhandlungen entgegengehalten wurde, reagierte er darauf mit heftiger Ablehnung: als einen diametralen Widerspruch zu seiner Auffassung von der europäischen Gesamtpolitik hat er sie offenbar empfunden. Diese Reaktion ist einmal, um die

²⁹) Zitiert in „Gedanken und Erinnerungen“, 19. Kapitel.

³⁰) Promemoria vom 11. Februar 1863, GW IV, 58. Interessanterweise berichtet Bismarck in demselben Promemoria von der anschließenden Unterredung mit dem französischen Botschafter, daß er diesem gegenüber ein Eingreifen Preußens gegen die Insurrektion für notwendig erklärt habe, um „dieselbe *im Interesse Europas* und des konservativen Prinzips baldmöglichst dämpfen zu helfen“. Er bediente sich dabei scherzend des Beispiels eines Ausbruchs der Rinderpest, die durch gemeinsames Zusammenwirken isoliert und beseitigt werde. Er hat also unbedenklich im diplomatischen Gespräch das gleiche Prinzip taktisch geltend gemacht, das er kurz vorher in seiner Fragwürdigkeit außer Diskussion gesetzt hatte!

Jahreswende 1876/77, besonders energisch gewesen und führte dazu, daß Bismarck in einem allgemeineren Rahmen zum europäischen Problem Stellung nahm. Den Anlaß dazu gab ein Verlangen des Fürsten Gortschakow im Verlaufe der Balkankrise der siebziger Jahre, die deutsche Regierung möge Rußlands Anspruch moralisch unterstützen, in den unruhigen südslawischen Gebieten der europäischen Türkei, vor allem in Bulgarien, als „Mandatar Europas“ zu intervenieren, um den „unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen“, d. h. die dortige christliche Bevölkerung gegen türkische Übergriffe zu schützen³¹⁾. Für diesen Wunsch setzte sich der russische Kanzler nicht nur selbst unmittelbar bei Bismarck ein, er ließ ihn auch durch die Autorität des Zaren bei Kaiser Wilhelm vertreten, dem Alexander II. in einem Handschreiben versicherte, nicht Rußland allein sei an der Lösung dieser Frage interessiert, „mais l'Europe entière, l'humanité et la civilisation Chrétienne“³²⁾. Solche Worte gehörten seit alters zur Sprache der Diplomatie der orientalischen Frage, nicht immer nur als leere Formeln, sondern gerade im russischen Munde Ausdruck für die tiefen Zusammenhänge des Orientimperialismus mit religiösen Stimmungen. Ungewöhnlich war nur, daß Rußland um einen förmlichen europäischen Auftrag nachsuchte und daß es die europäische Bedeutung der Angelegenheit so in den Vordergrund stellte. Bismarck nahm solche Zumutungen mit äußerstem Mißtrauen auf. Waren sie etwas anderes als der Wunsch, „das politische Gewicht Deutschlands für unausgesprochene russische Zwecke zu gewinnen und uns zu bewegen, einen Wechsel in blanko zu zeichnen, den Rußland ausfüllen und Österreich wie England gegenüber verwerten oder doch benutzen will“, wie er es dann in einem für unsere Untersuchungen höchst wichtigen Varziner Diktat vom 9. November 1876 zu überlegen gab³³⁾?

Wurde Deutschland dadurch nicht in den Weltgegensatz England—Rußland verwickelt? Drohte nicht der Balkangegensatz zwischen Österreich und Rußland aufzubrechen, der Drei-Kaiser-Bund auseinandergerissen und die deutsche Politik dadurch zu einer Option zwischen seinen beiden andern Partnern gezwungen zu werden? Es konnte Bismarck nicht beruhigen, daß der eben neuernannte Botschafter am Zarenhof, von Schwei-

³¹⁾ Vergleiche den Bericht des Botschafters von Schweinitz aus Petersburg vom 1. November 1876, Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914, 2. Band, Nr. 252, S. 80 f.

³²⁾ Das Handschreiben des Zaren vom 21. Oktober/2. November 1876 gedruckt, Große Politik II, Nr. 254, S. 85, der Brief Gortschakows an Bismarck vom 21. Oktober/2. November 1876 Große Politik II, Nr. 255, S. 86 f.

³³⁾ Große Politik II, Nr. 256, S. 87 ff.

nitz, über ein Gespräch mit Gortschakow berichtete, in dem dieser das heikle, seit Wochen die deutsch-russischen Beziehungen belastende Problem einer „Gegenleistung“ des Deutschen Reiches für die im Jahre 1870 erwiesenen russischen Dienste berührte³⁴). Schweinitz, ein Mann preußisch-konservativer Gesinnung mehr der Art Gerlachs als Bismarcks, bemühte sich zwar, in Berlin den Eindruck der Friedfertigkeit der russischen Politik zu verstärken, aber offen hat auch er die Forderung Gortschakows nicht befürwortet. In seinen Denkwürdigkeiten distanziert er sich von der Haltung der Berliner Politik, die nur an eine „politische“ Ausnutzung der türkischen Wirren gedacht und sie nicht „sachlich“, d. h. „vom Standpunkt humaner und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit“ angesehen habe³⁵), und er bittet Gortschakow, von der deutschen Regierung nur Praktisches, Erreichbares, aber „keine idealistische Sprache“ zu fordern. Jedoch die eigenen Gedanken, die er sich über die Lösung der Krise machte, waren keineswegs mit den Wünschen der russischen Regierung identisch: denn wenn die aufständischen Provinzen, wie er überlegte, als „Europaland“ in Verwaltung genommen werden sollten, „ohne formale Verletzung der türkischen Integrität, durch Delegierte der Mächte, unterstützt von einer europäischen Gendarmerie“, so war das doch etwas völlig anderes als ein *russisches* Mandat, sondern tatsächlich ein gesamteuropäisches³⁶).

Bismarck hätte auch, was Schweinitz wohl wußte, eine solche Lösung abgelehnt, die weit mehr als die sehr undurchsichtigen Pläne Gortschakows von einem echten europäischen Universalismus getragen war. Er nimmt jetzt die Gelegenheit wahr, gegen die Idee von Europa als solidarischer Rechtsmacht seine Konzeption vom Europa der Interessenbegrenzung der einzelnen Mächte zu setzen. Dies geschieht in dem schon genannten Varziner Diktat vom 9. November 1876, in dem die härtesten Worte fallen, die Bismarck über „Europa“ je gesprochen hat. Es ist in seinen entscheidenden Partien zweifellos durch das Schreiben des Zaren und den eigenhändigen Brief Gortschakows ausgelöst worden; denn unter den Marginalien zu diesem findet sich die vielsagende Bemerkung: „Qui parle

³⁴) Große Politik II, Nr. 252. Vergleiche dazu vor allem auch das Telegramm des Deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg General von Werder, vom 1. Oktober 1876 Nr. 239, und die sich daran knüpfende Diskussion. Außerdem das Handschreiben Kaiser Wilhelms I. an Alexander II. vom 2. September 1876, das Feldmarschall von Manteuffel in Warschau überbrachte. Dazu die Stellungnahme von Eyck III, 246 f., die weniger differenziert und im Urteil abgewogen ist als die Darstellung von Hermann Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, 1933, I. Band, S. 197 ff.

³⁵) Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz I, S. 318.

³⁶) Diese Unterschiede sind bei Eyck, Bismarck III, 242 ff. keineswegs deutlich zu erkennen.

Europe a tort. Notion géographique“, die nicht von ungefähr an Metternichs Wort von Italien als einem geographischen Begriff erinnert³⁷⁾. Hieraus entwickelt Bismarck den Versuch, der „Spiegelfechterei mit dem Europäertum“ zu Leibe zu rücken, der „unhaltbaren und für uns sehr nachteiligen Fiktion entgegenzutreten, ‚Europa‘ als eine einheitliche Macht, als eine Art Bundesstaat hinzustellen, dessen Interessen Rußland opferwillig zu vertreten bereit ist, so daß es danach in unserem Interesse als Europäer läge, die übrigen Europäer zu bewegen, daß sie nicht nur an Rußlands Uneigennützigkeit glauben, sondern sich auch entschließen, die russischen Pläne durch ein europäisches Kommissorium zu decken“. Er holt die Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts hervor, um mit höchster Ironie den vielberufenen Satz zu schreiben: „Ich habe das Wort Europa immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten; so die Westmächte im Krimkriege und in der polnischen Frage von 1863, so Thiers im Herbst 1870 und Graf Beust, als er das Mißlingen seiner Koalitionsversuche gegen uns mit dem Worte ausdrückte: *je ne vois plus l'Europe*“. Im vorliegenden Falle versuchen Rußland sowohl wie England abwechselnd uns als Europäer vor den Wagen ihrer Politik zu spannen, den zu ziehen wir als Deutsche, wie sie selbst wohl einsehen, keinen Beruf haben.“ Es scheint kaum möglich, die Ablehnung jeder Art von europäischer Solidarität mit radikalerer Ausschließlichkeit zu formulieren, als es hier geschieht; sie wird kaum gemildert durch die Verwahrung gegen die Meinung, „daß wir als Christen nicht ein Interesse für leidende Menschen überhaupt und namentlich für leidende Christen auch in fremden Ländern haben sollten“, wie sie Bismarck folgen läßt³⁸⁾. Sie erscheint auch gravie-

³⁷⁾ Eyck III, 244, nimmt eine bewußte Anknüpfung an Metternich an.

³⁸⁾ Ich führe hier noch eine Reihe ähnlicher Äußerungen Bismarcks an, die aus den Jahren 1880 bis 1882 stammen und bei Wolfgang Windelband, Bismarck und die europäischen Großmächte 1879 bis 1885, 1940, zitiert sind: „Daß die Krisis ernst werden kann, ist möglich, obschon nicht notwendig. Daß Europa nicht nachgeben kann, ist ein Satz, den ich nicht akzeptiere, da ich den Solidaritätsbegriff ‚Europa‘ nicht zulasse.“ (29. September 1880, Windelband, S. 205.) — „Der viel gemißbrauchte Begriff ‚europäische Interessen‘ wird uns nicht verleiten dürfen, der deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt.“ (19. Juli 1882, Windelband, S. 401 f.) Vergleiche auch Hohenlohe an den Kronprinzen, 15. Juli 1880, in: Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten II, S. 302. — In diesen Zusammenhang gehört auch die Stelle aus dem Kapitel „Versailles“ der „Gedanken und Erinnerungen“, wo Bismarck unter den möglichen französischen Hoffnungen auf einen Umschwung im Winter 1870/71 die „endliche Auffindung Europas“ mit dem „Glanznebel“ der „englischen respektive westmächtlichen Schlagworte: Humanität, Zivilisation“ und ihrer Wirkung auf deutsche, „namentlich weibliche Gemüter an großen Höfen“ in einem Atemzug nennt.

render als die Tatsache, daß der Reichskanzler kurz danach in seiner Reichstagsrede vom 5. Dezember das russische Verlangen ausdrücklich als berechtigt anerkannte, die christlichen Untertanen der Pforte gegen eine gelegentliche Behandlung sicherzustellen, „die sich mit dem heutigen öffentlichen Rechtsbewußtsein von Europa nicht verträgt, und über deren Abstellung ganz Europa einig ist“, wenn es auch, wie er hinzufügt, die Form nicht finden konnte, diese Einigkeit wirksam zu machen.

3.

Wir stehen hier an einem entscheidenden Punkt unserer Untersuchung. Ist es möglich, der Politik Bismarcks auf Grund der Indizien, die er uns selbst geliefert hat, jeden allgemeineren, „europäischen“ Gehalt abzusprechen? Dieser Schluß ist neuerdings des öfteren gezogen worden; vor allem Erich Eyck interpretiert in seiner umfassenden Bismarck-Biographie die Erörterungen von 1876 in diesem Sinne³⁹⁾. Die Unmißverständlichkeit der Aussagen Bismarcks scheint nun in der Tat keine Deutungen zuzulassen. Aber wenn die Bismarckische Politik der Theorie und Praxis der reinen Machtstaatsräson in Europa zum vollen Durchbruch verholfen hat, so sollte man nicht übersehen, daß sie es auch gewesen ist, die ihr nach Durchführung begrenzter Ziele Schranken zu setzen versuchte. So finden sich auch im Zusammenhang der Überlegungen zur orientalischen Frage im Jahre 1876 Zeugnisse für ein staatsmännisches Verantwortungsgefühl Bismarcks, dem man europäisches Bewußtsein nicht wird absprechen können. Wenige Tage vor jenem Diktat über das Europaproblem hat er ein anderes gegeben, das doch erst den positiven Pol neben jenem negativen darstellt. Hier wird die Behandlung der orientalischen Frage dem obersten Grundsatz einer auf die Friedenswahrung abgestellten Politik untergeordnet: „Die ganze Türkei mit Einrechnung der verschiedenen Stämme ihrer Bewohner ist als politische Institution nicht so viel wert, daß sich die zivilisierten Völker um ihretwillen in großen Kriegen gegenseitig zugrunde richten sollten. Die Teilnahme an dem Geschick jener Länder und ihrer Bewohner wiegt tatsächlich bei keiner Regierung so schwer, wie die Besorgnis vor den Entwicklungen, die an die Stelle der jetzigen Zustände treten könnten, und vor ihrer Rückwirkung auf die Sicherheit und das Machtverhältnis der nächstbeteiligten europäischen Mächte selbst“⁴⁰⁾.

Die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den europäischen Groß-

³⁹⁾ Vergleiche Band III, S. 242 ff.

⁴⁰⁾ Große Politik II, Nr. 250, S. 71.

mächten wird hier als das oberste Gesetz einer Politik verkündet, die gewiß durch die Interessen einer „saturierten“ Macht wie Deutschland geboten war, aber andererseits doch auch als ein „Dienst“ an Europa erschien, wie es etwa in der Schlußansprache Bismarcks auf dem Berliner Kongreß anklingt. Mit dem Gedanken der Friedenssicherung hat Bismarck für seine Politik einen europäischen Aspekt wiedergewonnen; er vertritt keine idealistisch begründete Friedensidee, keinen ideologischen Pazifismus, sondern seine Politik der europäischen Friedenssicherung ist eine Frucht, die auf dem Baume seines Staatsräson-Denkens gewachsen ist: sein Friede ist gesichert mit den Mitteln der Mächtepolitik, an diese in seiner Wirksamkeit und seiner Dauer gebunden; er beruht nicht auf Gesinnungen moralistischer Art, sondern auf realen Interessen. Darum erscheint er stets bedroht und vermag keine „endgültige“ Rechtsordnung zu schaffen. Das europäische Recht bleibt auch für den Reichskanzler wie einst für den jungen Diplomaten ein Recht der europäischen Traktate und nicht Ausdruck eines allgemeinen Rechtssystems mit überstaatlichen, institutionellen Garantien, einem „kompetenten Gerichtshof“ für europäische Streitigkeiten⁴¹⁾. Zwar hat der späte Bismarck das einzige Instrument einer europäischen Gesamtpolitik, das von der Solidaritätspolitik nach 1815 verblieben war, die Kongreßidee beim Berliner Kongreß von 1878 sowohl wie bei der Kongokonferenz von 1884/85 mit überlegener Souveränität zu spielen verstanden, doch im Prinzipiellen schritt er damit nicht über die inneren Voraussetzungen seiner früheren Politik hinaus, er nahm nur jetzt, wo Deutschland nicht mehr nur Objekt einer europäischen Vereinbarung war, eine in der Phase der Einheitskriege mehrfach abgewiesene Möglichkeit wahr. Auch zwischen 1863 und 1870/71, als die Kongreßpolitik einen wichtigen Bestandteil der Europapolitik Napoleons III. bildete⁴²⁾, hatte er den Kongreßgedanken niemals mit grundsätzlichen Einwänden a limine abgelehnt, ja sogar mitten in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung von 1864 eine europäische Konferenz beschickt; doch höher stand ihm damals die Wahrung der Entscheidungsfreiheit in einem lokalisierten Krieg. Der Berliner Kongreß hingegen bannte die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges; er sah Bismarck auf der Höhe seiner europäischen Stellung in einer ausgleichenden und lenkenden Funktion, für die er das Bild des Mittlers aus den Wahlverwandtschaften⁴³⁾ und das

⁴¹⁾ Darüber schon in einer Landtagsrede vom 22. Januar 1864.

⁴²⁾ Vergleiche dazu Fr. Valsecchi, *La politica Europea di Napoleone III*, in: *Rivista Storica Italiana* 62, 1950.

⁴³⁾ Vergleiche Ch. von Tiedemann, *Aus sieben Jahrzehnten*, 1910, Band II, 491.

plastischere, wenn auch saloppere von dem Makler, der das Geschäft wirklich zustandebringen will, gefunden hat.

Bismarcks europäisches System war ein System der Allianzen im Stile der Mächtepolitik der vorausgehenden Jahrhunderte europäischer Staaten-geschichte; eine Form der Verbindungen also, in denen die Partner ihre volle Souveränität behielten, keine Bündnisse von „föderalistischer“ Struktur im Sinne von Konstantin Frantz mit dauerhaften, institutionell verankerten Verpflichtungen und einer Tendenz, überstaatliche Instanzen rechtlicher und politischer Art zu schaffen. Wenn dies heute als ein Mangel Bismarckscher Politik empfunden wird, so muß doch die Frage gestellt werden, ob Bündnisse von einer die staatliche Souveränität einschränken-den zwingenden Kraft überhaupt im Geiste der Zeit waren, soweit sie sich wenigstens über den Bereich des alten Deutschen Bundes hinaus erstrecken sollten. Daß Bismarck im übrigen ganz an Ideen dieser Art vorüber-gegangen ist, kann man doch nicht behaupten: er pries Staatenbildungen, wenn nicht „föderalistischer, aber doch dezentralisierender Natur“ als ein Gewächs vorzugsweise auf germanischem Boden und wies auf England, die Vereinigten Staaten, auf die Schweizerische Kantonalverfassung und die niederländischen Generalstaaten hin⁴⁴⁾. Und gelegentlich meinte er einmal in den Gedanken und Erinnerungen, die deutsche Reichsverfas-sung zeige den Weg an, „auf welchem Österreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, welche zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind“⁴⁵⁾. Schließlich darf man an seinen Gedanken eines „organischen Verbandes“ zwischen dem Deutschen Reich und Öster-reich-Ungarn erinnern, wie er ihn bei den Bündnisverhandlungen von 1879 entwickelt hat.

Gewiß, man kann einwenden, solche Überlegungen haben keine kon-krete Gestalt angenommen, aber ein „föderalistischer“ Kern steckt doch auch in seinem Allianzsystem, dem ein ausgleichender, die Gegensätze mildernder Wille nicht abgesprochen werden kann. In einem sehr vor-läufigen Sinne, mit äußerst prekären Mitteln sieht man in ihm eine Ten-denz wirksam, sich zu einer europäischen Gesamtordnung zu entwickeln und damit den partikularen Charakter von Bündnisgruppen zu überwin-den. Auf eine Formel gebracht ist es der Sinn der Bismarckschen Allianzen,

⁴⁴⁾ Rede im Norddeutschen Reichstag vom 16. April 1869.

⁴⁵⁾ Gedanken und Erinnerungen II. Buch, 18. Kapitel. Auf diese Stelle hat zuerst Hans Rothfels, Bismarck und der Osten, 1934, S. 63, aufmerksam gemacht, der überhaupt die föderalistischen Züge bei Bismarck stärker hervorhebt.

die Möglichkeit von Gegenallianzen zu verhindern⁴⁶⁾. Die klassische Formulierung dafür findet Bismarck im Kissinger Diktat vom 15. Juni 1877, aus der Zeit also vor dem Berliner Kongreß, als ihn das Problem der europäischen Stellung des neuen Reichs am meisten beschäftigte. Hier spricht er von dem Bilde, das ihm vorschwebt, und bezeichnet es als das nicht „irgend eines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Kcoalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“⁴⁷⁾.

Die Gestaltung dieser „Gesamtsituation“ brachte Bismarck auf die höchst eigenartige Form einer latenten Hegemonie, wie sie im kontinentalen Bereich anders als im Bereich der maritimen Mächte nur selten gelingt. Sie verzichtete bewußt auf jedes offene Geltendmachen führungs-mäßiger Ansprüche des Reiches, „Schiedsrichter oder auch nur Schulmeister in Europa sein zu wollen“⁴⁸⁾, was er als den „napoleonischen Weg“ ausdrücklich verneint⁴⁹⁾. Ebenso wie das hegemoniale Moment erscheint auch die Gleichgewichtsidee im Bismarckschen System in abgewandelter Form. Von einem Gleichgewichtssystem im traditionellen Sinne wird man kaum sprechen dürfen, da es ein Ausbalancieren zweier Kräftegruppen voraussetzt⁵⁰⁾ oder aus dem Zusammenschluß aller schwächeren gegen die stärkste Macht hervorgeht. Die Ruhelage in Bismarcks Mächteuropa dagegen wird durch ein sehr kompliziertes System

⁴⁶⁾ Der Versuch, den Charakter des Bismarckschen Bündnissystems gleichsam idealtypisch zu bestimmen, der hier angestrebt wird, ist von verschiedenster Seite bisher gemacht worden; ich weise hier nur auf folgende Definitionen hin: H. Oncken, *Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges I*, 192 (1933); Wolfgang Windelband, *Bismarck und die europäischen Großmächte 1879 bis 1885*, 1940, S. 31 f. Neuerdings Werner Näf, *Die Epochen der neueren Geschichte*, 1946, II, 285 ff. H. Rothfels, *Bismarcks englische Bündnispolitik*, 1924, spricht S. 113 f. von der „Legalisierung der vorhandenen Situation“. Den grundsätzlichen Beitrag liefert Horst Michael, *Bismarck, England und Europa*, 1930, vor allem S. 330 ff. Obwohl ich die hier entwickelten Gedanken im Ansatz für durchaus richtig halte, scheint mir Michael in der Definition eines unidealistischen Realismus bei Bismarck weiter zu gehen, als statthaft ist. Die Thesen dieses Realismus bewegen sich doch schon selbst wieder auf eine „Ideologie“ hin.

⁴⁷⁾ *Große Politik II*, Nr. 294, S. 154.

⁴⁸⁾ Reichstagsrede vom 19. Februar 1878.

⁴⁹⁾ Daß hier mit napoleonisch Napoleon III. gemeint ist, geht aus der oben zitierten Stelle bei Tiedemann, a. a. O. S. 491, hervor.

⁵⁰⁾ Vergleiche Windelband, a. a. O. S. 31. Von kritischen Äußerungen Bismarcks selbst über das überlieferte Gleichgewichtssystem nenne ich vor allem die Stelle aus dem Erlaß an Prinz Reuß vom 3. Oktober 1885, *Große Politik V*, S. 12: „Es wäre eine interessante und nützliche Studie zu verfolgen, welche Vorstellungen und Zwecke seit Ludwig XIV. mit diesem Ausdruck gedeckt worden sind“.

der Druck- und Spannungskompensation erreicht, für die das Bild einer Waage kaum ausreicht. Man könnte eher an das Gewölbe eines gotischen Domes denken, in dem an die Stelle einfacher Grundformen eine verwirrende Vielfalt von statischen Funktionsträgern getreten ist. In einem bestimmten Punkte vermag diese Metapher unser Problem besonders aufzuhellen: wie im gotischen Dome der Druck des Mittelschiffs nach außen, auf die Strebepfeiler abgelenkt wird, so sucht das Bismarcksche Bündnissystem die auf die Enge Zentraleuropas drückende Last ebenfalls nach außen abzuwälzen, indem sie die Gravitierung der Mächteinteressen in Gebiete außerhalb Europas unterstützt und fördert. Auf diesem Prinzip beruht der Versuch, Frankreichs kolonialen Aspirationen diplomatischen Beistand zu gewähren oder Rußlands Kampflust und Kulturwillen nach Asien zu lenken. Es liegt in diesem durchaus dynamischen Gesamtverhältnis der Mächte das Bestreben, mögliche Reibungsflächen der Staaten an die Peripherie zu verschieben, wo sie nicht unbedingt friedensbedrohend sein müssen. Hieraus erklärt sich etwa die wichtige Rolle, die z. B. Ägypten zukommt. Aber dann können sie in ihrem Fortbestand wie etwa die Balkanrivalität Österreich—Rußland oder der Meerengengegensatz zwischen England und Rußland geradezu zur Grundlage der Gesamtpolitik gemacht werden: das Nichterlöschen von kleinen Brandherden, wenn sie nicht zum alles ergreifenden Feuer werden, gehört dann notwendig in dieses System. Hinter dieser Politik steht das stets wache Bewußtsein ihres Schöpfers von der deutschen Lage in der Mitte Europas, steht die Vorstellung, daß „Millionen Bajonette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum Europas stehen und schon infolge unserer geographischen Lage, außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind“⁵¹⁾. Man kann vielleicht überhaupt sagen, daß die Aufrichtung des Bismarckschen Kontinentalystems von der europäischen Mitte her diesem selbst seine charakteristischen Züge verleiht: nicht auf Umfassung ist es gerichtet, wie die Koalitionen der französischen Kontinentalpolitik im 17. und 18. Jahrhundert vor allem, sondern auf Zusammenschließung der Mitte und Stärkung der zentrifugalen Tendenzen, die von der Mitte wegführen, an der Peripherie⁵²⁾.

⁵¹⁾ Reichstagsrede vom 14. Juni 1882.

⁵²⁾ Den Begriff „Mitteleuropa“ verwendet Bismarck meines Wissens nicht. Er war ihm anscheinend seit den Tagen Schwarzenbergs und Brucks suspekt. Vergleiche auch die in Auswärtige Politik Preußens, Band IV, S. 406/407, mitgeteilte Äußerung vom 6. Januar 1864, wo er von dem „l'état politique du centre de l'Europe“ spricht, „que nos progressistes appellent en termes Chinois le Grand Empire du Milieu“.

Dieses System setzte voraus, daß weltpolitisch offene Räume vorhanden waren, in die expansive Kräfte abgeleitet werden konnten oder aus denen neue Kräfte hinzutraten⁵³). Schon dadurch war seine Dauer begrenzt. Es setzte den unveränderten Fortbestand der Staatenwelt und ihrer einzelnen Glieder in Europa voraus: von dem am meisten bedrohten Österreich hat Bismarck daher wiederholt mit Nachdruck erklärt, daß seine Existenz für das Gleichgewicht in Europa notwendig sei. Eine Figur weniger im Spiel, und das Spiel selbst ließ sich nicht mehr durchführen. Es entsteht dann wie im Falle Österreichs die Frage, was man an seine Stelle in Europa setzen soll: „Neue Bildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein“⁵⁴). Das hieß aber, dieses Mächtesystem brauchte die Entschärfung der nationalrevolutionären Sprengkörper; die nationale und nationalistische Dynamik sei es in ihrer panslawistischen oder auch pangermanistischen Form, aber auch die „internationale“ sozialistische Revolution konnte es von unten her zum Explodieren bringen. So ergab sich eine dem Metternichschen System verwandte sozialkonservative Tendenz im Bismarckschen Europa aus dem Selbsterhaltungstrieb seiner Mächte und eine nicht nur fiktive Annäherung an die Ideen der Heiligen Allianz, es ergab sich der Versuch, dieses Europa auf der Grundlage der Staaten und Mächte, nicht der Völker und ihrer Nationalismen zu konsolidieren. Es konnte dabei nicht ausbleiben, daß auch das von höchster historischer Erfahrung bestimmte Hantieren mit den Mächten und ihren Interessen, wie es Bismarck übte, ständig in Gefahr stand, zur seelenlosen Staatsmechanik zu entarten.

Bismarcks Mächteuropa ist wohl der letzte von Europa selbst und ausschließlich von ihm unternommene kontinentale Ordnungsversuch, der zwischen den Flügelmächten der Weltpolitik, Rußland und England — im Hintergrund Amerika —, ein selbständiges Gewicht der europäischen Politik zur Geltung brachte. In ihm ist doch schon latent ein Bewußtsein der begrenzten Möglichkeiten wirksam, die diesem von Deutschland geführten Europa neben den Weltmächten offenstehen. Zwischen die führende Seemacht und die größte Landmacht gestellt, hat Bismarck im ganzen die Anlehnung an das kontinentale Rußland vorgezogen, überzeugt davon, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem „unzerstörbaren Reich russischer Nation“ „eine schwere Kalamität ohne Zweck für uns“ sei⁵⁵).

⁵³) Vergleiche L. Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie, 1948, u. a. S. 203 f.

⁵⁴) Gedanken und Erinnerungen, 20. Kapitel.

⁵⁵) Große Politik VI, 303. Dieser Erlaß an Prinz Reuß vom 3. Mai 1888 ist der stärkste Ausdruck dieser Anschauung.

Die russische Gefahr war ihm voll gegenwärtig und er sah schließlich im Alter eine „gefährliche Zeit für Europa voraus, wenn Rußland einen starken Staatsmann hervorbringen sollte, der eine gegebene kühne Politik verfolgte und vor der Aufopferung von einigen Hunderttausend oder auch einer Million Menschenleben nicht zurückschreckte“⁵⁶⁾. Er konnte dann auch von der Möglichkeit eines „slawischen Napoleonismus“ sprechen und auf die panslawistische Revolution hinweisen. Indessen bei aller Klarheit über eine unberechenbare Zukunft blieb er doch taub gegen alle anti-russischen Präventivkriegswünsche. Es schied ihn sein grundsätzliches Denken von den großen weltpolitischen Überlegungen Konstantin Frantz', der in seiner „Weltpolitik“ von 1882 nach dem geforderten „letzten Schlag“ gegen Rußland das Ende der permanenten Kriegsbereitschaft und die allgemeine Entwaffnung erwartete, „woran nicht zu denken ist, solange Rußland noch in Polen und Litauen steht“⁵⁷⁾.

Nur gelegentlich konnte Bismarck in Gesprächen die Notwendigkeit andeuten, Europa müsse sich „koalisieren“, um der russischen Macht zu widerstehen⁵⁸⁾, oder das Bild von einem System der gegen das aggressive und eroberungswillige Rußland gerichteten Bündnisse entwerfen⁵⁹⁾. Aber meist will er mit solchen Andeutungen bestimmte taktische Augenblickswirkungen erzeugen. Die Grundlinie seiner Rußlandpolitik blieb vielmehr unverändert die, daß er den Draht nach Petersburg nicht abreißen lassen wollte, so dünn er auch allmählich wurde. Man hat diese Politik getadelt und sie als Ausdruck einer in ihren eigenen Netzen gefangenen, nicht mehr entschlußkräftigen Alterspolitik verstanden. Aber so einfach liegen die Dinge doch wohl nicht. Enthielt diese Alterspolitik nicht mehr Gefühl für die Gefahren, die es mit sich brachte, wenn der Acheron bewegt wurde, als alle Ratschläge, dem russischen Koloß zu Leibe rücken zu wollen? Es rührt an tiefe Fundamente der Bismarckschen Politik, daß ihr der Glaube an endgültige und letzte Lösungen und Entscheidungen fehlte, die in einer extremen Situation wie der heutigen leicht als eine Hoffnung erscheinen möchten. Er war sich dazu des Provisorischen der menschlichen Einrichtungen und Schöpfungen zu sehr bewußt, und es hätte ihn wohl gar nicht berührt, wenn ihm der kritische Zweifel von Frantz bekannt geworden wäre, ob die deutsch-österreichische Allianz z. B. „für

⁵⁶⁾ Zu W. Whitmann i. J. 1891, GW IX, 160.

⁵⁷⁾ Frantz, Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, 1882, S. 61.

⁵⁸⁾ Gespräch mit Seherr-Thosz vom 2. Januar 1869, GW VII, 280.

⁵⁹⁾ So Äußerungen zu dem französischen Botschafter Saint-Vallier vom 14. November 1879, Documents Diplomatiques Français, Tome II, p. 588.

die Ewigkeit geschlossen sei“⁶⁰⁾. So konnte es für Bismarck auch keine Endform für die Gestaltung von Europa geben. Zukünftigen Bildungen vorzugreifen, kann von dem gegenwartsbezogenen Staatsmann nicht gefordert werden. Jeder Versuch, dies zu tun, verstieße gegen ein Grundgesetz historischen Urteilens. Jedoch wäre es ebensowenig statthaft, das europäische System Bismarcks als ein Muster gegenwärtiger Bemühungen ansehen zu wollen, Europa in eine neue Form zu gießen, wo es für uns nur mehr eine historische Tatsache ist. Hier mag in der europäischen Konzeption eines weitsichtigen, wenn auch zuweilen phantastischen Denkers wie Konstantin Frantz, der Europas Selbstbestimmung zwischen den heraufkommenden echten Weltmächten nur durch seine Föderation gesichert sah, in mancher Hinsicht ein aktuellerer Gehalt stecken. Wie aber das heute gestellte europäische Problem nicht ohne die Weltkonstellation gedacht werden kann, aus der es erwachsen ist, so wird seine Lösung in ihrem mächte- und zeitpolitischen Rahmen sich vollziehen müssen. Die schwere und dornenvolle Aufgabe der Verwirklichung, die ja die eigentliche Aufgabe des Staatsmanns ist, wird dann den Blick wieder zurücklenken auf Otto von Bismarck, der bei aller Distanz gegenüber einer nur ideologischen Europapolitik Europa als eine stets neu zu schaffende Wirklichkeit nie aus den Augen verloren hat.

⁶⁰⁾ C. Frantz, Weltpolitik II, 147.

Wollte Bismarck Kolonien?

Es ist auffallend, daß trotz der großen Anteilnahme, die die Forschung seit langem der Geschichte des Bismarckreiches entgegengebracht hat, Bismarcks Stellung zum Kolonialproblem noch immer nicht eindeutig geklärt ist. Eine erneute Behandlung dieser Frage erscheint somit gerechtfertigt. Die Historiker haben über Gründe und Ziele der Bismarckschen Kolonialpolitik keine Übereinstimmung erzielt, und bis heute ist keine der verschiedenen Interpretationen als allgemeingültig anerkannt worden. In der Literatur über die Bismarcksche Epoche bestehen darüber noch viele Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen. Und doch ist diese Frage von sehr großer Bedeutung. In ihr liegen nicht nur die Wurzeln eines entscheidenden Wandels der deutschen Politik, sondern sie ist auch grundlegend für unser Verständnis der Laufbahn und der Ziele Bismarcks überhaupt. Hätte sich Bismarck — wie viele Autoren meinen — tatsächlich überzeugt und enthusiastisch der Doktrin des Imperialismus zugewendet, so wäre es erforderlich, die allgemeine Auffassung, daß er ein Gegner der Expansion gewesen sei, dem es als Staatsmann in erster Linie um das Verhältnis der großen europäischen Mächte ging, erheblich zu revidieren. Alle Argumente, die für eine so tiefgehende Neuwertung sprechen, sind daher sorgfältig zu prüfen.

Es soll geklärt werden, aus welchen Gründen Bismarck, der bis 1884 konsequent die Erwerbung von Kolonien abgelehnt und darüber hinaus immer bestritten hatte, mit kolonialpolitischen Plänen zu sympathisieren, in diesem Jahr unerwartet seinen Standpunkt ins Gegenteil verkehrte und in den letzten sechs Jahren seiner Kanzlerschaft ein Programm beachtlicher Kolonialerwerbungen aufnahm. Die Forschung gibt auf diese Frage im großen und ganzen zwei Antworten, die zwar beide einleuchten, aber einander ausschließen. Nach der ersten Ansicht hat Bismarck schon lange vor 1884 im geheimen Kolonialpläne gehegt. Er habe bis dahin deutsche überseeische Unternehmungen in jeder Weise — außer durch Annexionen — unterstützt. Sobald sich Möglichkeiten für eine aktive deutsche Kolonialpolitik boten — und das war von 1884 an der Fall —, habe er ein Annexionsprogramm entwickelt. Nach der anderen Version widersetzte Bismarck sich bis 1884 aus Überzeugung jedem deutschen Kolonialerwerb und änderte

erst zu jenem Zeitpunkt seine Meinung. Viele Forscher, die diesen Standpunkt, nämlich, daß Bismarck sich keineswegs frühzeitig zur Kolonialpolitik bekehrt habe, akzeptieren, betonen weiter, daß der Meinungsumschwung keine innere Hinwendung Bismarcks zu imperialistischen Grundsätzen bedeutet habe; die plötzliche Kursänderung sei weniger der Überzeugung entsprungen als auf die sich jetzt bietenden opportunistischen Möglichkeiten zurückzuführen. Bismarck habe angefangen, Kolonialpolitik zu treiben, nicht weil er den Besitz von Kolonien für Deutschland für wichtig hielt, sondern weil er damit ganz andere innen- und außenpolitische Ziele verfolgte.

Diese zweite Auffassung, daß Bismarck sich erst spät zu einer Politik kolonialer Erwerbungen entschlossen habe und im Herzen wahrscheinlich Expansionsgegner geblieben sei, wird von vielen Forschern als die „englische“ Interpretation seiner Politik bezeichnet. Das etwa war die Ansicht von Lord Ampthill, dem damaligen britischen Botschafter in Berlin¹⁾; und von einer Reihe britischer Gelehrter wurden, wenn in Einzelheiten auch abweichend, ähnliche Meinungen vertreten²⁾. Wenn die umfangreiche hierhergehörige Literatur aus räumlichen Gründen nicht angeführt werden kann, so ist doch besonders auf einen jüngeren englischen Historiker, A. J. P. Taylor, hinzuweisen, in dessen beiden Büchern vielleicht am nachdrücklichsten die Überzeugung zum Durchbruch kommt, daß Bismarck anti-imperialistisch und seine Kolonialpolitik opportunistisch gewesen sei. Taylor hält es für undenkbar, daß sich Bismarck nach Jahren des Skeptizismus plötzlich zum Glauben an die Bedeutung von Kolonien bekehrt haben sollte. Bismarcks Kolonialpolitik ist für ihn nichts als ein Mittel zum Zweck, seine außenpolitischen Ziele zu fördern, und, wie der zweite Band zeigt, auch die innenpolitischen³⁾.

Den extrem entgegengesetzten Standpunkt vertritt Mary Evelyn Townsend in ihrem vor 20 Jahren erschienenen aufschlußreichen Buch über die Geschichte des deutschen Kolonialreiches. M. E. Townsend meint, Bismarck sei nicht im Prinzip gegen Kolonien gewesen, sondern habe im Gegenteil deren Wert und Bedeutung für Deutschland voll anerkannt. Er hat sich ihrer Ansicht nach lange vor 1884 dem kolonialen Gedanken zugewandt und bereits in den Jahren 1876 bis 1884 eine aktive Rolle in der deutschen Kolonialbewegung gespielt, so daß die 1884 ein-

¹⁾ Knaplund, Paul, *Letters from the Berlin Embassy* (Washington 1944), S. 331, 333 bis 336, 338 bis 340.

²⁾ Unter anderen: W. H. Dawson, Sir A. W. Ward, Charles Lowe, A. Keller, J. Scott Keltie, Sir Charles Grant Robertson.

³⁾ Taylor, A. J. P., *Germany's First Bid for Colonies* (London 1938); *The Course of German History* (New York 1946).

geleitete Politik kolonialer Annexionen ihm bereits zuvor erstrebenswert erschienen und mit Vorbedacht eingeleitet worden sei⁴⁾.

M. E. Townsend unterstreicht besonders, daß sie der allgemeinen englischen Auffassung entgegentritt und sich mehr oder weniger die traditionelle deutsche Interpretation der Bismarckschen Kolonialpolitik zu eigen macht. Zweifellos ist eine Anzahl deutscher Autoritäten im wesentlichen ihrer Meinung⁵⁾. Etliche deutsche Forscher weichen jedoch in verschiedenen Punkten von ihr ab. Eine Reihe von denen, die mit ihr glauben, daß Bismarck wirklich Kolonien wollte, vertreten ihr gegenüber den Standpunkt, daß der Entschluß zur Kolonialpolitik erst verhältnismäßig spät gefaßt wurde⁶⁾. Andere wiederum unterscheiden sich erheblich von ihr. Alfred F. Pribram erklärt, daß Bismarck sich nur ungern auf eine deutsche Kolonialpolitik eingelassen und bis zu seinem Lebensende daran festgehalten habe, Deutschland müsse in erster Linie eine Kontinentalmacht sein⁷⁾. Nach Veit Valentins Ansicht hoffte Bismarck, seine Politik auf eine Unterstützung des Handels, bei der der Staat so wenig wie möglich in Erscheinung treten sollte, beschränken zu können; er habe aber diese Idee als in der Praxis nicht durchführbar erkannt. Bismarck, so meint Valentin, hielt Deutschlands Position in Europa für zu verletzlich, als daß der Versuch einer überseeischen Kolonisation großen Stils hätte unternommen werden können⁸⁾. Erich Eyck scheint es in seiner Lebensschilderung Bismarcks erwiesen, daß der Kanzler im Grunde seines Herzens — nach seinem eigenen Ausdruck — kein „Kolonialmensch“ war. Die Wurzeln der Bismarckschen Kolonialpolitik findet Eyck in dem Zusammenreffen verschiedener Motive. Die Überzeugung, daß Deutschland Kolonien brauche, habe aber dabei keine Rolle gespielt⁹⁾.

⁴⁾ Townsend, Mary Evelyn, *The Rise and Fall of Germany's Colonial Empire* (New York 1930).

⁵⁾ Zwei Beispiele liegen vor, das erste aus der Zeit vor und das andere nach der Veröffentlichung der deutschen Dokumente: Sommerlad, T., *Der deutsche Kolonialgedanke und sein Werden im 19. Jahrhundert* (Halle 1918); Rogge, Helmuth, *Bismarcks Kolonialpolitik als außenpolitisches Problem*, *Historische Vierteljahrsschrift*, Band XXI (1922/23), S. 305 bis 333, 423 bis 443.

⁶⁾ Darmstaedter, Paul, *Geschichte der Aufteilung und Kolonisation Afrikas* (2 Bände, Berlin 1913, 1920), Band II, S. 61 bis 63; Hagen, Maximilian von, *Bismarcks Kolonialpolitik* (Stuttgart 1923), S. 42 bis 70; Oncken, Hermann, *Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges* (2 Bände, Leipzig 1933), Band I, S. 253 und 254.

⁷⁾ Pribram, Alfred Francis, *England and the International Policy of the European Great Powers* (Oxford 1931), S. 29 bis 32.

⁸⁾ Valentin, Veit, *The German People* (Englische Übersetzung, New York 1946), S. 499 und 500.

⁹⁾ Eyck, Erich, *Bismarck* (3 Bände, Zürich 1941 bis 1944), Band III, S. 394 und 395.

Es zeigt sich also folgendes: Wenn M. E. Townsend sich auch weitgehend auf deutsche Forscher berufen kann, so weichen doch eine Reihe von ihnen, vor allem jüngere Autoren, stark von ihr ab. Die Ansicht über Bismarcks Stellung zur kolonialen Frage, die sie als spezifisch „englisch“ bezeichnet, ist daher nicht als ausschließlich englisch anzusprechen. Sie wird auch von vielen Historikern anderer Länder — darunter deutschen und amerikanischen — vertreten.

Aus der amerikanischen Forschung seien hier einige Beispiele angeführt. Bernadotte E. Schmitt erklärt, die treibende Kraft der deutschen Kolonialbewegung sei die lärmende öffentliche Meinung gewesen, „Bismarck, though personally he was not greatly interested, was forced to give heed to this agitation“¹⁰). Raymond J. Sontag glaubt, daß Bismarck den Gedanken einer überseeischen Expansion ablehnte, den Schlagworten deutscher kolonialer Jingos nie zugestimmt hat und Deutschland für einen saturierten Staat hielt. Seine Kolonialpolitik sei daher in erster Linie als ein Versuch anzusehen, die öffentliche Meinung in der Hand zu behalten, innerdeutsche Kritiker zu beeindrucken und sich bei den Reichstagswahlen von 1884 Unterstützung zu sichern¹¹). Harry R. Rudin meint, Bismarck habe erst spät den Gedanken der Kolonialpolitik aufgegriffen und einfach seine Ansicht in diesem Punkte geändert. Rudin wendet sich scharf gegen M. E. Townsends These, daß Bismarck eine derartige Politik schon lange vor 1884 begünstigt habe¹²). Nach Paul Knaplund vertrat Bismarck den Standpunkt, eine koloniale Expansion würde Deutschland schwächen. Er habe aber in dieser Frage dem zunehmenden Imperialismus weichen müssen und angesichts der schwierigen innerpolitischen Situation, in der er sich befand, schließlich die Gelegenheit ergriffen, sich durch eine Politik kolonialer Expansion tatkräftige Hilfe aus dem imperialistischen Lager zu verschaffen¹³). Ich selbst habe in einer 1937 veröffentlichten Studie M. E. Townsends These gegenüber Vorbehalte geäußert, obgleich ich mich damals mit Bismarcks kolonialen Zielen nur am Rande beschäftigte¹⁴).

In der vorliegenden Untersuchung wende ich mich direkt den Zielen der Bismarckschen Kolonialpolitik zu. Dabei will ich versuchen, eine Bilanz

¹⁰) Schmitt, Bernadotte E., *Triple Alliance and Triple Entente* (New York 1934), S. 23.

¹¹) Sontag, Raymond J., *European Diplomatic History* (New York 1933), S. 35; *Germany and England* (New York 1938), S. X, 203 und 204, 208 und 209.

¹²) Rudin, Harry R., *Germans in the Cameroons* (New Haven 1938), S. 30 und 31, 434 und 435.

¹³) Knaplund, S. 14 und 15, 309.

¹⁴) Aydelotte, W. O., *Bismarck and British Colonial Policy* (Philadelphia 1937), S. 18 bis 27.

zu ziehen, die das Beweismaterial und die Argumente beider Seiten berücksichtigt. Das erscheint um so lohnender, als die Forschungen der letzten 20 Jahre ein vertieftes Verständnis von Bismarcks Kolonialpolitik ermöglichen. Die zahlreichen in diesem Zeitraum veröffentlichten Monographien und generellen Arbeiten enthalten neue Auffassungen und Einsichten, sowie neues Dokumentenmaterial. Die Erweiterung unserer Quellenkenntnis ist besonders wichtig, da die seinerzeit von Bismarck herausgegebenen deutschen Weißbücher so redigiert waren, daß sie in vieler Hinsicht einen falschen Eindruck vermittelten¹⁵⁾, den auch „Die Große Politik“ nicht zu berichtigen vermag, die zwar einiges neue Material bringt, doch gerade der deutschen Kolonialfrage nicht gerecht wird¹⁶⁾.

Die These, daß Bismarck den kolonialen Gedanken bereits sehr früh und aus ehrlicher Überzeugung aufgegriffen habe, findet — wie wir bereits gesehen haben — ihre extremste Ausprägung bei M. E. Townsend. Trotz der ablehnenden Haltung vieler Forscher, die sich seit meiner letzten Stellungnahme zu diesem Problem noch verstärkt hat, wird ihre Ansicht heute keineswegs allgemein verworfen. Auch hervorragende jüngere Historiker¹⁷⁾ haben sie sich zu eigen gemacht, und sie selbst hat wiederholt versucht, ihre Position gegenüber ihren wissenschaftlichen Gegnern weiter zu behaupten¹⁸⁾. Eine Auseinandersetzung mit der Auffassung, deren Hauptexponent M. E. Townsend ist, muß also zunächst auf ihre Argumente eingehen. Damit ist keineswegs die Absicht verbunden, M. E. Townsends Werk als ganzes zu diskreditieren. Ihr wertvoller Beitrag zur deutschen Kolonialgeschichte bleibt nach wie vor, wie Professor Langer vor einigen Jahren schrieb, die beste Darstellung in englischer Sprache. In den hier zur Diskussion stehenden Punkten der kolonialen Ziele Bismarcks kann ich jedoch ihre Schlußfolgerungen nicht voll

¹⁵⁾ Aydelotte, S. 142 bis 153.

¹⁶⁾ Die Verfasser stellen fest: „Die Vorgänge über Angra Pequena . . . sind im wesentlichen aus dem deutschen Weißbuch . . . und den englischen Blaubüchern . . . bekannt.“ *Die Große Politik der Europäischen Kabinette*, Band IV (Berlin 1927), S. 56. Meine Durcharbeitung der Deutschen Archive erbrachte jedoch Material, das weder in dem Weißbuch noch in *Die Große Politik* enthalten ist und das meiner Meinung nach unsere Interpretation der deutschen Kolonialgeschichte erheblich ändert. Diese Dokumente erscheinen in meinem unter Anmerkung 14 zitierten Buch, und auf einige von ihnen werde ich mich auch im Laufe dieses Aufsatzes beziehen.

¹⁷⁾ Hayes, Carlton J. H., *A Generation of Materialism* (New York 1941), S. 223.

¹⁸⁾ In ihren Besprechungen meines Buches (sehr anerkennend trotz unserer zum Teil gegensätzlichen Auffassung) und Taylor, *Germany's First Bid for Colonies. American Historical Review*, Band XLIII (Juli 1938), S. 859 und 860; Band XLIV (Juli 1939), S. 900.

akzeptieren und glaube, daß eine Überprüfung der Quellen erhebliche Korrekturen der von ihr vertretenen extremen Ansicht notwendig macht.

M. E. Townsend gibt selbst zu, daß gewichtiges Beweismaterial offensichtlich gegen ihre Auffassung spricht: Bismarcks wiederholte emphatische Ablehnung jeglicher Sympathie für überseeische Expansionen — sowohl vor wie nach 1884, seine konsequente Weigerung vor 1884, die sich bietenden Gelegenheiten zum Erwerb deutschen Kolonialbesitzes auszunutzen, und schließlich die allgemeine Tendenz seiner kontinental orientierten Politik, die in erster Linie darauf bedacht war, Deutschland in Europa Sicherheit zu verschaffen. M. E. Townsend meint allerdings, daß man all diese Gesichtspunkte außer acht lassen könne¹⁹⁾. Sie hat für jeden Gegengründe, auf die später noch zurückzukommen ist. Es erscheint mir am zweckmäßigsten, mich zunächst mit Bismarcks Erklärungen und Maßnahmen vor 1884 zu befassen, dann mit denen aus der Zeit nach 1884 und schließlich mit dem Verhältnis der Kolonialpolitik zu seiner übrigen Politik. Dabei werde ich jeweils zu M. E. Townsends Argumenten Stellung nehmen, sowie andere Punkte erörtern, die für ein Verständnis des Gesamtproblems notwendig erscheinen.

I.

M. E. Townsend hält die vielen scharfen antikolonialen Erklärungen Bismarcks vor 1884 für nichts anderes als machiavellistische Ausflüchte, dazu bestimmt, seine wahren Absichten zu verschleiern. Bismarck bediene sich dabei der heuchlerischen Grundsätze der Staatskunst des 19. Jahrhunderts. Derartige öffentliche Dementis — so fügt sie später hinzu — würden durch die eindeutig pro-kolonialen Erklärungen widerlegt, die Bismarck vertraulich in jenem Zeitraum abgab, und weiterhin durch die Tatsache, daß er in diesen Jahren bereits eine wichtige und aktive Rolle in der Entwicklung der deutschen Kolonialbewegung spielte.

Es mag zwar gerechtfertigt erscheinen, alle Äußerungen Bismarcks mit Vorsicht aufzunehmen, jedoch macht es einen parteiischen Eindruck, daß M. E. Townsend alle seine antikolonialen Äußerungen als reinen Machiavellismus abtut, zumal sie andere Erklärungen, denen gegenüber man meines Erachtens ähnliche Einwendungen machen könnte, ohne weiteres als

¹⁹⁾ Townsend, S. 59 bis 67.

beweiskräftig hinnimmt. Die nachdrückliche Ablehnung jeglicher Sympathie für Kolonialerwerbungen während der ersten 13 Jahre des Kaiserreiches beweist zweifellos noch längst nicht, daß Bismarcks Meinung mit seinen Worten übereinstimmte. Das Gegenteil wäre jedoch erst zu erhärten. Keinesfalls kann man derartige Erklärungen einfach mit dem Einwand abtun, sie lägen auf der heuchlerischen Linie der Politik des 19. Jahrhunderts.

Mit den vertraulichen Äußerungen Bismarcks, die nach M. E. Townsend im Widerspruch zu seinen öffentlichen stehen, sind die Informationen gemeint, die er in den siebziger Jahren verschiedenen kleinen Gruppen gab, als sie Pläne und Petitionen für eine Kolonialpolitik vorbrachten. M. E. Townsend vertritt die Ansicht, daß in diesen Äußerungen keine grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik liege; sie bedeuteten weniger eine Mißbilligung als ein Hinausschieben kolonialer Unternehmungen, für die Bismarck immer wieder die gleichen Gründe angegeben habe: „weakness and unpreparedness of the new empire, fear of exciting the antagonism of foreign Powers, and the lack of support for colonialism within Germany itself“. Für besonders bezeichnend hält M. E. Townsend Bismarcks Verhalten gegenüber den Kaufleuten Weber und Lüderitz, die ihn 1876 aufsuchten, um ihn für deutsche Kolonialpläne in Afrika zu gewinnen. Bismarck brachte bei dieser Begegnung in höflicher Form seine persönliche Sympathie mit den Intentionen der Antragsteller zum Ausdruck, stimmte der Auffassung zu, daß Deutschland nicht auf die Dauer auf Kolonien verzichten könne und gab für sein augenblickliches Zögern seine üblichen Gründe an. Doch ließ er die Möglichkeit durchblicken, daß in 9 oder 10 Jahren, nach der Schaffung einer wirklich tiefgehenden deutschen Kolonialbewegung, etwas getan werden könne. In diesen vertraulichen Worten sieht M. E. Townsend den Schlüssel zu Bismarcks wahren Absichten²⁰⁾.

Aber all das ist nicht ganz folgerichtig. Die Behauptung, Bismarck habe vor dem Reichstag, also vor der Öffentlichkeit, seine Pläne verschleiert, sich jedoch einer Abordnung von Geschäftsleuten vertraulich eröffnet, ist nicht einleuchtend. Der Empfang einer Delegation einflußreicher Staatsbürger, die ihn um etwas angingen, was er im Augenblick nicht zugestehen wollte, bot an sich keine Veranlassung, seine geheimsten Ansichten darzulegen. Die Situation erforderte viel eher diplomatischen Takt als Offenheit. Bismarcks Äußerungen dieser Gruppe gegenüber brauchen durchaus

²⁰⁾ Townsend, S. 60 und 61, 64 und 65, 68 und 69.

nicht als Enthüllung seiner wirklichen Ziele gewertet zu werden. Sie können ebensogut eine höfliche Ablehnung sein, die die Antragsteller so wenig wie möglich verärgern sollte. Der von M. E. Townsend hervorgehobene Gegensatz zwischen öffentlichen und vertraulichen Äußerungen überzeugt hier nicht. Eine derartige Beweisführung ist jedenfalls in keiner Weise schlüssig. Zuverlässigeren Anhalt für Bismarcks Ziele in der Zeit vor 1884 gewährt nur eine Analyse seiner Handlungen.

Wer nachweisen will, daß Bismarck schon damals koloniale Bestrebungen unterstützte, muß auch erklären können, warum er die zahlreichen Gelegenheiten dieser Jahre, Kolonialbesitz zu erwerben, vorübergehen ließ, und warum sich seine Gesamtpolitik gegen jede imperialistische Expansion und auch gegen die Unterstützung einer expansionistischen Politik gewisser Gruppen innerhalb Deutschlands richtete. Nach M. E. Townsend war Bismarck, obwohl er sich in der Öffentlichkeit gegen Kolonien aussprach, in Wirklichkeit schon seit Mitte der siebziger Jahre ein überzeugter Imperialist. Den Beleg für ihre These glaubt sie in der Tatsache zu finden, daß er in jenen Jahren koloniale Unternehmungen unauffällig, aber wirksam durch Handelsverträge und durch die Versuche, Kohlenstationen zu erwerben und Regierungssubventionen für Schifffahrtslinien zur Verfügung zu stellen, sowie durch ähnliche Maßnahmen, unterstützte²¹⁾.

Aber gerade in diesem wesentlichen Punkt erscheint M. E. Townsends Beweisführung höchst anfechtbar. Bismarcks umfassende Maßnahmen zum Schutz des deutschen Handels Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre sind wohlbekannt. Hieraus jedoch ableiten zu wollen, daß er sich zu jener Zeit bereits auf eine Annexionspolitik festgelegt habe, ist doch höchst bedenklich und nicht ganz logisch. Der Schutz des Handels durch eine Politik, die koloniale Erwerbungen betont ausschließt, ist etwas völlig anderes als die aktive Verfolgung eines Kolonialprogramms. Und Rudin hat bestimmt recht, wenn er feststellt: „Between the two principles there seemed to be a world of difference in Bismarck's mind“²²⁾. Es sieht so aus, als wollte M. E. Townsend diese beiden entgegengesetzten Prinzipien soweit wie möglich miteinander in Einklang bringen, um daraus die Behauptung herleiten zu können, Kolonien seien fraglos schon vorgesehen gewesen, als die Handelsschutzmaßnahmen eingeleitet wurden. Ihr Verfahren ist offensichtlich unlogisch und macht das umstrittene Problem, das wir in diesem Aufsatz erörtern, zum Argument ihrer Beweisführung.

²¹⁾ Townsend, S. 62 bis 72.

²²⁾ Rudin, S. 32.

Es steht hier nicht zur Debatte, wann Bismarck anfang, den Handel zu unterstützen, sondern es ist zu klären, wann und aus welchen Gründen er von der Förderung des Handels durch alle nur denkbaren Maßnahmen *außer* durch die Gründung von Kolonien dazu überging, den Handel *durch* koloniale Erwerbungen zu unterstützen. Stellt man fest, wann er sich der ersten politischen Linie zuwendete, so besteht immer noch die Frage, wann er sich zu der zweiten durchrang.

In diesem Zusammenhang ist der Samoa-Vorlage von 1880 besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da M. E. Townsend diese als schlüssiges Beweisstück dafür anführt, daß Bismarck schon vor 1883 für eine Kolonialpolitik eintrat. Mit der Samoa-Vorlage, so sagt sie, Bismarck „boldly projected a colonial policy in the Reichstag“. Ferner habe er einen Artikel in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ unwidersprochen gelassen, der das Samoa-Gesetz als ein Vorspiel zu einer deutschen Kolonialpolitik, ja als den ersten Schritt dazu bezeichnete. Obgleich er seine Pläne zu verbergen suchte, erklärt M. E. Townsend, habe die Vorlage ihn dazu gezwungen, „to show his hand in favor of colonies“.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Samoa-Vorlage an sich gar keine kolonialpolitischen Maßnahmen bezweckte, sondern lediglich für die damalige Bismarcksche Handelsschutzpolitik charakteristisch ist. Es ging darum, durch die Schaffung einer neuen Gesellschaft die Interessen des Hauses Goddefroy, das 1879 Bankrott gemacht hatte, vor dem Zugriff der Londoner Firma Baring Brothers zu schützen. In den Debatten des Reichstages, wie in den offiziellen Dokumenten und in der Presse — der zitierte Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist die einzige Ausnahme — bestand die Regierung darauf, daß es um keine kolonialpolitische Frage, sondern allein um den Schutz deutscher Handelsinteressen, die Ehre und das Ansehen Deutschlands gehe. Im übrigen deckte sich das mit der Haltung, die die Regierung in der Diskussion über ihre Handelsverträge gegen Ende der siebziger Jahre eingenommen hatte. Bismarck und die ihm nahestehenden Kreise betonten immer wieder, daß hinter den Samoa- und Tonga-Verträgen keine kolonialpolitischen Absichten stünden. M. E. Townsend sieht in all diesen Erklärungen nur den Versuch, dem Reichstag Sand in die Augen zu streuen²³⁾.

Nicht alle Historiker stimmen mit M. E. Townsend darin überein, daß die Samoa-Vorlage kolonialen Zielen dienen sollte. Der Verfasser der klassischen deutschen Studie über Bismarcks Kolonialpolitik, von Hagen,

²³⁾ Townsend, S. 70 bis 77.

vertritt beispielsweise den Standpunkt, Bismarcks Ziele seien in diesen Jahren noch immer eindeutig auf den Schutz der Handelsinteressen begrenzt gewesen²⁴). Eine unwiderlegbare Interpretation der Samoa-Vorlage wird meines Erachtens gar nicht möglich sein, da wir über Bismarcks unausgesprochene Absichten keine sicheren Feststellungen machen können. Einstweilen genügt es, darauf hinzuweisen, daß — welche geheimen Hoffnungen man sich auch immer gemacht haben mag — tatsächlich im Zusammenhang mit der Vorlage keine Kolonialpolitik von der Regierung empfohlen oder gar angeregt wurde und daß der Entwurf sich ausschließlich auf die Stützung privater Handelsunternehmungen beschränkt.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß in den unveröffentlichten deutschen Dokumenten, die M. E. Townsend noch nicht benutzen konnte, nichts darauf hindeutet, daß Bismarck schon vor 1883 eine von der Linie seiner Handelsschutzpolitik abweichende Kolonialpolitik plante. Die pro-koloniale Einstellung, die er Delegationen gegenüber durchblicken ließ, ist in den Geheimakten des Auswärtigen Amtes nicht nachzuweisen. Was immer er auch wirklich gedacht haben mag, der praktische Entschluß Kolonien zu gründen, wie er in den amtlichen Instruktionen für seine Untergebenen zu erkennen ist, wurde nicht vor Mitte 1883 gefaßt. In den Dokumenten der deutschen Archive — von denen ich alle gelesen habe, die sich auf die in den achtziger Jahren begründeten deutschen Kolonien beziehen — läßt sich keinerlei Beweismaterial dafür finden, daß Bismarck vor diesem Zeitpunkt koloniale Erwerbungen beabsichtigt hat. Er wollte ursprünglich nicht einmal zulassen, daß die von Lüderitz in Angra Pequena erworbene Konzession zur deutschen Kolonie wurde. Im Anfangsstadium der Verhandlungen, Ende 1882 und Anfang 1883, ließ Bismarck Lüderitz bedeuten, er könne nur auf jenen begrenzten Schutz rechnen, den die Reichsleitung deutschen Handelsfirmen seit einigen Jahren gewährte, und gleichzeitig deutete er im Februar 1883 der britischen Regierung an, daß Deutschland sich freuen würde, wenn England seinen Schutz der Niederlassung angedeihen ließe²⁵). Erst 1883 faßte er eine tiefergehende Verpflichtung Lüderitz gegenüber ins Auge und begann auch Englands Rechte in diesem Gebiet zu bezweifeln. Aus Bismarcks keineswegs lange vorher geplantem Entschluß gewinnt man den Eindruck, daß er nicht nur die Linie seiner Gesamtpolitik plötzlich geändert habe, sondern auch seine Haltung gegenüber dem Lüderitzschen Projekt. Damit ist nicht gesagt,

²⁴) Hagen, S. 110/III und passim.

²⁵) Aydelotte, S. 27 bis 31, 38.

daß Bismarck Kolonien grundsätzlich abgelehnt hat (obwohl ich glaube, daß sich das durch Zuziehung anderer Quellen beweisen läßt), sondern ganz einfach, daß er den Kurs seiner Politik Mitte 1883 änderte.

II.

M. E. Townsend urteilt über Bismarcks Politik und seine Äußerungen in der Zeit von 1884 bis 1890 folgendermaßen: „as the German Empire plunged deeper and deeper into her career of expansion, the more frequent and emphatic did his denials become“²⁶). Von hier aus folgert sie, die Verlautbarungen aus den letzten Amtsjahren Bismarcks hätten so wenig mit seiner Politik übereingestimmt, daß man sie nicht zu berücksichtigen brauche. Die Gründung des deutschen Kolonialreiches sei ein unanfechtbarer Beweis für seine kolonialen Interessen. Diese Interpretation macht es sich zu einfach. Man fragt sich, aus welchem Grunde Bismarck auch nach 1884 antikoloniale Erklärungen abgegeben haben sollte, wenn er, wie M. E. Townsend behauptet, damit lediglich eine Irreführung der Öffentlichkeit beabsichtigte. Denn nach 1884 waren seine kolonialen Pläne so offensichtlich, daß eine Verschleierung nicht länger möglich war.

Noch weniger stichhaltig ist M. E. Townsends Behauptung, für diese letzten 6 Jahre bestünden Widersprüche zwischen Bismarcks Äußerungen und Handlungen. Was Bismarck im Reichstag zu seiner Kolonialpolitik bemerkte, läßt sich im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: Er erklärte 1., daß er kolonialen Erwerbungen noch immer ablehnend gegenüberstehe, und 2., er hoffe, daß es möglich sein werde, sein Kolonialprogramm so zu begrenzen, daß es kaum noch als solches angesehen werden könne. So versicherte er im Juni 1884, zwei Monate nach der Erklärung über den deutschen Schutz von Angra Pequena: „Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien, . . . die als Unterlage ein Stück Land schaffen . . . und Garnisonen errichten, . . . daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe“²⁷). Noch 5 Jahre später, in seiner berühmten Kolonialrede vom 26. Januar 1889, bezog Bismarck sich auf diese Darlegung. Er bezeichnete sie als seine wirkliche Meinung und fuhr fort: „Ich bin kein Kolonial-

²⁶) Townsend, S. 60.

²⁷) Kohl, Horst, *Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten von Bismarck* (14 Bände, Stuttgart 1892 bis 1905), Band X, S. 193 und 194.

mensch von Hause aus gewesen; ich habe gerechte Bedenken gehabt, und nur der Druck der öffentlichen Meinung, der Druck der Mehrheit hat mich bestimmt zu kapitulieren und mich unterzuordnen . . . Ich habe Ihnen angedeutet, wie zögernd ich an die Kolonialfrage überhaupt herangegangen bin . . . Kurz und gut, ich war gegen Gründung deutscher Kolonien . . .“²⁸⁾.

Für die Linie von Bismarcks Kolonialpolitik ist seine wiederholt betonte Auffassung charakteristisch, daß Kolonien nicht durch künstliche Initiative des Reiches gegründet werden könnten, sondern daß das Reich nur von Privatleuten bereits erworbene Gebiete unter seinen Schutz nehmen werde²⁹⁾. Dieser Schutz dürfe aber nur sehr begrenzt sein: Kolonialgebiete sollten nicht anektiert oder in das Reich eingegliedert werden; und das Reich werde für die Verwaltung, die Privatpersonen oder Kolonialgesellschaften überlassen bleiben müßte, keine Verantwortung übernehmen. Es seien keine Garnisonen vorgesehen, und im allgemeinen werde das Reich keine Leistungen für die Kolonien übernehmen, die finanzielle Aufwendungen erforderten. Der Beistand der Regierung werde sich hauptsächlich auf den Schutz gegen Übergriffe anderer Mächte beschränken³⁰⁾. Zur praktischen Bedeutung deutscher Kolonien hat sich Bismarck nur einige wenige Male geäußert. Im allgemeinen meinte er, daß nicht die kaiserlich deutsche Regierung, sondern nur der private Unternehmer über den Wert der Kolonien zu entscheiden hätte: „Ob Angra Pequena fruchtbar sei, gehe Herrn Lüderitz an . . .“³¹⁾. Das Reich gewähre seinen Schutz nur aus seiner Verpflichtung gegenüber deutschen Staatsbürgern, die ihn angefordert hätten, nicht aber wegen des möglichen Wertes einer Kolonie.³²⁾

Erklärungen dieser Art widersprechen keineswegs Bismarcks praktischer Kolonialpolitik, sondern stehen sehr genau im Einklang mit den uns bekannten Tatsachen. Tut man sie als nicht der Realität entsprechend oder bedeutungslos ab, so deckt sich das nicht mit dem Gehalt der Quellen. Vor allem in den ersten Monaten nach Einleitung seines Kolonialprogramms versuchte Bismarck auf verschiedenste Weise, die Beteiligung der Reichsleitung einzuschränken und Initiative und Verantwortung dem Privatunternehmen zu überlassen. Von Anfang an bestand er darauf, daß

²⁸⁾ Kohl, Band XII, S. 577 und 578, 582 und 583.

²⁹⁾ Kohl, Band X, S. 168 und 169, 173, 196 bis 198; Band XI, S. 52 und 53, 82.

³⁰⁾ Kohl, Band X, S. 168 und 169, 171, 174, 196 bis 198, 419 und 420; Band XII, S. 560, 580 und 581.

³¹⁾ Kohl, Band X, S. 174; Band XI, S. 76 bis 83, 137 und 138; Band XII, S. 538, 550 und 551, 581 und 582, 586 und 587.

³²⁾ Kohl, Band X, S. 168 und 169, 174, 196 bis 198.

der Schutz des Reiches keine Übernahme der Souveränität bedeute. Als Lüderitz Angra Pequena erworben hatte, erklärte er zum Beispiel, wenn keine andere Macht von diesem Gebiete Besitz ergriffen habe, „so steht die Landeshoheit entweder bei dem betreffenden Negerfürsten oder bei Lüderitz, nicht beim Reich“³³⁾. Er hielt auch daran fest, daß die deutsche Regierung keine finanzielle oder administrative Verantwortung übernehmen solle. Wie sehr diese Einstellung Lüderitz eingehämmert worden war, geht daraus hervor, daß er noch am 1. Mai 1884 an Bismarck schreiben konnte: „Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß es keine Reichskolonie unter kaiserlich deutscher Verwaltung werden soll, sondern daß ich (bzw. eine von mir zu bildende Gesellschaft) die nötigen Verwaltungsbeamten selbst anstellen und besolden werde“. Bismarck schrieb an den Rand: „Ja“³⁴⁾.

Bismarcks hartnäckige, wenn auch letztlich erfolglose Versuche, die kolonialen Verpflichtungen des Reiches zu begrenzen, keine regelrechten Kolonien mit Garnisonen und Beamten zu schaffen, sondern diese Privatpersonen oder Kolonialgesellschaften zu überlassen, sind vielfach geschildert worden, unter anderem von M. E. Townsend selbst, so daß es überflüssig ist, allgemein Bekanntes zu wiederholen. Ich möchte hier nur auf den fundamentalen Gegensatz zwischen der Bismarckschen deutschen und beispielsweise der französischen Kolonialpolitik hinweisen. Bismarcks Politik von 1884 bis 1890 wiederlegt seine nüchternen öffentlichen Erklärungen nicht, sondern bestätigt sie fast bis in die letzte Einzelheit. Seine Handlungen stützen sogar die These, daß er selbst nach der Aufnahme des Kolonialprogramms kein überzeugter Anhänger des kolonialen Gedankens geworden sei.

Die Zurückhaltung Bismarcks in der Kolonialpolitik zeigt sich nicht nur darin, daß er die Teilnahme der Regierung an kolonialen Unternehmungen zu beschränken suchte, sondern auch in dem relativ bescheidenen Ausmaß und dem geringen Wert der schließlich erworbenen Kolonien. Wenn Deutschland nur gewollt hätte, wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, ein erheblich größeres Kolonialreich zu schaffen. Selbstredend schränkte der späte Eintritt in die Kolonialpolitik die Auswahlmöglichkeiten ein, da in der Mitte der achtziger Jahre die wertvollsten Gebiete bereits von anderen Mächten annektiert worden waren. Aber abgesehen davon setzte Bismarck die gerade begonnene Kolonialpolitik nicht energisch fort. Die Ab-

³³⁾ Randbemerkung von Bismarck auf einem Memorandum von Bojanowski vom 8. August 1833, Aydelotte, S. 38 und 39.

³⁴⁾ Aydelotte, S. 83.

kühlung der Begeisterung des Kanzlers, sein „kolonialer Überdruß“ („colonial weariness“) und die Bereitschaft zum Verzicht auf koloniale Ambitionen gegen Ende der achtziger Jahre, soweit sie einem guten Einvernehmen mit England hinderlich waren, sind von einer Reihe von Autoren geschildert worden, darunter M. E. Townsend, deren eigenes Beweismaterial in dieser Beziehung kaum mit ihrer Hauptthese in Einklang zu bringen ist³⁵⁾. Im Endergebnis war Deutschlands Kolonialreich zu klein und zu arm, um je einen wirtschaftlichen Gewinn abzuwerfen. Es ist in der Tat eine erhebliche ökonomische Belastung geblieben und kostete — nach Taylor — den deutschen Steuerzahler „in subsidies six times what the German merchants and investors made out of them in profits“³⁶⁾. Wollte man die These akzeptieren, daß Bismarck wirklich an den wirtschaftlichen Wert von Kolonien für Deutschland glaubte, dann müßte man auch einräumen, daß seine Kolonialpolitik, vielleicht mit Ausnahme des Kulturkampfes, das erfolgloseste Unternehmen seiner ganzen Laufbahn war.

In Bismarcks Haltung vor und nach 1884 läßt sich also eine gleichbleibende Tendenz erkennen, die nicht, wie M. E. Townsend beweisen möchte, pro- sondern anti-kolonial ist. Vor 1884 setzte sich Bismarck stark für den Schutz des Handels ein, sah jedoch geflissentlich von der Gründung von Kolonien ab. Aus der Art, wie er seine ersten kolonialen Unternehmungen einleitete, aus seinen Äußerungen im Reichstag, seinen Erlassen und Marginalien darf man die Schlußfolgerung ziehen, daß er viel weitergehende Maßnahmen selbst nach 1884 gern vermieden hätte, und, ganz entsprechend den Linien seiner früheren Politik, bestrebt war, die ersten deutschen Kolonien nicht als typische vom Reich annektierte Kolonialgebiete zu betrachten, sondern als Institutionen, die sich auf den Handelsschutz beschränken sollten.

III.

Eine Untersuchung des Verhältnisses von Bismarcks Kolonialplänen zu seiner Gesamtpolitik ist in unserem Zusammenhange von entscheidender Bedeutung, da kolonialpolitische Maßnahmen, genau so wenig wie diplomatische überhaupt, niemals isoliert betrachtet werden dürfen. Die einzelnen Gebiete nationaler Politik sind immer eng miteinander verknüpft.

³⁵⁾ Townsend, S. 112, 114 ff.

³⁶⁾ Taylor, *Course of German History*, S. 134.

Das muß sich im Werke eines so beständig planenden und erfolgreichen Staatsmannes wie Bismarck besonders deutlich zeigen. Professor Rothfels sagt: „Daß solche Verknüpfungen, solche Knotenpunkte scheinbar divergierender Linien sich ergaben, liegt in Bismarcks Staatskunst tief begründet“³⁷⁾.

Dieser Gedankengang ist auch M. E. Townsend nicht fremd; sie unterstreicht nämlich, daß Bismarck seine Kolonialpolitik immer seiner Außenpolitik untergeordnet habe und daß „his one overruling aim, as demonstrated by all his policies, was to establish the security of Germany in Europe“³⁸⁾. — Sie glaubt jedoch, daß ihre These von der prinzipiellen Kolonialfreundlichkeit Bismarcks dieser Auffassung keineswegs widerspreche. Denn Bismarck, so argumentiert sie, „sensed . . . the rising tide of economic imperialism“, und „came to perceive that Germany must foster colonisation in order to secure and to maintain a position of supremacy in Europe“³⁹⁾. Doch gerade in diesem letzten Punkt ist es etwas schwierig, ihr zu folgen.

Bismarcks Erklärungen im Reichstag, wie immer man sie auch beurteilen mag, besagen nahezu das Gegenteil. Er vertrat konsequent die Ansicht, daß er von der deutschen Kolonialmacht keine Stärkung Deutschlands in Europa erwarte. Der Erwerb von Kolonien sei vielmehr nur deshalb möglich gewesen, weil Deutschland schon eine so starke Position in Europa innehatte, daß es sich trotz der fehlenden deutschen Flotte Kolonialbesitz erlauben konnte. Den Ausbau einer Kriegsflotte, die stark genug war, die deutschen Kolonien gegen andere Mächte zu verteidigen, lehnte Bismarck ab. Er war weit davon entfernt zu glauben, daß Deutschlands Kolonien bei Konflikten mit anderen europäischen Nationen etwa einen Vorteil bedeuten würden, und vertrat sogar den Standpunkt, daß aus Kolonialfragen entstehende Streitigkeiten auf Grund der Position Deutschlands in Europa beigelegt werden könnten: „Ich habe schon damals gesagt, daß dergleichen Konflikte eben nicht in den Kolonien auszufechten sind, sondern in Europa diplomatisch oder auf einem anderen Wege“⁴⁰⁾.

Ohne Zweifel benötigte Deutschland, wenn man den damaligen imperialistischen Theorien zustimmt, auf Grund seiner wachsenden Industrie und Bevölkerung, Kolonien als Rohstoffquellen, als Märkte für Industriegüter und Kapital, sowie als Aufnahmegebiete für Auswanderer. Aber es

³⁷⁾ Rothfels, Hans, *Bismarcks englische Bündnispolitik* (Stuttgart 1924), S. 76 und 77.

³⁸⁾ Townsend, S. 61, 71 und 72, 76 und 86, 95 bis 109.

³⁹⁾ Townsend, S. 61 und 62.

⁴⁰⁾ Kohl, Band X, S. 414 und 415; Band XI, S. 102.

ist nicht ausgemacht, daß diese Theorien Bismarck beeinflußten. Er war auf Auswanderer nicht gut zu sprechen und sagte einmal: „Ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr“⁴¹⁾. Hagen hat gewiß recht mit seiner Feststellung, daß Bismarck nicht beabsichtigte, mit seiner Kolonialpolitik die Auswanderung, für die die neuen deutschen Kolonien sowieso wenig geeignet waren, zu fördern⁴²⁾. Auch kann man sich schwer vorstellen, daß Bismarck durch wirtschaftliche Argumente zum Imperialismus bekehrt worden sei und sich dadurch zu wichtigen politischen Schritten hätte bestimmen lassen. Viele Jahre hindurch lagen ihm wirtschaftliche Aspekte völlig fern. Auch bei anderen wichtigen Entscheidungen von großer wirtschaftlicher Bedeutung, wie zum Beispiel bei der Aufnahme seiner Schutzzollpolitik, ließ er sich weniger von ökonomischen Gesichtspunkten leiten als von politischen. Wie bereits erwähnt, äußerte er im Reichstag, der wirtschaftliche Ertrag der Kolonien gehe nicht die Regierung, sondern allein den Unternehmer an; das Reich gewähre seinen Schutz nicht auf ökonomischer Kalkulationsbasis, sondern aus seiner politischen Verpflichtung gegenüber deutschen Staatsbürgern, die um diesen Schutz nachsuchten. Man solle auch nicht außer acht lassen, daß die Gewinne einer imperialistischen Politik nur wenigen zugute kämen, nicht der „kapitalistischen Klasse“ als ganzer, sondern nur gewissen Interessenten.⁴³⁾ Daß dieses Argument schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt für Bismarck eine Rolle spielte, zeigt ein Brief an Roon aus dem Jahre 1868, in dem es — unter Bezugnahme auf koloniale Ziele — heißt, „daß es schwer zu rechtfertigen ist, die ganze Nation zum Vorteil einzelner Handels- und Gewerbszweige zu erheblichen Steuerlasten heranzuziehen“⁴⁴⁾.

Es ist demnach schwierig, die Ansicht aufrechtzuerhalten, Bismarck habe sich durch wirtschaftliche Argumente für den Imperialismus gewinnen lassen. Das Problem liegt aber erheblich tiefer. Die imperialistische Bewegung hatte — nach Ansicht vieler jüngerer Forscher — weniger eine wirtschaftliche als eine politische Basis. Die wirtschaftlichen Argumente für den Imperialismus waren nicht selten apologetisch, Versuche, einen Impuls zu rechtfertigen, der psychologisch in Wirklichkeit dem nationalen Prestigestreben entsprang. Professor Hayes hat in einem bemerkenswerten

⁴¹⁾ Kohl, Band X, S. 208 und 209.

⁴²⁾ Hagen, S. 218 ff., 230.

⁴³⁾ Hayes, S. 223.

⁴⁴⁾ Zimmermann, Alfred, *Geschichte der deutschen Kolonialpolitik* (Berlin 1914), S. 6 und 7.

Vortrag betont, daß häufig imperialistische Politik, die wirtschaftliche Erwägungen kaum berücksichtigte, oder sogar völlig mißachtete, getrieben wurde. Der Imperialismus geht dem Aufstieg des Neo-Merkantilismus voraus, aus dem man ihn zeitweise hat herleiten wollen. Auch waren die neuen Forderungen nach Märkten und Rohstoffen längst nicht zugkräftig genug, um eine so umfassende Bewegung auszulösen. Die Träger der imperialistischen Bewegung waren häufig nicht liberale Industrielle, sondern agrarisch orientierte Konservative. Sie wurzelt weniger in der sich entfaltenden europäischen Industrie als in den nationalen Kriegen, auf die sie unmittelbar folgte. Der Imperialismus ist daher am besten als ein nationalistisches Phänomen zu begreifen, dessen Sinn die nationale Selbstverherrlichung war, als Produkt des leidenschaftlichen Wunsches, das nationale Prestige zu behaupten oder wiederzugewinnen⁴⁵⁾. Will man feststellen, welche Rolle imperialistische Intentionen im Rahmen der Bismarckschen Gesamtpolitik spielten, so interessiert seine Haltung gegenüber wirtschaftlichen Argumenten nur am Rande. Da die Wurzeln des Imperialismus alles andere als ökonomische waren, sollte man vielmehr untersuchen, wie weit Bismarck durch die oben geschilderten nationalistischen Motive beeinflusst wurde.

Die Annahme, Bismarck sei ein leidenschaftlicher Anhänger der nationalistischen Expansion gewesen, steht im Widerspruch zu dem Urteil der meisten Forscher. Man sieht ihn im allgemeinen als den Staatsmann, der mit geringstem Nachdruck für die föderalistische Lösung der deutschen nationalen Frage eingetreten ist und die deutsche Einheit auf kleindeutscher Grundlage — unter Ausschluß der deutschen Provinzen Österreichs — wiederherstellte. Typisch für diese Auffassung ist Binkleys Bonmot über die Schlacht von Königgrätz: „This German Gettysburg was won by the secessionists“⁴⁶⁾. Bismarck war in vieler Hinsicht eher preußisch als deutsch orientiert und seine „Einigung“ Deutschlands war sehr wesentlich als Vergrößerung Preußens gedacht. Wenn die Bildung des deutschen Kaiserreiches auch nationalistische Gefühle weckte, welche die kolonialen Forderungen populär machten, so ist doch die Frage aufzuwerfen, wie weit diese Gefühle vom Schöpfer des Reiches geteilt wurden. Nach 1871 war Bismarck, zumindest in seiner europäischen Politik, konsequent anti-expansionistisch.

Man muß sich vor Verallgemeinerungen hüten. Mit der Behauptung, Bismarck habe irgendeinen politischen Kurs eingeschlagen bzw. nicht ein-

⁴⁵⁾ Hayes, S. 216 bis 229.

⁴⁶⁾ Binkley, Robert C., *Realism and Nationalism* (New York 1935), S. 269.

schlagen können, weil er kleindeutscher Antinationalist oder Junker war, ist gar nichts gesagt. Solche Generalisierungen versagen dem Einzelfall gegenüber. Wenn Bismarck auch sicherlich stark durch seine junkerlichen Bindungen beeinflußt wurde, so darf doch das Argument, er sei ein „typischer Junker“ gewesen, nicht absolut gesetzt werden. Die Termini „großdeutsch“ und „kleindeutsch“ lassen sich, wie Rudolf Schlesinger festgestellt hat, nur in sehr beschränktem Maße auf die politischen Verhältnisse im Bismarck-Deutschland anwenden⁴⁷⁾. Trotzdem scheint es einzuleuchten, daß der Versuch, Bismarck zu einem überzeugten Imperialisten zu stempeln, den großen Linien seiner Politik gerade widerspricht: seiner preußischen Orientierung, dem Wunsch, eine Expansionspolitik, welche die Vorherrschaft der Junker erschweren könnte, zu verhindern, der wiederholten Betonung, daß Deutschland saturiert sei, und seiner Entscheidung für eine auf die Erhaltung der bestehenden Zustände ausgerichteten Außenpolitik, die Annexionen ausschloß.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Bismarck — was für geheime Pläne und Wünsche er immer auch gehegt habe — faßte den konkreten Entschluß, Kolonialpolitik zu treiben, nicht vor Mitte 1883. Weiterhin, weder in seinen Reden noch in seinen Handlungen spricht irgend etwas dafür, daß er aus innerer Überzeugung Kolonialpolitiker war. Der Beweis, daß Bismarck sich von deutschen Kolonialerwerbungen eine Stärkung der Stellung des Reiches in Europa versprach, ist nicht ernsthaft zu erbringen. Die Antwort auf die mit diesem Aufsatz gestellte Frage „Wollte Bismarck Kolonien?“ kann also nur dahin lauten, daß — soweit man seine Absichten aus seinen Erklärungen, Handlungen und der Gesamtkonzeption seiner Politik erschließen kann — Kolonialpläne allem widersprachen, wofür er eintrat. Kolonialen Erwerbungen als Selbstzweck stand er, wenn nicht feindlich, so doch gleichgültig gegenüber.

Die Tatsache, daß Bismarck schließlich eine Politik akzeptierte, die seiner allgemeinen Haltung und seinen sonstigen Zielen so sehr zuwiderlief, muß daher anders erklärt werden. Eine Möglichkeit wäre die, daß er gegen seinen Willen durch den Druck der öffentlichen Meinung oder von interessierten Gruppen, hinter denen die öffentliche Meinung stand, zum Erwerb von Kolonien gezwungen wurde. Zu dieser Auffassung haben sich allerdings nur wenige, darunter Lord Sanderson⁴⁸⁾, bekannt. Bei dem Charakter Bismarcks und bei der autokratischen Verfassung des deutschen

⁴⁷⁾ Schlesinger, Rudolf, *Federalism in Central and Eastern Europe* (London 1945), S. 68 ff.

⁴⁸⁾ Memorandum von Lord Sanderson, 21. Februar 1907. Gooch, G. P., und Temperley, Harold, *British Documents on the Origins of the War*, Band III (London 1928), S. 421 bis 431.

Staates ist es unwahrscheinlich, daß er sich widerwillig in eine Politik, die er ganz und gar nicht billigte, hineintreiben ließ. Dieser Gedanke erscheint umso unsinniger, als die Kolonialpolitik nicht unter dem Druck des Reichstages, sondern gerade gegen eine starke parlamentarische Opposition aufgenommen wurde. Auch M. E. Townsend erkennt, wie absurd das Argument ist, Bismarck sei zu seiner Kolonialpolitik gedrängt worden. Sie kommt jedoch zu der irrigen Schlußfolgerung, wenn seine Entscheidungen zur Kolonialpolitik nicht erzwungen sei, müsse er eben prinzipiell Expansionspolitiker gewesen sein⁴⁹⁾. Dieses Urteil ist aber ebenso unzutreffend wie das extrem entgegengesetzte von Lord Sanderson; beide lassen, wenn auch von verschiedenen Voraussetzungen ausgehend, die dritte Möglichkeit außer acht⁵⁰⁾.

Diese dritte, einzig akzeptierbare Möglichkeit ist die, daß Bismarck sein Kolonialprogramm einleitete, um damit ganz andere Ziele zu verfolgen. Man muß daher den Schlüssel zu seiner Kolonialpolitik auf anderen Gebieten seiner Politik suchen, für die sie von außerordentlicher Bedeutung gewesen zu sein scheint: nämlich in seiner Behandlung des Reichstages und in seiner Außenpolitik, besonders gegenüber England. Hier bietet sich eine direkte Erklärung.

Beginnen wir mit der Außenpolitik. Die internationale Lage war 1883/84 für die Aufnahme eines deutschen Kolonialprogramms außerordentlich günstig, ein Umstand, der von allen Historikern hervorgehoben worden ist. Bismarcks Position wurde durch sein großes Bündnissystem gestützt, während England und Frankreich, die beiden einzigen Großmächte außerhalb dieses Systems, sich wegen Ägyptens entfremdet hatten und deshalb keine gemeinsame Front gegenüber Bismarcks Plänen einnehmen konnten. Außerdem besserten sich die französisch-deutschen Beziehungen, und Bismarck fand die Gelegenheit, mit Frankreich zu einer zeitweiligen Verständigung über Kolonialfragen zu gelangen. Das große Hindernis für eine deutsche Kolonialpolitik ist angeblich England gewesen. Gemeinhin wird der Standpunkt vertreten, daß nur Deutschlands unangreifbare diplomatische Position und die Schwierigkeiten Englands in Ägypten die deutsche koloniale Aktivität ermöglichten. Man hat in der Forschung auf die Fehler Englands in dieser Episode hingewiesen: seine riesigen kolonialen Ansprüche, die arrogante Haltung gegenüber berechtigten deutschen Be-

⁴⁹⁾ Townsend, S. 59 und 60.

⁵⁰⁾ Taylor, der ebenfalls unterstreicht, daß Bismarck kaum unter Zwang gehandelt haben könnte, macht jedoch nicht diesen logischen Fehler. Er ist sich der Alternativen bewußt. *Germany's First Bid for Colonies*, S. 5 ff.

strebungen und die ungeschickte Führung der Verhandlungen. Andererseits bewunderte man das diplomatische Geschick, mit dem Bismarck die Engländer zwang, auf ihre eigenen Ansprüche zu verzichten und seinen berechtigten Forderungen nachzugeben.

Diese Version deckt sich jedoch nicht ganz mit unserer heutigen Kenntnis. Es ist gewiß richtig, daß Bismarck bei den Verhandlungen weit geschickter war als seine englischen Gegner und daß seine kolonial-politische Auseinandersetzung mit England ein diplomatisches Meisterstück war. Gleichzeitig sollte man aber auch zwei andere Punkte klarstellen. Erstens war der Streit mit England künstlich von Bismarck provoziert worden. Er deckte bewußt der britischen Regierung gegenüber seine Pläne nicht auf und veranlaßte sie auf diese Weise, genau die Schritte zu tun, derentwegen er sie später in den Verhandlungen so wütend angriff. Angesichts der deutschen Dokumente, die ich vor einigen Jahren veröffentlicht habe, kann man nicht mehr die ältere Auffassung vertreten, die beispielsweise in dem Standardwerk von William L. Langer zum Ausdruck kommt. Langer meint, daß Bismarck auf britische Unterstützung der deutschen Kolonialpläne gerechnet habe, daß er „did not want to fly in the face of the English“ und sich nicht der Täuschungsmanöver schuldig machte, die ihm Mister (später Sir) Eyre A. Crowe in dem berühmten Memorandum von 1907 unterstellte⁵¹). Es ist jedoch — was allerdings, als Professor Langer sein Werk schrieb, noch nicht voll erwiesen war — Tatsache, daß Bismarck die Engländer von Anfang an völlig getäuscht hat, und zwar durch die Instruktionen in seinem Telegramm an den Grafen Herbert Bismarck vom 4. Februar 1883, durch sein absichtliches Versäumnis, den Eindruck zu korrigieren den diese Instruktionen hinterlassen hatten, und durch die systematische Irreführung des deutschen Botschafters in London, Graf Münster⁵²). Diese Täuschungsmanöver werfen auch ein anderes Licht auf die umstrittene Frage des Erlasses vom 5. Mai 1884. In einer hervorragenden Analyse hat S. E. Crowe nachgewiesen, daß die Argumente von Friedrich Thimme nicht ausreichen, Bismarck von dem Verdacht der bewußten Irreführung zu reinigen⁵³).

Der zweite Punkt ist, daß die führenden englischen Politiker, trotz einigen Schwankens, Bismarcks Kolonialansprüchen nicht entgegentraten,

⁵¹) Langer, William L., *European Alliances and Alignments* (New York 1931), S. 292 bis 296, 317; Memorandum von ~~Mister~~ Eyre A. Crowe, 1. Januar 1907, *British Documents*, Band III, S. 397 bis 420.

⁵²) Aydelotte, S. 28 bis 31, 38, 67, 82 bis 84, 128.

⁵³) Crowe, S. E., *The Berlin West African Conference* (London 1942), S. 211 bis 218.

sobald sie diese erkannt hatten, und daß der schwere von Bismarck provozierte diplomatische Konflikt völlig oder doch fast völlig überflüssig für die Erreichung seiner kolonialen Ziele war. Es trifft zu, daß die Engländer in einigen der von Deutschland erworbenen Gebiete Interessen hatten und daß diese Interessen von einigen Kolonialgouvernements in aggressiver Weise vertreten wurden. Aber die Mitglieder der damaligen liberalen Regierung, die zum großen Teil noch anti-imperialistisch eingestellt waren⁵⁴⁾, unterstützten diese annexionistischen Absichten nicht so weit, daß das eine Bedrohung der deutschen Kolonialpolitik oder einen Grund zu einem internationalen Konflikt hätte darstellen können. Es ist sehr zweifelhaft, ob Bismarck, selbst wenn er von Anfang an seine Pläne offen eingestanden hätte, auf eine massive englische Opposition gestoßen wäre⁵⁵⁾. Wie auch von Hagen zugibt, kann man England nicht länger mit der „Schuld“, Deutschlands Kolonialforderungen Widerstand geleistet zu haben, belasten⁵⁶⁾.

Das Verhältnis der Kolonialpolitik Bismarcks zu seiner Innenpolitik stellt einen ganz ähnlichen Widerspruch dar. Er betonte mehr als einmal in den siebziger und noch verschiedentlich in den achtziger Jahren, die Regierung könne erst dann Kolonialpolitik treiben, wenn sie eine starke nationale Bewegung hinter sich habe. Eine solche Bewegung, so hob er hervor, müsse, um eine wirksame Basis für eine Kolonialpolitik abzugeben, ihren Ausdruck in der Unterstützung der Regierung durch den Reichstag finden. Am 9. Januar 1885 erklärte er im Reichstag: „Ich habe schon einmal gesagt, eine Kolonialpolitik lasse sich von Deutschland nur betreiben, wenn die Regierung eine sichere und mit einem gewissen Schwung und Enthusiasmus national gesinnte Reichstagsmajorität hinter sich hat . . .“⁵⁷⁾.

Als aber Bismarck mit dem Erwerb von Kolonien begann, besaß er keineswegs diese nationale Unterstützung, die er immer als wesentliche Vorbedingung für einen solchen Schritt bezeichnet hatte. M. E. Townsend weist einmal darauf hin, daß Bismarck, als er sich Ende der siebziger Jahre wieder dem Konservatismus zuwandte, nicht nur die Konservativen „as his chief supporters in the Reichstag“ gewonnen habe, sondern auch

⁵⁴⁾ Aydelotte, S. 5 bis 17. Das gilt auch für Josef Chamberlain, der in dieser Phase seiner Laufbahn antiimperialistisch war; siehe Aydelotte, S. 137 bis 141.

⁵⁵⁾ Für eine ins einzelne gehende Erörterung dieses ganzen Zwischenfalls siehe Aydelotte und Taylor, *Germany's First Bid for Colonies*.

⁵⁶⁾ In seiner Besprechung meines Buches, *Historische Zeitschrift*, Band 158 (1938), S. 379 bis 381.

⁵⁷⁾ Kohl, Band X, S. 380; ähnliche Erklärungen siehe ebenfalls Kohl, Band X, S. 167, 275, 396.

gleichzeitig die Klerikalen, für die „a colonial policy was not the anachronism it had been to his former political allies“⁵⁸⁾. Die Klerikalen unterstützten jedoch weder Bismarck noch seine neue Politik, wie M. E. Townsend selbst das später in ihrer Arbeit ausführt. Weit davon entfernt, zu Bismarcks „chief supporters“ zu gehören, befolgte das Zentrum im Reichstag eine Politik, die zwischen Opportunismus und Opposition schwankte⁵⁹⁾. Die Haltung des Zentrums spiegelte sich in der Rolle wider, die Windhorst in den Kolonialdebatten spielte. Er wandte sich gegen jede Kolonialpolitik, die möglicherweise weitere finanzielle Aufwendungen für die Flotte oder die Kolonialverwaltung bedingte, und am 23. Juni 1884 erklärte er sich mit Bismarcks Kurs nur insofern einverstanden, als er bezweckte, „den übertriebenen Kolonialbestrebungen die Spitze abubrechen“; er werde zufrieden sein, „solange der Reichskanzler nicht Geld zu einer Kolonialpolitik verlange“. Drei Tage später sprach er sich mit der Begründung, daß dadurch Deutschlands Position in Europa geschwächt würde, scharf gegen eine „Kolonialpolitik im großen“ aus⁶⁰⁾.

Bismarcks parlamentarische Situation kann hier aus räumlichen Gründen nicht im Detail geschildert werden. Er fand nur begrenzte Unterstützung und sah sich einer scharf ausgeprägten oppositionellen Mehrheit gegenüber. Im Januar 1885 ging er sogar so weit, vor dem Reichstag zu erklären, er habe den Eindruck, daß Regierungsvorlagen nur deshalb abgelehnt würden, weil er sie einbringe, und „daß es den Regierungsvorlagen im ganzen nicht nützlich ist, wenn sie von mir persönlich lebhaft befürwortet werden“⁶¹⁾. Obwohl die Kolonialbewegung fraglos in der deutschen öffentlichen Meinung der achtziger Jahre ein großes Gewicht gewonnen hatte, war sie doch nicht machtvoll genug, um einen entscheidenden Einfluß auf den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag auszuüben. Die Uneinigkeit unter den Parteien, die Bismarck so oft als Hemmnis für eine Kolonialpolitik bezeichnet hatte, bestand selbst zu dem Zeitpunkt, als er diese Politik aufnahm, noch in voller Stärke.

Weiterhin hatte es keinen rechten Sinn, wenn Bismarck behauptete, daß er für die Einleitung kolonialpolitischer Maßnahmen nationale oder parlamentarische Unterstützung benötigte. Ein solcher Schritt war ein rein

⁵⁸⁾ Townsend, S. 72.

⁵⁹⁾ Townsend, S. 95 bis 98.

⁶⁰⁾ Kohl, Band X, S. 175, 187. Zur allgemeinen Einstellung des Zentrums zu Kolonialfragen siehe auch: Hagen, S. 284 ff; Ibbeken, Rudolf, *Das außenpolitische Problem, Staat und Wirtschaft, in der deutschen Reichspolitik, 1880—1914* (Schleswig 1928), S. 38 ff.

⁶¹⁾ Kohl, Band X, S. 394.

administrativer Akt, an dem der Reichstag gar nicht beteiligt war. Kolonialfragen tauchten in den Reichstagsdebatten zwar auf, jedoch nur gelegentlich, meist dann, wenn Subventionsvorlagen für Reedereien erörtert wurden. Und sogar, nachdem die Reichstagsmehrheit die Subventionsvorlage von 1884 abgelehnt und sich damit gleichzeitig gegen jede Art von Kolonialpolitik scharf ausgesprochen hatte, setzte Bismarck seine kolonialen Erwerbungen unbeeindruckt fort.

Das heißt mit anderen Worten: die nationale Bewegung, die Bismarck als so wesentlich für eine koloniale Politik bezeichnet hatte, war weder unbedingt notwendig, noch trat sie in politisch wirksamer Form in Erscheinung. Seine häufigen Versicherungen, er werde ohne ausreichende nationale Unterstützung keine Kolonialpolitik in Angriff nehmen, sind daher irreführend; und man darf wohl mit Recht vermuten, daß man den Schlüssel zu seiner Politik nicht findet, wenn man sie wörtlich nimmt. Man muß vielmehr versuchen aufzudecken, was dahinter steht.

Ich glaube, daß man zu einem besseren Verständnis der Bismarckschen Kolonialpolitik kommt, wenn man die deutsche imperialistische Bewegung nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem europäischen Imperialismus betrachtet. Wurde der Imperialismus auch oft von konservativen Gruppen gestützt, so war er vor allem doch eine Volksbewegung. Nach Hayes waren es im Grunde „the nationalistic masses who made it possible and who most vociferously applauded and most constantly backed it“⁶²). Die Entwicklung des Imperialismus steht in engem Zusammenhang mit der wachsenden Politisierung der Massen durch Erziehung und Bildung, geheime Wahlen und allgemeines Stimmrecht. Es war gerade das Volkstümliche der Bewegung, was sie zu einer geeigneten Plattform für konservative Interessen machte, so paradox das auch klingen mag. Eine ihrer wesentlichen politischen Funktionen bestand darin, konservative Parteien für die Massen akzeptabel zu machen, ihnen die bisher fehlende Popularität und die Macht zu geben, die sie in einer Reihe europäischer Länder während der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts besaßen. Dieser Vorgang läßt sich vielleicht am deutlichsten in England verfolgen, wo Staatsmänner wie Disraeli und Joseph Chamberlain den springenden Punkt klar erkannten und volles politisches Kapital daraus schlugen. In dem mehr autokratisch regierten Deutschland sind die Zusammenhänge nicht so leicht zu durchschauen. Ich glaube jedoch, daß die Entwicklung des deutschen Imperialismus, *mutatis mutandis*, nicht so stark von den

⁶²) Hayes, S. 228.

Parallelbewegungen in anderen Ländern abweicht, wie es zunächst erscheinen mag. Dieser umfassende Aspekt ermöglicht es uns, sonst nur schwer erklärliche Elemente in Bismarcks Politik verständlich zu machen.

Bismarck war natürlich weit unabhängiger von öffentlicher Unterstützung als die konstitutionellen Regierungen Frankreichs oder Englands. Zu Anfang seiner Amtsperiode hat er Jahre hindurch eine Politik verfolgt, die ihn angeblich zum unpopulärsten Mann in Preußen machte. In den Tagen des Kaiserreiches brauchte die deutsche Regierung keine parlamentarische Majorität, sie war vom Reichstag finanziell weitgehend unabhängig und übte eine ziemlich feste Kontrolle über die Tagespresse aus. Trotzdem wäre es falsch zu behaupten, Bismarck habe eine Unterstützung durch das Volk überhaupt nicht für notwendig erachtet. Er hat sich sogar in vielen Fällen stark bemüht, sie zu gewinnen, wie seine häufigen Versuche, die öffentliche Meinung für sich einzunehmen und Parteizwistigkeiten zu überbrücken, zeigen. Die Vollmachten des Reichstages waren zwar begrenzt, aber nicht unbedeutend. Ihm stand die Entscheidung in verschiedenen Fragen zu, die, wenn sie vielleicht auch nicht ausschlaggebend waren, doch einiges Gewicht hatten. Wenn sich der Reichstag, wie das häufig vorkam, widerspenstig zeigte, konnte er der Regierung erhebliche Unannehmlichkeiten bereiten. So mußte vor allem der Wehretat — trotz aller Bemühungen Bismarcks, ihn permanent zu machen — alle sieben Jahre bewilligt werden. Auf diese sich alle sieben Jahre wiederholenden Krisen, die Bismarck veranlaßte, Begeisterung für die militärischen Belange zu entfachen, hat die Forschung oft die Aufmerksamkeit gelenkt. Es ist nicht unwesentlich für das Verständnis der Bismarckschen Kolonialpolitik, daß sie gegen Ende eines Septennats aufgenommen wurde. Die Historiker haben auch erwogen, ob Bismarck die zunehmende Unsicherheit seiner eigenen Position angesichts des hohen Alters Wilhelms I. und der nur zu bekannten Widerstände, die er von seiten des Kronprinzenpaares und der Kaiserin Augusta zu spüren bekam, nicht als bedenklich empfunden hat. Sie haben die Frage gestellt, ob er nicht in seinen letzten Jahren zum Ausgleich einen festeren Halt in der Zuneigung der ganzen Nation gesucht habe.

Jedenfalls war sich Bismarck bewußt, daß es notwendig sei, seine innerpolitische Position zu stärken. Je mehr der Glanz seiner früheren Erfolge verblaßte, um so viel mehr benutzte er nationalistische Appelle. Sein Imperialismus ist am leichtesten innerhalb dieses allgemeinen Zusammenhanges zu verstehen. Man darf keinesfalls übersehen, daß Bismarck die Unterstützung des Reichstages und der Wählermassen dringend brauchte,

und zwar aus Gründen, die mit der kolonialen Frage überhaupt nichts zu tun hatten. In der gleichen Weise wie er sich jingoistischer Gefühle bediente, sie künstlich hervorrief und steigerte, um seine Position in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu verbessern und den Reichstag zur Annahme des Militärbudgets zu zwingen, benutzte er auch die Kolonialforderungen, in denen sich das nationale Gefühl dieser Zeit sichtbar manifestierte. Daß sich derartige imperialistische Appelle in mancher Hinsicht nicht mit seiner Überzeugung deckten, hielt ihn offensichtlich nicht davon ab.

Die Kolonialpolitik bot einem nicht-expansionistischen Staatsmann, der nationalistische Sympathien brauchte, einzigartige Vorteile. Sie ermöglichte auf der einen Seite, da die koloniale Begeisterung im Deutschland der achtziger Jahre rapide answoll, einen wirksamen Appell an das nationale Empfinden eines großen Volksteils. Auf der anderen Seite aber arbeitete sie in gewisser Weise der Expansion entgegen, denn sie stellte einen Ausweg gegenüber einer Vergrößerung in Europa selbst dar und schuf somit ein Sicherheitsventil — wenn auch vielleicht ein wenig zweckdienliches — für nationalistische Gefühle und Forderungen. Sonst hätten die Sicherheit und das Gleichgewicht des europäischen Systems, um dessen Schaffung und Erhaltung Bismarck sich so sehr bemüht hatte, bedroht werden können⁶³⁾.

Man wird sich der Einsicht schwer verschließen können, daß der hier vertretene Standpunkt den Tatsachen der Bismarckschen Kolonialpolitik vollauf gerecht wird. Der Konflikt mit England, an sich ein nutzloser und dunkler Zwischenfall, wird von hier aus verständlich. Das Hauptziel Bismarcks waren der Konflikt selbst und die nationalistische Erregung, die er damit auslösen konnte. Aus diesem Grunde wich er von dem Kurs seiner bisherigen Politik ab, um den Gegensatz zu verschärfen und das deutsche Nationalgefühl gegen England aufzurufen, oft mit ganz skrupellosen Mitteln. Dabei täuschte er sein eigenes Volk mit Angriffen auf die monopolistischen Methoden der britischen Kolonialpolitik, für die er nicht den Schein eines Beweises hatte. Als der Konflikt seinen Zweck erfüllt hatte, nämlich die nationalistischen Massen auf seine Seite zu bringen, und als er nicht mehr auf der Linie seiner Gesamtpolitik lag, schwächte er plötzlich seine Kolonialforderungen ab⁶⁴⁾. Er wollte durch die Auseinandersetzung mit England nicht die deutsche Kolonialpolitik stützen,

⁶³⁾ Eine ausgedehnte Erörterung gewisser Aspekte dieser Frage siehe Taylor, *Course of German History*, S. 134 ff.

⁶⁴⁾ Townsend, S. 107 und 108, 111; Taylor, *Course of German History*, S. 134.

sondern machte umgekehrt die Kolonialpolitik zum Mittel, die Gegensätze zuzuspitzen⁶⁵⁾.

Die Auffassung, daß die Einleitung der Kolonialpolitik als nationalistischer Appell zu werten sei, entspricht wie keine andere Interpretation der innerpolitischen Behandlung des Kolonialproblems durch Bismarck. Sie klärt, aus welchen Gründen er — ganz entgegen den Tatsachen — behauptete, seine neue Politik nur mit Unterstützung des Reichstages durchführen zu können, und sie dann trotz der Opposition des Reichstages aufnahm. Es wird ganz eindeutig, daß er nicht versuchte, eine Kolonialpolitik auf nationaler Unterstützung aufzubauen, sondern sich nationale Unterstützung durch die Kolonialpolitik verschaffen wollte. Der Vorzug dieses Verfahrens lag für ihn darin, daß er auf Opposition im Reichstag, aber auf Unterstützung in der Wählerschaft rechnen konnte. Diese Politik war für ihn eine Waffe, seine parlamentarischen Gegner zu diskreditieren. Das ist der Hintergrund seiner Klagen vom Januar und März 1885, daß der Reichstag sich der nationalen Forderung nach Kolonien nicht willfährig erwiesen hätte, und seiner Hilferufe an die Wählerschaft⁶⁶⁾. Auch die Anstrengungen vom Juni 1884 und die Bemühungen der Hödur-Reden vom März 1885, aus der Kolonialfrage eine Frage nationalen Prestiges und nationalen Ruhmes zu machen, passen in dieses Bild⁶⁷⁾. Daß Bismarck sich nur wegen des Wertes, den die Kolonien in den Augen der Öffentlichkeit hatten, so nachdrücklich für sie einsetzte, geht aus Geheimdokumenten hervor, wie zum Beispiel seinem Erlaß an Münster vom 25. Januar 1885: „Die öffentliche Meinung legt gegenwärtig in Deutschland ein so starkes Gewicht auf die Kolonialpolitik, daß die Stellung der Regierung im Inneren von dem Gelingen derselben wesentlich abhängt . . . Der kleinste Zipfel von Neuguinea oder Westafrika, wenn derselbe objektiv auch ganz wertlos sein mag, ist gegenwärtig für unsere Politik wichtiger als das gesamte Ägypten und seine Zukunft“⁶⁸⁾.

⁶⁵⁾ Die gewollte und berechnete Art des Kolonialstreits mit England wird durch die Theorie unterstrichen, die General von Schweinitz von Graf Herbert Bismarck im März 1890 gehört haben will. Danach habe Fürst Bismarck diese Kolonialpolitik eingeleitet in der bewußten Erwartung, daß sie Konflikte mit England herbeiführen und somit dem pro-englischen Einfluß entgegenwirken werde, der, wie man annahm, mit der Thronfolge des Kronprinzen am deutschen Hof vorherrschend werden würde. Diese Theorie jedoch, wenngleich sie zu interessanten Spekulationen zu führen vermag, ist durch sonstiges Beweismaterial nicht belegt und würde, auch wenn sie stimmte, die eigenartige Entwicklung Bismarckscher Politik nur zum Teil erklären. Siehe Oncken, Band I, S. 254 und 255; Rothfels, S. 72 bis 74.

⁶⁶⁾ Kohl, Band X, S. 379; Band XI, S. 53 bis 55, 82.

⁶⁷⁾ Kohl, Band X, S. 188, 194 und 195; Band XI, S. 55, 84 und 85, 99, 136 und 137.

⁶⁸⁾ *Die große Politik*, Band IV, S. 96 bis 99. Siehe auch Graf Herbert Bismarck an Lord Granville, vom 30. August 1884, Band IV, S. 80 bis 83; und Graf zu Rantzau's Aufzeichnung vom 29. September 1886, Band IV, S. 150 und 151.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Bismarck die günstige außenpolitische Situation ausnutzte, um eine Kolonialpolitik, von der er größere nationale Eintracht erhoffte, einzuleiten. Er wollte damit ein nationales Problem aufwerfen, das ihm erlaubte, zu seinem eigenen politischen Vorteil die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Ihn interessierten weniger die Kolonien selbst als die Chancen, die sie seiner Politik boten.

War das aber sein Ziel, dann zeigte sein Manöver erhebliche, wenn schließlich auch begrenzte Erfolge. Die öffentliche Kampagne gegen England löste in Deutschland einen Nationalismus und Patriotismus aus, der Anfang 1885 schlagartig die Opposition im Reichstag schwächte. Das Pauschquantum für die Bezahlung von Beamten an der westafrikanischen Küste wurde Anfang März 1885 mit großer Mehrheit bewilligt, und Ende des Monats billigte der Reichstag Subventionen für die Schiffahrtslinien nach Ostasien und Australien, sowie für die Route Triest—Alexandria, wenn auch die Zuschüsse für die geplante Linie nach Afrika noch abgelehnt wurden. Im März 1885 erklärte Bismarck, er habe endlich die „öffentliche Unterstützung“ gefunden, die er bereits vor 9 Jahren als unerläßlich für eine Kolonialpolitik gefordert habe. Zum Verständnis seiner Politik ist es wesentlich, daß diese Unterstützung das *Ergebnis* seines Kolonialprogramms war und nicht dessen *Basis*.

Die Behauptung, daß Bismarck Kolonien völlig abgelehnt habe oder daß die in dieser Untersuchung vorgetragenen Motive seine einzigen gewesen seien, hieße Schlüsse übereilen, die mit aller Vorsicht zu ziehen sind. Vermutlich hätte Bismarck das ausgedehnte Projekt, zu dem das deutsche Kolonialreich schließlich wurde, nie in Angriff genommen, wenn er es als unheilvoll für Deutschland angesehen hätte. Seine Haltung war wohl weniger erklärt kolonial-feindlich als indifferent. Auch andere Erwägungen als die hier betonten mögen ihn geleitet haben, zum Beispiel sein unverkennbares Interesse für den Überseehandel oder seine persönliche Antipathie gegenüber Gladstone und den Vertretern der liberalen Regierung. Keine Deutung eines so umfassenden und vielschichtigen Problems wie Bismarcks Kolonialpolitik es war, darf Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben. Eine einseitige Interpretation sollte daher vermieden werden.

Sicher erscheint aber soviel: Bismarcks scheinbar so widerspruchsvolle imperialistische Politik läßt sich nur dann erklären, wenn man sie — wie das hier versucht wurde — im Zusammenhang seiner Gesamtpolitik betrachtet. Seine kolonialen Pläne sind unabhängig von den dominierenden

⁶⁹⁾ Kohl, Band XI, S. 51 bis 65, 73 bis 85, 149; Townsend, S. 109.

Zielen seiner auswärtigen und seiner inneren Politik gar nicht zu verstehen. Die Widersprüche und Probleme, die sich aus der etwas gezwungenen Interpretation von M. E. Townsend unausweichlich ergeben, verlieren in diesem größeren Zusammenhang völlig ihr Gewicht. Der späte Zeitpunkt seines Eintritts in die aktive Kolonialpolitik, die relative Bescheidenheit seiner kolonialen Erwerbungen, das politische Kurtztreten in seinen letzten Jahren, die reservierte Haltung dem Imperialismus gegenüber, die Tatsache, daß es ihm vor allem um die Reaktion auf seine imperialistische Politik in der Öffentlichkeit und im Parlament ging, die künstliche und unnötige Auseinandersetzung mit der britischen Regierung, all das wird verständlich, sobald man sich den Standpunkt zu eigen macht, daß die Kolonien für ihn nicht Selbstzweck waren, sondern nur ein Mittel zur Erreichung von Zielen, die mit grundlegenden Prinzipien seiner Gesamtpolitik verbunden waren.

Gerhard Ritter:

Das Verhältnis von Politik und Kriegführung im bismarckischen Reich*)

Der Staat Bismarcks, dem Hans Rothfels einen so großen Teil seiner Lebensarbeit gewidmet hat, ist am Schluß des ersten Weltkrieges zusammengebrochen. War daran nur die militärische Katastrophe schuld, die der amerikanische Präsident zu einem tödlichen Stoß gegen die Monarchie benutzte, oder handelt es sich um die endgültige Auflösung eines innerlich längst morschgewordenen, überalterten Systems? Darüber ist viel und erbittert gestritten worden, von Berufenen und Unberufenen. Wie nach allen geschichtlichen Katastrophen, so hat sich auch nach 1918 die Neigung gezeigt, die inneren Schwächen des besiegten Staates zu übertreiben und darüber seine erstaunliche Lebenskraft und Leistungsfähigkeit während der Kriegsjahre zu unterschätzen. Übertrieben hat man vor allem die Schärfe der sozialen Spannungen zwischen der Industriearbeiterschaft und den politisch führenden Schichten: Junker- und höherem Bürgertum. Genauer gesprochen: man hat sie falsch eingeschätzt. Es gab wirklich sehr scharfe Spannungen zwischen diesen Gruppen; aber sie waren um 1914, am Ende einer Epoche sozialpolitischer Reformen, viel weniger sozialer als politischer Natur. Sie wurzelten zu einem sehr wesentlichen Teil im Mißtrauen der sogenannten Linksparteien, vor allem der Sozialdemokratie, gegen den „Militarismus“ der Führerschicht. Der Gegensatz zwischen „Rechts“ und „Links“, den man in allen Ländern des liberaldemokratischen Zeitalters findet, war in Deutschland mehr als irgendwo sonst durch die Stellung der Parteien zum Rüstungsproblem mitbestimmt. Es war ein Gegensatz zwischen der großen Militärfreudigkeit und den machtpolitischen Idealen der sogenannten „nationalen“ (bürgerlichen) Parteien und einem laut betonten, wenigstens programmatischen „Internationalismus“ und Pazifismus der Linken. Ohne Zweifel hängt das mit der Entstehungsgeschichte des bismarckischen Reiches zusammen: damit, daß es aus der preußischen Militärmonarchie hervorgegangen war und daß der Kampf um die Rechte der Volksvertretung sich 1862 bis 1866 als ein Kampf gegen die übermäßige Ausdehnung der militärischen „Kommandogewalt“ des Königs dargestellt hatte. Bismarck hatte diesen Kampf auf seiten des

*) Überarbeitete Form eines Vortrags von 1943, damals durch Umdruck vervielfältigt.

Monarchen durchgefochten und weite Teile des liberalen Bürgertums für seine nationale Machtpolitik gewonnen. Diese Politik trug kämpferische Züge und war in hohem Grade militärfreudig; die Haltung seiner Anhänger nahm mehr und mehr nationalistische Züge an. Wer in radikaler Opposition stand gegen ihn und den Geist seines Regiments, setzte sich gegen alles zur Wehr, was mit den Traditionen der preußischen Armee zusammenhing.

Diese Spaltung war ein böses Erbe, das gerade in Kriegszeiten gefährlich werden konnte; die militärische Erziehung breiter Massen durch die allgemeine Wehrpflicht hat sie im Lauf von Generationen wohl gemildert, aber nicht zu überwinden vermocht. Erst der Kriegausbruch mit seinem Erlebnis der gemeinsamen Gefahr und der Frontkameradschaft schien darüber hinwegzuhelfen. Aber diese Hoffnung wurde rasch enttäuscht. Je länger der Krieg dauerte und je hoffnungsloser die Lage Deutschlands sich gestaltete, desto tiefer klappte der alte Zwiespalt zwischen Rechts und Links, zwischen den Nationalisten und ihren Gegnern wieder auf. Er hat sich schließlich bis zu völliger Spaltung der Nation vertieft — zu jener Spaltung, deren Überwindung später das werbekräftigste Versprechen des Nationalsozialismus geworden ist. Wenn es irgendein Schwächemoment des bismarckischen Nationalstaates gegeben hat, das seine Niederlage erklären hilft, so war es dieser Zwiespalt, der sich während des Krieges in dem unglückseligen Kampf um „Siegfrieden“ oder „Verständigungsfrieden“ auswirkte. Das Schlimmste war aber, daß er bis in die oberste Reichsspitze hinaufreichte, wo Politiker und Soldaten sich mehr und mehr in erbitterter Feindschaft gegenüberstanden. Ihr Gegensatz war so unüberwindlich, daß von einer klaren, einheitlichen Kriegsleitung zuletzt keine Rede mehr sein konnte. Es fehlte an der zusammenfassenden, aller-obersten Entscheidungsgewalt. War das nun ein bloß persönliches Versagen des Monarchen oder liegt hier ein Konstruktionsfehler des bismarckischen Staates vor — vielleicht durch die persönliche Bindung seines Gründers an gewisse altpreußische Traditionen verursacht: an die absolutistischen Vorurteile jener Militärclique, die hinter dem Verfassungskonflikt von 1862 gestanden und Bismarck als ihren Helfer ins Ministerium gebracht hatte?

Gegensätze zwischen militärischem und politischem Denken hat es zu allen Zeiten und in allen Ländern gegeben; sie sind keine Besonderheit der deutschen Geschichte. Sie sind ungefährlich, solange die Garantie gegeben ist, daß die militärische Kriegsleitung bloßes Werkzeug der politischen bleibt, nicht aber deren Meister wird. Das war in den modernen parlamentarischen Demokratien des Westens mit ihren Kriegskabinetten

ebenso gesichert wie im alten absolutistischen Fürstenstaat. In der deutschen konstitutionellen Monarchie war es — gänzlich unerwarteterweise — nicht der Fall. Woran lag das?

Die Oberste Heeresleitung des Weltkrieges war die Fortsetzung des alten Preußischen Generalstabes, und die Außenpolitik der Reichskanzler wurde im Auswärtigen Amt gemacht. Wenn aus dem Streit dieser beiden hohen Reichsstellen so verhängnisvolle Folgen erwachsen sind, so entsteht die Frage, wie ihr gegenseitiges Verhältnis in früheren Epochen gewesen ist. War ihre Rivalität eine alte? War sie auch schon in den früheren deutschen Kriegen hervorgetreten? Welche Garantien bot überhaupt die Behördenverfassung des Zweiten Reiches für eine harmonische Zusammenarbeit politischer und militärischer Stellen schon im Frieden? Beruhten die Kriegsvorbereitungen des Generalstabes und seine Feldzugspläne auf laufenden und ausreichenden Informationen durch das Auswärtige Amt? Und war umgekehrt die außenpolitische Leitung des Reiches auch jederzeit genau orientiert über die militärischen Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die sich aus ihren außenpolitischen Erfolgen oder Mißerfolgen für den Kriegsfall ergeben konnten? Nahm sie bei ihrer Bündnispolitik jederzeit auf die militärischen Konsequenzen Rücksicht, die sich daraus ergaben? Bestand, mit einem Wort, eine einheitliche Kriegsplanung im Sinn der Lehre Carl von Clausewitz', der ja den Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit Einmischung gewaltsamer Mittel genannt hat?

Eine wirklich befriedigende Antwort auf diese Fragen (mit denen ich mich schon seit 1941 mehrfach beschäftigt habe) würde nur möglich sein nach einer viel gründlicheren Ausschöpfung der Berliner Archive, als sie mir während des zweiten Weltkrieges möglich war. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, mir damals unerreichbar, ist jetzt aus Deutschland entfernt worden. Übrigens ergab eine genaue Durchsicht des Geheimen Journals des Großen Generalstabs, die ich im ehemaligen Potsdamer Heeresarchiv vornehmen konnte, daß nur ein geringer Teil der Verbindungen zwischen Generalstab und Auswärtigem Amt sich auf dem Weg des offiziellen Schriftwechsels vollzogen haben kann. Sehr viel muß auf dem Weg des mündlichen Verkehrs, der offiziellen und nichtoffiziellen Aussprachen und der Privatbriefe vermittelt worden sein. Davon ist aber nur noch wenig erfaßbar. Immerhin hoffe ich unter Zuhilfenahme mündlicher Mitteilungen, die mir zuteil wurden, der Memoirenliteratur und anderer Quellen wenigstens die Hauptlinien des hier zu zeichnenden Bildes richtig zu treffen.

Auszugehen ist von der höchst merkwürdigen Entwicklung des Generalstabs von einer wenig beachteten Nebenabteilung des Preußischen Kriegsministeriums zum obersten Feldherrnamt des deutschen Heeres, zur „Obersten Heeresleitung“. Unter Friedrich dem Großen war der „Generalquartiermeisterstab“ nicht mehr als eine kleine Suite von technisch geschulten Topographen und Vermessungsoffizieren für Lageranlagen, Wegeerkundungen und dgl. — also eine ausgesprochene militärische Nebenstelle. Größere Bedeutung gewann dieser Stab erst nach dem Tode des großen Königs, unter dem Einfluß der gelehrten Rokokostrategie, die sich mit der Hoffnung schmeichelte, die Kriegführung mit Hilfe geometrischer Methoden zu einer Art von Wissenschaft oder doch zu einer mathematisch berechenbaren Technik machen zu können. Man schuf ein großes Quartiermeisterbüro mit einem ausgedehnten Kartenapparat (sog. Plankammer) und stellte auf dem Papier höchst künstliche Feldzugspläne auf, die aber dann auf dem Schlachtfeld von Jena und Auerstädt kläglich scheiterten. Gleichwohl hat sich auch Scharnhorst, der große Reformator des preußischen Heerwesens, nur mühsam und wohl nie vollkommen von den Vorurteilen dieser gelehrten Papierstrategie, die ihm schon in seiner Jugend auf der Kriegsschule des Grafen Wilhelm von Schaumburg-Lippe beigebracht waren, losgekämpft. Was er als leitender strategischer Kopf des Befreiungskrieges hätte leisten können, bleibt ungewiß, da er sich schon in der ersten Schlacht die Verwundung holte, an deren Folgen er bald darauf gestorben ist. Sein Nachfolger Gneisenau war ja kein geschulter Generalstabsoffizier, sondern ein genialisch veranlagter Truppenführer, der seinen großen Gegner Napoleon mehr instinktiv nachahmte. Seinem idealistischen Schwung, seiner strategischen Intuition und dem forschenden Draufgängertum des alten Haudegens Blücher verdankte die preußische Armee ihre großen Erfolge — nicht irgendwelchen von Generalstabsoffizieren vorbereiteten und sorgsam durchgearbeiteten Feldzugsplänen, und erst in zweiter Linie der technischen Unterstützung des Feldherrn durch höchst intelligente Fachleute vom Kartentisch, wie Müffling und Grolman. Niemand hat während der Befreiungskriege oder auch nachher daran gedacht, den Generalstab zur zentralen Stelle der Heeresleitung zu erheben. Vielmehr blieb er eine im Frieden wenig beachtete Nebenabteilung des Kriegsministeriums, das unter Scharnhorst und Boyen die eigentliche Zentralstelle der gesamten Heeresverwaltung wurde. In den langen Friedensjahrzehnten von 1815 bis 1859 hat er unter durchweg tüchtigen Chefs (Müffling, Rühle von Lilienstern, Krauseneck, v. Reyher) ausgezeichnete Arbeit geleistet in der militärtechnischen Schulung jüngerer

Führer, in der topographischen Landesvermessung, in der Erkundung ausländischer Militärverhältnisse und der Vorbereitung von Feldzugsplänen. Aber der schon frühe auftauchende Wunsch, eine Zentralstelle für die gesamte Kriegsleitung zu schaffen, blieb unerfüllt. Zwar wurde aus rein persönlichen Rücksichten (Dienstaltersverhältnisse der Chefs) seit 1821 dem Generalstab eine gewisse Selbständigkeit neben dem Kriegsministerium zugewiesen; aber es blieb bis in die Anfangsjahre Moltkes (Chef seit 1857), ja eigentlich bis 1866, dabei, daß sich der Kriegsminister, also der Chef der zentralen militärischen Verwaltungsbehörde, als Vorgesetzter des Generalstabschefs betrachten konnte. Jedenfalls hatte der Generalstabschef weder unmittelbaren Vortrag beim König als oberstem Kriegsherrn noch auch unmittelbaren Schriftverkehr mit dem Kriegsminister selbst. Er sollte mit diesem nur durch die erste Abteilung des Ministeriums, das allgemeine Kriegsdepartement, verkehren — praktisch freilich wurden diese Bestimmungen seit Anfang der sechziger Jahre kaum noch beachtet. Nur im Verkehr mit nichtmilitärischen Dienststellen, wie vor allem mit dem Auswärtigen Amt, erschien das Kriegsministerium noch als vorgesetzte Behörde. Was der Außenminister an militärischen Nachrichten aus dem Ausland durch seine diplomatischen Vertretungen erfuhr, teilte er dem Kriegsminister mit; dieser gab solche Nachrichten, die strategische Bedeutung zu haben schienen, je nach Gutbefinden zur Kenntnissnahme dem Generalstabschef weiter. Auch die Meldungen der Militärattachés, die seit 1816 bei den größeren Gesandtschaften zur Erkundung der Verhältnisse fremder Heere eingesetzt wurden, gingen nicht etwa dem Generalstab zu, sondern auf dem Wege über den Gesandten und den Außenminister, die beide diese Berichte politisch zu kontrollieren hatten, dem Kriegsministerium. Dieses teilte daraus wiederum dem Generalstab nur das mit, was ihm strategisch wichtig erschien. Grundsätzlich ist diese Ordnung erst durch Wilhelm II. abgeändert worden, worüber noch zu reden sein wird.

An der Spitze der Heeresorganisation stand nach alledem im königlichen Preußen eine Verwaltungsbehörde, die nicht zur Heeresführung im Ernstfall berufen war. Diese Tatsache scheint mir sehr charakteristisch für die Wehrorganisation der alten Monarchie: sie ist in erster Linie zugeschnitten auf den Friedenszustand, nicht auf den Krieg, obwohl man meinen sollte, daß keine Wehrorganisation die richtige sein könnte, die sich nicht auch im Kriege bewährt. In der Tat war es eine alte Forderung des preußischen Generalstabs, daß die Führung im Kriege in derselben Hand liegen müsse, die schon im Frieden den Kriegsplan vorbereitet hat, statt daß die oberste

Befehlsgewalt erst im Moment der Mobilmachung in eine andere Hand übergeht. Konsequenter durchgedacht führt eine solche Forderung zur Aufstellung eines Obersten Feldherrnamts schon im Frieden als höchster militärischer Befehlsstelle, von der in letzter Linie alles abhängt: Vorbereitung der Kriegspläne im Generalstab, Rüstungsfragen, Bewaffnung, Dislokation der Truppen, Landesbefestigung, Rolle der Marine (neuerdings auch Luftwaffe) im Krieg, aber auch militärische Übungen der Truppen, ihre ökonomische, Waffen- und Munitionsversorgung usw. — alles das vom Gesichtspunkt eines einheitlich vorbereiteten Kriegsplanes. Ich fand die Forderung nach einer solchen militärischen Zentralstelle schon in Denkschriften des Obersten v. Massenbach von 1795 aufgestellt und dann wieder (stark abgewandelt) in einem Schreiben Müfflings an den Kriegsminister von Hacke von 1820. Aber durchgeführt wurde der Gedanke erst seit 1934 (vorbereitet seit 1919 im Reichswehrministerium) in der Institution des „Oberkommandos der Wehrmacht“, dessen erster Chef der General v. Blomberg war. Im neunzehnten Jahrhundert gab es das Vorbild des englischen „Chefkommandanten“ der Armee in Verbindung mit dem War office oder in dem „Landesverteidigungsrat“ und „état-major“ Frankreichs. Aber im alten königlichen Preußen war die Aufstellung eines so zentralen Feldherrnamtes (Wehramtes) praktisch undurchführbar wegen der streng festgehaltenen Fiktion, daß der König seine Armee persönlich führt, nach dem Vorbild Friedrichs des Großen. Hier schien es undenkbar, daß sich schon im Frieden eine militärische Führergestalt zwischen den Herrscher und seine Armee drängen dürfe. Im Kriege freilich war unter Friedrich Wilhelm III. und Wilhelm II. praktisch die Führung der Wehrmacht einem hervorragenden Truppenführer anvertraut, weil da die Unmöglichkeit deutlich war, das Schicksal der Armee abhängig zu machen von der militärischen Fähigkeit des Monarchen, der 1806 so völlig versagt hatte und Heer und Staatsführung zugleich nicht zu meistern vermochte. Und in der Marine hat schon Wilhelm I. nicht mehr die persönliche Führung in Anspruch genommen, auch im Frieden nicht; man schuf schon 1859 ein selbständiges Oberkommando der Marine, das freilich später sehr rasch wechselnde Schicksale erlebt hat. Es blieb aber auch dann die Fiktion einer Zusammenfassung beider Wehrmachtteile unter der persönlichen Leitung des Königs bzw. Kaisers bestehen — in Wahrheit fehlte eine Stelle, die staatsrechtlich verantwortlich gewesen wäre für das regelmäßige Zusammenarbeiten der beiden Kriegsapparate, vor allem für das Aufeinanderabstimmen der Etatbedürfnisse von Heer und Marine und für die gemeinsame Planung der Operationen auf dem

Land und zur See. Ich kann hier nur andeuten, daß darin einer der bedenklichsten organisatorischen Mängel der Wehrverfassung des kaiserlichen Deutschland zu erblicken ist: im Nebeneinander der verschiedenen Wehrmachtteile und obersten Militärbehörden ohne Zusammenfassung in einem gemeinsamen Wehramt, das für alles zugleich verantwortlich ist, — ein Übel, das noch verschlimmert wurde durch die Immediatstellung von Militärkabinett und Marinekabinett (die unter Wilhelm II. nicht bloß Personalämter blieben), formell auch der sämtlichen höheren Truppenführer (kommandierenden Generale und Admirale). Es ist freilich nicht so, als ob Generalstab der Armee und Oberkommando der Marine vor dem Weltkrieg keinerlei Fühlung miteinander gehabt hätten. Man findet im Geheimen Journal des Generalstabs recht viele Mitteilungen der Marine über ihre Offensivpläne im Ernstfall und über die deutsche Seekriegsführung überhaupt seit 1889; es scheint sich aber nach der Art der Korrespondenz hauptsächlich um die Mitwirkung von Generalstabsoffizieren bei der Küstenerkundung in Dänemark, Holland und England gehandelt zu haben. Seit 1905 finde ich nur noch Mitteilungen über allgemeine Pläne der Seekriegsführung, die bereits „von S. M. befohlen“, also bereits ressortmäßig bearbeitet und festgelegt sind. Von gemeinsam aufgestellten Kriegsplänen und gemeinsamer Durcharbeitung der Flottenoffensive ist nichts erkennbar. Auch die großen Offensivpläne Schlieffens und des jüngeren Moltke 1905 bis 1912 erwähnen die Mitwirkung der Marine kaum; sie erwarten offenbar sehr wenig von einer Flottenoffensive. Tatsächlich blieb der Generalstab bis zum Ausbruch des Weltkrieges ohne Kenntnis davon, daß das Marinekommando seit 1910 mehr und mehr auf den Gedanken verzichtet hatte, zu Anfang des Krieges die Entscheidung in einer großen Seeschlacht zu suchen. Und wie verhängnisvoll der Mangel einer vernünftigen gegenseitigen Abstimmung zwischen den Rüstungsplänen von Marine und Heer unter den Nachfolgern Bismarcks sich in der Vorbereitung des ersten Weltkrieges ausgewirkt hat, davon wird nachher noch zu reden sein.

Aus allen diesen Tatsachen erhellt: die unmittelbare Unterstellung der Wehrmacht unter die Person des Monarchen hatte eine gefährliche Zersplitterung der Kriegsvorbereitungen zur Folge. In einem Feldherrnamt an der Spitze des gesamten Heerwesens hätte naturgemäß der Generalstab schon im Frieden eine ausschlaggebende Rolle spielen müssen. Wir hörten aber schon, daß dieser traditionell dem Kriegsministerium unterstellt war. Bekanntlich ist bei der großen Heeresreform von 1859/60, auf der die moderne preußische Armee beruhte, der Generalstabschef so gut wie gar

nicht zur Mitarbeit herangezogen worden. Er hat noch in den Anfängen des schleswig-holsteinischen Krieges von 1864 eine sehr bescheidene Rolle gespielt. Weder hat er die entscheidende Instruktion für das Oberkommando der kämpfenden Armee aufgestellt, noch zunächst die Operationen geleitet; in den ersten Monaten wurde er nicht einmal regelmäßig informiert, sondern mußte sich aus den Zeitungen und aus privatem Briefwechsel mit dem Truppengeneralstab über den Gang der Ereignisse unterrichten. Fünf Tage lang war Moltke ohne alle Nachrichten und übersandte seine operativen Vorschläge dem Chef des Militärkabinetts unter dem Vorbehalt, daß sie vielleicht schon überholt wären. Er galt eben als Berater ausschließlich des Königs; dieser aber war, da der dänische Krieg als beschränktes Unternehmen galt, nicht selbst Heerführer, sondern beauftragte den alten Wrangel mit dem Oberbefehl; das hatte zur Folge, daß der Große Generalstab offiziell gar nicht in Aktion trat. Erst im Lauf des Feldzugs, als Wrangel sich als unzulänglich und höchst eigenwillig erwies, wurde Moltke in königlichem Auftrag selbst ins Hauptquartier entsandt und übernahm dann die Leitung der z. T. recht verfahrenen Operationen. Aber merkwürdig bleibt doch, daß in den ersten Kriegsmonaten die eigentliche Kriegsleitung, soweit sie von Berlin aus erfolgte, sehr viel mehr in Händen Roons, des Kriegsministers, als in denen des Generalstabschefs lag.

Auf dieser mehr oder weniger untergeordneten Stellung ist nun freilich der Generalstab unter Leitung Moltkes zu der bedeutendsten Führerstelle in der preußischen und deutschen Armee aufgestiegen; aber das Merkwürdige und geschichtlich höchst Bedeutsame dabei ist, daß es ausschließlich die sachliche Leistung, der glänzende Erfolg des genialen Strategen war, die diesen Aufstieg bewirkten, ohne alles persönliche Macht- und Geltungsstreben des Generalstabschefs. Die Persönlichkeit Moltkes ist geschichtlich einmalig: ein genialer Heerführer, der doch eigentlich keine Feldherrnnatur ist, — wenn man darunter eine Persönlichkeit von robustem Ehrgeiz, kämpferischem Tatendrang und Machtbedürfnis zu verstehen hat. Moltke war ein sehr vielseitiger, intelligenter Kopf, für den die militärische Laufbahn nur eine von vielen Möglichkeiten bedeutete, keineswegs eine geborene Kämpfer- und Führernatur von hinreißendem Schwung. Sein Genius war nichts weniger als genialisch, seine Persönlichkeit frei von allen dämonischen Zügen, seine Leistung das Produkt aufs höchste gesteigerter Selbstzucht. Er hat selbst im hohen Alter zu seinem Neffen gesagt, wenn er als junger Mensch nicht hätte Kadett werden müssen, so würde er sich wahrscheinlich gelehrten Studien zugewandt haben und etwa Geschichtsprofessor geworden sein. Jedenfalls zeigte er

nie den Drang nach einer militärischen Stellung als Truppenführer: seit seiner Leutnantszeit ist er mit der Fronttruppe nicht mehr in Berührung gekommen und hat statt dessen universale Bildungsinteressen von bewundernswertem Reichtum gepflegt. Für seine Geistesart ist unendlich bezeichnend, was er 1880 im Rückblick auf den größten Triumph seines Lebens im Krieg 1870/71 einem Verehrer schrieb: „Wenn man bedenkt, wie wenig man von solchen Erfolgen sich selbst zuzuschreiben hat, und daß Gott in den Schwachen groß ist, so lernt man Bescheidenheit“ — ein höchst denkwürdiges, aber auch ungewöhnliches Wort aus dem Munde eines siegreichen Feldherrn! Geschichtlich ist diese großartige Selbstbescheidung höchst folgenreich geworden. Sie hat verhindert, daß die unvermeidlichen Konflikte zwischen politischer und militärischer Kriegsführung im Zeitalter der deutschen Einigungskriege zu einer Katastrophe führten. Es ist nicht auszudenken, wie ein ehrgeiziger, auch politisch aktiver General an der Spitze der deutschen Armee mit einer so vulkanischen Natur und einem so rücksichtslosen Herrenmenschen wie Bismarck hätte zusammenarbeiten können, der sich niemals gescheut hat, auch in rein militärische Dinge hineinzureden, wo er es für nötig und nützlich hielt. Wie schwer ertrug er selbständige Meinungen und starke Persönlichkeiten in seiner Nähe oder in der Nähe des Thrones! Es war auch für eine so vornehme, korrekte und ruhige Natur wie die Moltkes nicht leicht, mit ihm auszukommen, und man weiß, daß es sowohl 1866 wie 1870/71 mehrfach zu recht heftigen Zusammenstößen zwischen den beiden Männern gekommen ist, die König Wilhelm und andere fürstliche Persönlichkeiten nur mit größter Mühe und nur mit halbem Erfolg beschwichtigen konnten.

Aber in allen diesen Konflikten kann man eigentlich nicht von irgendwelchen Übergriffen Moltkes über die rein militärische Sphäre hinaus sprechen; ebensowenig (wie Stadelmann gemeint hat) von einem nationalistischen Aktivismus im Sinne der großen nationalpolitischen Zeitströmung, die einseitiger als Bismarck nur an den unmittelbaren Machterfolg für das eigene Volk dachte und die Rückwirkungen jeder politischen Aktion auf die europäische Mächteordnung außer Betracht ließ. Mir scheint, daß diese politische Strömung erst nach Moltke im Generalstab bedeutend geworden ist, ganz stark bestimmend wohl erst mit Ludendorff. Moltke selbst lebte zwar in einer recht andersartigen politischen Ideenwelt als Bismarck, ist aber dessen politischer Führung immer korrekt und loyal gefolgt. Immerfort kehren in seinen Operationsentwürfen Wendungen wieder wie die, daß die politische Rückwirkung gewisser militärischer Schritte zu beurteilen nicht seine Sache sei oder daß es Sache der Diplo-

matie sei, diese und jene politische Wahrscheinlichkeit zu beurteilen. Seine Konflikte mit Bismarck 1866 und 1870/71 haben mit irgendwelchen politischen Bestrebungen gar nichts zu tun, sondern sind nur als Abwehr des Fachmilitärs gegen jeden störenden Einfluß politischer Instanzen und politischer Erwägungen auf den Gang der militärischen Operationen zu verstehen. Politik war für Moltke überhaupt nicht Lebenselement. Im Gegensatz zu seinem Schüler und ersten Nachfolger Graf Waldersee, dem ehrgeizigen Streber, dessen Memoiren zu drei Viertel mit Berichten über politische Intrigen gefüllt sind, hat er nicht das geringste Interesse für politischen Tagesklatsch und irgendwelche Intrigen besessen. Seine politische Gesinnung war national-deutsch (nicht eigentlich borussisch, königlich-preußisch wie die des preußischen Durchschnittsoffiziers!), aber sehr humanitär und keineswegs eng im Sinn eines mangelnden Blicks für die Notwendigkeiten europäischer Großmachtpolitik. So hielt er z. B. 1864 aus militärischen Gründen die sofortige Verfolgung der Dänen über die nordschleswigsche Grenze hinaus für dringend notwendig, ließ sich aber ohne langes Widerstreben belehren, daß dies mit Rücksicht auf die europäischen Mächte und insbesondere auf die mit Österreich geschlossenen Verträge nicht sogleich durchführbar sei. Grundzug seines politischen und militärischen Denkens war eine ausgesprochene Ritterlichkeit, die schon in seinen frühesten Schriften erkennbar wird. So wünschte er 1864 eine möglichst schonende, versöhnliche Behandlung Dänemarks, des Vaterlandes seiner Jugend, womöglich unter Rückgabe der dänisch-sprechenden Nordschleswiger Gebietsteile; noch 1868 hat er im Gespräch mit einem schwedischen Gesandten einmal gemeint, die weiseste Politik Preußens wäre ein freiwilliger Verzicht auf Alsen und Sundewitt zur Versöhnung der skandinavischen Völker. In einem eigenhändig geführten Protokoll Moltkes über die berühmte Kronratssitzung vom 29. Mai 1865, in der man über Krieg oder Frieden mit Österreich beriet, machte er am Schluß die folgende charakteristische Anmerkung: „Ein wichtiger Punkt, der nicht besprochen worden ist, wie man den begründeten Ansprüchen Österreichs gerecht werden will“ — so weit also war Moltke von politischer Engherzigkeit entfernt! Bismarck hat in dem berühmten Kapitel „Nikolsburg“ seiner Gedanken und Erinnerungen bekanntlich behauptet, daß die Generale 1866 dem raschen Abschluß eines Waffenstillstandes widerstrebt und auf einem triumphalen Einzug in Wien bestanden hätten, den er selbst den Österreichern ersparen wollte. Nun hat meine kritische Neuausgabe der Bismarckmemoiren auf Grund der Handschriften bereits ergeben, daß dieses Kapitel in seinen Einzelheiten wohl das wenigst zuverlässige

von allen ist: es ist besonders stark zusammengestückelt aus fragmentarischen Erzählungen, die erst der Privatsekretär Lothar Bucher mühsam aneinanderfügte. Nachweislich war Moltke schon zwei Tage vor der entscheidenden Beratung bereit, auf den Einzug in Wien zu verzichten; und die Reibungen in Nikolsburg, von denen Bismarck berichtet, hatten in Wahrheit ganz andere als politische Gründe. Moltke war damals von der politischen Genialität Bismarcks durchaus überzeugt und vollkommen frei von dem Ehrgeiz, selber irgendeine politische Rolle zu spielen.

Aber wenn er so streng die Grenzen seines militärischen Ressorts innehielt, verlangte er eine ebenso strenge Innehaltung von der anderen Seite. Von irgendwelchem Einfluß politischer Erwägungen auf den Gang der Operationen wollte er nichts wissen. Auch theoretisch hat er diese Meinung formuliert. Er rühmte es als einen besonderen Vorzug der preußischen Heeresverfassung vor der dänischen, daß ein unverantwortlicher Monarch und nicht ein politisch verantwortlicher Kriegsminister das Heer führe. Die Politik, meinte er, wirke zwar entscheidend auf den Beginn und das Ende der Operationen ein, aber die Strategie habe „möglichst unabhängig von ihr“ zu arbeiten. „Politik darf sich in die Operationen nicht eindrängen.“ Er berief sich dafür auf die Lehre von Clausewitz, merkte aber gar nicht, daß er hier von Clausewitz ganz und gar abwich. Bismarck hätte sich mit sehr viel besserem Recht als er darauf berufen können, wenn er sagt (Gedanken und Erinnerungen Bd. 2, Kap. Versailles): Die Kriegführung ist eine durchaus politische Aufgabe, „und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letzteren werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen.“ Man vergleiche damit den Satz des Clausewitz: „Beurteilt die Politik den Verlauf der kriegesischen Ereignisse richtig, so ist es ganz ihre Sache und kann nur die ihrige sein zu bestimmen, welche Ereignisse und welche Richtung der Begebenheiten dem Sinn des Krieges entsprechen. Nach dieser Ansicht ist es eine unzulässige und selbst schädliche Unterscheidung, daß ein großes kriegesisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen eine „rein militärische“ Beurteilung zulassen soll; ja es ist ein widersinniges Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militärs zu Rate zu ziehen, damit sie rein militärisch darüber urteilen sollen, was die Kabinette zu tun haben; aber noch widersinniger ist das Verlangen der Theoretiker, daß die vorhandenen Kriegsmittel dem Feldherrn überwiesen werden sollen, um danach einen rein militärischen Entwurf zum Kriege oder Feldzuge zu machen“. (Hätten doch die Kriegskabinette von 1914 bis 1918 diesen Satz besser

beachtet!) Clausewitz dachte eben noch ganz universal aus der Grundanschauung einer wirklichen Einheit von Politik und Kriegführung heraus, und auch für Bismarck war diese Einheit und der Vorrang der Politik auch im Kriege eine Selbstverständlichkeit. Moltke erweist sich demgegenüber als Angehöriger einer jüngeren Generation von Generalstabsoffizieren: Fachmilitär in einem neuartigen Sinn, Kriegstechniker, Meister und Lenker einer unendlich kompliziert gewordenen Kriegsmaschine, die ihren technischen Zwangsläufigkeiten folgt und gegen Störungen dieses Ablaufs durch sachfremde Erwägungen überaus empfindlich geworden ist. Daher sein ängstliches Bemühen, den leitenden Staatsmann aus allen militärischen Fachberatungen fernzuhalten, über das sich Bismarck so bitter beschwerte. Als dieser in seinen Angriffen sehr massiv wurde und eine Art von tadelnder Verfügung gegen Moltke erwirkte, die diesem (unzweifelhaft ungerechterweise) einen Übergriff in die politische Sphäre vorwarf, ist der sonst so ruhige und besonnene Generalstabschef wohl zum ersten (und vielleicht einzigen) Male in seinem Leben gewaltig aufgebraust. Er führte in seiner Immediateingabe vom 26. Januar 1871 bittere Beschwerde über Bismarcks Auftreten und stellte im ersten (nicht von ihm selbst redigierten) Entwurf sogar den König vor die Wahl zwischen sich und dem Kanzler: er sei gern bereit, um der Einheit der Kriegführung willen dem Grafen Bismarck auch den Militärvortrag und die militärische Verantwortung zu überlassen! Dann aber änderte er das Schreiben mehrfach abschwächend ab, um es zuletzt — nach der früher üblichen Darstellung — gar nicht abzusenden. Das ist nun freilich ein Irrtum. Die Eingabe findet sich in den Akten des Militärkabinetts mit der eigenhändigen, für die gütige Persönlichkeit Wilhelms sehr bezeichnenden Entscheidung: „Gegen unbegründete Anklagen des Grafen Bismarck habe ich Sie jederzeit in Schutz genommen, und ich glaube, daß Sie in dieser Beziehung auch für die Zukunft ruhig sein können, da es Ihnen wohl bekannt ist, welche warme Anerkennung ich für Ihre großen Verdienste habe und welches persönliche Wohlwollen ich ihnen immer zugewendet habe.“ Moltke hat aber gerade in dieser letzten Form seiner Eingabe sehr scharf seinen Standpunkt präzisiert: „Ich glaube, daß es gut sein würde, mein Verhältnis zum Bundeskanzler definitiv festzustellen. Bisher habe ich dasselbe dahin aufgefaßt, daß der Chef des Generalstabs (besonders im Kriege) und der Bundeskanzler *zwei gleichberechtigte* und voneinander unabhängige Behörden unter Ew. kaiserlichen Majestät direktem Befehl sind, welche sich gegenseitig in Kenntnis zu erhalten haben. Von meiner Seite ist dies geschehen, von der anderen nicht.“

Also mit aller nur wünschenswerten Klarheit wird hier festgestellt, daß der Chef des Generalstabs sich in keiner Weise dem leitenden Staatsmann untergeordnet weiß, sondern gleichberechtigt in eigener Immediatstellung gegenübersteht. Verfassungsrechtlich war das zweifellos eine Neuerung. Der Generalstab, ursprünglich eine bloße Abteilung des Kriegsministeriums, hatte sich jetzt die Immediatstellung als eine der obersten Staatsbehörden praktisch erkämpft. Damit war der Prozeß der Emanzipation der militärischen Behörden von den politischen ein sehr beträchtliches Stück vorgeschritten. Einst unter Friedrich Wilhelm III., einem im Grunde bürgerlich gesinnten Monarchen, war das Kriegsministerium mitsamt allen anderen militärischen Behörden ausdrücklich dem Staatskanzler Hardenberg unterstellt worden. Dieser konnte auch an allen Militärvorträgen beim König teilnehmen, und alle militärischen Ordres wurden grundsätzlich in der Staatskanzlei ausgefertigt. Unter dem Soldatenkönig Wilhelm I. wurde die Selbständigkeit der Militärbehörden sehr stark erweitert und damit zugleich die Sphäre der absolutistischen Krongewalt des Königs gewaltig ausgedehnt. Der Kriegsminister besaß schon unter Friedrich Wilhelm IV. in der nachrevolutionären Epoche eine Sonderstellung unter den Ministern. Er stand dem Thron ein Stück näher als die andern. Der Ministerpräsident hatte nämlich nicht das Recht, von ihm die Vorlage der Immediatberichte an den König vor deren Abgang zu fordern, wie von allen anderen Ministern; ebensowenig durfte er beanspruchen, bei Immediatvorträgen des Kriegsministers zugezogen zu werden. Jetzt im Kriege besaß auch der Chef des Generalstabs diese Immediatstellung und forderte grundsätzlich die Gleichberechtigung seiner Behörde neben dem Bundeskanzleramt. Gegen eine solche Forderung war Bismarck ohnmächtig. Hatte er doch selbst im großen Heereskonflikt von 1862 bis 1866 das meiste dazu getan, die Sphäre der absolutistischen Krongewalt als militärische Kommandogewalt soweit als möglich auszudehnen! Er hat auch später niemals eine förmliche Unterordnung der Militärbehörden unter die politisch verantwortliche Staatsleitung durchsetzen können. Das hängt mit der höchst eigentümlichen Konstruktion der Reichswehrevfassung im bismarckischen Bundesstaat zusammen.

Obwohl das Kriegsheer des Reiches dem einheitlichen Oberbefehl des Kaisers unterstand, behielten die Bundesstaaten dennoch ihre selbständige Militärverwaltung bei, soweit ihre Kontingente nicht auf Grundlage der Bundesverträge in der preußischen Armee aufgingen. Es gab ein preußisches, sächsisches, württembergisches, bayerisches Kriegsministerium, auch einen eigenen bayerischen und sächsischen Generalstab. Der preußi-

sche Kriegsminister hatte praktisch wohl die Funktion eines Reichskriegsministers, aber nur als Vertreter Preußens im Bundesrat. Bismarck wollte bekanntlich kein Reichsministerium von irgendwelcher Selbständigkeit neben sich dulden und lehnte auch grundsätzlich ein Reichskabinett, das dem Reichstag verantwortlich gewesen wäre, ab. So wurde die Stellung des preußischen Kriegsministers höchst prekär. Bismarcks Versuche, ihm praktisch die Stellung eines Reichsstaatssekretärs zu geben, scheiterten schon am Widerstand Roons. Andererseits war der Reichskanzler aber auch wieder nicht imstande, ohne Unterstützung durch den preußischen Kriegsminister selbst die Geschäfte eines Reichskriegs- und Marine-ministers, wie er wohl gewünscht hätte, durchzuführen. Er mußte vielerlei Rücksichten auf die eifersüchtig bewahrte Selbständigkeit der Militärbehörden nehmen. Die Folge war, daß er sehr wenig Interesse dafür zeigte, dem preußischen Kriegsminister seinen früheren Vorrang vor dem Generalstabschef und dem Chef des Militärkabinetts (Personalamts) zu sichern. Er hat deshalb 1883 zugestimmt, als auf Betreiben Waldersees der Generalstab als Behörde (nicht bloß sein Chef Moltke persönlich) das Recht zum regelmäßigen Immediatvortrag förmlich bestätigt erhielt. Damit aber war die formelle Gleichstellung des Generalstabs, die Moltke 1871 im Kriege durchgesetzt hatte, nunmehr auch im Frieden und für immer erreicht.

Bismarck vertraute in diesen Fragen auf seinen überragenden politischen Einfluß auf den alten Kaiser; er hat irgendwelche *politische* Rivalität von der korrekten Persönlichkeit Moltkes nicht befürchtet. Ein so reiner und ausgesprochener Fachmilitär erschien ihm politisch ungefährlich, vollends im Frieden. In der Tat war Moltke so gänzlich frei von persönlichem Ehrgeiz, daß er von dem Recht des Immediatvortrags gar keinen Gebrauch gemacht hat. Er handelte nach dem Grundsatz: „Seine Majestät wird mich ja rufen lassen, wenn er meinen Rat braucht.“ Aber war das auch von seinen Nachfolgern zu erwarten? Graf Waldersee hat schon als Generalquartiermeister und Stellvertreter des Chefs die Gelegenheit eifrig benützt, jedesmal, wenn Moltke von Berlin abwesend war (dieser lebte in seinem letzten Lebensjahrzehnt zumeist auf seinem schlesischen Gute Creisau), regelmäßig den Immediatvortrag beim Kaiser zu halten. Er hat sich dabei eine starke persönliche Vertrauensstellung bei dem jungen Monarchen Wilhelm II. erworben, zeitweise starken politischen Einfluß auf ihn ausgeübt, schließlich kräftig zu Bismarcks Sturz mitgeholfen. Mit Hilfe des von ihm ins Amt gebrachten Kriegsministers Verdy versuchte er 1889 die Stellung des Generalstabs zu einem Oberkommando der Armee auszubauen, dem auch die Ausbildung des Heeres unterstanden hätte;

1890, nach Bismarcks Abgang, wollte er den Generalstab als selbständige Reichszentralbehörde anerkennen lassen — man sieht, wie energisch er daranging, sich eine politische Machtposition zu verschaffen. Waldersees Nachfolger, Graf Schlieffen, und zuletzt (seit 1906) der jüngere Moltke, waren dann freilich wieder unpolitische Persönlichkeiten, ausgesprochene Fachmilitärs. Aber ihr Verhältnis zum Reichskanzler blieb das einer grundsätzlichen Gleichstellung — dies war ein sehr wichtiges Erbstück der Bismarckzeit. Wie gefährlich diese formelle Gleichstellung dem Kanzleramt eines Tages werden konnte, hat dann erst die Geschichte des Weltkriegs von 1914 gezeigt. Hier wie an vielen anderen Stellen wird deutlich, daß Bismarcks Reichsverfassung allzusehr auf seine eigene Persönlichkeit zugeschnitten war, zu wenig in dauernden Institutionen verfestigt. (Eine Erscheinung übrigens, die in der Geschichte der deutschen Staatsverfassung schon seit den Tagen des hohen Mittelalters immer wieder zu beobachten ist.) Schon Tirpitz hat das bemerkt: „Die Verfassung und Leitung des Reiches“, sagt er einmal, „stand nur auf zwei Augen, das war ein Methodenfehler. Unsere Verfassung paßte für den alten Kaiser und Bismarck, sie paßte aber nicht für den Durchschnitt.“

Reichskanzleramt und Generalstab bzw. oberste Heeresleitung nebeneinander ohne klare Unterordnung der militärischen unter die politische Leitung — das konnte auch dann zur Gefahr werden, wenn sich die militärische Zentralstelle, wie in den Tagen des alten Moltke, ausschließlich von militärischen Gesichtspunkten bestimmen ließ. Wir müssen uns das zunächst einmal am Beispiel der Konflikte zwischen Bismarck und Moltke in den deutschen Einigungskriegen klarmachen. Von Moltke her gesehen waren es reine Ressortstreitigkeiten: es ging um die Abwehr von Übergriffen der Politik in das Gebiet der Strategie. Von Bismarck her gesehen steckte doch noch mehr dahinter. Hier ging es (nicht in allen Fällen zwar, aber doch in den wichtigsten) um tiefere Gegensätze: um die Durchsetzung politischer statt rein militärischer Gesichtspunkte in der Kriegführung überhaupt, nicht um Fragen der strategischen Technik. Ein Beispiel mag zur Erläuterung genügen. Nach der Kapitulation der kaiserlich-französischen Armee in Sedan dachte Bismarck zeitweilig daran, die Offensive nunmehr abubrechen, einen Grenzkordon etwa an der elsass-lothringischen Grenze zu ziehen, Frankreich zunächst sich selbst zu überlassen und möglichst rasch Frieden zu schließen. Hätte er eine französische Regierung gefunden, die bereit gewesen wäre, ihm das Elsaß und die deutschen Teile von Lothringen zu überlassen, so hätte er ohne Frage mit ihr abgeschlossen, nötigenfalls auch wohl auf die Festungen Metz und

Belfort verzichtet, dem deutschen Heer weitere Kämpfe, der französischen Nation eine weitere Demütigung ihres Stolzes erspart und zugleich den Neutralen jede Möglichkeit der Einmischung genommen. Die Fortsetzung des Krieges bis tief ins Innere des Landes, die umständliche, Zeit und Kräfte raubende Einschließung und Aushungerung von Paris, der Kampf mit den französischen Volksheeren bis zu deren blutiger Vernichtung — das alles war ihm aus politischen Gründen tief zuwider, wenn er es auch praktisch nicht ändern konnte, da sich kein französischer Unterhändler vor dem endgültigen Austrag des letzten Verzweiflungskampfes auf die Abtretung von Elsaß-Lothringen einlassen wollte. Denn Bismarck dachte — und das ist für seine staatsmännische Haltung höchst charakteristisch — schon während des Kampfes an das, was nachher kommen soll: an den künftigen Frieden und das Nebeneinanderleben der Nationen. Hätte er den Franzosen klarmachen können, daß Deutschland nur mit der Anmaßung des Abenteurers Napoleon abrechnen und seine innere Einigung, von außen ungestört, vollziehen wollte, aber keineswegs etwas gegen die Lebensinteressen des französischen Volkes im Schild führe, so hätte er den Krieg auch mit beschränktem Landgewinn beendet. Dieser ganze Gedankengang mußte aber dem Fachmilitär unverständlich erscheinen. Moltke, als getreuer Schüler von Clausewitz, kannte nur die eiserne militärische Notwendigkeit, jeden Schlachterfolg bis zum Äußersten, d. h. bis zum völligen Wehrlosmachen des Gegners auszunützen; jedes Zögern auf diesem Wege mußte er vom rein militärischen Standpunkt als unverzeihliche Schwäche betrachten. Daher seine tiefe Erbitterung, als Bismarck gelegentlich einer Aussprache in Versailles Januar 1871 an der Tafel des Kronprinzen sich kritisch über die Fortsetzung des Krieges nach Sedan zu äußern anfang. Noch deutlicher wird der Gegensatz militärischer und politischer Denkweise in den beiden Krisen von 1867 und 1875: der Luxemburger und der sog. Krieg-in-Sicht-Krise. Das erstemal ist Moltke der Ansicht, Deutschland sollte den Anlaß des diplomatischen Streits um das preußische Besatzungsrecht in Luxemburg und die französische Absicht, das Ländchen zu annektieren, dazu benützen, um den demnächst doch notwendigen Krieg mit Frankreich zu beginnen, ehe dieser Gegner durch Einführung des neuen Chassepotgewehrs und die bevorstehende große Heeresreform seine Kampfkraft wesentlich gesteigert hätte. Das zweite Mal soll er der Meinung gewesen sein, Deutschland werde den Kampf noch einmal aufnehmen müssen, um Frankreich empfindlich zu schwächen, ehe es seine Neuaufrichtung ins Werk gesetzt hatte und Revanche suchen könnte. Man sieht: beide Male sind es rein „militärische“

Gesichtspunkte, die zum Kriege zu drängen scheinen. Und beide Male tritt Bismarck solchen Gedanken mit rein politischen Erwägungen entgegen. Grundsätzlich hat er es immer abgelehnt, einen sog. Präventivkrieg zu führen, da ein solches Beginnen das Schicksal herausfordern — oder vielmehr „in Gottes Vorsehung eingreifen“ heiße, obwohl der Mensch doch niemals Gott in die Karten sehen, niemals im Voraus wissen könne, welche Wendung später doch noch den Krieg ersparen könnte. Aber es ist nicht nur die sittliche Verantwortung, die er scheut, es sind auch machtpolitische Erwägungen, die dabei mitsprechen: er scheut sich, den außenpolitischen Kredit des Staates zu zerstören, das Vertrauen der andern Mächte auf Deutschlands Friedfertigkeit; und endlich spielte 1867 wohl die Erwägung mit, daß unmittelbar nach der Gründung des Norddeutschen Bundes die Vereinheitlichung des deutschen Heerwesens noch nicht durchgeführt war; wenn Frankreichs militärische Kräfte wuchsen, so hatte Bismarck die feste Zuversicht, daß auch Deutschlands Kraftzuwachs dahinter nicht zurückbleiben würde. „Der Standpunkt des Grafen Bismarck ist unanfechtbar“, soll Moltke 1867 gesagt haben, „aber er wird uns eines Tages noch viel Blut kosten“. Er dachte auch diesmal nicht daran, dem verantwortlichen Staatsmann in das Spiel zu pfuschen; aber der Gegensatz zwischen „rein militärischer“ und politischer Denkweise trat doch in diesen Aussprachen besonders klar heraus. Unter seinem Nachfolger Graf Waldersee wurde dann deutlich, daß dieser Gegensatz eine sehr ernste Gefahr werden konnte. Waldersee hatte sich ganz in den Moltkeschen Gedankengang eingelebt, daß ein Zweifrontenkrieg, wie er seit 1887 ernsthaft drohte, nur noch durch eine Ostoffensive gewonnen werden könnte, da Rußland damals der schwächere Teil im Vergleich mit Frankreich war. Aber er sah, daß Rußland seine Wehrmacht neuerdings dauernd verstärkte, immer mehr Truppen an der Westgrenze aufhäufte, sein westliches Bahnnetz ausbaute und so die Chancen eines deutschen Sieges im Fall eines Zweifrontenkrieges fortwährend verminderte. Während nun Bismarck daraus den Schluß zog, daß alles getan werden müsse, um das politische Verhältnis zu Rußland freundlicher zu gestalten und den Zweifrontenkrieg überhaupt zu vermeiden, drängte Waldersee aus rein militärischem Denken heraus wiederum auf den Präventivkrieg, um den russischen Koloß noch rechtzeitig zu zerschlagen. Den alten Moltke, der sich diesen Erwägungen zeitweilig anschloß, brachte Bismarck schließlich davon ab — durch vertrauliche Mitteilung des mit Rußland abgeschlossenen Rückversicherungsvertrags —, nicht aber den Grafen Waldersee, der unentwegt am Gedanken des Präventivkriegs festhielt. Und nun fand

dieser neue Generalstabschef — wenigstens zeitweise — mit seiner grellen Ausmalung der russischen Kriegsgefahr das Ohr des jungen Monarchen. Jedermann weiß, welche große Rolle diese Streitfrage beim Sturz Bismarcks gespielt hat. Hier wurde also der Gegensatz zwischen „rein militärischem“ und „politischem“ Denken bereits für die Machtstellung Bismarcks selbst zu einer tödlichen Gefahr. Und was dann dieser Gegensatz im ersten Weltkrieg, in den beständigen Kämpfen Ludendorffs gegen Bethmann Hollweg und dessen Nachfolger (neben vielen anderen hier noch klaffenden Streitfragen) bedeutet hat, brauche ich nicht näher auszumalen. Es ist den Älteren unter uns aus eigenem Miterleben noch in schmerzlicher Erinnerung.

Welche Wirkung hatte nun diese streng ressortmäßige Scheidung zwischen militärischen und politischen Zuständigkeiten auf die allgemeine Kriegsplanung? Gab es eine regelmäßige und enge Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Generalstab bei der Bearbeitung der Kriegspläne? Und war das Auswärtige Amt jederzeit orientiert über die militärischen Aussichten Deutschlands im Falle eines kriegesischen Zusammenstoßes? Von einer regelmäßigen und engen Zusammenarbeit wird man keinesfalls sprechen dürfen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Generalstabes, für alle irgendwie denkbaren Fälle eines kriegesischen Zusammenstoßes Aufmarsch- und Feldzugspläne technisch vorzubereiten, in sog. Kriegsspielen und Generalstabsreisen durchzuproben und in schriftlichen Ausarbeitungen die Grundzüge besonders der Aufmarschbewegungen festzulegen, womöglich unter Aufstellung der Fahrkurse und Marschtabellen bis ins einzelne. Eine ungeheure Fülle solcher Ausarbeitungen, Studien und Entwürfe liegt bei den Generalstabsakten des Heeresarchivs von 1858 bis 1914; von den Denkschriften der Moltkezeit ist nur ein Teil in der „Militärischen Korrespondenz“ des großen Strategen gedruckt. Sehr viele dieser Pläne zeigen Moltkes eigene klare und feine Handschrift mit zahlreichen Korrekturen. Die weitaus meisten davon sind aber ohne alle Aktenvorgänge eingeordnet; sie sind offensichtlich (auch nach Ausweis des Geheimjournals) ohne besondere Anforderung von seiten politischer Stellen entstanden und auch keiner politischen Behörde mitgeteilt worden; sie blieben einfach geheimes Material des Generalstabes. Nur ganz wenige Pläne der Bismarckzeit sind auf besondere Aufforderung zur Orientierung des Ministerpräsidenten ausgearbeitet. Ganz unzweifelhaft haben sich Moltke und seine Nachfolger im allgemeinen auf eigene Hand über die außenpolitische Lage orientiert und danach ihre Entwürfe — rein theoretisch — aufgesetzt. So entstanden wohl auch einzelne Feldzugs-

skizzieren, deren praktische Bedeutung nachträglich nicht recht einleuchtet. So wenn etwa schon im Frühjahr 1860 ein Kriegsplan ausgearbeitet wird für einen Feldzug Preußens gegen Österreich unter Sympathie Englands, oder ein anderer für einen Krieg mit Frankreich unter russischer Teilnahme. Oder 1862 ein Feldzugsplan gegen Bayern, Österreich und Frankreich um der kurhessischen Frage willen. Oder wenn zwischen 1877 und 1879 Aufmarschpläne gegen eine kombinierte Feindschaft Frankreichs und Österreichs entstehen. Aber im ganzen muß man urteilen, daß alle diese Moltkeschen Entwürfe keineswegs rein militärischen Charakter im engeren Sinn tragen, sondern stets von einer sorgfältigen und ausführlichen Erwägung der politischen Lage ausgehen, jedesmal auch die politisch zu erreichenden Ziele in den Vordergrund stellen und sie sogleich bei der Aufstellung der Marschrichtung und engeren Kampfziele mit in Anschlag bringen. Moltke war kein Mann der politischen Tagesinteressen und des politischen Kleinkampfes, besaß aber eine reiche historisch-politische Bildung. Die Politik war ihm wohl weniger Lebensinteresse als Bildungsangelegenheit; aber aus seiner historisch-politischen Sicht beurteilte er die Verhältnisse im großen zumeist richtig — vielleicht darf man sagen, daß er, aus einer gewissen inneren Distanz von der Tagespolitik, eher zu weitsichtig war, ohne ganz sicheres Urteil über das im Augenblick Wahrscheinliche. Jedenfalls sah er die Kriege immer unter großen allgemeinen welthistorischen Aspekten. So heißt es gleich in der zweiten seiner Denkschriften von 1858: „Um den gewaltigen Kampf mit dem germanischen Zentrum Europas aufzunehmen, zu welchem schließlich wohl auch England hinzutreten könnte, bedarf es für Frankreich vielleicht noch eines vorbereitenden Schrittes der Erweiterung seiner Machtstellung im romanischen Westen“ (gedacht ist an Spanien und Italien). Mit ähnlichen Wendungen ist bereits 1860 ein künftiges Zusammenwirken des slawischen Ostens mit dem romanischen Westen gegen das Zentrum prophezeit.

Zunächst tragen also alle diese vorbereitenden Arbeiten rein theoretischen, man könnte sagen akademischen Charakter; aber jeder der drei Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 ist dann doch in sorgfältiger und eingehender Beratung mit dem Außenminister und Kriegsminister vorbereitet worden. Es wäre sehr reizvoll, dieser Zusammenarbeit hier im einzelnen nachzugehen, gerade im Vergleich mit der nachmoltkeschen Zeit. Der Vorgang ist jedesmal der, daß das Außenministerium entweder direkt oder durch das Kriegsministerium Gutachten einfordert über die militärischen Aussichten, Interessen und Möglichkeiten in einem bestimmten Konfliktfall —, zuerst schon 1857, nicht erst 1859, wie gewöhnlich behauptet

wird. Überraschenderweise erfolgt fast jedesmal die Meldung: der fragliche Fall sei vom Generalstab schon längst vorbedacht, ja wohl gar bis in die Einzelheiten der Aufmarschpläne schon durchgearbeitet. Gemeinsamer Vortrag vor seiner Majestät könne jederzeit erfolgen. Besonders lehrreich ist die sehr eingehende und sorgfältige Vorbereitung des politisch heikelsten der drei Einigungskriege, des sog. „Bruderkampfes“ gegen Österreich. Hier ermöglichen uns die Akten einen sehr tiefen Einblick in die außerordentlich enge Zusammenarbeit zwischen Moltke, Roon und Bismarck bei der Bearbeitung des Königs. Es gibt viele persönliche Aussprachen zwischen den drei Beratern und militärische Gutachten Moltkes, die den König von den guten Aussichten des Krieges überzeugen sollen. Dabei lehnt aber der Generalstabschef jede Art von Schönfärberei mit Strenge ab. „Es kann nicht meine Aufgabe sein“, schreibt er einmal, „S. M. den König durch irrige Angaben zum Kriege zu verleiten“ — während Roon als Politiker doch gerne militärische Bedenken Wilhelms beseitigen möchte: „Nicht immer reicht die richtige klare Darlegung der militärischen Sachlage aus, denn auch eine solche kann mißverstanden werden, und ich glaube, es ist unsere Pflicht, dann nach Kräften hinzuzutreten, um die allerhöchsten Entschlüsse nicht von unrichtig erfaßten Unterlagen ausgehen zu lassen.“ (5. April 1866.) Überhaupt ist kennzeichnend für Moltke die große Vorsicht in der Einschätzung der feindlichen Kräfte trotz aller Kühnheit der operativen Vorschläge. So beurteilt er 1866 die Situation mit überraschend großem Ernst, und auch seine späteren Kriegspläne sind weit entfernt von militärischem Draufgängertum; überall sind seine Darlegungen von dem Grundsatz beherrscht: „Erst wägen, dann wagen;“ und so ist er genau das Gegenteil eines Kriegshetzers. Was das bedeutet, spürt man etwa beim Vergleich mit den militärischen Denkschriften des forschenden Truppenführers Prinz Friedrich Karl, der 1859 auf alle Fälle losschlagen will, einfach, um der Armee Beschäftigung und Kriegserfahrung zu geben, entweder mit Frankreich gegen Österreich, oder (was aus nationalen Gründen wohl besser wäre) mit Österreich gegen Frankreich. Von solchem Draufgängertum ist bei Moltke nirgends die Rede. Zwar ist er 1866 fast verzweifelt über das lange Hinauszögern des Kriegsentschlusses, weil dadurch der einzige handgreifliche Vorteil Preußens gegenüber Österreich, die schnellere Mobilmachung, sich in das Gegenteil verkehrt; aber er bleibt vollkommen einsichtig gegenüber der Notwendigkeit, Österreich als den Angreifer erscheinen zu lassen und zunächst auch die politische Stellungnahme Sachsens abzuwarten. Nach dem Sieg von Königgrätz hat er nicht etwa gewagte Ratschläge zur

Eröffnung des Offensivkrieges gegen Frankreich unter Abwehrhaltung gegen Österreich gegeben (wie man nach dem Wortlaut gewisser Sätze in den Gedanken und Erinnerungen Bismarcks annehmen könnte); er hat vielmehr dringend empfohlen, schleunigst mit Österreich Frieden zu machen, falls Frankreich ernstlich eingreifen sollte. „Auf untergeordnete Bedingungen kann es dabei nicht ankommen.“ Ein Doppelkrieg gegen Österreich und Frankreich könnte nur zu einer doppelten Defensive führen. Seinen großen Angriffsplan gegen Frankreich, den er 1870 durchführte, hat er auch erst nach und nach, unter sorgfältigster Berechnung der beiderseitigen Stärkeverhältnisse, entwickelt. Erst seit der Verstärkung der preußischen Armee durch den Ausbau der deutschen Gesamtstreitkräfte ging er vom Defensivgedanken zur Offensive über. Diese wurde dann auch mit absoluter zahlenmäßiger Überlegenheit (von 462 000 gegen 336 000 Mann!) durchgeführt. Moltke hat sich also keineswegs nur auf die qualitative Überlegenheit der deutschen Truppen, sondern vor allem auch auf die weit stärkere Bataillonszahl (und auf die in Frankreich fehlenden großen Reserven) verlassen.

Mit anderen Worten: der deutsche Generalstab unter Moltke war weit entfernt von einem abenteuerlichen Draufgängertum, sondern entschloß sich erst dann zu einer Offensive großen Stils, als der Erfolg militärisch kaum noch zweifelhaft war — genau entsprechend der Haltung Bismarcks, der seine Kriege diplomatisch höchst sorgsam vorbereitete. Man darf sagen, daß dieser Geist strengster Sachlichkeit im großen und ganzen unveränderliches Erbe Moltkes im deutschen Generalstab geblieben ist. Die Vorstellung der uns feindlichen Propaganda, daß der deutsche Generalstab 1914 eine Gruppe kriegshetzerischer Elemente gewesen sei, ist vollständig verfehlt. Im Gegenteil: der jüngere Moltke war am Tag des Kriegsausbruchs, als er den Herren seines Stabes den Losbruch bekanntgab, nach dem Bericht von Augenzeugen geradezu fassungslos erschüttert. Nicht etwa abenteuerliche Wagemut wurde uns verhängnisvoll, sondern die mangelnde Einheit zwischen den politischen und militärischen Faktoren bei der Vorbereitung des Krieges. Dies ist, als letzter Punkt unserer Darlegungen, noch näher zu erläutern.

Man kann die allmähliche Verschlechterung der politischen Lage des Deutschen Reiches zwischen 1876 und 1914 nirgends lehrreicher studieren als in den Aufmarschplänen, die der alte Moltke seit 1871 fast von Jahr zu Jahr entwarf. Die zahlenmäßige Überlegenheit des deutschen Heeres über das französische Heer ging schon seit der großen Aufrüstung Frankreichs 1875 verloren. Schon 1877 hatte die französische Armee in ihren Aktiv-

bestand die unsrige zahlenmäßig überflügelt. Eben um dieselbe Zeit aber traten die ersten Verstimmungen zwischen Deutschland und Rußland ein; sofort tauchten die ersten Pläne Moltkes zu dem Zweifrontenkrieg auf, die nun bis 1887 immer wieder umgearbeitet wurden. Ihr Grundgedanke war aber, bei mancherlei Wandlungen im einzelnen, stets derselbe: In Frankreich ist eine Wiederholung der großen Invasion von 1871 nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg möglich. Der starke Ausbau der ostfranzösischen Befestigungslinien verhindert einen raschen Einmarsch. Die zahlenmäßige und qualitative Überlegenheit der deutschen Truppen ist nicht mehr dieselbe wie damals; die Einschließung von Paris ist durch den neueren Ausbau der großen Festung fast aussichtslos geworden. Es bleibt also hier nichts übrig als strategische Defensive, nötigenfalls unter Rückzug bis an den Rhein. Wohl aber besitzen wir eine starke Anfangsüberlegenheit im Osten, die wir ausnützen müssen. Die weit schnellere deutsche Mobilmachung gibt uns die Möglichkeit, die Russen schon im Aufmarsch zu überfallen. Lockende Offensivziele bieten sich hier freilich nicht, da die Weite des russischen Raumes allzu leicht Offensivstöße ins Leere gehen läßt. Der Kampf kann also auch hier zuletzt nur einen defensiven Sinn haben; aber die Defensive muß nicht in reiner Abwehr, sondern in gewaltigen Vernichtungsschlägen gegen die russische Armee durchgeführt werden, so lange, bis der Kriegswille unserer Gegner erlahmt und der Krieg auf diplomatischem Wege beendet werden kann. Freilich wohl nicht unter gänzlicher Vernichtung der feindlichen Kräfte wie 1871, sondern durch rechtzeitige Verständigung. Wer diese Pläne einen nach dem anderen auf sich wirken läßt, in ihren sorgfältigen Berechnungen, dem wird erst ganz deutlich, woher der „Cauchemar des coalitions“, der Alpdruck der Koalition stammt, der Bismarck so sehr bedrängte, und warum er sich jederzeit so eifrig bemühte, nur ja eines zu verhüten: den Zweifrontenkrieg, der militärisch so wenig aussichtsreich erschien. Daher die kunstvolle, zuletzt fast überkünstliche Bündnispolitik des großen Staatsmannes mit dem Hauptziel der Isolierung Frankreichs. In ihren Grundzügen hat Bismarck die Moltkeschen Pläne gekannt, aus mancherlei vom Kaiser und vom Auswärtigen Amt angeforderten Gutachten, wenn auch eine gegenseitige Fühlungnahme nur gelegentlich stattfand und Moltke immer nur unvollkommen über Bismarcks politische Absichten informiert wurde. Deutlich wird aus diesen Verhandlungen vor allem, warum Bismarck so besonders großen Wert auf den Rückversicherungsvertrag mit Rußland legte: gerade die Bildung einer Ostfront hat er ja wohl immer als entscheidende Gefahr für Deutschland betrachtet.

Man könnte sich auch eine andere Reaktion auf die steigende Bedrohung Deutschlands von außen her denken: ein weit schnelleres Tempo der deutschen Aufrüstung, um so wenigstens den französischen Heeresmassen überlegen zu bleiben. Aber eine solche Aufrüstung ist nur in sehr bescheidenem Maße erfolgt. Auch die berühmte Vorlage vor dem Kartellreichstag von 1887 brachte nur eine Heeresvermehrung von 41 000 Mann. Es ist eine irrige Vorstellung, daß es wesentlich die Rücksicht auf parlamentarische Widerstände gegen jede Heeresvermehrung gewesen sei, die Deutschland allmählich in Rückstand gegenüber seinen Nachbarn kommen ließ. Hätte Bismarck ein Wettrüsten großen Stiles für lebensnotwendig gehalten, so hätte er ganz bestimmt solche Widerstände nicht gescheut. Und man darf auch wohl sagen, nach den Erfahrungen späterer Jahrzehnte, daß das deutsche Volk nur des kräftigen Appells an seinen Patriotismus, nur einer Klarlegung des drohenden Ernstes der Lage bedurfte, um zu den nötigen Geldbewilligungen gebracht zu werden. Nur in den neunziger Jahren, einer unsicheren politischen Reichsleitung gegenüber, die sehr wenig Vertrauen genoß, hat der Reichstag ernstliche Schwierigkeiten gegen Wehrvorlagen der Regierung gemacht. Eben damals war selbst Bismarck Gegner der Verdyschen Militärvorlage, die zum ersten Male vom Qualitätsheer zum Massenheer überzugehen versuchte. Es war eine in ganz Europa geltende Tradition des 19. Jahrhunderts, vorzüglich in der Qualität der Truppen die eigene Überlegenheit zu suchen, Massenheere, Volksheere mit sehr kurzer Dienstzeit dagegen zu scheuen. Bezeichnend dafür ist der Widerstand, den Roon noch während des Krieges 1870 dem Generalstab leistete, als dieser die Entsendung größerer Massen von schnell ausgebildeten Landwehrtruppen an die Front verlangte. Der Kriegsminister soll 1871 geradezu eine Beschränkung der Operationen verlangt haben, weil allzu große Gefangenennmassen nicht mehr ordnungsmäßig bewacht werden könnten. Wie die Heeresverwaltung Wilhelms I. sich in den Konfliktjahren 1862 bis 1866 gegen die zweijährige Dienstzeit sträubte, weil erst im dritten Dienstjahr der Rekrut zu einem vollständig zuverlässigen Werkzeug der militärischen Führung ausgebildet werden könne, so hatte man auch später immer noch Bedenken gegen eine Massenaushebung, weil dafür die Zahl der berufsmäßigen Unteroffiziere und Offiziere nicht ausreiche; man hielt, auch aus politischen Gründen, mit Zähigkeit an dem Gedanken der nicht allzugroßen Qualitätsarmee fest. Dazu kam noch das Bestreben Bismarcks, durch Rüstungsgesetze von möglichst langer Dauer (mindestens 7 Jahre) den Einfluß des Reichstags auf die Heeresorganisation nach Möglichkeit zu beschränken. Dadurch wurde aber die jeweilige

Anpassung der Heeresstärke an die rasch wachsende Volkszahl stark erschwert. Schließlich kam noch die Sorge hinzu, daß durch schnelle Ausrüstung nur ein allgemeines Wettrüsten der europäischen Mächte erzielt würde, in dem ein Staat den anderen zu übertrumpfen suchte.

Aber hätten nicht alle diese Bedenken schwinden müssen, als sich die Lage Deutschlands abermals verschlechterte durch den Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag (1890) und durch das russisch-französische Militärbündnis? Der Mangel an Einheit zwischen politischen und militärischen Stellen tritt seit Bismarcks Abgang immer bedenklicher hervor. Auf die Heeresvorlage von 1892 blieb der Generalstab noch ohne jeden Einfluß; erst seit der Jahrhundertwende, unter Graf Schlieffen, wurde er aktiver und trat jetzt dem Kriegsministerium gegenüber mehr und mehr mit eigenen Rüstungsforderungen hervor. Das hing mit der allmählichen Entwicklung der Schlieffenschen Feldzugspläne zusammen. Die Grundgedanken des sog. „Schlieffenplanes“ (der in voller Ausführung erst 1905 kurz vor Schlieffens Abgang entwickelt wurde) sind bekannt. Die große Offensive im Osten nach den Plänen Moltkes schien praktisch undurchführbar geworden, da sich die russische Armee nach ihren neueren Aufmarschplänen der Überwältigung durch die Deutschen durch rechtzeitigen Rückzug in ihr unendlich weites Hinterland entziehen konnte, außerdem durch starke Befestigungen, besonders an der Narew-Linie, sich deckte und durch ein stark ausgebautes Eisenbahnnetz ihre Mobilmachung sehr beschleunigt hatte. Deutschland mußte also jetzt nach der Meinung Schlieffens alle Kraft auf die Westfront konzentrieren, den österreichischen Bundesgenossen zunächst völlig ungedeckt lassen, im Westen aber durch Belgien marschieren, Frankreich von seiner ungeschützten Nordflanke her packen und in einer großen, bis zur Küste ausholenden Vernichtungsschlacht die ganze französische Armee niederwerfen. Über die militärische Bedeutung dieses Planes, der in seiner Anlage etwas Großartiges hat, sind lange Zeit nur bewundernde, neuerdings freilich auch kritische Stimmen laut geworden. Ich selbst gestehe, daß mich das wiederholte Studium dieses Kriegsentwurfs in den verschiedenen Stadien seiner Entstehung einigermaßen kritisch gegen seinen Urheber gestimmt hat. Zunächst: geht man der Wahrscheinlichkeit seines Gelingens nach und vergleicht man sie mit den Operationsentwürfen Moltkes, so sieht man deutlich, daß diese Wahrscheinlichkeit vergleichsweise nur gering war. Es hängt da so viel an Zufallsfaktoren (was ich hier im einzelnen nicht auseinanderlegen kann), daß man von Sicherheit des Erfolges in keinem Sinn wird reden dürfen; auch bei großen Anfangserfolgen war eine völlige Nieder-

werfung Frankreichs in einer einzigen Umfassungsschlacht noch keineswegs garantiert; denn eine so große waffentechnische Überlegenheit wie 1940 besaßen wir 1914 durchaus nicht, und auch die zahlenmäßige Überlegenheit war nicht vorhanden. Jedenfalls war der Schlieffenplan durchaus kein sicheres Zauberrezept, wie er in der üblichen Kriegsgeschichtsschreibung erscheint, sondern eher eine Art von Verzweiflungsprojekt in aussichtslos gewordener Lage. Sodann vermißt man im Vergleich gerade mit den Moltkeschen Plänen eine wirklich gründliche Berücksichtigung der politischen Faktoren. Sehr merkwürdige Ansichten äußert Schlieffen 1905 über die Aufnahme, die eine etwaige Neutralitätsverletzung auch holländischen Gebietes im Ausland finden würde. Wie die politische Rückwirkung einer einseitigen Westoffensive auf den österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat sein wird, wenn dieser allein den russischen Offensivstoß aushalten muß, ist nirgends erörtert. Der jüngere Moltke, der die Grundzüge des Schlieffenplanes beibehielt, hat dem österreichisch-ungarischen Generalstabschef später immer nur ausweichend, in recht peinlichen Besprechungen, auf die Frage antworten können, wie lange wir brauchen würden, bis wir Österreich-Ungarn zu Hilfe kämen. Gar keine ernsthafte Überlegung ist darauf verwandt, was der Zutritt Englands zu unseren Kriegsgegnern, den Schlieffen als sicher erwartete, militärisch und politisch zu bedeuten hätte. Im besonderen darauf, was zu tun wäre, um eine Abdrosselung der deutschen Wirtschaft durch England zu vermeiden, und was die Flotte dazu tun soll und tun kann. Weiterhin erscheint als sehr bedenklich die völlige Entblößung der Ostfront von Truppen in den ersten Kriegswochen oder gar -monaten. Man hat zu ihrer Rechtfertigung darauf hingewiesen, daß im Jahr 1905, als die große Schlieffensche Denkschrift entstand, in Rußland noch revolutionäre Wirren herrschten, der russische Gegner also zeitweise weniger furchtbar erschien. Aber dieses Argument überzeugt nicht. Denn unmöglich konnte ja mit einem französischen Angriff gerechnet werden, solange Rußland nicht aktionsfähig war; einen Kriegsplan für einen so unwahrscheinlichen Fall (den auch Schlieffen gar nicht erwähnt!) aufzustellen, wäre doch wohl sinnlos gewesen. Vor allem aber findet sich genau derselbe Vorschlag, eher noch verschärft, in dem sog. militärischen Testament Schlieffens vom 28. Dezember 1912 wieder, das Schlieffen seinem Schwiegersohn diktierte. Der Verfasser vertritt dort die Meinung, das Schicksal Österreichs werde sich nicht am Bug, sondern an der Seine entscheiden. Was nützte aber ein Sieg vor Paris, wenn die Russen vor Berlin standen? Schon der jüngere Moltke hat diese Betrachtungen kritisch glossiert und die Berufung Schlieffens auf den

älteren Moltke, der 1866 auch kein Armeekorps am Rhein habe stehen lassen, mit Recht als völlig unzulässig abgewiesen. Überhaupt sind in diesen Denkschriften mancherlei historisch-politische Betrachtungen eingeflochten, die ich nicht anders denn als bedenklich dilettantisch bezeichnen kann. Der Abstand zu der imponierenden Sicherheit des historisch-politischen Blicks, den wir in den Denkschriften des alten Moltke finden, ist doch außerordentlich. Im Vergleich mit diesem Vorgänger erscheint Schlieffen wesentlich einseitiger als Ressortmensch, als bloßer Fachmilitär.

Aber damit ist das Wichtigste noch nicht gesagt. Eines wird aus der Betrachtung der Aufmarschpläne von 1894 bis 1914 geradezu beklemmend deutlich: daß Deutschland in eine politische Lage hineintrieb, die man als militärisch nahezu hoffnungslos bezeichnen kann. Müßte man nicht erwarten, daß der Generalstab, der das so deutlich vor Augen sah, die politische Reichsleitung spätestens seit 1905 andauernd mit Denkschriften bestürmte, die diese Lage klarmachten und die entsprechenden Konsequenzen forderten? Nämlich erstens eine grundsätzliche Änderung unserer Bündnispolitik, zweitens eine vollständige Umstellung der Rüstungspolitik und drittens zum mindesten eine politisch-diplomatische Vorbereitung der formellen Neutralitätsverletzung in Belgien, um deren politische Rückwirkungen möglichst abzuschwächen?

Nichts davon ist geschehen. Die erste große Denkschrift des Generalstabs, welche die ganze Furchtbarkeit der Lage enthüllte, erging im November 1911 an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg; von demselben Moment an kam auch endlich die Aufrüstung des Heeres gewaltig in Fluß. Unter Bülow war nichts dafür geschehen, hatte aber auch nie eine Beratung über die Lage zwischen militärischen und politischen Stellen stattgefunden. Bülow selbst hat später erklärt, daß er nie etwas von dem strategischen Plan eines Durchmarsches durch Belgien erfahren habe¹). Dabei rechnete man im Ausland schon seit 1906 damit! Es scheint tatsächlich, daß Kanzler und Auswärtiges Amt erst durch die große Denkschrift des Generalstabs vom 21. Dezember 1912, deren Verfasser Ludendorff ist, den Plan kennengelernt haben. Aber auch dann ist nichts geschehen zur diplomatischen Vorbereitung des großen Unternehmens.

¹) Diese Versicherung ist umstritten. Bülows Schreiben an das Auswärtige Amt vom 30. 7. 05 kann indessen nicht dagegen ins Feld geführt werden. Dort ist nicht vom Schlieffenplan die Rede, nicht einmal vom Durchmarsch durch Belgien, sondern von einem phantastischen Plan des Kaisers, Belgien im Falle eines englischen Angriffs auf Deutschland sofort zu besetzen und Teile davon den Franzosen als Kaufpreis ihrer Neutralität anzubieten (Gr. Politik 19, II, S. 479).

Bethmann Hollweg hat später erklärt, das Auswärtige Amt sei vollständig unbeteiligt gewesen bei der Aufstellung und Abwandlung der Schlieffenpläne. „Überhaupt ist während meiner ganzen Amtstätigkeit keine Art von Kriegsrat abgehalten worden, bei dem sich die Politik in das militärische Für und Wider eingemischt hätte.“

Welche Bankrotterklärung der politischen Leitung! Kann man sich da wundern über die Kopflosigkeit, mit der wir Ende Juli 1914 in den Krieg hineinstolperten?

Was die Aufrüstung anlangt, d. h. die volle Ausnützung der Wehrkraft des deutschen Volkes, so liegt das eigentliche Versäumnis nicht, wie meist ganz einseitig behauptet wird, in den Jahren 1912 bis 1913, im Versagen des Kriegsministers v. Heeringen, der der Aufstellung von drei neuen Armeekorps, die der Generalstab auf Ludendorffs Drängen forderte, sich energisch widersetzte, sondern spätestens in der Ära Bülow 1900 bis 1909. Es ist schwer begreiflich, wie die Kriegsminister v. Gossler, v. Einem, v. Heeringen in diesen Jahren immer wieder dem Reichstag versichern konnten, die deutsche Armee sei nach wie vor „jeder Eventualität gewachsen“ — wenn sie die wahre strategische Lage kannten. Aber die kannten sie eben nur sehr mangelhaft. Man weiß, daß Graf Schlieffen, der für seinen Westaufmarsch sehr große Massen von leistungsfähigen Reservetruppen brauchte, zuletzt ziemlich scharf auf Heeresverstärkung gedrängt hat. Aber die letzte Kraft hat auch er nicht daran gesetzt und sich schließlich doch mit Abschlagszahlungen begnügt, ebenso wie sein Nachfolger bis 1912. Der letzte Grund für diese Zurückhaltung kann wohl nur die Rücksicht auf den kaiserlichen Wunsch gewesen sein, alle finanzielle Kraft des Reiches in erster Linie auf den Flotten- und nicht auf den Heeresausbau zu verwenden. Ohne Frage hat uns (wie auch das Kriegswerk des Reichsarchivs anerkennt) der Ausbau unserer Kriegsmarine, der durch eine gewaltige publizistische Propaganda unterstützt wurde, den rechtzeitigen Ausbau des Heeres gekostet, der sehr viel dringender gewesen wäre. Als auf Drängen Ludendorffs endlich 1912 und 1913 versucht wurde, das Versäumte nachzuholen, war es für „ganze Arbeit“ bereits zu spät. Die plötzliche Aufstellung von drei neuen Armeekorps mit allen ihren Stäben war neben der sonstigen Heeresverstärkung, dem Ausbau der technischen Waffen und der Anlage großer Befestigungen an der Ostgrenze weder militärtechnisch vor 1916 durchführbar, noch politisch ratsam und erreichbar. Allzu lange hatte man den Reichstag über den Ernst der Lage getäuscht und mit Halbheiten hingehalten; nachdem man sowohl 1911 wie 1912 versichert hatte, daß die damals geforderten halben Aufrüstungs-

maßnahmen genügen würden, hätte es das Vertrauen der Volksvertreter auf das Sachverständnis der Militärbehörden schwer erschüttern müssen, wenn man bereits 1913 alle früheren Rüstungspläne für gänzlich veraltet erklärte. Schließlich war das Kriegsministerium selbst überrascht, mit welcher Bewilligungsfreudigkeit der Reichstag trotzdem 1913 eine dritte Rüstungsvorlage aufnahm. Vor allem aber hatte es viel Bedenkliches, gerade in diesem Augenblick, da jedermann den Ausbruch der großen Krisis in allernächster Zeit erwarten mußte, eine so gewaltige Heeresvermehrung vorzunehmen. Bethmann Hollweg war jedenfalls der Meinung, daß ihre außenpolitische Wirkung verhängnisvoll sein müßte: sie würde den kriegslüsternden Elementen im Ausland erst vollends als Vorwand dienen, um den angeblichen Kriegswillen Deutschlands zu beweisen. Tatsächlich wurde schon die beschränktere Heeresvorlage von 1913 (immerhin die größte seit Begründung des Reiches!) von den Franzosen sofort übertrumpft durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit, bei restloser Ausnutzung der Wehrkraft aller Stände. Und da ein solches Übermaß von militärischer Anstrengung von den Franzosen unmöglich längere Zeit ertragen werden konnte, so wird man sagen müssen, daß das beschleunigte Tempo des Wettrüstens unmittelbar vor 1914 indirekt den Ausbruch des Krieges hat beschleunigen helfen.

Es wäre ein Leichtes, die Direktionslosigkeit und mangelnde Einheit der verschiedenen militärischen und politischen Instanzen, die allen diesen Versäumnissen zugrundeliegt, noch durch mancherlei weitere Einzelheiten aus dem Studium der militärischen Akten zu belegen. Man könnte etwa das seltsame Nebeneinander einer offiziellen politischen und einer halbselbständig danebenstehenden militärischen Diplomatie schildern, letztere besonders von den Marineattachés getragen, die oft genug gegen das Auswärtige Amt arbeiteten, oder man könnte von dem Nebeneinander der vielen militärischen Immediatstellen sprechen, die ohne inneren Zusammenhang und vielfach auch wieder gegeneinander wirkten: militärisches Hauptquartier des Kaisers, militärisches und Marinekabinett, Generalstab, Kriegsministerium, Reichsmarineamt, Admiralstab, Chef der Hochseeflotte usw. Auch die Einheitlichkeit der rein militärischen Kriegsführung ist dadurch bekanntlich sehr erschwert worden. Doch ich breche ab. Das Gesagte wird genügen, um die Frage zu beantworten, von der wir ausgingen: ob es organisatorische Mängel schon in der Friedensorganisation unseres Heerwesens und darüber hinaus in der Verfassung des bismarckischen Staates gegeben hat, die das völlige Auseinanderfallen von politischer und militärischer Kriegsführung im ersten Weltkrieg zu erklären vermögen.

Die Frage ist zu bejahen, und wer könnte diese kritische Feststellung anders als schmerzlich empfinden? Aber ohne rücksichtslose Selbstkritik vermögen wir nun einmal aus der Vergangenheit nichts zu lernen. Es wird ohnedies aus der Geschichte immer viel zu wenig gelernt. Und vielleicht hat diese geschichtliche Betrachtung doch zugleich noch etwas anderes gelehrt: ich hoffe, es wird anschaulich geworden sein, daß die hier erörterten Mängel politischer und militärischer Organisation ganz eng zusammenhängen mit der eigentümlichen Problematik des monarchisch-konstitutionellen Staatswesens, das 1918 zu Grabe ging, — daß hier die sachlichen Schwierigkeiten viel entscheidender waren als menschliches Versagen der einen oder anderen verantwortlichen Einzelpersönlichkeit. Damit werden wir aber enthoben der Anklage gegen einzelne Männer und hinaufgeführt auf eine Ebene historisch-politischer Betrachtung, die uns von nutzloser Erbitterung befreit.

II. DEUTSCHLAND UND ENGLAND

SOMERVILLE COLLEGE
LIBRARY

Adam Smith in Deutschland

Zum Problem des „Politischen Professors“ zwischen 1776 und 1810

Beginn und Ausdehnung der ersten Wirkungen von Adam Smiths „Untersuchungen über den Wohlstand der Nationen“ in Großbritannien selbst schienen lange Zeit einigermaßen geklärt. Ferguson hat bereits im Jahre 1767 in seiner „History of civil society“ darauf hingewiesen, daß „nächstens“ ein solches Werk von Smith erscheinen werde, welches „von nichts übertroffen sei, was jemals über irgendeinen Gegenstand irgendeiner Wissenschaft erschienen“ ist¹⁾. Kaum an die Öffentlichkeit gelangt, ist das Buch von berühmten Männern wie Hume und Johnson gepriesen worden. Spätestens im Jahre 1783 hat man sich im englischen Parlament zum ersten Male und von da ab immer häufiger auf Smith bezogen — Smith soll nach einer längeren Unterhaltung mit Pitt geäußert haben, dieser verstehe sein Buch ebensogut wie er selbst, und schließlich hat Pitt ihm auch 1790 in einer Parlamentsrede einen Nachruf voller Hochschätzung gewidmet. Gegen Ende des Jahrhunderts (1797) konnte im Unterhaus behauptet werden, Smith habe die lebende Generation überzeugt, die folgende werde er beherrschen.

Diese von Roscher zusammengestellten Erwähnungen²⁾ zeigen jedoch nicht mehr, als wie hoch eine Reihe von Männern der Wissenschaft und Politik Smith geschätzt haben — sie bedeuten wenig im Rahmen der Frage nach der Wirkung von Smiths Werk. Wendet man sich ihr zu, so kommt man zu erheblich anderen Ergebnissen³⁾. Wenn nämlich in der Zeit nach 1776, dem Erscheinungsjahr von A. Smiths Hauptwerk, „unter wechselnden Schlagworten Bewegungsfreiheit für die Durchsetzung von Unternehmerinteressen gefordert und gewährt wurde“, so kann das durchaus nicht einfach auf die Wirkung der „Untersuchungen“ zurückgeführt werden. Die Zeit, in der dieses Buch geschrieben wurde, enthielt in sich auf dem Kontinent wie in England und Schottland manche Ansätze zu

¹⁾ Ferguson, *The History of Civil Society*, Band III, London 1767, Kapitel IV.

²⁾ W. Roscher, *Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland*, Kapitel 25, Abschnitt 135.

³⁾ Carl Otto Heuser, *Der Einfluß von Adam Smith auf die Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsleben in England in den ersten 50 Jahren nach Erscheinen des „Wealth of Nations“*, Wirtschaftsw. Diss. Göttingen 1948 (Maschinenschrift).

neuen wirtschaftlichen Entwicklungen, die nicht über und durch Smith zur Verwirklichung gelangten, sondern nicht selten auch neben ihm und seinem Werk, wie ja die „Untersuchungen“ selbst nicht so sehr als originelle Schöpfung aus dem Genie von Adam Smith, sondern vielmehr als eine vorzügliche Zusammenfassung und Formulierung historisch gewachsener und an die Oberfläche dringender Forderungen und Auffassungen zu betrachten sind. Möglicherweise hat Smith in jener Zeit einen gewissen Einfluß auf die politische Meinungsbildung des englischen Bürgertums ausgeübt und „auf diese Weise vielleicht die Parlamentsreform beschleunigt“⁴⁾. Gewiß aber läßt sich an keinem politischen Ereignis und an keiner Maßnahme eines Staatsmannes nachweisen, daß Smith sie beeinflusst habe. Weder Pitts Finanzpolitik, noch der Edenvertrag von 1786, weder die Herstellung der Freizügigkeit durch Abänderung der Armen-gesetze, noch die Aufhebung der Kornzölle können mit direkten Einflüssen des Schotten in Verbindung gebracht werden.

Klafft so anscheinend bereits im Heimatlande des Autors eine merkliche Lücke zwischen wissenschaftlicher und selbst staatsmännischer Anerkennung und Wertschätzung auf der einen und politischem Einfluß auf der anderen Seite, so erscheint es nur natürlich, daß diese unübersichtlichen Fragen auf dem Kontinent, z. B. für Deutschland, trotz mancher Arbeiten noch ziemlich ungeklärt sind. Selbst über die Wege, auf denen das Gedankengut von Smith nach Deutschland, insbesondere nach Norddeutschland, gelangt ist, besteht durchaus noch keine Klarheit — von der Veränderung, Umformung und Anpassung an lokale und nationale Gegebenheiten, die es dabei erfahren hat, ganz zu schweigen.

Smiths Werk des Jahres 1776 ist in Deutschland zuerst in und über Göttingen bekannt geworden. Die Georg August-Universität dieser Stadt ist denn auch die erste gewesen, an der Smiths neue Lehre vertreten wurde. Ihre Geschichte⁵⁾ zeigt freilich, daß der gewissermaßen vorausgesetzte englische Einfluß auf sie zumindest in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Universität von Hannover und Göttingen selbst mehr angestrebt, als von London ausgeübt wurde. Die politischen Gegensätze beider Länder erwiesen sich, teils trotz, teils wegen der dynastischen Personalunion, stärker als der Wunsch nach wissenschaftlicher und kultureller Annäherung. Erst als nach dem Siebenjährigen Kriege Lichtenberg nach London kam, fand er dort Göttingen so bekannt und geachtet, daß er Heyne die Ab-

⁴⁾ Heuser, a. a. O., S. 251.

⁵⁾ Goetz v. Selle, Die Georg-August-Universität zu Göttingen 1737/1937, Göttingen 1937, S. 183 ff.

fassung einer englisch geschriebenen Werbebroschüre für britische Studenten empfahl. Die Beziehungen Lichtenbergs zu Georg III. und Garrick sind bekannt und waren nicht die einzigen, die Göttingen allmählich enger mit England verknüpften. Lichtenberg und andere begannen die nicht immer einfache „Zähmung“ englischer Studenten, die nun häufiger neben skandinavischen und russischen in Göttingen erschienen. Montesquieus Schriften verbreiteten Kenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in England. Und wenngleich es Georg III. nicht gelang, die Lehre der englischen Landwirtschaft, die soeben eine revolutionäre Modernisierung erfuhr, in Göttingen durchzusetzen, so waren doch bereits mit dem Versuch Ansätze in einer Richtung getan, die später Thaer zielbewußt und erfolgreich verfolgen sollte.

Das war der geistige Hintergrund, vor dem die erste deutsche Übersetzung von A. Smiths „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ in Göttingen gelesen wurde. Diese „Untersuchungen der Natur und Ursachen von Nationalreichthümern von Adam Smith“ waren von dem in London lebenden Deutschen J. F. Schiller, einem Vetter des Dichters, übersetzt worden; ihr erster Band erschien bereits 1776 in Leipzig, der zweite folgte 1778. Der erste Band wurde im März, April und August 1777 von dem Professor der Philosophie an der Universität Göttingen J. G. H. Feder in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“ ausführlich besprochen und im allgemeinen gelobt⁶⁾, zugleich Smiths positive Einstellung zu den Physiokraten der „Französischen Schule“ lobend hervorgehoben – ein nicht unwichtiger Punkt für die schnelle und glatte Rezeption der „Untersuchungen“: sie verloren einen Teil des „Revolutionären“, indem sie mit bereits vorhandenem Gedankengut in Verbindung gebracht werden konnten.

Die noch im gleichen Jahre 1777 in Nicolais „Allgemeiner Deutscher Bibliothek“ und in Isaak Iselins „Ephemerides der Menschheit“ abgedruckten Besprechungen seien hier nur erwähnt, um zu zeigen, wie fast gleichzeitig an mehreren Stellen die Aufmerksamkeit auf Smith und sein Werk gelenkt wurde.

Im Jahre 1793 erschien, wieder in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“, die Rezension der Hinzufügungen zur dritten Auflage von Smiths Werk. Sie stammte von Georg Sartorius⁷⁾. Ein Jahr später wurde die zweite

⁶⁾ Göttingische Gelehrte Anzeigen, 10. März 1777, 5. April 1777, 10. August 1777; Vgl. auch Alfred Nahrgang, Die Aufnahme der wirtschaftspolitischen Ideen von Adam Smith in Deutschland zu Beginn des XIX. Jahrhunderts. Wirtsch. und sozialwissensch. Diss., Frankfurt/Main 1933/34, S. 29.

⁷⁾ Göttingische Gelehrte Anzeigen, 19. Oktober 1793.

deutsche Übersetzung des „Wealth of Nations“ veröffentlicht: „Untersuchungen über die Natur und Ursachen des Nationalreichtums von Adam Smith. Aus dem Englischen der vierten Ausgabe neu übersetzt“ von Christian Garve. Auch sie wurde in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“ günstig besprochen⁸⁾. Garves Übersetzung wurde 1796 nachgedruckt, erfuhr 1799 eine zweite und 1810 eine dritte Auflage, wie übrigens auch in England nach dem Ausbruch der Französischen Revolution der Absatz erheblich stieg⁹⁾.

Zwischen den Jahren 1776 und 1794, zwischen der ersten und der zweiten deutschen Übersetzung also, soll, wie Roscher behauptet hat, außerhalb Göttingens A. Smith in Deutschland kaum erwähnt, geschweige denn seine Bedeutung für die nächste Zukunft erkannt worden sein¹⁰⁾. Daß Friedrich der Große ihn sowenig wahrgenommen hat wie z. B. Goethe¹¹⁾, ist bei der Neigung des Königs in seiner Spätzeit zu französischen und italienischen Glücksrittern nicht gerade verwunderlich. Joseph II. war bei allem Reformeifer und trotz seiner Verbindung mit Ostende im Grunde ein kontinentaleuropäischer Merkantilist. Doch selbst Karl Friedrich von Baden beharrte in den physiokratischen Bahnen der Tradition.

Inzwischen aber hatte Schillers Übersetzung eine Reihe von Lesern und Interessenten gefunden. Nicht nur, daß Garve selbst, der 1772 Ferguson und Burke und 1785 J. MacFarlan übersetzt hatte¹²⁾, Smith durch jene erste Übersetzung kennengelernt hatte, sondern Göttinger Professoren hatten das Werk des Schotten rezipiert und in ihre Vorlesungen aufgenommen. Chr. Gottl. Heyne, der 1781 Mitglied der Society of Antiquarians in London wurde, gab 1770 bis 1812 die „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“ heraus und hat also durch den Abdruck der verschiedenen Rezensionen von Smiths Werk Entscheidendes für dessen Bekanntwerden in den deutschen Gelehrtenkreisen geleistet¹³⁾. Feder, der erste Rezensent der „Untersuchungen“, hatte schon früher, im Jahre 1776, auf Smiths „Theory of Moral sentiments“ in seiner Arbeit „Über das moralische Gefühl“ hingewiesen¹⁴⁾. Sein Buch „Der neue Emil oder

⁸⁾ Göttingische Gelehrte Anzeigen, 29. Oktober 1794.

⁹⁾ Nahrgang, a. a. O., S. 31.

¹⁰⁾ Roscher, a. a. O.

¹¹⁾ Antonie Dantz, Goethe und die Wirtschaft, Phil. Diss. Münster 1935, S. 13.

¹²⁾ Allg. Dtsch. Biogr., Band 8, S. 385 ff.

¹³⁾ Nahrgang, a. a. O., S. 32 f.

¹⁴⁾ J. G. H. Feder, Über das moralische Gefühl, Leipzig 1776, im „Deutschen Museum“ 1776, 2. Stück, S. 115 f.; 3. Stück, S. 299 f.; 6. Stück, S. 501.

von der Erziehung nach bewährten Grundsätzen“ war von Rousseau, seine „Untersuchung über den menschlichen Willen“ von Lockes „Essay concerning human understanding“ abhängig¹⁵). Einige Jahre später hat er sich dann in seinen „Grundlehren zur Erkenntnis des menschlichen Willens und der natürlichen Gesetze des Rechtsverhaltens“, Göttingen 1782/89, geradezu auf Smith „gestützt“¹⁶). Er war bis 1797 Professor in Göttingen.

Neben Feder aber lebten und lehrten in Göttingen Professoren wie Pütter, Schlözer, Gatterer, Meiners, Beckmann und später Lueder. Pütter ist mit 22 Jahren nach Göttingen gekommen, hat 1747 ein juristisches Extraordinariat übernommen, ist 1753 Ordinarius geworden und 1807 in Göttingen gestorben. „Im Verlaufe der Zeit hat es kaum eine bedeutendere Regierungsstelle in den deutschen Landen gegeben, die nicht mit einem Schüler dieses Göttinger Professors besetzt gewesen wäre¹⁷).“ Zwar wird sich die Behauptung kaum aufrechterhalten lassen; aber die Tatsache, daß wenige Jahre vor Smiths Bekanntwerden in Göttingen zwei Drittel der Studenten der Georgia Augusta Juristen waren, die in erster Linie Pütter hören wollten, spricht deutlich genug für dessen starken Einfluß.

Gatterer las eine historische, Pütter eine juristische Enzyklopädie — Schlözer entwickelte bereits in seinen ersten Göttinger Jahren den Plan eines cursus politicus, einer Enzyklopädie der Politik, in der er Hunderte von Hörern lehrte, „politisch zu denken“¹⁸). Sein Bestreben war es, Wissenschaft und Politik einander näherzubringen: „Gelehrsamkeit und Regierung müssen miteinander vertraulich werden.“ Mit seinen Vorlesungen — er las viele Jahre hindurch Semester für Semester seine „Weltgeschichte“ als Hauptvorlesung und daneben seit 1772/73 „Statistik, Politik und neuere Staatengeschichte“ vor über 300 bzw. 100 Hörern, bei insgesamt 800 bis 900 Studenten¹⁹) — wie mit seinen „Staatsanzeigen“, deren Auflagenhöhe die Zahl 4000 erreichte, war er nicht allein einer der einflußreichsten Gelehrten seiner Zeit, zu dessen Füßen deutscher und ausländischer Adel saß, bevor er hohe Regierungsgämter übernahm, sondern ein „politischer Professor“ im wahrsten Sinne des Wortes.

Meiners war gewissermaßen Feders Schüler, genoß seit seiner Studien-

¹⁵) Hugo Graul, Das Eindringen der Smithschen Nationalökonomie in Deutschland und ihre Weiterbildung bis zu Hermann, Rechts- und staatswiss. Diss. Halle 1928, S. 32, Anmerkung.

¹⁶) Nahrgang, a. a. O., S. 33; Feder, a. a. O., S. 334—342.

¹⁷) v. Selle, Göttingen, a. a. O., S. 108.

¹⁸) v. Selle, Göttingen, a. a. O., S. 138 ff.

¹⁹) Wilhelm Treue, Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815—1825, Stuttgart 1937, Beiheft 31 der Vierteljahresschrift für Soz. und Wirtsch. Gesch., S. 141.

zeit (1767) dessen Unterstützung und blieb auch unter diesem Einfluß, nachdem er 1772 Professor geworden war²⁰⁾.

Beckmann war von Münchhausen nach Göttingen geholt worden, damit er dort die moderne englische Landwirtschaft vertrete. Thaer dürfte bei ihm studiert und die ersten englischen Anregungen erhalten haben, bevor Beckmann zu einer kritischeren Betrachtung der englischen Verhältnisse überging²¹⁾.

Thaer selbst muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, der zwar als Student Göttingen 1774 verlassen hatte, dessen Arbeit in Celle aber bald danach solchen Beifall fand, daß man daran dachte, ihn nach Göttingen zu holen²²⁾, und 1804, unmittelbar vor Thaers Übersiedlung nach Preußen, alles tat, um ihn in Hannover zu halten²³⁾.

Sartorius war Feders Schüler und Freund und der erste deutsche Autor, der in einem eigenen akademischen Werk Smiths Ideen vertrat. Im Vorwort zu seiner Hansegeschichte heißt es: „Der höchste und letzte Wert jeder Geschichte liegt in der Reflexion, welche sie veranlaßt.“ Seine Begeisterung für den Bastillesturm hatte ihn in den Verdacht des Jakobinerturns gebracht. Noch im Jahre 1796 mußte der Göttinger Prorektor beruhigend nach Hannover berichten, zwar lese Sartorius über die französische Verfassung, doch lobe er sie nicht²⁴⁾. Schon 1792 hatte er begonnen, im Anschluß an Smith über Wirtschaftspolitik für erste Semester zu lesen, 1793/94 hatte er in den „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“ Smiths Werk besprochen²⁵⁾. Im Jahre 1796 erschien sein „Handbuch der Staatswirtschaft zum Gebrauch bei akademischen Vorlesungen nach Adam Smiths Grundsätzen ausgearbeitet“, in dessen Vorrede der Verfasser „sich überzeugt (hielt), daß Smith die Wahrheit gefunden habe und erachte es für seine Pflicht, zur Verbreitung derselben das Seinige beizutragen“²⁶⁾. Roscher hat diese Schrift „nur einen Auszug aus Adam Smiths Werken“ genannt und darauf hingewiesen, daß die zweite, 1806 erschienene Auflage sich „noch enger an Smith anschloß“, dessen Ansichten, wie Sartorius schreibt, „auch wenn sie an sich irrig sein sollten, deutlich, kurz und treu“ dargestellt werden²⁷⁾. Seine Abweichungen von Smiths Auffassungen gab

²⁰⁾ Treue, a. a. O., S. 140 f.

²¹⁾ v. Selle, Göttingen, a. a. O., S. 149.

²²⁾ Walter Simons, Albrecht Thaer, Berlin 1929, S. 10.

²³⁾ Simons, a. a. O., S. 86 f.

²⁴⁾ v. Selle, Göttingen, a. a. O., S. 202 f.

²⁵⁾ Allg. Dtsch. Biograph., Band 6, S. 596, Sartorius, Handbuch, Einleitung, S. 44.

²⁶⁾ Vorrede, S. IV.

²⁷⁾ Roscher, a. a. O., Kapitel 25, Abschnitt 139; Graul, a. a. O., S. 55 ff.

Sartorius in einem besonderen Band „Abhandlungen . . .“ bekannt, hatte also im Laufe von rund 15 Jahren seine unkritisch rezipierende Stellungnahme modifiziert²⁸⁾.

August Ferdinand Lueder, der in Göttingen studiert hatte, ist zwar erst 1810, also am Ende der ersten Phase der Übernahme von Smiths Ideen vom Collegium Carolinum in Braunschweig als Professor nach Göttingen berufen worden, wo er bis 1814 gelesen hat. Aber er hat seit seinem volkswirtschaftlichen Hauptwerk „Über Nationalindustrie und Staatswirtschaft“ (drei Bände, 1800 bis 1804), das „völlig aus Smith geschöpft war“, eine „Paraphrase des Smithschen Systems“ geboten, die er „hauptsächlich durch Belege aus der Länder- und Völkerkunde zu bereichern“ trachtete²⁹⁾.

Diese mindestens für eine Reihe von Jahren in enger und engster Anlehnung an Smith lehrenden und schreibenden Göttinger Professoren haben also zwiefach, durch Wort und Schrift, Einfluß auf ihre Studenten, künftige Beamte und Staatsmänner, ausgeübt und sind so ganz bewußt zu politisch wirksamen Hochschullehrern, zu „politischen Professoren“ im eigentlichen Sinne geworden. Sie hatten sich bereits gelöst von jenem älteren Professorentyp, der für seine Landesregierung Diener des Staates erzog und auf Verlangen Gutachten vorlegte, und hatten, von Aufklärung, Französischer Revolution, von englischen Einflüssen, Rousseau, Montesquieu, Smith und Young beeinflusst und angeregt, begonnen, neue Ideen mit dem Ziel der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reform zu vertreten. Ob sie originell oder unselbständige Nachbeter von Smith und anderen ausländischen Autoren waren, spielt in diesem Zusammenhang so wenig eine Rolle wie die Frage, ob sie sich im Laufe der Zeit kritisch und selbständig von Smith distanziert und die deutschen Verhältnisse in ihrer Eigenart besser erkannt und berücksichtigt haben. Wichtig ist, daß durch ihren Mund und ihre Feder Smith über Göttingen in die deutsche „Führungsgeschichte“ eingedrungen ist. Bei ihnen haben Hardenberg, Stein, Kraus, Hufeland, Fulda, Thaer, Thünen und viele andere studiert und Anregungen für ihre politische Überzeugung, für ihr Lebenswerk bezogen. Denn auch vor 1776 herrschte an der Göttinger Universität bereits ein so fortschrittlicher Geist, daß der Student dort zur Offenheit gegenüber neuen Ideen erzogen wurde.

²⁸⁾ Carl Wilhelm Hasek, *The Introduction of Adam Smiths Doctrines into Germany*, New York 1925 (Phil. Diss. an der Columbia University), S. 72 ff.; *Nahrgang*, a. a. O., S. 36 f.

²⁹⁾ Roscher, a. a. O., Kapitel XXV, Abschnitt 140; *Allg. Dtsch. Biogr.* Band 19, S. 377; Hasek, a. a. O., S. 78 ff.; Gaul, a. a. O., S. 62 ff.; *Nahrgang*, a. a. O., S. 34 f.

Hardenberg³⁰⁾, der 1766 sechzehnjährig in Göttingen studierte und besonders Pütter schätzte, hat 1807 in seiner Rigaischen Denkschrift ein kaum zu überbietendes Bekenntnis zum Smithianismus und Laissez-faire abgelegt und dabei auf Formulierungen zurückgegriffen, die ihm auch schon 1792 durchaus geläufig gewesen waren³¹⁾. „Das natürliche, vernünftige, unhistorische System Adam Smiths entsprach Hardenbergs aufgeklärtem Geiste³²⁾.“

Der spätere preußische Finanzminister und Minister für Handel und Gewerbe von Bülow studierte 1790 in Göttingen, trat dann in den Hanoverschen Staatsdienst, ging von dort nach Preußen und versuchte als ein „einsichtsvoller Fürsprecher des Freihandels und möglichst niedriger Eingangssteuern“ 1817 für seinen Zollplan sogar die Tagespresse freihändlerisch zu beeinflussen, wovon er nur nach Hardenbergs ungewöhnlich scharfer Betonung der Regierungsneutralität abließ³³⁾.

Stein hat zwar von 1773 bis Ostern 1777 in Göttingen studiert, scheint jedoch in seinem letzten Semester noch nicht Smiths Werk kennengelernt zu haben. Immerhin ist die Reihe der neueren französischen und englischen Werke im Sinne der Reform, die er während der 3 Jahre in Göttingen gelesen hat — Voltaire, Rousseau, Locke, Pütter, Ferguson, Steward neben verschiedenen Werken über Wirtschaft und Finanzen Englands —, bemerkenswert³⁴⁾. Auf diesen Anregungen aus Lektüre und Hörsaal konnte Stein seine späteren Studien aufbauen. Seine Bibliothek³⁵⁾ zeigt in Lesespuren, Anstreichungen und Randnotizen besonders aus den drei Leseperioden der Studien- und Beamtenzeit in Göttingen bzw. Westfalen, aus den Jahren 1809 bis 1812 und aus dem letzten Zeitraum nach der Rückkehr aus dem Befreiungskriege, daß er Gatterer und Pütter genau kannte, Burkes „Reflections . . .“ seit 1791/92 mit stärkster Teilnahme gelesen hat, Neckers, Calonnes, Rehbergs und Brandes' Werke besaß, Turgot schätzte, zu Möser sich hingezogen fühlte, Eggers' Buch über Dänische Finanzen und Domänenbauern-Befreiung als vorbildlich bezeichnete — es wird auf Eggers' Bedeutung noch einzugehen sein —, kein Buch aber eifriger „be-

³⁰⁾ Treue, a. a. O., S. 122.

³¹⁾ Fritz Hartung, Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach/Bayreuth 1792—1806, Tübingen 1906, S. 217.

³²⁾ Hartung, a. a. O., S. 218; Vgl. auch S. 283.

³³⁾ Treue, a. a. O., S. 125.

³⁴⁾ G. v. Selle, Stein und Hardenberg als Göttinger Studenten, Nachrichten von der Grätzel-Gesellschaft zu Göttingen, 2. Heft 1927, S. 47 ff.

³⁵⁾ Erich Botzenhart, Die Bibliothek des Frh. v. Stein, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1930, S. 331 ff., bes. 352 ff.

nutzt“ hat als Smiths „Wealth of Nations“, das Spuren von zwei- oder dreimaligem Lesen aufweist. Roscher hielt es noch für das richtigste, Steins volkswirtschaftliche Ansichten dahin zu charakterisieren, „daß man als Regel seine Übereinstimmung mit Adam Smith voraussetzt und nur die Abweichungen von dieser Regel besonders hervorhebt“³⁶⁾. Wir wissen heute, daß Steins nationalökonomische Auffassungen so einfach und einseitig nicht charakterisiert werden können. Ohne Zweifel aber hat Smith in Steins Wirtschaftsdenken eine zentrale Position eingenommen. Botzenhart hat Steins Verhältnis zu Smith in Annahme und Ablehnung eingehend untersucht und als das „Kernproblem für die Beurteilung seiner Wirtschaftsideen“ bezeichnet³⁷⁾. Daß Stein andere, z. B. den Staatsrat Kunth, auf Irrtümer bei Smith hingewiesen hat³⁸⁾, beweist doch nicht nur die Selbständigkeit des preußischen Staatsmannes gegenüber dem schottischen Gelehrten, sondern zugleich auch, wie lebhaft und gründlich in den Berliner Beamtenkreisen um jene Zeit Smith gelesen und diskutiert wurde.

Vincke³⁹⁾ hat 1792 bis 1795 in Marburg, Erlangen und Göttingen gemeinsam mit Motz studiert und 1797 auf einer Reise Schön kennengelernt, der im Vorjahre Deutschland bereist hatte und Professor Jakob in Halle begegnet war; er hat 1800 sieben und 1806 vier Monate lang England, 1802 Spanien bereist und die Relativität der Smithschen Lehren sowie die Unterschiede in der Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft von England und Preußen deutlich erkannt. Aber trotz späterer Einschränkung seiner Verehrung bis zum skeptischen Enthusiasmus hat ihn der von ihm selbst „göttlich“ genannte Schotte nie mehr losgelassen.

Sack⁴⁰⁾ hat 1782 bis 1785 in Halle und Göttingen, Motz⁴¹⁾ zwar seit

³⁶⁾ Roscher, a. a. O., Kapitel XXVIII, Abschnitt 155; Roscher, Die Nationalökonomik des Ministers vom Stein, Deutsche Vierteljahrschrift 1866, S. 82.

³⁷⁾ Botzenhart a. a. O., S. 367. Herr Prof. Botzenhart hat mir liebenswürdigerweise aus der Bibliothek in Capenberg Steins Exemplar von Smiths „Wealth of Nations“ 4. Auflage 1791 zur Durchsicht überlassen. Zu den verhältnismäßig wenigen darin zwei- und dreifach angestrichenen Stellen gehören bezeichnenderweise im 1. Bande: „It appears, accordingly, from the experiences of all ages and nations, I believe, that the work done by freemen comes cheaper in the end than that performed by slaves“ (p. 123); the property which every man has in his own labor, as it is the original foundation of all other property, so it is the most sacred and inviolably“ (p. 188); im 4. Bd.: „In the progress of despotism the authority of the executive power gradually absorbes that of every power in the state, and assumes to itself the management of every branch of revenue which is destined for any public purpose“ (p. 11).

³⁸⁾ Gebr. Goldschmidt, Das Leben des Staatsrat Kunth, Berlin 1888, S. 120 ff.

³⁹⁾ Treue, a. a. O., S. 128.

⁴⁰⁾ Treue, a. a. O., S. 127.

⁴¹⁾ Treue, a. a. O., S. 137.

1792 sieben Semester Jura in Marburg studiert, geniet aber dort bei Erxleben, K. W. Robert und G. F. Karl unter den Einfluß von „drei Juristen, die stark von Pütter beeinflusst waren“. Im Jahre 1802 wies ihn einer seiner Berichte deutlich als von Smith beeinflusst aus.

Isaak Iselin, der 1747 in Göttingen studiert hatte, hat durch die Rezension von Smiths Werk in seinen „Ephemeriden der Menschheit“ den Schotten in der Schweiz bekanntgemacht⁴²⁾. Friedrich Carl Fulda war, von der Karlsschule kommend, 1794 bis 1797 Student in Göttingen und danach 4 Jahrzehnte bis 1837 Professor der Kameralwissenschaft in Tübingen, wo er eklektizistisch bemüht war, zwischen Merkantilisten, Physiokraten und Smith zu vermitteln, dabei aber, häufig Lueder folgend, immer wieder Smith kennen lehrte⁴³⁾. Und schließlich muß vor Thünen, der 1803/04 in Göttingen studiert und später Smith und Thaer als seine Lehrer bezeichnet hat, noch einmal Thaer selbst (1770 bis 1774 Student in Göttingen) genannt werden, der seit 1798 als Autor, seit 1804 in Möglin, vor allem aber 1810 bis 1819 als Professor an der neuen Berliner Universität auf seinem Spezialgebiet den Geist von Young und Smith vertrat, wie es Kraus, der 1780 in Göttingen studiert hat, seit 1781 in Königsberg tat.

Diese Auswahl von prominenten ehemaligen Göttinger Studenten, die später vom Katheder oder in Regierungsstellen Smith gelehrt bzw. vertreten haben, möge hier als pars pro toto einer großen Zahl von Männern stehen, die von dieser jungen, kaum traditionsbelasteten, mit England in allmählich breit und regelmäßig gewordenem Austausch stehenden Universität her Smiths Ideen nach Hannover, nach Westdeutschland überhaupt, nicht zuletzt aber in den führenden deutschen Staat Preußen eintrugen.

Der westlichen stand auch eine östliche Einfallspforte für den Smithschen Geist gegenüber: Königsberg. Schuf die Universität Göttingen sich allmählich akademische Verbindungen nach England, so besaß die Stadt Königsberg, als „The Wealth of Nations“ erschien, seit langer Zeit enge kaufmännisch-wirtschaftliche Beziehungen zum Inselreich, welche die Beschäftigung mit neuen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ideen nahelegten und förderten. Ostpreußen gehörte zu den weiten nordostdeutschen, polnischen, baltischen und russischen Gebieten, die Großbritannien und Teile des westlichen Kontinents mit Getreide versorgten. Die Pregelstadt aber war die Mittlerin für Manufaktur- und Kolonialwaren Londons und Amsterdams einerseits, für das Getreide des Weichselraumes andererseits

⁴²⁾ Graul, a. a. O., S. 35.

⁴³⁾ Graul, a. a. O., S. 35, 40 ff.

— ein Hafen, der durch seine Bestimmung so sehr dem Freihandel zu-
neigen mußte, wie die großgrundbesitzende Bevölkerung seines Hinter-
landes es tat. So kam es denn, daß die Universität, inmitten von englischem
Kaufmannseinfluß, städtischem Händler- und Reedergeist und grund-
adeligem Wirtschaftsliberalismus lebend, Smith durch ihre innerste Natur
zufallen mußte — ihm und dem Göttinger Vorbild. Denn daß es ein solches
beneidetes Vorbild gab, steht außer Zweifel⁴⁴⁾.

Die Werke der angeseheneren Gelehrten Göttingens waren in Königs-
berg nicht nur, wie natürlich, bekannt, sondern wurden nachweislich als
Grundlage für Vorlesungen benutzt. Daß Kant sich für seine Kollegien der
Werke Göttinger Philosophen bediente, steht fest. Spittler und Pütter —
um nur die im Rahmen dieser Studie wichtigeren zu erwähnen — wurden
in Königsberg studiert. Der dortige Historiker Mangelsdorff las deutsche
und europäische Geschichte nach Heeren und Pütter; Kraus lehrte alte
Geschichte nach Schlözer. Der Kriegsrat Scheffner, ein enger Freund von
Kraus, bestellte sich 1796 sofort nach Erscheinen eiligst Sartorius' „Hand-
buch“⁴⁵⁾. Die 1791 vom Buchhändler Nicolovius herausgegebenen
„Königsberger Gelehrten Anzeigen“ waren den Göttingischen nachge-
schaffen. „Es ging durch diese Jahre eine große Sehnsucht nach dem
glückhaften Göttingen — aber schließlich beruhigte man sich zunächst
damit, daß man doch besser war als die von Dillingen, Duisburg oder
Altdorf“⁴⁶⁾.

In dieser durch die Wirtschaft zum Liberalismus, durch die Universität
zum Göttinger Geist neigenden Stadt lebte der 1753 geborene Christian
Jakob Kraus⁴⁷⁾ — selbst ein ehemaliger Göttinger Student, der bekannteste
Vertreter des Geistes von Smith in Preußen, ja, in ganz Deutschland bis
zu seinem Tode im Jahre 1807.

Von dem 24jährigen Kraus ließ der Buchhändler Kanter in Königsberg
für seinen Verlag Arthur Youngs „Politische Arithmetik“ übersetzen. In

⁴⁴⁾ v. Selle, Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., Königsberg 1944, S. 177.

⁴⁵⁾ Johannes Voigt, Das Leben des Professors Chr. J. Kraus, Königsberg 1819, S. 386 (Hauptquelle für biograph. Angaben).

⁴⁶⁾ G. v. Selle, Königsberg, a. a. O., S. 179.

⁴⁷⁾ J. Voigt, a. a. O.; Erich Kühne, Der Staatswirtschaftslehrer Chr. Jakob Kraus und seine Beziehungen zu Adam Smith, in Alt-Preussische Monatsschrift XXXIX und XL (1902 und 1903), S. 325 ff. bzw. S. 1 ff. Ergänzend zu dieser sehr kritischen Beurteilung von Kraus vgl. Dora Fabian, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft in ihren Beziehungen zueinander, Diss. Gießen 1924; Fritz Milkowski, Die Bedeutung von Chr. J. Kraus für die Geschichte der Volkswirtschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch 1926, S. 921 ff. und Graul a. a. O., S. 71 ff.; Hasek a. a. O., S. 84 ff.

der Keyserlingschen Familie wurde Kraus danach als Hauslehrer von der Mentalität des führenden Adels berührt und angesprochen, lernte er — wie seit 1774 in Umgang und Korrespondenz mit Auerswald — zugleich die wissenschaftliche und die ländliche Gesellschaft und manches landwirtschaftliche Problem kennen. Im Jahre 1779 zog er nach Göttingen, um seine Ausbildung zu vervollkommen, und fand dort bald Anschluß an Heyne und Schlözer. Daß er Smith an der Georgia Augusta kennengelernt habe, ist nicht nachgewiesen, sollte aber in jenen Jahren kaum vermeidbar gewesen sein: eine spürbare Wirkung ist jedenfalls nicht zu beobachten. Obendrein lagen ihm Geschichte und Philologie zunächst näher am Herzen — aber auch schon das Interesse für die englischen Philosophen, bei denen er vorbildliche Gründlichkeit, Gedankenfülle und Eleganz des Stiles zu finden meinte, wie er fortan überhaupt die englischen Schriftsteller besonders hoch schätzte. Unter den Franzosen bevorzugte er Montaigne, Rousseau und Montesquieu — auch dort also die fortschrittlichen und eher revolutionären als stationären Autoren. Aus Göttingen wurde er als Professor nach Königsberg berufen, wo er nun Kants Kollege und lange Zeit auch dessen Freund war. Durchaus nicht von Anfang an beschäftigte er sich mit wirtschaftspolitischen und -theoretischen Fragen. Kannte er Smith bereits, so muß ihm also dessen Bedeutung für Gegenwart und Zukunft zunächst entweder verborgen oder gleichgültig geblieben sein. Im Jahre 1781 las er u. a. über Politik, später traten allgemeine Enzyklopädie und Statistik, erst seit 1791 die Kameralwissenschaften hinzu. Diese Ausdehnung seines Vorlesungsbereiches muß wohl wirklich bei dem langsam und schwerfällig arbeitenden, physisch schwachen Mann, der sich mit der Vorbereitung seiner vielen Vorlesungen große Mühe auflud, eher einer Verbreiterung als einer Wendung seiner Interessen entsprochen haben. Langsam fügte sich eine Vorlesungsreihe an die andere, und erst in den neunziger Jahren ist dabei eine Verschiebung seiner Vorliebe zur Wirtschaftstheorie zu bemerken und damit der Eintritt in das Stadium des politischen Professors.

Als Kraus, vermutlich 1790, begann, sich dem Studium der Staatswissenschaften zuzuwenden, geschah es zunächst, um Wissenslücken zu schließen, die er seit der Übersetzungsarbeit an Youngs Werk empfunden hatte. Zur gleichen Zeit aber hielt sich 1791 der Geheime Finanzrat Struensee längere Zeit in Königsberg auf: dieser wies ihn endgültig auf das Studium der Finanz- und Staatswissenschaft hin. Liegt hier also zunächst nur eine indirekte, unausgesprochene Wendung zu Smiths Bereich vor — ganz anders als bei den Göttinger Kollegen —, so traten zugleich aus der

ländlichen Umgebung die möglicherweise durch die französischen Bodenreformen heller beleuchteten Probleme im Rahmen der Leibeigenschaft in Kraus' Arbeitsbereich: Struensee, 1789 und ostpreußische Erbuntertänigkeit lenkten also gemeinschaftlich den Gelehrten auf den Weg, der ihn zur Erkenntnis der Bedeutung der „richtigen“ Lehre der Nationalökonomie für Staat und Gesellschaft und zur Beschäftigung mit Smith — den er, wie Kühne aus Schöns Kollegheften nachgewiesen hat, seit 1788, wenn nicht bereits zwei Jahre länger, oberflächlich kannte⁴⁸⁾ —, schließlich 1791 zum entscheidenden Zusammenschluß beider Bereiche führte — genau zu der Zeit also, da Schön 16jährig in den Königsberger Kreis liberal und oppositionell gesinnter Menschen eintrat. Noch immer war Kraus, als er 1794 erstmals über Landwirtschaft und Gewerbekunde las, kaum mehr als ein politisch interessierter und im Rahmen seiner Universitätsarbeit politisch aufklärender Professor. Als aber der Oberpräsident von Schrötter, der die Fachbildung seiner Kameraloffizianten verbessern wollte, ihn 1794/95 aufforderte, einen Plan für das moderne Studium der Kameralwissenschaften in Königsberg auszuarbeiten, und Kraus diesem Wunsch entsprach, da wurde er zum echten politischen Professor, der, wie selten ein anderer seiner Kollegen, tief in das Schicksal des preußischen Staates eingegriffen hat. Und nun tauchte plötzlich auch der Name Adam Smiths wieder und wieder auf, dessen Werk er als seine „Hauptquelle“ bezeichnete und seit 1795 ständig seinen Vorlesungen über Staatswirtschaft und Finanzwissenschaft zugrunde legte, während er seine übrigen Kollegs mehr und mehr einschränkte.

Zwei Wirkungskreise zur Verbreitung Smithianischer Ideen lagen nun also offen vor ihm: in seinen Vorlesungen saßen viele Mitglieder der preußischen Aristokratie, deren Überschwanken vom „vornehmen“ Rechtsstudium zu dem der Kameralwissenschaft allgemein auffiel, so daß man geneigt war, von einem Modestudium zu sprechen, und Kraus sich über „so viele Grafen“ in seinem Kolleg wunderte. Als er 1797 seinen Auszug aus Smith druckreif machen wollte, konnte er mit Genugtuung feststellen, „daß ein so lehrreicher Kursus von sogenannten Kameralwissenschaften in ganz Deutschland nicht gelehrt worden sei, als hier seit Jahr und Tag“. So blieb es fortan durch das letzte Lebensjahrzehnt — in diesem Rahmen entstanden auch die Aufsätze der Jahre 1800, 1801, 1802, 1805 und 1806, die deutlich im Stile eines beratenden Wirtschaftswissenschaftlers geschrieben sind.

⁴⁸⁾ Kühne, a. a. O., Band XL (1903), S. 35.

Bildeten Vorlesungen und — in engerem Rahmen — Aufsätze für Kraus und durch ihn für Smith den einen Einflußbereich, dessen Umfang und Bedeutung sich bei der Diskussion der Frage der Bauernbefreiung und des Domänenbesitzes in Ostpreußen wieder und wieder zeigen sollte, gewissermaßen den Bereich des direkten menschlichen Einflusses, so gab es daneben seit 1794/95 den institutionell-politischen Bereich⁴⁹⁾. Der Oberkonsistorialrat Gedicke hatte 1789 dem preußischen König als „Universitätsbereiser“ nach seinen Besuchen bei 13 deutschen Universitäten einen Bericht über die Vertretung der Kameralwissenschaften an 8 dieser Hochschulen vorgelegt⁵⁰⁾, der eine gewisse Reformbereitschaft als Grundlage hatte und seinerseits förderte. Als 1794 Kraus vom Generaldirektorium zu einem Gutachten über das Studium der Kameralwissenschaften aufgefordert wurde, lag also Gedickes Bericht vor — und außerdem ein Gutachten des Hallensers Jakob, dem Kraus gewissermaßen als Gegengutachter antworten sollte. Im Jahr 1794 wog Kraus' Urteil noch so leicht, daß sein Vorschlag, öffentliche Vorlesungen über Kameralwissenschaften in Königsberg einzurichten, nicht akzeptiert wurde. In den folgenden Jahren stellte Kraus' Jugendfreund von Auerswald, der inzwischen Universitätskurator geworden war, nähere Beziehungen zum Oberpräsidenten und (seit 1795) Provinzialminister von Schrötter her. Noch im Sommer 1795 regte Schrötter, der außerdem Oberkurator der Königlich Bauakademie, Ehrenmitglied der Akademie der Künste und der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft, seit 1795 auch Protektor der Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft in Königsberg war, also weithin Einfluß ausübte, Kraus zu einem Plan an, „nach welchem das Studium der sogenannten Kameralwissenschaften“ in Königsberg „in Gang gesetzt werden könnte“. Er beabsichtigte dabei, wie Kraus seinem Freunde Auerswald mitteilte, „daß der Unwissenheit der Cameraloffizianten und eben damit zugleich dem Überlauf von seiten der jungen Leute, die sich zu stark zur Cammer drängen, gesteuert werde“.

Schrötters Interesse am Bildungsstand des Beamtentums der Provinz und sein schnell bekanntwerdendes Vertrauen zu Kraus hat alsbald neben den üblichen Studenten „gereifte und angesehene Beamte“ in Kraus' Vorlesungen getrieben und mehrere Mitglieder des ostpreußischen Adels angeregt, sich mit Kraus und dessen Lehren vertraut zu machen. Schön, der

⁴⁹⁾ Zu ihm Heinrich Muth, Preußische Kameralstudienpläne um 1800, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum IV. Band 1943, S. 245 ff., hier S. 255 ff, 294 ff.

⁵⁰⁾ Fester, Der „Universitätsbereiser“ Friedrich Gedicke und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II, Berlin 1905.

schon beim Aufnahmeexamen an der Universität mit Kraus und Kant bekanntgeworden, fortan mit seiner Arbeit Kraus' Rat gefolgt und 1793 in der Loge Schrötter begegnet war, empfahl sich nach Abschluß seiner Studien anläßlich seiner Meldung beim Oberpräsidenten von Schrötter, als er an der Königsberger Kammer angestellt werden wollte, mit der Bemerkung, er habe Smith, Young und Büsch gelesen⁵¹⁾. Vollends, als dann im August 1800 Schrötter anordnete, „daß in Ostpreußen niemand in den Verwaltungsdienst eingestellt werden dürfe, der nicht den Nachweis über den erfolgreichen Besuch der Vorlesungen von Kraus erbringen konnte“⁵²⁾, bedeutete dies, daß nun pflichtgemäß der Beamtennachwuchs und damit die nächste Beamtengeneration in der Provinz Ostpreußen, die sich bald als Zentralprovinz der Monarchie empfinden sollte, unter den entscheidenden Einfluß von Smith-Kraus geriet.

Das Generaldirektorium hat schließlich sogar den von Kraus entworfenen Studienplan für alle Landesuniversitäten verbindlich machen wollen. Das ist zwar nicht gelungen; aber in Königsberg blieb bis 1807 Kraus „ein Lehrer seiner Provinz“⁵³⁾ — der ostpreußische Landtag von 1798 zeigt deutlich stärkste Anregungen durch Smith-Kraus-Schrötter⁵⁴⁾ — und in der Gesamtmonarchie bestand Kraus' Einfluß unverkennbar vor dem von Jakob und anderen in den Ministerien, an den Universitäten, bei den Studenten und schließlich gleichfalls in der neuen Beamtengeneration. Auf Auerswalds Ölportrait, das noch um 1900 im Staatsarchiv in Königsberg hing, stützte dieser sich auf ein aufrechtstehendes Buch, dessen Rücken die deutlich zu lesende Aufschrift: „Kraus Staatswirtschaft“ trug — ein Freundschaftsbekanntnis und mehr auf einem offiziellen Bildnis⁵⁵⁾.

Kraus blieb wegen seiner Gesinnung und seines monopolartigen Einflusses nicht unangefindet, konnte sich aber bis zu seinem Tode behaupten und mehrere Grafen Dohna, den Englandkenner von Schön, in gewisser

⁵¹⁾ Th. v. Schön, Aus den Papieren Th. v. Schöns, Halle 1875, S. 7; Gustav Hasse, Th. v. Schön und die Steinsche Wirtschaftsreform, Diss. Leipzig 1915, S. 12, 15, 22; auch Treue, a. a. O., S. 128 ff.

⁵²⁾ Muth, a. a. O., S. 294, dem der eigenhändige Bericht von Kraus im Preuß. Geh. Staatsarchiv in Berlin vorgelegen hat; vgl. auch Auerswalds gleichlautende Bemerkung in dem „Vorbericht“ der von ihm herausgegebenen „Staatswirtschaft“ von Kraus, Königsberg 1808, S. III f.; Walter Kuhrke, Kant und seine Umgebung, Königsberg 1924, S. 48; Gottlieb Krause, Der preußische Provinzialminister Frh. v. Schrötter und sein Anteil an der Steinschen Reformgesetzgebung, Teil I (Beilage zum Programm des Kneiphöfischen Städt. Gymnasium, Ostern 1898), Königsberg 1898, S. 14.

⁵³⁾ Robert Stein, Die Umwandlung der Agrar-Verfassung Ostpreußens, II. Band, Königsberg 1933, im Kapitel „Ostpreußen und Jakob Kraus“, S. 77.

⁵⁴⁾ Hermann Eicke, Der ostpreußische Landtag von 1798, Phil. Diss., Göttingen 1910.

⁵⁵⁾ Angabe bei Krause a. a. O., S. 15, Note 3.

Weise auch dessen Schwiegervater H. J. von Auerswald und viele andere, die zu einflußreichen Staatsstellungen aufstiegen, politisch erziehen und veranlassen, seine Reformideen, und d. h. weithin die von Smith, in die Praxis zu übersetzen. Als z. B. 1802 die Frage der Aufhebung der Erbuntertänigkeit wiederaufgegriffen wurde, schrieb Kraus ein Gutachten „über die Aufhebung der Privatuntertänigkeit in Ost- und Westpreußen“, in dem er die Aufhebung empfahl, und sandte es Auerswald. Dieser benutzte es, möglicherweise nach Verabredung mit Kraus, stark bei der Niederschrift einer Broschüre, die am 1. Januar 1803 von der Königsberger Zensurbehörde genehmigt, bald danach aber auf Drängen der Adelspartei unterdrückt wurde. Ebenso lagen Aufzeichnungen von Kraus einer von Auerswald am 12. August 1802 dem Kabinettsrat Beyme übergebenen Denkschrift zugrunde⁵⁶⁾.

Der Göttinger Einfluß mag von einer breiteren Basis ausgegangen sein — der des einen Kraus dürfte eine ausgedehntere und tiefere Wirkung ausgeübt haben. Als nach Kraus' Tod seine Schriften von seinem Freunde H. von Auerswald seit 1808 herausgegeben wurden, könnte der Mitherausgeber des 5. Bandes mit vollem Recht in der Einleitung schreiben: „Er hat nachdrücklicher als irgendein Kathederlehrer in das bürgerliche Leben eingegriffen. Zufällig ist gewiß nicht das Zusammentreffen der neuesten wichtigen, von der vaterländischen Provinz des Verfassers ausgegangenen staatswirtschaftlichen Reformen mit dem Eifer, womit Kraus viele Jahre in öffentlichen Vorlesungen, die wirksamer sind als Bücher, auf diese Reformen gedungen hat.“⁵⁷⁾

Es ist hier überflüssig, die Frage der Originalität von Kraus zu behandeln. Nicht sein Format, nicht seine Unabhängigkeit, noch seine Fähigkeit, selbständig zu denken und dabei zu neuen Ergebnissen zu kommen, noch seine Qualität als Universitätslehrer und Schriftsteller stehen zur Diskussion, sondern allein seine Bedeutung beim Aufnehmen und bei der Verbreitung der Gedanken von Smith. Und da hat Kraus sich eindeutig und häufig genug als Schüler und Interpret des Schotten bekannt, um jeden Zweifel auszuschließen. Kraus hat Smith mit Galilei, seine Ideen mit der Kopernikanischen und Newtonschen Astronomie verglichen⁵⁸⁾. Er hat schließlich in einem Briefe, den sein Biograph zitiert⁵⁹⁾, erklärt: „Gewiß hat seit den Tagen des Neuen Testaments keine Schrift wohlthätigere Folgen

⁵⁶⁾ Krause, a. a. O., S. 41 f.

⁵⁷⁾ Staatswiss. Schriften, Band V, S. VI f.

⁵⁸⁾ Verm. Schriften, Band II, S. 102.

⁵⁹⁾ Voigt, a. a. O., S. 373.

gehabt, als diese (*The Wealth of Nations*) haben wird, wenn sie erst in aller Köpfe, die mit Staatswirtschaftssachen zu tun haben, mehr verbreitet und tiefer eingedrungen sein wird.“

Kraus hat das nicht nur in bezug auf die in Smiths Werk zum Ausdruck gebrachte allgemeine Haltung gemeint, sondern sich den einzelnen Begriffen und Definitionen von Smith eng angeschlossen: Die ersten vier Bände seiner eigenen „Staatswirtschaft“ sind nichts anderes als eine freie Übersetzung von „*The Wealth of Nations*“.

Und endlich hat Kraus noch ein weiteres Verdienst: Wie keinem anderen ist es ihm in Königsberg, wahrscheinlich mit Hilfe des Buchhändlers Kanter, gelungen, die modernste in- und ausländische Literatur zu beschaffen und seine Hörer auf diese neuen fortschrittlichen Bücher nachdrücklich hinzuweisen. Er war nicht nur ein Übersetzer und Ausleger von Adam Smith und einflußreich bei der Neufassung des Studiums der Kameralwissenschaften — durch ihn drang auch die westeuropäische Reform- und Revolutionsliteratur über Königsberg in die Provinz und — durch die Studenten — in die Monarchie. „Aufmerksam verfolgt er die Zeitgeschichte, knüpft an sie in den Vorlesungen an und erweitert so den Horizont seiner Hörer . . . man kann wohl sagen, daß den meisten, wenn nicht allen seinen ostpreußischen Zuhörern die Namen der zahllosen deutschen, englischen und französischen Schriftsteller, auf die Kraus sich berief, völlig unbekannt waren.“⁶⁰⁾ Auf diese Weise vermittelte er seinen Studenten und Freunden eine für jene Zeit ganz ungewöhnliche Kenntnis der Literatur und der geistigen Entwicklung Westeuropas. „Sicherlich“, schreibt Kühne, „hat er nach dieser Richtung mehr Verdienste erworben als irgendeiner seiner Kollegen in Königsberg“. Es sei vorläufig nur erwähnt, daß er auf diese Weise auch mit dem bereits in Steins Bibliothek angetroffenen Eggers bekannt wurde und dessen Werk seinen Hörern empfahl⁶¹⁾ — ein zweiter Weg, auf dem Smiths Ideen in Eggers' Gedankenform nach Deutschland gelangten.

Vergleicht man über diese Anregungen hinaus politische Tatsachen, nämlich die wichtigsten Edikte der preußischen Reformzeit mit Kraus' Vorschlägen und Forderungen, die er immer wieder in Schriften, Briefen, Kollegs und Unterhaltungen erhoben hat, so zeigt sich, daß diese „in der Tat so ziemlich alles enthalten, was Kraus angestrebt hatte“⁶²⁾. Die Veräußerung der Domänen (1808), die Umwandlung der Immediat-

⁶⁰⁾ Kühne, a. a. O., Band 40/1903, S. 54.

⁶¹⁾ Kühne, a. a. O., Band 40/1903, S. 39.

⁶²⁾ Kühne, a. a. O., Band 39/1902, S. 367.

Einsassen auf den Domänen in Eigentümer (1808), die Regelung des Vor- und Aufkaufs (1810), die Aufhebung des Mühlenzwanges (1808) und die des Zunftzwanges (1808), vor allem aber das Edikt, „den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die Aufhebung der Gutsuntertänigkeit betreffend“, vom 9. Oktober 1807 sind in dieser Beziehung eindeutige Beweise. Gewiß kann Kraus nicht „Vater“ eines oder aller dieser Edikte genannt werden. Aber zur Schaffung der geistigen Grundlagen, auf denen jene Reformmaßnahmen sich erheben konnten, hat er im Sinne von Smith Bedeutendes beigetragen. „In Männern, die mir ihre Bildung verdanken, wünsche ich fortzuleben, nicht in toten Büchern“, hat Kraus einmal gesagt⁶³). Mit einem gewissen berechtigten Pathos hat daher einer dieser Männer, von Auerswald, im 5. Bande der Schriften von Kraus jene preußischen Reformedikte gewissermaßen als die Höhe des Lebens seines Freundes und als ein Vermächtnis abgedruckt. Hat doch Pertz ausdrücklich darauf hingewiesen⁶⁴), daß sowohl die Immediatkommission wie der ostpreußische Provinzialminister von Schrötter bei ihren Reformvorschlägen an den König im wesentlichen von den Grundsätzen ausgegangen sind, die Kraus Jahr um Jahr in Königsberg vertreten und seinen Hörern mitgegeben hatte.

Die Universität Halle, an der bis 1806 ein erheblicher Teil der märkischen Jugend zu studieren pflegte, hatte für das hier behandelte Thema einige, jedoch weit geringere Bedeutung als Göttingen und Königsberg. In Halle war 1745 auf Gasser als Ordinarius für Philosophie Joh. Fr. Stiebritz gefolgt, mit dem der kameralistische Lehrstuhl in die Philosophische Fakultät überwechselte. Doch war dieser Gelehrte von vielseitiger Bildung⁶⁵) so ausschließlich an Theologie und Philosophie interessiert, daß die Kameralia in seiner Zeit eher vernachlässigt wurden. Als er im Jahre 1772 starb, blieb die kameralistische Professur bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts überhaupt unbesetzt. Das bedeutete, daß die ökonomischen Wissenschaften in jenem für das Eindringen von Smith nach Deutschland wichtigsten Zeitraum nur als Nebenfach von Gelehrten vertreten wurden, die sich wie Joh. Chr. Förster der Universitätsgeschichte, wie G. Fr. von Lamprecht dem Verwaltungsdienst zuwandten oder wie Chr. Rüdiger nur sehr zögernd der Wandlung in der kameralistischen Wissenschaft sich

⁶³) Zitiert bei v. Selle, Königsberg, a. a. O., S. 197.

⁶⁴) G. H. Pertz, Das Leben des Ministers Frh. v. Stein, Band II, Berlin 1850, S. 13.

⁶⁵) Karl Muhs, Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Halle, in: 250 Jahre Universität Halle. Streifzüge durch ihre Geschichte in Forschung und Lehre, Halle 1944, S. 151.

öffneten. In den Jahrzehnten also, die in Göttingen von einer breit angelegten Rezeption liberalen Gedankengutes im allgemeinen Sinne und von Smiths Werk im besonderen erfüllt waren, in den Jahren, die in Königsberg Kraus' erste Begegnung mit Smith, große Lehrerfolge und erhebliche politische Einflußnahme sahen, war in dem durch seine Geschichte, seine wirtschaftlich unbedeutende Existenz und offenbar auch durch seine kontinentale Lage derartigen Fragen fernerer Halle⁶⁶⁾ kein Professor, der in dem kameralistischen Bereich den „Geist der Zeit“ erkannt hätte.

Denn der viel zitierte Heinrich Ludwig Jakob⁶⁷⁾, der seit 1777 in Halle studiert hatte und dort 1785 Dozent, 1789 außerordentlicher Professor und 1791 Ordinarius geworden war, hat sich sowohl auf dem Katheder wie als Autor bis 1805 im wesentlichen mit philosophischen Problemen beschäftigt. In diesem Rahmen, als unselbständiger und nicht eben tiefer Kantianer ist er in dem *Musen Almanach* von 1797 in 4 *Xenien* von Schiller und Goethe heftig angegriffen und Esel, Hallescher Ochs und Kutscher auf dem schmutzigen Bock eines Bettelkarrens geschimpft worden. Im Bereich der Nationalökonomie ist er erst 1805 mit einem Lehrbuch aufgetreten, das in 20 Jahren 3 Auflagen erfuhr. Später hat er mit einigem Stolz betont, er habe „das Smithsche System dargestellt, bekanntgemacht und verbreitet“. Er hielt es auch für das Resultat „aller bisherigen politischen Erfahrungen und Betrachtungen“, daß „die Freiheit des Handelns die Regel in einem Staate“ sein müsse⁶⁸⁾. Auch hat er bei der Übersetzung von J. B. Says „*Traité*“, die seit 1807 erschien, Smith gegen diesen ausgespielt⁶⁹⁾. Als der junge Schön ihn auf seiner Deutschlandreise, bei der er auch Pütter schätzen lernte, in Halle besuchte, erkannten beide in einander alsbald die gleichgerichteten Anschauungen, wurden Freunde und reisten gemeinsam über Leipzig nach Dresden.

Gleichwohl kann aber Jakobs Einfluß als Universitätslehrer mit dem der Göttinger Kollegen oder gar mit dem von Kraus in keiner Weise verglichen werden. Denn die Universität Halle wurde nach der Besetzung der Stadt durch die Franzosen 1806 geschlossen. Jakob nahm im folgenden Jahre einen Ruf nach Charkow an, wo er die Professur für politische Ökonomie und Staatskunst übernahm und „alsbald auf Grund seiner schnell erworbenen gründlichen Kenntnis der russischen Wirtschaftsverhältnisse

⁶⁶⁾ Gustav Hertzberg, *Geschichte der Stadt Halle*, Band III, Halle 1893.

⁶⁷⁾ Wilhelm Schrader, *Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle*, I. Teil, Berlin 1894, S. 404 ff.

⁶⁸⁾ Zitiert bei Treue, a. a. O., S. 142.

⁶⁹⁾ Carl Brinkmann, *Die preußisch-deutsche Handelspolitik vor Gründung des Zollvereins*, Berlin 1922, S. 17, Anmerkung.

vom Zaren mit der Reformierung der russischen Währung betraut und zum Mitglied der Gesetzgebungskommission ernannt“, schließlich durch den Rang eines Staatsrats geehrt und in den russischen Erbadel erhoben wurde. Diese Aufzählung von Leistungen und Ehrungen⁷⁰⁾ geht allerdings an der Tatsache vorüber, daß Speranskijs Finanz- und Währungsreform, in deren Rahmen Jakob tätig war, offenbar kein voller Erfolg gewesen und Speranskij selbst nach Nischnij Nowgorod verbannt worden ist⁷¹⁾, während Jakob gleichzeitig „unverdienter Abneigung begegnete“⁷²⁾. Bereits 1807 wäre Jakob am liebsten wieder nach Deutschland zurückgekehrt und durch Schöns Vermittlung auf den eben freigewordenen Lehrstuhl von Kraus gelangt. Schön konnte für seinen Freund jedoch nichts unternehmen, sondern sandte ihm nur im folgenden Jahr auf Veranlassung des Herausgebers von Auerswald Kraus' „Staatswissenschaft“ mit der Bitte um Rezension: „Sie sind der Einzige, der dieß Werk angemessen rezensiren kann . . . ich fürchte in dieser Hinsicht unsere neuen Sprößlinge. Die staatswirtschaftliche Gährung ist groß . . . Alles geht mit schnellen Schritten zum Physiokratismus zurück, in England insbesondere.“⁷³⁾

Gern ist Jakob 1816 wieder nach Halle zurückgekehrt — d. h. als die für die Reformen in Preußen entscheidende Phase der Rezeption von Smith also bereits abgeschlossen war. Und deutlich hat Jakob nun auch nicht nur zu jenen ersten enthusiastischen Smithianern gehört, die wie Kraus kaum mehr als Übersetzer des Textes von Smith und Übertrager seiner britischen Beispiele in deutsche gewesen sind. Sondern bei ihm, wie bei manchen anderen Kameralisten, traten nach 1815 wieder der Staat und die Gemeininteressen gegenüber dem liberalen und individualistischen Gewinnstreben in den Vordergrund.

Interessant ist es denn auch zu beobachten, wie die höheren Beamten und Staatsmänner Preußens, die zwischen 1775 und 1800 in Halle studiert

⁷⁰⁾ Muhs, a. a. O., S. 152.

⁷¹⁾ Robert Ad. Klostermann, Speranskijs Sturz in L. H. Jakobs „Denkwürdigkeiten“, in Archiv für Kulturgeschichte XXIII/1932, S. 217 ff. Weder Vatin Gitermann, Geschichte Rußlands, Band II, Hamburg 1949, noch Jean de Bloch, Les finances de la Russie, tome I, Paris 1900, noch Bernard Pares, A History of Russia, London, Neue und revidierte Auflage 1947 erwähnen Jakobs Tätigkeit; Vgl. aber Georg Sacke, Jakob und die russische Finanzreform Speranskijs, in Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas; außerdem: Georg Jakobs biograph. Art. in „Zeitgenossen“, 3. Reihe, I. Band, Nr. 5 und 6, Leipzig 1826; Hans Pototzky, Ludwig Heinrich von Jakob als Nationalökonom, Diss. Bern 1905.

⁷²⁾ Schrader, a. a. O., S. 406.

⁷³⁾ Adolf Hasenclever, Ungedruckte Briefe von Schöns an den Hallenser Professor Ludwig Heinrich von Jakob, 1805—1821, in Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 31/1919, S. 348 f.

haben, mit wenigen leicht erklärlichen Ausnahmen nicht zu den Freihändlern zählten. Schuckmann (seit 1775), Sack (seit 1782), Hoffmann (seit 1784), Ladenberg (seit 1786), Jordan und Beuth (seit 1798)⁷⁴) waren Hallenser Studenten. Die meisten von ihnen standen Smith, dem Freihandel, dem Liberalismus ablehnend gegenüber. Schuckmann, dem „die Idealisten und exaltierten Köpfe . . . zuwider“ waren⁷⁵) und der „vor . . . überstürzten Neuerungen“, ja, selbst vor physiokratischen Versuchen warnte⁷⁶), ist von Stein „Erzphilister“ genannt worden. Sack ist zum Teil wegen seines Beharrens bei seinem Rheinland-Sonderabkommen von 1815 gegenüber Bülow's freihändlerischen Tendenzen 1816 nach Pommern versetzt worden. Ladenberg blieb stets allen freihändlerischen Ideen gegenüber „ein Gegner der völligen Umwandlung des Zollwesens und Verfechter des alten“, ein „den neuen Grundsätzen des freien Verkehrs abholder Beamter“, der Bülow und Klewitz viele Schwierigkeiten bereitete⁷⁷). Jordan war Anhänger einer „starken“ Zollpolitik, im übrigen aber ein eher unselbständiger Ressortpolitiker⁷⁸).

Die anderen aber bezogen ihre liberalen Anregungen nicht aus Halle: Hoffmann trat 1792 aus finanziellen Gründen in einen ostpreußischen Industriebetrieb, wurde 1798 Lehrer in Königsberg, schrieb 1803 im liberalen Sinne über die Reform der Gewerbeordnung, sandte nach dem Tilsiter Frieden einen Aufsatz über die Staatsverwaltung an Kraus und glaubte, „in dem bald folgenden Gesetz über die Organisation der Behörde oft seine Gedanken“ wiederzuerkennen⁷⁹). Er, der 1807 Kraus' Nachfolger in Königsberg wurde, wird uns noch einmal an prominenter Stelle bei der Rezeption von Smith in Berlin begegnen. Ohne jeden Zweifel gehört er in seiner Entwicklung mehr zu dem ostpreußisch-königsbergischen Bereich als nach Halle. Beuth, einer der selbständigsten und originellsten Männer dieses Kreises, der allerdings erst nach dem Kriege in den Vordergrund trat, war eine viel zu starke Persönlichkeit, als daß er sich gänzlich einer Richtung verschrieben hätte, neigte aber doch grundsätzlich und durch seinen Freund Kunth Smith zu, an dessen Grab er 1823 voll Ehrfurcht stand⁸⁰). Schön, der 1796 als 23jähriger Jakob in Halle besuchte, in diesem

⁷⁴) Treue, a. a. O., S. 123 f, 127 f, 134 ff.

⁷⁵) Rud. Anast. Köpke, Die Gründung der Universität Berlin, Berlin 1860, S. 86.

⁷⁶) Karl Mamroth, Geschichte der preußischen Staatsbesteuerung, Leipzig 1890, S. 183.

⁷⁷) Mamroth, a. a. O., S. 179, 343.

⁷⁸) Brinkmann, a. a. O., S. 49, 87; Treue, a. a. O., S. 138.

⁷⁹) Nekrolog Dietericis, in „Allgemeine Preussische Zeitung“, 17. November 1847.

⁸⁰) Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Band III, Freiburg 1934, S. 293, 297.

einen Gesinnungsgenossen entdeckte und ihm seitdem freundschaftlich verbunden blieb, hat seine wirtschaftspolitischen Ansichten vor und nach 1796 im wesentlichen in Königsberg gewonnen.

Die Studien, die bisher der Frage des Eindringens und Wirkens von Adam Smith nach Deutschland gewidmet worden sind, haben es eigenartigerweise unterlassen, die Hauptstadt der preußischen Monarchie vor 1810 zu betrachten, und vielleicht auch den Professoren an der 1810 gegründeten Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Allerdings ist es dazu nötig, in mehrfacher Hinsicht ein wenig auszuholen: Nach Dänemark, Schleswig, Holstein und in die Berliner Gesellschaft der achtziger und neunziger Jahre.

In Dänemark hatte das Merkantilssystem in der Zollrolle von 1762 kulminierte. Als im Jahre 1770 der Leibarzt des geisteskranken Königs Christian VII. in einem Staatsstreich die Macht an sich riß, begann sofort eine antimerkantilistisch-physiokratische Reformpolitik, die freilich mit einem Schlage aufhörte und einem Rückfall in den Merkantilismus weichen mußte, als Struensee schon am 12. Januar 1772 wieder gestürzt wurde. Doch auch dieser Kurs dauerte nur bis zu Kronprinz Friedrichs Regierungsübernahme im Jahre 1784. Damit war das merkantilistische System in Dänemark wirklich beendet, und es begannen die großen Reformen, die bis 1799 mit der Liquidation der merkantilistischen Fesseln begannen und 1805 mit dem Abschluß der Agrarreform endeten. Diese Reformen wurden in engster Anlehnung an die Physiokraten, im Laufe der Zeit aber immer stärker auch an Adam Smith formuliert und durchgeführt⁸¹⁾. Viele Maßnahmen, wie z. B. die Lockerung der Kolonialhandelsbestimmungen seit 1787, vor allem aber die Zollverordnung von 1797 zeigen in manchen Einzelheiten deutlich den Einfluß des Schotten. An diesen Modernisierungen im Sinne des westeuropäischen Physiokratismus und Liberalismus war der Legationsrat in der Deutschen Kanzlei der Regierung in Kopenhagen Christian Ulrich Detlev von Eggers⁸²⁾ entscheidend beteiligt. Unter der schützenden und fördernden Hand des Ministers Graf A. C. von Berns-

⁸¹⁾ C. U. D. v. Eggers, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Kgl. dän. Staatsmin. A. P. Grafen v. Bernstorff, Kopenhagen 1800, S. 170, 197; ders. Memoiren über die dänischen Finanzen, Band I, Hamburg 1800, bes. Kapitel I. Axel Nielsen, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933, S. 122 ff; Oscar A. Johnsen, Norwegische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1939, S. 374 ff.

⁸²⁾ Otto Brandt, Geistesleben und Politik in Schleswig-Holstein um die Wende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1925, S. 51 und 177; Paul v. Hedemann-Heespen, Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit, Kiel 1926, S. 484, 486, 555; Wilhelm Treue, Zerfall und Einheit. Zum Wandel der europ. Führungsschicht seit dem 17. Jahrhundert, in: Die Sammlung 1951, S. 114 ff.

torff hat dieser enthusiastische Reformers und ebenso gebildete wie praktisch erfahrene Smithianer in Dänemark und Schleswig-Holstein als hoher Beamter, seit 1785 auch als Professor der politischen Ökonomie und Kameralwissenschaften in Kopenhagen, als Herausgeber von Zeitschriften und als Schriftsteller sehr erheblich zur Verbreitung des Smithianischen Gedankengutes beigetragen. Seit 1787 hat er das „Deutsche gemeinnützige Magazin“ herausgegeben, eine der gelesensten Vierteljahrschriften des Landes, die „der Beförderung einer allgemeinen Aufklärung, einer Lieblingsidee unseres Jahrhunderts dienen“ wollte. In dem ebenfalls von Eggers herausgegebenen „Deutschen Magazin“ und dem „Neuen Deutschen Magazin“ fand diese Zeitschrift seit 1791 ihre im gleichen Geiste geleiteten Fortsetzungen. Ihre Mitarbeiter stammten aus dem Reformadel und Reformbürgertum und waren Großgrundbesitzer, Professoren, Anwälte, Richter, Beamte, Geistliche und Lehrer. Daneben gab es eine große Reihe ähnlicher Organe mit dem Ziel der „Beförderung der bürgerlichen Wohlfahrt“ in den Herzogtümern, vor allem aber in Kiel, dessen kaufmännisch-reederisch-großagrarischer Lokalgeist manche Ähnlichkeit mit dem von Königsberg aufwies. Im Jahre 1785 veröffentlichte der zu diesem Kreis gehörende Kammerherr August von Hennings ein Buch mit dem bezeichnenden Titel: „Über die wahren Quellen des Nationalwohlstandes, Freiheit, Volksmenge, Fleiß im Zusammenhang mit der moralischen Bestimmung des Menschen und der Natur der Sachen“, 1792 bis 1793 gab er das „Schleswigsche Journal“ heraus, das wegen seines freien Tones verboten wurde, 1794 bis 1800 den „Genius der Zeit“, 1801/02 den „Genius des 19. Jahrhunderts“ und 1795 bis 1801 obendrein die „Annalen der leidenden Menschheit“.

In diesem sich verwandelnden Raum ist bereits 1779/80 die erste dänische Übersetzung von „The Wealth of Nations“ durch Dräbye in 2 Bänden erschienen, der selbst dem dänischen Handelsrat angehörte und später mit Smith wegen einer zweiten verbesserten Auflage der Übersetzung korrespondierte⁸³⁾, hat Eggers 1786 als Professor der Kameralwissenschaft in Kopenhagen sein Buch „Über dänische Staatskunde und dänische politische Schriften“ mit einer Inhaltsangabe seiner Vorlesungen dem Kronprinzen dediziert. Seine „Abhandlungen über Geld und Münze, Banken und Banknoten“ vom nächsten Jahre stimmten ganz mit Smiths Ideen über diese Fragen überein. Eggers hat seit 1798 zahlreiche Reisen durch Deutschland, die Schweiz, Österreich, Ungarn und Böhmen unternommen. Seine

⁸³⁾ John Rae, *Life of Adam Smith*, London 1895, S. 357 f.

Berichte und Tagebücher darüber sind in Form von Briefen an Freunde und Verwandte in einer langen Reihe von Bänden seit 1801 veröffentlicht worden: Eine andere Art der kritischen Völker- und Staatenbeschreibung und -vergleichung, wobei stets sehr deutlich die Auffassung und Leistung des Verfassers selbst zum Ausdruck kommt. Er spricht es nicht im einzelnen expressis verbis aus, aber es ist selbstverständlich, daß Eggers auf all diesen Reisen gewissermaßen von Smith begleitet wurde, daß er dessen Gedanken und Auffassungen wiedergab und vertrat, wo immer er sich mit den führenden Männern des Staates und der Gesellschaft unterhielt: in München und Wien wie in Breslau, Berlin und Hamburg. Am 17. Dezember 1797 schrieb er über Göttingen: „Daß ich Pütter sah, dessen Verdienste ich stets so vorzüglich ehrte, erraten Sie leicht; auch dieß, daß ich nicht die Gelegenheit versäumte, eine, wenn gleich noch so kurze, persönliche Bekanntschaft mit Runde und Schlözer zu machen.“⁸⁴⁾ Schon im Jahre 1792 traf er in Berlin den Finanzminister von Struensee, dessen Kritik an den „Operationen Neckers nach seiner Zurückberufung“ er eine „lichtvolle, bestimmte Darstellung“ nannte⁸⁵⁾. Der „Brief“, den er am 18. Juli 1804 aus München im wesentlichen über die Landwirtschaft, „Kunst- und Handelsindustrie“ Bayerns schrieb, stammte ganz aus dem Geiste der dänischen Reformen und Eggers' Erklärung, „daß ich ein abgesagter Feind des Fabriksystems bin, das durchaus alles im Lande verfertigt wissen will. . . . Darum bin ich auch weit entfernt zu wünschen, daß Bayern Fabriken aller Art bei sich hervorrufe. Nur solche dürfen nicht fehlen, welche die gemeinsten Bedürfnisse befriedigen, um so weniger, weil das Land die Erzeugnisse dazu fast alle liefert.“⁸⁶⁾ Aus Wien schrieb er am 10. September des gleichen Jahres: „Auf den Überschuß nach den Ein- und Ausfuhrlisten rechne ich nicht viel, wie Sie wissen“, und: „wenn jeder Staat darauf bedacht ist, den Gebrauch fremder Fabrikate einzuschränken, durch die Vervollkommnung seiner Werkstätten, so gehört eine immer steigende Sorgfalt dazu, die Concurrenz bei dem auswärtigen Absatz auszuhalten“⁸⁷⁾. In Böhmen lobte er „etwas von dem köstlichen public spirit, den ich bei

⁸⁴⁾ C. U. D. v. Eggers, Bemerkungen auf einer Reise durch das südliche Deutschland, das Elsaß und die Schweiz in den Jahren 1798 und 1799, Band I, Kopenhagen 1801, S. 27; Runde (1741/1807) war Jurist und veröffentlichte 1791 „aus Pütters Geist“ ein Lehrbuch über deutsches Privatrecht, das „dem Naturrecht verhafter“ war; vgl. v. Selle, Göttingen a. a. O., S. 193.

⁸⁵⁾ C. U. D. v. Eggers, Bemerkungen . . . , a. a. O., Band 8, Braunschweig 1809, S. 502 f.

⁸⁶⁾ Eggers, Reise durch Franken, Bayern, Österreich, Preußen und Sachsen, I. Teil, Leipzig 1810, S. 356, 358 f.

⁸⁷⁾ Eggers, Reise, a. a. O., II. Teil, Leipzig 1810, S. 362 f.

meiner Nation so ungemein liebe⁸⁸⁾. Wieder ein Jahr später nannte er Hamburg „eine von den hohen Schulen der Politik“⁸⁹⁾. Über Preußen schrieb er 1806, es sei „kein Handelsstaat, und großer Reichtum kann nur durch den Handel gewonnen werden“⁹⁰⁾.

Eggers ist im Dezember 1805 in Berlin gewesen. Die Berliner Gesellschaft der Zeit um die Jahrhundertwende ist uns verschiedentlich geschildert worden. Dilthey hat um 1870 aus den Kollektaneenbänden der Berliner Staatsbibliothek in seiner Schleiermacher-Biographie die Umwandlung der Berliner Gesellschaft zwischen dem Siebenjährigen Kriege und dem Ende des Jahrhunderts beschrieben⁹¹⁾: Das Dasein unter dem alternden König und die Wirkung des Absolutismus auf das geistige Leben der werdenden Großstadt zunächst; zugleich aber auch schon seit den siebziger Jahren das Auftreten des neuen Geistes, eines neuen Lebensideals, einer neuen Weltansicht. „Nun lernte die junge Generation den freien Wert der Person empfinden und mit Lebensfreudigkeit der Fülle der menschlichen Bezüge sich hingeben, dem Moment vertrauend, in heller Freude an der eigenen Erscheinung, mit vollem Sinn für die Individualität anderer.“ „Alles beruhte auf dem starken Interesse für die Individualität und ihren selbständigen Wert, wie er sich in der Gesellschaft geltend machte.“ Auch in Berlin war, wie in Königsberg und Kiel, der Kaufmannsstand in diesem Bereich führend. „Aufstrebend, nach Bildung begierig, durch Reichtum, Entfernung von Hof und von Amtswürde, durch unermüdlichen Ehrgeiz mächtig aufgestachelt, sich ein solches Gebiet persönlicher Geltung zu schaffen. Die reiche Kaufmannschaft bestand vorzugsweise aus Juden.“ „Eine ungemeine Wirkung übte diese neue Gesellschaft, die sich über die ganze Stadt ausbreitete, auf die Talente der jüngeren Generation. Es besteht ein wichtiger, bisher noch nicht wissenschaftlich untersuchter Zusammenhang zwischen großen Richtungen der Gesellschaft und solchen des geistigen Schaffens. So sind große Epochen der Dichtung jederzeit mit einer lebendigen Entwicklung der Geselligkeit, mit einer hohen Stufe der individuellen Freiheit in der Gesellschaft verknüpft.“

Eggers hat diese aufatmende und sich ausdehnende, der Freiheit zustrebende Berliner Gesellschaft im letzten Jahre vor dem Zusammenbruch Preußens, bei Abschluß der belebenden Reformen in Dänemark, auf die er mit Stolz und Genugtuung blicken konnte, scharf beobachtet. Am

⁸⁸⁾ Eggers, Reise, a. a. O., II. Teil, S. 433.

⁸⁹⁾ Eggers, Reise . . . , a. a. O., III. Teil, Leipzig 1810, S. 41.

⁹⁰⁾ Eggers, Reise . . . , a. a. O., III. Teil, S. 270.

⁹¹⁾ Wilhelm Dilthey, Leben Schleiermachers, Band I, Berlin 1922, S. 218 ff.

26. Dezember 1805 schrieb der reiselustige politische Professor und professorale Staatsmann aus Berlin⁹²⁾: „Von dem Ton in den ersten Gesellschaften kann ich nicht anderes als viel Gutes sagen. Ich fand ihn fein, anständig, lebhaft, ungezwungen, dem französischen mehr ähnlich als dem in Wien. Berlin gilt mit Recht für die aufgeklärteste Stadt Deutschlands, im Ganzen genommen.“

Nun war Eggers nicht irgend jemand. Seine Schriften wurden im Deutsch verstehenden Europa viel gelesen, er selbst war durch seine führende Tätigkeit in der dänischen Reformzeit und durch seine vielen Reisen ein bekannter Mann. Daß Kraus Eggers' Werke kannte, wurde erwähnt. In Steins Bibliothek befand sich Eggers' Buch über die dänischen Finanzen, in dem auch die Befreiung der Domänenbauern in Schleswig-Holstein dargestellt wurde. Thaer, der 1798, also mitten während der Reformen, Holstein besuchte⁹³⁾, hat Eggers' Werke gewiß gekannt. Stein hat jene Reformmaßnahme, die ihm „höchstwahrscheinlich Anregungen für die Entwicklung seiner eigenen Pläne geboten hat“⁹⁴⁾, als vorbildlich bezeichnet. Darüber hinaus ist Eggers' Verbindung mit dem Kabinettsrat von Beyme in Berlin, dem eigentlichen Träger der Domänenbauernbefreiung in Preußen⁹⁵⁾, und damit seine Wirkung auf die wichtigen Anfänge der preußischen Reformen bekannt — seine Mittlerstellung also im entscheidenden Augenblick zwischen den Physiokraten und vor allem Smith auf der einen, Beyme und dann Stein auf der anderen Seite⁹⁶⁾. Eggers selbst hat am 7. Januar 1806 geschrieben⁹⁷⁾: „Sie wissen, daß meine unablässig fortgesetzten Arbeiten für die preußische Gesetzgebung gewissermaßen meine bürgerliche Lage bestimmt haben; daß ich noch stets diesen Gegenstand mit dem wärmsten Interesse verfolge. Urteilen Sie, wie es mich freuen mußte, von dem Sohn (Carmer) zu hören, daß der Vater meiner auch im vertrauten Zirkel oft erwähnte, die Absicht meiner etwas raschen, oft durchgreifenden Vorschläge nie verkannte, nicht selten selbst bedauerte, durch Umstände gebunden, nicht so weit gehen zu können, als er wünschte.“

Das alles zeigt, daß nicht nur in Göttingen, Königsberg und Halle, sondern auch in Berlin der Einfluß von Adam Smith vor 1806 wirk-

⁹²⁾ Eggers, Reise, a. a. O., III. Teil, Leipzig 1810, S. 150.

⁹³⁾ Th. Frh. v. d. Goltz, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, II. Band, Stuttgart 1903, S. 11.

⁹⁴⁾ Botzenhart, a. a. O., S. 348.

⁹⁵⁾ Otto Hintze, Preußische Reformbestrebungen vor 1806, in Geist und Epochen der preußischen Geschichte, herausgegeben von Fritz Hartung, Leipzig 1943, S. 540 f.

⁹⁶⁾ Treue, Zerfall und Einheit, a. a. O., S. 115.

⁹⁷⁾ Eggers, Reise . . . , a. a. O., III. Teil, S. 217 ff.

sam gewesen ist — wirksamer vielleicht sogar als in den Städten akademischer Lehre. Denn in Berlin handelte es sich um den direkten oder, über Eggers, um den indirekten Einfluß auf die Regierung selbst.

Es folgten der Zusammenbruch des preußischen Staates und die Reformen, die ohne Smith so wenig denkbar sind wie ohne die Physiokraten, die Französische Revolution und Möser. Und es folgte im Rahmen dieser Erneuerung die Gründung der Berliner Universität. Bei der Besetzung ihrer kameralistischen Professur ist es dann noch einmal zu einer beispielhaften, erbitterten Auseinandersetzung nicht nur universitätspolitischer, sondern staatspolitischer Art gekommen. Es war klar, daß mit der Gründung der Friedrich Wilhelms-Universität in der Hauptstadt der Monarchie und am Sitze der Regierung Bedeutung und Einfluß der anderen Landesuniversitäten auf die Ausbildung des Beamtennachwuchses, d. h. bei den damaligen Zuständen des Staates und der Gesellschaft auf die regierende Bürokratie, entschieden abnehmen mußten. Die kameralistische Professur an der neuen Universität war also in stärkstem Maße eine politische Professur. Wenn auf diesen Lehrstuhl ein Smithianer, etwa ein Schüler von Kraus, berufen wurde, hatte der Wirtschaftsliberalismus in Preußen eine Position von entscheidender Bedeutung gewonnen. Gelang es den Gegnern der Freihändler, einen der ihren auf diese Professur zu schieben, erlitten die Reformer eine fühlbare und aller Wahrscheinlichkeit nach anhaltende Niederlage. Derartige Überlegungen bildeten den Hintergrund für die am 12. Oktober 1810 gänzlich unerwartet einsetzende und obenhin unmotiviert erscheinende Fehde in den von Heinrich von Kleist herausgegebenen „Berliner Abendblättern“ gegen den vor fast drei Jahren verstorbenen Kraus⁹⁸⁾, dessen Tod damals vom König vor aller Öffentlichkeit als „ein wahrer Nationalverlust“ bezeichnet worden war⁹⁹⁾. Kleists Zeitung war kein einfaches Lokalblättchen von literarischer Besonderheit. Die „Abendblätter“ erreichten vielmehr in „Monatslagen“ Königsberg und Breslau, sie gelangten nach Hamburg, Kassel, Dresden und Wien und riefen dort überall starken Widerhall hervor. Aufmerksam beobachtete man in der Berliner Staatskanzlei ihren starken und ständig anschwellenden Einfluß, „von dem sich bald zeigen mußte, ob er für oder gegen die neuen Reformen sich einsetzen würde“¹⁰⁰⁾.

⁹⁸⁾ Heinrich v. Kleist, Berliner Abendblätter, herausgegeben von Georg Minde-Pouet, Leipzig 1925, S. 43 ff.

⁹⁹⁾ v. Selle, Königsberg, a. a. O., S. 224.

¹⁰⁰⁾ Reinhold Steig, Heinrich v. Kleists Berliner Kämpfe, Berlin 1901, S. 51.

Unter dem Pseudonym Ps, hinter dem sich Adam Müller als Phöbus verbarg¹⁰¹⁾, griff man in dieser Zeitung nun Kraus an, nannte ihn einen „etwas langsamen und unfruchtbaren Kopf“, hob seine Anhänglichkeit an Smith und seine Leistung für die Verbreitung von dessen Gedanken hervor, sprach aber auch von der „übertriebenen Adoration geistreicher Schüler“ und nahm schließlich Smith als den Liberaleren gewissermaßen gegenüber dem doktrinären Kraus in Schutz, dessen „jetzt, nach 30 Jahren“ erschienene Bearbeitung von Smith für etwas Unzeitiges erklärt wurde. „Tief überzeugt von dem Unheil, welches dieser Buchstab in der Gesetzgebung unseres Vaterlandes anrichten könnte, müssen wir angehenden Staatswirthen anrathen, über den dogmatisirten und fixirten Adam Smith des Professor Kraus nicht das Studium ihrer lehrreichen Zeit zu versäumen. Wir müssen sie warnen vor der verführerischen Bestimmtheit jenes Buchs, und es ihrem ernstlichen Nachdenken überlassen, ob wohl die Wissenschaft der Ökonomie zu absoluten Prinzipien und unbedingter Präcision gelangen könne, ohne die von ihr beständig unzertrennliche, schwesterliche Wissenschaft des Rechts, und so lange die Theorie des Staats selbst noch im Argen liegt. — Wir ehren die Talente, denen Kraus die erste Richtung gegeben, aber wir fürchten einen *unheilbaren Zwiespalt zwischen den Gerichtshöfen und der Administration*, wenn sich je diese, jugendlichen Köpfen wohl anstehende Richtung der Gesetzgebung eines bejahrten Staates mittheilen könnte.“

Diese massive Attacke der Traditionalisten gegen Smith, Kraus und die preußischen Reformer nannte zwar nicht die Berliner Professur, meinte sie aber. Denn wenige Tage zuvor hatte der Krausschüler Hoffmann den Berliner kameralistischen Lehrstuhl erhalten. Als 1806 die Universitätsreformpläne im Bereich der „kameralistischen Disziplinen“ wiederaufgegriffen wurden, lag dem von Königsberg her eine Denkschrift von Kraus zugrunde¹⁰²⁾. Humboldt war „besonders im Hinblick auf die vielen Hülfsmittel, welche gerade für sie die Hauptstadt des Staates darbot“, entschlossen, den kameralistischen Lehrstuhl mit einem Modernisten zu besetzen. Bewerbungen aus Braunschweig und Frankfurt lehnte er ab. Aus Königsberg aber war der Krausschüler Joh. Gottfr. Hoffmann, der, nachdem Auerswald ihn 1803 in den Staatsdienst übernommen hatte, 1807 Nachfolger seines Lehrers geworden war, nach der Reorganisation als Staatsrat unter Schön in der Sektion für gewerbliche Angelegenheiten in

¹⁰¹⁾ Steig, a. a. O., S. 57.

¹⁰²⁾ Hierfür und für das Folgende: Max Lenz, Geschichte der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, I. Band, Halle 1910, S. 251 ff.

Berlin wieder in eine Ministerialstellung zurückgetreten. Von ihm ließ Humboldt sich einen weiteren Studienplan entwerfen, der ganz in Humboldts Sinn ausfiel und in mancher Beziehung über den von Kraus hinausging. „Es ist wesentlich das, was Kraus als den formalen Teil der Wissenschaft hingestellt hatte, worin Hoffmann das Ziel der auf den Staat und seine Leitung gewandten Wissenschaft erblickt . . . Es sind Göttinger Gedanken, die er vorträgt. Schlözer ist sein Vorbild.“ Auch Thaers Institut in Möglin empfahl er den Studenten. Entschieden riet er ab, den Lehrstuhl mit Adam Müller, einem Gegner der Reformgesetzgebung, oder mit Schmalz, einem unbedingten Anhänger der Physiokraten, zu besetzen. Hoffmann selbst hatte bereits im Sommer und Herbst 1810 auf seinen eigenen, von Humboldt gern erfüllten Wunsch in Berlin Vorlesungen gehalten. Seitdem lag die Vermutung nahe, daß er schließlich die wichtige und einflußreiche Professur erhalten würde.

Daher nun der heftige Angriff auf Hoffmanns Lehrer und die ganze Richtung, die beide vertraten, der radikale Protest gegen die weitere Verbreitung Smithscher Ideen — die offene Kampfansage in Formulierungen, welche keinen Zweifel darüber ließen, daß man einen solchen Lehrstuhl als Politicum und nicht als Domäne reiner Wissenschaft betrachtete.

An Müllers herausfordernden Aufsatz hat sich eine bis zum 29. November 1810 hingezogene Auseinandersetzung in den „Abendblättern“ angeschlossen. Hoffmann beteiligte sich daran seit dem 22. Oktober mit sentimentalischen Erinnerungen an Kraus' Leistung im Rahmen der Agrarreformen und mit groben Angriffen auf Müller, die an seine Warnung vor diesem in dem Gutachten über die Besetzung der Berliner Professur erinnern. Auch der Geheime Staatsrat Nicolovius, „dem damals der biographische Schlußband der Vermischten Schriften Kraus' anvertraut war“¹⁰³), nahm von der Beamtenseite her an der Diskussion teil. Achim von Arnim trat am 31. Oktober an Müllers Seite und wandte sich besonders gegen Hardenberg. Der erwähnte Kriegsrat Joh. G. Scheffner, ein Mann von Ansehen und Gewicht in Königsberg, verteidigte am 22. November seinen Freund Kraus gegen Müller, der, wie auch Scheffners Lebenserinnerungen zeigen, bei den ostpreußischen „Liberalen“ gründlich verhaßt war. Endlich erhielt Hoffmann „auf wiederholtes und dringendes Verlangen“ das Schlußwort, worauf Kleist „den ganzen Streit“ beendete. Auch Stein ist in einem Gespräch mit Varnhagen van Ense 1811 auf diesen Konflikt eingegangen und hat gesagt: „Kraus hat mehr getan, als diese Herren je

¹⁰³) Steig, a. a. O., S. 59.

vernichten werden. Die ganze Provinz hat an Licht und Anbau durch ihn zugenommen, seine Belehrung drang in alle Zweige des Lebens, in die Regierung und Gesetzgebung ein . . .¹⁰⁴⁾

Bereits vor Ausbruch dieses bezeichnenden Kampfes in der Presse um Adam Smith und Adam Müller und damit um die politische Richtung der künftigen preußischen Beamten hatte die Universitätskommission ihre Entscheidung getroffen. Sie bot die Professur zunächst dem Göttinger Sartorius, also einem Smithianer an, der von Heeren und Schlözer her kam. Als dessen Forderungen in Hinsicht auf Gehalt, Einfluß und Bequemlichkeit der Arbeit sich als unannehmbar erwiesen, wandte man sich Hoffmann zu. Ob mit einer Absage durch Sartorius gerechnet und Hoffmann absichtlich an sicherer zweiter Stelle in Reserve gehalten worden war, läßt sich nicht feststellen — wahrscheinlich ist es nicht. Hoffmann hatte man bereits in Berlin — Sartorius hätte also eine Stärkung der „Liberalen“ bedeutet. Nun erhielt jedenfalls Hoffmann am 28. August den Antrag, den er annahm. Zunächst als Extraordinarius, ab 4. Oktober als Ordinarius gehörte er der jüngsten preußischen Universität an¹⁰⁵⁾. Den Kampf in den „Abendblättern“ hat er schon gewissermaßen in eigener Sache geführt und damit deutlich genug gezeigt, daß auch er, wie Kleists Freundeskreis, seinen Lehrstuhl als eine politische Position betrachtete und als solche zu benutzen entschlossen war.

Bildete dieser Kampf um die Besetzung der Berliner kameralistischen Professur unzweifelhaft den Höhepunkt des Eindringens von Smith durch die Universitäten nach Deutschland, so muß daneben doch auch noch einmal gerade in Berlin Thaer erwähnt werden. Dieser war 1804 von Celle nach Möglin übersiedelt. Seit 1805 erschienen von dort aus die „Annalen des Ackerbaus“ wie eine Fortsetzung der „Niedersächsischen Annalen“. Im Jahre 1810 veröffentlichte er den ersten Band seiner „Grundsätze der rationellen Landwirtschaft“, die ganz auf englischen Vorbildern und Erfahrungen aufgebaut waren. Aber schon 1809 wurde er¹⁰⁶⁾, vermutlich auf Beymes Veranlassung, als Staatsrat in die Sektion für die Gewerbepolizei berufen, der Schön als Direktor, Hoffmann und Kunth als die übrigen Staatsräte angehörten. Thaer hat sich in mehreren seiner Werke ausdrücklich zu Smith bekannt¹⁰⁷⁾, hat aber auch Kraus' Schriften mit Interesse

¹⁰⁴⁾ Varnhagen van Ense, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens, Band III, S. 176.

¹⁰⁵⁾ Lenz, a. a. O., S. 256.

¹⁰⁶⁾ Simons, a. a. O., S. 132 f.

¹⁰⁷⁾ Wilhelm Körte, Albrecht Thaer, Leipzig 1839, S. 269 ff.; v. d. Goltz, a. a. O., S. 27, 145.

gelesen und im ersten Stück seiner „Grundsätze“¹⁰⁸⁾ betont, daß er Kraus' Formulierungen als mustergültig betrachte. Thaers Biograph, der Kraus' Gesamtwirkung über die von Thaer stellt, fügt bezeichnenderweise hinzu: „Kraus' Tätigkeit als Lehrer war derart geachtet und berühmt, daß es als eine Empfehlung für den Staatsdienst galt, wenn man sich als sein Schüler ausweisen konnte.“¹⁰⁹⁾ Es braucht hier nicht auf Thaers Arbeit in seiner neuen Stellung für die Gemeinheitsteilungsordnung eingegangen zu werden. Obgleich sie sich über mehrere Jahre hinzog, muß sie von Anfang an so zufriedenstellend, der Ruf des Gutsherrn von Möglin aber auch sonst als Autor und Lehrer so groß gewesen sein, daß Humboldt am 20. Juni 1810 auch diesem Smithianer einen Lehrstuhl in Berlin anbot¹¹⁰⁾.

Von einer völligen Übersiedlung Thaers oder gar seines Institutes nach Berlin war weder auf Humboldts noch auf Thaers Seite die Rede. In dem Briefe, der Humboldt die Annahme des Lehrstuhles mitteilte, schrieb Thaer: „Übrigens hoffe ich, daß Ew. Exellenz die Leitung des öffentlichen Unterrichts auch in der Ferne beibehalten und alles zu einem großen Zweck — die Vervollkommnung der Menschen im Staat — vereinigen. Bloß für Gelehrte möchte ich nicht arbeiten.“¹¹¹⁾ Wenn schließlich auch die Formen der endgültigen Berufung in mancher Hinsicht nicht Thaers Hoffnungen entsprachen und das Mögliner Institut in dem Vorlesungsverzeichnis der Universität nicht einmal erwähnt, geschweige denn als Universitätsinstitut anerkannt wurde, so war doch vom Politischen her gesehen mit Thaers Tätigkeit im Rahmen der kameralistischen Vorlesungen ein weiterer Fortschrittlicher ähnlich wie Hoffmann in einer Doppelstellung bei der Regierung und an der Universität in Berlin fest verankert — ein bedeutsames Ereignis zu diesem spätesten Zeitpunkt der ersten Periode der Rezeption von Smith in Deutschland. Von Thaer aus aber strahlte diese über Schönleutner, der später die Lehranstalt in Schleißheim begründete, und über Nepomuk Schwerz, der 1818 Hohenheim schuf, nach Süddeutschland, durch Johann Burgers Arbeit und Lehrbücher schnell bis nach Klagenfurt und Triest aus¹¹²⁾.

Bereits Sartorius und seine Generation standen Smith durchaus nicht mehr so uneingeschränkt bewundernd und schülerhaft gegenüber wie

¹⁰⁸⁾ Bekenntnisse zu Smith und Kraus in der „Englischen Landwirtschaft“, I, S. 35 ff.; III, 100 f.; in den „Grundsätzen“, I, §§ 19 und 47; im „Leitfaden“, § 60.

¹⁰⁹⁾ Simons, a. a. O., S. 133.

¹¹⁰⁾ Lenz, a. a. O., S. 256.

¹¹¹⁾ Lenz, a. a. O., S. 257.

¹¹²⁾ Otto Brunner, Adeliges Landleben und europäischer Geist, Salzburg 1949, S. 321; v. d. Goltz, a. a. O., S. 13, 66 f.

Kraus. Schließlich entdeckte man, daß Smith den Freihandel bei weitem nicht mit der Ausschließlichkeit empfahl, wie es die deutschen Professoren und Staatsmänner geglaubt hatten. Und obendrein entwickelte sich unter den Romantikern the beginning of economic conservatism¹¹³⁾, der über die nationale Landwirtschaftslehre von Schulze-Gävernitz (1826)¹¹⁴⁾ schließlich zu Friedrich List führte.

Im Jahre 1838 schrieb der Herausgeber von Ricardos „Grundgesetzen“¹¹⁵⁾: „Wir haben die Vollständigkeit und Gliederung unserer wirtschaftlichen Systeme, die Engländer dagegen die durchgreifende, praktische volks- und staatswirtschaftliche Einsicht errungen. Was hiervon das Nützlichere sei, wird nicht schwer zu entscheiden sein.“ Es erwies sich, daß bei der ersten Übertragung der Smithschen Ideen eine psychologisch sehr interessante zuspitzende Veränderung mit ihnen stattgefunden hatte: was in Deutschland gelehrt und gelernt worden war, war in den letzten Konsequenzen nicht mehr Adam Smith. Man kann fast behaupten: der in Deutschland gelehrt und gelebte Smithianismus war mehr Göttinger und Königsberger als schottischer Herkunft.

Insgesamt noch wichtiger aber war der Erziehungserfolg der Göttinger, Königsberger, Hallenser und schließlich der Berliner Professoren. Die in der preußischen Geschäftsinstruktion vom 26. Dezember 1808 enthaltene Behördenreform mit ihrer „unverkennbaren Anlehnung an Smith“¹¹⁶⁾ stammte noch aus der Generation jener Gelehrten selbst. Die Beamten aber, die nach 1815 die Führung des preußischen Staates übernahmen, waren Studenten und damit Schüler der Generation von Kraus. Dieser hatte sich einst über den Wechsel der Vorliebe vom juristischen zum kameralistischen Studium gewundert. Hartung¹¹⁷⁾ stellt aus ganz anderen Zusammenhängen schließend fest: „Zum Unterschied gegen die Zeit um 1790 steht jetzt nicht mehr das Richtertum an der Spitze, vielmehr sind es die Männer der Verwaltung, die den Ton angeben und den Reformbestrebungen einen mehr politisch als juristisch bestimmten Inhalt ver-

¹¹³⁾ Arnold H. Price, *The Evolution of the Zollverein*, Ann Arbor, Univ. of Michigan Press 1949, S. 8.

¹¹⁴⁾ Dazu vgl. jetzt: Constantin v. Dietze, *Wege zur Agrarpolitik. Ein Stück Methodengeschichte der Nationalökonomie in Deutschland von Moeser zu Roscher*, in *Historisches Jahrbuch* 1949, S. 491 ff.

¹¹⁵⁾ Ed. Baumstark, *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*, Band II, Leipzig 1838, S. 278.

¹¹⁶⁾ Fritz Hartung, *Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung*, 3. Teil: *Zur Geschichte des Beamtentums im 19. und 20. Jahrhundert. Abhandlung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Jahrgang 1945/46, Berlin 1948, S. 10.

¹¹⁷⁾ Hartung, a. a. O., S. 12.

leihen.“ Politische Professoren — politisierte Studenten — politische Beamte! Dieses Beamtentum, besonders das im Staatsrat und in den Regierungskollegien, welches der Potsdamer Regierungsrat Wehnert am Ende jener Glanzzeit in den dreißiger Jahren, als also auch bereits das Wirken der Berliner Professoren sichtbar war, rückblickend als den „gebildetsten, geistig am meisten emanzipierten Teil der Nation“, als den „fähigsten und talentvollsten Teil der Staatseinwohner“ rühmte¹¹⁸⁾, war gleichfalls ein Erziehungs- und Entwicklungsprodukt der Reformer und damit der „politischen Professoren“ und der Anregungen durch Adam Smith.

Die Berliner Universität aber — im Rahmen der Erneuerung des Preußischen Staates von der Bauernbefreiung bis zur kommunalen Selbstverwaltung und allgemeinen Wehrpflicht selbst in gewisser Weise eine politische Gründung und Institution — ist zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens — wie die genannten Berufungen zeigen — von politischen Gesichtspunkten und Maßstäben nicht frei gewesen. Humboldt mag das Reformerische kaum noch als etwas Politisches, sondern im Zuge der Gesamtentwicklung als etwas Selbstverständliches angesehen haben. Spätere Generationen haben aus verschiedenen Motiven die Universität, wie er sie geschaffen hat, und unter Bezug auf seine Worte, besonders in Zeiten des Rufes nach Hochschulreform im Sinne einer Anpassung an die politische und gesellschaftliche Gegenwart, gerne so dargestellt, als ob sie seit dem ersten Plan stets eine unpolitische und politikfremde rein wissenschaftliche Anstalt gewesen sei und im Interesse der Wissenschaft auch weiterhin bleiben müsse. Humboldts Berufungspraxis und Professoren, wie die hier erwähnten, sind wenig geeignet, diese Auffassung zu stützen. Gegenüber der immer wieder und häufig ohne gründliches Vertrautsein mit dem Problem geäußerten traditionellen Auffassung von „Humboldts Universität“ wäre es gewiß verdienstvoll, einmal zu untersuchen, wie weit sie seit 1810 besonders in Verbindung mit den Kultusministerien in ganz Deutschland eine politische Einrichtung gewesen ist, wie sie gleichzeitig wissenschaftlich Großes geleistet und weithin politischen Einfluß ausgeübt hat.

¹¹⁸⁾ Zitiert bei Hartung, a. a. O., S. 13.

Englands Verhältnis zur deutschen Kultur zwischen der Reichsgründung und der Jahrhundertwende

„Ihr tragt den Kranz davon in der Musik, in der Rechtsgelehrsamkeit, in der Chemie, in den klassischen Sprachen, in der Bierbrauerei, im Waffenhandwerk, in den Manieren.“

Ein Engländer zu einem Deutschen in dem Roman
„One of our Conquerors“ von *George Meredith* (1890).

„Das Vorurteil gegen alle Ausländer, besonders aber gegen die Deutschen, ist ohne Zweifel heute (d. h. um 1900) viel stärker als in der Zeit, in welcher ich nach England kam“ (d. h. Ende der vierziger Jahre).

F. Max Müller (1823 bis 1900), Professor in Oxford.

Wie sah sich nach 1870 das kulturelle Leben Deutschlands von England aus an? Was konnte die Engländer zur Nachahmung locken? Wo wirkten

Widmung: Als ich Ostern 1914 nach Freiburg im Breisgau kam, ließ ich mir die markantesten Mitglieder des Meineckeschen Seminars zeigen. Den größten Respekt nötigte mir ein hochgewachsener Triarier desselben ab, den ein flotter Spitzbart zierte. Ich fühlte mich zu jung, um den Ehrgeiz zu hegen, ihn kennenzulernen. Das geschah erst nach dem ersten Weltkrieg, als ich das damals in Potsdam untergebrachte Reichsarchiv besuchte und dort den schwer verletzt Heimgekehrten bei der Aktenarbeit fand. Den Spitzbart hatte er geopfert, aber ich schaute auch so zu ihm auf. Von da an haben sich bis zu seiner Verdrängung aus der Heimat immer wieder zahlreiche Gelegenheiten zur Aussprache gefunden, aus denen sich eine gute, nach dem zweiten Weltkrieg erneuerte Freundschaft ergeben hat. Der Respekt der Freiburger Tage ist nicht nur geblieben, sondern hat sich im Laufe der Jahre, als ich den Menschen, seine Schriften und sein akademisches Wirken kennenlernte, noch vertieft.

Dieser Beitrag, der nun meine Hochachtung für *Hans Rothfels* bei seinem 60. Geburtstag vor den historisch Interessierten bekunden soll, gehört zu Studien über das deutsch-englische Verhältnis in den Jahren 1815 bis 1914, aus denen ein korrespondierender Abschnitt über „Deutschlands Verhältnis zur englischen Kultur nach der Begründung des Neuen Reiches“ in „Schicksalswege deutscher Vergangenheit, Festschrift für S. A. Kaehler“, Düsseldorf, 1950, Seite 289 bis 319, erschienen ist. Diese Aufsätze ergänzt ein weiterer über „Deutschland in englischer Auffassung am Vorabend des ersten Weltkrieges“, in: *Tymbos* für Wilhelm Ahlmann. Ein Gedenkbuch, hg. von seinen Freunden, Berlin 1951, S. 272 bis 287. Die Entstehung des wirtschaftlichen Gegensatzes habe ich behandelt in: *Deutschland und Übersee . . . von Karl V. bis zu Bismarck*. Ein Beitrag zur Geschichte der Rivalität

sich Anregungen aus, die von Deutschland ausgingen? Das an die Spitze gerückte, halb ernst und halb spöttisch gemeinte Wort von G. Meredith¹⁾ läßt bereits erkennen, daß die Antwort nicht einfach und eindeutig, das

im Wirtschaftsleben, Braunschweig 1950. Ich hoffe, in nicht allzu langer Zeit ein Buch über das Thema „Deutschland und England 1815—1914“ vorlegen zu können. Manche Namen, die ein kundiger Leser hier vermissen wird, werden dort in vorausgehenden oder nachfolgender Kapiteln ihren Platz finden.

Das in Studien dieser Art so viel verwandte, aber zu grobe und die Einsicht in das Wesentliche versperrende Wort „Einfluß“ ist hier genau so wie in dem Parallelaufsatz nicht verwendet (vergleiche dort Seite 315 über das Grundsätzliche).

¹⁾ *Motti*: a) *Meredith*: siehe *Dick* (Titel siehe Anm. 32) S. 41,

b) *Max Müller* siehe am Schlusse.

Ich nenne gleich hier die einschlägigen Schriften von *Klaus Dockhorn*, da ich sie sonst immer wieder anzuführen hätte: Die Staatsphilosophie des englischen Idealismus, ihre Lehre und Wirkung, Bochum-Langendreer 1937 (Kölner Anglistische Arbeiten 29); ferner: Der deutsche Historismus in England, ein Beitrag zur englischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts, mit Vorwort von *G. P. Gooch*, Göttingen 1950; ferner: Englands und Deutschlands Stellung in der Geistesgeschichte der Neuzeit, in der Zeitschrift: „Die Sammlung“ III, 1948, S. 209 bis 215, 291 bis 303, 344 bis 351. Die Nachwirkung Hegels behandelt ein Aufsatz in der Zeitschrift für die gesamte Staatswiss. 106, Heft 1, 1950; siehe auch noch: Der geistesgeschichtliche Standort der englischen Wissenschaft im (ersten) Weltkriege, in der Internationalen Zeitschrift für Erziehung, 1940, Heft 6, S. 266 bis 269; ausführlicher in der Schrift: Der Kampf der englischen Wissenschaft im Weltkrieg, Berlin, 1940; vergleiche ferner Dockhorns ausführliche Anzeige des 2. Bandes von: Die englische Kulturideologie, herausgegeben von *C. A. Weber*, in den Göttinger Gelehrten Anzeigen, 206, 1944, S. 316 bis 332.

Ich habe mit *Dr. Dockhorn*, der mir den baldigen Abschluß weiterer Arbeiten ankündigt, seit seiner Habilitation in Göttingen (1942) in persönlichem Austausch gestanden und daher seine Schriften meist schon im Manuskript lesen können. Er hat meine Entwürfe durchgesehen und mir durch Berichtigungen und Hinweise eine Hilfe geleistet, die ich nicht im einzelnen vermerken kann. Ich statue ihm deshalb an dieser Stelle einen zusammenfassenden Dank ab.

Den Überblick von *W. F. Schirmer*, Der Einfluß der deutschen Literatur auf die englische im 19. Jahrhundert, Halle 1947, lernte ich erst nach der Niederschrift kennen, doch konnte ich ihm noch nützliche Hinweise entnehmen. Bei Schirmer tritt die von ihm als 3. Periode abgeteilte Zeit von 1832 bis um 1870 zurück; auf die nachfolgenden Jahrzehnte fallen nur noch Streiflichter. Manche Namen — ich denke an Carlyle, Froude, Kingsley, Maurice u. a. m. —, die der Leser erwartet, werde ich in einem Kapitel zu erwähnen haben, das die vorausgehende Zeit behandelt, da der Höhepunkt ihres Wirkens vor 1870 liegt. Von englischen Darstellungen nenne ich hier nur: *D. C. Somervell*, Engl. Thought in the 19th Century, London, 1929, deutsch von *O. Funke*, Geistige Strömungen in England im 19. Jahrhundert, Bern, 1946, sowie die aus Rundfunkvorträgen herausgewachsene, sehr vielseitige Sammlung: Ideas and Beliefs of the Victorians. An Historic Revaluation of the Victorian Age, Sylom Press 1949; vergleiche auch *H. Levy*, England and Germany, London, 1949. Für den politischen Hintergrund siehe *R. J. Sontag*, Germany and England. Background of Conflict, 1848—1894, New York, 1938. Für Hinweise habe ich *S. H. Steinberg-London* zu danken.

Die Einwirkung der deutschen Sozialpolitik auf England ziehe ich nicht in das Thema hinein.

zweite, daß sie nicht günstig ausfallen kann. Selbst wenn wir die politisch begründeten Sympathien und Antipathien hier außer acht lassen, müssen wir uns auf Streiflichter beschränken, denn eine erschöpfende Antwort würde ein eigenes Buch erfordern.

Wir suchen zunächst nach Urteilen allgemeiner Art. Ein dem deutschen Wesen wohlgesonnener Beobachter wie Matthew Arnold meinte 1865, die Schwäche der an Gedanken reichen Deutschen sei, daß sie so langsam moderne Ideen auf das Leben anwendeten²⁾. Das war einer der Gründe, weshalb er viel von Heinrich Heine hielt: Arnold sprach ihm das Verdienst zu, mit seinem modernen Sinn alles unter den Gesichtswinkel des 19. Jahrhunderts gebracht zu haben.

Die Deutschen noch unmodern, dieser Tadel hatte bisher — wenn man sich an das Sichtbare hielt — gestimmt, war jetzt jedoch im Begriff, seine Berechtigung zu verlieren; aber man konnte ihn auch noch nach 1870 hören. Die von ihr gesammelten Erfahrungen hätten sie zu der Erkenntnis gebracht, schrieb Ende 1879 die Kronprinzessin Friedrich an ihre Mutter, „daß England allen anderen Ländern in der Höhe der Zivilisation und des Fortschritts weit voraus und das einzige ist, das den Begriff der Freiheit versteht und Freiheit auch wirklich besitzt, das einzige, das weiß, was wahrer Fortschritt bedeutet, entfernte Länder zivilisieren und kolonisieren kann, imstande ist, den Handel und infolgedessen den Wohlstand zu entwickeln, das einzige wirklich glückliche, das einzig wirklich freie und über dem allein das einzige wirklich menschliche Land, das immer bereit ist, in der großherzigsten und klügsten Weise zu geben, um Leiden zu erleichtern, möge es auch noch so weit entfernt sein“³⁾.

Wenn schon im Blickfeld einer Frau, die damals bereits über zwei Jahrzehnte in Deutschland lebte, die Vorzüge ihres Stammlandes die der neuen Heimat derart verdunkelten, so ist eine ähnliche Auffassung bei ihren Landsleuten erst recht nicht erstaunlich. Selbst eine an sich für Deutschland aufgeschlossene Zeitschrift wie die „Saturday Review“ meinte 1876, die Deutschen hätten zwar den Stoff in sich, aus dem zivilisierte Nationen geformt würden, aber zur Zeit seien sie noch nicht weit genug fortgeschritten, um mit Nationen in Wettkampf zu treten, die — wie England, Frankreich und Italien — eine alte Zivilisation besäßen⁴⁾.

²⁾ M. Arnold (1865): vergleiche seinen Essay über Heinrich Heine (siehe Anm. 29).

³⁾ Kronprinzessin Friedrich (17. Dezember 1877): Briefe der Kaiserin Friedrich, herausgegeben von Sir Frederick Ponsonby, Berlin, 1929, S. 167.

⁴⁾ „Saturday Review“ (29. September 1876): angeführt bei K. Meine: England und Deutschland 1871 bis 1876, Diss. Göttingen 1936 (auch Hist. Studien 306, Berlin 1936), S. 205.

Die Zeitschrift bewies mit dieser These ein kurzes Gedächtnis. Um 1840 wäre ein solches Urteil kaum möglich gewesen. Aber so war es ja nun einmal in der mittel-victorianischen Periode: in ihr waren die Einwirkungen des Auslandes überhaupt zurückgetreten, und die englische Kultur hatte ganz allgemein einen „home-made flavour“ angenommen. In England fehlte daher die Bereitschaft für eine Befruchtung durch die Kultur der „Vettern“, wie das noch vor einem Menschenalter der Fall gewesen war.

Dazu kam, daß nach dem Sturze Napoleons III. die Sympathien für Frankreich und damit auch für die französische Kultur wieder anstiegen. 1873 stellte Karl Hillebrand, vielleicht der beste deutsche Essayist dieser Zeit, fest, daß die Engländer ein merkwürdig geringes Interesse für die deutschen Angelegenheiten aufbrächten, „zumal, wenn man es mit der nie ermüdenden Neugier vergleicht, welche sie für die französischen Ereignisse an den Tag legen“. Hillebrand versuchte diesen Unterschied historisch zu erklären, wies auch darauf hin, daß die deutschen Zustände für einen Ausländer schwer verständlich seien, aber eine durchschlagende Erklärung wußte er nicht zu bieten⁵⁾. Eine Begründung gab 1874 die „Saturday Review“: es sei so viel angenehmer, in dem heiteren und glücklichen Frankreich als in Deutschland zu sein: „Dort gibt es so viel mehr Höflichkeit und Freundlichkeit, so viel mehr Kurzweil und so viel weniger Bevormundung und Anmaßung. Von Deutschland nach Frankreich zu kommen, ist so wie der Übergang von der Schulzeit in die Ferien“⁶⁾.

So war es: man empfand in England für Deutschland Achtung — „aber“, so formulierte es Hillebrand, „Achtung ist nicht Liebe, und man kann eine Nation wie einen Menschen sehr hoch achten und sie doch sehr langweilig und uninteressant finden“.

In demselben Maße, wie die deutsche Einwirkung abnahm, gewann daher — ungeachtet aller Wolken am politischen Himmel — Frankreich mit seinem Geschmack, seiner Prägnanz, seinem Raffinement und seiner Fähigkeit, in den Kern der Dinge vorzudringen, in England von Jahrzehnt

⁵⁾ K. Hillebrands Essays sind zusammengefaßt in seinen „Zeiten, Völker und Menschen“ III: Aus und über England, Berlin 1876 (siehe hier besonders S. 207 ff. über die wechselseitige englisch-französische Beurteilung); VII: Culturgeschichtliches, ebenda 1885 (hier die Essays: Über die Fremdensucht in England, Über das religiöse Leben in England, Die Engländer auf dem Kontinent). Über die Kirche vergleiche auch III, S. 24 ff. Die angeführten Stellen III, S. 8 und 14; siehe auch VII, S. 234 über das allgemein geringe Verständnis für das Festland.

⁶⁾ „Saturday Review“ (3. Dez. 1874): *Meine a. a. O.* S. 108 (danach auch *E. v. Vietsch*, Das europäische Gleichgewicht, Leipzig 1942, S. 334).

zu Jahrzehnt an Boden. Matthew Arnold, der einmal die Fähigkeit, verschiedene Wissensgebiete unter einen Gesichtspunkt zu rücken, als „truly German, but German of the best kind“ bezeichnete und sich in Berlin davon beeindrucken ließ, daß jeder etwas lernte und etwas gewissenhaft ausübte, rühmte an den Franzosen ihre Durchsichtigkeit, die Geradheit ihrer Vernunft und ihren sozialen Charme. Er verglich sie mit den Griechen und legte sich nach ihrer Niederlage die Frage vor, ob sie wie jene auf eine kulturelle Wirksamkeit zurückgeworfen sein würden⁷⁾. Aber diese Besorgnis war bekanntlich unberechtigt: Frankreich bewies nicht nur, daß es im geistigen und künstlerischen Bereich weiter produktiv blieb, sondern spielte sehr bald auch als politischer Faktor wieder eine Rolle.

Einen Platz zwischen denen, die noch zum deutschen Geist und jenen, die schon zum französischen Geiste hinneigten, nahm Walter Horatio Pater (1839 bis 1894) ein⁸⁾. Dieser Kunstphilosoph, der sich tief in Goethe hineingelesen hatte, an Hegels Ästhetik anknüpfte und unter den Kritikern und Essayisten der Zeit seinesgleichen sucht — ein Essay über Winckelmann hatte ihn 1867 bekanntgemacht —, gab 1887 seine „Imaginary Portraits“ heraus. Bei zwei von ihnen handelte es sich um Deutsche, bei zwei weiteren um Franzosen. Das war wohlüberlegt; denn Frankreich fühlte sich Pater in gleicher Weise verpflichtet.

Im englischen Schulunterricht hatte das Französische vom 18. Jahrhundert her seinen Platz, und ihn behielt es, als man anfang, auch das Deutsche zur Schulsprache zu machen. Es gab daher immer mehr Menschen, die französische Bücher zu lesen vermochten, als solche, die sich im Deutschen auskannten⁹⁾. Oft ist man geradezu überrascht, wie sehr das Deutsche eine wahre Fremdsprache blieb. Matthew Arnold z. B. sprach und schrieb ein flüssiges Französisch, hatte aber Schwierigkeiten mit dem Deutschen, als er mit seinem Bücherwissen nach Berlin kam. So blieb es bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts. Daß ein so raffinierter Geist wie Oscar Wilde mehr nach Paris als nach Berlin neigte, versteht sich von selbst. Aber auch auf anderen Gebieten sieht man, wie schon vor dem Abschluß der „Entente cordiale“ und dann erst recht die geistige Gemeinschaft mit Frankreich stärker als die mit Deutschland empfunden wurde.

⁷⁾ *M. Arnold: Letters of M. A. 1848—1888, coll. by G. W. E. Russell II, New York 1896, S. 56, 367.*

⁸⁾ *Walter Pater: H. Proesler, W. P. und sein Verhältnis zur deutschen Literatur, Diss. Freiburg i. Br. 1917.*

⁹⁾ *Deutsch im Schulunterricht: s. D. Bischoff, Deutsch und Französisch im britischen Bildungswesen (bes. in Schottland), in der Internat. Zeitschr. f. Erziehung 1939, S. 180 bis 202 (dort weitere Literatur).*

Dieser Wandel ist natürlich am spürbarsten in der Literatur und der Kunst¹⁰⁾. Goethe, der so vielfältig als literarisches Vorbild gedient hatte, war für diese Zeit der große Lehrer und Denker geworden, der aufgewiesen hatte, wozu der Mensch befähigt ist. In den achtziger Jahren ließ G. H. Lewes Goethes „Life and Works“ erscheinen, ein Werk, das noch heute gerühmt wird. 1894 schrieb Seeley „Goethe Reviewed after Sixty Years“. Doch zu diesem Loblied ergab sich seit den achtziger Jahren als zweite Stimme ein Vorwurf gegen das moderne Deutschland, weil es sich so weit von Goethes Welt entfernt habe — hier hat das Motiv von den zwei Deutschlanden seinen einen Ursprung. Aber mochte die Kenntnis Goethes sich noch verbreitern, die Achtung für die klassische deutsche Literatur bleiben, es wuchs nach Heine kein Dichter nach, der den Engländern Entscheidendes zu sagen gehabt hätte. Hebbel und Grillparzer, Storm, Keller und C. F. Meyer, sie waren alle in ihrer Art so besonders deutsch, daß das geringe Echo, das sie im Ausland fanden, nicht einfach auf Unverständnis zurückgeführt werden darf. Um die Wende zum 20. Jahrhundert war es erst recht so. Der Naturalismus arbeitete so stark mit Milieu und Lokalkolorit, daß er schon aus diesem Grunde sich schlecht zur Übersetzung eignete. Hoffmannsthal und George kamen wieder aus anderen Gründen wenig in Betracht. Rilkes Ansehen fing erst an, über eine engere Gemeinde hinaus vorzudringen, und Thomas Manns Ruhm überschritt noch nicht die Grenzen. So bleibt als europäische Größe dieser Zeit eigentlich nur Gerhart Hauptmann: Oxford verlieh ihm 1905 die Würde eines Ehrendoktors, aber englische Theater führten ihn kaum auf. Im Jahre 1911 schrieb er das Vorwort zum „Oxford Buch deutscher Dichtung“, in dem H. G. Fiedler, der „Professor Geiger“ in Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang“, für die englischen Studenten das beste aus der deutschen Literatur der letzten acht Jahrhunderte vereinigte: das sichtbarste Zeugnis aus der Vermittlungstätigkeit zwischen deutscher und englischer Philologie, die dieser Germanist jahrzehntelang als Oxford Professor in rühmenswerter Weise ausübte.

Blickt man in die Oxford Anthology und andere Sammelwerke, so hat man den Eindruck, daß sie zu großen Nachdruck auf die Dichter und Denker einerseits, das Volksmäßige andererseits legten und dadurch dazu

¹⁰⁾ *Deutsche Literatur in England*: Schirmer a. a. O., vergleiche auch B. Qu. Morgan, A Bibliography of German Literature in Engl. Translation, Madison 1922 (Univ. of Wisconsin, Studies in Language and Literature Nr. 16). — *Goethe in England* (nach 1860): Stella M. King, G's Lyric Poems in Engl. Translation after 1860, Madison 1928 (Studies Nr. 26); W. H. Brudford, G's Reputation in Engl. since 1832, in Essays on G., ed. by William Rose, London 1949, S. 187 bis 206.

beitrugen, das herkömmliche Bild von deutscher Geistigkeit festzuhalten, statt den englischen Lesern gerade an Hand der Dichtung klarzulegen, wie komplex das Problem „Deutschland“ inzwischen geworden war.

Wieviel hatte Frankreich in der gleichen Zeit an Romanen und Theaterstücken anzubieten! Mochte auch viel Vergängliches darunter sein, es war zum mindesten unterhaltend.

Das gleiche gilt für die Malerei¹¹⁾. Wohl hatten noch zwischen den Präraffaeliten in England und den Nazarenern in Deutschland Verbindungen bestanden; aber seitdem die deutschen Maler bei den Franzosen in die Schule gingen und auch bei ihnen der Impressionismus siegte, wäre es ja eigentümlich gewesen, wenn die Engländer das Neue nicht an der Quelle, d. h. in Paris, aufgesucht hätten. Wo sich in Deutschland eine eigenständige Malerei behauptete, war sie wiederum so an deutsche Voraussetzungen geknüpft, daß sie für das Ausland kaum in Betracht kam. Doch gelangte auch jetzt noch der eine oder andere deutsche Maler in England zu Ansehen, an ihrer Spitze der Bayer Sir Hubert von Herkomer (1849 bis 1914), der am Hof und in der Gesellschaft das Ansehen gewann, das eine Generation vorher Franz Xaver Winterhalter (1805 bis 1873) genossen hatte.

Ähnliches gilt für die Plastik; in der Architektur sowie im Kunstgewerbe war es dagegen so, daß Deutschland bei England in die Schule ging.

Nur die deutsche Musik behauptete trotz der verstärkten Konkurrenz der Italiener und Franzosen den Platz im englischen Kulturleben, den sie seit Händels Tagen in ihm eingenommen hatte¹²⁾. In der vorausgehenden

¹¹⁾ *Präraphaelitismus und Deutschland*: H. W. Singer, *Der Präraphaelitismus in England*, München-Berlin 1912 (Die Kultur des modernen England IV), bes. S. 22 (Beziehungen Rossettis zur deutschen Literatur), S. 49 ff. eine Kunstkritik von 1850, welche die Nazarener über die Präraphaeliten stellt. Über Rossettis Freundschaft zur Familie des Dr. Heilmann vergleiche *Times Literary Supplement* 9. September 1949 (im Anschluß an dessen Biographie von *Helen Rossetti Angeli*). Über Anregungen von Rother und Rethel auf Edward Burne-Jones vergleiche *G. Burne-Jones, Memorials of E. B.-J.*, I, London 1904, S. 254 f.; ebenda S. 55 über dessen Hochachtung für Ludwig Richter. Einige Hinweise bei *Dagobert Frey*, *Engl. Wesen in der bildenden Kunst*, Stuttgart 1942, S. 436 ff.

¹²⁾ *Deutsche Musik in England*: A. J. Balfour, Hendel, zuerst in der „*Edinburgh Review*“, Januar 1887, dann in dessen „*Essays and Addresses*“, Edinburgh, 2. Ed., 1893, S. 111 bis 185, bes. S. 175; über 1904 *Levy* a. a. O., S. 12 ff. (und auch über andere) nach *E. Speyer, My Life and Friends*, 1937, S. 190. Über Wagner *M. Moser, R. W.* in der englischen Literatur des 19. Jahrhunderts, Bern 1938 (Schweizer Anglistische Arbeiten VII); dazu *Schirmer* a. a. O., S. 148, siehe auch *A. S. Turberville and F. A. Howe, Great Britain in the Latest Age*, London 1921, S. 315. Nicht viel mehr als Namen bietet *B. Dressler: Was Deutsche taten für England und das englische Weltreich*, Leipzig 1939, S. 45 bis 50.

Generation hatte es den Engländern besonders Mendelssohn angetan; seit den siebziger Jahren kam Wagner zu Gehör: „Der fliegende Holländer“ und „Tannhäuser“ zwar erst rund dreißig Jahre nach ihrer Entstehung, der „Ring“ dann schon 1882, also nur sechs Jahre nach der Bayreuther Uraufführung — ein Anzeichen dafür, daß Wagner sich nun auch in England seine Gemeinde erkämpft hatte. Daß er über das Musikalische hinaus Eindruck machte, zeigt Charles Swinburne in seinen Stoffen und Stabreimen; als der Bayreuther Meister starb, pries er ihn in Versen. In diesem Zusammenhang ist auch an G. B. Shaws „The Perfect Wagnerite“ (1898) zu erinnern, in dem er den „Ring des Nibelungen“ einer eigenwilligen Deutung unterzog.

Daneben behielt die klassische Musik ihren Rang. Als 1885 Händels zweihundertjähriger Geburtstag gefeiert wurde, huldigte Arthur James Balfour, der spätere Ministerpräsident, nicht nur ihm, sondern auch Bach. Er führte aus, wie England Händel gefördert und sein Schaffen bestimmt hatte, betonte demgegenüber aber seine deutsche Abstammung. Er blickte auch auf die folgende Epoche und zählte auf, was die Engländer in ihr für deutsche Musiker getan hatten. Bei einer Ehrung, die 1904 für Joseph Joachim veranstaltet wurde, erklärte Balfour, daß — wenn die Musik aller anderen Völker zerstört würde — England dann zwar vieler Meisterwerke beraubt sei, aber diesen Verlust doch werde überstehen können, jedoch: „if the music of Germany were destroyd, we could not get on.“ Mit solcher Würdigung der deutschen Meister stand Balfour nicht allein, und ihre Verehrung blieb von der Frage, ob man die Deutschen mochte oder nicht, ganz getrennt.

Nicht zu übersehen ist in der Geschichte der englischen Musikpflege die Mitwirkung aus Deutschland eingewanderter, meist dem Judentum entstammender Wollhändler in Manchester, Leeds und Bradford bei dem Ausbau des dortigen Musiklebens; die Orchester dieser Städte haben ihren Rang bis heute behauptet. Auch über London selbst ließe sich Entsprechendes ausführen.

Über Anregungen, welche die wissenschaftliche Forschung aus Deutschland empfing, soll hier nichts gesagt werden, da wir sie bereits in einem anderen Aufsatz behandelt haben¹³⁾. Doch verdient das Geschichtsbild,

¹³⁾ *Die Wissenschaft und Deutschland*: vergleiche Schramm 1950 S. 303 ff. Zu untersuchen bleibt noch der Buchhandel. Heinemann und Cassel waren deutscher Abstammung; die von Heinemann gedruckte „Loeb-Library“ nahm den Wettstreit mit Teubners Sammlung klassischer Autoren auf.

das die Historiker entwarfen, unsere Aufmerksamkeit¹⁴⁾. Denn hier ist von Wichtigkeit, daß die starken Anregungen, welche die ältere Generation seit den zwanziger Jahren von der deutschen Historischen Schule empfangen hatte, über 1870 hinaus fortwirkten. In seinem wiederholt neu aufgelegten und bis heute nicht ersetzten Buch „The Holy Roman Empire“, das James (später: Viscount) Bryce 1864 verfaßt hatte und nach der Reichsgründung erweitert herausbrachte, sprach er im Vorwort von den Deutschen als der großen Nation, „deren außerordentliche Verdienste auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung von den englischen wie von den Gelehrten der ganzen Welt mit dankbarer Bewunderung anerkannt werden“. Zu nennen sind hier vor allem Edward Augustus Freeman (1823 bis 1892) und (Bischof) William Stubbs (1825 bis 1901), die Begründer der „Oxford School“, die auf der Tradition J. M. Kembles und seiner Zeitgenossen weiterbauten, sowie J. R. Green, der ihre Auffassungen popularisierte. Von Stubbs Englischer Verfassungsgeschichte, einem gleichfalls bis heute nicht überholten Meisterwerk, meinte Freeman, es sei „ein wundervolles Buch, mehr ein deutsches als ein englisches Buch“, und Stubbs erklärte 1876 bescheiden, die Engländer hätten noch viel zu tun, bevor die Schule von Oxford neben denen von Paris, Bonn, Göttingen, München oder Wien bestehen könne. Er sah das geschichtliche Wissen als eine besondere Wissensweise an, von der naturwissenschaftlichen Art des Wissens, das eigene Organe benötigte, unterschieden und vertrat daher im Gegensatz zu dem positivistischen Zug der Zeit den Gedanken einer autonomen historischen Bildung.

Freeman und Stubbs, sie beide bemühten sich, die Auffassung Kembles zu erhärten, daß das moderne England durch eine feste Kontinuität mit dem angelsächsischen England und daher auch mit den übrigen germanischen Völkern verbunden sei. Für Freeman war die normannische Eroberung nicht mehr als ein „temporary overthrow of our national being“, und bei Stubbs heißt es, nur solche fremden Einmischungen hätten auf England gewirkt, die „German by origin“ gewesen seien. In seinen Vorlesungen dozierte Stubbs, die französische und italienische Geschichte spreche nur die Phantasie der Engländer an, mit der deutschen sei ihre eigene durch Geschichte und Natur verbunden. Wie schon Trench zog Freeman daraus die Folgerung, daß die englische Sprache durch die vielen Lehnwörter französischen Ursprungs überfremdet werde; er war auch gegen das Empire, gegen die Imperial Federation, gegen das Jingoismus:

¹⁴⁾ *Die Geschichtsschreibung*: ich stütze mich hier vornehmlich auf *Dockhorn*, *Historismus*, a. a. O., und fasse mich kurz, da dort bereits das Wesentliche gesagt ist.

„I am for the English folk, here, there, and everywhere“ — er war, was man damals einen „Little“ Engländer nannte. Wie ein Romantiker der voraufgehenden Generation konnte er für des mittelalterlichen Reiches Herrlichkeit schwärmen, und als er das wieder deutschgewordene Elsaß bereiste, betrachtete er es mit den Augen eines Ghibellinen.

In diesem Zusammenhang ist auch J. R. Seeley anzuführen, der Biograph des Reichsfreiherrn vom Stein und Bewunderer von dessen Generation; denn er setzte sich die Aufgabe, Rankes universale Sehweise auf die englische Geschichte zu übertragen. Er wandte sich gegen deren isolierte Betrachtung und die Überbetonung der Verfassungsgeschichte. Die Absicht seines Essays über „The Growth of British Policy“, den er 1895 erscheinen ließ, war, England, „the great power“, als eine Großmacht, d. h. als einen Staat unter andern zu behandeln. Daß Rankes „Englische Geschichte“ ihm als Vorbild vorgeschwebt hatte, sprach er selbst aus. Aber auch Droysens „Geschichte der Preußischen Politik“ war er zu Dank verpflichtet¹⁵⁾.

Weniger zugänglich für deutsche Anregungen hatte sich bisher die Rechtsgeschichte im engeren Sinne erwiesen¹⁶⁾. Das erklärt sich dadurch, daß sie bis in die sechziger Jahre im naturrechtlichen Bannkreis verharrt und sich mit analytischer Behandlung ihrer Materie begnügt hatte. Das, was die Deutschen durch Savigny gelernt hatten, schöpfte erst Sir Henry Sumner Maine (1822 bis 1888) aus, der 1869 Professor in Oxford wurde. Er sah die Stufen der Rechtsentwicklung im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung und betrachtete den einzelnen Rechtssatz als Teil eines Rechtsorganismus, zerschlug also die absoluten Normen. Anzu merken ist, daß Maine antiliberal eingestellt war und sich gegen die Schule Bentham wandte; denn die voraufgehende Generation hatte die deutschen Anregungen dazu benutzt, um das liberale Weltbild zu festigen.

In den Schatten gerückt wurde Maine durch Frederick William Maitland (1850 bis 1906), der neben Savigny nun auch schon Otto von Gierke auf sich wirken ließ. Durch dessen berühmtes Buch über das Genossenschaftsrecht (1868 ff.) wurde er veranlaßt, den Begriff der „Genossen-

¹⁵⁾ J. D. Seeley, *The Growth of Brit. Pol. An Hist. Essay*, Cambridge 1895, vergleiche bes. S. 2 f., 8; vergleiche dazu den einleitenden biographischen Abriss von G. W. Prothero.

¹⁶⁾ *Sir Henry Maine und Fr. W. Maitland*: vergleiche auch E. Barker, *Polit. Thought in Engl. from H. Spencer to the Present Day*, London 1915, S. 161 ff.; dort S. 163: „But it is from Germany that the Historical Method, as it appears in Maine, derives its greatest inspiration“, S. 175 über Maitland und Gierke. Vergleiche ferner den Nachruf zum 100. Geburtstag im *Times Literary Supplement* 25. May 1950 und *Dockhorn* an verschiedenen Stellen, zuletzt in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 106, Heft 1, 1950.

schaft“, den er mit „fellowship“ wiedergab, in das Zentrum seines Rechtsdenkens zu setzen. Er bekämpfte die pulverisierende Tendenz des französischen Etatismus, weil er alle zwischen Staat und Mensch gelagerten Gemeinschaftsformen zunichte mache und den absoluten Staat dem absoluten Individuum gegenüberstellte.

Ein englischer Nachruf zu seinem einhundertsten Geburtstag sah Maitlands Bedeutung darin, daß er das Recht als Ergebnis der Kultur betrachtet habe, das nur verstanden werden könne, wenn es als ein Zweig der sozialen Tätigkeit begriffen werde — das war die Einsicht, von der Savigny ausgegangen war. Der Gedächtnisaufsatz sprach ihm weiter das Verdienst zu, im Anschluß an Gierke die Lehre von den Korporationen auf eine feste philosophische und historische Grundlage gestellt und damit das seitherige Grundthema des angelsächsischen öffentlichen Rechts angeschlagen zu haben, das von den Begriffen Staat und Individuum zu dem der Genossenschaft in jeglicher Form (Kirche, Gewerkschaft, Aktiengesellschaft) dränge.

Wie fruchtbar diese Gedanken um die Wende des Jahrhunderts für die britische Reichsidee wurden und wie sie schließlich den Anstoß dazu gaben, daß der Ausdruck „Empire“ durch „Commonwealth“ ersetzt wurde, gehört nicht mehr in unseren Zusammenhang.

Die Einwirkung der deutschen „Historischen Schule“ war also lang und nachhaltig; aber sie verstärkte sich — wenn man von Ranke, dem unermüdlich Werk auf Werk türmenden Altmeister, und von Gierke absieht — nicht durch neue Konzeptionen, welche die Deutschen den Engländern anzubieten hatten; diese Rolle war jetzt den Engländern zugefallen, nachdem der evolutionistische Gedanke sie erfaßt hatte. Vorbildlich blieb Deutschland jedoch weiterhin durch seine Methode, die Editionstechnik, die geschichtlichen Hilfswissenschaften und die Kunst, das Antiquarische zu erschließen. Ein nicht mehr zu übertreffendes Specimen eruditionis, das alle diese Vorzüge vereinte, empfang England durch die von Felix Liebermann, den Bruder des Malers, besorgte und kommentierte Ausgabe der angelsächsischen Gesetzestexte (1903 bis 1916) — wie seltsam hätte es die Deutschen angemetet, wenn ihnen ein Engländer eine Ausgabe der Lex Salica auf den Tisch gelegt hätte, an der nichts auszusetzen und viel zu bewundern gewesen wäre!

Als Stubbs, zuletzt Bischof von Oxford, 1901 starb, besaß das von ihm vertretene Geschichtsbild schon nicht mehr die allgemeine Gültigkeit, die ihm in den vorausgehenden Jahrzehnten zugekommen war: wie im ehe-

maligen „Gallien“ hatte auch in England die Arbeit der Keltologen wieder stärker ins Bewußtsein gehoben, was es für beide Länder bedeutete, daß die Franken dort, die Angelsachsen hier, eine keltische Bevölkerung vorgefunden hatten. Neben das Bewußtsein, von den Germanen abzustammen und dadurch mit den Deutschen verwandt zu sein, trat die Besinnung auf das mit Frankreich verbindende keltische Erbe. Daher liefen diese Bestrebungen, für die (Sir) John Rhÿs (1840 bis 1915), einstmals Student in Deutschland, und Camille Jullian, der Verfasser der von 1907 an erscheinenden monumentalen „Histoire de la Gaule“, namhaft zu machen sind, auf eine geistige Untermauerung der Entente cordiale von 1904 heraus¹⁷⁾.

Dabei verdient erwähnt zu werden, daß von allen als Meister der keltischen Philologie der bayerische Gymnasialprofessor Caspar Zeuß anerkannt wurde, der in den fünfziger Jahren begonnen hatte, sie aus ihrer zünftlerischen Einkapselung zu befreien und den Fängen des Dilettantismus zu entwinden. Unter den noch Lebenden erfreuten sich großer Hochachtung Heinrich Zimmer, ein genialer Selfmademan des Geistes, der vom Volksschullehrer zum Berliner Ordinarius der Keltologie aufstieg, und Kuno Meyer, ein Bruder des berühmten Althistorikers.

Man spürt den Wandel, den die Wertung des Germanentums durchmachte, vielleicht am deutlichsten in der Dichtung¹⁸⁾. Thomas Hardy hatte 1878 im „Return of the Native“, als er ein Fest auf der nächtlichen Heide in Wessex beschrieb, die Erinnerung an die Druidenriten und an sächsische Feuerbräuche zugleich beschworen: „Es war, als wenn diese Männer und Knaben plötzlich in vergangene Zeiten tauchten und aus ihnen die Stunden und Taten hervorholten, die einst mit diesem Ort verknüpft gewesen waren“. Hardy ließ beide Kulturen gelten und gab dem Leser einen Hin-

¹⁷⁾ *Keltologie*: Die führenden Gelehrten ersieht man aus den Literaturangaben zu dem Abschnitt: Die keltischen Literaturen in: Die romanischen Literaturen und Sprachen von H. Zimmer u. a., Berlin-Leipzig 1909 (Die Kultur der Gegenwart I, Band XI, 1); das Nähere vermitteln die Nationalbiographien. Über den Pankeltismus siehe H. Zimmer. Der P. in Großbritannien und Irland, in den Preuß. Jahrbüchern 92, 1898, S. 426 bis 494 und 93, 1898 S. 294 bis 334; Ders. ebenda 99, S. 454 bis 497, über die keltische Bewegung in der Bretagne.

¹⁸⁾ *Das keltische Problem und das nordische Element in der englischen Literatur*: H. Galinsky, England und die altgermanische Welt im britischen Traditionsbewußtsein der Gegenwart, in: Die englische Kulturideologie, herausgegeben von C. A. Weber II, Stuttgart-Berlin 1943, S. 397 bis 435. — Siehe ferner H. Dietz, Nord. Mythos, in der Neuphilologischen Monatschrift X, 1939, S. 315 bis 319; Fr. Wild, Odin und Euemeros, Spiegelung germanischer Göttersage im englischen Schrifttum, in den Wiener Sitzungsberichten, Phil.-Hist. Klasse 219, Nr. 3, 1941; K. Probst, Germ. Strömungen in der englischen Sprachgeschichte, in: Volksforschung V, 1941, S. 255 bis 279; vergleiche auch A. D. M. Hoare, The Work of Morris and Yeats in Relation to Early Saga Lit., Cambridge 1937.

weis, indem er seinen Helden halb keltisch, halb germanisch nannte: Clym Yeobright. E. E. Housman empfand dagegen diese doppelte Abstammung als eine immer noch nicht überwundene Spannung. In einem Gedicht schilderte er 1896, wie er die Kämpfe am Severn in seinem Herzen fort dauern fühle:

„They cease not fighting east and west
On the marches of my breast“.

Ohne Waffenstillstand kämpfe es in ihm weiter:

„They kill and kill and never die,
And I shrink that each is I“.

Es wird kein Zufall sein, daß nach Abschluß des Vertrages mit Frankreich das Keltische als das Höherwertige verherrlicht wurde. In dem Epos „The Dawn of Britain“, in dem Charles Doughty 1906/07 die englische Frühgeschichte besang, stellte er das Keltentum als das urtümliche, die Engländer mit der Mittelmeerwelt verbindende Element heraus. In einem etwas späteren Gedicht sprach er von dem Unrecht, das wegen der Kämpfe gegen die Briten auf den Nachkommen der Germanen laste; er nennt sie „... sons of the war-wrongs, which before-time were“.

In der Konsequenz dieser Einstellung lag, daß die römisch-christliche Tradition betont und von der germanisch-heidnischen Vergangenheit mit ihren rauen Sitten abgerückt wurde. 1911 sprach Gilbert K. Chesterton von den „seven sunken Englands, buried one by one“, d. h. den sieben überwundenen Reichen der Angelsachsen. Römische Weltordnung dort und germanische Weltzerstörung hier, das ist der Gegensatz, den er herauskehrte. Mit den Germanen verbunden empfand er die Deutschen; ihre „Sentimentality“ projizierte er in die Zeit der Wikinger zurück, „that mighty people, womanlike, that have pleasure in their pain“. Von solcher Auslegung aus ergab sich dann für den ersten Weltkrieg die Deutung, es handle sich um einen Kampf des ordnenden, Gemeinschaft bildenden Südens gegen den unbezähmbaren und zerstörenden Norden. Sie begegnete sich mit der von einem andern Ausgangspunkt herkommenden, aber im Ergebnis auf dasselbe hinauslaufenden Alternative „Christ or Odin“, in die ein Bischof nach Ausbruch des Krieges den Sinn des Kampfes gegen die Deutschen einfangen zu können wähnte.

Es kam allerdings nicht zu einem Siege der „keltischen Idee“ auf der ganzen Linie. Die nordische Götterwelt und die der Wikingerhelden, die durch die Romantik ihren Platz im geistigen Leben Englands erhalten hatten, fanden auch jetzt noch ihre Bewunderer und blieben in der Literatur ein belebendes Element. Ihnen eine antideutsche Spitze zu geben,

blieb dem Amerikaner Homer Lea (1876 bis 1912) vorbehalten, der es bis zum chinesischen General brachte und seine Landsleute vor den Gefahren einer japanischen Invasion warnte. Er war ganz von dem modernen, den Darwinismus als geistiges Arsenal ausbeutenden Machtgedanken ergriffen und beobachtete mit Sorge, wie die angelsächsische Rasse in die Minderheit rückte. 1912 schrieb er für die Engländer ein Buch „The Day of the Saxon“, das er dem Feldmarschall Roberts widmete. In ihm stellte er den Engländern als den Erben der „Saxons“ die Deutschen, die „Teutons“, gegenüber und erörterte die Ausdehnungskämpfe der Zukunft, die er als feststehende Tatsache behandelte. Ein Satz wie dieser: „For a Saxon to deny war is to epitomize human vanity“ klingt wie eine unfreiwillige Bestätigung der keltophilen Theorie. Lea hatte von der verhüllenden Höflichkeit der Mandarine nichts mit nach Hause genommen und führte des langen und breiten aus, weshalb es zum Kampfe zwischen „Sachsen“ und „Teutonen“ kommen müsse: das sei „nicht Schuld Bismarcks und seiner rauchenden Schornsteine“, sondern habe seine Ursache in der Aktivität der Sachsen, die die an sich stärkeren Teutonen von allen Seiten eingekreist hätten, um deren Ausdehnung zu verhindern. Deutschland sei nicht die erste noch die letzte Nation, der das geschehe: „This is an old anomaly, and has a definite place in racial expansion“. Angesichts dieses extravagant, aber konsequent gedachten Buches, das ein Dokument für den Geist des Imperialismus darstellt und daher, wie von Lea erhofft, auch in England Zustimmung fand, ist man versucht zu sagen, die verdorrnde „Germanic Idea“ habe den jungfräulichen Boden Amerikas aufsuchen müssen, um neue Wurzeln zu treiben. Doch tut man dem Buche mit solcher Deutung doch wohl zu viel Ehre an¹⁹⁾.

Die germanische Kontinuität vom Altertum bis auf die Gegenwart, die für die beiden letzten Generationen der Historiker ein festes Axiom gebildet hatte, wurde auch noch von einer anderen Seite aus in Frage gestellt. Bisher hatte das Parlament als Fortsetzung der normannischen Curia regis und diese als Erbin des Witenagemot, der Volksversammlung der Angelsachsen, gegolten. Jetzt wandte sich das Interesse der Historiker der mittelalterlichen Verwaltung zu. Der Professor Th. Fr. Tout (1855 bis 1929) und die von ihm seit 1890 angeführte Schule von Manchester präparierten heraus, was die aus dem königlichen Haushalt herausgewachsenen Ämter für das mittelalterliche England bedeutet hatten und wie stark England dadurch mit Frankreich, das eine ähnliche Entwicklung durchgemacht

¹⁹⁾ *Homer Lea*: vergleiche außer seinem Buch das Dict. of Americ. Biogr., ed. *Dumas Malone* XI, London etc 1933, S. 69 f.

hatte, verbunden war²⁰⁾. An dieser Brücke über den Kanal bauten von der gegenüberliegenden Seite französische Forscher, und so ergab sich, daß ebenso, wie in der neuesten Zeit die Bürokratie die Geltung des Parlaments einengte, sie auch schon im Mittelalter eine Gegenkraft bedeutet hatte. Daher sah sich die Kontinuität nicht mehr so überzeugend an, wie sie das bisher getan hatte. Zum mindesten war ihre Bedeutung nunmehr stark eingegrenzt.

Diesem Abrücken von der germanischen Welt, das auf ein geistiges Abrücken von Deutschland hinauslief, entsprach das Abrücken vom deutschen Protestantismus.

Es gab ja kaum ein Gebiet im englischen Geistesleben, das von 1825 an so stark durch Deutschland beeindruckt worden war wie die Theologie²¹⁾. Das war auch noch am Vorabend des Neuen Reiches der Fall. 1860 forderte der nach vielen Seiten anregende und einflußreiche Benjamin Jowett für die Interpretation der Bibel die philologische Methode, und 1863 orientierte R. W. Machay in einem Buche „The Tübingen School and its Antecedents“ über das, was Deutschland auf diesem Wege geleistet hatte. Vor allem konnte sich die deutsche Theologie in Schottland auswirken. In England ergab sich aus der Lage der Dinge, daß sich nur die liberale Richtung in der Anglikanischen Kirche, die Broad Church, dieser Einwirkung ohne Zurückhaltung hingab. Denn sowohl der High Church als auch den Freikirchen blieb die Kritik an der Offenbarung verdächtig,

²⁰⁾ *R. Fr. Tout*: Dict. of National Biogr. 1922—1930, London 1937, S. 845 bis 848. Tout war der Nachfolger des mit Lord Acton verbundenen, noch in der „germanischen“ Linie stehenden Sir Adolphus Ward.

²¹⁾ *England und die liberale Theologie*: über Disraeli siehe seine Biographie von *Mony-penny-Buckle* IV, S. 361 ff. Ranke an Manteuffel (3. Juli 1865): L. v. R., Neue Briefe, herausgegeben von *B. Hoef* und *H. Herzfeld*, Hamburg 1949, S. 448 f. Über Gladstone siehe *E. Daniels*, Englische Staatsmänner von Pitt bis Asquith und Grey, Berlin 1925, bes. S. 406 f., und *R. Craemer*, Gladstone als christlicher Staatsmann, Berlin-Leipzig 1930, 2. Auflage 1936, ferner *K. O. Rabl*, Christentum und Volkstum bei *W. E. Gladstone*, München 1936 (Münchener Hist. Abh. I, 10; auch Diss. München) und *E. Eyck*, Gladstone, Erlbach-Zürich und Leipzig 1938. *M. B. Reckitt*, Maurice to Temple. A Century of the Social Movement in the Church of England. Scott Holland Lectures 1946, London 1947, ist instruktiv für die innerenglischen Zusammenhänge, bietet jedoch nichts für unsere Fragestellung; dazu *Brudford* a. a. O. S. 190 ff. über den Zusammenhang von *F. D. Maurice* und Benjamin Jowett mit der deutschen liberalen Theologie einerseits, Goethes „Weltfrömmigkeit“ anderseits. — Die angeführte Stelle in: *The Life and Letters of the R. Hon. Friedrich Max Müller*, ed. by his Wife I, London 1902, S. 395; über Gladstone und Goethe siehe *J. A. Cramb*, Engl. and Germany, London 1914 ff.; über den Bischof Colenso siehe *W. Dibelius*, Engl. II, Stuttgart, 2. Auflage 1923, S. 27. — Vergleiche die Äußerungen, die Matthew Arnold von ganz anderem Standpunkt aus über die deutsche Kirche in seinen Briefen (a. a. O. S. 359 und 367) macht.

Wer gegen den erstarkenden religiösen Liberalismus in England war, kam daher zwangsläufig in Opposition zu den Deutschen. Schon 1856 zeigte sich Disraeli, dem im Gegensatz zu Gladstone theologische Fragen an sich nicht auf der Seele brannten, besorgt über den „schnellen und seltsamen Fortschritt, den die deutsche Theologie alias Unglaube“ in Oxford, dem bisherigen Sitz der Orthodoxie, und unter den Geistlichen der Church of England mache, und 1861 hielt er auf Bitten des Bischofs von Oxford eine Rede, in welcher er die verschiedenen, im Laufe der letzten hundert Jahre aus Deutschland nach England übertragenen Lehren ins Lächerliche zog, die rationalistische, die mystische und die pantheistische. Allgemeines Aufsehen erregte es, daß 1860 und 1863 von Amts wegen gegen die Verfasser liberaler Schriften vorgegangen wurde; im zweiten Falle handelte es sich um den Bischof Colenso von Natal, der die Gedanken deutscher Theologen, vor allem des in England sehr bekanntgewordenen Ewald, verbreitet hatte.

Als Leopold von Ranke England 1865 besuchte, empfand er die kirchliche Atmosphäre als fremd. Ihn beeindruckte „der ganz eigentlich protestantische, ausschließlich, um nicht zu sagen, reformatorisch protestantische Geist, der sich in diesem Augenblick kundgibt“. Es klingt überraschend, daß er die Konservativen als die eigentlichen Protestanten, die Whigs mehr als Papisten ansah; aber seine Kennzeichnung besteht insofern zu Recht, als die Konservativen noch an der Richtung festhielten, die in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. und des Gesandten von Bunsen geherrscht und die Begründung eines englisch-preußischen Bistums Jerusalem ermöglicht hatte. Der liberale Gladstone, den Ranke persönlich kennenlernte, und seine kirchlichen Gesinnungsgenossen folgten dagegen der von Pusey gewiesenen „ritualistischen“ Richtung, die sich aus dem Oxford Movement der dreißiger Jahre ergeben hatte. Sie hatte ihren Namen daher, weil sie einen Ausbau und eine Verlebendigung des Ritus erstrebte und gegen theologische Spekulation skeptisch, wenn nicht ablehnend war. Anti-römisch, aber nicht anti-katholisch, das war die Frontstellung dieser „papistischen“ Whigs.

Die deutsche Theologie beurteilte Gladstone nicht viel anders als sein Gegenspieler Disraeli. „Er ist“, so spitzte es 1870 der mit ihm befreundete Oxforder Professor Max Müller zu, „im Grunde seines Herzens überzeugt, daß jeder Deutsche ein Häretiker sive Protestant, ein Barbar und Schuft ist“. Aus seiner moralischen Einstellung heraus kam Gladstone ja sogar dazu, die Frage offenzulassen, „ob Goethe ein böser Genius der Menschheit gewesen ist oder nicht“. Dollinger, der sich nach dem Vaticanum von

der Römischen Kirche löste und im „Alt-Katholizismus“ verharrte, das war Gladstones Mann.

Döllinger war auch der Heros von Sir John Dalberg Acton, der aber als gläubiger Katholik die Dinge wieder etwas anders sah als Gladstone: für ihn bildete Deutschland, d. h. Döllinger und seine Kampfgenossen, das „Vordertreffen“; in den Gegnern der Religion in England sah er nichts als „die Schüler der Religionsgegner in Deutschland“. Gegen Luther hatte er grundsätzlich einzuwenden, er sei der „Erfinder“ der Theorie des passiven Gehorsams und habe dadurch ein Gottesgnadentum ermöglicht, gegen das es keine Auflehnung, selbst keine im Namen des Rechts, mehr gebe. Doch habe sich diese Auffassung nur in Deutschland durchsetzen können — nicht zum wenigsten deshalb, weil Luther soviel vom deutschen Charakter an sich gehabt habe: seine Staatsauffassung sei ungeeignet gewesen, ihren Weg über Deutschlands Grenzen hinaus in die Welt zu finden²²⁾ — es blieb Späteren überlassen, diese These weiter auszubauen und gegen Deutschland zuzuspitzen.

Verständnis zu schaffen bemühte sich Thomas Carlyle, dessen „Blicke eines Engländers in die kirchlichen und sozialen Zustände Deutschlands“ auf deutsch 1870 herauskamen, und ihnen folgte J. A. F. Froude mit einer Biographie Luthers, die sich an die 1875 von Koestlin herausgegebene anschloß — zwei Vorkämpfer von Rang, auf die aber doch nur ein ganz bestimmter Sektor der kirchlichen Öffentlichkeit hörte²³⁾.

Der Kulturkampf, der Deutschland bald nach der Reichsgründung in Erregung versetzte, fand auch in England Aufmerksamkeit; aber vor einem Menschenalter hätte er sicherlich ein ganz anderes Echo ausgelöst²⁴⁾. Denn nur insoweit er sich unmittelbar gegen Rom mit seinem Unfehlbarkeitsanspruch richtete, berührte er eine verwandte Saite. Man hatte nicht mehr das Gefühl, daß eine Schwesterkirche in den Kampf getreten sei. Immerhin fand selbst Gladstone in dieser Lage freundliche Worte für Deutschland: er erklärte, das Land Luthers scheine noch immer den Primat im Reiche des Gewissens zu behaupten. Weiter ging eine Gruppe von Liberalen, die Anfang 1874 Wilhelm I. und Bismarck zu ihrem Vorgehen beglückwünschte. Lord Russell, der das Telegramm unterschrieben hatte, erhielt einen Dank des Kaisers, in dem er als Nestor der Staats-

²²⁾ *Sir John Dalberg Acton: Noack* (siehe Anm. 41) 1936, S. 59 und 291.

²³⁾ *Carlyle und Froude*: siehe *H. Leube* in: Die englische Kulturideologie I, Stuttgart-Berlin 1940, S. 68. Zur neuen Carlyle-Literatur nimmt Stellung *René Wellek*, C. and the Philosophy of the History, im *Philological Quarterly* XXIII, 1944, S. 55 bis 76.

²⁴⁾ *England und der Kulturkampf: Meine* a. a. O. S. 115 ff. (dort S. 135 über Gladstones Stellungnahme) und *Monypenny-Buckle* a. a. O. V, 1920, S. 330 f. (über Disraeli).

männer Europas geehrt wurde. Aber den Freunden, die sich Deutschland in England durch den Kulturkampf schuf, standen die gegenüber, die ihn grundsätzlich ablehnten oder Anstoß an Bismarcks Methoden nahmen, und deren Zahl war sicherlich viel größer.

Außerdem war England gerade selbst mit eigenen kirchlichen Sorgen beschäftigt. Disraeli, der 1874 die Regierung übernahm und sich dem Drängen der Ritualisten widersetzte, sprach allgemein von dem Gegensatz zwischen weltlicher und geistlicher Macht, machte jedoch keine Anspielung auf den gleichzeitigen Streit in Deutschland, als er zur Vereinigung auf der breiten Basis der Reformation aufrief. Als deren Retterin stellte er die „Church of England“ hin, da ohne sie die „various sects of the Reformation“ zu nichts zusammengeschmolzen wären — das war für lutherische Ohren befremdlich zu hören.

Gladstone blieb dabei, den deutschen Geist als den gefährlichsten Feind des Evangeliums anzusehen. Sein Zorn richtete sich vor allem gegen David Friedrich Strauß, der 1872 zum letzten Male das Wort ergriffen hatte. Über seinen Einfluß in England schrieb Gladstone, er zweifle weder an der Ausdehnung des Unheils noch an dessen Giftigkeit: „alles, was ich von Tag zu Tag höre, überzeugt mich von der Ausbreitung dieser unwürdigen Epidemie, denn in Anbetracht, woher sie kommt, ist sie nicht wert, eine auf Tradition beruhende oder wissenschaftliche Erscheinung genannt zu werden“. Die Sorge um den rechten Glauben brannte ihm tief im Herzen. Die Politiker dünkten ihm „mit Spielzeug beschäftigte Kinder“ angesichts der Aufgabe, den Glauben wiederherzustellen. Die Wohlfahrt der Menschen hing für ihn jetzt nicht vom Staat und von der Politik ab: „Die wirkliche Schlacht wird in der Welt der Gedanken geschlagen, wo mit großer Beharrlichkeit und über ein weites Feld ein tödlich wilder Angriff auf den größten Schatz des Menschengeschlechtes, den Glauben an Gott und das Evangelium Christi, gemacht wird“. Und die gefährlichsten Angreifer, das waren die Deutschen.

Bismarck spürte diesen Untergrund in Gladstones Wesen — er kannte ihn von den Brüdern Gerlach her genau und hatte sich ja selbst erst von deren theologisch bestimmten Staatsauffassung lösen müssen. Er warf Gladstone liberale Tendenzpolitik vor, wie sie in der Mitte des Jahrhunderts geherrscht habe; die Führung des englischen Ministers sei, so schrieb er 1880, „unannehmbar antimonarchistisch, revolutionär, friedlos“. Wie stark Gladstone durch seine kirchlichen Anschauungen sowohl in seinem Verhalten zu dem rom-freundlichen Österreich als zu dem protestantischen Deutschland bestimmt war, hörte Bismarck heraus; an den Rand

eines diplomatischen Berichts, in dem 1887 Pobjedonoszew, der Oberprokurator des Hg. Synods und Exponent des kirchlich gefärbten Panslavismus, gekennzeichnet war: „halb Betrüger, halb Schwärmer, bigott und revolutionär, bref un des hommes, qui vous ruinent un pays“, machte der Kanzler die vielsagende Randbemerkung: „Gladstone“. Die Politik, die Bismarck vorschwebte, ließ sich nur durchführen, wenn sich keine Ideologien, kein Glaube irgendwelcher Art einmengten. Zu seinem „cauchemar des coalitions“ gehörte, daß Gladstone aus seiner anti-österreichischen und anti-türkischen Einstellung heraus dem Panslavismus entgegenkommen könne und so eine englisch-russische Allianz mit einer „angeblich christlichen und anti-türkischen, in der Tat panslavistischen und radikalen Richtung“ zustande käme, der sich dann noch Frankreich anschlosse — „die Basis für eine Koalition gegen uns, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenüber treten kann“. Es ist, als wenn jemand das Ohr auf eine Schiene legt und den Zug heranrollen hört, den das Auge noch gar nicht gewahrt hat²⁵⁾.

Was Gladstone zu seinem Kummer noch erleben mußte, war, daß die deutsche Theologie von neuem Boden gewann²⁶⁾.

Als in den achtziger Jahren Wellhausens Behandlung des Alten Testaments bekannt wurde, ergab sich eine ganz ähnliche Lage, wie sie sich in den dreißiger Jahren beim ersten Eindringen der deutschen Bibelkritik ergeben hatte. Denn neben begeisterter Zustimmung stieß er auf mehr oder minder schroffe Ablehnung: man sprach von Subjektivismus, willkürlichem Radikalismus, von Anmaßung ohne Selbstkritik. Neben Theologen ließ sich auch Gladstone in diesem Sinne vernehmen. Bezeichnend ist, daß der Kampf gegen Wellhausen zum Teil mit Übersetzungen von Schriften geführt wurde, die in Deutschland gegen ihn erschienen. Aber wie es schon in der vorausgehenden Generation verlaufen war, so ging es auch diesmal: der erneute Einbruch der deutschen Bibelkritik ließ sich nicht abdämmen. 1893 konnte Adolf von Harnack erklären: „In Wirklichkeit besteht keine Unterscheidung mehr zwischen deutscher und englischer theologischer Wissenschaft“. Bis zum Ende des Jahrhunderts waren A. König, R. Kittel, C. Kautzsch geachtete Namen geworden. Das gleiche gilt auch von den Schülern Albrecht Ritschls, dessen System erst 1900

²⁵⁾ *Gladstone und Bismarck*: siehe S. A. Kaehler, Bemerkungen zu einem Marginal Bismarcks von 1887, in der *Histor. Zeitschr.* 167, 1942, S. 98 bis 115.

²⁶⁾ *England und die deutsche Kirche nach 1880*: siehe W. Vollrath, *Theologie der Gegenwart in Großbritannien*, Gütersloh 1928 (S. 48 ff. über Wellhausen, S. 188 ff. über Ritschl, S. 193 über Saunders, S. 199 über Mozley, S. 233 ff. über den Neuidealismus), dazu O. Pfleiderers im Text angeführtes Buch (über dieses vergleiche *Dockhorn*, *Historismus* a. a. O. S. 81, Anmerkung 1).

übersetzt wurde, als Harnack, Kaftan und andere schon bekannt waren. In der Einleitung, die Th. B. Saunders 1901 der Übersetzung von Harnacks Vorlesungen über das Wesen des Christentums beigab, konnte er daher von dem „traffic in ideas between Germany and the English speaking peoples all over the world“ sprechen. Als in Oxford kritische Stimmen gegen diese Schrift laut geworden waren, die auf das gleiche hinausliefen, was bereits um 1840 gegen die deutsche „Neologie“ gesagt worden war, arbeitete Saunders in einer eigenen Broschüre den grundsätzlichen Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Theologie heraus. Er meinte, jene werde mehr durch die intellektuellen Momente, diese mehr durch die emotionalen gekennzeichnet. Der deutsche Gelehrte sei zu sehr auf natürliche Erklärung aus, verneine zu schnell die Echtheit, habe nach allgemeiner Auffassung weniger Sinn für die feineren Regungen, für das Geheimnis des religiösen Geistes, er achte zu wenig auf die tiefe Bedeutung der religiösen Einrichtungen und auf die moralischen Gesichtspunkte, die für deren Erhaltung sprächen. Bereitwillig räumte Saunders ein, daß seine Landsleute zu viel Respekt vor der Tradition hätten und nicht konsequent in der Anwendung der kritischen Methode seien. Als S. K. Mozley vom Standpunkt des Anglikanismus sich 1909 mit Ritschl und seinen Kritikern auseinandersetzte, machte er drei Gründe geltend, weshalb dieser in England abgelehnt wurde: 1. „Ritschl was a German“, und das mache ihn verdächtig, weil sich mit dem Begriff der deutschen Theologie seit langem die Vorstellung gefährlicher Auswirkung verbinde; 2. seine Methode sei vom Standpunkt der High Church aus revolutionär; 3. vom Standpunkt der Freikirchen aus sei sie verdächtig, weil — wenn die Autorität der Bibel fiele — die der Kirche steigen müsse.

Um ein besseres gegenseitiges Verstehen anzubahnen und vor allem die zahlreichen Vorurteile zu bekämpfen, „die noch in Großbritannien gegen die Tendenzen des deutschen Geistes bestehen und es einem Engländer schwermachen, sich ein gerechtes Bild von unseren nationalen Kirchen und Zielen zu machen“, hatte 1890 ein in England wirkender Theologe, Otto Pfleiderer, einen Überblick über die „Entwicklung der protestantischen Theologie seit Kant“ in englischer Sprache erscheinen lassen. Die deutsche Übersetzung, die 1891 herauskam, fügte einen Überblick über die gleichzeitige Entwicklung in England hinzu — ein noch heute lesenswertes Buch, das jedoch seinen Zweck nicht erreichte. Denn wenn sich auch die Theologen verstanden, die Kirchenmänner spürten in erster Linie das sie Trennende. Am Vorabend des ersten Weltkrieges hatte sich die protestantische Kirche weder mit der Anglican Church noch mit der Non-

Conformity zusammengefunden. Zu den letzten Versuchen, die geistige Brücke zwischen den Kirchen Englands und Deutschlands wieder zu verbreitern, gehörte der Besuch einer starken Gruppe englischer Geistlicher in Deutschland: sie wurden herzlich aufgenommen, aber doch als ein Kreis von Ausländern empfunden.

In der Theologie hatte die vom Grundsätzlichen unabhängige Anlehnung an die deutschen Methoden, die im Studium vieler Engländer an deutschen Universitäten und zahlreichen Übersetzungen deutscher Werke zum Ausdruck kam, mittlerweile dazu geführt, daß die Gegensätze zwischen der Broad Church, d. h. dem liberalen Flügel der anglikanischen Kirche, und den Freikirchen sich verringert hatten, weil in dieser Hinsicht beide bei den Deutschen in die Lehre gegangen waren. Ein Freikirchler, der dies 1915 feststellte, Selbie, fügte hinzu: „Beinahe jedes in England über einen theologischen Gegenstand geschriebene Buch zeigt Spuren unserer Verpflichtung gegenüber den Deutschen“.

Nicht zu vergessen ist, daß das deutsche Geistesgut die englische Theologie auch noch indirekt, nämlich über den englischen Neuhegelianismus förderte, auf den wir noch zu sprechen kommen. Zu nennen sind hier außer dem späteren Erzbischof William Temple Bischof Charles Gore, dessen Essay-Sammlung „Lux Mundi“ (1889) den Beginn dieser Richtung kennzeichnet, und Henry Scott Holland, der von sich und Gore rückschauend selbst bekannte: „Wir waren vom spirituellen Hegelianismus berührt“.

Es bedeutet eine der vielen Seltsamkeiten im deutsch-englischen Verhältnis, daß in unseren Tagen der angelsächsische Einspruch gegen Karl Barths Theologie sich auf das Geistesgut stützt, das auf der Verarbeitung der deutschen Theologie und des Hegelianismus beruht.

An anderer Stelle haben wir ausgeführt, was das kirchliche Deutschland in der gleichen Zeit — vor allem auf praktischem Gebiet — England verdankte. Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und der Werbung unter den der Kirche Entfremdeten war England im Vorsprung. Entsprechende Anregungen, die von Deutschland ausgingen, sind daher nur selten. Doch mag vermerkt werden, daß die „Notes on Hospitals“, die Florence Nightingale, der Engel des Krimkrieges, 1859 herausgab, und ebenso die Einrichtung des „Nightingale Home“, einer vorbildlichen Diakonissenanstalt, auf den Eindrücken beruhte, die Miss Nightingale von 1849 an bei ihrer Tätigkeit in Fliedners Kaiserswerther Schwesternorganisation gesammelt hatte²⁷⁾.

²⁷⁾ *Florence Nightingale: R. Buddensieg* in Haucks Realencyclopädie f. prot. Theol. u. Kirche XIV, Leipzig, 3. Auflage, 1904, S. 59 ff.

Ein verbindendes Glied zwischen beiden Ländern stellen bis heute die vielen Kirchenlieder dar, die ihnen beiden gemeinsam sind. Wir haben in einem anderen Aufsatz festgestellt, daß englische Melodien und übersetzte Texte nach Deutschland wanderten, und können hier ergänzend feststellen, daß in den 1861 zuerst gedruckten „Hymns Ancient and Modern“, dem Gesangbuch der Anglikanischen Kirche, die Hälfte der Melodien deutschen Ursprungs sind und der deutsche Leser auf viele Texte stößt, die ihm wohl vertraut sind: „Now thank we all our God“, „Praise to the Lord the Almighty“, „Jesu still lead on“, „Dearest Jesu we are here“ usw.

Sucht man einen Bereich, in dem das Positive überwiegt und die geistige Bundesgenossenschaft der früh-victorianischen Zeit in England noch über die Reichsgründung hinaus fortgesetzt wurde, dann muß man sich nicht die englischen Kirchen, sondern die englische Schule ansehen²⁸⁾.

Daß die Volksbildung von Deutschland lernen könne, war bereits früher anerkannt worden: es war schon das Anliegen des Prinzgemahls und anderer Männer gewesen, das englische Schulwesen in diesem Sinne zu reformieren. Von den sechziger Jahren ergab sich ein neuer Anstoß durch die Sorge, Deutschland sei im Aufstieg, England dagegen im Niedergang. War sie berechtigt? Wodurch erklärten sich Preußens Erfolge? Was hatte England zu tun, um nicht ins Hintertreffen zu geraten? Das waren die Fragen, die sich den Einsichtigen aufdrängten.

1868 erschien auf Grund von Untersuchungen an Ort und Stelle ein Buch über „Schools and Universities on the Continent“. Verfaßt hatte es Matthew Arnold (1822 bis 1888), der Sohn des Masters von Rugby, der für deutsche Wissenschaft als einer der ersten aufgeschlossen gewesen war. Der jüngere Arnold war von Haus aus gleichfalls Schulmann, dazu aber auch ein Dichter und Essayist von Rang, der aus einem Literatur- zum Gesellschaftskritiker wurde²⁹⁾. Aus seinem Buch erfuhren die Engländer, daß die holländischen, deutschen und Schweizer Schulen sowie deren Verwaltung

²⁸⁾ *England und die deutsche Schule*: Auf die voraufgehende Phase werde ich an anderer Stelle eingehen.

²⁹⁾ *Matthew Arnold*: vergleiche seinen Essay „Heinrich Heine“ von 1865 (ich benutze den von G. K. Chesterton besorgten Neudruck seiner Essays, London 1906, S. 202 bis 226); dazu die „Letters of M. A. 1848—1888“, New York 1896). Von der Anführung der umfangreichen englischen Arnold-Literatur sehe ich ab. In Deutschland behandelte ihn S. Steinmetz, *Die ideengeschichtliche Bedeutung M. A. s.*, Diss. Tübingen 1932; vergleiche auch *Schirmer* a. a. O. S. 113 ff. Siehe dazu Arnolds „Friendship's Garland“ mit Arminius, dem Vertreter des „Geistes“, gegenüber dem rational-utilitaristischen Dr. Silverpump, der beim Lernen auf das Verwertbare sieht.

besser als die englischen seien. Arnold führte das Zurückbleiben seines Landes auf das Fehlen einer modernen Bürokratie zurück. Eine ungeheure Aufgabe der Umwandlung liege vor den Engländern: „Wer will leugnen, daß England noch Leben und Fortschritt hat? Aber wer will leugnen, daß sein Lauf Zeichen der Unsicherheit und Behinderung zu zeigen beginnt?“ Er setzte dem in England gepflegten Brotstudium die Liebe zur Wissenschaft um ihrer selbst willen, die das deutsche Universitätsleben bestimme, entgegen und pries „Lehrfreiheit“ und „Lernfreiheit“, Ausdrücke, die er als Fremdwörter benutzte. Er formulierte den Gegensatz so: Die französische Universität hätte keine Freiheit, die englische keine Wissenschaft, die deutsche hätte beides: „It is in science that we most need to borrow from the German universities“. Als Voraussetzung dafür forderte Arnold: „Organize your secondary and your superior instruction!“ Sein Urteil lief darauf hinaus, als ganzes genommen sei das preußische System „sowohl das vollständigste von allen vorhandenen als auch das, was am vollkommensten dem Volke angepaßt ist“.

Zu solcher Auffassung kam Arnold, weil er — wie schon sein Lehrer Carlyle — sich den Goetheschen Kulturbegriff und das Humboldtsche Erziehungsideal zu eigen gemacht hatte.

Gerade durch seine nüchterne, überall auf Tatsachen und unbestreitbare Beobachtungen gestützte Darstellung machte Arnold starken Eindruck. 1869, also acht Jahre nach Treitschkes Antwort auf J. St. Mills „On liberty“, ließ Arnold ein Buch über „Kultur und Anarchie“ folgen, in dem er den Gedanken der humanistischen Bildung gegen die Philister vertrat und den englischen Freiheitsbegriff als äußerlich brandmarkte; das Ziel müsse innere Freiheit sein. Man dürfe an das bessere Ich glauben, aber nicht darauf vertrauen, daß sich das Richtige von selbst durchsetze. Als Ziel schwebte ihm eine umfassende Bildung eben im Sinne Goethes vor. Behindert sah Arnold sein Land dadurch, daß es im 17. Jahrhundert in das Gefängnis des Puritanismus gesperrt worden sei. Er stellte ihn als den „Hebraismus“ dem von ihm geforderten „Hellenismus“ gegenüber.

Für diesen Befreiungsprozeß hielt er sowohl Deutschland, dies „Bergwerk von Ideen“, das jedoch nicht imstande sei, seine Gedanken praktisch auszuwerten, als auch Frankreich mit seinem Sinn für das Neue, Klare und Originelle für gute Paten. Letzthin dachte Matthew Arnold europäisch, und was er in dieser Richtung sagte und schrieb, erwarb sich das Verdienst, England vor dem Stockengländertum und damit vor der Gefahr zu schützen, daß es den Anschluß an die Zeit verlor. Von den Gedankengängen Mills hatte sich sein Buch allerdings weit entfernt.

Arnolds Mahnung, die Schule zu reformieren, brachte die Diskussion im Parlament in Gang³⁰⁾. William Forster, ein Fabrikbesitzer, erklärte, die industrielle Blüte Englands hinge von der schnellen Verbesserung des Elementarunterrichts ab, ebenso das Funktionieren des konstitutionellen Systems und die nationale Macht. Wenn England seine Stellung zwischen den übrigen Nationen der Welt behaupten wolle, müsse es den Nachteil seiner relativ kleinen Bevölkerung ausgleichen, indem es die Intelligenz jedes einzelnen vermehre. Auf diese Weise kam es 1870 zu einem Erziehungsgesetz, 1876 mittelbar, 1880 offen ausgesprochen, zur allgemeinen Schulpflicht.

Man hat gesagt, bei Königgrätz habe der deutsche Volksschullehrer gesiegt. Das ist reichlich überspitzt. Zweifellos ist, daß die deutsche Wirtschaft es dem deutschen Bildungswesen verdankte, wenn sie die englische so schnell eingeholt hatte und sie nach der Reichsgründung auf einzelnen modernen Gebieten sogar zu überflügeln begann. Das hatten, wie man sieht, nun auch die Engländer begriffen. So lösten die Deutschen durch ihre Siege nicht nur eine britische Heeresreform aus, sondern auch die Modernisierung des britischen Bildungswesens.

Für viele bedeutete die Schulreform, daß zum ersten Male in ihrem Leben der Staat in ihre private Sphäre eingriff. Die Lokalverwaltung fand sich vor neue Aufgaben gestellt. Der Schulinspektor wurde eine gewichtige Persönlichkeit, und die innenpolitische Erörterung hatte ein neues Thema, das nun nicht wieder von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Neben der Grundschule wurde die Berufsausbildung verbessert und der Bau von Laboratorien organisiert, auch noch anderes nachgeholt, was als Überlegenheit Deutschlands erkannt worden war. In den achtziger Jahren überprüfte Matthew Arnold von neuem das deutsche Schulwesen und berichtete abermals, was sich von diesem noch lernen ließe. Aber inzwischen hatte

³⁰⁾ *Unterrichtsreform*: Vergleiche allgemein *B. Dreßler*, Geschichte der englischen Erziehung, Leipzig 1928; *P. Meißner*, Die Reform des englischen höheren Schulwesens im 19. Jahrhundert, Leipzig 1929; *Friedrich Schneider*, Geltung und Einfluß der deutschen Pädagogik im Ausland, Berlin 1943, S. 254 ff. Einen kurzen Überblick über die Jahre 1830 bis 1930 bietet *G. D. Stirk*, German Universities through English Eyes, London 1946; vergleiche auch *Dockhorn*, Historismus a. a. O. S. 185 ff.

M. Arnold veröffentlichte 1861 ein Buch über die Erziehung in Frankreich, 1868 ein zweites über Schulen und Universitäten auf dem Kontinent, 1874 ein drittes über Höhere Schulen und Universitäten in Deutschland. Vergleiche dazu *Sir Michael Sadler*, Englands Debt to German Education, 1912, und in: *Germany in the 19th Century*, Five Lectures by *J. H. Rose* etc., Manchester 1912, S. 123 f.; *J. M. Young*, Victorian England, Portrait of an Age, Oxford 1936, S. 114 ff., 163 ff. sowie das Kapitel: „Educational Reform in Engl.“ bei *A. S. Turberville* — *F. A. Howe*, Great Britain in the Latest Age, London 1921, S. 272 ff.

England doch schon sichtlich aufgeholt. „Als ein Ergebnis dessen, daß die nationale Kraft aufgestachelt wurde“, so heißt es 1887 in der Rede eines der Verantwortlichen, „sehen wir nun, wie in unserer Mitte Schulen, Colleges und Universitäten entstehen, welche mit der Zeit mit den deutschen in Wettkampf zu treten versprechen“. Daß Deutschland das Vorbild abgegeben hatte, wurde offen ausgesprochen; 1914 erklärte rückschauend Charles Bird, die Engländer hätten es verstanden, „to germanize our schools without slavishly copying the small defects of the German system“.

Wir müssen uns versagen, hier auszuführen, wie das englische Schul- und Hochschulwesen von 1880 bis 1914 zu wiederholten Malen reformiert und ausgebaut wurde und wie in fast jedem Falle das Argument eine Rolle spielte, Deutschland habe das und das bereits eingeführt und dadurch seine Position im wirtschaftlichen Existenzkampf verbessert. Es genügt hier, Haldane zu nennen, der ja nicht nur ein großer Kriegs-, sondern auch ein erfolgreicher Erziehungsminister war und vom deutschen Bildungswesen mehr wußte als irgendeiner seiner Landsleute. Bei seinen Reformen liegt daher die Anregung durch deutsche Vorbilder ganz besonders deutlich zutage.

Vor den Reformen hatte man in England auf natürliche Anlage, Energie und Erfahrung vertraut und es als Aufgabe der Erziehung angesehen, diesen Eigenschaften freie Entfaltung zu sichern. Jetzt hieß es: Schluß mit dem Laissez-faire in der Ausbildung, statt dessen systematische Ausbildung, methodisches Vorgehen, Ansammeln von Sachwissen. Das bedeutete mehr Arbeit, mehr Kosten, mehr Eingriffe des Staates, bedingte auch größere Intensität und ein schnelleres Tempo. Manch einem mochte der Gedanke kommen, daß es eigentlich besser gewesen sei, als die Deutschen die Welt mit ihrer Tüchtigkeit noch nicht in Unruhe versetzt hatten.

Andererseits darf man nicht vergessen, daß Deutschland bereits vor dem ersten Weltkriege England mancherlei auf dem Gebiet der Volks- besonders der Arbeiterbildung verdankte. Denn was das Inselreich auf dem Gebiete der Volksbibliotheken, der University Extension, der Settlements leistete, konnte in Deutschland nicht unbemerkt bleiben. Allerdings erwies sich gleichzeitig auch Dänemark als ein Vorbild, von dem man viel lernen konnte³¹⁾.

³¹⁾ *Volksbildung* usw.; Ernst Schultze, Die geistige Hebung der Volksmassen in Engl., München-Berlin 1912 (Die Kultur des modernen England I); Ders., Volksbildung und Volkswohlfahrt in England, ebenda 1912 (ebenda II), hier S. 185 ff. die deutsche Parallele; H. Bräuning-Oktavio, Die engl. Arbeiterbildung und die deutschen Volkshochschulen, Langensalza 1920 (Pädagogisches Magazin Heft 777); P. Steinmetz Die deutsche Volkshochschulbewegung, Karlsruhe 1929 (Probleme der Staats- und Kulturosoziologie V).

Noch ein Zeitgenosse Arnolds mit anerkanntem Namen in der Literatur hielt seinen Landsleuten den Spiegel vor und wies sie auf die Deutschen hin, George Meredith (1828 bis 1909)³²⁾, im Gegensatz zu Arnold in seiner Zeit isoliert, dafür aber von der Nachwelt in seiner die zeitgenössischen Schriftsteller überragenden Bedeutung erkannt: „our most foreign novelist“, wie ihn neuerdings ein Kritiker nannte, der ihn gerade dadurch dem modernen Menschen nahegebracht empfand.

Auch Meredith sah seine Aufgabe darin, die Engländer aufzurütteln aus der inneren Satttheit, in welche die Ära des Freihandels sie versenkt hatte. Er ging gegen die Vorurteile der Oberschicht, den Mammonsdienst und die Erfolgebeterei an und sorgte sich, daß seinen Landsleuten der Wille fehle, alles für England zu tun. „Wir wollen gegürtete Athleten sein, gegen jeden Gegner bereit“, heißt es in einem seiner Gedichte. In dem 1876 erschienenen Roman „Harry Richmond“ karikierte er die nach Sedan ausgebrochene, durch das erfolgreiche Pamphlet „The Battle of Dorking“ noch gesteigerte Invasionsfurcht; anders als dieses schob er die Rolle der „Invaders“ nicht den Deutschen, sondern den Französern zu. Fürchte man Deutschland, so tue man ihm Unrecht; gleich stark müsse man sein, dann könne Bruderschaft übers Meer geschlossen werden. Bezeichnend ist, daß Meredith gegen eine weitere Ausdehnung des Empire war, weil riesiger Besitz die Kraft erschaffen lasse.

Die Kritik, die Meredith an seinen Landsleuten zu üben hatte, legte er in seinem „Harry Richmond“ einem deutschen Professor in den Mund. Dieser erklärt, die Engländer lebten um des Vergnügens willen, arbeiteten des Geldes wegen, ließen sich von einer Schicht führen, die keine wahren Führer stelle; sie seien zufrieden in einer Welt, die sich fortbewege,

³²⁾ *George Meredith: E. Dick*, Deutschland und die Deutschen bei G. M., in der German.-Roman. Monatsschrift VI, 1914, S. 32 bis 43 (dort S. 40 die angeführte Briefstelle); ferner *Ders.*, G. M. als Kritiker englischer Zustände, in der Internat. Monatsschrift XI, 1917, S. 1381 bis 1404; *Ph. Aronstein*, ebenda S. 502 ff. Die letzte Biographie stammt von *Siegfried Sassoon* (London 1948). Das im Text angeführte Urteil in: *The New Statesman and Nation* 16. Oktober 1948, S. 329.

Aufschlußreich für das komplizierte Hin und Her der geistigen Auseinandersetzung ist *Samuel Butler* (1835 bis 1902), der sich schon in den siebziger Jahren gegen den biologischen Materialismus, insbesondere gegen Darwin wendet und in Anlehnung an Eduard von Hartmann und in Berührung mit dem Prager Philosophen Ewald Hering, aber doch selbständig eine Philosophie des Unbewußten entwickelt. Andererseits greift er in der gleichen Zeit den religiösen Rationalismus eines David Friedrich Strauß an, da er Wissenschaft und Religion auf einer Ebene zu versöhnen sucht, vergleiche *P. Meißner* Die Überwindung des 19. Jahrhunderts im Denken von S. B., in der German.-Roman. Monatsschrift XVII, 1929, S. 205 bis 220; siehe auch *Ph. Aronstein*, Samuel B., ebenda XIV, 1926, S. 184 ff., 284 ff. Ein Überblick über die Butler-Literatur im *Times Literary Supplement*, 4. Dezember 1948.

hielten sich nur an greifbare Ziele und hätten in der sozialen Frage schon ein ruhiges Gewissen, wenn die Masse nicht schrie.

Was der Dichter an den Deutschen zu rühmen und zu tadeln fand, deckt unser Motto auf. Er erkannte ihre führende Stellung in der Musik und in der Wissenschaft an. Er stieß sich an ihrem Biertrinken und ihren Manieren — so ungehobelt wie die bärtigen Deutschen im 1840 mit ihren Schlapphüten und den schlecht gewichsten, plumpen Stiefeln, die in den englischen Romanen jener Zeit eine so schlechte Figur machen, waren sie zwar nicht mehr, aber für Meredith und seine Zeitgenossen blieb der durchschnittliche Deutsche mit seiner lauten Gemütlichkeit einerseits und der reserveoffiziermäßigen Steifheit andererseits vom Ideal des Gentleman doch noch weit entfernt. Wenn Meredith, der gerade auf diesem Ohr hellhörig war, schließlich auch im Waffenhandwerk den Deutschen die Palme zusprach, so war Spott, ja Ablehnung in dieser Anerkennung nicht zu überhören.

Man muß wissen, daß der Verfasser der „Tragic Comedians“, des ersten Lassalle-Romans (1881), und des „Egoisten“ in seiner Jugend einige Zeit von den Herrnhutern in Neuwied erzogen wurde und zeitlebens für deutsches Wesen und deutsche Bildung aufgeschlossen blieb, obwohl er mit einer Französin verheiratet war. Er fühlte sich als Kelte. Den Wunsch, nach Deutschland zu kommen, hatte er selbst gehegt; vielleicht hatte er instinktiv das Gefühl gehabt, daß seine Phantasie, die ihn in der Tat den Kelten naherückt, mehr Stoff am Rhein als an der Themse finden werde. Die Reserven, die er bei aller Anerkennung den Deutschen gegenüber zu machen hatte, bezeichnete er 1877 in einem Brief, den er John Mozley sandte, als dieser nach Deutschland reiste: er werde, so schrieb er ihm, zwischen geistiger Billigung der Deutschen und Abscheu vor ihren Manieren, zwischen der Bewunderung ihrer Tatkraft und einem Gefühl ihrer Fadheit schwanken; falls die Deutschen es noch weiter brächten, seien sie eines Tages „the world's masters“ — so trafen sich bei ihm, und nicht nur bei ihm, Verständnis und Anerkennung mit tiefer Besorgnis.

Blicken wir noch weiter um uns, dann stoßen wir auf einen Vorgang, der sich gleichsam unter der Oberfläche des geistigen Lebens anbahnte und sich daher zunächst nur dem suchenden Auge offenbart. Wir behandeln ihn nur in Kürze, da wir uns hier einmal auf ausgezeichnete Vorarbeiten stützen können. Wir verdanken sie Klaus Dockhorn³³⁾.

³³⁾ Vergleiche Anmerkung 1.

Wir stießen bereits auf I. R. Seeley, den 1883 seine „Expansion of England“ berühmt machte. Voraufgegangen war seine wenig beachtete Biographie des Reichsfreiherrn vom Stein, auf deren Abfassung der Verfasser neun Jahre verwandt hatte. Was hatte ihn zu seinem Helden geführt? Es waren die „Ideen von 1808 und 1813“ — so bezeichnet Seeley sie —, die er seinen Landsleuten vor Augen halten wollte, um den altgewordenen manchesterlichen Liberalismus von innen heraus zu überwinden. Diese Tat gehört in einen größeren Zusammenhang.

Der Leser vergegenwärtige sich einen Augenblick die philosophische Entwicklung dies- und jenseits des Kanals. Was hätte England von den Tagen Kants nicht alles von Deutschland entleihen können! Es tat dies jedoch — trotz Coleridge, trotz Carlyle und einigen anderen — nur in einem erstaunlich geringen Umfange, da es auf dem festen, allerdings dürr gewordenen Boden der Erfahrung und Assoziation verharrte. Kant wurde zur Kenntnis genommen, ohne die zentrale Stellung zu erlangen, die er auf dem Kontinent gewann. Herbert Spencer (1820 bis 1903), den man den „Kant Englands“ genannt hat³⁴⁾, wußte wenig von dem wahren Kant und wollte auch nicht mehr von ihm wissen: der Weise von Königsberg war verdächtig als Zertrümmerer der hergebrachten Philosophie. Auch die nachkantischen Philosophen hatten es höchstens zu einer nur partiellen Anerkennung gebracht, und der größte Denker unter ihnen war geradezu gemieden worden. Erst 1865 bahnte J. H. Stirling ein Verständnis für Hegel an, dessen Wirkung in Deutschland sich damals bereits erschöpft hatte.

Die Voraussetzung für die Rezeption Hegels in England war, daß die englische Philosophie in den sechziger Jahren sich ihrer Stagnation bewußt wurde. 1867 erklärte Sir John Dalberg Acton, es sei „eine bedauerliche Sache“, daß die englische Philosophie während des letzten Jahrhunderts sich isoliert gehalten habe; das Philosophieren aus dem Common Sense heraus sei überhaupt keine Philosophie, „sondern nur der Protest respektabler Leute gegen den Versuch der Philosophen, die gewöhnlichen Begriffe zu zerstören“³⁵⁾. Soweit die englische Philosophie sich nicht Frankreich zuwandte, wurde sie daher aufnahmefähig für den deutschen Idealismus, was nicht nur in ihrer Geschichte, sondern auch in der Staatslehre und der Reichsidee einen Einschnitt bedeuten sollte. 1867 bildete sich eine „Society of Speculative Philosophy“, bei deren Gründung der noch zu

³⁴⁾ *Spencer und Kant*: siehe V. Rujin, Herbert Sp., der Kant Englands, in der German.-Roman. Monatsschrift XVI, 1928, S. 77.

³⁵⁾ *Dalberg Acton* (1867); siehe Noack (vergleiche Anm. 41) 1936, S. 51.

nennende England-Deutsche Max Müller mitwirkte, und der hellhörige Karl Hillebrand meinte bereits 1876, es sei schwer, „sich der Überzeugung zu verschließen, daß die beiden germanischen Nationen gerade jetzt im Begriff stehen, ihre Rollen zu vertauschen: daß die philosophierende schon eine politisierende, die politisierende eine philosophierende geworden“³⁶⁾.

J. A. Cramb, der von der Einwirkung des deutschen Geistes auf England mehr verstand als seine Zeitgenossen, meinte kurz vor dem ersten Weltkriege, es sei geradezu eine Regel, daß jeder deutsche Gedanke wenigstens ein halbes Jahrhundert brauche, um die Nordsee zu überschreiten — der Befund ist geeignet, diese paradox klingende These zu stützen. Doch zeigt die Vorgeschichte des Jugendstils, daß auch in umgekehrter Richtung ähnliche Verzögerungen eintreten konnten. Diese Differenzen in den Tempi der Entwicklung sollte einmal ein Geschichtsphilosoph zum Anlaß nehmen, um uns die sich daraus ergebenden allgemeinen Einsichten in den Geschichtsverlauf zu erläutern; im deutsch-englischen Verhältnis haben sie jedenfalls eine wesentliche Rolle gespielt und es dadurch — wie unser Fall zeigen wird — noch weiter erschwert.

Als die Bahnbrecher des Idealismus in England sind zu nennen: in erster Linie Thomas Hill Green (1836 bis 1882), seit 1878 Professor der Moralphilosophie in Oxford; sein Schüler Bernard Bosanquet (1848 bis 1923), Lecturer in Oxford, der 1881 in die soziale Arbeit abschwengte, und Francis Herbert Bradley (1846 bis 1924), der still, aber nachhaltig in Oxford wirkte. Oxford blieb auch in der Folgezeit das Zentrum und der Nährboden der neuen Ideen, so daß man im Hinblick auf die vor einem Menschenalter von dort ausgegangenen religiösen Impulse von dem „Second Oxford Movement“ sprach. Daneben ist noch Glasgow zu nennen, wohin die Oxorder Denkweise durch den Philosophen Edward Caird (1835 bis 1908) übertragen wurde³⁷⁾.

³⁶⁾ Hillebrand (1876) a. a. O. III, S. 41 f.

³⁷⁾ *Einwirkung der deutschen Philosophie auf England*: R. Wellek, Immanuel Kant in England, Princeton 1931; R. Metz, Die philos. Strömung der Gegenwart in Großbritannien, Leipzig 1935 (engl. Übersetzung: A Hundred Years of Engl. Philosophy, 1938); Ders., England und die deutsche Philosophie, Stuttgart-Berlin 1941 (Der deutsche Beitrag zur Gestaltung und Erforschung der englischen Kultur, herausgegeben von W. Horn, 75 S.; vergleiche dazu Kl. Dockhorn in den Engl. Studien 75, 1942, S. 263 bis 265); Zusammenfassung des Verfassers in den Forschungen und Fortschritten 19, 1943, S. 221 bis 223; vor allem Kl. Dockhorn, Die Staatsphilosophie des englischen Idealismus, ihre Lehre und Wirkung, Bochum-Langendreer 1937 (Kölner Anglist. Arbeiten 29), auf den ich mich vor allem stütze, ferner R. Naumann, Deutsche und englische Staatsauffassung, in: Die engl. Kulturideologie, herausgegeben von C. A. Weber II, Stuttgart-Berlin 1943, S. 252 ff., im einzelnen siehe Adam v. Trott (umgebracht nach dem 20. Juli 1944), B. Bosanquet und der Einfluß Hegels auf die englische Staatsphilosophie, in der Zeitschrift für deutsche Kultur-

Der Reichtum der geistigen Verknüpfungen, die sich ergaben, sei verdeutlicht durch Hinweise auf William Wallace (1835 bis 1908), der außer an Hegel auch an Schelling anknüpfte, und auf David George Ritchie (1853 bis 1903), der Hegel und Darwin zu kombinieren versuchte. Ganz für sich blieb jedoch, daß in den neunziger Jahren auch Nietzsche auf englischem Boden einen Apostel fand, John Davidson. In intellektuellen Kreisen kam er damals so sehr in Mode, daß G. B. Shaw das Bonmot ausgeben konnte: „Before long you must be prepared to take about Nietzsche, or retire from society“. Sein Stück „Man and Superman“ (1903) zeigt, daß er sich auch ernster mit dem Nietzscheschen Problem auseinandergesetzt hat³⁸⁾.

Worum ging es der Generation der Oxforder Bahnbrecher? Sie faßte wie Hegel die Welt als Begriff und Geist, sprach von der Selbsttranszendenz des Bewußtseins, dem Anschluß an das Ganze, dem „nisus towards the whole“, der „membership“ des einzelnen, der konkreten Realität und den „degrees of reality“. Ihr Gegner war der Positivismus, der sich bemühte, auch die Bereiche des Geistes, der Geschichte, des menschlichen Zusammenlebens naturwissenschaftlicher Betrachtung zu unterwerfen. Statt dessen machte dies „Second Oxford Movement“ den menschlichen Willen, die sittlichen Ideale, die geschichtliche, zwar verfllossene, aber doch fortwirkende Welt, die unter dem positivistischen Gesichtswinkel ein klares, allerdings sehr nüchternes und blutleeres Aussehen gewonnen hatte, wieder zum Problem. Die Antithesen, unter die der Liberalismus alles gerückt hatte, Geist und Natur, Freiheit und Autorität, Individuum und Staat, lockerten sich bei der erneuten Überprüfung wieder auf, und damit verwischten sich auch die überscharfen Konturen, die sich bei dieser Auf-

philosophie IV, 1938, S. 193 bis 199 (Auseinandersetzung mit *B. Pfannenstill*, *B. Bosanquets Philosophy of State*, Lund 1936). — *J. H. Muirhead*, *The Platonic Tradition in Anglo-Saxon Thought*, London 1931, suchte diese Bewegung aus der englischen Tradition selbst abzuleiten, dagegen *Metz* (1941) a. a. O. S. 28; vergleiche ferner *A. E. Taylor* in der Deutschen Literaturzeitung 1932, S. 1118 bis 1122. Diese Entwicklung berührt auch *R. G. Collingwood*, *An Autobiography*, Pelican Books A 136 S. 15 ff., der dort *Dockhorns* Buch als „the only attempt yet made to trace the history of this penetration“ bezeichnet, diese jedoch in seiner Darstellung ihrer Bedeutung nach einzuschränken sucht. Kurz auch *Turbeville-Howe* a. a. O. S. 148 ff. und *Schirmer* a. a. O. S. 126 ff. Zum Vergleich ist aufschlußreich *W. Lang*, Ein Blick auf die neueste Hegelliteratur, in: *Im Neuen Reich I*, Leipzig 1871, S. 409 bis 416, denn dieser Aufsatz betrifft gerade die Zeit, in der in England Hegel Bedeutung gewann.

Über *Schopenhauer* siehe *P. Neugebauer*, *Sch. in England*, Diss. Berlin 1932, dazu *Schirmer* a. a. O. S. 147.

³⁸⁾ *Nietzsche in England*: siehe *G. v. Petzold*, *John Davidson und sein geistiges Werden unter dem Einfluß N's.*, Leipzig 1928 (Engl. Bibl.); *P. Hultsch*, *Das Denken Nietzsches in seiner Bedeutung für England*, in der *German.-Roman. Monatsschrift XXVI*, 1938, S. 359 ff.

teilung in Licht und Schatten, Gut und Böse ergeben hatten. Die — von jedem Relativismus freie — Gegenthese lautete, es gebe nur Annäherungen an die absoluten Wahrheiten. Die Ganzheit zu erfassen, dem Leben gerecht zu werden, das sei es, worauf es ankomme. Nichts habe die Welt mehr durcheinandergebracht als die „passion for finality“. Statt dessen müsse von einer höheren Warte aus, gekennzeichnet durch einen „spirit of forbearance and moderation“, der Fortschritt mit der Fortdauer, die Tradition mit der Revolution, die Autorität der Gesellschaft mit der Unabhängigkeit des privaten Urteils versöhnt werden.

Die philosophische Aufgabe war also, das Allgemeine und das Besondere wieder zusammen zu sehen, statt das Allgemeine aus dem Besonderen abzuleiten und es dann glasklar, aber der Wirklichkeit entrückt, über den Dingen schweben zu lassen.

Das Individuum, das von Ricardo und Malthus, von Bentham und John Stuart Mill so sauber herauspräpariert worden war, mit dem Staat wieder in eine lebendige Beziehung zu setzen, das war — wie wir bereits bei Maitland sahen — die Sonderaufgabe, welche die Staatstheorie betraf. So wie die Kathedrale mehr sei als die Summe ihrer Steine, so sei die „society“ mehr als die Summe individuellen Lebens, erklärte Alfred Marshall (1842 bis 1924), der noch auf der Grenzscheide stehende Pionier einer neuen Volkswirtschaftslehre; das „common good“ nannte Green den Staat. So bekam dieser wieder sein Eigenleben, wurde erlöst aus der bescheidenen Funktion, in die ihn der noch auf dem Naturrecht des 18. Jahrhunderts fußende Liberalismus zurückgedrängt hatte. Andererseits veränderte sich der Begriff des Individuums und seiner Freiheit. Green schied von der „einfachen Freiheit von Beschränkung“, d. h. dem herkömmlichen Freiheitsbegriff, die „Freiheit im höheren Sinne“, nämlich das Vermögen des Menschen, das beste aus sich zu machen, d. h. einen idealistischen, an Goethe orientierten, schon von Matthew Arnold herangezogenen Freiheitsbegriff. 1884 konnte F. C. Montague, Schüler Greens, ein Buch mit dem bezeichnenden Titel: „The Limits of Individual Liberties“ herausgeben. Grundsätzlich war damit das Tor geöffnet, durch das in das Heimatland der Demokratie und Freiheit schließlich „State Control“, Planwirtschaft und andere Auswirkungen eines starken Staatsbegriffs hineindringen konnten. Noch war es zwar nicht so weit, aber bereits in den achtziger Jahren stand das soziale Problem im Zentrum der Oxforder Erörterungen. Es wurde so ernst genommen, daß Bosanquet mehrere Jahrzehnte in die praktische Arbeit ging. Auch der schon 1883 im jugendlichen Alter verstorbene Arnold Toynbee, nach dem „Toynbee Hall“, die Zentrale der

Settlementarbeit in den Slums, heißt, widmete sich der *Vita activa* und *contemplativa* zugleich.

Diese Seite der Entwicklung, die in unserem Zusammenhang nur zu streifen ist, hatte die allerwichtigsten Konsequenzen, denn dadurch gewannen die Konservativen ein echtes Verhältnis zur Frage „Socialism“, während die alten Liberalen mit ihren überkommenen Vorstellungen ihrer nicht Herr geworden waren. Daher konnten sie, die Disraeli schon einmal auf diesen Weg geführt hatte, zum zweiten Male die Rolle der Progressiven übernehmen.

Aus dieser Gedankenarbeit entsprang ein Vokabular mit neuen oder neu abgestimmten Ausdrücken wie *unity*, *association*, *community*, *partnership*, *dutifulness*, *contribution*. Überall war die Aufmerksamkeit auf das Übergeordnete, das im einzelnen sichtbar wird, gerichtet. Die organischen Strukturen zu entdecken und ihnen entsprechend das Leben einzurichten, wurde das Bemühen. Atomism, Cosmopolitism und verwandte Begriffe wurden zu Angriffszielen. Die philosophische Grundlage für eine föderalistische Staatslehre war gefunden.

Die Auswirkung des philosophischen Wandels war in den verschiedensten Richtungen zu spüren. Wo die Soziologie dem neuen Geiste Raum gab, sammelte sie nicht mehr herbariumartig, sondern sie versuchte dem Menschen „of flesh and blood“ gerecht zu werden. Die Nationalökonomie erhielt ein neues Gesicht, ebenso die Staatslehre und alle übrigen Fächer, die mit dem Menschen und seinen Gemeinschaften zu tun hatten. Auch die Literaturgeschichte erlebte einen Aufschwung, da sich an ihr die geschichtlichen Lösungen der aktuell gewordenen Probleme aufzeigen ließen.

Es blieb nicht bei Oxford und Glasgow, sondern der neue Geist sprang auch auf andere Universitäten über, und ebenso trugen ihn die Männer der Praxis weiter. Um die Jahrhundertwende hatte das zweite „Oxford Movement“ sich auf breiter Front durchgesetzt und wirkte sich jetzt auf die Politik aus. Man empfand nun das, was bis zum Ende des Jahrhunderts aus der Philosophie geworden war, so sehr als eine politische Angelegenheit, daß die Gegner der seit 1895 regierenden Konservativen, die sich ja bis 1905 in der Macht halten konnten, dafür die Universitäten mitverantwortlich machten. Dabei war ihnen wohl bewußt, daß jener Wandel zum Idealismus durch die Einwirkung der deutschen Philosophie ausgelöst worden war. L. T. Hobhouse, ein Liberaler, kleidete diese Einsicht 1909, als schon wieder die Liberalen auf der Regierungsbank saßen, in die damals viel beachteten Worte: „Seit dreißig Jahren und länger ist das englische Denken — nicht zum ersten Male in seiner modernen Geschichte — mächtigen

Einflüssen von draußen unterworfen. Der Rhein ist in die Thames geflossen, und von der Isis ist der Strom des deutschen Idealismus über die ganze akademische Welt Großbritanniens verbreitet worden.“ Es wäre natürlich gewesen, meinte Hobhouse, sich nach einer idealistischen Philosophie als Gegengift gegen jene rohen Lehren über physische Kraft umzusehen, die im Zusammenhang mit den Naturwissenschaften aufgekomen seien; jedoch habe gerade eine idealistische Bewegung den durch den Darwinismus ausgelösten Rückschritt noch verstärkt. Daher bedeute sie auch nur eine der Erscheinungsformen, die gegen ein Verhalten opponierten, das offen, human und von der Vernunft gelenkt dem Leben und seinen Problemen gegenüberrete, d. h. gegen den Liberalismus. Für den Idealismus bedeute jede Einrichtung, jeder Glaube das Sichtbarwerden eines geistigen Prinzips, und deshalb gebe es für alles eine innere, mehr geistige Auslegung. Aber es sei auch möglich, vulgäre, selbst dumme Überzeugungen mittels einer aufgeklärten Auslegung aufrechtzuerhalten. Die Polemik wehrte sich außerdem gegen die schwer verständliche Fachsprache und erhob den Vorwurf der Wichtigtuerei und der Rhetorik.

Man spürt heraus, daß der Liberalismus, auch wenn er die Majorität zurückerlangt hatte, die Ideen seiner Gegner nicht von innen heraus zu überwältigen imstande war. Ein Gegner, der für einen starken Staat war, nahm 1910 Hobhouses Bild von Thames und Isis auf und malte es triumphierend noch weiter aus. Carlyle habe die Flut bis Chelsea geführt, Green und seine Genossen bis Oxford, andere bis Schottland. Von dort habe sie sich nun über das ganze Land verbreitet. Das Desaster, so stellte er spöttisch fest, sei allgemein. Die Liberalen brachten den Ausdruck „the Germanizers“ für ihre konservativen Gegner auf und gaben ihrem Kampf auf diese Weise das Ansehen eines nationalen Kampfes gegen eine geistige Überfremdung. Das deutsche Kulturerbe geriet auf solche Weise zwischen die innerpolitischen Fronten, die England aufspalteten. Wenn es also auf der einen Seite die Geister befruchtete, trug es auf der andern dazu bei, daß das deutsch-englische Verhältnis mit einer neuen Hypothek belastet wurde.

Und was hatte Deutschland dagegen aufzuweisen? 1895 stellte Haldane fest: „Hegels System hat heute nur sehr wenige bekennende Anhänger in seinem Vaterlande, aber seine fortwirkende Kraft . . . ist von Deutschland nach Großbritannien und Amerika verpflanzt worden“. Das große Erbe, daß den Deutschen den Namen des Volkes der „Dichter und Denker“ eingetragen hatte, war ihren Händen entglitten, aber von den Engländern zu neuem Leben wachgerufen — ein überraschender Aspekt. Man kann

sich der Einsicht nicht verschließen, daß er zumindest im Hinblick auf das politische Denken Wahres enthält: als in England die Gedankenarbeit zu einer neuen, vertieften Reichsidee führte, geriet sie in Deutschland in den Nebel des „Alldrutschums“; Friedrich Naumanns Postulat des „sozialen Kaisertums“ hatte nicht die Kraft, aus den eingefahrenen Parteien eine neue herauszusprengen, und die Linke war, sofern sie den Reichsgedanken gelten ließ, in der Polemik stärker als in der Formulierung zukunfts-trächtiger Gedanken.

Und schließlich: wie sah sich Deutschland von der idealistischen Plattform des zweiten Oxford Movement aus an? Die Frontstellung, die sich gegen das moderne Deutschland ergab, trat in aller Deutlichkeit, vielleicht auch in vollem Bewußtsein allerdings erst zu Beginn des ersten Weltkrieges heraus. Bald nach Beginn des Kampfes mit den Waffen wandte sich der Hegelianer J. H. Muirhead, Haldanes Gedanken zu Ende führend, gegen die nachhegelsche Philosophie der Deutschen, weil sie den deutschen Geist verraten und das von ihm überwundene 18. Jahrhundert mit ihrem neuen Naturalismus wieder habe empordringen lassen³⁹⁾. Er sah ihre Schuld darin, daß sie das Bewußtsein in seine Einzelinhalte, den Staat in seine Teile aufgelöst und dadurch wieder Raum für die Auffassung geschaffen habe, der Staat sei Macht. Für Hegel habe sich im Staat noch höhere Ordnung verkörpert: „Es ist die Geschichte einer großen Rebellion, sogar im ganzen gesehen einer großen Ketzerei“. So bekämpfte er die Deutschen, wie man früher Machiavell bekämpft hatte.

In einem andern Heft der 87 „Oxford Pamphlets“, die sich durch ihr Niveau weit über die übliche Gelegenheitsmakulatur herausheben, wandte sich Ernest Barker, der Staatstheoretiker, gegen die Staatsanbetung im modernen Deutschland, für die er Nietzsche und Treitschke verantwortlich machte. Im Geiste Kants forderte er, daß jede Nation den ihr zukommenden Beitrag zur europäischen Kulturgemeinschaft leiste. Deutschland rede zwar von Kultur, habe aber die Ideale der Gewalt und der Macht übernommen. Barker drückte die Hoffnung aus, Deutschland werde wieder in die Gemeinschaft der europäischen Staaten zurückkehren, indem es das falsche Ideal einer exklusiven, durch das Schwert bewachten Kultur opfere und so werde, „wie es war in jenen Tagen, als es — uneins und machtlos — von seinem Geist Europa große Musik, große Dichtung und große Philo-

³⁹⁾ *Engländer gegen den Abfall der Deutschen vom Idealismus: Kl. Dockhorn*, Der geistesgeschichtliche Standpunkt der englischen Wissenschaft im (ersten) Weltkriege, in der Internat. Zeitschrift für Erziehung 1940, Heft 6, S. 266 bis 269; ausführlicher in der Schrift: Der Kampf der englischen Wissenschaft im Weltkrieg, Berlin 1940.

sophie schenkte“. Vollends umgekehrt ist die Front, wie die deutsche Kriegspropaganda mit der Doppelgleichung: englisch — rationalistisch und flach, deutsch — idealistisch und tief, sie gesehen haben wollte, im Beitrag P. E. Mathesons, eines Schulmannes, der das Prinzip des Laissez-faire als unenglisch bezeichnete und gegen den deutschen normierenden und uniformierenden Staatsbegriff als rationalistisch und intellektualistisch polemisierte. Das Wesen der englischen Freiheit sah er darin, daß sie jedem das Leben sicherte und zugleich ein größeres Ganzes anerkannte; das Empire dünkte ihn ein Reich freier Wechselwirkung, Deutschland dagegen ein Reich bloß natürlicher Macht mit nivellierter Einheit. Der deutsche Leser, der ja noch die Vielgestaltigkeit der deutschen Bundesstaaten mit ihrem starken Eigenleben und dem mancherlei Drum und Dran, das längst museumsreif war, erlebte, mußte sich fragen, wieso eine solche Auffassung entstehen konnte — aber sie war eine Realität, denn sie war weit verbreitet. Wieso es zu ihr gekommen war, läßt der Beitrag erkennen, den H. A. L. Fisher beisteuerte. Die Antwort des späteren Unterrichtsministers, der als solcher Förderer deutscher Erziehungsprinzipien in England war, lautet: „Der moderne Deutsche ist für Caesarismus, für einen Großstaat, eine große Armee, eine große Flotte und für einen langen Weg fortschreitender nationaler Ausdehnung unter der glänzenden Führung des Hauses Hohenzollern. Von dem alten, edlen Kosmopolitismus, der die Literatur der klassischen Epoche durchdrang, lebt jetzt keine Spur mehr. Das ‚Weltbürgertum‘ ist durch den ‚Nationalstaat‘ (Meinecke!) abgelöst worden, wie den zarten Melodien eines Mozart der aufdringliche und blendende Glanz eines Strauß gefolgt ist.“ Fisher meinte, Schillers Ethos und Kants Traum vom ewigen Frieden seien tot, Realismus sei der Fetisch der Herde; Realpolitik sei Trumpf, das heißt: das materielle Interesse, unterstützt durch rohe Gewalt und frei von den Skrupeln des üblichen Bewußtseins. Dem Verfasser eines weiteren Aufsatzes stand vor Augen, in eine wie seltsame Lage England sich durch eine Polemik von solcher Grundlage aus begab: „Merkwürdiger Widerspruch, daß wir uns zum führenden Dichter Deutschlands wenden, um von ihm die stärkste Verurteilung von Deutschlands jüngstem und gegenwärtigem Geist und die stärksten Hoffnungen auf Heilung danach zu holen.“

Ein vielstimmiger Appell an das „Volk der Dichter und Denker“ und dementsprechend eine Verdammung des Volkes der Offiziere, Ingenieure, Kaufleute und Organisatoren, die Deutschland seit 1840 zu einer Militär- und Wirtschaftsmacht ersten Ranges gemacht hatten — ein zwangsläufiger,

durch die Signatur der Zeit bedingter, auch nicht auf das Reich beschränkter Vorgang, den zu hemmen ja gar nicht im Vermögen der Deutschen lag und auch nicht in ihrem Willen hätte liegen können. In Deutschland mußte solch Appell an das „andere Deutschland“ verhallen oder den Gegenwurf auslösen, England gönne Deutschland den „Platz an der Sonne“ nicht und bemäntele das sophistisch.

Dort, wo die Deutschen die Polemik auf der gleichen Ebene gegen die Engländer führten, lief sie bekanntlich darauf hinaus, Deutschland sei es, das den Idealismus verkörpere. Man sieht, wie falsch das war und welche Bedeutung das Ideengut erlangt hatte, das von den sechziger Jahren an aus Deutschland nach England hinübergeholt wurde.

Wie aber stand es mit der Richtigkeit des englischen Deutschlandbildes? Es war genau so richtig und genau so falsch wie das deutsche Englandbild, das die Engländer als die „Händler“ den Deutschen als den „Helden“ gegenübersetzte, wie das Werner Sombart in seinem viel gelesenen Kriegsbuche tat. Ein Christ möchte hier wohl den Spruch von dem Balken im eigenen Auge anführen, den der Tadler nicht gewahrt. Der Historiker hat angesichts dieses Widerspruches darauf hinzuweisen, daß beide Länder dem Geiste — oder auch: dem Ungeiste — ihrer Zeit Tribut gezahlt hatten: dem modernen Machtstreben, den kapitalistischen und imperialistischen Tendenzen, der Vermassung und all den Folgeerscheinungen, welche die Ausbildung des Systems der modernen Großmächte ausgelöst hatte — mit dem Unterschied, daß diese in Deutschland auf Grund seiner Lage zwischen zwei Gegnern „militaristischer“, in England mit seiner auf die ganze Welt gestützten Macht „mammonistischer“ ausgefallen waren.

Die Einwirkung des Hochkapitalismus und des Imperialismus auf England und auf Deutschland in dem Menschenalter vor dem ersten Weltkriege — dies Doppelthema greift weit über die hier erörterten Fragen hinaus und läßt sich nicht in einem Aufsatz abhandeln.

Wen gab es denn in England um die Jahrhundertwende noch, der — wie einstmals Thomas Carlyle und Josias von Bunsen — als geistiger Botschafter zwischen den Kulturen der beiden Völker zu vermitteln vermochte? Hier sind drei Männer von solchem Range zu nennen — zwei holte allerdings gerade um die Jahrhundertwende der Tod.

Im Oktober 1900 starb im Alter von 77 Jahren der letzte Deutsche, der aus Bunsens Kreis noch am Leben war und bis zu seinem Ende sich um die geistige Vermittlung zwischen Deutschland und England bemüht

hatte, Friedrich Max Müller, der Sohn des „Griechen-Müllers“, d. h. des jung verstorbenen Dichters Wilhelm Müller, und Enkel des Pädagogen Basedow⁴⁰⁾.

Müller war Ende der vierziger Jahre als Sanskritist nach Oxford gekommen, um den Rigveda zu drucken, und war dann dort hängengeblieben. Die Königin hatte ihn persönlich geschätzt, von Kaiser Wilhelm I. hatte er den „Pour le Mérite für Kunst und Wissenschaft“ erhalten; Oxford war stolz, ihn zu den Seinen zählen zu können, und die internationale Wissenschaft sparte nicht mit anerkennenden und bedauernden Worten, als ihn der Tod abrief.

Hinter den Kulissen hatte dieser Gelehrte viel für die deutsch-englischen Beziehungen tun können. 1864 und 1870/71 war er in öffentlichen Erklärungen für sein Heimatland angetreten, und während des deutsch-französischen Krieges hatte er Gladstone bei Besuchen und in laufender Korrespondenz den deutschen Standpunkt erläutert. Den Frieden von Europa hatte Müller sich damals durch gemeinsames Vorgehen von Deutschland und England gesichert gewünscht. Wenn die britische Flotte und das deutsche Heer ihre alten Freundschaftsbeziehungen wiederaufnehmen würden, so hatte er Gladstone erklärt, dann würde in Paris kein Hahn krähen und in Petersburg kein Bär brummen können.

Neben seinen Facharbeiten stellte Max Müller bis 1881 auch noch eine Übersetzung von Kants „Kritik der reinen Vernunft“ fertig, die er als einen Bogen in der mit dem Rigveda einsetzenden Brücke arischer Geistigkeit auffaßte. Daß 1885 selbst „ein bisher so anti-deutsch eingestellter Mann wie Lord Salisbury“ einen Trinkspruch auf ein deutsch-englisches Bündnis ausbrachte, erfüllte ihn mit starker Hoffnung; nur meinte er, daß das Wort „Bündnis“ auf zwei Brudervölker nicht passe. Wenn sie zusammengingen, könnte Europa aus dem Zustand zunehmender Bewaffnung herauskommen; geschehe das nicht, werde man einmal die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr verdammen als die Zeiten der Hunnen und Vandalen. 1886 übernahm Professor Müller das Präsidium der neu begründeten Englischen Goethe-Gesellschaft. Sie sollte nach seiner Auffassung den Deutschen zeigen, daß England noch ein warmes Herz für alles wahrhaft Edle besitze, und den Engländern beweisen, daß Deutsch-

⁴⁰⁾ *Friedrich Max Müller* (1823 bis 1900): vergleiche *The Life and Letters of the R. Hon. Friedrich Max M., ed. by his Wife*, London 1902 (die angeführten Stellen I, S. 398; II, S. 107 ff., 180 f., 186, 402 ff., das letzte Zitat nach I, S. 395); ferner *F. M. Müller, My Autobiography. A Fragment*, London 1901 = Aus meinem Leben, Fragmente zu einer Selbstbiographie, Gotha 1902 (dort S. 17 das auch als Motto verwandte Zitat).

land noch immer den Männern Dank abstatte, denen es seine wahre und dauernde Größe verdanke: „Was die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft in Deutschland tut, soll die Englische Goethe-Gesellschaft in England bewirken. Mit zwei solchen Botschaftern wie Shakespeare und Goethe sollten wir bald ein wahres Bündnis zwischen Deutschland und England haben, ein Bündnis, das unabhängig ist von wechselnden Kabinetten, da es fest auf wechselseitige Hochachtung und Zuneigung begründet ist.“

Max Müller wirkte bis zu seinem Ende in diesem Sinne, aber rückblickend mußte er sich kurz vor seinem Tode eingestehen, daß seit der Zeit, als er nach England gekommen war, das Vorurteil gegen alle Ausländer, besonders gegen die Deutschen, viel stärker geworden war. Er erlebte gerade noch, daß während des Burenfeldzuges auch in Deutschland eine anti-englische Stimmung aufflammte. Er versuchte, in seinem Vaterlande aufklärend und dadurch beruhigend zu wirken, aber er stieß dabei auf Schwierigkeiten und ablehnende Stimmen. „Das völlige Mißverstehen der Lage Englands“, schrieb er im Januar 1900, „ist sehr schmerzlich. In früheren Zeiten war das anders; jetzt sind selbst Englands alte Freunde irregeleitet.“ Alter und Krankheit machten es ihm unmöglich, eine aktivere Rolle zu übernehmen. Im Herbst holte ihn der Tod und ersparte ihm, die weitere Entwicklung ansehen zu müssen.

Zehn Wochen nach Sedan hatte dieser getreue Verwalter des Bunsenschen Erbes an Gladstone geschrieben: „Ich habe oft mit Staunen beobachtet, wie auf einer belebten Station ein Eisenbahnbeamter, der das Leben von Tausenden in seinen Händen hält, mit einer für andere kaum wahrnehmbaren Bewegung seiner Hand einen Zug nach rechts und den anderen nach links abfahren läßt . . . Jetzt habe ich das Gefühl, als wenn zwei Züge, in denen liebe Freunde sitzen, gerade abgefahren sind, aber nicht in der Richtung, die ich erhofft hatte.“

Max Müller hat die Erwartung nicht aufgegeben, daß eine günstige Weichenstellung sein Heimatland und sein Adoptivland wieder zusammenführen werde — aber die beiden Züge eilten in der Richtung weiter, die ihnen das Schicksal gewiesen hatte. Daran konnte ein auch noch so emsiges Bemühen um Verständigung im Reiche des Geistes nichts mehr ändern.

Zwei Jahre nach Max Müller schied der zweite Gelehrte aus dem Leben, den das Schicksal in eine Mittlerstellung zwischen den beiden Länder gerückt hatte: der schon zweimal kurz gestreifte Lord Acton (vormals Sir

John Dalberg Acton, 1834 bis 1902)⁴¹⁾. Die Mutter war eine Dalberg gewesen, die Gattin entstammte dem Hause Arco-Valley; er selbst hatte in Deutschland unter Döllingers Leitung studiert und übersah die deutsche Kultur wie kaum ein zweiter; auch war er vom Neuhegelianismus berührt worden. München machte ihn 1872 zum Ehrendoktor, Cambridge und Oxford folgten erst Ende der achtziger Jahre. Hinter den Kulissen seit langem einflußreich, hatte er, als er 1895 Seeleys Nachfolger in Cambridge wurde, auch Einfluß in die Breite gewonnen. Er wirkte — so hat es James Bryce formuliert — instruktiv und horizont-erweiternd, „weil er nur ein halber Engländer dem Blute nach und weniger als ein halber Engländer seiner Schulung und seiner Denkgewohnheit nach war“. Aber als er nun die Grundgedanken seiner nie vollendeten „Geschichte der Freiheit“ vortragen konnte, zeigte sich allerdings, daß er nicht mehr in vollem Umfang ein Botschafter deutschen Wesens in England zu sein vermochte.

Den Zusammenhang mit der deutschen Historischen Schule hielt Acton sein Leben lang fest. Bereits 1858 hatte er Buckle als antiquiert bezeichnet, weil er an den deutschen Problemstellungen vorbeigegangen sei, und 1886 eröffnete er die unter seiner Mitwirkung ins Leben tretende „English Historical Review“ mit einem Aufsatz über die „German Schools of History“. Zeitlebens betrachtete er sich als Schüler Rankes. Daß er dessen universale Geschichtskonzeption in sich aufgenommen hatte, zeigt die „Cambridge Modern History“, die er zusammen mit dem in Deutschland erzogenen und durch ein Buch über Deutsche Geschichte bekannten A. W. (später Sir Adolphus) Ward ins Leben rief. Aber so sehr Lord Acton sich auch im wissenschaftlichen Leben auswirkte, in der Politik

⁴¹⁾ *Lord Acton: U. Noack*, Geschichtswissenschaft und Wahrheit, Frankfurt a. M. 1935; *Derselbe*, Katholizität und Geistesfreiheit, ebenda 1936 (mit einer Biographie); *Derselbe*, Pol. als Sicherung der Freiheit, ebenda 1947, jeweils mit dem Untertitel: Nach den Schriften von John Dalberg-Acton, dem Historiker der Freiheit (1834 bis 1902). Von Acton liegen vor zwei Bände Essays, zwei Bände Lectures, drei Bände Briefe sowie die von ihm herausgegebenen Zeitschriften. Da diese Zeugnisse sich nicht gleichmäßig auf die Lebensjahre verteilen, bleiben Lücken; siehe bes. *Noack*, 1947, S. 97 ff. über Preußen, S. 116 über A. und Gladstone, S. 126 A. gegen Bismarck, S. 128 für Isolierung; 1936, S. 165: Botschafter in Berlin?, S. 173: Ehrendoktor, S. 179: James Bryce). Siehe jetzt auch *H. Butterfield*, Lord Acton, London 1948 (Publ. of the Hist. Association, General Series 9).

Acton über die deutsche Gefahr: a. a. O. S. 90 nach den Lectures on Modern Hist., Cambridge 1906, S. 289.

Zu den positiven Beurteilern Deutschlands gehörte der Humorist *Jerome K. Jerome*, der Ende der achtziger Jahre Deutschland bereiste. Sein „Diary of a Pilgrimage“, Leipzig 1892 (Tauchnitz Vol. 2830) schließt: „The Germans . . . believe in themselves, and respect themselves. The world for them is not played out. Their country to them ist still the „Fatherland“. They look straight before them like a people who see a great future in front of them, and are not afraid to go forward to fulfil it.“

konnte er sich am Ende des Jahrhunderts nicht mehr durchsetzen. Denn er befand sich nicht mehr in Übereinstimmung mit den politischen Tendenzen, die jetzt sowohl in seinem Vaterlande als auch in seiner geistigen Heimat die Politik bestimmten.

Er, der gläubige Katholik, hatte Gladstone, dem gläubigen Hochkirchler, nahegestanden — „two citizens of the Kingdom of God“, wie Gladstones Tochter sie nannte. Seit 1895 saßen die Tories auf der Regierungsbank, und die Imperialisten, die Acton erst recht als Gegner betrachtete, beherrschten das Feld. Der Burenkrieg drängte ihn vollends in die Opposition.

Auch mit Deutschland als politischer Realität war Acton nicht mehr einig. Wie hätte das bei seinen süddeutsch-katholischen Bindungen auch anders sein können! Zwar hätte es ihn noch in den achtziger Jahren gereizt, Botschafter in Berlin zu werden, aber bereits dem Bismarckschen Reiche hatte er mit Vorbehalt gegenübergestanden, und gegen das nach-bismarckische war er noch skeptischer. In seinen Augen malte sich das Neue Reich als die alles regulierende Militärmacht, die durch keine echte Vertretung des Volkes in Schach gehalten wurde. Actons Buch über die Freiheit hatte auch ein Mahnruf an Deutschland sein sollen; aber während er seine riesige Büchersammlung vermehrte und Auszüge und Notizen häufte, dämmerte es ihm, daß die Entwicklung auf den Bruch zwischen den beiden Ländern zutrieb. In einer seiner Vorlesungen sprach er von der preußischen Tradition im Neuen Reich, in dem die Regierung führe und daher der Förderer des Wohlstandes, der Lehrer des Wissens, der Hüter der Sittlichkeit, der Antrieb der aufsteigenden Bewegung des Menschen sei. Er stellte das als Historiker, die Verdienste nicht verkleinernd, fest und witterte zugleich darin als Politiker für sein Land eine Gefahr: eine furchtbare, seit den Tagen Friedrich Wilhelms I. emporgewachsene Macht, gestützt auf Millionen von Bajonetten glaubte er zu gewahren. Acton prophezeite: „Es ist die größte Gefahr, der die angelsächsische Rasse noch zu begegnen hat.“

Lord Acton wurde in Tegernsee, der Heimat seiner Frau, vom Tode ereilt — es ist, als wenn das Schicksal die Zeitgenossen hätte narren wollen, indem es diesen Vermittler deutscher Geistigkeit in England auf deutschem Boden sterben ließ: es sah nach einem versöhnlichen Schluß aus, aber seine geistige Heimat war Acton zur Fremde geworden — er starb im Ausland.

Dann fand Deutschland in England nur noch einen Interpreten von Rang: das war der Reorganisator der britischen Armee und Bewunderer Goethes, Lord Haldane. Von ihm und seiner Generation soll hier nicht mehr die Rede sein.

Es mutet schließlich wie ein Theatercoup auf der Bühne des Weltgeschehens an und hatte doch einen tieferen Sinn, daß die beiden Botschafter, welche 1914 in Wien und Berlin die britische Kriegserklärung überreichten, deutsche Namen trugen. In Wien war es Sir Maurice de Bunsen, ein Enkel des alten Josias, des preußischen Gesandten in der Zeit Friedrich Wilhelms IV., dessen ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet gewesen war, England und Deutschland zusammenzuführen. In Berlin war der Überbringer Sir William Edward Goschen, ein Enkel des Verlegers Georg Joachim Göschen und Sohn eines Kaufmanns, der 1814 nach England gekommen und als Mitinhaber des Merchant-Banquer-Hauses „Frühling und Göschen“ zu Ansehen gekommen war. Die Familie hatte ihrer Herkunft nicht abgesagt; 1903 hatte der Bruder des Botschafters, der Viscount de Goschen, dem als Minister eine noch ansehnlichere Rolle zugefallen war, ein Buch über „Life and Times of Georg Joachim Göschen“ erscheinen lassen⁴²⁾.

Väter — Söhne — Enkel: Man braucht nur ihre Namen, Daten und Ämter zusammenzustellen, und man hat in nuce das Verhängnis, das auch im kulturellen, selbst im menschlichen Bereich über den deutsch-englischen Beziehungen waltete.

⁴²⁾ *Familie Göschen (Goschen)* Eine Biographie des Ministers veröffentlichte 1911 A. D. Elliot; die Daten im Dict. of Nat. Biogr., 2. Suppl., London 1912, S. 134 bis 140.

III. DER EUROPÄISCHE OSTEN

Kreuzritterstaat und Hohenzollernmonarchie Zur Frage der Fortdauer des Deutschen Ordens in Preußen

Das Problem, in welcher Weise der Deutsche Ritterorden nach seinem Ende als Staat auf das Preußenland weitergewirkt hat, ist bisher noch wenig zur wissenschaftlichen Diskussion gestellt worden. Auffallende Gemeinsamkeiten zwischen dem Deutschordensstaat und dem späteren preußischen Beamtenstaat sind schon oft gesehen, ohne daß jedoch versucht worden ist, diese rational schwer zu fassende Übereinstimmung zu klären. Die Behauptung von einem Fortleben des Deutschordensstaates bis zu dem Staat Friedrich Wilhelms I. hin scheint zudem historisch anfechtbar zu sein, da ein solcher Nachweis voraussetzen müßte, die geistesgeschichtliche Brücke über mehrere Epochen hinweg, in Jahreszahlen ausgedrückt: mindestens von 1525 bis 1701, zu schlagen. In diesem Zeitraum liegen aber für die Entwicklung des Ordensstaates und seiner Nachfolgeinstitution zwei entscheidende äußere Umwandlungen: die Umbildung des zentralistischen Ordensstaates zu einem Ständestaat in der Periode von 1410 bis 1598 und eine zweite Umbildung vom Ständestaat zum absolutistisch-monarchischen Staat vom Anfang des 17. bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts.

Dieses hier in großen Zügen angedeutete Problem hat in dem Urteil neuerer Historiker keine eindeutige Beantwortung erfahren. Es finden sich vielmehr bemerkenswerte Widersprüche, jedoch fehlt eine genauere Untersuchung der Vorgänge in Preußen vom Niedergang der Ordensherrschaft bis zur Einbeziehung des Landes in das brandenburg-preußische Staatswesen daraufhin, ob in den staatsbewegenden und staatserhaltenden Kräften des Landes selbst noch Einrichtungen und Überlieferungen des Deutschen Ordens weitergewirkt haben¹⁾.

Einer der bedeutendsten Historiker der letzten Jahrzehnte, *Erich Marcks*, hat in einem Münchener Vortrag zugunsten der vertriebenen Ostdeutschen im Jahre 1920 die Lage Preußens nach dem Niedergang der Deutschordensherrschaft folgendermaßen gezeichnet: „Das ostdeutsche Volk . . .

¹⁾ Vorliegende kleine Studie, die nicht mehr beansprucht, als einige Anregungen zu geben, erwuchs aus meinen Arbeiten im Königsberger Staatsarchiv (zur Zeit Goslar). Herrn und Frau Prof. Mortensen-Göttingen bin ich für freundliche Hinweise sehr zu Dank verpflichtet.

war in landwirtschaftlicher Enge, im selbstsüchtigen Kleinleben seiner Stände, seiner Städte, zumal seines herrschenden Adels versunken auf dem glorreichen Boden Ostpreußens in aller *zuchtlosen polnischen Adelsanarchie*. Die Bausteine zu einem großen Streben mochten noch immer aus diesem ostdeutschen Volke zu gewinnen sein, wie einst im 13. Jahrhundert; Tatkraft und Disziplinierbarkeit für weite Aufgaben mochten in diesem kolonialen Deutschtum noch immer schlummern: aber erweckt worden sind sie erst durch den Großen Kurfürsten und seine Nachfolger; alle die Kräfte für eine starke Zukunft haben *erst die Hohenzollern, von oben her, mit Gewalt* in ihren ostdeutschen Staat hineingebracht“²⁾. Diese Ausführungen entsprachen ganz der Auffassung, die Erich Marcks bereits 1901 über denselben Gegenstand geltend gemacht hatte: „Gewiß, in einem reichen Lande hätte sich das spartanische Preußentum schwerlich entwickelt, aber waren diese Länder dazu prädestiniert, es ihrerseits wirklich hervorzubringen? Dieses Wesen von Einheit, Straffheit, Tatkraft und Staatskraft, von Selbstzucht und Entbehrung? Bis 1640 zeigen die Marken dazu wahrlich keine Neigung, und Ostpreußen mit seinem wilden und selbstherrlichen Adel stand in der Gefahr, in *polnische Zuchtlosigkeit und Wüstheit* zu versinken. Nein! *Die Hohenzollern seit 1640 sind es gewesen*, die diesen Staat mit seiner harten, scharfen, großen Eigenart in diesen Boden erst eingepflanzt haben, der ihm natürlich entsprach“³⁾. Erich Marcks fährt dann in dem oben genannten Vortrag fort: „Von einer geheimnisvollen, die Lücke von zwei Jahrhunderten überspringenden Übertragung sittlicher Energien aus dem gründlich toten Ordensstaate und seinem gründlich verlotterten Adel auf die neuen brandenburgischen Herren dieses Landes, von einem Ordensgeiste im preußischen Staate zu reden, wie es *Oswald Spengler* in seinen geistreichen konstruktiven Phantasien beliebt hat, ist eine widergeschichtliche Spielerei. *Mit Orden und Ordensgeist hängt die brandenburgisch-preußische Entwicklung ganz und gar nicht zusammen*. Sie hat das alte Ordensland von neuem mit deutschem, mit einem im verwandelten Sinne preußischen Geiste, mit ihrem Staatsgeiste durchtränkt, aber dieser Geist ist in den mittleren Provinzen ihres Staates, in den Marken und ihren Nebenlanden groß geworden. Im brandenburgischen Rahmen stehen, unbeschadet der westlichen Einflüsse, die

²⁾ Erich Marcks, Ostdeutschland in der deutschen Geschichte (Männer und Zeiten, Aufsätze und Reden, Band II, 7. Auflage, Stuttgart und Berlin 1942, S. 67 f.) — Kursive hier und später vom Verfasser.

³⁾ Erich Marcks, Das Königtum der großen Hohenzollern (Männer und Zeiten, Aufsätze und Reden, Band I, 7. Auflage, Stuttgart und Berlin 1942, S. 158 f.).

sie empfangen, die leitenden und schaffenden Männer.“ Damit ist die Frage gestellt worden: Hat der deutsche Ordensstaat keine Fortwirkung auf das säkularisierte Preußen ausüben können? Es ist wichtig festzuhalten, daß Erich Marcks seine Anschauungen nicht im einzelnen selbst erarbeitet hat, sondern daß er sie vielmehr aus der Sicherheit der brandenburg-preußischen Staatsauffassung seiner Zeit gewissermaßen für selbstverständlich hielt. Marcks steht damit in einer allgemeinen, weitverbreiteten und bis auf den heutigen Tag nachwirkenden Meinung seiner Historikergeneration, als deren Vertreter er hier angeführt ist.

Zu einem gänzlich entgegengesetzten Urteil kommt von der Geschichtsschreibung des Mittelalters her *Erich Caspar*, wenn er 1924 sagt: „Dem Ordensstaat Hermanns ist trotzdem eine lange Blüte beschieden gewesen und schließlich eine Umstellung auf neue Verhältnisse in der Säkularisation von 1525 gelungen. Das Beste aber, was er in seinem Schoße entwickelt hatte, die präzise arbeitende Verwaltung eines in herber, nüchterner Zucht erwachsenen Beamtentums, wie es kein anderer Territorialstaat so früh und in solcher Vollendung aufwies, ist für die *hohenzollernschen Erben* dieses säkularisierten Herzogtums Preußen ein *kostbares Vermächtnis* gewesen. An diesem Vorbild und *aus dieser Wurzel erwuchs jenes neue Beamtentum*, das den preußischen Gesamtstaat in der modernen Staatenwelt vor seinesgleichen auszeichnete, das ihn befähigte, zum Eckstein der Bismarckschen Reichsgründung zu werden“⁴). Hier findet sich die These von der Kontinuität des Ordensstaates bis zur Bismarckschen Reichsgründung hin. Noch einen Schritt weiter geht, ebenfalls von der Geschichtsschreibung des Mittelalters aus, *Erich Maschke* 1939: „Ein Jahrhundert hindurch hat der Orden sich gegen den Untergang gewehrt; war dieses Bemühen auch vergebens, so weckte es doch das Bewußtsein für den *bleibenden völkischen Inhalt der preußisch-deutschen Staatsgründung* und rief die Kräfte des Widerstandes wach, die eine Bewahrung des deutschen Daseins in dem fernen deutschen Lande und damit die Möglichkeit einer neuen Erhebung verbürgten“⁵). In einem früheren Buch von 1935 hat Maschke freilich weitaus zurückhaltender das Weiterwirken des Ordensstaates Preußen lediglich auf den preußischen Namen bezogen, den Herzog

⁴) Erich Caspar, Hermann von Salza und die Gründung des Deutschordensstaates in Preußen, Tübingen 1924, S. 59 f.

⁵) Erich Maschke, Der deutsche Orden (Diederichs Deutsche Reihe, Band 81, Jena 1939, S. 4 f.). — Vgl. auch Karl Kasiske in Deutsche Ostforschung (Brackmann-Festschrift), Leipzig 1942, I, S. 446: „Mit vollstem Recht sah man im Deutschen Orden und seinem Werk das Fundament, auf das sich letzthin der deutsche Charakter des Landes gegründet hat.“

Albrecht gerettet und mit dem Hause Hohenzollern verbunden habe⁶⁾. Es ist deutlich zu spüren, wie sehr Caspar und Maschke ihr Urteil aus der räumlichen Verknüpfung mit dem Ordensland her bilden, aus dem gefährdeten Ostpreußen der Nachweltkriegszeit, in dessen Bewußtsein die Kontinuität des Deutschtums vom Auftreten der Ordensritter bis zur Gegenwart als eine unantastbare und lebensnotwendige Selbstverständlichkeit galt. Dasselbe kann auch in einer vorsichtigeren Weise von *Hans Rothfels* gelten, der, mit dem Schauplatz des Geschehens unmittelbarer verbunden als *Erich Marcks*, die Kontinuitätsfrage anders sehen möchte. Aber Rothfels läßt die Weiterwirkung des Deutschordensstaates sich auf einer anderen, höheren Ebene vollziehen: „*Nicht unmittelbar und leichthin also strömte der Geist des alten Ordensstaates in die werdende preußisch-brandenburgische Monarchie hinein. Ein fruchtbares geschichtliches Erbe muß immer wieder in harter Arbeit und bitteren Kämpfen neu errungen werden, es pflanzt sich nicht nach den Zufälligkeiten dynastischen Erbanges, sondern nur durch ebenbürtige Leistung fort. Daß das geschah, ist das Werk der drei großen Herrscherpersönlichkeiten des Hohenzollernhauses gewesen. Und es hat seinen tieferen Sinn, daß im Kampfe gerade mit den ostpreußischen Ständen der „rocher de bronze“ etabliert worden ist: eine staatliche Hoheitsgewalt, die im deutschen 17. und 18. Jahrhundert ebensowenig ihresgleichen hatte, wie die des Ordens im 13. und 14. Jahrhundert. Auch der genossenschaftliche und asketische Geist der deutschen Ritter erstand nach langer Erziehungsarbeit neugestaltet im Offizierkorps der Monarchie. Sein Schöpfer, der größte innere König Preußens, brachte zugleich den Zustrom deutscher Bürger und deutscher Bauern nach Osten wiederum in Fluß. So rückte der Großstaat in die alten Aufgaben des kolonialen Gemeinwesens ein*“⁷⁾. Mit diesem Urteil steht Rothfels etwa in der Mitte zwischen Marcks und Caspar. Werfen wir schließlich noch einen Blick auf die großen Darstellungen der preußischen Geschichte, so finden wir bei *Otto Hintze*, wie zu erwarten, keine Erwähnung des Deutschordensstaates. Hintzes preußische Geschichte ist ganz auf dynastischer Grundlage aufgebaut: „Die Verbindung des Ordenslandes mit der Mark Brandenburg und den übrigen Ländern der Monarchie beruht lediglich auf den dynastischen Ansprüchen und Interessen des Hohenzollernhauses“⁸⁾. Ganz anders hat *Leopold von Ranke* in seinen „Zwölf Büchern preußischer Ge-

⁶⁾ Erich Maschke, *Der deutsche Ordensstaat, Gestalten seiner großen Meister*, Hamburg 1935, S. 126.

⁷⁾ Hans Rothfels, *Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke, Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden*. Leipzig 1935, S. 2 ff.

⁸⁾ Otto Hintze, *Die Hohenzollern und ihr Werk*, Berlin 1915, S. 2.

schichte“ (1878) den Staat des Deutschen Ordens in seine Darstellung einbezogen; ja, er beurteilt die Mark Brandenburg und den Ordensstaat Preußen von hoher Warte aus als fast gleichwertige Bausteine für den späteren brandenburgisch-preußischen Staat. Das Gemeinsame, das beiden Teilen eignet, sieht Ranke in dem Zusammenwirken des universalhistorischen und des territorialen Elements. „Nicht autochthonisch aus altheimischen Völkerstämmen waren die Mark Brandenburg und der Ordensstaat Preußen hervorgegangen: beide verdanken ihren Ursprung dem Übergewicht der deutschen Nation *und den Ideen* der abendländischen Christenheit im 12. und 13. Jahrhundert“⁹⁾.

Die Verschiedenartigkeit der Urteile ist auffallend und beleuchtet die Schwierigkeit, die einer befriedigenden Lösung dieser Frage entgegenstehen. Eine erschöpfende Analyse durchzuführen ist in dem hier gesteckten Rahmen unmöglich. Nur einige Arbeitsansätze mögen aufgezeigt werden, die vornehmlich auf dem Gebiet der Staatsverwaltung und der Siedlungsverhältnisse liegen. Den für das Kontinuitätsproblem vor allem wichtigen Charakter des Übergangszeitalters zwischen Deutschherrenzeit und Hohenzollernregierung gilt es zu erkennen, um feststellen zu können, inwieweit das Erbe des Deutschordensstaates in den beiden dem Niedergang folgenden Jahrhunderten fortbestanden hat.

Erich Caspar hat überzeugend dargelegt, daß sich in der Begründung und dem Aufbau des Deutschordensstaates die Leitideen mittelalterlicher Geistesgeschichte mit ihren beiden Hauptexponenten, dem Kaisertum und dem Papsttum, verkörpern. Das „geistige Urelement der Ordensstruktur“ sieht Caspar in dem „willenlosen mönchischen Gehorsam“; „er ist völlig wesensverschieden von dem germanischen Treubegriff, dem Urelement der germanisch-romanischen Lehensstaatenwelt. In ihm ruht das tiefste Geheimnis der ungeheuren Erfolge, welche dem Orden . . . beschieden waren. Auch der Ordensritter war als Mönch aus allen natürlichen Banden . . . gelöst, ein Werkzeug in der Hand des Meisters und seiner Gebieter“¹⁰⁾. Der aus der klösterlichen Gemeinschaft entwickelte Gedanke der *humilitas*, der unbedingten Unterordnung, geht auf die Regeln des

⁹⁾ Leopold von Ranke, Zwölf Bücher preußischer Geschichte (Einleitung zum ersten Kapitel des zweiten Buches).

¹⁰⁾ Erich Caspar, Vom Wesen des Deutschordensstaates (Königsberger Universitätsreden 1927), S. 6. — Neuerdings sehr eindrucksvoll dargestellt von Hermann Heimpel: Hermann von Salza, Gründer eines Staates (Wir Ostpreußen, herausgegeben von Gunther Ipsen, Salzburg 1950, S. 29 bis 51). — Die neuere Literatur über alle Zweige des Ordenslebens jetzt leicht zugänglich durch Rudolf ten Haaf: Kurze Bibliographie zur Geschichte des Deutschen Ordens 1198 bis 1561, Kitzingen 1949.

heiligen Benedikt zurück; das gemeinsame Leben im Dienst zur Aufrichtung des „Gottesreiches“ gründet sich auf Augustins Lehre. Beides entspricht der Geisteshaltung der abendländisch-mittelalterlichen Welt; die Kennzeichnung als ritterlicher Kampfbund oder politische Organisation würde dem Wesen auch des *Ordensstaates* als allzu einseitig nicht gerecht werden. Ein bemerkenswerter Zug ist die *uniformitas*, die vom monchischen Bereich auf die Deutschordensverfassung übertragen ist und immer wieder als anzustrebendes Ziel gefordert wird. „Das zieht sich wie ein roter Faden als etwas den Deutschordensstatuten vor denen der älteren Ritterorden Eigentümliches durch den ganzen Text hindurch“¹¹⁾. Diese Uniformität zeigt sich in der Anlage der Ordensburgen und -städte, in der Verwaltungseinheit, in der Festsetzung *einer* Münze und *eines* Landmaßes für das gesamte Ordensgebiet. Die Vermutung, daß der straff organisierte Staat Friedrichs II. in Sizilien Vorbilder für die Ordensstatuten abgegeben habe, läßt sich kaum erweisen; Caspar will immerhin einige Berührungspunkte zwischen Ordensstatuten einerseits, Gesetzen und Edikten des sizilischen Beamtenstaates Friedrichs II. andererseits feststellen: „In den Beamtenbestimmungen der Ordensstatuten weht friderizianischer Geist. Der ursprüngliche Träger der Vermittlung kann aber nur Hermann von Salza sein, der in der Luft des friderizianischen Hofes heimisch war“¹²⁾. Es ist nun freilich festzustellen, daß die Ordensstatuten immer nur das Grundgesetz der Korporation, nicht des *Ordensstaates* bedeuten. Deshalb ist zwischen der inneren Verfassung des Deutschordensstaates und den äußeren Formen seiner Verwaltung zu unterscheiden. Die Verfassung dieser Korporation hätte geändert werden müssen, als andere Gewalten mächtiger wurden als die, die den Ordensstaat begründet und getragen hatten. In der Säkularisierung des 16. Jahrhunderts lag der tiefe und echte, endgültige Bruch mit der *Deutschordensverfassung* und den Statuten des geistlichen Ordens, von deren Fortleben allerdings keine Rede mehr sein kann. „Indem der letzte Hochmeister Albrecht die monchischen Gelübde abwarf, die Schranke niederriß, welche die Landesherrschaft als einen Orden von der lebendigen Verknüpfung mit dem Lande selbst schied, und den Staat in die Formen des Ständestaates hinüberführte, rettete er ihm das Leben, und zugleich, trotz polnischer Lehenshoheit, dem Deutschtum dieser östlichen Mark die staatliche Existenz“¹³⁾. Daß damit auch alle

¹¹⁾ Erich Caspar, Hermann von Salza, S. 52. — Vergleiche Gesetze II f, p. 62; II g, p. 62; c. 23, p. 72; c. 45, p. 89.

¹²⁾ Caspar, Hermann von Salza, S. 52.

¹³⁾ Caspar, Vom Wesen des Deutschordensstaates, S. 10.

jene inneren Werte der Zucht, des Dienstes, der Strenge und der Uniformität, die die Ordensstatuten gefordert hatten, hinfällig geworden wären, folgt nicht daraus. Trotz der Umbildung zu einem Ständestaat hatte die Erhaltung der staatlichen Existenz doch zur Voraussetzung, daß an gewisse Vorbilder der Staatsverwaltung des Deutschen Ordens angeknüpft werden mußte. Die Verwaltung des Deutschordensgebietes war in den Jahrhunderten seiner Blüte noch fortwährenden Änderungen unterworfen gewesen. Auch nach der Säkularisation fußte die Verwaltung zu einem erheblichen Teil auf den in der Ordenszeit entwickelten Grundlagen. Schumacher bemerkt ausdrücklich: „In gewissem Sinne konnte Albrecht an die Ordenseinrichtungen anknüpfen“¹⁴⁾. Auch Christian Krollmann spricht von der „Neueinrichtung der Verwaltung, die zwar im Grunde auf dem System der Ordenszeit beruhe, aber doch vielfach durch Übernahme deutscher territorialstaatlicher Praxis modifiziert wurde“¹⁵⁾. Die neue Zentralregierung der herzoglichen Oberratsstube entsprach mutatis mutandis der ehemaligen Zentralregierung der fünf bzw. vier Großen Gebietiger des Deutschen Ordens. „Die ehemaligen Komtureien, Vogteien und Pflegerämter wurden in Hauptämter umgewandelt. Die an ihrer Spitze stehenden Amtshauptleute behielten im allgemeinen die Verwaltungs- und Gerichtsbefugnisse der früheren Ordensbeamten, wie denn auch die alten Ordensschlösser, freilich mit mannigfachen baulichen Veränderungen, als Amtshäuser bestehenblieben“¹⁶⁾. Neu scheint freilich die Einrichtung einer besonderen ständischen Organisation zu sein. Aber auch die Landtage mit der Vertretung von Adel und Städten hatte bereits der Orden im 15. Jahrhundert zugestanden. Eine führende Stellung kam ihnen zunächst noch nicht zu. Noch zur Regierungszeit Herzog Albrechts (1525 bis 1568) trug das neue Territorialfürstentum Preußen einen durchaus patriarchalischen Charakter. Daher konnte auch das Regimentskollegium des Herzogs, das sich gemäß der Regimentsnotel von 1542 aus vier Oberräten mit sechs bis acht Hof- und Gerichtsräten sowie vier Amtshauptleuten zusammensetzte, keine selbständige Regierungsfunktion aus-

¹⁴⁾ Bruno Schumacher, Geschichte Ost- und Westpreußens, Königsberg 1937, S. 134.

¹⁵⁾ Christian Krollmann, Das Herzogtum Preußen 1525 bis 1640 (Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, herausgegeben vom Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Königsberg 1931, S. 166). — Für das Übergangszeitalter der beiden letzten Fürsthochmeister des Deutschen Ordens in Preußen neuerdings Kurt Forstreuter: Vom Ordensstaat zum Fürstentum, Kitzingen 1951. Dort wird S. 25 auf Landesordnung, Kriegsordnung und Hofgericht hingewiesen, die aus der letzten Ordenszeit in Preußen stammten und in die Herzogszeit übernommen wurden. Vgl. auch unten Anm. 38.

¹⁶⁾ Schumacher, a. a. O., S. 135; Vgl. auch unten Anm. 40.

üben, sondern nur beratend tätig sein. Gewiß wird die geographische Nachbarschaft Polens im Sinne einer Weiterentwicklung dieser Ansätze zu voller Selbständigkeit beigetragen haben, vielleicht auch Skandinavien, wo der Adel im ausgehenden 16. Jahrhundert eine neue selbständige Rolle zu spielen begann und zu dem gute Beziehungen von Preußen aus bestanden. Schließlich sind doch wohl auch deutsche — vornehmlich protestantische — Territorien immer wieder Vorbilder für eine Erweiterung der Rats- und Ständeherrschaft gewesen — im übrigen eine allgemeine Zeiterscheinung im europäischen Verfassungsleben des 16. und 17. Jahrhunderts, mit zeitlichen und räumlichen Akzenten. Der Durchbruch der unumschränkten Ständeherrschaft in Preußen erfolgte erst in den Wirrnissen der auf den Tod Herzog Albrechts folgenden Zeit. Und doch dürfen jene 10 Jahre der Adelsrepublik in Preußen bis zur Regierungsübernahme des Herzogs Georg Friedrich von Brandenburg-Ansbach noch nicht als „Verfall in polnische Zuchtlosigkeit und Wüstheit“ gelten. Wenn auch dem Adel schon in der Spätzeit des Ordens und den darauffolgenden Jahrzehnten eine gewisse Zuchtlosigkeit nicht abgesprochen werden kann, so galt dies doch nicht vom *Staat*. Aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gibt es vor und nach der Säkularisierung zahlreiche Petitionen der Bauern, weiterhin wie bisher unter der Staatsverwaltung zu bleiben und nicht unter den Landadel zu kommen. Dieser Wunsch gab den eigentlichen Anlaß zu dem fälschlich so genannten Bauernkrieg von 1525 im Samland¹⁷⁾. Erst unter den Kurfürsten Joachim Friedrich und Johann Sigismund, die von 1598 bis 1619 die Regentschaft führten, gewannen die preußischen Stände beherrschenden Einfluß. Die Regierungszeit des Kurfürsten Georg Wilhelm wurde bereits durch die Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges überschattet, nachdem schon unter Johann Sigismund die preußische Regimentsverfassung unter dem Einfluß des Polenkönigs in adlig-ständischem Sinne abgeändert war. Aber selbst in dieser für die preußische Selbständigkeit schlimmsten Zeit ging die Kontinuität der Landesverwaltung nicht verloren. Wenn auch das Regimentskollegium der Oberräte (deren Zahl 1712 auf sechs erhöht und deren Titel in „Geheimräte“ geändert wurde) durch die preußische Verwaltungsangleichung in einen Teil des Berliner Geheimen Rates umgewandelt wurde, so blieb doch bemerkenswert, wie energisch sich den Verwaltungsreformen zum Trotz die preußische Landesbehörde im Bewußtsein ihrer Tradition in Konkurrenz zu könig-

¹⁷⁾ E. Wilke, Die Ursachen der preußischen Bauern- und Bürgerunruhen 1525. Diss. phil. Göttingen 1930. — Die Bauernpetitionen an die Oberratsstube im Königsberger Staatsarchiv (Abt. HBA und Ostpr. Fol.).

lichen und ständischen Verwaltungsstellen zu behaupten wußte; Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben sie nicht zu beseitigen vermocht, und noch im 19. Jahrhundert stand Theodor von Schön als Oberpräsident mit großer Selbständigkeit, fast mehr Landesherr denn Beamter, an der Spitze von Ost- und Westpreußen.

Aus dem Dargelegten geht hervor, daß die aus der Ordenszeit stammende Verwaltung noch lange Zeit nach der Säkularisation in den Verhältnissen angepaßten Formen weiterbestanden hat. Vor allem die Säkularisation selbst bedeutete auf diesem Gebiet keinen Bruch mit der Überlieferung. In der Person Albrechts von Preußen, der 15 Jahre Hochmeister des Deutschen Ordens war, danach aber 43 Jahre lang dasselbe Land als Herzog regierte, war ein gut Teil der Fortsetzung der Ordenstradition verbürgt. Indem sich die erprobten Formen fortpflanzten, ist wohl auch etwas von dem Geist der Verwaltungskunst des Deutschen Ordens auf das Herzogtum Preußen übergegangen. Die äußeren Möglichkeiten für das Weitergeben des Erbes waren vorhanden.

Nicht nur die Verwaltungseinrichtungen, sondern auch die Träger der Verwaltung sind aus dem Ordensstaat in das neue Herzogtum Preußen übernommen worden. Für die unteren Instanzen der Schreiber z. B. läßt sich das durch Schriftvergleich mühelos nachweisen. Bemerkenswert ist, daß der Prozeß der Säkularisierung in den Brieffolianten, Hausbüchern, Zinsregistern usw. überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Die Bücher werden auch nach dem 8. April 1525 (Krakauer Vertrag) in bisheriger Weise, meist von demselben Schreiber, weitergeführt, es findet sich keine neue Überschrift, nicht einmal eine neue Seite ist begonnen!¹⁸⁾ Von größerer

¹⁸⁾ Einige Beispiele aus dem Staatsarchiv Königsberg seien angeführt: OF 46, Allerley Missive und Hendel 1520 bis 1525; fol. 215: donnerstag nach Nicolai XXIIII; fol. 215 a: Antwort uff die post m. gn. Hrn. dat. Vischhausen o. J. u. T., sicherlich aber nach April 1525, da von Amtleuten gesprochen und das Evangelium gelobt wird. *Ohne Übergang, gleiche Schreiberhand.*

OF 56 Ordens-Registrant 1525. S. 33 v.: „Von Gottes Gnaden Albrecht Teutschs ordenns Hohemaister Marggrau zu Brandenburg etc.“ an Bürgermeister und Rat zu Danzig. dat. (ut supra, nicht genannt). Folgt: An Schultheiß und Schöppen der Stadt Königsberg-Kneiphof (S. 34 v.). Folgt: An Dr. Paul Speratus (S. 35 r. u. v.). S. 35 v.: „Am Sontag Letare von Gleybitz in der Schlesien aus ist Heyno Doberitzen geschrieben . . .“ S. 36 r. (folgende Seite!): „Ain Schreiben an Sebastian Stortz, so mein g. h. ihm von Bryg aus den 18 Aprilis in 1525 durch Doctor Vischern zugeschickt“. Papier: dasselbe. Keine neue Zeile, kein Spatium, keine Überschrift. Derselbe Schreiber wie S. 11 bis 13 (Februar 1525).

OF 124 Hausbuch von Ragnit 1504 bis 1559. S. 87 v.: (zu Bittehen) „Ich Melchior von Haldeg thewtschs Ordens hawscompthur zu Ragnit . . . montagk noch Nativ. marie Anno im XV^c und XXIII^{ten}“. Noch am 14. Mai 1525: S. 88 v.: „Ich Melchior v. Haldegk, T. O., Haus-Comptur (!) zu Ragnit . . . Sontag Cantati anno im XV^c und XXV^{ten}“. S. 89 r.: desgl. bis einschließlich S. 91 r. Auf letzterer Seite unten, von gleicher Schreiberhand wie S. 82 ff.

Bedeutung war, daß die höheren Ordensbeamten, also Ordensritter und Halbbrüder, sowie jene Edelleute, die in weltlichen Geschäften des Ordens tätig waren, auch bei dem neuen Herzog weiterhin im Dienste blieben. Dies läßt sich z. B. für die Ordenskomturei und spätere Amtshauptmannschaft Ragnit aufzeigen: Melchior von Haldegk ist von 1519 bis 1531 (1535?) ununterbrochen Hauskomtur bzw. Amtshauptmann zu Ragnit gewesen¹⁹⁾. Die beiden Bischöfe des Landes hatten sich frühzeitig der Reformation angeschlossen und blieben weiterhin in ihren umgewandelten Ämtern, ihre Bistümer erhielten sie teils als Lehen, teils als lebenslängliche Amtseinkünfte. Die im Lande verbliebenen, mit erblichem Landbesitz ausgestatteten Ordensritter bildeten einen nicht zu unterschätzenden Zuwachs für den einheimischen Landadel. Von einer Forderung der preußischen Stände auf Entfernung der ehemaligen Ordensangehörigen aus den Ämtern ist nichts bekannt. Immerhin hat auf Druck der Stände die Regimentsnotel von 1542 auch die bereits landsässig gewordenen ehemaligen Ordensritter in das Indigenatsrecht *nicht* mit einbezogen, soweit sie „Fremde“ waren, also außerhalb Preußens gebürtig. Auf welche Familien sich das Indigenatsrecht erstreckte und die Frage, wie stark der Anteil der ehemaligen Ordensritter an der Landesverwaltung gewesen ist, wird sich nur durch Aufarbeitung der preußischen Adelslisten feststellen lassen. Eine Scheidung noch 17 Jahre nach der Säkularisation war aber doch wohl sehr umständlich und schwer durchzuführen, zumal der Herzog mit seinen

(1523, erstmalig wohl S. 75, zu 1521) „ich Melchior von Haldigk, Amtmann zu Rangnit . . . Sonnabend nach Nativitatis marie anno im XV^e und XXV^{ten}“. Keine Unterscheidungsmerkmale.

OF 166^o Einnahme- und Ausgabe-Register des Amtes Guttstadt. Darin fol. 220 ff.: „Register des Amptes Gutstadtth. Im XXIII^{ten} angefangen auff weinachten und im XXV^{ten} sich geendeth“. Schmal-Folio. Unterschiedslose Eintragungen auf gleichem Papier mit gleicher Handschrift.

OF 200 Einnahme- und Ausgabebuch des HM Albrecht von Brandenburg 1524 bis 1525. 4^o 215 Blatt. 1524 Anfang (Nicolai?) bis 1525 Nicolai. Durchweg gleiche Handschrift, gleiches Papier, keine Unterbrechungen. Ferner: die Ostpr. Folianten Nr. 14242 (Päpste, Kardinäle und Prokurator 1524 bis 1567), Nr. 14244 (Kaiserl. Majestät 1511 bis 1552), Nr. 14246 (Concilien, Reichstage, Reichsabschiede 1500 bis 1539), Nr. 14254 (Weltl. und geistl. Kurfürsten 1490 bis 1531), Nr. 14269 (Städte und einzelne Personen im Reich 1522 bis 1544), Nr. 14274 (Haus Brandenburg 1523 bis 1557), Nr. 14277 (Kurf. v. Brandenburg 1516 bis 1542), Nr. 14311 (Westpreußen 1428 bis 1563), 14311^a (desgl.: Städte und Bürger 1429 bis 1549), Nr. 14320 (Ermland, Bischof und Stift zu Heilsberg 1524 bis 1567), Nr. 14477 Inventaria etlicher Ämter, Personen usw. 1520 bis 1530), u. v. a.: *Nirgends ist die Säkularisation als Verwaltungseinschnitt erkennbar.*

¹⁹⁾ Hausbuch von Ragnit, darin noch 1531, Sonntag Cantate, erwähnt (OF 124, S. 108 v.). Der nächste Hauptmann zu Ragnit, George Maissel, ist ebenda S. 111, jedoch erst für das Jahr 1535 genannt.

früheren Ordensbrüdern durchaus in freundschaftlichem Verhältnis stand. So ist beispielsweise Friedrich von Heydeck (gestorben 1536), der schon 1514 als Oberamtmann, dann 1518 zweimal als Ratsgebietiger genannt wird, auch nach der Säkularisation ein sehr einflußreicher Freund und Berater des Herzogs gewesen. Und doch scheint die „Säuberung“ recht nachhaltig durchgeführt zu sein; in einer politischen Denkschrift vom Jahre 1606 legt Burggraf Fabian von Dohna die Indigenatsfrage so aus: „Denn sollen alle diejenigen Indigenae sein, die sich allhier im Lande verheyrathen und possessionati weren, so wirt man baldt sehen, wie es gehen wirt. E. H. G. und Gst. Voreltern haben steiffer darob gehalten und wirt man sich noch woll zuerinnern wißen, wie es vor Jahren denen, so keine geborne Preußen gewesen und doch uf Embtern geseßen, ergangen“²⁰). Dieser Hinweis kann sich nur auf die Folgen der Regimentsnotel von 1542 beziehen. Vereinzelt sind auch unmittelbar nach der Säkularisation Umbesetzungen der Ämter vorgenommen. So wird 1525 der Pfleger von Insterburg Philipp von Creutz, einer der sieben Ordensritter, die im Mai 1525 dem neuen Herzog den Huldigungseid zunächst verweigert hatten, veranlaßt, „das Amt Taplacken mit aller Nutzung und Zugehörung, nach Verrechnung des Inventars, wie er dasselbe im Jahre 1519 eingenommen“, wieder abzutreten. Er erhielt dafür lebenslänglich das Kloster in der Stadt Wehlau und weitere Vergünstigungen dortselbst²¹).

Wenn eine Kontinuität des Ordensstaatsgedankens erfolgt sein soll, so setzt das voraus, daß auch spätere Generationen nach der Säkularisierung sich des Zusammenhangs mit der früheren Epoche bewußt gewesen sind. „Die Konstanz des politischen Körpers, die staatsrechtlichen Auseinandersetzungen oder das praktische Bedürfnis der Verwaltung konnten etwa in ... dem Deutschordensland die Erinnerung bis zur Herkunft aus Altdeutschland festhalten“²²). Diese Erinnerung ist auch in dem säkularisierten Preußen nicht spontan verschwunden. Ähnlich wie im Ordensstaat hat es auch unter Herzog Albrecht eine offizielle Geschichtsschreibung gegeben. Lucas David (1503 bis 1583), seit 1550 herzoglich preußischer

²⁰) August Seraphim, Eine politische Denkschrift des Burggrafen Fabian von Dohna. 1606 (FBPG XXIV, 1911, S. 134). — Über Heydeck vergleiche Urkunden zur Geschichte des ehemaligen Hauptamtes Insterburg, herausgegeben von A. Kiewning und M. Lukat, Insterburg 1895/96, Nr. 24 und 25, S. 31.

²¹) Etatsministerium 137, Tapiau, Das Amt Taplaken erhielt 1536 der Bischof von Samland, Georg von Polen, erblich von Herzog Albrecht verliehen (ebenda). Tschackert Nr. 384. Über Creutz vergleiche dessen Bericht in Scr. rer. Pruss. V, 370 ff., desgleichen bei Toeppen, Akten der Ständetage V, 776 ff.

²²) Hermann Aubin, Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung, Leipzig 1939, S. 1.

Hofrat, schrieb seine „Preußische Chronik“ auf der Grundlage reichen Quellenmaterials aus den herzoglichen und auswärtigen Kanzleien. „Im Dienste des Herzogs, hielt er grundsätzlich die Partei der Landesherrschaft: unbedenklich trat er für den Orden ein, der der unmittelbare Rechtsvorgänger seines Herrn gewesen war“²³). Also auch hier kein Bruch in der Geschichtsauffassung, trotz des noch sehr erregten Meinungsstreites in den Glaubensfragen jener Zeit, die einem Protestanten eine Würdigung des katholischen Standpunktes kaum gestatteten. Er litt Lucas Davids „Preußische Chronik“ durch seinen Tod einen fragmentarischen Abschluß mit der Darstellung der Ereignisse des Jahres 1410, so konnte Johann Freiberg in Königsberg seine zeitgenössische Chronik bis zum Jahre 1548 führen und damit eine der anschaulichsten Schilderungen der herzoglichen Zeit entwerfen. Aus dem Jahre 1554 stammt ein Faszikel von 34 Seiten „Des Ordens Gründe wider Polen“, das sich gegen die Vertragsbedingungen von 1466 wendet und die Haltung des Ordens rechtfertigt.

Neben dieser bewußten Pflege des Traditionszusammenhangs und der Erkenntnis seiner Bedeutung stand gleichsam in einer tieferen Ebene das unbewußte Weitertragen von Einrichtungen und Verhaltensweise aus der Deutschordenszeit im bäuerlichen Bereich. Es ist nicht ganz richtig, wenn Herzog Albrechts geschichtliche Leistung so verstanden wird, als habe er durch die Säkularisierung dem Lande Preußen das Schicksal Livlands erspart²⁴). Sehr viel mehr als im Baltenlande war in Preußen die breite Unterschicht der bäuerlichen Bevölkerung deutschen und preußischen Volkstums mit dem Orden und seinen Einrichtungen verwachsen. Diese durch Jahrhunderte dem Orden gegenüber anerzogene Haltung, das Untertanenbewußtsein der Kölmer und Scharwerker ging ebenfalls ohne Bruch in den neuen weltlichen Territorialstaat über und äußerte sich in Ergebenheit und Schutzanspruch. Die Wirtschaftsform und das Landschaftsbild mit den Burgen als Verwaltungssitzen und den Städten als Verkehrs- und Marktmittelpunkten blieben die gleichen, und daß sich die Komture jetzt Amtshauptleute nannten, wird die bisherigen Gewohnheiten des Bauern und seine Einstellung zur Landesherrschaft umso weniger beeinflusst haben, wenn die Personen der Verwaltenden nicht gewechselt hatten. Die Überlieferung vom Deutschen Orden wird durch die Geschlechterfolgen fortgelebt haben, und sie brauchte ja nicht erst lange nach Zeugnissen für

²³) Erich Maschke, Quellen und Darstellungen in der Geschichtsschreibung des Preußenlandes (Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, 1931, S. 31).

²⁴) So bei Stadelmann, Das Zeitalter der Reformation (Handbuch der deutschen Geschichte, herausgegeben von A. O. Meyer und Otto Brandt, Potsdam 1937, II. Band, S. 100).

sein Wirken zu suchen. Oft genug hat gewiß auch die eigene Herkunftserinnerung auf den Orden hingewiesen. Es wird indessen nicht einfach sein, für derartige quellenmäßig schwer zu erfassende Vorgänge urkundliche Belege anzuführen. Deutlicher tritt uns die Verbindung mit dem Orden auf dem Gebiet des bauerlichen Rechts entgegen. Die geschriebenen Privilegien, auf die sich die Bauern in Preußen bis in das 18. Jahrhundert hinein stützten, stammten fast ausnahmslos aus der Ordenszeit. Da — wie überall — das bauerliche Recht seit dem 15. Jahrhundert dauernd absank, wurden neue Privilegien selten ausgestellt. Der Bauer und auch der preußische Freie beriefen sich gern auf ihr altes Privileg aus der Ordenszeit, denn darin waren noch die inzwischen genommenen oder gefährdeten Rechte enthalten; so ist z. B. den preußischen Freien in den Ordensprivilegien zugesichert, daß sie von bauerlicher Arbeit befreit waren. Entsprechend fanden sich überall in den Amtshausbüchern der herzoglichen Zeit sorgfältige Privilegien-Abschriften aus der Ordenszeit, und auch im Etatsministerium der brandenburg-preußischen Zeit sind sehr zahlreiche Urkunden aus dem 13. bis 15. Jahrhundert aufbewahrt. Wie sich auch immer spätere Generationen zum Ordensregiment stellen mochten: der Deutsche Orden war nun einmal der staatliche Vorgänger gewesen und hatte das Land so aufgebaut, wie es von den Nachfolgern übernommen worden war. Diese hatten sich an die vorgezeichneten Strukturlinien zu halten, in ihnen wirkte der Staatsgedanke des Deutschen Ordens weiter und trug nach seinen Gesetzen das Land durch die Jahrhunderte.

Wie sich die auswärtige Politik Preußens zur Herzogszeit gleichsam in einem inneren Zwang auf der Linie des Deutschen Ordens bewegte, so ist auch die *Kolonisationsbewegung* in den vom Orden erprobten und vorgezeichneten Bahnen fortgesetzt worden. Die deutsche Siedlungsgrenze verläuft am Anfang des 15. Jahrhunderts etwa in der Linie Labiau—Wehlau—Goldap—Seenrand Masurens mit einzelnen weit vorgeschobenen Positionen wie Memel, Ragnit, Lyck. An den Rändern dieses altpreußischen Siedlungsgebietes führte die andauernde Kriegsgefahr seit dem ersten Drittel des 15. Jahrhunderts vielfach zum Aufgeben neuer Siedlungen und zu einem vorübergehenden Siedlungshalt. Dennoch hat noch die Ordensherrschaft die Siedlung weiter nach Osten fortsetzen können, jedoch wurde die Dorfsiedlung von der Gutssiedlung abgelöst und in steigendem Maße Nichtdeutsche als Siedler herangezogen. Dieser Vorgang brauchte noch kein Abweichen von den Siedlungsgrundsätzen des Ordens zu sein, der von seinem ersten Auftreten in Preußen und Livland an nicht mehr in Einzelstämmen dachte, sondern über den Stammesverband hinweg seine

Ritter als Deutsche (Teutonici) auf die Heidenfahrt sandte. „Gemäß einer allgemeinen Lebensordnung, die den Menschen nicht einzeln, sondern als Glied natürlicher Verbände ansah, die auf gestufte und genossenschaftliche Ungleichheit gebaut war, hat das herrschende Deutschtum den Abstand vom fremden Dasein in seinem Machtbereich innegehalten und hat die Rechtsfähigkeit des Nichtdeutschen als sprachliches und sippenhaftes Sondertum geachtet. Daneben freilich läßt sich ein anderes Verfahren in bewußter Absicht vermuten. Das ist die nähere Bindung einer zuverlässigen Gefolgschaft aus dem angegliederten Mitvolk und die Herauslösung der Führungsschicht zur Übernahme in den deutschen Standesverband . . . Über die Masse der Unterworfenen hat man sich einen volkstumspolitischen Einfluß insofern gesichert, als man deutsche Beamte und Vorsteher unter sie setzte, vor allem indessen das deutsche Siedlertum zur Erziehung der Einheimischen berief“²⁵⁾. Unter diesem Gesetz ist auch die Besiedlung unter Herzog Albrecht weitergegangen. Auch jetzt noch wurden deutsche Zuzügler nach kulmischem Recht angesetzt, das auch vielfach an Nichtdeutsche verliehen wurde. Holländische Bauern wurden im Oberland angesiedelt, holländische Handwerker auf dem Roßgarten in Königsberg sesshaft zu machen versucht. Neue Siedlungen entstanden in Ostmasuren, wo z. T. masowische Glaubensflüchtlinge Aufnahme fanden; weiter in den Südosten des Landes wurden 1548 Böhmisches Brüder hereingeholt. So setzte der Herzog das Kolonisationswerk des Ordens unter veränderten Bedingungen fort. Neu war jetzt die Kraft der Reformation, die wohl zahlreiche Ansiedler aus den umliegenden Ländern der alten Konfession anziehen mochte, aber den schon seit geraumer Zeit im Gange befindlichen Fremdsiedlerstrom nicht entfernt so stark beeinflusste, wie man es noch in jüngster Zeit angenommen hat. Auch die Ansiedlung von Bauern aus Großlitauen in dem Inster- und Angerapp-Gebiet und der Umgebung von Ragnit hat primär mit der Reformation nichts zu tun. Die Städte und Güter vor der Siedlungsgrenze erwiesen sich als Zellen des Deutschtums, um die sich die fremden Ansiedler gruppierten. So wehrten sich die Bürger von Tilsit in mehrfachen Beschwerden gegen das beabsichtigte Zuzugsrecht von Nichtdeutschen²⁶⁾. Unter der Regierungszeit

²⁵⁾ Rudolf Craemer, *Deutschtum im Völkerraum*, Band I, Stuttgart 1938, S. 47. — Den verbindenden und einschmelzenden Charakter Ost- und Westpreußens habe ich in einem kurzen Abriß darzulegen versucht: *Preußenland. Werden und Aufgaben in sieben Jahrhunderten*. Hamburg 1950.

²⁶⁾ Freundliche Mitteilung von Prof. Mortensen aus dessen ungedrucktem 3. Band der *Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts* (Band 1 und 2, Leipzig 1937 f.).

Herzog Albrechts sind Tilsit (1552), Marggrabowa (1560) und Goldap (1567) Städte geworden; der Rand der großen Wildnis wurde weiterhin siedlungsmäßig aufgeschlossen. „Indem sie aus der Fremde kamen und eine Heimat suchten, unterstellten sich die Siedler dem Schutz der herzoglichen Landesobrigkeit, sie wurden nicht unterworfen, wie einst in erobernden Tagen, und um so weniger findet sich die Spur eines germanisierenden oder auch nur eines niederhaltenden Bestrebens . . . Sie wurden sogleich in die Lebensgemeinschaft des Landes eingegliedert, indem die Kirche ihre Erziehung zur Volksordnung übernahm . . . Die Gemeinschaft der Reformation aber löste die preußischen Litauer und Masuren von ihren Stammesverwandten jenseits der Grenze und schenkte ihnen dafür die Gemeinschaft mit den nachbarlichen Deutschen“²⁷⁾.

Konnte auf Grund seiner Leistungen in der Landesbesiedlung die bäuerliche Bevölkerung dem Orden ein dankbares Andenken widmen, so war die Erinnerung an den Orden bei Adel und Städten in Preußen durch die Antipathie aus der Zeit der ständischen Auseinandersetzung bestimmt. Aber gerade die ängstliche Bewahrung der Freiheitsprivilegien ließ den Gedanken an den Ordensstaat nicht verblassen, so daß sich auch bei Adel und Städten noch lange Zeit eine lebhaftere Vorstellung von dem Orden fortgeerbt hat, freilich vielfach mit negativem Vorzeichen. Die Stadtanlage, die sich so grundlegend von anderen Siedlungen der östlichen Nachbarschaft unterschied, die zahlreichen städtischen Bauwerke aus der Ordenszeit, die Städtenamen und die Stadtprivilegien, die auf den Orden zurückgingen und auch weiterhin anerkannt wurden — dies alles trug dazu bei, die Zeit der Hochmeister nicht leicht in Vergessenheit geraten zu lassen^{27a)}.

Bei alledem ist jedoch die Grenzsituation Ostpreußens, vornehmlich seit 1466, nicht zu verkennen: unter schwachen Regenten melden sich jeweils wieder polnische Ansprüche und Einmischungen; sobald Polen politisch aus Preußen ferngehalten wurde, war auch die innere Ruhe wiederhergestellt. Die Verhältnisse in Preußen blieben somit abhängig von der jeweiligen äußeren Beeinflussung. Von einem polonisierten Adel zu sprechen ist abwegig. Selbst in der Zeit des Tiefstandes bieten die ständi-

²⁷⁾ Craemer, S. 63.

^{27a)} Forstreuter, a. a. O., S. 144, sieht in der „Institution der Stände die eigentliche Kontinuität . . . der Regierung in Preußen.“ Das ergänzt für den Bereich von Adel und Städten das oben über das Bauerntum Gesagte. Die verantwortlich *staatslenkende* Schicht dagegen (Herzog, Räte, Verwaltung) kam *unmittelbar* aus dem Ordensstaate.

schen Sonderwünsche keinen Anlaß, daraus einen Hang zum staatlichen Anschluß an Polen sehen zu wollen. Die bereits angeführte Denkschrift des Burggrafen Fabian von Dohna von 1606 zeigt das, deutlicher noch zwei Jahre später ein Ausspruch des preußischen Kanzlers Rappe: „Was für ein erbärmlicher Zustand ist in Livland, da fast niemand mehr zu exstirpieren ist. Wie gehet es im königlichen Preußen (= Westpreußen unter der polnischen Krone) zu? Sie schreien, klagen und seufzen allzumal von dem polnischen Joch frei zu sein. Wir allein hier in diesem kleinen Örtchen seind noch frei, daher wir Gott zu danken, daß wir noch bei deutscher Regierung geblieben. — Wann wir bei dem Kurfürsten viel sollten verlieren, viel leiden, viel ausstehen, so gewinnen und erhalten wir gleichwohl die Religion, welche mit keinem Schatz zu vergleichen, wir erhalten unser deutsches Recht, unsere deutschen Sitten, Sprach, Gebrauch . . .“²⁸⁾. Es lag eben in der Tendenz jener wirrnisreichen Zeit, daß sie von einem straffen Regiment, wie es der Orden gewesen war, wenig wissen wollte. Aber selbst die ständischen gedruckten Privilegienverzeichnisse von 1595 und 1616, ein Hauptkampfmittel gegen den Staat, können nicht umhin, mit der Kulmer Handfeste zu beginnen und samländische Privilegien sowie andere Urkunden aus der Ordenszeit anzuführen, schließlich sich auf die Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen, Winrich von Kniprode und Truchseß von Waldburg zu berufen!²⁹⁾ Erst als die Fürstenherrschaft den ständischen Einfluß zurückgedrängt hatte, suchte sie erneut, wenn auch in gewandelten Formen, an die Staatstradition anzuknüpfen, wie sie der Orden geschaffen hatte.

Bei schwieriger innerer und äußerer Lage hatte sich doch die Erinnerung und das Bewußtsein vom Staat des Deutschen Ordens in Preußen erhalten, bis 1701 dann auch von preußischer Seite der Traditionszusammenhang mit dem Ordensstaat wieder hergestellt wurde: das tat sich kund in der Stiftung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, „der an den einst vom Kaiser verliehenen Reichsadler im Wappenschild der alten Hochmeister anknüpfte“³⁰⁾. Der schwarze preußische „friderizianische“ Adler, der in Staatswappen, Dienstsiegel und Flagge mit unwesentlichen Stilisierungen noch bis in die neueste Zeit geführt wurde, ist also eine unmittelbare Über-

²⁸⁾ Zitiert bei Seraphim, a. a. O., S. 118.

²⁹⁾ Priuilegia einer ganzen Erbarñ landtschaft des Herzogthumbs Preußen . . . zusammengetragen und in druck gegeben durch Thobiam Rosentzweig, Gedruckt zu N. Anno 1595 (St. A. Königsberg, Etatministerium 84 a). — Privilegia der Stände deß Hertzogthumbs Preußen. Brunsbergae 1616. Vergleiche dazu Notationes ad Privilegia Ducatus Prussiae, impr. Brunsberg Ao. 1616 (4 S. Folio. St. A. Königsberg, Etat-Min. 84 a).

³⁰⁾ Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915, S. 263.

nahme aus dem Deutschordensstaat und wurde an die Stelle des kurbrandenburgischen roten Adlers gesetzt. Wahrscheinlich ist ebenso die Annahme der schwarz-weißen Landesfarben aus den Ordensüberlieferungen herzuleiten, wenngleich der Wappenschild der Hohenzollern schon seit jeher schwarz-silberne Farben zeigte. Auch über das Verhältnis von Königskrönung und Stiftung des Schwarzen Adlerordens zum ehemaligen Deutschordensstaat herrscht eine vielfältige historische Kontroverse. In dem Bericht des Oberhofzeremonienmeisters von Besser heißt es von dem „neuen Ritterorden vom Schwartzen oder dem Preußischen Adler“ lediglich: „Es ist bekandt, daß Könige zum Beweiß dieser Ihrer Macht und Tugend bey Ihren Krönungen Ritter zu schlagen pflegen. Insgemein sind es nur bloße Ritter ohne Orden und ohne Ordenszeichen. Aber Seine Majestät, die der allerersten Krönung Ihres Hauses ein ewiges Andenken stiften wolen, hat es für rathsam erachtet, einen rechten völligen Orden einzusetzen; und zwar so einen, der tüchtig wäre, sowohl die Neigung Ihres eigenen Königlichen Hertzens, als auch die Pflicht derer von Ihr angenommenen Ritter recht auszudrücken. Hierzu konnte sich nichts bessres, denn der Orden vom Adler schicken“³¹⁾. *Rudolf Craemer* sieht in dem neuen Orden von 1701 eine Art protestantische Säkularisierung des vergangen: „An den protestantischen Gehalt der Ordenspolemik wurde damals der Wahlspruch des Schwarzen Adlerordens, eines neuen, menschlicheren Rittertums, wie man meinte, geknüpft und evangelisch begründet, das alte *Suum cuique*“³²⁾. *Onno Klopp* hat eine katholische Auffassung über den Vorgang der preußischen Königskrönung von 1701 dargelegt³³⁾; *Hans Quednau* möchte darauf hinweisen, wie eng in unmittelbarer Nachfolge, auch in den ideengeschichtlichen Zusammenhängen, sich die preußische Königskrönung von 1701 an die Begründung des preußischen Herzogtums von 1525 anschließt, läßt dieses jedoch erst für 1750 deutlich werden: „Das Bewußtsein, daß mit dem Jahre 1525 auch für den eigenen Staat ein neuer Anfang gesetzt wurde, ist dem friderizianischen Preußen nicht verlorengegangen. Es ist kein Zweifel, daß zur Zeit Friedrichs des Großen die erste Biographie Herzog Albrechts geschrieben wurde. In seiner Vor-

³¹⁾ Johann von Besser, *Preußische Krönungs-Geschichte, Oder Verlauf der Ceremonien, Mit welchen Friedrich der Dritte, Churfürst zu Brandenburg, die Königl. Würde d. Königr. Preußen angenommen* . . . Cölln a. d. Spree 1702. Neudruck: Berlin 1901.

³²⁾ Craemer, S. 66.

³³⁾ Der Untergang des Ordensstaates Preußen und die Entstehung der preußischen Königswürde. Unter dem Pseudonym J. Vota posthum veröffentlicht Mainz 1911. Vgl. dazu die Rez. v. F. Hartung HZ 109 (1912) S. 562 bis 565 und A. Seraphim in FBPG 26, 1913, S. 1 bis 46, ferner Wiard v. Klopp: *Onno Klopp, Leben und Wirken*, München 1950, S. 189, 216 f.

rede bezeichnete der Verfasser, Samuel Bock, ausdrücklich, was den Herzog aus dem Verlauf der Geschichte seit der Begründung des Ordensstaates heraus hob und in ein unmittelbares Verhältnis zum Staat des großen Königs brachte. Er wies darauf hin, daß „nun mit unserm vortrefflichen Herzoge Albrecht ein neuer Zeitlauf in Preußen angefangen und gleichsam der Schöpfungstag der preußischen Wohlfahrt angebrochen“ wäre⁸⁴). Thümmel hat Theodor Schneider den gesamten Fragenkomplex um 1701 kritisch untersucht⁸⁵). Der Vorgang der Königskrönung erfuhr allerdings im Preußenlande eine andere Deutung: „Gegen Brandenburg selbst hebt sich das ostpreussische Geschichtsbewußtsein hervor, indem es an den sagenhaften König Waldemur erinnert und von da her die Überlieferung der preussischen Krone herleitet. Preußentum also wirklich von den versunkenen alten Preußen her, den „heidnischen Vorfahren“ des Landes, und damit in bewußtem und ideologischem Gegensatz zum Deutschen Orden“⁸⁶). Diese noch weit über die Ordenszeit in sagenhafte Frühgeschichte zurückreichende Anknüpfung war nun freilich mit der Königskrönung nicht gemeint. Der Krönungsakt selbst aber konnte sich auch ebensowenig auf den Orden berufen, da dieser keine monarchische Institution selbstherrlicher „Creation“ gewesen war, zudem der 1525 übriggebliebene deutsche Zweig dieses Ordens durch seine Proteste gegen die Vorgänge von 1701 die Erinnerung an die Ordenszeit in Preußen nur trüben konnte⁸⁷). Aus der Abwehr solcher Ansprüche und der damit verknüpften Rekatholisierungsbestrebungen berief man sich in Preußen darauf, daß der Orden nur eine zeitweilige Regierungsform, das preußische Volk jedoch den eigentlichen Staatsinhalt ausgemacht habe. Dieses gewiß nicht neue

⁸⁴ Hans Quodanus, *Latwand im politischen Willen Herzog Albrechts von Preußen*. Leipzig 1894, S. 1. — Samuel Bock, *Leben und Thaten des durchlauchtigen Fürsten und Herrn Albrechts des Älteren etc.* 1750.

⁸⁵ Theodor Schneider, *Die preussische Königskrönung von 1701 und die politische Ideengeschichte*, *Altpreuß. Forsch.* 12, 1935.

⁸⁶ Griesmer, S. 85.

⁸⁷ Der Deutschmeister Pfalzgraf Franz Ludwig an seine Schwester, die Kaiserin Eleonore Magda. 1605, Mai 16, schreibt anlässlich der kaiserlichen Verordnung, daß dem Kurfürsten von Brandenburg fortan von allen kaiserlichen Kanzleien die Titulatur „von Preußen“ zugewandt werden solle. *Or. St. A. Königsberg, Et.-Min.* 85 a. Vergleiche Joh. Voigt, *Geschichte des deutschen Ritterordens in seinen 12 Balleien in Deutschland*, Band 2, 1850, S. 227. — Schreiben an die Röm. Kayserl. Majestät, Protestation des kurbrandenburg. außerordentlichen Gesandten Nicolaus R. Frhr. v. Danckelmann wegen der Belehnung des Deutschmeisters mit der Administration des Hochmeistertums in Preußen. Reinkonzept nebst Schreiben Danckelmans an den Kurf. v. Brandenburg aus Wien, 18. 28. April 1606. *St. A. Königsberg, Et.-Min.* 85 a. Darin werden die Ansprüche des Hauses Brandenburg auf Preußen dargelegt, die sich allein auf die Verträge von 1557 und 1606 stützen; das alte Hochmeistertum habe „völlig expiriert“. — Vgl. Vota, a. a. O., S. 530 bis 540.

und seit den ständischen Sonderungen schon im 15. Jahrhundert erkennbare Argument ist später durch Herder, dem alles an einer Bewahrung des Protestantismus in Preußen gelegen war, in Richtung auf die Eigenbewertung des Völkischen ergänzt und verstärkt worden. Wollte man jedoch in Preußen das historische Selbstbewußtsein gegenüber Brandenburg erhalten, dann konnte dieses nur aus der gesamten Vergangenheit des Ordensstaates gespeist werden. „Die Wiedergeburt des altpreußischen Staatsgedankens in der neuen preußischen Krone wurde sogleich in zielbewußter Landeskunde und Landesgeschichte wirksam“³⁸⁾. Hartknoch, Prätorius, vor allem aber Lilienthal mit seinem „Erläuterten Preußen“ und den „Acta Borussica“ legten die Grundsteine zu einer preußischen Geschichtsschreibung, die die Ordenszeit als selbstverständlich mit einbezog, ebenso wie Pisanskis „Preußische Literärgeschichte“ (1791) zugleich auch eine Geistesgeschichte der Ordenszeit in Preußen enthielt. Nicht weniger zwang die Praxis des Staatslebens dazu, sich dem Weiterwirken einer bedeutenden Vergangenheit nicht zu verschließen. „Der Umbau des Hohenzollernstaates auf seinen östlichen Grundpfeiler erzwang die Wiederaufnahme des ostdeutschen Siedelwerkes und führte neue Volksgruppen aus Süden und Westen ins Land“³⁹⁾. Im Zuge des Retablissemments der Provinz befahl Friedrich Wilhelm I. 1718, im Königsberger Archiv nachzuforschen, „was für Privilegia den vormaligen Landesherrn und dem Lande, es sei vom Reich, zu der Zeit als Preußen noch zu demselben gehöret, wie auch von der Cron Polen und dem Papst vor der Reformation hiebevorn erteilt worden“; von allen sollten beglaubigte Abschriften gemacht werden⁴⁰⁾.

Die Begründung des Königtums auf preußischem Boden und die Übernahme des preußischen Namens auf die Gesamtmonarchie versöhnte in

³⁸⁾ Josef Nadler, Geistiges Leben von der Krönung Friedrichs I. bis zum Tode Kants (Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenland, 1931, S. 314). — Das lebendige Interesse des 18. Jahrhunderts an den Landesordnungen der Ordenszeit beweist ein Einzeldruck der „Statuta des Hochmeisters in Preußen Hanns von Tieffen“ von 1751, wahrscheinlich von Samuel Bock, 1781 mit einem aufgedruckten Zusatz versehen (St. A. Kgsbg. OBA (1494). LXXIV, Nr. 12. Joachim — Hubatsch Regesta I, Nr. 17832).

³⁹⁾ Ebenda S. 316.

⁴⁰⁾ Schreiben König Friedrich Wilhelm I., Berlin 1718, März 22. Or. St. A. Königsberg, Et.-Min. 84 b. — Im September 1719 wurde eine Abschrift des Manuskriptes des Hofrates Braun „De iuribus Prussiae“ von Königsberg an die Regierung in Berlin gesandt (ebenda). — Anlässlich der Frage der Privilegienbestätigung durch Friedrich Wilhelm I. 1723 hatte der Advocatus Fisci gutachtlich geltend gemacht, daß die 4 herzoglichen Oberräte in locum der 4 Großgebietiger des Deutschen Ordens getreten wären; er machte sich also die Kontinuitäts-These zu eigen! Cocceji hat das in einem Gegengutachten desselben Jahres bestritten und die herzoglichen Oberräte als allein vom Landesherrn abhängige, absetzbare Beamte in modernem Sinne angesprochen (Beide Gutachten in St. A. Kgsbg. Ostpr. Fol. 14797).

dem alten Ordenslande. Jetzt erst verband sich Preußen recht eigentlich mit Brandenburg, jenem straff geleiteten Staat, in dem *humilitas* und *uniformitas* wieder ethische Wertbegriffe wurden, der freilich seine Staatsideen von anderen Ursprüngen her ableitete als dem Ordensstaat. In Preußen aber lag diese Anknüpfung näher. Es konnte deshalb in den neuen Staatsverband mehr mitbringen als nur den Namen. Im preußischen Staat vollzog sich die Säkularisierung der Deutschordensidee.

Hans Rothfels hat den Prozeß der Einbeziehung des Preußenlandes in den großen Staatsverband und die gleichzeitige Bewahrung des Ererbten deutlich werden lassen: „Der Großstaat Preußen überwand den politischen Partikularismus wie die wilden Schößlinge der ständischen Libertät, und er führte zugleich aus der Enge der konfessionellen Geschlossenheit heraus. Aber es war nicht weniger schicksalsvoll und heilsam, daß bei dieser Eindisziplinierung *ein besonderes politisches Bewußtsein sich hindurchgerettet* hat, ein Gefühl, auf Vorposten zu stehen gegen die Barbaren, eine an Ort und Lage geknüpfte, scharfe und trotzige Art, eine eigentümliche geistige und soziale Struktur, ein Gebundensein an Aufgaben, die freilich weit über dem provinziellen Wasserspiegel lagen. So bedeutete Altpreußen für die Monarchie — und letzten Ende für die deutsche Nation — keinen beiläufigen und ordinären, nach Menschenzahl und Gebietsumfang meßbaren Erwerb“⁴¹⁾. Die deutsche Leistung Preußens für den späteren brandenburg-preußischen Gesamtstaat beginnt bei dem Ordensstaat, dessen Erbe Herzog Albrecht übernimmt. Schon bei ihm bleibt es „erstaunlich zu sehen, wie dieser verhältnismäßig machtlose Fürst bei fast allen europäischen Verwicklungen jener Tage seine Hand im Spiele hat und damit Preußen eine Rolle sichert, die ihm nach seiner Kleinheit und politischen Abhängigkeit eigentlich hätte versagt bleiben müssen. Das ist der Bedeutung Preußens im Rahmen seiner späteren Zugehörigkeit zu Brandenburg doch zugute gekommen“⁴²⁾. Wir müssen das noch ergänzen: Die Fortdauer der Verwaltungseinrichtungen, die Übernahme ehemaliger Ordensritter als Staatsbeamte mit politischem Einfluß, die Fortsetzung der deutschen Besiedlung, die Bewahrung des deutschen Charakters des Landes, das Bewußtsein der Traditions- und Herkunftszusammenhänge, das Weiterleben des kulmischen Siedlungsrechtes — dies alles hat die Kontinuität der Idee des Deutschordensstaates bewirkt über die Epochen hinweg, die von gänzlich anderen staatspolitischen Voraussetzungen getragen worden sind. Nicht

⁴¹⁾ Hans Rothfels, Ost- und Westpreußen zur Zeit der Reform und der Erhebung (Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenland, 1931, S. 415).

⁴²⁾ Schumacher, S. 141.

zufällig wurde 1701 an den Staat des Deutschen Ordens angeknüpft, und als 1813 die Befreiungsstunde Europas im alten Preußenlande schlug, ist das schwarze Kreuz der Ordensritter mehr gewesen als ein nur landschaftsbezogenes Symbol aus romantischem Empfinden. So wirkt der Staat des Deutschen Ordens über die Jahrhunderte fort. In seiner äußeren Geschichte liegt 1525 scheinbar das Ende; bei näherer Beleuchtung zeigt es sich indes, daß der praktische Fortgang des politischen Daseins keinen abrupten Untergang kennt. Über die äußeren Gegebenheiten, zu Zeiten freilich fast abreißend und nur noch in dünnen Linien erkennbar, wölbt sich die Brücke des Fortwirkens der Idee. *Historia non facit saltus.*

Nationalstaat oder Mitteleuropa?

Die Deutschen des Reichs und die Nationalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten Weltkrieg

Wenn zu diesem umstrittenen und der politischen Hitze noch nicht entrückten Thema hier neu Stellung genommen werden soll, so geschieht das — ein persönliches Wort sei zu Beginn erlaubt — in unmittelbarer Anknüpfung an die fruchtbare Zeit des Königsberger Historischen Seminars zu Beginn der dreißiger Jahre. Wir jungen Historiker, die wir uns unter der geistigen Führung unseres Meisters eng verbunden fühlten — unter uns Heinrich Schaudinn, Heinrich Thimme und Joachim Schoenborn, die uns durch den Krieg entrissen worden sind —, wurden in jenen Jahren in neuer Weise an die Fragen des Ostens herangeführt. Die damals Hans Rothfels bedrängende Problematik der Nationalität und des Nationalismus in ihrer Bedeutung für die deutsche Geschichte stand für uns alle unter der unmittelbaren Einwirkung Königsbergs und des „Landes“ Ostpreußen, das uns damals nicht nur als „Sperrblock“, sondern stärker noch als „Verbindungsstück“ erschien¹⁾. Darüber hinaus lebten wir unter dem Eindruck der unheimlich geladenen Zeitsituation, in der wir einerseits das notwendige Wiederkehren deutschen politischen Gewichts im Osten, andererseits aber das Heraufkommen eines aggressiven Nationalismus spüren mußten, der diese deutsche Politik und die Aufgabe der „Brücke“ in Frage stellen mußte. Jenes unvergeßliche Orts- und Zeiterlebnis vor dem Sturm und in der Hoffnung möglicher Wendung gab dem damaligen Königsberger Kreis in der Gemeinschaft mit dem verehrten Lehrer den immer neuen Anstoß, durch den die geschichtliche Frage nach den Wurzeln der gegenwärtigen Krisis ihre uns alle ganz persönlich betreffende Nähe erhielt. Das erfuhren wir im europäischen Kreuzungsfeld der deutschbaltischen Geschichte, die zu einem bevorzugten Arbeitsgebiet der Königsberger Schule wurde²⁾. Es steigerte sich in den Übungen über Bismarck und den Osten³⁾.

¹⁾ Diese für die baltischen Ostseeprovinzen ausgesprochene Doppelrolle darf abgewandelt auch für Ostpreußen gelten. Vergleiche Hans Rothfels, Staat und Nation im deutschbaltischen Denken, Königsberg 1930 (Nr. 73 der Bibliographie im Anhang).

²⁾ Hans Rothfels, Das baltische Deutschtum in Vergangenheit und Gegenwart. Königsberg 1932 (Nr. 83 im Anhang). Heinrich Schaudinn, Das baltische Deutschtum und Bis-

Wir sahen Bismarck neu im Zwiespalt zwischen einer älteren Ordnungs-idee, in der das Nationale noch gebändigt erschien, und dem durch den Nationalliberalismus geprägten Nationalstaat, der das Nationale zugleich beschränkte und entfesselte. Es wurde uns deutlich, wie Bismarck von der Strömung des nationalen Liberalismus erfaßt wurde und sich ihr doch nicht verschrieben hat⁴⁾. Er kannte wohl das gefährliche Spiel des „Acheronta movebo“ und suchte doch immer wieder in Sorge die Dämme gegen die zerstörerische Nationalrevolution aufzubauen. Schließlich lernten wir in der Revolution von 1848 Ansätze jenes Weges kennen, der „von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität“⁵⁾ (Grillparzer) führen sollte, ohne daß wir damals Ausmaß und Konsequenzen auch nur ahnen konnten⁶⁾.

Mitten auf dem Wege vom Widerstreit zwischen Freigabe und Eindämmung nationaler Revolution im Zeitalter Bismarcks und den Massenausreibungen seit 1944 erscheint im ersten Weltkrieg die Spannung des Problems in voller Schärfe. Als ein kleiner Beitrag zur Fortsetzung der damals begonnenen und seitdem nicht abgebrochenen, sondern nur zeitweise unterbrochenen Arbeit möge unsere Untersuchung aufgenommen werden.

Durch den Feldzug im Sommer 1915 waren den Russen weite nicht russisch besiedelte Gebiete von den Mittelmächten entrissen worden. Allein aus dieser Tatsache mußte mit Notwendigkeit folgen, daß die östlichen Nationalitätenfragen, in erster Linie die polnische, politisch zu

marks Reichsgründung, Leipzig 1932. — Derselbe, Deutsche Bildungsarbeit am lettischen Volkstum des 18. Jahrhunderts, München 1937. — Heinrich Thimme, Kirche und nationale Frage in Livland während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Pastor und Generalsuperintendent F. Walter und seine Zeit, Königsberg 1938. — Gerhard Masing, Der Kampf um die Reform der Rigaer Stadtverfassung (1860 bis 1870), Riga 1936. — Konrad Hoffmann, Volkstum und ständische Ordnung in Livland. Die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Sonntag zur Zeit der ersten Bauernreformen, Königsberg 1939. — Jürgen von Hehn, Die lettisch-literarische Gesellschaft und das Lettentum, Königsberg 1938. — K. Chr. von Stritzky, Garlieb Merkel und „Die Letten am Ende des philosophischen Jahrhunderts“, Riga 1939. — Werner Conze, Hirschenhof, Die Geschichte einer deutschen Sprachinsel in Livland, Berlin 1934. Alle diese Arbeiten verdanken ihre Anregung und Durchführung der Wirksamkeit von Hans Rothfels in Königsberg, wenn sie auch überwiegend erst später gedruckt worden sind.

³⁾ Rothfels Vortrag zu diesem Thema auf dem 18. Deutschen Historikertag in Göttingen, 1932, erschien erweitert unter dem Titel „Bismarck und der Osten“, Leipzig 1934 (Nr. 94 im Anhang).

⁴⁾ Als Parallele drängt sich die Kolonialfrage auf; siehe den Beitrag von W. O. Aydelotte in diesem Bande.

⁵⁾ Hans Rothfels, 1848 — 100 Years After, *Journal of Modern History*, Band 20, 1948, S. 295.

⁶⁾ Hans Rothfels, *Frontiers and Mass-Migrations in Eastern Central Europe*, *Review of Politics*, Band 8, 1946, S. 37 ff.

stellen und zu beantworten sein würden, auch wenn bei Kriegsausbruch wenig oder nichts in dieser Richtung vorbereitet gewesen war. Es ist bekannt, daß Österreich-Ungarn hierbei dem Deutschen Reich zunächst überlegen war. So war es sogleich nach Kriegsbeginn an die Vorbereitungen zur Lösung der polnischen Frage herangegangen und hatte je nach der taktischen Lage in der Auseinandersetzung zwischen Wien und Budapest die Möglichkeit, eine polnische Autonomie innerhalb der Monarchie im „Trialismus“ oder „Subdualismus“ zu planen. Vor allem aber wurde dieser österreichische Vorsprung darin sichtbar, daß die politische und militärische Führung es für tragbar gehalten hatten, die polnischen Legionen als selbständige Verbände im Rahmen der österreichisch-ungarischen Streitkräfte an den Operationen teilnehmen zu lassen. Eine ähnliche Maßnahme mit preußischen Polen wäre 1914 undenkbar gewesen. Freilich darf die werbende Kraft der Donau-Monarchie nicht überschätzt werden. Hatte sie doch längst in sich selbst ihre Gegner gefunden. Sie erfuhr ihre Grenze schon bei der ukrainischen Nationalbewegung und vermochte auch gegenüber den auf Kosten der Ukrainer geförderten Polen im Grunde nicht über die bewährte konservative Bindung zwischen Wien und der galizischen Aristokratie hinauszukommen. Dem revolutionären Partner Pilsudski und seinen politischen Soldaten war man auf die Dauer nicht gewachsen. Da lagen Grenzen, die von den Vertretern einer älteren und nicht mehr wachstumskräftigen Sozial- und Herrschaftsordnung nicht überschritten werden konnten⁷⁾.

Weit schwieriger noch mußte die durch den Sieg im Osten entstandene Aufgabe sich für die Deutschen des Reichs darstellen, da sie längst den Weg zum Nationalstaat eingeschlagen hatten, in dessen Rahmen ihr politisches Denken und Handeln eingespannt war. Im folgenden soll versucht werden, einen Beitrag zu der Frage zu geben, wie sich die öffentliche Meinung und die politische Führung des Deutschen Reiches zu der unvorbereitet vor ihnen stehenden Aufgabe im Osten gestellt haben. Infolge des militärischen Sieges war schnelles politisches Handeln schon während des Krieges notwendig gewesen. Mit bloßer Verwaltungstätigkeit, die sich politischer Entscheidung enthielt, konnte es in dem spannungsreichen deutsch-russischen Zwischenfeld nicht getan sein. Darüber hinaus war

⁷⁾ Besonders aufschlußreich für diese Grenzen der österreichisch-ungarischen Nationalitätenpolitik Arthur Hausner, Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935. Im übrigen sollen hier die Nationalitätenfragen des Südostens außerhalb der Betrachtung bleiben. Es ist bemerkenswert, wie schwach die Erfahrungen der Donaumonarchie auf die Deutschen des Reichs übergegriffen haben.

es verständlich, daß in der Aussicht auf einen günstigen Kriegsausgang Gedanken gefaßt und Pläne vorbereitet wurden, die eine als dauerhaft gewünschte Friedensregelung betrafen. Konnte man bei nationalstaatlich gedachten Plänen — mit oder ohne Annexionen — stehenbleiben, oder mußte nicht die Situation zu neuartigen, vielleicht an ältere Mitteleuropapläne anknüpfenden Lösungsversuchen führen? Wenn man aber „mitteleuropäisch“ umzudenken begann, wie waren dann die realen Möglichkeiten des Reichs zu beurteilen? Diese Frage scheint uns in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem deutschen Verfassungsproblem zu stehen. Wie weit war das konservativ bestimmte preußisch-deutsche Regierungs- und Verwaltungssystem, die „Beamtenherrschaft“ im Sinne Max Webers⁸⁾, fähig, der Probleme im Osten Herr zu werden, die alle mehr oder minder stark national- und sozialrevolutionär bewegt waren? Mußte nicht ein Wirkungszusammenhang zwischen den im Osten neu auftretenden Fragen und der innerdeutschen verfassungspolitischen Spannung entstehen?

Eine Antwort auf diese Fragen kann nur gegeben werden, wenn der geschichtliche Hintergrund, die deutsch-russische Auseinandersetzung, in seinem vollen Gewicht einbezogen wird. Dabei handelt es sich zunächst vordringlich um die 1915 und 1916 geforderte Entscheidung: militärische Schwerpunktbildung im Osten und Ziel eines die Russen weit zurückdrängenden Siegfriedens oder ein Separatfrieden, in dem man mit oder ohne Grenzkorrekturen die Völker der Zwischenzone einem deutsch-russischen Ausgleich geopfert hätte. Die deutsche OHL unter Falkenhayn, gebannt durch den Kriegsschauplatz in Frankreich, und die deutsche Reichsleitung, gehemmt durch endlose, die politische Entschlußkraft lähmende Erwägungen, haben sich 1915/16 nicht zu einer klärenden Entscheidung gegenüber Rußland durchzuringen vermocht. Hier soll aber mit dem Hintergrund der deutsch-russischen Auseinandersetzung mehr gemeint sein als jene viel behandelten, und doch noch nicht endgültig geklärten Fragen⁹⁾. Es erwies sich im Laufe des Krieges, daß das deutsch-russische Verhältnis nicht mehr im hergebrachten Stil diplomatisch und militärisch gemeistert werden konnte, sondern daß hier ein Volkskampf grausamer Art mitten im Gange war, der allen älteren Berührungen der

⁸⁾ Max Weber, Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland. Gesammelte politische Schriften, München 1921, S. 126 ff.

⁹⁾ Es ist nicht die Absicht dieses kurzen Aufsatzes, zur Ostpolitik der Reichsleitung und der OHL im einzelnen Stellung zu nehmen. Ich beabsichtige, demnächst eine größere Untersuchung über die deutsche Polenpolitik während des ersten Weltkriegs vorzulegen, die sich u. a. auf bisher unbearbeitetes Archivmaterial des Generalgouvernements in Warschau stützen wird, das im Nachlaß des Generalgouverneurs von Beseler erhalten ist.

beiden Völker widersprach und mit elementarer Gewalt auf die öffentliche Meinung und Politik beider Seiten einwirkte. Die Anstöße waren schon im 19. Jahrhundert von den Russen ausgegangen. Seit den sechziger und vermehrt seit den achtziger Jahren waren Kräfte freigelassen worden, die auf Russifizierung, Einengung und schließlich Verdrängung des Deutschtums im Russischen Reich ausgingen. Die Autonomie der baltischen Ostseeprovinzen war zunächst das Ziel der Angriffe gewesen. Nach der Russifizierung, der Revolution von 1905, der Bildung deutscher Vereine und dem Beginn deutscher Siedlung war die alte Stellung des baltischen Deutschtums so stark erschüttert und hineingezogen worden in den nationalen Behauptungskampf, daß es im Kriege nur noch der Steigerung durch die Verschickungen und die russischen Siedlungspläne in Kurland¹⁰⁾ bedurfte, um weite Kreise der Deutschbalten dazu zu treiben, den Anschluß an das Deutsche Reich als die einzig mögliche Rettung anzustreben. „Wir haben nur eine Alternative: von Deutschland annektiert oder von Rußland massakriert zu werden“, schrieb der Baltische Vertrauensrat im Sommer 1915 an den deutschen Reichskanzler¹¹⁾. In solchen Worten war das Ende deutschbaltischer Landespolitik ausgedrückt. Sie war ein Opfer des Nationalitätenkampfes geworden. Man durfte freilich hoffen, innerhalb des Deutschen Reichs als föderativ angeschlossenes Land konstitutioneller Verfassung die ständische Tradition in eine neue Zeit, wenn auch gewandelt, hinüberzuretten, sofern die Flucht vor dem abtötenden russischen Nationalstaat glücken sollte.

Aber nicht nur die Ostseeprovinzen, sondern weite Teile des Rußland-deutschtums waren betroffen. Die russische Förderung der deutschen Kolonisation — mit Ausläufern bis an die Reichsgründung heran — war unmittelbar umgeschlagen in eine nationale Einengungspolitik, die schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu Auswanderungen der Rußland-deutschen, ja anscheinend schon zu großen Umsiedlungsplänen¹²⁾ geführt

¹⁰⁾ Silvio Broedrich-Kurmahlen, *Das neue Ostland*. Als Manuskript gedruckt. Charlottenburg 1915, berichtet, daß ein halbes Jahr vor dem Krieg die Aufteilung des ganzen kurländischen Domänenbesitzes an 300 000 russische Bauern beschlossen worden sei. Dazu M. Walters, *Lettland, seine Entwicklung zum Staat und die baltischen Fragen*, Rom 1923, S. 328.

¹¹⁾ Denkschrift an den Reichskanzler vom 9. Juli 1915.

¹²⁾ Gotthold Rohde, *Zwangsumsiedlungen in Osteuropa vor der Oktoberrevolution*, in: *Geschichtliche Landeskunde und Universalgeschichte*. Festgabe für Hermann Aubin, Hamburg 1951, S. 163 ff., behandelt vor allem die ältere Praxis des Moskauer Staates. Vergleiche besonders Freiherr von Gayl, *Das Schicksal der deutschen Bauern in Rußland*. Archiv für innere Kolonisation, 1915. Über einen Plan zur Umsiedlung von Wolhynien-deutschen 1895 nach Sibirien siehe *Deutsche Monatshefte in Polen*, 1936, S. 435. Ferner: H. S. Weber, *Deutsch-Russische Rücksiedlung*, Dresden 1917.

hatte. Diese Vorgänge und Pläne sind nicht ohne den Zusammenhang der Agrarreformen nach 1861 und 1906 zu verstehen, durch die die ländliche Masse mobilisiert und eine bäuerliche Oberschicht auf Kosten des Großgrundbesitzes gestärkt worden war. Nationale Verdrängungstendenzen und die russische Agrarfrage vor dem Hintergrund des sich übevölkernden Dorfes trafen im Kampf um den Boden zusammen. Nach Ausbruch des Weltkrieges steigerte sich die Bewegung bis zu den ersten großen Massenausreibungen unseres Jahrhunderts. Anfang 1915 wurden die Enteignungs- und Liquidationsgesetze erlassen, und im Sommer 1915 begannen die Ausweisungsbefehle aus den frontnahen Gebieten, durch die die Deutschen Kongreßpolens nicht mehr betroffen werden konnten, durch die aber um 200 000 deutsche Kolonisten vorwiegend aus Wolhynien zwangsweise ins Wolga- und Uralgebiet ausgesiedelt wurden¹³⁾. Man muß wohl dies Ausschlagen der russischen Fieberkurve seit den sechziger Jahren und die russische Dynamik dieser Jahrzehnte im Übergang zwischen stabiler Herrschaftsordnung und bolschewistischer Revolution in ihrem ganzen Schwerkgewicht auffassen, um die Wirkung auf das deutsch-russische Verhältnis ermessen und nach der deutschen Antwort fragen zu können; zunächst waren nur die rußlanddeutschen Gruppen betroffen; doch konnte alsbald der nationale und staatliche Bestand der Deutschen in ganz Mitteleuropa in Frage gestellt werden.

Eine erste Antwort erkennen wir in der „Rücksiedlung“. Dieser Gedanke, die bedrohten Außenposten des Rußlanddeutschtums zurückzunehmen und im Osten des Deutschen Reichs anzusiedeln, um so die Verdrängung positiv zu wenden, entsprach zudem nationalstaatlichem Denken, das den „Kulturdünger“ ablehnte und danach strebte, alle Teile des verstreuten Volkes in einem großen Körper innerhalb des nationalen Staates zusammenzuballen. In diesem Sinne schaltete sich die Posener Ansiedlungskommission ein. Andererseits hatte es sich zunächst um einen reinen Akt der Hilfe gehandelt, als im Jahre 1909 der „Fürsorge-Verein für deut-

¹³⁾ Alfred Karasek und Kurt Lück, Die deutschen Siedlungen in Wolhynien, Plauen 1931. — Viktor Kauder, Das Deutschtum in Polen, Leipzig 1939, Abschnitt 5, Ostpolen, S. 20 ff. Als Beispiel für baltische Kolonisten: W. Conze, Hirschenhof, a. a. O., S. 132 f. — Abdruck der Verordnungen vom 2. Januar und 13. Februar 1915 im Wortlaut (übersetzt) bei: Theodor Hummel, 100 Jahre Erbhoheitsrecht der deutschen Kolonisten in Rußland, Berlin 1936. Dort die bezeichnende Begründung, man habe geglaubt, daß die deutschen Kolonisten nach einiger Zeit sich assimilieren würden. „In Wirklichkeit kam aber alles ganz anders. Die Deutschen vermieden nachhaltig eine Vermischung mit der russischen Bevölkerung. Sie . . . lebten abgesondert in ihren Kolonien, wo sie deutsche Sitte und Ordnung einrichteten.“ Diese Tatsache sei staatsgefährlich, da von diesen bewußt deutsch erhaltenen Siedlungen die Beziehungen zum Deutschen Reich herübergingen.

sche Rückwanderer“ gegründet wurde, der sich „die Vermittlung von Ansiedlungs- und Arbeitsverträgen mit aus dem Ausland in das Mutterland zurückwandernden Deutschen“ zur Aufgabe stellte¹⁴⁾. Die Arbeit wurde zwar durch mannigfache Widerstände und Schwierigkeiten gehemmt; doch wurden bis 1914 schon erhebliche Erfolge erzielt. Die besten Möglichkeiten bot die Ansiedlungskommission, die bis zum Kriegsausbruch über 6000 Siedlerstellen mit „Rücksiedlern“ besetzt hatte. Insgesamt haben auf diese Weise mindestens 50 000 Menschen den Weg von Rußland nach Deutschland gefunden. Im gleichen Zusammenhang steht die Ansiedlung von annähernd 20 000 vorwiegend wolhyniendeutschen Kolonisten, die in den Jahren 1906 bis 1914 als Antwort auf die Revolution von 1905 in Kurland angesiedelt wurden¹⁵⁾, auch hier in der Absicht, die deutsche Basis im Volkskampf zu stärken, der von der deutschbaltischen Führungsschicht mit diesen Mitteln erst zu diesem späten Zeitpunkt aufgenommen worden war. Damit waren schon vor dem Kriege Reichsdeutsche und Deutschbalten in gemeinsamer Abwehrfront näher zusammengerückt — nicht nur, indem sie eine überlegene Ordnungskraft dem „Instinkt der Rasse“ entgegensetzten, wie es Carl Schirren von Livland aus 1869 noch hatte sehen können¹⁶⁾ und wie es Bismarck von Preußen aus noch lebendig gewesen war, sondern indem sie dem Gesetz des Krieges verfielen, das gebietet, sich den Waffen und Kampfmethoden des Gegners anzugleichen, um bestehen zu können. Die Gefahr, daß sich die Wechselwirkung fortpflanzen würde, war damit offenbar gegeben und wurde im Weltkrieg in bisher ungewohnter Rücksichtslosigkeit sichtbar. Die Verschärfung der Fronten mußte die Rückkehr zu einer relativen Ruhe des Völkerverhältnisses, wie sie vor dem Panslawismus und der Russifizierung bestanden hatten, immer aussichtsloser erscheinen lassen.

Bei der Steigerung des nationalen Bodenkampfes nach den russischen Massenaustreibungen von 1915 tauchte im Deutschen Reich die Frage auf, wie man sich zur Rückführung der heimatvertriebenen Rußland-

¹⁴⁾ Deutsche Rückwanderer. Als Manuskript gedruckt vom Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, Berlin 1910. Vergleiche auch Alfred Borchardt, *Deutschrussische Rückwanderung*. *Preußische Jahrbücher* 162, 1915, S. 133.

¹⁵⁾ Rudolf Schulz, *Der deutsche Bauer im Baltikum*, Leipzig 1936. Silvio Broedrich, *Das neue Ostland*, a. a. O., S. 7. Karl Freiherr von Manteuffel-Katzdangen, *Meine Siedlungsarbeit in Kurland*, Leipzig 1941.

¹⁶⁾ Carl Schirren, *Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin*, Leipzig 1869. Das eindruckvollste Zeugnis der Beziehung der deutsch-baltischen Kolonisation nach 1906 zum Gesamtproblem eines neuen „Ostlandes“ durch Siedlung von Reichs wegen als Antwort auf die Entwurzelung des Rußlanddeutschtums bei Silvio Broedrich (*Das neue Ostland*), dem kurländischen Siedlungspraktiker.

deutschen im Falle des erhofften deutschen Sieges über Rußland stellen würde. Was lag näher, als die schon vor 1914 begonnene „Rücksiedlung“ nun im großen zu planen und durchzuführen? Es entsprach dabei der nationalstaatlichen Konsequenz dieser Jahre, daß die Idee des großen Unternehmens verbunden wurde mit Plänen von Annexionen und germanisierender Siedlung in neuen Gebieten östlich der Reichsgrenze von 1914, wie sie auch ohne die Rücksiedlungsfrage alsbald nach Kriegsausbruch ausgesprochen worden waren. Da aber leere Räume kaum vorhanden waren und die Siedlungsmöglichkeit begrenzt war, so tauchte in der Folge einer expansiven Nationalstaatsidee und als Antwort auf die von den Russen ins Werk gesetzte Lösung der Menschen vom Boden immer wieder der Gedanke von Aus- und Umsiedlungen auf. In Kurland lag dies besonders nahe, da dort im Jahre 1915 die lettischen Bauern massenhaft zwangsevakuiert oder durch Greuelpropaganda zur Flucht veranlaßt worden waren. Kurland war beim deutschen Einmarsch menschenarm, nachdem etwa eine halbe Million Letten, d. h. drei Fünftel der Einwohner Kurlands geflohen waren.

In der Mannigfaltigkeit der Vorschläge und Ansichten in dieser Richtung lassen sich deutlich Gradabstufungen feststellen, so einheitlich auch die Idee zugrunde lag, daß nationalstaatlich getrennte, geschlossene Volksblöcke das ideale politische Ziel darstellen müßten.

Bei den Alldeutschen sind diese Ideen bis zur Groteske gesteigert worden. Sie wurden trotz ihres im Kriege nicht unbedeutenden Einflusses weder bei den damals Verantwortlichen wirklich ernst genommen, noch würde sich ein Hinweis überhaupt lohnen, wenn hier nicht eine auch bei Nichtdeutschen weit verbreitete politische Denkrichtung, frei von Hemmungen der nüchternen Wirklichkeit und unbelastet von eigener Verantwortung, unverhüllt zutage getreten wäre. In ihren substanzlos leichtfertigen Konstruktionen wurde die zum obersten Wert gesteigerte Nationalidee zum maßgebenden politischen Gestaltungsprinzip überhaupt. *Heinrich Claß* z.B. schlug in einer großen Denkschrift die Einbeziehung polnischer Grenzkreise und der baltischen Ostseeprovinzen einschließlich Lettgallens sowie des Gouvernements Wilna in das Deutsche Reich vor und wollte das übrig bleibende polnisch-weißruthenische Gebiet in einem neuen polnischen Staat zusammenfassen. Dem Einwand, daß solche Grenzziehung dem Reich zu viele Fremdstämmige zuführen würde und daß auch das neue Polen sich keineswegs mit dem polnischen Volksgebiet decke, wodurch für Deutschland und Polen der Charakter des Nationalstaates verfälscht werden würde, begegnete Claß mit einer „fortschrittlichen“ (statt einer „ängst-

lichen“) Auslegung der Nationalstaatsidee. Seit dem 19. Jahrhundert hätten ausnahmslos alle Staaten den Weg zum Nationalstaat eingeschlagen. Harte Kämpfe seien die Folge der unvollkommenen Durchsetzung des Nationalstaats gewesen. Nicht ihn zu verneinen, sondern ihn zu vollenden, müsse daher das Ziel sein. „Ist nicht das Nationalitätsbewußtsein so stark geworden und — weil auf unwandelbaren Naturgesetzen fußend — auch so berechtigt, daß die aus ihm hervorgehenden Streitigkeiten nur ein Ende nehmen werden, wenn die volle Umwandlung aller Staaten in möglichst reine Nationalstaaten gelungen sein wird?“¹⁷⁾ Sollte nicht der Krieg der Anlaß sein können, „einen ganz neuen Weg einzuschlagen, den Weg friedlichen Austausches, vereinbarungsmäßiger Hinüber- und Herüberschiebung der fremden bzw. eigenen Stammesangehörigen, um so dem Übel des Nationalitätenhaders endlich einmal die Axt an die Wurzel zu legen?“ Durch eine Art „völkischer Flurbereinigung“ müßte es möglich sein, den Kampf der Völker zu überwinden. Im einzelnen schlug Claß folgende Umsiedlungen vor:

Austausch der Rußlanddeutschen gegen Russen, Weißruthenen und Ukrainer innerhalb des im Osten gewonnenen Neulandes.

Austausch der Deutschen aus Polen mit den Polen aus dem zur Annexion vorgesehenen Grenzstreifen zwischen Ostpreußen und Oberschlesien. Auch Polen aus Posen sollten die Möglichkeit der Umsiedlung, jedoch ohne Zwang, haben.

Aussiedlung der Litauer ins Gouvernement Minsk, das staatlich Polen angegliedert werden sollte.

Für Letten und Esten sollte die Möglichkeit bestehen, im Lande zu bleiben wegen ihrer kulturellen und konfessionellen Nähe zum Deutschtum. Nur im Falle politischer Widerstände würde sich der Ausweg anbieten, sie nach Rußland abzuschieben. Die drei kleinen baltischen Völker sollten also jeweils ihren geschichtlichen Herrenvölkern überantwortet werden, während Weißruthenen und Ukrainer den Russen überlassen bleiben sollten.

Für die Lösung der jüdischen Nationalitätenfrage biete sich der Zionismus an.

¹⁷⁾ Heinrich Claß, Denkschrift betr. die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege. Ohne Datum. Ende 1914, also vor den Verschickungen der deutschen Kolonisten in Rußland entstanden. Claß bezieht sich hier statt dessen auf das russische Beispiel, daß Rußland „jährlich durchschnittlich zwischen 800 000 und 900 000 Ansiedler aus dem europäischen Rußland nach Sibirien überführt“. Derartige Massenverschiebungen seien also möglich.

Besser durchdacht, aber grundsätzlich in ähnlichen Vorstellungen befangen waren die noch einflußreicheren Denkschriften des Ostmarkenvereins¹⁸⁾. Die „nationale Flurbereinigung“ hielt sich hier in geringeren Grenzen. Die baltische Vergrößerung sollte nur Litauen und Kurland umfassen, deren Eindeutschung ohne Verdrängung allein durch deutsche Zuziedlung und durch freiwillige Assimilierung der noch unentwickelten Kleinvölker für möglich gehalten wurde. Für das anzugliedernde Suwalkigebiet wurde Aus- und Umsiedlung vorgeschlagen mit dem bezeichnenden Schluß: „Nimmt man Russen und Polen als ausgesiedelt, die Zahl der Juden auch nur auf die Hälfte vermindert¹⁹⁾, und die Bevölkerungsdichtigkeit durch reindeutschen Zuwachs auf 75 gesteigert, so erhalten wir bereits eine deutsche Mehrheit von 57,7 Prozent der Bevölkerung.“ Im Mittelpunkt stand für den Ostmarkenverein die polnische Frage. Ganz unter dem Banne des jahrzehntelang verschärften Volkskampfes mit den preußischen Polen vermochte der Ostmarkenverein nichts anderes zu vertreten als eine neue Teilung Polens unter die beiden Mittelmächte nach Ausschaltung Rußlands. Das südliche Kongreßpolen sollte an Galizien, das nördliche als „Großherzogtum Warschau“ unter reichsdeutsche Herrschaft fallen, wobei ein in Zukunft deutsch besiedelter „Grenzstreifen“ — die „fixe Idee des Ostmarkenvereins“ nach einer Randbemerkung des Generalgouverneurs von Beseler — abgetrennt werden sollte. Auch hierbei sollten mit den neuen Grenzziehungen größere Massen umgesiedelt werden: die Polen aus dem Grenzstreifen nach Kongreßpolen und dem für Polen vorgesehenen Gouvernement Grodno, die Deutschen aus Polen in den Grenzstreifen, die Weißruthen und Russen aus dem Gouvernement Grodno nach Rußland. „Das polnische Volksgebiet würde also im Innern von fremden Bevölkerungsteilen — den Deutschen — entlastet, und was es im Nordwesten an die Deutschen verlöre, gewönne es im Nordosten auf Kosten der Russen.“ Doch im Gegensatz zu Claß fehlte hier der leichte Optimismus gegenüber der „nationalen Kommassation“. Skepsis, ja Furcht vor der polnischen Frage bestimmte die Gesamtansicht, die sich vom Erbe der preußischen Polenpolitik seit der Reichsgründung nicht lösen konnte. Im Jahre 1915 hatte man bekannt: „Der leitende Gedanke bei einem Versuch der Lösung der Polenfrage . . . kann für uns immer nur der sein, . . .

¹⁸⁾ Vor allem die als Manuskript gedruckte „Denkschrift über die künftige staatsrechtliche und national-politische Gestaltung der von Rußland abzutrennenden östlichen Nachbargebiete des Deutschen Reiches“, April 1916.

¹⁹⁾ Die bei ihnen vorhandene Tendenz zur Auswanderung nach Übersee oder Palästina sollte gefördert und den Verbleibenden nationale Autonomie gewährt werden.

daß die preußische Polenfrage in einem Sinne zu behandeln ist, die den Charakter Preußens als deutschen Nationalstaat sichert und den Osten der Monarchie vor der Slawisierung schützt.“ Die Kritik an solcher krampfhaften Defensive drückte Beseler mehrfach in Randbemerkungen aus, wie: „*Innere Kraft des Deutschtums! Keine Gewaltmaßregeln!*“ oder „*Herrgott, haben die Leute eine Angst!*“²⁰⁾ Diese Besorgnis bei einer starr festgehaltenen Ostmarkenpolitik war durchaus verständlich, da ja das notwendige Korrelat einer solchen Politik, die Eintracht mit Rußland auf Kosten der Polen, fehlte. Wie konnte man nach Annexion Litauens und Kurlands an einen Ausgleich mit Rußland noch glauben, und welcher Widerspruch mußte nicht darin liegen, die Russen zu verprellen, ohne die Polen zu gewinnen?

Wollte man tatsächlich an der bisherigen Polenpolitik in Preußen festhalten, dann mußte der Gedanke einer neuen deutsch-russischen Annäherung naheliegen. Diese Tendenz beherrschte in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 die drei Rechtsparteien und mit ihnen das preußische Staatsministerium, das sich nur zum Teil und widerstrebend von Beseler für das politische Programm der Polenproklamation gewinnen ließ. „Man vermöge sich nicht vorzustellen“, so erklärten die Abgeordneten von Heydebrand und von Zedlitz in einer Besprechung im preußischen Staatsministerium am 29. September 1916, „wie man sich einem selbständigen Polen gegenüber freundlich stellen und gleichzeitig hier in Preußen die gegen die Polen gerichtete deutsche Ansiedlungspolitik betreiben könne“. Die „polnische Irredenta“ würde so großgezogen werden. Die beste Lösung der polnischen Frage, so wurde daher gefolgert, „bestehe darin, daß Deutschland sich den Teil Polens sichere, der zu seinem strategischen Schutze notwendig sei, und wegen der Rückgabe des Restes mit Rußland verhandle“²¹⁾. Das war eine klare Fortsetzung der russisch-preußischen Kooperation gegenüber den Polen, denen das Recht auf einen eigenen Nationalstaat nicht zugestanden wurde und die damit einer verstärkten Assimilierungsgefahr von beiden Seiten ausgesetzt werden sollten. Solch Verzicht auf weit gespannte Konstruktionen und Programme war im Grunde die einzige Folgerung, die realpolitisch möglich erscheinen konnte, wenn man die preußische Polenpolitik beibehalten und die nationalstaatliche Beschränkung Deutschlands als bindend anerkennen wollte. Dann mußte man um den Preis des Friedens mit Rußland die mit den gewohnten

²⁰⁾ Denkschrift zur polnischen Frage. Als Manuskript gedruckt. Berlin, im Oktober 1915.

— Denkschrift zur polnischen Frage. März 1917.

²¹⁾ Sitzungsprotokoll vom 29. September 1916. Beselerarchiv.

Gedankengängen und Methoden nicht lösbaren „zwischeneuropäischen“ Probleme dem russischen Nationalstaat und der Russifizierung überlassen.

Doch es kam nicht zum Separatfrieden mit Rußland, und in weiten Kreisen, die sich auch nach rechts hin ausdehnten, war man schon vorher eindeutig auf eine antirussische Linie festgelegt, aus der freilich immer wieder, wie man es auch wenden mochte, das Dilemma der Auseinandersetzung zwischen Annexionismus und Anerkennung der Nationalitätsansprüche folgen mußte. Hatte man sich gegen einen Ausgleich mit Rußland entschieden, dann geriet man sogleich in die verwickelten Probleme, wie weit Annexionen für Deutschland möglich oder erwünscht seien, ob man den Polen einen eigenen Staat zubilligen sollte, wie dessen Grenzen gezogen werden sollten, und ob man das Recht auf den Nationalstaat auch den ungeschichtlichen Völkern zubilligen sollte. Mit dem Ziel praktischer Lösungsvorschläge und verbunden mit dem Begriff der „inneren Kolonisation“ wurden diese Fragen mehrfach von deutschen Wissenschaftlern (Nationalökonomern, Agrarwissenschaftlern, Geographen, Historikern) untersucht. Dies trug wesentlich dazu bei, daß eine bessere Kenntnis der ostmitteleuropäischen „Terra incognita“ verbreitet wurde. Doch traten dadurch die Schwierigkeiten nur noch schärfer hervor, und eine einheitliche oder allgemein einleuchtende Gesamtlösung folgte nicht daraus. So fand sich z. B. die Möglichkeit einer Eindeutschung Litauens und Kurlands durch deutsche Siedlung und durch eine mit innerer Notwendigkeit zu erwartende Assimilierung auch in Kreisen von Fachleuten und nüchtern denkenden Politikern, wie in der wichtigen Denkschrift schlesischer Gelehrter vom November 1915, die mit ihren Vorschlägen zur Ansiedlung rußlanddeutscher Bauern bereits eine durchdachte Antwort auf die Austreibung der deutschen Kolonisten in Rußland war²²). Hier wurde auch die Konsequenz einer polnischen Staatsbildung gezogen und damit ein gewichtiger Beitrag dazu geleistet, daß Bethmann Hollweg allmählich dieser Idee näherzutreten begann. Vor allen andern untersuchte Max Sering die Siedlungsmöglichkeiten in den von Rußland eroberten Gebieten und wies nach, daß der polnische Volksboden keinen Raum mehr böte, daß Polen vielmehr um seiner ländlichen Übervölkerung willen Abfluß nach Osten brauche, wofür ihm Weißruthenien geeignet schien. Dort sollten auch die aus dem „Grenzstreifen“ ausgesiedelten Polen aufgenommen werden. Die Polen erkannte er als Nation an, der kolonisatorisch Aus-

²²) Denkschrift (November 1915, als Manuskript gedruckt) der Professoren Aereboe Appel, Fischer, Hillebrandt, Kneser, Herbert Meyer, Nikel, Erhard Schmidt, Simmersbach, Adolf Weber, Ziekursch.

dehnungsmöglichkeit gegeben werden müsse und deren staatspolitische Ansprüche bis zu einem für Deutschland tragbaren Grade befriedigt werden sollten. Die Weißruthenen jedoch überlieferte er, ihrem vernationalen Zustand entsprechend, als „amorphe Masse“ ohne Bedenken der historischen Nation der Polen. Bei Sering finden wir bereits den Ansatz zu einer mitteleuropäischen Lösung auf Grund eines gewogenen Nationalitätenprinzips nach der Entscheidung gegen Rußland²³⁾.

So verschiedenartig alle bisher angedeuteten, mehr oder weniger nationalstaatlich geprägten Ideen auch waren, so wurde doch durchgehend deutlich, daß die Problematik, wenn man in solcher Gedankenrichtung an sie heranging, unentwirrbar war, sofern nicht alles in leichtfertiger und vermessener Spielerei der Gedanken aufgelöst wurde wie bei Claß. Es ist bemerkenswert, daß *eine* Frage hier überall als Antrieb, aber auch als Störung wirkte: die Frage der Volksdeutschen. Sie erscheinen in unserm Zusammenhang in mehrfacher Hinsicht wichtig. Zunächst wurden sie für ein breiteres Bewußtsein der Reichsdeutschen erst entdeckt oder wiedergefunden. Diese Entdeckung mußte die Wirkung haben, daß die naive Ineinssetzung der Deutschen mit den Einwohnern des Deutschen Reichs fragwürdig wurde. Dies galt nicht nur für die Masse der Soldaten, die in den Feldzügen die auslanddeutschen Siedlungen kennenlernten, sondern nicht minder für die politische und militärische Führung und Verwaltung, die hier vor gänzlich neuen Aufgaben stand. So bietet das Problem der Volksdeutschen für unsere Untersuchung wertvolle Aufschlüsse zum Vorgang der Bewußtseinsumbildung gegenüber den nationalen Fragen im Osten während des Krieges.

Drei außendeutsche Gruppen sind hier zu unterscheiden: die deutsch-baltische, die rußlanddeutsche außerhalb des deutschen Besatzungsgebiets und die Deutschen in Polen-Litauen unter deutscher Zivil- oder Militärverwaltung.

Lag den Reichsdeutschen in zunehmendem Maß während des Krieges für die Deutschbalten der Anschluß an das Reich als Lösung nahe²⁴⁾ und war die Idee der Umsiedlung der rußlanddeutschen Kolonisten durch das

²³⁾ Max Sering, Ansiedlungsverhältnisse und Siedlungsmöglichkeiten in den besetzten Gebieten des Ostens. Der Panther 1916, S. 126 ff. — Serings Denkschrift „Die Zukunft Polens“, Mai 1916. M. Sering, Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas, Leipzig 1917. — Der Anteil Serings an der politischen Lösung der polnischen Frage im Jahre 1916 wird von Walter Recke, Die polnische Frage als Problem der polnischen Politik, Berlin 1927, überschätzt. Falsch ist, daß Sering „Vertrauensmann und Berater Beselers“ gewesen sei. Auskunft nach einer Niederschrift des persönlichen Adjutanten von Beselers, Richard von Heynitz.

²⁴⁾ Hierzu u. a. Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 137.

russische Vorgehen aufgedrängt, so war die Frage der Polendeutschen weniger eindeutig. Für sie traf in besonderem Maße zu, daß sie im nationalen Sinne erst erkannt worden waren. Einen bezeichnenden Ausdruck dieses Gefühls, verlorene Brüder wiederaufzunehmen, vermittelt uns das „Lodzer Kriegsbüchlein“ des Theologen Paul Althaus, der in Lodz Gouvernementspfarrer war und in seinen Militärgottesdiensten das Band zwischen Reichs- und Volksdeutschen hat knüpfen helfen. „Nun geschah das Wundervolle: mit tiefer staunender froher Überraschung fanden wir in der Fremde ein Stück deutscher Heimat: die Häuser und Herzen, die Sprache, die Lieder und Gottesdienste deutscher Kolonisten im Weichsel-lande und bei Lodz. Das waren herrliche Stunden des Erkennens . . .“²⁵⁾ Es ist das gleiche Gefühl, das Hermann Oncken in seiner geschichtlichen Bedeutung wiedergibt, wenn er davon spricht, daß zum ersten Male seit dem Mittelalter alle deutschen Stämme vereint im Felde gestanden und in solcher Gemeinschaft die auslanddeutschen Volksinseln in ihr Volks-erlebnis aufgenommen hätten. „Der ideelle Gehalt dieses Erlebnisses wird, auch ohne daß wir Folgerungen aus ihm ziehen, und um so mehr weil wir das nicht tun wollen, unserer Nation für immer erhalten bleiben“²⁶⁾. Doch wurden durchaus die Folgerungen politischer Art — wenn auch sehr verschiedenartig — gezogen. Zunächst mußte es sich um nichts weiter handeln als um das Ziel, vom Reich aus Hilfe für die nationale Selbstbehauptung gegen Assimilierungsgefahr zu leisten. Kernpunkt dieser schon vor dem Kriege beginnenden Bemühungen war die Schulfrage. Doch die stets auf die Totalität ausgehende Tendenz des nationalen Gedankens trieb auch hier schnell weiter. Auch das Deutschtum in Polen wurde in die Pläne der „nationalen Kommassation“ einbezogen: die Deutschen aus dem polnischen Volksgebiet schienen besonders geeignet zur Umsiedlung in den „Grenzstreifen“, die Deutschen im litauischen Lande zur Kernbildung etwaiger Eindeutschung. Damit war die äußerste Konsequenz national-politisch zweckrationaler Erfassung dieses Deutschtums ausgesprochen. Seine Eigenart und innere Stärke hatten bisher darauf beruht, daß es nur Mutterschicht des Volkes, „Status oeconomicus“, gewesen war und sich im Sprachinseldasein bewahrt hatte, indem es immun geblieben war gegen nationale Politisierung²⁷⁾. So hatte sich dies Sprachinseldeutschtum, indem

²⁵⁾ Paul Althaus, Lodzer Kriegsbüchlein, Göttingen 1916, und: Um Glauben und Vaterland. Neues Lodzer Kriegsbüchlein, Göttingen 1917. Vergleiche auch Adolf Eichler, Deutschtum im Schatten des Ostens. Ein Lebensbericht, Dresden 1942, S. 260 ff.

²⁶⁾ Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 90 ff.

²⁷⁾ Walter Kuhn, Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien, Münster 1930. Derselbe, Volksinselforschung, 1934.

es sich im Instinkt der Selbsterhaltung gegenüber der fremdvölkischen Umgebung abschloß und indem es von der lebendigen Verbindung mit dem eigenen Volke abgeschnitten war, einen älteren Lebensstil erhalten, in dem die politische Nationalidee noch kaum wirksam war. Freilich hatte auch bei diesen Deutschen die Anpassung an den bewußten Nationalitätenkampf schon vor dem Kriege eingesetzt. Man sah die deutsche Existenz gefährdet durch die slawischen Nationalbewegungen und begann daher mit nationaler „Erweckung“ und Organisation²⁸⁾. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese nationale Wandlung als notwendige Antwort zu begreifen ist. Alles trieb darauf zu, daß sich im Grunde kein Volkssplitter mehr dem Zwang zum nationalen Bekenntnis entziehen konnte, und die Kräfte der Abwehr gegen unmerkliche Assimilierung oder gegen die national begründeten Angriffe fremder Volksmehrheit wurden so gestärkt. Doch war mit diesem sich allmählich steigernden Spiel von Reiz und Gegenreiz, von Angriff und Gegenangriff bereits der erste Schritt zur Entwurzelung getan. Wie eng beieinander lagen der Beginn nationaler Erweckung der Volksdeutschen und die Idee ihrer Aus- und Umsiedlung im Dienste des allmächtigen Nationalgedankens!

An dieser Stelle setzte der Widerstand jedoch gerade von den Kreisen ein, die die nationale Organisation der Volksdeutschen eingeleitet hatten. Männer wie Adolf Eichler sahen die Gefahr der Entwurzelung. Die „Heimat“ mit allem, was sie menschlich umschloß, stand gegen ein kaltes Prinzip²⁹⁾. „Hierbleiben“, so lautete der Entschluß während des Weltkrieges, und man suchte in der neuen Situation die Aufgabe, „Brücke“ zu sein. Daß man dies allerdings nicht mehr unangefochten sein konnte, war den Führern der Deutschen in Polen gerade während des Krieges immer deutlicher geworden. War den Polen vom Reich ein eigener Staat zugegeben, dann standen die Volksdeutschen, wie es in der Tat sich in den Jahren 1915 bis 1918 gezeigt hat, gegen eine doppelte Front: gegen die Reichsdeutschen, die das Verhältnis zu den Polen nicht noch stärker belasten wollten, und gegen die Polen, die den Fremdkörper in ihrem künftigen Nationalstaat ablehnten³⁰⁾.

Für die reichsdeutsche Politik und Verwaltung mußte eine deutsche Volksgruppe, die zum „Hierbleiben“ entschlossen war und weder Assimilierung noch Umsiedlung wünschte, zum widerwillig erkannten Hindernis

²⁸⁾ Besonders aufschlußreich in den Lebenserinnerungen von Adolf Eichler, *Deutschtum im Schatten des Ostens*, Dresden 1942.

²⁹⁾ Zum Begriff der „Heimat“ und ihrem Verhältnis zur Nation vergleiche Kurt Stavenhagen, *Heimat als Lebenssinn*, Göttingen 1948.

³⁰⁾ Das ist das durchgehende Thema des Eichlerschen Buches.

nationalstaatlicher Programmatik werden, mochte diese nun nur deutsch gedacht sein oder auch den polnischen Nationalstaat mit berücksichtigen. Die deutsche Volksgruppe wurde daher durch die deutsche Verwaltung in Polen vielfach gehemmt. Vereinsgründungen wurden verboten oder nur zögernd zugelassen, die Anfänge eines deutschen Pressewesens wurden beschränkt³¹⁾. Der Chef der Zivilverwaltung, von Kries, war um einer deutsch-polnischen Verständigung willen ein Gegner jeder Ausweitung einer „Ostmarkenpolitik“ in das Generalgouvernement Warschau hinein. Im Lande wurde diese Richtung wohl recht verschieden, im großen und ganzen aber doch in dieser allgemeinen Richtung durchgeführt. Dabei war unter den Beamten ein erheblicher Spielraum vom inneren „Hakatisten“ bis hin zu Erscheinungen wie dem Landrat aus Bayern, der „überall all-deutsche Tendenzen witterte“ und z. B. dem Plan einer deutschen Schulgründung für die Deutschen in Xawerów sogleich seine ablehnende Haltung gegenüber jeder „Germanisierungspolitik“ entgegenhielt³²⁾. Es ist bezeichnend, daß der bis zum Herbst 1917 in Warschau anwesende Vertreter des Auswärtigen Amts, Botschaftsrat Gerhard von Mutius, der sich betont um eine ausgleichende deutsche Polenpolitik bemüht hat, von Eichler als „der stärkste Gegner, den wir in der deutschen Verwaltung hatten“, bezeichnet wird³³⁾. Gegenüber solcher Gefahr nationaler Auslieferung an die Polen suchten die Volksdeutschen Sicherungen aller Art. Anschlußpläne an das Reich in Grenzgebieten lagen nahe³⁴⁾. Bemerkenswerter war die Idee einer „Reichsbürgerschaft“, die mit ihrem Personalitätsprinzip schon auf eine Durchbrechung des Nationalstaats hinauskommen mußte, sofern sich eine föderative Lösung Mitteleuropas stabilisieren sollte; andernfalls aber mußte sie die Lösung der Deutschen aus Polen von ihrer Heimat begünstigen. Der Kolonialstaatssekretär a. D. von Lindequist setzte sich mit seiner „Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung“ für die Reichsangehörigkeit ein und schrieb an Beseler am 19. Juni 1917, daß sich die Führer des Deutschtums in Lodz „im Gegensatz zu früher“ dahin ausgesprochen hätten, „daß es ihr dringender Wunsch wäre, die Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben, da sie nur so glaubten, ihr Deutschtum wirklich erhalten zu können“³⁵⁾. Auch dies wird als ein Zeichen für die Zuspitzung der Lage angesehen werden müssen.

³¹⁾ Eichler, S. 255, 271, 289 ff., 308 u. a.

³²⁾ Ebenda, S. 212 f.

³³⁾ Ebenda, S. 321.

³⁴⁾ Ebenda, S. 246 f.

³⁵⁾ Brief im Beselerarchiv.

Das Deutschtum in Polen fand im Laufe der Kriegsjahre jedoch zunehmend Unterstützung, und zwar nicht in Kreisen einer Ostmarkenpolitik, die in diesen Deutschen entweder schon halbe Polen oder lediglich Rücksiedlermaterial sahen, sondern gerade bei den Vertretern einer Polenpolitik im Sinne von Beselers und von Kries'. Der Generalgouverneur selbst, der die Deutschen in Polen zunächst lediglich von der „Russophilie“ der Lodzer Industriellen angesehen hatte, gewann ein neues Verständnis und suchte seine Polenpolitik mit dem „Hierbleiben“ des Deutschtums zu verbinden³⁶⁾. Im Herbst 1917 brachte er durch seinen Besuch beim Deutschen Verein in Lodz demonstrativ zum Ausdruck, daß der Minderheitenschutz für die deutsche Volksgruppe in Polen eine grundlegende Bedingung seiner Polenpolitik sein sollte. Und in seiner Ansprache an die Kreischefs im Juli 1918 betonte er Heimat- und Staatsbürgerrecht der Deutschen in Polen. Es käme darauf an, „daß die Deutschen sich auch als Untertanen dieses Landes fühlen müssen, wenn sie nicht Reichsdeutsche sind. Es wäre ja merkwürdig, wenn man den Deutschen zumuten wollte, daß sie einen Staat im Staate bilden sollen.“ Die Aufgabe eines in seiner nationalen Rechtsstellung gesicherten Deutschtums in Polen müsse es werden, „die Bande zwischen Polen und Deutschland fester zu knüpfen“³⁶⁾. Damit war ein Weg jenseits von Einschmelzung oder Umsiedlung gewiesen. Das Beispiel der Siebenbürger Sachsen wurde von Beseler beschworen. Das war eine Politik, die das Gegebene anerkannte und die es ablehnte, Menschen um heteronomer Zwecke willen zu verschieben. Es ging Beseler dabei zunächst um nichts anderes als die Sicherung des Deutschtums in seiner Heimat Polen „um seiner selbst willen“³⁷⁾.

Von einer solchen Ansicht der Dinge aus war der Schritt zur Überwindung des Nationalstaatsgedankens im mitteleuropäischen Sinne nicht mehr groß. Die Frage der Volksdeutschen in Polen ist nur ein geringes, wenn auch sehr aufschlußreiches Teilstück der Gesamtfrage. Die Persönlichkeit des Generalgouverneurs von Beseler ist wohl das eindrucksvollste Beispiel für einen solchen, durch den Weltkrieg nahegelegten, ja geradezu aufge-

³⁶⁾ Eichler S. 332 f. Beseler an seine Frau am 30. September 1917, über seinen Besuch in Lodz: „Es lag mir sehr viel daran, gerade jetzt, wo wir den Polen aus höherer Staatsräson manches geben müssen, dem Deutschtum hier gehörig den Rücken zu stärken . . . In der Heimat verlangt man manches Unbillige in dieser Hinsicht, Forderungen, die man an einen Staat nicht stellen kann, wenn er überhaupt diesen Namen tragen soll . . . Jedenfalls habe ich in der Schulfrage . . . entschlossen den Schutz der Minderheiten, besonders des Deutschtums, zur *conditio sine qua non* gemacht.“

³⁶⁾ Ansprache Beselers auf der Kreischef-Versammlung am 25. Juli 1918. Beselerarchiv.

³⁷⁾ Beseler an den Reichskanzler am 12. November 1917. Beselerarchiv.

drängten Weg politischen Denkens und Handelns der Deutschen des Reichs gegenüber dem mitteleuropäischen Osten. Gleichwohl ist dieser Weg nicht folgerichtig eingeschlagen worden. Die öffentliche Meinung zu dieser Entscheidung blieb geteilt, und die Politik der Reichsleitung wurde nur ein Stück weit auf diesem Wege vorangedrängt, um ihn in innerer Unsicherheit möglichst auf Seitenpfaden immer wieder zu verlassen. Die nationalstaatlich gedachten Versuche, mitteleuropäisch föderativen Vorschlägen auszuweichen, drängten sich stets von neuem vor. Sie können bei aller Mannigfaltigkeit im einzelnen auf folgende 3 Richtungen zusammengezogen werden:

1. Der Status quo, allenfalls mit kleiner Grenzkorrektur, solange noch ein Frieden mit Rußland als Verständigungsfrieden möglich erschien. Die Ablehnung jeder Annexion um des Nationalstaats willen wurde vielfach ausgesprochen, besonders von linksliberaler Seite. „Wir wollen uns weder durch Ereignisse noch durch Personen . . . dazu drängen lassen, die leiten-den Grundlinien der Reichsschöpfung aufzugeben und zu verändern und den Charakter des Nationalstaates zu zerstören“, hieß es in einer von Hans Delbrück, Dernburg, und zahlreichen Vertretern der deutschen Intelligenz unterschriebenen Eingabe an den Reichskanzler im Sommer 1915³⁸⁾.

2. Umfangreichere Annexionen von Grenzgebieten, deren fremde Nationalitäten entweder als nicht bedeutend genug angesehen wurden, um den nationalstaatlichen Charakter Deutschlands zu gefährden, oder die zur Eindeutschung oder Umsiedlung vorgesehen wurden. In dem zwischen Rußland und Deutschland frei gelassenen Gebiet blieb bei solchem Ziel die Bildung eines kleinen polnischen Nationalstaats im Bunde mit Deutschland, unter Umständen mit Ausdehnungsmöglichkeit nach Osten, offen.

Die am weitesten in die praktische Politik hereinreichende Planung dieser Richtung ist von Ludendorff ausgegangen³⁹⁾. Sein Plan, der im Laufe der Jahre 1915/16 allmählich entwickelt wurde, zielte auf eine zum Teil mit germanisierender Absicht verbundene Angliederung der Gouvernements Kurland, Kowno und Grodno, wobei der durch Enteignung russischer Staatsgüter und Landabgabe der kurländischen Rittergüter gewonnene Siedlungsboden an deutsche, besonders rußlanddeutsche Kolonisten ge-

³⁸⁾ Hans Delbrück gibt ein Beispiel für den Weg vom Nationalstaat zu „Mitteleuropa“. Vergleiche seine Bemerkungen über Brest-Litowsk in den Preußischen Jahrbüchern 172, 1918, S. 141 ff.

³⁹⁾ Hierzu über Ludendorffs Veröffentlichungen hinaus der auf Akten des Heeresarchivs in Potsdam fußende Aufsatz von Robert Stupperich: Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges. Jomsburg 5, 1941, S. 348 ff.

geben werden sollte. Für Ludendorff lag die Begründung zu diesem Vorschlag, wenn wir von schmückenden historischen Bemerkungen über den Deutschen Orden absehen, wesentlich auf militärischem Gebiet. „Rußlands Einfallstore, Litauen und die Memellinie“, sollten nicht in fremder Hand bleiben. Zudem war der bedeutende Zuwachs an wehrfähiger Mannschaft — Deutsche und deutschgesinnte Litauer — erwünscht. Diese Pläne Ludendorffs brauchten mit der seit dem Sommer 1916 eingeschlagenen deutschen Polenpolitik nicht notwendig im Widerspruch zu stehen. Ja, Ludendorff selbst hatte schon früh die Unausweichlichkeit einer polnischen Staatsbildung anerkannt, da eine Rückgabe Polens an Rußland seinen litauischen Absichten widersprach und eine Germanisierung Kongreßpolens außerhalb jeder Erörterung liegen mußte⁴⁰). Freilich wollte Ludendorff Polen eng begrenzen und ihm den Zugang ins Gebiet von Grodno und Wilna verwehren. Die Politik Beselers, die er im Herbst 1916 um der polnischen Heeresfrage willen energisch unterstützt hatte, war Ludendorff zuwider, da er durchaus im Geiste des Ostmarkenvereins mißtrauisch war gegen jede Förderung der Polen. Seine Annexions- und Germanisierungspläne wurden im Frühjahr 1917 vom Auswärtigen Amt aufgegriffen, ohne daß freilich schon Entscheidungen fielen oder sich etwa die Reichsleitung im Sinne Ludendorffs festlegte. Durch die Friedensregelungen von Brest-Litowsk entstand schließlich eine andere Lage; denn durch die vorgesehene Bildung der Randstaaten war der Gang einer stärker in „mitteleuropäischer“ Richtung liegenden Entwicklung angedeutet, wenn auch die Verknüpfung mit Siedlungsabsichten, besonders im „Baltikum“, aufrechterhalten blieb.

3. Wollte man der von Vielen als nicht befriedigend lösbar angesehenen polnischen Frage ausweichen, dann bot sich als Ausweg die „austro-polnische“ Lösung, der Anschluß Kongreßpolens an Galizien an. Sie blieb das gleichbleibende Ziel der habsburgischen Politik von 1914 bis 1918. Sie war von Bethmann Hollweg in mündlichen, nicht abschließenden Verhandlungen im August 1915 grundsätzlich zugestanden, dann aber von der Reichsleitung verworfen worden. Doch schon ein Jahr nach der Proklamation des polnischen Staates vom 5. November 1916 war es so weit gekommen, daß die Reichsleitung den Mißerfolg ihrer Polenpolitik (im Gegensatz zu Beseler) als endgültig ansah und um der Festigung des Bündnisses

⁴⁰) Brief an Zimmermann, 20. Oktober 1915. Walther Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927, S. 249. — Drastische Schilderungen der Stimmung bei „Ober-Ost“ gegen die Polenpolitik Beselers bei H.-J. von Brockhusen-Justin, Der Weltkrieg und ein schlichtes Menschenleben, Greifswald 1928.

willen Österreich-Ungarn die austropolnische Lösung zuzugeben bereit war. Kühlmann und Helfferich sprachen sich in der Sitzung im Auswärtigen Amt am 3. November und dann im Kronrat vom 5. November 1917 dafür aus, und der Kaiser gab ihnen recht⁴¹⁾. Dabei unterzog Kühlmann die Polenproklamation vom 5. November 1916 einer scharfen Kritik. Sie liege uns „wie ein Felsblock im Wege“, und es sei eine Befreiung, Polen Österreich zu überlassen. Im Sommer 1918 gab schließlich auch die Oberste Heeresleitung dazu ihr Einverständnis, freilich unter der Bedingung, daß ein breiter Grenzstreifen an das Reich abgetreten werden sollte, der mit deutschen Umsiedlern zu besetzen sei⁴²⁾. Die Richtungslosigkeit der deutschen Politik kann durch nichts besser begriffen werden als durch diese Selbstaufgabe ihrer mitteleuropäisch föderativen Ansätze in der Polenpolitik, die der Generalgouverneur von Beseler mit Ausdauer durchzuhalten sich bemühte⁴³⁾.

Bei allen drei angedeuteten Hauptrichtungen fehlte eine leitende, in die Zukunft weisende Idee, die aus der Verlegenheit des bloßen Stehenbleibens oder der Überspannung germanisierenden Ausgreifens hätte herausführen können.

Doch war eine solche Idee nicht nur durch die Situation der Mittelmächte im Kriege geradezu herausgefordert, sondern sie war auch offen und mit erheblicher Resonanz in der öffentlichen Meinung ausgesprochen worden. Der große Erfolg von Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“ weist darauf hin, wie zeitgemäß und eindringlich diese Idee seit 1915 gewesen ist. Es soll hier nicht eine naheliegende Kritik des Mitteleuropabuches von Naumann gegeben werden⁴⁴⁾. Die Schwächen dieses grob vereinfachenden,

⁴¹⁾ Protokolle im Beselerarchiv.

⁴²⁾ Bogdan Graf Hutten-Czapski, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, 2. Band, Berlin 1936, S. 491 f., bestätigt durch Beselerarchiv.

⁴³⁾ Daß die austropolnische Lösung, die für das Deutsche Reich einer nationalstaatlichen Selbstbescheidung gleichkam, einer mitteleuropäischen Föderation nicht hinderlich zu sein brauchte, zeigt Naumann vorsichtig in „Was wird aus Polen?“, Berlin 1917, S. 55 ff.; schärfer im Aufsatz: Die österreichisch-polnische Lösung, *Die Hilfe* 23, 1917, S. 684 ff.

⁴⁴⁾ Unter den zeitgenössischen Kritikern sei besonders Karl Kautsky hervorgehoben, der von seiner Ideologie her den Imperialismus Naumanns anprangert und eine „Übernationalität“ über die Begriffe der Nationalität und der Internationalität hinaus ablehnt. Die Stellung der Sozialdemokratie, die grundsätzlich vom demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Nationen ausging, war nicht einheitlich. — Zu den Grundlagen der Politik Naumanns vergleiche W. Conze, *Friedrich Naumann, Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895 bis 1903). Schicksalswege deutscher Vergangenheit*. Festschrift für S. A. Kaehler, Düsseldorf 1950, S. 355ff. Dem Generalgouverneur von Beseler erschien Naumann, nach ihrer ersten Begegnung, als ein „recht geistvoller und interessanter Mann mit etwas phantastischem Einschlag“. Brief Beselers an seine Frau vom 18. März 1917.

begrifflich vielfach unscharfen, mit der stark gefühlsbetonten Leidenschaft einer „frohen und beweglichen Übergangsstimmung“ geschriebenen Werkes sind bekannt. Auch war Naumann nicht der einzige, von dem die Idee eines mitteleuropäischen Bundes ausging⁴⁵⁾. Trotz aller Einschränkung bleibt jedoch bestehen, daß Naumann in seiner volkstümlich wirkenden Art das Problem angepackt und in die breite Öffentlichkeit gebracht hat. Und bei aller Skepsis gegenüber einer vollständigen Verwirklichung des Plans unter den gegebenen oder nach einem deutschen Sieg möglichen Umständen bleibt doch bestehen, daß Naumanns Voraussetzung zutraf: das Fortschreiten der Weltgeschichte zum politischen „Großbetrieb“, d. h. zur Machtkonzentration weniger Weltmächte. Und weiter traf sein Schluß zu, daß nach dem Ausfall Rußlands das östliche und südöstliche Mitteleuropa machtpolitisch den beiden Großmächten der Mitte zufallen mußte, sofern der Kriegsausgang günstig war, und sofern man mit Naumann anerkennen wollte, daß das Deutsche Reich, vereint mit Österreich-Ungarn, seinen Platz unter den ersten Weltmächten behaupten sollte. Es ging Naumann um ein „Gleichgewicht der Weltstaaten“, an dem Deutschland beteiligt sein sollte. „Wir kämpfen . . . darum, ob wir entweder in das englische oder russische Herrschaftssystem einbezogen werden, oder ob wir eine Großmacht zwischen Rußland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten kraft eigener militärischer und wirtschaftlicher Leistung sein können⁴⁶⁾.“ Grundlegend für alle mitteleuropäische Politik war das Bewußtsein vom „Kampf zwischen Osteuropa und Mitteleuropa“⁴⁷⁾, von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller mitteleuropäischen Völker als „Schutzmauer gegen die Moskowiter“⁴⁸⁾. Darin sah etwa auch Hans Delbrück den Sinn des Friedens von Brest-Litowsk. Rußland sei wieder zu „Moskowien“ geworden. Der Zusammenbruch Rußlands als Großmacht sei ein Faktum. Die deutsche Aufgabe sei daher die Gestaltung des Ostens, und der Sinn der „Schutzmauer“ wird (1918) von Delbrück verwandelt in den Auftrag, „die Weltkultur zu schützen vor dem Bolschewismus“⁴⁹⁾. Die neue Wendung — sie hat sich seitdem in der Tat als die Leitlinie der Weltmächteballung erwiesen — der Mitteleuropaidee sah Max Hildebert Boehm in dem „neuen weltpolitischen Gedanken, imperialistische Tendenzen mit föderalistischen Mitteln zu stützen und so einen übergreifenden

⁴⁵⁾ Vergleiche Theodor Heuß, Friedrich Naumann, Stuttgart 1937, S. 442.

⁴⁶⁾ Naumann, Der Kampf der Weltmächte, Die Hilfe 22, 1916, S. 156.

⁴⁷⁾ Naumann, Was wird aus Polen, S. 3.

⁴⁸⁾ A. Schmidt, Rußland und die Polenfrage, Die Hilfe 22, 1916, S. 601.

⁴⁹⁾ Hans Delbrück zu Brest-Litowsk, Preußische Jahrbücher 172, 1918, S. 133 ff.

weltpolitischen Gesichtspunkt zu schaffen, dem sich vor allem auch das einzelstaatliche Wirtschaftsleben und seine Politik einfügen müssen“. Ein solcher „föderativer Imperialismus auf kontinentaler Grundlage“⁵⁰⁾ sollte nach der Absicht der „Mitteleuropäer“ geeignet sein, die zerstörenden Kräfte der in souveränen Nationalstaaten zusammengefaßten und durch Irredentansprüche gegeneinander stehenden Nationalismen zu neutralisieren.

Das war in der Tat in der drohenden Ausweglosigkeit gegenüber der östlichen Nationalitätenproblematik die weiterweisende Idee, daß die Nationalität als Lebensrecht anerkannt, in ihrem politischen Totalitätsanspruch jedoch überwunden und so in einer „über-“, nicht „inter-“ national geordneten politischen Welt Mitteleuropas aufgehoben bleiben sollte. Im Naumannschen „Überstaat“, dem mitteleuropäischen Bunde, sollten wohl „Nationalstaaten“ möglich sein, doch sollten sie ihrer Souveränität entkleidet sein durch eine „allmähliche Sonderung der Nationalstaaten vom Wirtschaftsstaat und vom Militärstaat“⁵¹⁾. Das Vorbild Bismarcks wurde von Naumann gepriesen; Bismarck sei Vertreter des Nationalstaats und Mitteleuropas zugleich gewesen. Seine Linie sei durch Ausgestaltung und Erweiterung des Bundes fortzusetzen. Auf sein „geschichtliches Maßhalten stützen wir uns, wenn wir kleineren, vorwärtsdrängenden Völkern den Rat geben, nicht einseitig nur um jeden Preis die eigene Staatseinheit und Staatshoheit als höchstes Gut zu erstreben“. Es gebe „kein unbedingtes Naturrecht oder Geschichtsrecht auf reine Nationalstaaten“. Die Kleineren bedürften des Schutzes. Das sei der Sinn Mitteleuropas im Hinblick auf die russische Gefahr⁵²⁾. Damit müßten auch die Grenzen des Selbstbestimmungsrechts anerkannt werden. Denn „kein Volksteil lebt für sich allein auf der Welt und darf den Gang der Gesamtentwicklung aufhalten, der zur Bildung von größeren Einheitskörpern drängt“⁵³⁾. Klarer noch zog etwas später M. H. Boehm die Konsequenz aus solcher Einordnung der Nationalität, indem er an erlebte Tradition seiner deutschbaltischen Heimat anknüpfen konnte und die politische Linie des Führers der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland nach dem Weltkrieg, Paul Schieman, zum Teil vorwegnahm. Der Nationalstaat habe in Mitteleuropa seinen Höhepunkt überschritten. Das schon totgesagte, aber

⁵⁰⁾ Max Hildebert Boehm, *Mitteleuropa und das deutsche Kulturproblem*, Preußische Jahrbücher 167, 1917, S. 456.

⁵¹⁾ Mitteleuropa, Auflage 191, S. 249. Vergleiche auch Naumanns Aufsatz: Zwischen national und international, *Die Hilfe* 21, 1915, S. 296: Der Charakter der nächsten Menschheitsepoche sei nicht Nationalität und nicht Internationalität, sondern Übernationalität.

⁵²⁾ Naumann, *Die Nationalitäten Mitteleuropas*, *Die Hilfe* 21, 1915, S. 216.

⁵³⁾ Naumann, *Die Selbstbestimmung der Völker*, *Die Hilfe* 21, 1915, S. 624.

immer noch lebendige Österreich-Ungarn könne das große Beispiel geben. „Staatliches Fühlen und Denken, vom monarchischen Bewußtsein für uns unabtrennbar, gewinnen durch diese Drehung gewissermaßen eine kühlere Temperatur, indem sie Solidaritäten schaffen, die auch hitzige nationale Gegensätze zu übergreifen vermögen, die vielmehr jenseits dieser Gegensätze in einer Sphäre reiner Staatlichkeit verankert sind, wo diese Gegensätze nicht mehr akut werden dürfen⁵⁴⁾.“ Es gehe um die „langsame Lösung des Staatsgedankens von der national-kulturellen Grundlage“.

Wird bei Boehm mit dem Beispiel der Donaumonarchie und dem Betonen des monarchischen Staatsgedankens bereits die Überlieferung der noch immer konservativen Herrschaftsordnung Mitteleuropas in einem fortschrittlichen Sinne neu lebendig gemacht, so tritt in Alfred Webers Stellungnahme die Beziehung unseres Problems mit der im Weltkriege viel-erörterten „deutschen Staatsidee“ in den Vordergrund⁵⁵⁾. Die These des Selbstbestimmungsrechts werde von den westlichen Gegnern entsprechend ihrem „schematisch rationalen Denken“ gleichmacherisch und ohne Anerkennung politischer Rangordnung angewandt. Selbstbestimmung solle nicht in „schematischer Einheitsform“, sondern als „Eigenartsentfaltung der Völker“ angewandt werden. Der Eigenart der Völker entspreche aber Mannigfaltigkeit und Abstufung. Selbstbestimmung dürfe nicht „Selbstverstümmelung“ sein, auch wenn sie durch egalitäre Plebeszite durchgeführt werde. Dabei würden „die ersten und unvermeidbaren Lebensbedingungen, in denen ein Volk oder ein Volksteil steht, als nicht vorhanden von irgendeinem formalen Standpunkt aus ignoriert“. So sei z. B. die Einheit Böhmens eine Lebenswirklichkeit, die nicht durch das Prinzip der Nationalität zerrissen werden könne. So seien auch die Völker Österreich-Ungarns in einen größeren Zusammenhang gefügt, wodurch sie hineinragten „in die Sphäre der Machtfaktoren, welche die Gewichtsbalancierung der Erde mitbestimmen“. Würde die Donaumonarchie zerschlagen, „so würden sie heruntersinken in die Sphäre, wo sie nicht mehr Treibende, sondern Getriebene, nicht mehr Subjekte, sondern Objekte der großen Dinge bilden“. Jedes Volk habe das „reale Maß von Selbstbestimmungsrecht“ sich zu erwerben, das ihm auf Grund seiner geschichtlichen Leistung und seines Gewichts gemäß sei. Es gebe „große und kleine Völker“. Beide besäßen das gleiche Lebensrecht, hätten aber eine verschiedene politische Aufgabe. Die Zukunft gehöre, wie heute gesagt werde,

⁵⁴⁾ Boehm, a. a. O., S. 458.

⁵⁵⁾ Alfred Weber, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede. Preußische Jahrbücher 171, 1918, S. 60 ff.

dem „Großbetrieb, der Großorganisation“. Nicht minder aber gehöre sie „dem Lebendigwerden der Kleingebilde“. So wie das britische Imperium nicht bleiben werde, „wenn es sich nicht dem Drang der äußerlich in ihm zusammengefaßten kleineren Kräfte anpaßt und damit etwas gänzlich anderes wird“, so sei nun auch für das Deutsche Reich die geschichtliche Notwendigkeit gegeben, sich seiner neu gewonnenen Stellung in Osteuropa anzupassen und die „Fortführung von Europa“ in seine Hand zu nehmen, „in einer prinzipiell neuen Eingliederung des Selbstentfaltungsrechts in die wirtschaftlichen und Machtmassierungen“. „Wenn wir imstande sein sollten, Mitteleuropa aufzubauen, so werden wir es nur auf dieser Basis können, auf der Basis der großorganisatorischen Zusammenfassung gleichstehender Selbstbestimmungsteile; und gelingt uns diese Schöpfung, so werden wir dann erstmals die neue Form geschaffen haben, der die Entwicklung zustrebt und die die imperiale ablöst.“ Darin könne die „neue Form des Europäertums“ gefunden werden. Das deutsche Volk, das ein „junges Volk“ sei, werde dazu aufgerufen, eine übernationale Ordnung Mitteleuropas durch Anerkennung des gewogenen Selbstbestimmungsrechts in eine zeitgemäße Verfassung hinüberzuführen, ohne daß durch Nationalismus und Nationalstaatsgedanken eine Auflösung herbeigeführt werden müsse. Das deutsche Volk sei „unfertig, aber zukunftsträchtig“. Es habe „noch keine Formprägung für sein Dasein, keinen gesellschaftlich und keinen verfassungspolitisch adäquaten Ausdruck“ gefunden. Der Zusammenhang der mitteleuropäischen Frage mit dem Problem, wie die deutsche Verfassung weiterzubilden sei, wird damit von Alfred Weber angedeutet. Er sieht auf der einen Seite ein eigentümlich deutsches Staatsdenken, das dem der westlichen Nationen entgegengesetzt wird, auf der andern Seite jedoch die Notwendigkeit, die unvollendete deutsche Verfassung weiterzubilden.

Die Verfassungsfrage war aber der eigentlich wunde Punkt der deutschen Ostpolitik im ersten Weltkrieg. Es war die Frage, ob die Bindekraft monarchisch aristokratischer Herrschaftsform, wie sie bei den Mittelmächten trotz gewisser demokratischer Verfassungselemente sich weitgehend erhalten hatte, noch stark genug sein konnte, um im Sinne der Gedanken von Boehm oder A. Weber zu wirken. Konnte durch die konstitutionelle Verfassung, die im Reich selbst allzu lang starr festgehalten worden und längst auf die schiefe Ebene der unerwünschten Parlamentarisierung geraten war, im Osten wirklich eine neue Ära eingeleitet werden, in der die Völker sich entfalten und die auflösenden Nationalitätenkämpfe überwunden werden sollten? Noch dazu, wenn es sich bei den künftigen Monarchen um Angehörige deutscher Fürstenhäuser handelte? Gewiß, man

fühlte sich in Deutschland innerlich stark genug, um auf solche Weise beginnen zu können, die jungen und kleinen Völker des Ostens in Verfassung zu bringen; und konstitutionelle Staatsformen entsprachen wohl dem gesellschaftlichen Zustand der noch an agrarisch und feudal bestimmte Herrschaftsordnung gewöhnten Völker oder Völkerschaften der deutsch-russischen Zwischenzone. Versuchen wir, uns in jene Jahre vor den Friedensregelungen von 1919 bis 1921 zurückzuversetzen, so werden wir erkennen, daß das Ausgreifen der deutschen konstitutionellen Verfassungsform nach Osten nichts Fremdartiges, Aufgezwungenes zu sein brauchte, sondern der weithin vorindustriellen Lebensweise der östlichen Völker noch gerade gemäß sein konnte. Georg Cleinow, ein guter Kenner Rußlands und Polens, sah in der konstitutionellen Monarchie für Polen, das mit Preußen in eine Union gebracht werden sollte, das Mittel, „das demokratische Prinzip, wie es in seiner kulturwidrigsten Form aus Asien über Rußland an uns herandrängt, zurückzuwerfen und dem aristokratischen Ideal neue Träger zu schaffen“⁵⁶⁾. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß der drohende russische „Anarcho-Sozialismus“ nach Polen übergreifen und ganz Mitteleuropa erfassen werde. Die Polen sollten der zukünftigen „demokratischen“ Slawenmasse entzogen werden und mit dem aristokratischen Preußen eine Gemeinschaft der Ordnung bilden. In einer solchen preußisch-polnischen Union, durch die die verhängnisvolle preußische Polenpolitik aufgegeben werden sollte, sah Cleinow die preußische Aufgabe, „die die historische Konsequenz bildet der Reichsgründung unter Preußens Führung“. Solche Gedanken Cleinows begegneten sich trotz wichtiger Differenzen mit Grundzügen in Beslers politischem Denken. Beseler hatte es mehrfach schon vor der russischen Revolution ausgesprochen, daß Rußland nicht mehr „konservativ“, sondern schon eigentlich „demokratisch“ sei. „Große innere Umwälzungen ständen bevor, die vielleicht auch vor der Krone nicht halt machen würden“⁵⁷⁾. Gegen den Stoß mobilisierter russischer Massen nach Westen gelte es, ein selbständiges Polen im Bunde mit Deutschland als konservative Macht aufzurichten. Auch Beseler sah darin — freilich wesentlich in seiner Abneigung gegen Österreich-Ungarn begründet — die Fortsetzung des durch Bismarck begonnenen Werks der Reichsgründung⁵⁸⁾. Hier gewinnt die Mitteleuropaidee in der Nachfolge älterer preußischer Tradition aus der Zeit Metternichs und Bismarcks eine

⁵⁶⁾ Georg Cleinow, Voraussetzungen für die Lösung des polnischen Problems. Geheimdenkschrift, Juni 1916. Beselerarchiv.

⁵⁷⁾ Protokoll der Sitzung im Preußischen Staatsministerium am 8. Oktober 1916, wo Beseler ausführlich seine Politik begründete.

⁵⁸⁾ Ein mehrfach von Beseler geäußelter Gedanke.

andere politische Tönung als bei dem Demokraten Naumann, wobei „Demokratie“ bei Naumann etwas durchaus anderes bedeutet als bei den Vertretern aristokratischer Herrschaftsordnung, die gegen das Demokratische als zersetzende Gewalt und in seiner Beziehung zur Entfesselung der russischen Massen sich stemmten. Freilich stand man da bereits auf unterhöhltem Boden. Die Situation wird in all ihrer Verworrenheit etwa durch die Tatsache beleuchtet, daß Beseler, der „Landesvater“⁵⁹⁾, sich in Polen auf konservative Kreise, wenn auch nicht ausschließlich, stützen mußte, während er in Preußen und im Reich bekanntlich von rechts bekämpft oder kritisiert, dagegen von den Mehrheitsparteien der späteren „Weimarer Koalition“ gestützt wurde. Beseler selbst aber stand in seiner konservativen Gesinnung gegen die „reactionären Heißsporne“ von rechts⁶⁰⁾ und konnte seiner Bundesgenossen von links nie recht froh werden.

Sollte eine solche konservative Haltung gegenüber den Nationalitäten- und Verfassungsfragen im Osten wirklich zum Erfolge führen, dann mußte das preußisch-deutsche Verfassungsproblem so gelöst werden, daß die innere Unsicherheit überwunden wurde, die etwa Bethmann Hollweg veranlaßte, bei der Erörterung der künftigen Verfassung des polnischen Staates zur Vorsicht zu mahnen, um „etwaige Rückwirkungen auf die innerdeutschen Verhältnisse“ zu vermeiden⁶¹⁾. Umgekehrt aber mußte eine latente oder offene deutsche Verfassungskrise auf die Verhältnisse im östlichen Mitteleuropa ungünstig einwirken. Ferner mußte es darauf ankommen, eine möglichst breite, tragende Schicht bei Polen und baltischen Völkern zu gewinnen, auf die eine konstitutionelle Verfassung sich hätte stützen können. Ansätze dazu waren überall vorhanden und wären bei günstigem Kriegsausgang entwicklungsfähig gewesen. Gleichwohl bleibt fraglich, ob die nationale und vor allem soziale Dynamik mit sozialkonservativen Methoden auf die Dauer wirklich zu bändigen war. Allein ein Blick auf den Zustand drohender Agrarrevolution zwingt zur Skepsis gegenüber dieser Frage. Hier taucht ein Problem auf, das von den Kräften konservativer „Beamtenherrschaft“ nicht bewältigt werden konnte: die nationale und soziale Emanzipation und Revolution der seit den liberalen Reformen in Bewegung geratenen Agrargesellschaft Ostmitteleuropas⁶²⁾.

⁵⁹⁾ Als „Landesvater“ bezeichnete sich Beseler selbst mit leicht selbstironischem Humor gelegentlich in Privatbriefen.

⁶⁰⁾ Brief an seine Frau vom 18. Oktober 1916.

⁶¹⁾ Der Reichskanzler an Generalgouverneur von Beseler, 5. August 1916, Beselerarchiv.

⁶²⁾ Vergleiche Werner Conze, Die Wirkungen der liberalen Agrarreformen auf die Volksordnung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 38, 1949, S. 2 ff.

In mannigfach gewandelter Weise standen sich hier im Grunde wieder die Fronten des Jahres 1848 gegenüber, und es mutet wie eine merkwürdige Verirrung an, wenn 1916 zur Feier des 3. Mai, des polnischen Nationalfeiertages zur Erinnerung an die Verfassung von 1791, den Lodzer Deutschen vom Schulrat, angeblich auf Anregung eines Mitglieds der deutschen Zivilverwaltung in Warschau, der Rat gegeben wurde, sich mit schwarz-rot-goldenen Fahnen an den polnischen Demonstrationen zu beteiligen⁶³). Freilich hatte der Generalgouverneur von Beseler selbst die Genehmigung zur Feier des 3. Mai in Polen erteilt und hatte damit Kundgebungen freigegeben, die im Ansatz durchaus nationalrevolutionär waren. Aber weiter konnte auch Beseler kaum gehen. Die von ihm zugelassenen Kundgebungen im Herbst 1916, die seine auf die Proklamation des polnischen Staates zielende Politik durch den Volkswillen unterstützen sollten, hielten sich in recht gemäßigten Grenzen. Und im Gebiet der Militärverwaltung Ober-Ost konnte trotz der Begünstigung der Litauer im Gegensatz zu den Polen vom Gebrauch nationalrevolutionärer Politik nicht entfernt die Rede sein. Am schärfsten erschien diese Spannung zwischen „Beamtenherrschaft“ und latenter Nationalrevolution in Polen. Beseler hatte die politischen Folgerungen aus der Proklamation vom 5. November 1916 ziehen wollen, indem er die berechtigten nationalen Wünsche der Polen zu befriedigen suchte, soweit ihm das schon während des Krieges möglich erschien. Statt solcher Konsequenz wurde die Polenpolitik jedoch nichts anderes als das Ergebnis des Kräfteausgleichs zwischen der getriebenen, stets unsicheren Reichsleitung, der im Ziele beharrlichen, in der Taktik wechselnden Wiener Gegenpolitik, der nur an der Heeresfrage interessierten, im übrigen antipolnischen OHL, dem Widerstand der Rechtsparteien mit den „Ostmarkenpolitikern“ in Preußen, den Wünschen der zur Mitarbeit bereiten polnischen Parteien und dem energisch, aber immer nur mit halbem Erfolge um eine politische Lösung ringenden Generalgouverneur. Aber auch er war schon innerlich gehemmt gegenüber den eigentlich bewegenden Kräften im Polentum. Der als preußischer Garde- und Generalstabsoffizier großgewordene General konnte trotz seiner politischen Einfühlungsgabe den revolutionären politischen Soldaten Pilsudski nicht in seine Politik und Landesführung einbeziehen. Da lagen unübersteigbare Grenzen. Der Mißerfolg der polnischen Rekrutierung⁶⁴) war dann das deutliche Anzeichen dafür, daß die Brücke zur polnischen National-

⁶³) Eichler, a. a. O., S. 270.

⁶⁴) Er war ein Ergebnis des angedeuteten Wiedereinander der Kräfte. Beseler hatte gewarnt, die OHL hatte gedrängt.

bewegung infolge der Belastung der Vergangenheit und der fehlenden Schwungkraft moralischer Eroberungen in der Gegenwart noch nicht geschlagen worden war und nicht geschlagen werden konnte, wenn man nicht ein Stück weit den nationalrevolutionären Weg freigeben wollte. Die polnische Armee würde nur in dem Maß für uns zuverlässig sein, „wie sie polnisch national“ sei. Man stehe vor der „Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates“, so sprach es Naumann in seiner unmittelbaren Art treffsicher aus⁶⁵⁾.

Eine grundsätzlich ähnliche Problematik erkennen wir in den baltischen Provinzen, wo die soziale Basis und das politische Gewicht der in den Landesräten zugezogenen Letten und Esten im Jahre 1918 nicht ausreichte, um eine wirklich enge Verbindung zwischen den Deutschen und den ehrgeizig aufstrebenden kleinen Völkern herbeizuführen. Der Zusammenhang erscheint hier jedoch in noch stärkerer Verwicklung. Denn in den baltischen Ländern stand mehr als die preußisch-deutsche Bürokratie die eigenwillige ständische Politik der Ritterschaften, die sich als die legitimen Vertreter des „Landes“ fühlten, den Wünschen der Mehrheit des lettischen und estnischen Volkes entgegen, obgleich die Ritterschaften wohl nach wie vor überwiegend den Gedanken der Germanisierung ablehnten. Merkwürdig verschlingen sich hier wiederum die Dinge. Weite Kreise der deutschbaltischen Führungsschicht erkannten zwar den Übergang von Rußland zu Deutschland als unausweichlich an; aber sie wollten den Wechsel im alten landständischen Geiste vollziehen. Sie wollten ihre Stellung im Lande nicht opfern. Sie standen daher trotz der alles übertönenden nationalen Begeisterung über die Rettung vor der drohenden Vernichtung den reichsdeutschen Einflüssen mit innerer Reserve gegenüber. Viele sahen gerade vom Reich die Gefahr drohender „Demokratisierung“ kommen und suchten daher statt der Personalunion mit Preußen die Bildung eines eigenen kurländischen, später gesamtbaltischen Herzogtums, das dem deutschen Bundesstaat angegliedert werden und seine Verfassung auf landständischer, nicht parlamentarisch demokratischer Grundlage fortbilden sollte⁶⁶⁾. Damit stand also die preußisch-deutsche Verfassung beargwöhnt

⁶⁵⁾ Friedrich Naumann, *Polnisches Tagebuch*, Die Hilfe 23, 1917, S. 208.

⁶⁶⁾ Vergleiche das durch seine parteiische Tendenz schlecht ertragbare, aber doch durch Verarbeitung sonst unbekannten Materials hier aufschlußreiche Buch von Claus Grimm, *Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/19*, Essen 1939, besonders S. 68 ff. Dort auf S. 74 Zitat Berliner Tageblatt vom 27. April 1918: „Es wäre aber ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, wenn das Deutsche Reich, das selbst das gleiche Wahlrecht besitzt und sich auf dem Wege fortschreitender Demokratisierung befindet, in den neu angegliederten Provinzen eine derart reaktionäre Politik treiben wollte.“

zwischen ständisch-konservativer Landesordnung einerseits, demokratischen Zukunftswünschen der kleinen Völker andererseits. Das Deutsche Reich konnte zu der älteren Lebensform nicht mehr zurückfinden, und zu der andern wurde es nur widerstrebend getrieben.

So erkennen wir durchgehend den Zusammenhang der östlichen Nationalitätenfragen mit dem deutschen Verfassungsproblem von Staat und Gesellschaft. Offenbar war der historische Moment nicht mehr zukunfts-trächtig für „aristokratische“ Lösungen etwa in der Art Cleinows. Hugo Preuß gab in einem 1916 gehaltenen Vortrag eine grundsätzlich andere Richtung an, in der konservative Anknüpfung und demokratische Weiterbildung verbunden waren⁶⁷⁾. Der übernationale Staat sei heute kein „Notbehelf“ mehr, sondern eine „dem Nationalstaat mindestens ebenbürtige Form“. Österreich bleibe „die hohe Schule für die Symbiose verschiedener Nationalitäten in einem Staate“. Nur sei es ein Irrtum anzunehmen, daß monarchischer Zentralismus übernationale Ordnung noch ermöglichen könne. Vielmehr gehe der Weg über die Völker, die sich in der mitteleuropäischen Gemeinschaft national ungehemmt und gesichert zusammenfinden sollten. „Der Nationalitätenstaat muß daher das ethnische Moment durch das politische als Ferment des Gemeinwesens überbieten und so als Substrat seiner Gesamtpersönlichkeit die organische Willenseinheit eines übernationalen Staatsvolks entwickeln. Dies setzt aber wiederum die genossenschaftliche Struktur des Volksstaates voraus.“ Es sei darauf verzichtet, der möglichen Ausstrahlungskraft eines solchen demokratischen Weges in Verbindung mit „der Umbildung des großdeutschen zum mitteleuropäischen Gedanken“ nachzugehen. Auch hier sollte man sich vor illusionärer Beurteilung hüten. Doch scheint mir kein Zweifel darüber bestehen zu können, daß Preuß einen in jenen Jahren wenig gesehenen Kernpunkt berührt hat. Als die deutsche Demokratie dann verspätet zum Durchbruch kam, da war ihr Beginn verhängnisvoll mit der Niederlage verflochten; Mitteleuropa war dahin, und sie vermochte nicht einmal mehr das großdeutsche Ziel des Jahres 1848 zu verwirklichen.

So erkennen wir eine enge Grenze deutscher Integrationsfähigkeit, die in unmittelbarer Beziehung zur Verfassungsfrage stand. Von da aus vermochte schon ein liberaldemokratisches Rußland mit seinem Programm einer nationaldemokratischen Föderation ein gefährlicher Gegner für die deutsche

⁶⁷⁾ Hugo Preuß, Großdeutsch, Kleindeutsch und die Idee des nationalen Staates. In: Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke. Jena 1916. Hier ist die intensive Aufnahme österreichischer Erfahrung bemerkenswert, die sonst im Reich weithin fehlt. Die Ideen Renners werden einbezogen.

Politik zu werden. Diese Gefahr wurde durch die bolschewistische Revolution noch gesteigert. Denn mit ihrer Parole vom nationalen Selbstbestimmungsrecht und der sozialistischen Revolution, insbesondere der Agrarrevolution, konnte in der Tat der „Acheron bewegt“ werden, gegen den die deutsche Verwaltung und zwiespältig unentschiedene Politik Dämme aufzurichten sich bemühten. Das leitet bereits über zur Problematik des Friedens von Brest-Litowsk, der hier nicht mehr Gegenstand der Betrachtung ist. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Macht im Jahre 1918 konnte, nachdem die Abwehr des Bolschewismus noch einmal geglückt war, die Nationaldemokratie in den neuen Staaten „progressive“, „bürgerliche“ Kräfte wecken und entfalten, die der im Ansatz sichtbar gewesenen Verfassungsgestaltung durch das Deutsche Reich feindlich gegenüberstanden. Doch auch die Nationaldemokratie fand keinen tragenden Grund in der mobilisierten Agrargesellschaft. Die seit der deutschen Eroberung im Sommer 1915 gestellte Verfassungsfrage der Völker zwischen Deutschen und Russen blieb in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen ungelöst.

IV. RUSSLAND UND EUROPA

Peter der Große und Livland

Zur Kernfrage des Nordischen Krieges

I.

Wann Peter der Große zuerst daran gedacht hat, Livland zu erobern, wird sich kaum mehr feststellen lassen. Als er 1697 über Riga und Mitau in den Westen reiste, waren seine Blicke auf das Schwarze Meer gerichtet. Mit Rücksicht auf den Türkenkrieg ging er in Königsberg schriftlichen Abmachungen, bei denen als Gegner Schweden gemeint sein sollte, aus dem Wege. Die Schweden waren freilich seit dem Erscheinen der großen Gesandtschaft mißtrauisch. Es fehlte nicht an Gerüchten, in denen dem Zaren Angriffsabsichten zugeschrieben wurden¹⁾. Vor wenig mehr als einem Menschenalter hatte Peters Vater, Zar Aleksej Michajlovič, Riga belagert. Peter hat das Mißtrauen durch sein Verhalten in Riga — das unbefangene Rekognoszieren der Festung — genährt; möglicherweise haben die Gespräche, die er im April 1697 in Mitau führte, genügt, um auch dort den Verdacht regezumachen, daß er — wie ein kurländischer Beobachter bald darauf schrieb — „a Town on the Baltick“ gewinnen wolle; aus London wurde gemeldet, er habe bei seinem Aufenthalt in England im Frühjahr 1698 das Verlangen nach einem baltischen Hafen offen geäußert, und der dänische Gesandte in Moskau wußte schon am 29. Juli 1698 — vor Peters Rückkehr von der Auslandsreise — zu berichten, der Zar selbst sei, wie er aus guter Quelle wisse, „fort porté . . . pour avoir avec le temps un port dans la surdite mer Baltique“²⁾. Seit der Begegnung mit König August von Polen in Rawa — im August 1698 — stand es für Peter fest, daß er deshalb mit Schweden Krieg führen werde.

¹⁾ E. Olmer, Om ryssfruktan i Sverige för 200 år sedan, Hist. Tidskrift 1903, S. 296 ff. — A. Feuereisen, Russenfurcht in Livland und Schweden vor Ausbruch des Großen Nordischen Krieges, SB der Ges. für Gesch. u. Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands, 1908, Riga 1909, S. 9 ff.

²⁾ S. Svensson, Czar Peters motiv för kriget mot Sverige, Hist. Tidskrift 1931, S. 456, Fußnote 2. Interessant ist aber, daß der venezianische Resident in Polen G. Alberti in seinem Bericht vom 3. Februar 1699 aus Warschau die Nachricht eines schwedischen Gewährsmannes über Angriffspläne des Zaren gegen Schweden noch unsicher sein läßt: „ . . . lascia intendere, dubbitar assai, che il Czarò fatta la pace col Turco, muova la guerra

Es ist kaum anzunehmen, daß der Zar bei den Vereinbarungen mit König August den Erwerb ganz Livlands oder Rigas ins Auge gefaßt hat — das war das Kriegsziel seines neugewonnenen Freundes und Bundesgenossen³⁾, dem die *Pacta conventa* bei seiner Wahl zum polnischen König den Wiedererwerb der verlorenen Provinzen zur Pflicht gemacht hatten und den sein dynastischer Ehrgeiz nach dem Scheitern der Türkenpläne auf Livland blicken ließ.

Wohl aber ist wahrscheinlich, daß Peter beim ersten Aufkommen seiner Ostseepäne nicht nur an den Wasserweg der Neva, an Karelien und Ingermanland, sondern auch an Narva gedacht hat, den Hafen, dessen mehr als zwanzigjährige Zugehörigkeit zu Rußland im 16. Jahrhundert nicht ohne Bedeutung gewesen war. Vielleicht spannten die Hoffnungen sich weiter. Aber noch 1707, ja noch im Spätherbst 1708 ist Peter bereit gewesen, Frieden zu schließen, wenn man ihm nur Petersburg, das neugegründete, und Ingermanland ließ. Ob die verschiedene Kriegführung in Livland und Ingermanland — dort planmäßige Devastation, hier ausdrückliche Schonung⁴⁾ — einen Schluß auf die Verschiedenheit der politischen Pläne zuläßt, kann zweifelhaft sein, weil die strategische Forderung der verbrannten Erde in bezug auf Livland seiner Verkehrslage wegen ganz anders zwingend war als in bezug auf Ingermanland.

Der Feldzug von 1704, der den Zaren zum ersten Male in den Besitz liv- und estländischer Festungen brachte (Dorpat und Narva), diente der Sicherung Petersburgs und der Nevalinie, entsprach also dem nächsten strategischen Bedürfnis des Zaren, mußte aber dem verbündeten polnischen König gegenüber damit begründet werden, daß er der Stellung König Augusts in Livland zugutekommen werde: den Verträgen entsprechend mußte Peter versichern, daß er die eroberten Festungen ohne Vorbehalt dem König ausliefern werde⁵⁾. Ja, er ermahnte die Einwohner

alla Svezia, per impadronirsi di que' porti, ch'ha sopra il Mar Baltico, li quali aggiunti alla sua vasta potenza, la si renderebbe tanto più formidabile alla Polonia . . ." *E. Šmurlo*, *Sbornik dokumentov odnosjaščichsja k istorii carstvovanija imp. Petra Velikago* / *Recueil de Documents relatifs au règne de l'Empereur Pierre le Grand*, T. I, 1693 bis 1700, *Acta Universitatis Jurievensis* o. J., S. 572 f.

³⁾ Über Rawa vergleiche *M. Bogoslovskij*, *Petr I. Materialy dlja biografii*. Pod red. B. I. Lebedeva, II. Band, Moskau 1941, S. 563 ff.

⁴⁾ Der Zar an P. M. Apraksin, Vojevoden in Ladoga, 17. August 1702: „Daß aber unterwegs zerstört und gebrannt worden ist, das ist uns nicht sehr angenehm (ne zelo prijatno nam), darüber sind auch mündliche Anweisungen gegeben worden, auch ist es in den Instruktionen niedergelegt . . ." *Pis'ma i bumagi imperatora Petra Velikago*, II., S. Peterburg 1889, S. 78. Vergleiche *S. M. Solov'ev*, *Istorija Rossii*, XIV., 4, Sp. 1267.

⁵⁾ Vergleiche *H. Sepp*, *Zar Peters Kriegsplan gegen Est-, Liv- und Finnland für das Jahr 1704*, in: *Sb. der Gel. Estn. Ges.* 1931, S. 56 ff.

Livlands in einem vom Vertragspartner gewünschten Manifest, daß sie sich als Untertanen Polens bewähren sollten; der Zar führe den Krieg, um Livland der Krone Polen wiederzuschaffen⁶⁾).

Dabei ist Peter offenbar gesonnen gewesen, auch Dorpat nicht wieder herauszugeben. Ungeachtet der Zusage, daß die russischen Truppen Dorpat im Namen des Königs und der Republik besetzt halten würden wurde die Stadt vom Einmarsch an — Peter begleitete seine Truppen dabei inkognito — als zu Rußland gehörig betrachtet und behandelt, entsprechend der Feststellung des Zaren in seinem eigenhändig entworfenen Siegesbericht an die russischen Getreuen (20. Juli 1704), in dem Dorpat „*sej slavnyj otečestvennyj grad*“, diese herrliche vaterländische Stadt, genannt wird. Das nach demselben Entwurf gefertigte Schreiben an den polnischen König vermied diese Bezeichnung und sprach nur von „*dieser bedeutenden Stadt*“ (*sej znatnoj grad*). Eine auf die Eroberung Dorpats geprägte Denkmünze trug die Inschrift „*Torpatum in fidem receptum*“ und bezeichnete die Stadt als „*aufgebrochene Pforte*“. Im August erstürmten die Russen Narva. Die Anspielungen darauf, daß es sich in Dorpat um den Wiedererwerb einer ehemals rußländischen Stadt handelte, fußten darauf, daß Dorpat ebenso wie Narva im 16. Jahrhundert 24 Jahre, im 17. noch einmal 5 Jahre unter russischer Herrschaft gestanden hatte, und knüpften zugleich an die historischen Besitztheorien ihres ersten Eroberers Ivan Groznyj an, die Peter der Große auch sonst benutzte. Der Kapitulation der Stadt von 1704 war 1656 eine ähnliche vorausgegangen.

Aber solange Karl XII. noch schlagkräftig im Felde stand, besonders nachdem er sich zum Herrn in Polen gemacht hatte, war an eine Eroberung der großen festen Küstenplätze nicht zu denken. Und auch nach Poltava, als Šeremetjev bereits auf Riga zu im Marsch war, konnte Peter Livland nicht in Anspruch nehmen. Dem neuen Bündnisvertrag, den Peter am 9. Oktober 1709 in Thorn mit August dem Starken abschloß, folgte am 20. Oktober eine Geheimklausel, laut der Estland für ewige Zeiten an Rußland fallen, Livland jedoch „mit allen Städten und Orten“ der Majestät in Polen als Kurfürsten von Sachsen abgetreten werden sollte⁷⁾. Auch in

⁶⁾ Die damalige Livlandpolitik Peters sehr klar bei *Fr. Bienemann d. J.*, Die Kapitulation Dorpats 1704, Mitt. a. d. Gebiete der Geschichte Liv-, Est- u. Kurlands, 16. Band, Riga 1896, S. 625 ff. Die im folgenden erwähnten Schreiben des Zaren in: *Pis'ma i bumagi III*, 104 ff., 112 ff.

⁷⁾ *N. N. Bantyš-Kamenskij*, *Obzor vnešnich snoženij Rossii III*, S. 198. *M. Polievktov*, *Baltiiskij vopros v russkoj politike posle Ništadskago mira*, SPeterburg 1907 (= *Zapiski ist.-fil. fak. imp. SPeterburgskago universiteta LXXXV*), 48, macht darauf aufmerksam,

London ließ Peter eine in bezug auf Livland und Finnland beruhigende Erklärung abgeben.

Der Sommer 1710 brachte die militärische Entscheidung in den Ostseeprovinzen: am 4. Juli kapitulierten in Riga Garnison, Stadt und Ritterschaft; am 12. August die Festung Dünamünde, am 14. August Pernau, gleich darauf Arensburg auf Ösel, am 29. September Garnison, Stadt und Ritterschaft in Reval⁸⁾. Damit waren Livland und Estland militärisch gewonnen. Ein für den Fortgang des Krieges höchst wichtiges Ergebnis. Was bedeutete es politisch?

Die Grundlage für das neue Verhältnis der Provinzen zum russischen Reich waren die Kapitulationen der Stände: der Stadt und Bürgerschaft Riga, der livländischen Ritter- und Landschaft, der Stadt Reval, der estländischen Ritter- und Landschaft — bis ins einzelne spezifizierte Unterwerfungsverträge, in denen zum Unterschied von den Dorpater Akkordpunkten, mittels deren der schwedische Kommandant 1704 auch die städtischen Forderungen vertreten hatte, die Stände selbst als paktierende Subjekte erscheinen⁹⁾. Diese Rolle entsprach ihrem zuletzt im Reduktions-

daß der Name Livland damals das ganze baltische Küstenland, Livland und Estland zusammen, bezeichnete. Neben diesem auch später noch nachweisbaren Sprachgebrauch wird jedoch schon damals Livland i. e. S. von Estland unterschieden.

⁸⁾ A. Buchholtz, Zur Geschichte der Belagerung und Kapitulation der Stadt Riga 1709 bis 1710, Mitt. a. d. Geb. der Gesch. Liv-, Est- und Kurlands, 15. Band 1893, S. 220 bis 334. Hier S. 237 der Nachweis für die bekannte Äußerung des Zaren bei der Eröffnung des Bombardements, er danke Gott, daß er sich an diesem verfluchten Ort rächen könne; W. Greiffenhagen, Die Belagerung und Capitulation Revals . . . 1710, Beitr. z. Kde Est-, Liv- und Kurlands II, 1874, S. 26 bis 64; neu bearbeitet und herausgegeben. von O. Greiffenhagen, Reval 1910; P. Baron Osten-Sacken, Zur Kapitulation der Estländischen Ritter- und Landschaft 1710, Reval 1910; Fr. Arfwidsson, Försvaret av Östersjöprovinserna 1708—1710, I—II, 1, Gefle 1936 (Diss. Upsala), vergleiche HT 1937, S. 100 f. E. Hornborg, Försvaret av de östra riksdelarna och Karl XII: s krigsledning 1701—1714, in: Svenska Litteratursällskapet i Finland 254, Hist. och litteraturhist. Studier 12, Helsingfors 1936, S. 149 bis 192.

⁹⁾ Die alte Streitfrage betr. den Rechtscharakter der Unterwerfungsverträge von 1710 dürfte heute geschlichtet sein. Moderne Rechtsbegriffe sind für jene Zeit nicht anwendbar. Eine gute Analyse in Auseinandersetzung mit der Streitliteratur bietet H. v. Wedel, Die Estländische Ritterschaft vornehmlich zwischen 1710 und 1783, Königsberg Pr. und Berlin 1935 (Osteur. Forsch. N. F. Band 18), S. 16 ff. Vergleiche Th. Schieder, Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewußtsein, in: Deutsche Ostforschung II, Leipzig 1943, S. 269 f., 275 ff., 285. O. Hoetzsch, Föderation und fürstliche Gewalt (Absolutismus) in der Geschichte Osteuropas im 17. und 18. Jahrhundert, ZOG Bd. VIII 1934, S. 28 ff., betont m. E. zu wenig das auch von der russischen Macht anerkannte Bewußtsein der historischen Eigenständigkeit, das bei den Ständen Liv- und Estlands durch altes Vertragsrecht gestützt war, und den über das Ständerechtliche hinausreichenden Charakter der allgemeinen Bestimmungen. Die Kapitulationen sind ediert: für Livland und Riga von C. Schirren, Dorpat 1865, für Estland, Reval und Pernau von E. Winkelmann, Reval 1865.

konflikt mit der schwedischen Krone gezeigten politischen Selbstgefühl. Noch war hier beides möglich: die Entwicklung zu einer Untertanen- und Staatsdienstgesinnung, wie der moderne absolute Staat sie forderte — Ansätze dazu gab es auch im baltischen Adel —, und die Konservierung der ständerechtlichen Selbständigkeit im Sinne des lehnsstaatlichen Dualismus. Die Dinge fügten sich so, daß mit dem Untergang der Machtstellung Schwedens auch der Absolutismus, den Karl XI. verwirklicht hatte, seine Kraft verlor. Es lag im Interesse des russischen Monarchen, der ja selbst nicht weniger unumschränkt regierte als sein schwedischer Gegner, in Liv- und Estland das alte Ständerecht zu beleben, nicht nur aus agitatorischen Gründen oder in außenpolitischer Berechnung, sondern auch verbunden mit der immer deutlicher hervortretenden Überzeugung, daß an der Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Untertanen viel gelegen sei. So konnte der Generalfeldmarschall Šeremetjev in seinem Gegenmandat auf ein schwedisches Manifest im Januar 1710 die alten Argumente der Ritterschaft wieder hervorholen: „Wo eines großen Herrn Schutz aufhöret, da cessiret auch der Gehorsam und die Treue der Untertanen; weil dieses vinculum billig mutuum seyn muß“. Die Folgezeit werde lehren, daß die Großzarische Majestät die von der schwedischen Obrigkeit beschworenen, aber nicht gehaltenen Privilegien retablieren werde. Im selben Sinn das zarische Universal für Estland mit dem Versprechen, die unter der schwedischen Regierung weltkundig violierten Privilegien „nach ihrem wahren Sinn und Verstand heylich zu conserviren und . . . zu vermehren“. Mit diesen feierlichen Zusagen ging die Politik Peters einen anderen Weg als später in Mecklenburg, wo der Zar um der großen Politik willen den absolutistischen Herzog gegen seinen Adel unterstützte. Andererseits ist eine nur mittelbare Herrschaft, etwa durch einen abhängigen deutschen Fürsten wie zur Zeit Ivan Groznyjs, für Peter nicht mehr in Betracht gekommen.

Die Privilegien von 1710 hatten eine Seite, die mit ständegeschichtlichen Begriffen allein nicht zu erfassen ist — die verlangte und gewährte Sicherung der Augsburgerischen Konfession und der evangelisch-lutherischen Landeskirche, die Anerkennung der „teutschen Rechte“, der „teutschen Sprache“ in Justiz und Kanzlei und die Privilegierung der „teutschen Nation“, wie sie besonders in dem Estland gewährten Recht auf einen deutschen Gouverneur zum Ausdruck kam. Gewiß: was damit gesichert werden sollte, gehörte auf andere Weise zur Lebensordnung als im Zeitalter des Nationalismus. Man ändert das Wesen der Begriffe, wenn man sie mit dem Bedeutungsgehalt der modernen Nation füllt, — wozu

C. Schirren 1869 in unbefangener Fortführung einer lebendigen Tradition und doch auch in neuer Empfindungsweise beitrug, indem er einen Satz aus der Einleitung der livländischen Kapitulation in modernem Deutsch wiedergab und dadurch aus der christlich gebundenen „Nationität“ (wenn diese Wortbildung erlaubt ist) ins säkulare Nationsbewußtsein übertrug¹⁰). Es ist nicht dasselbe, ob man 1710 sagte, daß Gott „die Christl. intention der ersten, in diesen Landen einkommenden Teutschen sich gnädigst gefallen lassen und würcklich auch vollgliclich diese nation in ihren Nachkommen in denen selben und selbe vor sie und ihre posterität biß an der Welt Ende in Gnaden erhalten wolle“, oder ob man am Vorabend der deutschen Reichsgründung schrieb: „Die deutsche Nation und deren Nachkommen in diesen Landen und diese Lande für die deutsche Nation und deren Nachkommen [die zweite Hälfte des Satzes gesperrt], das ist die Summe aller Capitulation.“ Für die historische Betrachtung, die nicht im lebendig erfahrenen Überlieferungszusammenhang steht, wäre Nationalisierung schlechthin Verzeichnung. Aber es bleibt etwas, was der ständischen Position von 1710 ein Pathos verleiht, das nicht aus dem ständischen Recht stammt: das eigentümlich starke Bewußtsein geschichtlicher Kontinuität in der Bewahrung des Eigenen, der Gesamtheit des eigenen Lebens, „unter differenter Obrigkeit“, in mancherlei „leyden und drangsahlen“. Die Stände Livlands und Estlands hatten schon früher paktiert — mit Polen, mit Schweden; die Livländer nahmen ausdrücklich auf das Privilegium Sigismundi Augusti von 1561 Bezug. „Solche Vicissitudines hat die Province Liefeland mehr denn einmahl erfahren.“ Daß die alten Einwohner in ihren Nachkommen nicht „gar ausgespiehen“, sondern „in Gnaden conservirt worden“, war eine Erfahrung, die dem Beharrungswillen der Standschaften zugleich geschichtliche Bedingtheit und Tiefe verlieh. Die Bereitwilligkeit, mit der die zarischen Bevollmächtigten alle auf Religion, Eigenrecht und Sprache bezüglichen Artikel akkordierten, zeigte, daß das in den Augen des Zaren offenbar keine Konzessionen waren, sondern daß es dem gesamtstaatlichen Willen des Eroberers entsprach: er wollte die Provinzen so ins Reich eingliedern, wie sie sich ihm darstellten, mit ihrem konfessionell, rechtlich und sprachlich von Rußland verschiedenen Wesen. Auch der Vorbehalt des Zaren bei der Bewilligung des livländischen Gesuchs um Beibehaltung der Universität (Art. 4), er werde einen besonderen Professor zur Einführung der slavischen Sprache

¹⁰) Näher in des Verfassers Beitrag für die (noch nicht im Druck erschienene) Festschrift zu Ehren von Otto Freiherrn von Taube 1949: Über den Geist und die Wirkung der „Livländischen Antwort“ (1869).

anstellen, ändert daran nichts. Das Ausbildungs- und Unterrichtswesen ebenso wie Form und Geist der Autonomie, die Peter in den Ostseeprovinzen vorfand, konnten eine Stärkung der bildungs- und sozialpolitischen Tendenzen bedeuten, von denen der Zar sich leiten ließ. Schon im Sommer 1712 erschien eine Anzahl junger Russen zum Studium am Gymnasium in Reval. Russen sollten als Handelslehrlinge nach Reval und Riga gehen. Die von Peter angestrebte Reform der russischen Stadtverwaltung, die Einführung des Zunftwesens, der Versuch, das Landratsamt nach Rußland zu übertragen, — all das zeigt, daß die Ostseeprovinzen, wenn sie gewiß auch nicht allein die Anregung zu diesen Reformen gegeben haben, gerade durch ihre Sonderart Peters Werk unterstützen konnten.

Die politische Bedeutung der Unterwerfung von 1710 beschränkt sich nicht auf die Frage nach dem Sinn der wiederhergestellten landesstaatlichen Autonomie. Auch mit dem Blick auf den außenpolitischen Nutzen der Kapitulation ist ihre Bedeutung nicht zu ermessen. Was hier vor sich ging, war eine Herrschafts- und Machtverschiebung von stärkster Folgewirkung. Liv- und Estland waren das erste von abendländischen Kulturkräften durchgeformte Territorium, das die Russen in Besitz nahmen. Zwar gehörte die Nevalandschaft, in der Peter seine neue Hauptstadt angelegt hatte, seit hundert Jahren zum schwedischen Reichsgebiet; aber erst in Liv- und Estland richtete die russische Macht sich auf altem abendländischem Boden ein. Wie vollzog sich diese Begegnung Rußlands mit der abendländischen Tradition im neu begründeten politischen Zusammenleben? Gab es einen Ausgleich, und welcher Art waren die Gegensätze? Es muß versucht werden, die Interessen und die Methoden des neuen Regiments in den Ostseeprovinzen im zeitgeschichtlichen Zusammenhang genauer ins Auge zu fassen¹¹⁾.

¹¹⁾ Die Hauptquelle für den folgenden Abschnitt ist der 1. Band der bisher so gut wie gar nicht ausgewerteten „Aktenstücke und Urkunden zur Geschichte der Stadt Riga 1710 bis 1740“, herausg. aus dem Nachlaß von Anton Buchholtz von der Ges. f. Gesch. u. Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands durch A. v. Bulmerincq, Riga 1902. Die oben im Text in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf diese Publikation. Benutzt worden sind die Bände von A. Buchholtz (einem Bruder des Bearbeiters) für seine „Geschichte der Rigaschen Familie Schwartz“ (Berlin 1921), ein großangelegtes Werk, das weit mehr enthält als eine Familiengeschichte. Ein Kapitel (S. 71 ff.) behandelt auf Grund der gesamten Überlieferung „Riga unter Peter d. Gr.“

II.

Die Unterwerfung brachte den Provinzen noch nicht den Frieden, wohl aber das Ende der Kriegshandlungen.

Der Krieg hatte das Land und die Städte verwüstet. Das Ausmaß der Zerstörungen läßt sich abschätzen, ohne daß man sich auf die summarischen Angaben der berühmten Vollzugsmeldungen Šeremetjevs zu stützen braucht¹²⁾. Da in Livland die Basis der schwedischen Kriegführung zerstört werden mußte, war in den^{*}Maßnahmen des russischen Feldherrn System gewesen. Die kleineren livländischen Städte, Hakelwerke und Flecken lagen sämtlich in Trümmern; fast in der ganzen Provinz waren Gutshäuser und Pastorate, Mühlen und Bauernhöfe niedergebrannt. Das Vieh hatten die Streifscharen entweder fortgetrieben oder in die Ställe gesperrt und verbrannt, die Kornscheunen mit der Ernte ebenfalls in Flammen aufgehen lassen. Von der Bevölkerung waren die Vornehmen, soweit sie nicht geflüchtet waren, zunächst eingekerkert, die Esten in Scharen über die Grenze getrieben worden. Die Bauern hatten sich wiederholt auf die Seite der Russen gestellt und auch auf eigene Faust geplündert. Der Landbau war in jeder Hinsicht schwer getroffen. Dasselbe gilt auch für die estländischen Distrikte Wierland, Jerwen und Ostharrien. Riga hatte durch das Bombardement nicht wenig gelitten. Die Instruktion des Zaren für seinen livländischen Plenipotentiär vom 17. Oktober 1710 geht davon aus, daß die Provinz Livland — wie es in einer zeitgenössischen Übersetzung lautet — „durch die Confusion und Niederliegung der Cultur gänzlich destruiert worden“ sei (a. a. O. S. 56). Fast schlimmer noch als die unmittelbaren Kriegsschäden waren die Verheerungen der Pest, der in Estland und Livland 1710 und 1711 nach sorgfältigen Schätzungen 60 bis 70⁰/₁₀ der Bevölkerung zum Opfer fielen¹³⁾. In Reval gab es am Ende des Jahres 1710 nur noch 1891 Personen bürgerlichen Standes, in ganz Estland Ende 1711 nur noch 312 Personen vom Adel (mit den Kindern), in Riga bei der Übergabe an die Russen noch rund

¹²⁾ Šeremetjevs Berichte an den Zaren bei *N. Ustrjalov*, *Istorija carstvovanija Petra Velikago*, IV, 2, 245 ff.; I, 279 ff.; *Solov'ev*, a. a. O. XIV, 4, Sp. 1266 f. Eine sorgfältige Untersuchung der Zerstörungen in den livländischen Kirchspielen Hallist und Karkus bietet *W. Zwiebelberg* in einer ungedruckten Arbeit, die sich u. a. auf Gutsbriefladen, Kirchenbücher und Material aus dem schwedischen Generalgouverneursarchiv stützt. Ich danke dem Verfasser für die Erlaubnis, das Manuskript zu benutzen.

¹³⁾ *W. Zwiebelberg* berechnet (a. a. O.) für die Kirchspiele Hallist und Karkus in Livland die Gesamtzahl von etwa 4000 Toten und nur 1135 Überlebenden. Das Verhältnis entspricht den auch sonst gut gesicherten Annahmen. Die Literatur über die Pestverluste zeichnet *R. Wittram*, *Geschichte der baltischen Deutschen*, Stuttgart und Berlin 1939, 198.

3500 Einwohner und gemäß einer genauen ratsamtlichen Zählung im Oktober 1718 4870 „teutsche und unteutsche“ Menschen (einschließlich der Kinder). An der Huldigung des Adels im Juli 1710 in Riga waren immerhin 90 Männer beteiligt.

Man wird sagen dürfen, daß es das oberste Interesse der Okkupationsmacht sein mußte, den vorhandenen *Menschenbestand* zu sichern, nicht nur im Hinblick auf die Bedürfnisse des provinziellen Wiederaufbaus, sondern auch mit Rücksicht auf den andauernden Menschenbedarf des russischen Reiches.

Bei der Kapitulation Dorpats im Juli 1704 hatte Zar Peter in seiner eigenhändigen Resolution zugestanden, daß gemäß der Forderung des schwedischen Kommandanten alle Untertanen des Königs von Schweden — Adel, Zivilbedienstete, Priester, Amt- und Landleute samt Frauen, Kindern und Gesinde, auch einige aus dem Rat oder der Bürgerschaft mit ihrer Habe — ein Abzugsrecht haben sollten. Wie viele davon Gebrauch gemacht haben, ist nicht bekannt. Knapp drei Jahre später, im Mai 1707, ließ die Regierung etwa die Hälfte der Dorpater Handwerker und einige Kaufleute nebst ihren Familien nach Moskau bringen, um ihre Sachkenntnisse nach Rußland zu übertragen. Im Februar 1708 wurden sämtliche Bürger Dorpats und Narvas ins Innere Rußlands — nach Vologda, Ustjug und Kazan' — umgesiedelt, im Juli 1708 die Stadt Dorpat zerstört, beides aus den gleichen militärisch-strategischen Gründen. Von den Umgesiedelten konnte ein Teil seit 1714 zurückkehren¹⁴⁾. — Im Gegensatz zu den Zugeständnissen im Dorpater Übergabevertrag von 1704 resolvierte Šeremetjev auf die 1710 in Riga vom schwedischen Generalgouverneur Strömberg in Punkt 19 der Akkordpunkte aufgestellte Forderung freien Abzugs: „Alle aber, so auß Liefland oder dessen Vestungen und Landes-Städten gebürtig seyn oder sonsten als Ihro Groß Cz: Maytt. Unterthanen angesehen werden können, müssen zurück bleiben“¹⁵⁾. Im selben Sinne die Resolution auf Punkt 11: „Dem Juden Hirschen und andern Schwedischen Unterthanen wird ein freyer Abzug veraccordiret, was aber Ihro Groß Cz. Maytt. national unterthanen betrifft oder auch diejenigen, so sich bey uns in diensten engagiret, denen kan kein Abmarsch, sie mögen seyn von was nation und Land sie wollen zu-

¹⁴⁾ Fr. Bienemann d.J., Die Katastrophe der Stadt Dorpat während des Nordischen Krieges, Reval 1902, 109 ff., 122 ff., 142 ff., 169 ff., 191 ff. Peters Befehle 1708: Pib VII, 1, S. 55, die Vollzugsmeldungen S. 360 ff. und Pib VII, 2 (1946), S. 809 ff., 905.

¹⁵⁾ C. Schirren, Die Capitulationen der livländischen Ritter- und Landschaft und der Stadt Riga vom 4. Juli 1710, Dorpat 1865, S. 96.

gestanden werden.“ Die Wünsche des Eroberers kommen besonders deutlich im Punkt 1 der Forderungen zum Ausdruck, die Šeremetjev von sich aus dem schwedischen Generalgouverneur vorlegen ließ: „Wird allen Liefländischen Edelleuten hiermit declariret, daß diejenige so in Ihro Kgl. Maytt. von Schweden Diensten stehen und sich hier befinden, die Dienste quittiren und zurücke bleiben mögen, sub poena confiscationis alles ihres hier im Lande befindlichen Vermögens so wohl beweg alß unbeweglicher Güter . . .“ (a. a. O. S. 112). Wohl wurde der Stadt Riga im Unterwerfungsvertrage zugestanden (Punkt 19), daß „Alle diejenige so weg wollen“ sollten abziehen dürfen, allerdings nicht, wie gefordert, innerhalb Jahr und Tag, sondern gleich mit der Garnison; „die aber außerhalb Landes seynt, müssen sich in Zeitt von 6 Monahten sub poena confiscationis alles ihres Vermögens einstellen“ (a. a. O. S. 70). In der Anweisung des Zaren für das Verhalten Šeremetjevs bei den bevorstehenden Kapitulationsverhandlungen hatte der Zar die Auswanderungsgenehmigung für Städter von einer Registrierung abhängig gemacht¹⁶⁾. Als Peter dann im Oktober 1710 die noch offengebliebenen Fragen aus dem Kapitulationsvertrage regelte, erklärte er sich dahin, daß er der Stadt das Recht freien Fortzugs der Bürger nicht nehmen wolle, daß aber die zur Auswanderung Entschlossenen gehalten sein sollten, dem Generalgouvernement „die Ursachen, warumb sie zu der Veränderung resolviret, gründlich anzuzeigen“. In der Kapitulation der Revelschen Besatzung (29. September 1710) wurden vom freien Abzug „alle und jede hohe und niedrige Militair und Civilbediente, welche natione Lief- und Ehstländer seyn“, ausdrücklich ausgenommen, bei Strafe des Verlusts ihrer Güter; auch der schwedische Vizegouverneur, ein Livländer namens Patkul (ein entfernter Vetter des Berühmten), wurde verpflichtet wiederzukommen und dem Zaren zu huldigen. Am 17. Oktober erging ein zarisches Manifest, in dem der „Czaar und Imperator“ allen Livländern, Adel und Bürgerschaft, die Wiederherstellung ihrer Privilegien, Rechte und Eigentümer verhiess und anordnete, daß die Abwesenden, auch die in feindlichem Dienst Stehenden, „in ihr Vaterland unweigerlich revertiren“ sollten, wobei Fristen festgesetzt und die Widerspenstigen mit dem Verlust ihres Vermögens bedroht wurden¹⁷⁾.

¹⁶⁾ „Kotorym pozvoleno budet echat', prežde otpusku opisat'sja“, in: Dokumente aus der Tätigkeit des Feldmarschalls Graf B. P. Šeremetjev, Sbornik russk. istoričeskago obščestva, 25, 201 ff.

¹⁷⁾ Druck: *Schirren* a. a. O. S. 113 f.; A. u. U. a. a. O. S. 55. — Im Nystädter Frieden (Punkt 12) ist dann denjenigen, die dem Zaren nicht huldigen wollten, das Recht zugestanden worden, binnen 3 Jahren ihr Eigentum in Liv- und Estland zu verkaufen. Die Frist wurde 1724 um drei weitere Jahre verlängert.

Den Akkordpunkten entsprechend sind denn auch tatsächlich „alle diejenigen Regimenter und Militairbedienten, welche Ihro Czaar. Mayt. unseres allergnädigsten Herren Unterthanen sein können“, angehalten worden. Dazu gehörten neben den livländischen Regimentern auch die finnländischen, wie z. B. das Wiborgsche Regiment (Wiborg war am 14. Juni 1710 erobert worden). Wer aus einem dieser Truppenteile entlief, wurde als Deserteur und „untreuer Unterthan“ angesehen, dessen Berberbergung unter strenge Strafe fiel¹⁸⁾.

Die Menschen im unterworfenen Lande zu halten, konnte der Zar nur hoffen, wenn er ihnen ihre soziale Existenz sicherte. Die großzügige Wiederherstellung der Landesrechte in den Unterwerfungsverträgen der Stände diente ganz gewiß auch diesem praktischen Zweck. Huldigten die Stände, so war die endgültige politische Gewinnung der Provinz natürlich erleichtert, wenn auch noch keineswegs gesichert. Auch gilt dies so nur für Livland; die Provinz Estland, wo der Zar die Landesrechte ebenfalls bestätigte, war im letzten Bündnisvertrage mit August dem Starken schon als russisches Herrschaftsgebiet anerkannt worden.

Es scheint, daß erst die Kapitulationsverhandlungen beim Fall Rigas dem Zaren gezeigt haben, in welchem Umfang er die Landesbewohner als seine Untertanen ansehen konnte. Noch am 13. Juni hatte er Šeremetjevs Anfrage, ob die Stadt im Falle der Übergabe „auf der Seite der kgl. Majestät und polnischen Republik sein solle“ (daby im byt' v storone Korolevskago Veličestva i Reči Pospolitoj Pol'skoj), zustimmend beantwortet¹⁹⁾. Im letzten Augenblick, als die Vertreter der Besatzungsmacht und die städtischen Autoritäten sich bereits zum Huldigungsakt auf dem rigaschen Markt versammelt hatten, ließ Šeremetjev das vorher schon festgestellte Formular des Huldigungseides noch dadurch ergänzen, daß „Ihre Grosz Czaar. Mtt. in Verlesung des Tituls auch Herr und Besitzer vom Hertzogthum Liefeland, Ingermanland und Carelen solten genennet und solches nicht vergessen werden“²⁰⁾. Das war an sich nichts Sinnänderndes, die Stadt sollte eben Peter als ihrem „rechten Erbkayser und König“ huldigen, es war auch noch nicht der Titel „Fürst von Ehistland, Liefeland, Carelen“, wie er nach dem rechtsgültigen Erwerb der Provinzen eingeführt wurde, aber es war doch eine ausdrückliche Bekräftigung des neuen Anspruchs, mit dem der Zar dem vor knapp neun Monaten erneuerten Bündnisvertrag mit dem polnischen Könige widersprach.

¹⁸⁾ Reskript Šeremetjevs an den Rigaschen Rat 3. November 1710, A. u. U. S. 61 f.

¹⁹⁾ Sbornik 25, 203.

²⁰⁾ Ratsprotokoll vom 17. Juli 1710, A. u. U. S. 25 ff.

Alles schien darauf angelegt, die neuen Untertanen wirklich zu gewinnen. Von den Kapitulationsverhandlungen mit Šeremetjev berichtete der rigasche Bürgermeister Witte v. Nordeck am 2. Juli dem Rat, wie der Sieger, der russische Feldmarschall, „sie in hoher Person vor der Pforte an den Gutschen mit Darbietung der Hand empfangen“, wie er mit ihnen durch den Hof nach dem Saal hinaufgegangen „und hätte daselbst sie wieder mit Darbietung der Hand gantz gnädig entgegengenommen . . .“. Rücksicht und Schonung schienen den neuen Untertanen gegenüber aus guten Gründen geboten. So hat denn auch Menšikov den General Bauer im Februar 1711 angewiesen, darauf zu achten, daß das Militär den Gliedern der estländischen Ritter- und Landschaft alle gebührenden Ehren bezeuge und Übergriffe vermeide²¹⁾. In einem namentlichen Ukaze des Zaren, der Instruktion für den Plenipotentiär Löwenwolde vom 17. Oktober 1710, wird den Landräten, die die livländische Ritterschaft „nach alter und voriger Gewohnheit“ wählen soll, der Rang über den Generalmajoren (für die ersten 6) bzw. gleich hinter den Generalmajoren (für die andern 6) verliehen. Übergriffe des Revaler Stadtkommandanten Oberst Zotov, der 1711 mehrfach versuchte, mit dem Revaler Magistrat in russischer Sprache zu korrespondieren, konnten leicht abgewehrt werden; im September schickte der Rat ihm sein russisches Schreiben zurück. Menšikov schrieb dem Rat auf Deutsch. Maßgebend war für die Männer der Selbstverwaltung der alte Dualismus der Treue: „Schuld und Pflicht“, wie der Rat 1713 dem Kommandanten schrieb, „gegen unseren allergnädigsten Landesherrn und diese deroselben getreue Stadt“²²⁾. 1719 bestätigte der Gouverneur Fürst Golicyn dem rigaschen Bürgermeister v. Benckendorff, daß die Kapitulation in allem gehalten werden solle — „angesehen Sie auch von Ihro Majtt. darob zu halten expresse Befehl hätten“²³⁾. Die den Ritterschaften zugesagte Wiederherstellung des Status Provincialis und des durch die schwedische Reduktion erschütterten Güterbesitzstandes ist Schritt für Schritt tatsächlich erfolgt.

Das Funktionieren der Selbstverwaltung in Stadt und Land war aus naheliegenden Gründen höchst erwünscht: nur bei Anspannung aller Kräfte konnten die Provinzen wirtschaftlich wieder emporkommen und damit in die Lage versetzt werden, sich an den Leistungen für den fort-

²¹⁾ *P. Baron Osten-Sacken*, Die estländische Ritterschaft im ersten Jahre russischer Herrschaft, Balt. Mon. 71. Band 1911, S. 149.

²²⁾ *G. v. Hansen*, Reval nach dem Pestjahre 1710, in: Aus baltischer Vergangenheit. Miscellaneen aus dem Revaler Stadtarchiv, Reval 1894, S. 80 ff.

²³⁾ A. u. U. S. 324. Den festen Entschluß des Zaren, die Kapitulationspunkte zu halten, bestätigt eine vielleicht nicht unglaubliche Anekdote, die *H. v. Wedel* mitteilt (a. a. O. S. 22).

dauernden Kriegsbedarf zu beteiligen, und nur die hergebrachten Formen schienen die Eigentätigkeit der neuen Untertanen zu gewährleisten. Gleichzeitig freilich stellte sich das Bedürfnis ein, unmittelbar einzugreifen und die wirtschaftliche Kraft der Provinzen auf der Stelle für den Krieg nutzbar zu machen. Hieraus ergab sich ein eigentümliches Hin und Her zwischen werbendem Entgegenkommen und verletzenden Übergriffen, wobei das Bild natürlich nicht nur durch die Räson der öffentlichen Zwecke, sondern ebenso durch Leidenschaft und Interesse der beteiligten Personen bestimmt wird.

Nächst der Menschenkraft waren es die *Einkünfte*, an denen der neuen Herrschaft vor allem gelegen sein mußte; Geld war ja nach Peters Anspruch die „Arterie des Krieges“. In der Instruktion des Zaren für den Plenipotentiar vom 17. Oktober 1710 heißt es, nachdem (in Punkt 1) den Domänenpächtern „nach Proportion ihres Ruins“ Freijahre in Aussicht gestellt worden sind, in Punkt 2: „So geschwinde, als sichs nur will thun laszen, soll man sich eine vollkommene Information des gantzen Landes über Lieflland an die Hand schaffen, von allen sowohl publice als Privatgüthern, von ihren Revenuen, desgleichen Contributions in den Städten, Zolleinkünfften und unterschiedenen anderen Liverencen, so noch von Alters in der Croncassa gefloszen und auch aufs neue unter schwedischer Regierung aufgelegt worden. Und von allem diesen soll Ihre GroszCz. Maytt. unverzügliche Nachricht gegeben werden, und sollen inzwischen zur Einnahme dieser jährlichen Revenuen treue und erfahrene Leute vor-mahliger Gewohnheit nach verordnet werden“²⁴⁾.

Der wirtschaftlich stärkste und zukunftsreichste Faktor in den Ostseeprovinzen war ohne Frage die Stadt Riga, die durch die Einbeziehung ins russische Reich eine neue Stellung erhielt. Fiskalische und wirtschaftspolitische Interessen waren für das Verhalten der neuen Regierung Riga gegenüber bestimmend.

Die Stellung Rigas, das die bedeutendste Handelsstadt des schwedischen Reiches gewesen war, beruhte auf der Ausfuhr von Rohstoffen aus dem livländisch-litauisch-weißruthenischen Hinterland²⁵⁾. Im Zusammen-

²⁴⁾ A. u. U. S. 56.

²⁵⁾ Siehe die Tabelle über den Schiffs- und Warenverkehr Rigas im 17. Jahrhundert bei: G. Jensch, Der Handel Rigas im 17. Jahrhundert, in: Mitt. a. d. livl. Gesch., 24. Band, 2. H., Riga 1930. Ergänzend und weiterführend E. Dunsdorfs. Der Außenhandel Rigas im 17. Jahrhundert, in: Pirma Baltijas vesturnieku konference Riga, 16.—20. VIII. 1937. Runas un referati / Conventus primus historicorum Balticorum . . . Acta et relata, Riga 1938, S. 457 bis 486. Daß die Stadt bei Ausbruch des Krieges im Aufschwung war, betont K.-G. Hildebrand, Ekonomiska syften i svensk expansionspolitik 1700—1709, KFÄ 1949, S. 20.

hang damit hatte sich ein umfangreiches Leihgeschäft entwickelt, das Riga zum Bankier Litauens und Weißrutheniens gemacht hatte, wie Danzig der Bankier Polens geworden war. In einer Aufstellung von Schuldforderungen rigascher Bürger in Polen und Litauen vom September 1710 ergibt sich mit den zugezählten Zinsen ein Gesamtbetrag von über einer Million Reichsthalern. Unter den Ausfuhrgütern standen Flachs und Hanf, Hanf- und Leinsaat mit zusammen mehr als 75% (indexmäßig berechnet) an der Spitze, dann folgte mit mehr als 10% Getreide. Drei Viertel der Ausfuhr gingen durch den Sund. Gegenüber der Ausfuhr trat die Einfuhr sowohl wert- als mengenmäßig zurück. Eingeführt wurden vor allem Salz, Heringe und Weine. Den rigaschen Seehandel beherrschten die Holländer sowohl hinsichtlich des Frachtraumes — die rigasche Eigenreederei war gering —, als auch hinsichtlich der Marktkennntnis und — da das rigasche Kapital seit Generationen im Osten festlag — der Kapitalbasis. Die von schwedischer Seite mehrfach, zuletzt in den neunziger Jahren, angeregte Gründung einer Bank in Riga ist unterblieben.

Der Handel mit Moskau, d. h. den moskōwitischen Kaufleuten, denen in Riga eine eigene Herberge zugewiesen war, hatte nur geringen Umfang. Graf Šeremetjev empfahl der Bürgerschaft im Oktober 1710 eine Belebung dieser Handelsbeziehungen, „imgleichen dasz die hiesige Bürgere auf allerhand Galanterien sich befleiszigten, indem die ankommende Moskowitische Dames dergleichen Sachen gerne kauften und kein Geld ansehen würden“ — womit den tatsächlichen Bedürfnissen weit vorgegriffen wurde! — „maszen Ihro GroszCzarische Maytt. solches alles beliebeten und die Stadt, da sie vor diesem nur versilbert gewesen, hinführo durch Ihro GroszCzarische Maytt. Hulde und Gnade gleichsahm verguldet werden würde“²⁶⁾. Bis dahin hatte es noch gute Weile. Der Schiffsverkehr der Stadt, der von mehr als 500 Schiffen vor Ausbruch des Krieges über starke Schwankungen auf 15 im Jahre 1710 herabgesunken war, hob sich nur langsam und erreichte die alte Höhe erst nach Jahrzehnten²⁷⁾. Peters d. Gr.

²⁶⁾ A. u. U. S. 60.

²⁷⁾ U. Handrack, Der Handel der Stadt Riga im 18. Jahrhundert, Phil. Diss. Jena 1932, S. 59 f. Statistische Angaben bei J. Raeder, Der Rigasche Außenhandel in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, Tübinger Rechts- und Wirtschaftswissensch. Diss. 1925 (Maschinenschr.). In Danzig betrug die absolute Zahl der Schiffseinheiten 1688: 656, 1729: 878, in Pillau liefen im Durchschnitt der beiden Jahrzehnte 1696 bis 1714 rund 400 Schiffe jährlich ein. W. Vogel, Zur Statistik der deutschen Seeschifffahrt im 17. und 18. Jahrhundert, HGBll. 57. Jahrgang 1932, S. 129; H. Rachel, Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Brandenburg-Preußens bis 1713, Berlin 1911, S. 366 ff. (Acta Borussica, Denkmäler der Preuß. Staatsverwaltung im 18. Jahrh.). Vergleiche auch E. Baasch, Zur Statistik des Ein- und Ausfuhrhandels Hamburgs Anfang des 18. Jahrhunderts, HGBll. 54. Jahrgang 1929, S. 89 ff.

Fürsorge galt vor allem dem neugegründeten St. Petersburg, das er gegenüber dem bisher einzigen russischen Handelshafen Archangel'sk auf jede Weise begünstigte. Trotzdem hielt sich Archangel'sk noch jahrelang an erster Stelle, bis es 1718 von Riga überflügelt wurde, das dann zunächst an der Spitze blieb. Nach dem Friedensschluß stellte der Zar der Stadt Riga unentgeltlich mehrere Schiffe zur Verfügung, um die Eigenreederei und die Erlernung der Navigation zu fördern, zuerst 10, dann noch einmal 2 Schiffe (von denen 7 freilich bis 1725 verunglückten).

Schon im August 1710, sieben Wochen nach der Unterwerfung, verlangte der Zar von der rigaschen Bürgerschaft die Überweisung von Thalerwechslern im Werte von 35 000 Rubeln nach Kopenhagen oder Hamburg; die Gegenvorstellungen des Rates, der auf die durch den Krieg bewirkte Erschöpfung der Bürgerschaft hinwies, erklärte er für Ausflüchte. Der Rat bat schließlich nur noch um eine Frist²⁸⁾. Ähnliches wiederholte sich 1712: der Befehl, 100 000 Reichsthaler in Wechslern auf Amsterdam anzuweisen. Dabei war die von der Regierung vorgeschriebene Verrechnung von 80 Kopeken auf 1 Reichsthaler ungünstig. Da die Kaufmannschaft über keine Guthaben in Holland verfügte, machte die Überweisung Schwierigkeiten und Kosten und wurde schließlich nur für drei Viertel der Summe vollzogen. Der Rat, unterstützt vom Plenipotentiar Löwenwolde, machte mit besonderem Nachdruck geltend, daß der im Zusammenhang hiermit „wieder deutsche Manier und Rechte“ über den Oberwetherrn Johann Grohte verhängte Hausarrest den öffentlichen Kredit der Stadt empfindlich geschädigt habe²⁹⁾. So hing der Nutzen, den die Stadt der neuen Herrschaft bringen konnte, auf das engste mit der Aufrechterhaltung ihres alten Rechtszustandes zusammen. Darauf hat der Rat auch später, als abermals Bürger und Magistratspersonen unter Umgehung des städtischen Gerichts verhaftet worden waren, sehr deutlich hingewiesen: der Kredit draußen werde wegfallen, und das werde zur Folge haben, „daz Handell und Wandell dadurch gänzlich, zum grösten Abbruch Ihro GroszZarischen Maytt. hohen Interesse werde stutzig werden“³⁰⁾.

Als Nachfolgerin der schwedischen hatte die russische Regierung den größten Teil der Zoll- und Steuereinnahmen aus dem Handel der baltischen Häfen unmittelbar in der Hand. Einkünfte der Krone waren nach einer von der Regierung 1712 angeforderten Auskunft des Rates in Riga: der Licent — ein Seezoll auf alle Schiffe und Güter, den Gustav Adolf 1629

²⁸⁾ A. u. U. S. 41 bis 48.

²⁹⁾ A. u. U. S. 125 bis 145.

³⁰⁾ 11. März 1721, a. a. O. S. 400.

den Ostsee-Küstenstädten von Reval bis Wismar auferlegt hatte; die Anlage — ebenfalls ein Seezoll, der 1668 einen älteren Landzoll abgelöst hatte; die Rekognition — eine seit 1691 gezahlte Biersteuer; schließlich (ebenso wie in Reval) die Hälfte des Portoriums, das 1581 nach Danziger Muster eingerichtet worden war und von allen seewärts ein- und ausgeführten Waren mit Ausnahme der Getränke und von allen landwärts ein- und ausgeführten Kramwaren erhoben wurde. Licent, Anlage und Portorium in Riga hatten der Krone in den achtziger Jahren des 17. Jahrhunderts zusammen rund 175 000 Reichsthaler jährlich eingebracht³¹⁾. Mit der Verwaltung dieser landesherrlichen Einnahmen hatte der Rat nichts zu tun. Die eigenen Einnahmen der Stadt Riga aus Steuern, Abgaben, Pachten, Grundgeldern und Zöllen beliefen sich in Friedenszeiten auf durchschnittlich 80 000 Reichsthaler, was hinter den Einnahmen einer so reichen Stadt wie Danzig zurückblieb, die Einkünfte der übrigen baltischen und preußischen Städte jedoch vermutlich ohne Ausnahme übertraf. Die Versuche der schwedischen Regierung, die am Ende des 17. Jahrhunderts ganz absolutistisch geworden war, der Stadt die Direktion über ihre Einkünfte zu entziehen, hatten abgewehrt werden können.

Der neue Landesherr, der unumschränkt zu regieren gewöhnt war, griff zwei Jahre nach der Unterwerfung (1712) tief ins Autonomierecht der Stadt ein, indem er einen russischen Präsidenten und Oberinspektor ernannte, den Kaufmann Ilja Isajev, dem die Stadt ein jährliches Gehalt von 2000 Reichsthalern zu zahlen hatte und dem der Rat „in allen denen Sachen, die zum Rahthaus gehören und die Revenues betreffen“, gehorsam sein sollte. Isajev forderte dementsprechend, daß die Stadt ohne sein Vorwissen keine Aufträge erteilen und kein Geld ausgeben solle. Proteste des Rats blieben erfolglos. Isajev versuchte sogar, sich in die Ratswahlen zu mischen (auf die gleichzeitige Beanstandung des russischen Gouverneurs, daß man lauter Freunde und Verwandte in den Rat gewählt habe, erwiderte der worthabende Bürgermeister v. Benckendorff, „daz die gantze Stadt mit einander verwant wäre“). Man scheint schließlich mit Isajev leidlich ausgekommen zu sein, bat aber, als er zu Anfang des Jahres 1721 nach Petersburg berufen wurde, den Posten nicht wieder zu besetzen. Hierbei wies der Rat darauf hin, daß ja auch nicht er die städtischen Ein-

³¹⁾ Entsprechende Zahlen aus Reval stehen noch nicht zur Verfügung. Vergleichbar ist hier z. B. der seit 1584 erhobene königliche Anteil am Danziger Pfahlgeld, bei dem es sich wohl ständig um höhere Beträge gehandelt hat. Einem Vergleich entziehen sich die Convoy- und Lizentabgaben in der Weltstadt Amsterdam, die 1699 1 967 428 Gulden erbrachten. *E. Baasch*, *Holländische Wirtschaftsgeschichte*, Jena 1927, S. 358.

künfte verwalte, sondern das Stadtkassakollegium, das den Magistrat und die ganze Bürgerschaft beider Gilden repräsentiere³²⁾. Der Zar ernannte nun zwar keinen neuen Präsidenten und Oberinspektor, unterstellte die Stadt aber in ihrer Finanzgebarung dem Generalgouverneur Fürst Repnin, wogegen der Rat erneute Vorstellungen erhob. Die Sprache dieser Eingaben zeigt den Devotionsstil der absolutistischen Zeit, ist aber bei „fusz-fälligster Allerunterthänigkeit“ in der Sache sehr freimütig, fest und selbstbewußt³³⁾. Allmählich hatte die Stadt die politischen Methoden entwickelt, die im Verkehr mit der neuen Landesherrschaft Erfolg versprachen. Man duckte sich, wenn der Grimm des Zaren, der ja völlig unberechenbare Folgen haben konnte, über die Stadt hereinbrach — so etwa im Falle des Bürgermeisters Brockhausen 1716, über den der Rat ein Gerichtsurteil sprach, das sich offensichtlich mehr nach dem Zorn des Zaren als nach der Rechtslage richtete³⁴⁾. Man verstand es, sich durch Geschenke Freunde zu machen und einflußreiche Gönner zu gewinnen; so z. B. den Vizekanzler Šafirov, den Geheimrat Tolstoj u. a. Auf Šafirovs Anraten beschloß der Rat 1718, in St. Petersburg einen ständigen Vertreter zu unterhalten. Der Mann, den man dafür gewann, wenn auch nicht als öffentlicher Agent, so doch als Sachwalter mit einem Geschäftsführer die Interessen Rigas und Revals zu vertreten, war der Kammerrat Heinrich Fick, der damals bei der Gründung der Reichskollegien mitwirkte und hoch in Gnaden stand. Die Berichte dieses interessanten und vielseitig begabten Mannes unterrichteten die Auftraggeber nicht nur über den Stand ihrer Angelegenheiten, sondern auch über Personalverhältnisse und allgemeinwichtige Vorgänge in St. Petersburg³⁵⁾. Man hat den Eindruck, daß die Vertreter der städtischen und ritterschaftlichen Korporationen sich mit zunehmender Sicherheit in den Regierungsverhältnissen zurechtfinden und

³²⁾ A. u. U. S. 151 f., 156 f., 180, 203 f., 206 ff., 268, 273 f., 394 f., 411 ff. Die Behördenorganisation Rigas sehr klar in den Denkschriften vom 4. Januar 1715 (S. 217 bis 224), 30. September 1718 (S. 296 bis 310), 21. November 1718 (S. 315 bis 319).

³³⁾ „Eine ohnfehlbare Anzeigung dessen, dasz wir abermahlen bei Euwer Grosz-Zarischen Maytt. müssen angegossen sein, ist die von E. Gr. Z. M. uns zugestellte allergnädigste Ordre . . . Ausz solcher allergnädigsten Ordre ersehen wir soviel, dasz es etwa Euwer GroszZarischen Maytt. nicht müsse bekandt gemacht sein, wie und welchergestalt die einkommende allgemeine Stadsmittle administret werden . . .“ 5. Juni 1721, a. a. O. S. 413.

³⁴⁾ A. u. U. S. 235 bis 240; A. Pohrt, Peter der Große und der rigasche Bürgermeister Paul Brockhausen, in: Mitt. a. d. Geb. d. Gesch. Liv-, Est- u. Kurlands, 10. Band, 1863, S. 246 bis 313.

³⁵⁾ A. u. U. S. 283 ff., 320 ff. Vergleiche A. R. Cederberg, Heinrich Fick. Ein Beitrag zur russischen Geschichte des XVIII. Jahrhunderts. Acta et commentationes universitatis Tartuensis (Dorpatensis), Band XVII, Tartu 1930, S. 12, 25, 32.

gegen die unmittelbaren Vorgesetzten gegebenenfalls höhere Einflüsse auszunutzen lernten. In einer Instruktion für die Vertreter der livländischen Ritterschaft, die 1725 zur Beerdigung des Zaren nach St. Petersburg reiste, wird einem in der Residenz weilenden Landesdeputierten nachgerühmt, daß er „alle Canüle“ wisse, „durch welche etwas zu betreiben stehet“³⁶⁾. Die Bedeutung, die Peter d. Gr. den neugewonnenen Provinzen beimaß, ist auch darin zu erkennen, daß er schon 1704 zum Generalgouverneur aller zarischen Ländern an der Ostsee den Fürsten Menšikov ernannt hatte, seinen nächsten und fähigsten Mitarbeiter, der freilich wenig im Lande weilte. Der eigentliche Träger der Geschäfte war in den ersten Jahren nach 1710 der Geheimrat Freiherr Gerhard Johann Löwenwolde als zarischer Plenipotentiär, dem ein Russe als Gehilfe und zwei Livländer als Regierungsräte zur Seite gestellt waren. Löwenwolde hatte zur Partei Patkuls gehört, war ebenfalls aus Livland verbannt gewesen und über sächsische in russische Dienste getreten. Er scheint ein gewiegter politischer Taktiker gewesen zu sein³⁷⁾. Die vielen Nichtrussen im Dienste des Zaren haben den Ostseeprovinzen die Eingliederung ins fremde Reich naturgemäß erleichtert.

Die schwersten Lasten, die den neuerworbenen Provinzen auferlegt wurden, waren durch den Krieg bedingt: Einquartierungen, Pferdegestellungen (die sogenannte Schießung, vom schwedischen skjuts — Vorspann, Postpferde), Lieferungen, Kontributionen. Man wehrte sich so gut man konnte, und wenn es auch hie und da gelang, eine Erleichterung zu erwirken, so blieben doch unvermeidliche Auflagen genug, verschärft durch viele einzelne Übergriffe und Ausschreitungen³⁸⁾. 1722 wurde den Livländern in Ansehung des vergangenen Krieges ein zehnjähriges Schuldenmoratorium gewährt.

Natürlich hatte die neue Macht auch ein unmittelbar *militärisches* Interesse an den Provinzen. Livland sicherte den russischen Einfluß in Kurland, wo seit 1711 Peters Nichte als Herzogswitwe Hof hielt. Livland war ein natürliches Aufmarschgebiet für westwärts gerichtete Landoperationen. Mehr noch haben die Zeitgenossen an die Küste gedacht, deren strategischer Wert hoch eingeschätzt wurde. Abgesehen davon, daß der Besitz des

³⁶⁾ Zeitgenössische Abschrift im Frh. von Campenhausenschen Familienarchiv.

³⁷⁾ Sehr negativ urteilte C. Schirren über ihn (in ungedrucktem Brief an A. Buchholtz vom 19. Juli 1893, Familie Schwartz, S. 75 und 684): er sei „ein Geck und Schuft und was alles urkundenmäßig zu belegen ist, ein Spion und Verräter Patkuls vom Anfang bis zu Ende gewesen“.

³⁸⁾ Eine Zusammenstellung der außerordentlichen Reichslasten für Estland bei H. v. Wedel, a. a. O. S. 144 f.

Küstenlandes erhöhte Sicherheit gegen schwedische Angriffe bot, mußte sich hier ein Platz finden lassen, der als Kriegshafen mehr Vorteile gewährte als die fast das halbe Jahr zugefrorene Kronstädter Bucht³⁹⁾. Riga und Reval waren nach dem damaligen Stande der Technik aus verschiedenen Gründen nur als Handelshäfen geeignet. Der durch Ukaz vom 12. November 1713 eingeleitete Ausbau Revals zum Kriegshafen, der die Wälder Liv- und Estlands ruinierte, scheiterte nach einigen Jahren an der Gewalt der Nordstürme. Die seit 1712 alljährlich durchgeführten hafenbautechnischen Erkundungen der Küste wurden auf Kurland und Ostpreußen ausgedehnt; Peter hat offenbar ernstlich an Kurland gedacht, das durchaus noch zum polnischen Lehnverband gehörte und von Polen keineswegs aufgegeben worden war. 1715 ist dann doch ein estländischer Küstenpunkt zum Kriegshafen bestimmt worden: die gut geschützte Rogoewiek, die durchschnittlich nur einen Monat zufriert. Peter ist fast alljährlich hiergewesen, hat aber mit dem Baubeginn bis zum Friedensschluß gezögert. Der Name Baltischport ist dem Hafenplatz erst 1762 verliehen worden. Was die Entstehung eines russischen Kriegshafens westlich von Reval für Schweden bedeuten mußte, ist deutlich erkannt worden: bei den Nystädter Friedensverhandlungen haben die schwedischen Bevollmächtigten — freilich vergeblich — den Verzicht Rußlands auf den Bau verlangt.

Die Frage liegt nahe, ob man in Livland und Estland die Unterwerfung von 1710 als eine endgültige angesehen hat, oder ob ein abermaliger Herrschaftswechsel im Bereich der Gedanken und Erwägungen lag. Sowohl die livländische als auch die estländische Ritterschaft haben sich in ihren Kapitulationen (Punkt 30 bzw. 14) für den Fall einer neuen „Göttlichen Direction“ Deckung zu schaffen gesucht: bei einem Rückfall an Schweden dürfe es niemandem zum Nachteil gereichen, „daß die Stadt und das Land aus extremer Noth und da auch keine gehörige Defension mehr übrig gewesen von voriger Herrschaft par accord sich hat müssen abgeben“⁴⁰⁾. Die russische Regierung hat verschiedene Sicherheitsmaßnahmen für nötig gehalten. Löwenwolde erhielt 1710 in seiner Instruktion die Anweisung, die schwedischen Domänenpächter in Livland zu entfernen: „keinem eintzigen Schweden oder schwedisch Gesinnten soll man garnicht in keiner

³⁹⁾ Zum folgenden: *A. v. Gernet*, Peter der Große und sein Kriegshafen an der Ostsee (z. T. auf Grund von Akten des russischen Marineministeriums), Balt. Mon. 50. Band 1900, S. 167 ff.; *H. v. Wedel*, a. a. O. S. 144 f.

⁴⁰⁾ *Schirren*, livl. Cap., a. a. O. S. 44. — Auf das in Estland herrschende Gefühl der Unsicherheit weist *P. Baron Osten-Sacken* hin (a. a. O. S. 123).

eintzigen Sache fügen oder beybehalten“; die Schweden sollten ohne Umstände ausgewiesen werden. Im November 1711 wurde der rigasche Rat veranlaßt, die Schweden unter seinen Stadtsoldaten und Artilleristen zu entlassen; statt ihrer sollten Leute aus Archangel'sk angenommen werden. Doch noch sieben Jahre später sind in der städtischen Artillerie und Infanterie neben Einheimischen, Westfalen, Lübeckern, Sachsen, Schlesiern, Bayern usw. immer noch mehrere Schweden und kein Russe. Im Sommer 1712 hatte Peter d. Gr. in Riga den Eindruck, daß der mit einer zu schwachen Garnison belegten Festung auch von den Einwohnern Gefahr drohe („i ot vnutr' živuščich v nej est' ne bez opasenija“). Er ließ deshalb aus Smolensk Rekruten kommen, die an die Stelle der städtischen Kanoniere treten sollten⁴¹⁾. Worauf sich diese Befürchtungen gründeten, ist nicht zu erkennen. Der Rat hat gegen die Ablösung der bekannten eigenen durch fremde russische Stadtsoldaten wiederholte Vorstellungen erhoben, wobei dem Hinweis auf die Kapitulation — in Punkt 8 war der Stadt die Beibehaltung der Direktion über die Stadtartillerie samt Mannschaft zugestanden worden — praktische Erwägungen an die Seite gestellt wurden (so der Gesichtspunkt, daß die der Landessprachen unkundigen Smolensker dem Wachtdienst an den Stadtpforten nicht gewachsen sein würden). Das ist überhaupt für die Taktik der Städter bezeichnend: man spitzte möglichst alles auf das Interesse des Zaren an „Accuratesse und Sicherheit des Commercii“ zu. So auch 1713 z. B. die Beschwerde über die in Riga aufgetauchten „sogenannten russischen Bürgermeistere“, die sich in Handel und Justiz einzumischen begannen. Oder man führte doch jedenfalls praktische Gründe neben den rechtlichen an, wie 1719, als man sich gegenüber dem Generalgouverneur das in der Kapitulation gewährte Recht ausschließlich deutschsprachigen Behördenverkehrs zu sichern suchte.

Die Frage der Aufnahme von Russen in den Wacht- und Verteidigungsdienst der Stadt hat in den letzten Jahren des Nordischen Krieges noch einmal eine Rolle gespielt. Im August 1719 wurden plötzlich die städtischen Pfortenschließer durch Russen ersetzt — es war der erste Sommer, in dem die englische Flotte in der Ostsee gegen Rußland demonstrierte —, und im Mai 1720, als die diplomatische Einkreisung Rußlands immer deutlicher mit der Absicht militärischen Eingreifens im Nordosten verbunden wurde, eröffnete der Generalgouverneur Fürst Repnin dem Rate der Stadt Riga, „welchergestalt die Kriegesraisons bey jetzigen Conjuncturen und Kriege mit Schweden erfordern, dasz bey der Stadts-

⁴¹⁾ Ukaze, Briefe und Papiere Peters d. Gr., Sbornik 11 (1873), S. 234 f.

artillerie und Zeughause ruzsische Officiers, Canoniers und andere Bediente ruscher Nation seyn⁴²⁾.

Schon im Februar 1720 hatte Zar Peter verfügt: bei Annäherung des Feindes seien den Bürgern in Riga die Gewehre abzunehmen; von den Stadtbewohnern und dem Adel auf dem Lande seien nur die Alten und die Schwachen und die Weiber an ihrem Wohnort zu lassen, die übrigen bei Todesstrafe ins Innere des Reiches zu verweisen. Im Mai folgte der Ausführungsbefehl Repnins für den Fall einer feindlichen Landung mit der Einleitung: „weil die feindliche Praeparatoria sowohl, als auch die von andern Potentaten dabey zu leistende Hülffe, und dasz selbe zu der jetzigen Campagne einen Transport hieher überzubringen intendiren, allen schon bekandt seyn wird . . .“⁴³⁾. Es ist dann doch nicht dazu gekommen.

In den letzten Kriegsjahren muß das Mißtrauen gegen die Bewohner der Ostseeprovinzen groß gewesen sein. Eine amtliche Kontrolle der Korrespondenz mit Schweden war schon im Dezember 1710 angeordnet worden, ohne daß dieses Patent viel Beachtung gefunden hätte. Gegen unnützes Räsonnieren über den Krieg hatte der rigasche Rat 1713 eine Warnung bekanntmachen lassen. 1716 hatte der Zar strenge Maßnahmen befohlen, um zu verhindern, daß schwedische Agenten in Riga mit ihren Gesinnungsgenossen in Verbindung träten⁴⁴⁾. Von 1719 an konnte Schweden wieder hoffen, trotz der russischen Invasionen an der schwedischen Küste: Rußland war diplomatisch isoliert, England wirkte für eine militärische Aktion mit vereinten Kräften. Königin Ulrike Eleonore ernannte wieder Beamte für Liv- und Estland und erließ einen Privilegienbrief für die abgefallenen Bewohner der Provinzen. So lautete denn der 2. Punkt der Senatsinstruktion für den Generalgouverneur von Livland Fürst Repnin (19. Juli 1719), er habe darauf zu sehen, daß sich „keine Spionen von Reichs-Feinden“ in seinem Gouvernement fänden und niemand in Schrift oder Rede von der Treue abweiche; auch solle er gegen solche Leute mit Haft, Untersuchung und Anzeige vorgehen. Noch im März 1721 wurden angesehene rigasche Bürger, die auf den Verdacht unerlaubter Beziehungen nach Schweden hin verhaftet worden waren, nur nach Unterzeichnung eines Reverses freigelassen, in dem sie sich verpflichten mußten, mit zu Schweden gehörenden Orten und solchen Landsleuten, die nicht Untertanen des Zaren geworden waren, keinen Briefwechsel zu unterhalten und ohne Erlaubnis die Stadt nicht zu verlassen. Zwölf von den Betroffenen

⁴²⁾ A. u. U. S. 379, 381 ff.; S. 342. — Vorher: S. 161, 177, 185, 209, 252.

⁴³⁾ A. a. O. S. 380, 365.

⁴⁴⁾ A. a. O. S. 71, 408 f., 175, 239.

baten sechs Wochen später um Rückgabe des von ihnen unterzeichneten Reverses, da seine Erfüllung gleichbedeutend sei mit Aufgabe des Handels, und der Rat petitionierte wiederholt, im März und im Mai, unmittelbar beim Zaren um Aufrechterhaltung der kapitulationsmäßigen Rechte, die solche willkürlichen Verhaftungen mit Übergehung des Rechtsweges ausschlossen, und um Einstellung der ganzen auf landesverräterische Umtriebe gerichteten Inquisition. Er wies selbstbewußt darauf hin, „daz diese unschuldige Stadt von ihrem ersten Uhrsprunge an bis nunher niemahln eines Verraths oder Untreue hat beschuldiget werden können“, und machte mit Nachdruck geltend — das alte Argument —, daß die im Revers vorgesehene Verkehrsbeschränkung den „Ew. GroszCz. M. Zöllen sehr profitablen“ Handel schädigen und nach ausländischen Hafenorten ablenken müsse. Die Regierung, ja die zarische Majestät selbst, bediente sich bei ihren Ermittlungen bezahlter Angeber und schritt gegen die Verdächtigen mit mißtrauischer Härte ein⁴⁵⁾. Nach dem vorliegenden Material hat man jedoch nicht den Eindruck, daß die Beziehungen der Livländer nach Schweden politisches Gewicht gehabt haben.

Wie die Stimmung in Liv- und Estland von der Kapitulation bis zum Abschluß des Friedensvertrages wirklich war, läßt sich mit den heute noch zugänglichen Quellen nicht mehr feststellen⁴⁶⁾. Daß man unter der Last des Krieges und den widerrechtlichen Eingriffen des neuen Machthabers litt, ist selbstverständlich und vielfach bezeugt. Aber auch in den letzten schwedischen Zeiten hatte man mit der Rücksichtslosigkeit eines absoluten Regiments Bekanntschaft gemacht, und in allen Rechtsverletzungen gab es jetzt, unter der oft höchst persönlichen Herrschaft des Zaren, doch auch immer wieder Proben eines weitgehenden Verständnisses für die Lebensform der politischen Autonomie — eines Verständnisses, dessen man beim Monarchen trotz all seiner Unberechenbarkeit sicher sein konnte. Wenn das rigasche Lyzeum devote Lobgesänge verfertigte und der Rat Anfang September 1720, also ein Jahr vor Abschluß des Friedenstraktats, ein Bildnis des Zaren Peter in der großen Ratsstube neben den Porträts der vorigen Landesbeherrscher aufzuhängen beschloß, so waren das Bekundungen eines Huldigungsstils, denen nicht allzu große Bedeutung zuzumessen ist. Illuminationen beim Einzug des Zaren, Feierlichkeiten am Jahrestage des Sieges von Poltava und am Namenstage des Zaren wurden von der Provinzialregierung befohlen. Aber es scheint, daß

⁴⁵⁾ A. a. O. S. 337, 377, 401 bis 410.

⁴⁶⁾ Es ist dem Verfasser auch zweifelhaft, ob eine Antwort 1930 noch möglich gewesen wäre, wie *Cederberg* a. a. O. S. 95 meint.

Zar Peter unter den Männern des Landes überzeugte Anhänger gewonnen hat. Der livländische Landrat Balthasar von Campenhausen auf Orellen in Livland, der noch vor Beendigung des Krieges aus schwedischen in russische Kriegsdienste übergetreten war, setzte über ein Porträt des Zaren in seinem Hause den Reim: „Gott laße dießen Czaar noch leben viehle Jahren / laß Kindt und Kindes Kindt auch werden solche Czaaren“⁴⁷⁾. Unter den Städtern sind an erster Stelle die Bürgermeister von Reval Johann Lanting⁴⁸⁾ und von Riga Johann von Benckendorff zu nennen. Benckendorff, aus einer rigaschen Ratsfamilie, die 1674 in Schweden geadelt worden war, der Urgroßvater des berühmten Chefs der 3. Abteilung zur Zeit Nikolajs I., Vorfahre des späteren russischen Botschafters in London, ein Mann von hervorragender Geschäftskennntnis, wurde 1721 von Peter als Vizepräsident des Magistratskollegiums, also als zweiter Bürgermeister, nach Petersburg berufen. Persönliche Beziehungen hat Peter auch mit dem rigaschen Ratsherrn Adam Hinrich Schwartz angeknüpft, zu dem er sich bei seinen Besuchen in Riga gelegentlich abends unerwartet zu Gast lud. Ähnliches ist für den Ratsherrn Johann Hueck in Reval überliefert. Der Zar ist zwischen 1710 und 1721 fast in jedem Jahr in den Ostseeprovinzen gewesen, in Riga zu kürzerem oder längerem Aufenthalt im ganzen fünfmal, in Reval elfmal. Zahlreiche Anekdoten, die in den Familien fortgelebt haben, bezeugen den Eindruck des Ungewöhnlichen, den seine Persönlichkeit hinterließ. Fremdartige Grausamkeit verband sich mit bezaubernder Milde, unbändiger Wille mit menschlichster Schwäche, und die naiv-formlose Unmittelbarkeit im Umgang ließ das Hintergründig-Unheimliche des genialen Mannes vergessen. So hat er selbst in den unterworfenen Ländern moralische Eroberungen gemacht, er selbst, nicht die begabten Abendländer in seinem Dienst, die in den Provinzen auch ihre eigenen Zwecke verfolgten. Aber natürlich mußte es den Zusammenhang mit dem Zarenreich verstärken, wenn die Würden-träger noch während des Krieges in den Ostseeprovinzen besitzlich wurden; so z. B. Heinrich Fick, dem der Zar 1720 das Kirchspiel Oberpahlen mit neun Gütern in Livland schenkte, und der Feldmarschall Šeremetjev, dem schon 1711 Alt-Pebalg mit anderen Gütern verliehen wurde. Ein Zeichen dafür, wie sicher man damit rechnete, an Rußland gebunden zu bleiben, ist die Bereitschaft zahlreicher Estländer und Livländer, noch während des Krieges in den russischen Staatsdienst zu treten. In den Regierungs-

⁴⁷⁾ „Über des Czaarens Portret, welches in Mein Hauß stehet“, undatiert, Frh. von Campenhausensches Familienarchiv.

⁴⁸⁾ *Osten-Sacken*, a. a. O. S. 127.

kollegien, die 1717/18 geschaffen wurden, dienten 1719 ein Liv- und ein Estländer als Vizepräsidenten, drei Livländer als Räte, je ein Liv- und Estländer als Assessoren, außerdem viele Übersetzer, Aktuare und Schreiber aus den Provinzen⁴⁹⁾. Allerdings sind es vornehmlich die Liv- und Estländer gewesen, die 1719 darum nachsuchten, ihnen den allen Ausländern vorgeschriebenen Untertaneneid zu erlassen.

III.

Die endgültige Entscheidung über das Schicksal Livlands und Estlands konnte natürlich nur ein Friedensvertrag zwischen Rußland und Schweden bringen. Je mehr der Nordische Krieg zu einer Angelegenheit fast aller größeren Mächte wurde, desto weniger war der Besitz der Provinzen allein eine Frage der militärischen Sicherung.

Wenn der bedeutende Erfolg von 1710, die Eroberung Wiborgs und der baltischen Küste von Reval bis Riga, durch keine schwedische Gegenaktion angefochten wurde, so lag das u. a. daran, daß die schwedischen Truppen in Pommern durch die vom Kaiser und den Seemächten in der Haager Konvention vom März 1710 verfügte Neutralisierung Norddeutschlands in Schach gehalten wurden. Da Karl XII. von Bender aus die Haager Neutralitätsakte nicht anerkannte, erneuerte sich, als der Zar im Frühjahr 1711 gegen die Türken ins Feld rücken mußte, die Gefahr eines schwedischen Durchbruchs von Pommern aus. Der Vertrag, den Zar Peter am 30. Mai 1711 in Jaroslavl' mit August dem Starken schloß, ging von der dorthier drohenden Gefahr aus und verpflichtete beide Partner zu militärischen Aufstellungen gegen das sich verstärkende schwedische Korps. August sollte außerdem gegen die Türken militärische Hilfe leisten. Es ist verständlich, daß in dieser Lage auch der alte Anspruch König Augusts auf Livland wieder anerkannt wurde. Hat Peter jetzt — und auch schon 1709 — nur das nach dem Siege von Poltava eroberte Livland dabei gemeint, also das vorher eroberte Dorpat ausnehmen und so schon diplomatisch sichern wollen?⁵⁰⁾ Man wird diese Möglichkeit zugeben müssen, zumal der Gedanke einer politischen Sonderbehandlung dieser beiden

⁴⁹⁾ *D. V. Polenov*, O prisjage inozemcev, prinjatych v russkuju službu pri Petre Velikom, Russkij Archiv VII (1869), S. 1744 ff. (Verzeichnis der Ausländer in den Kollegien mit Herkunftsangabe). — 1723 erließ Peter eine besondere Aufforderung an den livländischen und estländischen Adel, in russische Dienste zu treten.

⁵⁰⁾ *C. Schirren*, Zur Geschichte des Nordischen Krieges, Kiel 1913, S. 157 f.

Teile Livlands in den nächsten Jahren deutlicher hervortritt. Fürst Boris Kurakin wurde 1712 für die Verhandlungen mit den Seemächten dahin instruiert, daß er nur „in allgemeinen Ausdrücken“ erklären sollte, der Zar stehe fest bei seiner Absicht, Livland der Krone Polen zu überlassen⁵¹⁾. Am 28. Juli 1713 erließ Peter einen namentlichen Ukaz mit der Anordnung, daß Riga ein besonderes Gouvernement bilden sollte — ein Gouvernement, in das eigentümlicherweise auch Smolensk einbezogen wurde —, und am 14. (25.) Oktober desselben Jahres folgte die Verfügung, Dorpat vom rigaschen Gouvernement abzusondern und es Reval anzugliedern. Was der Zar damals wünschte und erwartete, geht am deutlichsten aus einer Instruktion für Menšikov vom 12. (23.) Februar 1713 hervor, in der er ermächtigt wurde, für den Fall eines schwedischen Friedensangebots unter bestimmten Bedingungen in Verhandlungen einzutreten. In bezug auf Livland hieß es in Punkt 3 der Instruktion: „Läßt sich durchaus nicht erlangen, daß Livland dem Zaren bleibt, dann hat er sich zu bemühen, daß es auf ewige Zeiten an den König von Polen komme, mit Ausnahme des Dörptischen Kreises, welcher dem Zaren bleiben muß“⁵²⁾.

Als Peter diese Anweisungen erließ, stand er mit seinen Truppen in Norddeutschland. Seit er — nach der unverhofft glücklichen Beendigung des Türkenkrieges — Schweden in seinen deutschen Besitzungen zu treffen suchte, hatte der Nordische Krieg sich mit dem unmittelbaren Interesse aller mitteleuropäischen Mächte verbunden. Der Spanische Erbfolgekrieg ging zu Ende — am 11. April 1713 wurde der Friede von Utrecht geschlossen; in Preußen hatte Friedrich Wilhelm I. den Thron bestiegen (25. Februar). Nun waren die bisher im West- und Südkriege gebundenen preußischen Truppen verfügbar; aber Friedrich Wilhelm war kein Diplomat und hat zwischen den kriegerischen und machtkundigen Potenzen im Norden vorsichtig und nicht eigentlich erfolgreich laviert, wobei das stärkste Interesse — die Hoffnung auf den Erwerb Vorpommerns — der preußischen Politik mehr und mehr die Richtung gegen Schweden gab. Hannover, dessen Kurfürst im August 1714 König von Großbritannien wurde, fand sein Interesse ebenfalls in der Gegnerschaft zu Schweden, Bremens und Verdens wegen. Mit diesen beiden Mächten konnte der Zar

⁵¹⁾ *Solov'ev* XVII, 1, Sp. 308.

⁵²⁾ *Schirrren*, a. a. O. S. 158; *F. Martens*, *Recueil des Traités et Conventions*, Tome V, St. Petersburg 1880, S. 92. — Durch Senatsukaz vom 16. Juli 1722 wurde der Dorpater Kreis wieder mit dem rigaschen Generalgouvernement vereinigt. — Am 9. Juni 1714 schrieb der Zar an Kurakin: Die Überlassung Livlands an die Polen komme nicht mehr in Frage, weil sie sich schon fast als Feinde erwiesen haben. *Polievktov*, a. a. O., 48.

also auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung verhandeln, wobei es für ihn vor allem darum ging, sich möglichst viel von seinen Eroberungen an der Ostsee garantieren zu lassen. Der eigentlich nervöse Punkt war Livland, nicht Estland oder Ingermanland. Der St. Petersburger Geheimvertrag zwischen Rußland und Preußen vom 1./12. Juni 1714 enthielt zwar (in Artikel 3) eine preußische Garantie, gegebenenfalls mit Waffenhilfe, nur für Ingermanland und Karelien nebst Wiborg und Narva sowie für Estland mit Reval und „allem Territorio, Örthern und Insulen, welche unter der letzteren Schwedischen Regierung zudedachter Provintz Esthland gehört und anitzo unter S. Czaar. Maj. Bothmäßigkeit stehen“, nicht auch für Livland, schloß aber in Artikel 4 doch auch Livland ein: „Ihro Kgl. Maj. in Preußen versprechen noch hierüber, dasz Sie Ihro Czaar. Maj. in Beybehaltung der übrigen durch S. Czaar. Maj. Waffen von Schweden Conquetirten Provintzien und Örthern nicht alleine nicht hindern, sondern vielmehr alle mögliche officia anwenden wollen, damit auch selbige an Ihro Czaar. Maj. verbleiben mögen“⁵³). Das verschiedene Maß der beiderseitigen Verpflichtungen und die ganze Geschichte des Vertrages zeigen, wie hoch die Macht des Zaren eingeschätzt wurde. Preußen erhielt keine militärische Garantie für Stettin und Vorpommern, sondern nur das Versprechen, daß der Zar in keiner anderen Gestalt mit Schweden Frieden machen wolle, als unter der Bedingung, daß Stettin, Vorpommern bis zur Peene, Wolgast, Wollin und Usedom an den König in Preußen kämen (Artikel 2). Die Gegenleistung des Zaren zum preußischen Versprechen in Artikel 4 war ein Beistandsversprechen sehr allgemeiner Art. Der preußische Unterhändler war Graf Schlippenbach gewesen („kahn starg sauffen und bleibt doch bey verstant“, so hatte sein König ihn charakterisiert); an der Seite des Zaren hatte sich zum ersten Male der 29jährige Ostermann bewährt, der Bochumer Pfarrerssohn, den sein außergewöhnliches Verhandlungsgeschick fast jedem Partner überlegen machte.

Nachdem Polen und Dänemark schon in früheren Verträgen, Preußen in diesem letzten dem Zaren außer Karelien und Ingermanland auch Estland zugestanden hatten, war im Herbst 1715 auch Hannover dazu bereit. Wie sehr es dem Zaren außerdem auf die Anerkennung der Eroberung Livlands ankam, zeigen diese Verhandlungen mit Hannover, die im Oktober 1715 zum Greifswalder Alliancetraktat zwischen König Georg I. in

⁵³) *Martens*, a. a. O. S. 117 f. Vergleiche *Schirren*, a. a. O. S. 161 ff. Die Wiedergabe des 4. Artikels bei *Erdmannsdörffer*, *Deutsche Geschichte*, II. Band, Ausgabe von 1932, S. 315, ist nicht ganz zutreffend. Ungenau auch die Inhaltsangabe bei *J. F. Chance*, *George I. and the Northern War*, London 1909, S. 45.

seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover und Zar Peter führten⁵⁴). Fürst Kurakin, der Gesandte bei den Seemächten, bekam im Januar die Anweisung, den der russischen Sache geneigten Ministern Georgs I. im geheimen vorzustellen, warum es sich empfehle, Livland und Riga entgegen der bisherigen Intention des Zaren nicht dem König von Polen und der Republik zu überlassen. Der Zar habe sich den Türkenkrieg durch die Verteidigung Polens auf den Hals gezogen, sei darin von Polen vertragswidrig im Stich gelassen worden, sei infolgedessen genötigt gewesen, kostbare Städte abzutreten, und müsse dafür von Polen eine Entschädigung erhalten. Und was für einen Nutzen hätten die Seemächte davon, wenn Riga unter die unbeständige, unaufhörlichen Veränderungen erliegende polnische Krone komme! Von der Unbeständigkeit der Polen werde der Handel jede Art von Bedrückung und Beschwer erfahren, während der Zar sich verpflichte, mit den Seemächten einen Handelsvertrag unter so vorteilhaften Bedingungen abzuschließen, wie es sie noch niemals früher gegeben habe. Um diesen Zweck zu erreichen, solle Kurakin bis zu 200 000 holländische Gulden Bestechungsgelder anwenden. Es gehört zum Stil der Diplomatie nicht nur Peters d. Gr., sondern aller Puissancen der Zeit, wenn der Gesandte des Königs von Polen, Graf Vitzthum, im selben Monat aus Petersburg berichten konnte, der Zar habe ihn versichert, „er wäre ein Herr, der seine parole hielte“ — diese Worte sind doppelt unterstrichen —, die zarische Majestät würden „bey dem zu errichtenden Frieden mit Schweden auch demjenigen heilig nachkommen . . ., wessen sie sich im Thornischen tractat Lieflands halber an E. K. M. anheischig gemacht“.

Diplomatischer Stil war auch die von den Partnern des Greifswalder Traktats angewandte List bei der Redaktion der strittigen Punkte. Es ging um die Artikel 4 und 5, d. h. um die Frage, ob Georg I. als Äquivalent für Bremen und Verden mehr als die russische Forderung auf Ingermanland, Karelrien und Estland — also auch die auf Livland — unterstützen würde. In seiner letzten Instruktion für seinen Bevollmächtigten Heusch hatte Georg I. am 27. September/8. Oktober die Einbeziehung Livlands ausdrücklich verworfen und deshalb eine von Kurakin vorgeschlagene weitere Fassung der Zusage abgelehnt. Heusch unterschrieb den Vertrag nun

⁵⁴) Der Vertrag vom 28./17. Oktober 1715 bei *Martens*, a. a. O. S. 131 ff. Die Instruktion für Kurakin bei *Solov'ev*, XVII, 1, Sp. 340 f.; Akten aus dem Hannoverschen Staatsarchiv bei *F. Stoerk*, Das Greifswalder Bündnis zwischen Peter d. Gr. und Georg I. vom 28./17. Oktober 1715, in: *Pommersche Jahrbücher*, 2. Band, Greifswald 1901, S. 1 bis 90, ohne Kenntnis von *Schirren*, a. a. O. S. 166 ff.; *Chance*, a. a. O. S. 100 ff. (ebenfalls ohne Kenntnis Schirrens). Bericht Kurakins Spt. 1714: Archiv kn. Kurakina X (1902), S. 196 f.

unvorsichtigerweise mit einer neuen Fassung des Artikels 5, die den Königl. Kurfürst auf höchst geschickte, scheinbar unverfängliche Weise doch noch zu weitergehender Hilfe verpflichten sollte. Es hieß darin: die hohen Vertragsschließenden behalten sich für die Friedensverhandlungen mit Schweden Ansprüche vor, die über die in Artikel 4 vereinbarten Bedingungen hinausgehen, und Seine Britische Majestät wird die Interessen und Absichten Seiner Zarischen Majestät bei jeder Gelegenheit, die sich dabei ergeben kann, so weit wie möglich unterstützen, wofür der Zar das Entsprechende zusagt. Das bedeutete nun doch diplomatischen Beistand für den Erwerb Livlands, obgleich Kurakin die Bedenken Heuschs mit der Versicherung zerstreut hatte, man habe dabei nicht Livland, sondern nur einige Landstriche in Finnland im Auge. Peter ratifizierte sofort. In London wurde die Ratifizierung abgelehnt, und zwar sowohl wegen der Fassung des Artikels 5, als wegen eines zeremonialrechtlichen Formfehlers. Man ratifizierte eine neue Ausfertigung, die dann auch der Zar annahm und nochmals ratifizierte. Die Textänderung, die in London vorgenommen worden war, ist ein Meisterstück diplomatischer Redaktion: man hatte ein einziges Wort gestrichen — das Wort „et“ in Artikel 5 — und den ersten Satz dieses Artikels — den Vorbehalt weitergehender Ansprüche der Partner — zum Artikel 4 geschlagen und damit erreicht, daß der Artikel 5 nur noch eine ganz allgemeine Zusage gegenseitiger Unterstützung enthielt, ohne jeden Zusammenhang mit Friedensverhandlungen und Gebietsansprüchen⁵⁵).

Ende November 1714 war Karl XII. aus der Türkei zurückgekehrt. Seit dem Mai 1715 befand sich Preußen, seit dem Oktober auch Hannover im Kriegszustand mit Schweden. Die alte Koalition der Gegner Schwedens hatte eine bedeutende Verstärkung erfahren, war aber durch innere Gegensätze bedroht. Schweden hatte im April 1715 den Subsidienvvertrag mit Frankreich erneuern können. Zwischen Rußland und England bahnte sich eine Spannung an: die Heiratsalliance, die Peter im April 1716 durch Vermählung seiner Nichte mit dem Herzog von Mecklenburg schloß, wurde in England mit wenig Zufriedenheit aufgenommen, weil dadurch ein weiteres Stück der Ostseeküste unter russischen Einfluß kam. Der Herzog von Mecklenburg regierte in offenem Zwiespalt mit seinen Ständen, die bei Kaiser und Reich Beschwerde führten und Verständnis fanden.

⁵⁵) *Schirren* (a. a. O. S. 169 f.), der die politische Tragweite dieser Redaktion als erster erkannt hat, unterschätzt die völkerrechtliche Bedeutung der Zeremonialfrage (Heusch hatte Kurakin bei der Signierung den ersten Platz überlassen); *Stoerk* (a. a. O. S. 61) — der Schirren nicht benutzt hat — verkennt die Tragweite der Textdifferenz.

Da Peter den Herzog, seinen neuen Neffen und Alliierten, unterstützte, begann sein Auftreten in Mecklenburg, wo 40 000 Russen Winterquartiere nahmen, weitere Kreise zu ziehen. Ein 1716 von Russen und Dänen geplanter gemeinsamer Angriff auf Schonen mußte aufgegeben werden; man gab sich gegenseitig die Schuld. Das Mißtrauen gegen den Zaren war allgemein im Steigen. Englands Beitritt zum hannöversisch-russischen Verträge zu erreichen gelang nicht, obwohl seit 1715 alljährlich englische Geschwader in der Ostsee kreuzten, um die englischen Handelsschiffe gegen die schwedische Kaperei zu schützen — diese Flottenexpeditionen waren damals durchaus gegen Schweden gerichtet —, und obwohl Karl XII. ganz in Rachegefühlen gegen England lebte.

Zwischen der englischen und der schwedischen Regierung kam es am Anfang des Jahres 1717 zu einer tieferen Verstimmung, die zunächst dem Zaren zugute zu kommen schien. Der Anlaß dazu, der Gyllenborg-Skandal, war nur eine Episode, leitete aber eine neue und durchaus unerwartete Entwicklung ein.

Graf Gyllenborg, der schwedische Gesandte in London, hatte, um einen Gegenzug gegen das Auftreten der englischen Flotte in der Ostsee zu machen, im Herbst 1716 im Haag eine dem Hof unbequeme anonyme Flugschrift erscheinen lassen und wurde durch Dechiffrierung seiner Korrespondenz und eine Haussuchung der Verbindung mit den Jakobiten überführt — den Stuart-Anhängern, deren Aufstand in Schottland eben erst niedergeworfen worden war. Die Durchsicht der Gyllenborgschen Papiere ergab, daß nicht nur die Minister Karls XII. belastet waren, sondern daß gewisse Fäden auch in die nächste Umgebung des Zaren Peter führten. Verwickelt in die Intrigue war jedenfalls auch der holsteinische Geheimrat Baron Görtz, seit 1715/16 im Dienst Karls XII., hinter dem noch weitere Verbindungen sichtbar wurden: Kardinal Alberoni, der leitende spanische Minister, hatte in seinen weit ausgreifenden Entwürfen den Plan, Schweden und Rußland zu pazifizieren und gegen England zu verbinden⁵⁶⁾. Görtz verstand es, Karl XII., der seit 1716 in Norwegen Krieg führte und rachsüchtig nach England blickte, für den Gedanken von Verhandlungen mit Rußland zu gewinnen — trotz einer englischen Anknüpfung in Stockholm. Zar Peter, von allen Seiten, auch von Hannover-England, gedrängt, seine Truppen aus Mecklenburg zurückzuziehen, erlitt 1717 in Paris die Enttäuschung, daß man nicht geneigt war, ihn, wie er wünschte, an die Stelle des alten Alliierten Schweden treten zu lassen.

⁵⁶⁾ Ranke, 12 Bücher preußischer Geschichte, V, 1, S. 146 ff. Über die russischen Beziehungen zu Alberoni und den Jakobiten *Polievktov*, a. a. O., 80 ff.

So war denn auch er zu Verhandlungen mit Schweden bereit — Verhandlungen, die ihre Spitze auch in seinem Sinn gegen England kehrten. Im tiefsten Geheimnis traf er sich im August 1717 in den Niederlanden mit Görtz. Im Mai 1718 wurde die russisch-schwedische Friedenskonferenz auf den Ålandsinseln eröffnet.

Der Ålandskongreß ist gescheitert. Die Voraussetzungen für einen Erfolg waren an sich nicht ungünstig. Der Zar wollte einen vollständigen Ausgleich, ja Freundschaft mit Schweden. Er war bereit, den König für die Abtretung der eroberten Provinzen in jeder anderen Richtung schadlos zu halten. Görtz sollte gegebenenfalls mit 100 000 Rubeln bestochen werden. Es ist ein eigentümliches Bild, auf der schwer zugänglichen kleinen Insel Sundskär im Ålands-Archipel zwei einstige Jenenser Studenten für ihre feindlichen Souveräne verhandeln zu sehen: Freiherr von Görtz-Schlitz, einäugig seit einem Zweikampf in Jena, der „Roulettespieler der hohen Politik“, reich an Phantasie, wendig und erfinderisch, aus holsteinischen Diensten 1715 in die aussichtsreicheren schwedischen übergetreten, hat Gyllenborg neben sich; Ostermann, der aus Jena wegen eines Zweikampfs mit tödlichem Ausgang hatte flüchten müssen, ist der zweite, aber der eigentliche Unterhändler neben dem alten Generalfeldzeugmeister Bruce auf russischer Seite. Beide sind in allen Künsten zu Hause, Menschenkenner, hingeebene Liebhaber des Spiels mit der Macht; Görtz, der ältere und wohl auch erfahrenere, zugleich der weniger verlässliche, kühnere und ehrsüchtigere von beiden. Aber zu bestechen war auch er nicht.

Görtz wünschte den Ausgleich mit Rußland seit Jahren. Zu welchen Zugeständnissen er im Ernst bereit war, ist nicht ohne weiteres zu erkennen, da vieles in seinen Äußerungen nur Manöver war. Am Umfang der russischen Forderungen konnte er nicht zweifeln; wenn er 1717 noch Illusionen gehabt haben sollte, so wurden sie ihm in den Gesprächen mit Ostermann genommen. Der Zar gab an keinem Punkte nach, Görtz probierte alles durch: weder Reval, noch Wiborg und Kexholm waren zurückzuerlangen, ebensowenig Livland. „Im übrigen hat mir Ostermann rund ausgesagt“, berichtete Görtz am 28. Juli/8. August 1718 dem König, „daß der Czaar von Liefland unmöglich abstehe könnte, zumahl Er sonst gar keine Sicherheit hätte und Ew. K. M:t mit Pohlens Beyhülffe ihm in einem Jahre alles, was Er den ganzen Krieg über gewonnen, wieder abzunehmen im Stande seyn würden, sodaß demnach der Czaar, wenn Ew. K. M:t ihm in seinem Verlangen nicht stützen wolten, wieder die Vernunft und wieder sein eigen Interesse handeln würde, wann Er zu Königs in Pohlen restitution und zu Ew. K. M:t agrandissement so nachdrücklich

selbst mithelfen wolte“⁵⁷⁾. Die zuletzt erwähnten Gegenleistungen des Zaren bezogen sich auf den Entschädigungsplan, den Görtz in mehreren Fassungen vorgelegt hatte. Die Machtverschiebung, die mit der Abtretung der Ostseeprovinzen verbunden war, ergriff die schwedische Existenz im ganzen; alle Entwürfe von Görtz zielten darauf, ein „Äquivalent“ zu erlangen — das Wort ist geradezu der Hauptbegriff seiner Diplomatie auf den Ålandsinseln —, aber ein Äquivalent nicht nur für diese territorialen Verluste, sondern für die Einbuße an Rang und Machtstellung, die der Nordische Krieg Schweden im ganzen gebracht hatte. „Wenn Schweden“, so schrieb er Ostermann im Juli 1718, „mit so großen Zugeständnissen von seiner Seite zum Anwachsen der Kräfte Rußlands beitragen wird, so muß auch Schweden solch einen Zuwachs erhalten, daß die Kräfte beider Mächte wieder im Gleichgewicht sind“⁵⁸⁾. Aber war ein solches Äquivalent denkbar, ohne daß die Machtverhältnisse im ganzen Norden umgestürzt wurden? Auch ein Wiedererwerb der verlorenen deutschen Besitzungen Schwedens konnte den Verlust der baltischen Küste nicht ausgleichen. Die Stellung Schwedens als einer Rußland ebenbürtigen Macht beruhte auf dem Besitz Estlands und Livlands. Einen Ersatz dafür konnte es vielleicht bieten, wenn Dänemark zerschlagen wurde, mindestens Norwegen abtrat, wenn außerdem etwa Mecklenburg an Schweden fiel. Um den Aktionsplan gegen Dänemark drehten sich die letzten Vorschläge Görtzens, wobei — wenn man den Berichten trauen darf — eine Differenz mit Ostermann nur noch darin bestand, in welcher Form der Zar das Vorgehen Karls XII. zu unterstützen bereit sein würde. Görtz forderte die Waffenhilfe des Zaren nicht nur, wie schon zugesagt, gegen Hannover, sondern auch gegen Dänemark. Ostermann lehnte die direkte Beteiligung an einem gegen Dänemark gerichteten Unternehmen ab, stellte aber russische Flottendeckung für schwedische Truppentransporte nach Danzig in Aussicht; er forderte eine endgültige Entscheidung bis zum Jahresende. Damit reiste der schwedische Unterhändler im November 1718 nach Fredrikshald zum König.

Sein letztes Wort, die binnen 4 Wochen versprochene Antwort auf das russische Ultimatum, ist Görtz schuldig geblieben. Der Tod Karls XII.

⁵⁷⁾ Aus dem schwedischen Reichsarchiv mitgeteilt von *K. J. Hartman* in seiner in sechs Fortsetzungen erschienenen Abhandlung *Ålandska kongressen och dess förhistoria*, Acta Academiae Aboensis, IV, 1925, S. 101, Fußnote 3 (siehe unten Anmerkung 59). Die russischen Åland-Protokolle bei *H. L. Chr. Bacmeister*, Beyträge zur Geschichte Peters d. Gr., III, Riga 1784, S. 168 ff. Mitteilungen aus dem russischen Material macht auch *Solov'ev* XVII, 3, Sp. 493 bis 521. Vergleiche *Polievktov*, a. a. O. 56 ff.

⁵⁸⁾ *Solov'ev*, a. a. O. Sp. 502. Verkürzte Wiedergabe in der Relation der russischen Minister vom 15. Juli 1718 bei *Bacmeister*, S. 223 f.

am 11. Dezember, der politische Umschwung in Schweden, die Verhaftung, der Prozeß, die Hinrichtung Görtzens veränderten die Lage völlig. Ob Görtz wirklich auf Liv- und Estland verzichtet hatte und den König dafür gewinnen wollte? Vielleicht war sogar Karl XII. selbst mit ihm längst im Einverständnis und suchte nur Zeit zu gewinnen, um nach dem Fall von Fredrikshald zu tun, wonach ihn seit Jahren verlangte — Dänemark zu vernichten. Oder war alles nur Hinhaltetpolitik?⁵⁹⁾ Daß Görtz weit davon entfernt war, Liv- und Estland für immer aufzugeben, zeigt sein Brief an Karl XII. vom 28. Juli 1718, in dem er die Erwartung ausspricht, daß in einigen Jahren, wenn Peter Anlaß zu einem neuen Kriege gäbe, die Stunde kommen werde, ihm die Eroberungen wieder abzunehmen. War Görtz selbst, der die Verbindung mit England nie abgebrochen hatte, zuletzt entschlossen, von der russischen auf die englische Seite hinüberzuwechseln und noch einmal den Kampf um die baltische Stellung Schwedens aufzunehmen? Daß es eine englische Partei in Schweden gab, steht außer Zweifel. Eines war im Gegensatz zu den 1716/17 in Kreisen der Jakobiten verbreiteten Gerüchten und Hoffnungen klar: ein Ausgleich mit Rußland war nur um den Preis der Aufgabe Liv- und Estlands möglich; Aufrechterhaltung der schwedischen Ansprüche aber hieß Fortsetzung des Krieges.

IV.

Es ist nicht möglich, hier die diplomatischen Verwickelungen der letzten drei Jahre des Nordischen Krieges nachzuzeichnen. Als wichtigste Linie hebt sich aus dem Gewirr der sich kreuzenden Beziehungen die Politik Stanhopes, des leitenden englischen Ministers, hervor, der bis in den Herbst 1720 hinein an einer Koalition gegen Rußland arbeitete und zeitweilig Hoffnung hatte, daß es zu einem kriegesischen Einschreiten kommen werde. In England hatte sich die Furcht verstärkt, daß Rußland nach dem endgültigen Erwerb der baltischen Häfen ein Monopol der wichtigsten Schiffsbaumaterialien haben werde und damit die Möglichkeit, England von sich abhängig zu machen. In der Instruktion für den jungen Lord Carteret, der im Sommer 1719 als Gesandter nach Stockholm ging, wurde

⁵⁹⁾ *Stig Jägerskiöld*, Sverige och Europa 1716—1718, Studier i Karl XII's och Görtz' utrikespolitik, Ekenäs 1937 (Phil. Diss. Uppsala), betont — im Gegensatz zu der material- und thesenreichen Abhandlung von K. J. Hartman in den Acta Acad. Aboensis 1921—1932 —, daß die Quellenlage dazu zwingt, die Frage nach den letzten Absichten Görtzens und des Königs offenzulassen (S. 420 f., 454 ff., 460).

diese Gefahr scharf unterstrichen: „Das ist eine Erwägung von solcher Bedeutung für den Handel unserer Untertanen, ja für ihre Sicherheit, für welche die Schiffsbaumaterialien aus jenen Gebieten so schwer zu entbehren sind, daß Sie sich dieser Frage mit so viel Eifer und Geschick wie möglich widmen müssen“⁶⁰⁾.

In Schweden war Karls XII. jüngere Schwester, Ulrike Eleonore, Königin geworden. Ihr Gatte, der Erbprinz Friedrich von Hessen-Kassel, Oberbefehlshaber des schwedischen Heeres, 1720 auch König, stellte sich ganz auf die englische Hilfe ein. Die schwedischen Finanzen waren völlig zerrüttet, das Land auf das äußerste erschöpft. Aber noch einmal wollte man baltische Politik treiben. Der königliche Privilegienbrief für die Ritterschaften Liv- und Estlands und der Insel Ösel vom 30. Juni 1719 gab dem Adel die einst entrissenen Rechte zurück und erweiterte sie im Sinne einer Adelsfreiheit, die über die von Peter zugestandenen Kapitulationspunkte hinausging; von der Einstellung des Adels schien auch jetzt noch einiges abzuhängen, die Stimmung der waffengeübten Landsassen war immer noch ein Posten.

Im Sommer 1719 begannen die russischen Invasionen, die Mittelschweden furchtbar heimsuchten. Gleichzeitig freilich setzten englische Flottendemonstrationen ein, die diesmal gegen Rußland gerichtet waren und in Schweden weitgehende Hoffnungen weckten. Zu weitgehende: die englische Flotte beherrschte das offene Meer, konnte aber das Ausschwärmen der russischen Galeeren in den finnischen Schären und die Überfälle auf das schwedische Festland nicht hindern. In denselben Tagen, als die Kosaken anderthalb Meilen von Stockholm standen, am 22. Juli 1719, kam der schwedisch-hannöversche Präliminarfriede zustande, dem dank englischer Vermittlung weitere Friedensschlüsse folgten: am 1. Februar 1720 mit Preußen, am 3. Juli 1720 mit Dänemark, jedesmal unter hohen schwedischen Opfern. Bremen und Verden, Stettin und Vorpommern waren verloren, nur das entfestigte Wismar und der Stralsund-Greifswalder Rest von Pommern mit Rügen gerettet. Dieser ganze „Ausverkauf“ des schwedischen Imperiums, wie man die Liquidation des Krieges nach dieser Seite hin wohl genannt hat, war durch die Schwäche der schwedischen Stellung ohnehin geboten. Er konnte einen höheren Sinn bekommen, wenn es dafür gelang, die baltische Position zu behaupten. Die Verhandlungen auf den Ålandsinseln waren auch nach dem Tode Karls XII. fortgesetzt worden,

⁶⁰⁾ *W. Michael*, Englische Geschichte im 18. Jahrhundert, IV, 3 (1937), S. 270 f. Stanhopes Rußlandpolitik im Zusammenhang mit seiner ganzen Diplomatie vergleiche bei *B. Williams*, Stanhope, Oxford 1932, S. 353 ff., 426 ff.

der Kongreß wurde erst im September 1719 aufgelöst. Unter dem Eindruck der englischen Aktivität verstand der Zar sich dazu, der Form nach entgegenzukommen: in einer Instruktion für Ostermann vom 15. März 1719 forderte er außer Karelrien, Ingermanland und Estland zwar auch Livland, war aber äußerstenfalls bereit, sich mit einer Abtretung auf 20 Jahre zu begnügen⁶¹⁾. Die Schweden fanden sich damit ab, alles mit Ausnahme Livlands aufzugeben. Über Livland sind diese Stockholmer Verhandlungen im August 1719 gescheitert.

Es war die Frage, ob die europäischen Mächte, die von der englischen Diplomatie für das Ostseeproblem in Anspruch genommen wurden, im Auftreten gegen Rußland ihr eigenes Interesse fanden. England ist zu einem Kriege nicht entschlossen gewesen, hat aber ein gegen Rußland gerichtetes Konzert und auch kriegerisches Vorgehen anderer Mächte erstrebt. Ein bedeutender Erfolg der hannöverschen Politik, die Wiener Allianz vom 5. Januar 1719 zwischen dem Kaiser, dem König von England als Kurfürsten von Hannover und dem König von Polen als Kurfürsten von Sachsen, abgeschlossen noch ohne Kenntnis vom Tode Karls XII., konnte zum Ausgangspunkt weiterer Kombinationen werden⁶²⁾. In Wien hatte die Katastrophe des Carevič Aleksej — der ja immerhin ein Schwager Kaiser Karls VI. war und im österreichischen Machtbereich Schutz gesucht hatte — einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen („ein moralisches Grauen geweckt“, Schirren); das mochte noch nachwirken. Der Prinz Eugen äußerte im März 1720 zum englischen Gesandten: „Solange der Zar noch einen Fußbreit Landes an der Ostsee besitzt, ist niemand vor ihm sicher“⁶³⁾. Im Grunde hatte der Kaiser natürlich näherliegende Interessen — im Reich, im Südosten, in Italien, auf konfessionellem Boden.

Wenn man an eine kriegerische Aktion gegen Rußland dachte, war die Haltung Polens und Preußens entscheidend. August der Starke hat in seiner spielerischen Politik auch diese Chance ins Auge gefaßt: er ließ im November 1719 in Herrenhausen darüber verhandeln, wie man die Republik mit der Aussicht auf Kiev und Smolensk in den Krieg gegen Rußland ziehen könnte. Gegenüber dem allzeit gegenwärtigen militärischen Druck Rußlands konnten aber auch die Beeinflussungsgelder, die er in England beantragte, beim polnischen Reichstag nichts ausrichten. Den Russen gab die Sonderpolitik König Augusts im Juli 1720 die Möglichkeit, dem pol-

⁶¹⁾ *J. Golikov*, *Dejanija Petra Velikago*, Moskva 1788/89, VI, S. 319 ff.

⁶²⁾ Kontroversliteratur bei *Williams*, S. 362. Vergleiche *Polievktov*, 67 f., 89 ff.

⁶³⁾ *Michael*, 3 (1934), 175.

nischen Unterhändler in Petersburg offen zu erklären, daß an eine Erfüllung der polnischen Forderung auf Herausgabe Livlands nur zu denken sei, wenn Polen seine Bündnistreue gegenüber Rußland beweise.

Am wichtigsten war natürlich die Stellungnahme Preußens. Ein Gefühl für die mit dem russischen Vordringen verbundene Gefahr hat in Berlin nicht gefehlt. Es hat sich in diesen Jahren verschärft bis zu der (schon von Droysen, 314 mitgeteilten) vertraulichen Bemerkung des Königs zu seinem Gesandten Mardefeld vom 26. April 1721: „Und zu eurer privaten Nachricht diene, daß in der Tat des Zaren Nachbarschaft in Curland und Liefland uns gar nicht zuträglich ist, denn derselbe und dessen Posterität dann imstande sein würde, uns bei allen unsern künftig zu formirenden desseins allemal in echec zu halten und uns den Rücken unsicher zu machen.“ Aber ein Bruch mit Rußland konnte die schlimmsten Folgen haben. Andererseits war es nicht ratsam, der englisch-hannoverschen Politik geradezu in den Weg zu treten. Da der König in außenpolitischen Dingen unsicher war, ergab sich eine schwankende, auch eine widerspruchsvolle Haltung. Der russischen Politik war angesichts der englischen politischen Aktivität schon mit der Neutralität Preußens gedient. Im Februar 1720 unterzeichnete Friedrich Wilhelm I. die preußisch-russische Neutralitätsdeklaration, der zweieinhalb Wochen später die gleichlautende zarische Deklaration folgte. Schirren hat gezeigt, wie der preußische König mit der Auslieferung des Instruments dieses an sich schon in Kraft getretenen Traktats monatelang gezögert hat, weil er die endgültige Bindung scheute.⁶⁴⁾ Im Juli 1720 verhandelte Stanhope selbst in Berlin über eine militärische Aktion gegen Rußland. Friedrich Wilhelm gab sich den Anschein, daß er nicht abgeneigt sei, wenn ihm dafür Rügen und Stralsund zugesagt wurden. Es war von 30 000 Mann preußischer Truppen die Rede⁶⁵⁾. Gleichzeitig stand der König mit Umgehung seiner Minister unmittelbar mit dem russischen Gesandten Golovkin in Verbindung, dem er eine schriftliche Deklaration gab — „dar meine Ministres nicht von wissen“, heißt es in einem undatierten eigenhändigen Entwurf des Königs für ein Schreiben an den Zaren mit dem Ersuchen, „das secret auch davon zu halten, dan ich ausser Stande gestellet werden würde, E. Z. M. gute officia zu leisten“. Schirren datiert diesen Entwurf auf den 27. Juli 1720. Hiernach dürfte feststehen, daß der König sich in durchaus persönlicher Politik dem Zaren gegenüber gebunden hat. Er blieb allen

⁶⁴⁾ Schirren, a. a. O. S. 200 ff.; J. G. Droysen, Geschichte der Preußischen Politik IV, 3, S. 295 f.

⁶⁵⁾ Michael, 3, S. 169; Williams, a. a. O. S. 374, 427.

Hoffnungen der englisch-hannöverschen Diplomatie zum Trotz auf der russischen Seite. Damit war jede Möglichkeit zu einem Koalitionskrieg gegen Rußland verschlossen. Das hieß aber, daß es keine Macht der Welt gab, die Rußland den Besitz der Ostseeküste streitig machen konnte. Unter Bezugnahme auf die Zurückhaltung in Polen und Preußen lehnte die Wiener Regierung im Oktober 1720 jede kriegsrische Mitwirkung ab. Es war klar, daß die Hilferufe, die Schweden seit dem Sommer 1720 an den europäischen Höfen von Wien bis Paris erschallen ließ, kein Gehör finden würden⁶⁶). Dazu kam im Herbst 1720 der Zusammenbruch der englischen Südseekompagnie, ein Finanzkrach, der dem Ministerium die für die baltische Politik bestimmten Millionen wegschlug, die vornehmsten Familien in Mitleidenschaft zog und eine wirtschaftliche Unsicherheit heraufbeschwor, die eben auch die politische Aktionsfähigkeit Englands lähmte. Am 5. November 1720 schrieb Georg I. an König Fredrik von Schweden: „Je conjure Vötre Majesté en sincère amy et allié de ne point perdre de tems de conclure Vostre Paix avec le Czar“⁶⁷). In Schweden erkannte man, daß auf ein europäisches Konzert zur Aufrechterhaltung seiner baltischen Stellung nicht mehr zu rechnen war. Verhandlungen, die russischerseits angeboten wurden, konnte man nicht ablehnen. Ein französischer Vermittlungsversuch — die Entsendung des Stockholmer Gesandten Campredon nach Petersburg — war ganz erfolglos, vielleicht schon zweideutig. Die entscheidende Frage war wieder Livland. Peter forderte Abtretung auf ewige Zeiten.⁶⁸) In Nystad begannen im Juni 1721 die Verhandlungen, die unter dem Druck einer erneuten russischen Invasion in Schweden standen. Am 30. August a. St., 11. September n. St., um 3 Uhr morgens, wurde der Friede unterzeichnet, der fast vollständig den von Ostermann vertretenen russischen Forderungen entsprach.

Wir dürfen die Geschichte nicht willkürlich dramatisieren. Das Gewebe der diplomatischen Verhandlungen, die zum Frieden von Nystad führten, ist viel zu kompliziert, als daß ein einzelnes Ereignis, ein isolierter Entschluß den Mißerfolg der schwedisch-englischen Politik zu erklären ver-

⁶⁶) Zur schwedischen Politik im Sommer 1720: *Einar Carlsson*, *Freden i Nystad*, I: Fredrik I:s personliga politik och dess betydelse för förhållandet mellan Sverige och England sommaren 1720, Uppsala 1932. Hier S. 58 ff. Einzelheiten über die Verhandlungen in Berlin während des Besuches von Stanhope.

⁶⁷) *Chance*, S. 445.

⁶⁸) Campredon berichtete am 14. März 1721 aus St Petersburg von einem Gespräch mit Golovkin, Tolstoj und Šafirov: „Ces messieurs me répondirent en souriant que . . . le Czar demeurerait fixe et ne se départirait, pour aucune raison que ce puisse être, de la possession de la Livonie et de l'Esthonie.“ *Sbornik* 40, 173.

möchten. Weder Friedrich Wilhelms I. Scheu vor dem Bruch mit Rußland, noch die Erschütterung der englischen Wirtschaft, weder die Unbeständigkeit Augusts des Starken, noch die Zuschauerrolle des Wiener Hofes sind die entscheidenden Momente gewesen. Maßgebend war überhaupt nicht die Schwäche des Abendlandes, sondern die Stärke Peters des Großen und seines mit den Menschen und den Mitteln des Abendlandes genährten Systems⁶⁹⁾. Es war an der Zeit, daß Rußland in die europäische Staaten-gesellschaft eintrat. Die Stunde war da — darin ist alles beschlossen. Von nun an kam alles, was das baltische Küstenland bieten konnte, unverkürzt und ungehemmt teils mittelbar, teils unmittelbar Rußland zugute: das nie erloschene und bald wieder erneuerte Potential seiner Menschen, die wirtschaftliche Kraft seiner Häfen, die machtpolitische Gunst seiner Lage.

⁶⁹⁾ „Stanhope, however, like all other European statesmen of the day, had always underestimated the lasting power of the ‚semi-barbarian upstart‘, just as he had always exaggerated the danger to England of his victory“. *Williams*, S. 428.

Lenins Methoden der Machteroberung im Jahre 1917

Die Machtergreifung Lenins und der von ihm geführten bolschewistischen Partei erfolgte im Oktober 1917¹⁾ als Ergebnis einer sorgsam und langen Planung. Das unterscheidet den Beginn des Sowjetregimes von der Februarrevolution 1917, die den Sturz des kaiserlichen Regimes brachte. Die Unruhen in Petrograd, die zur Einsetzung der provisorischen Regierung Lvov-Kerenskij, zur Bildung eines von gemäßigten Sozialisten geführten Sowjets (Rates) und zur Abdankung Nikolaus II. führten, waren trotz vorangehender Streiks unerwartet gekommen. Noch wenige Wochen vorher hatte Lenin, der von Rußland fast völlig abgeschnitten²⁾ in der Schweiz lebte, einen elegischen Brief geschrieben, in dem er die Befürchtung ausdrückte, daß er eine Revolution in seiner Heimat nicht erleben werde. Stalin saß isoliert in der nordsibirischen Verbannung. Trotzki und Bucharin gaben in New York eine Zeitung heraus.

Gewiß, die von Lenin geschaffene bolschewistische, die Vaterlandsverteidigung ablehnende Partei war nicht völlig verschwunden; der junge Molotov z. B. führte ihre Petersburger Organisation. Aber sie spielte keine besondere Rolle: die bolschewistischen Dumaabgeordneten und ihr Berater Kamenev nahmen, als sie 1915 wegen ihrer kriegsfeindlichen Aktivität zur Verbannung nach Sibirien verurteilt wurden, eine viel vorsichtigere Haltung als Lenin ein. Die mit dem Regime Nikolaus II. unzufriedenen liberalen und sozialistischen Kreise waren von der Entwicklung der Petrograder Unruhen überrascht, die zum Verschwinden der Romanovdynastie führten. Suchanov weist in seinen Aufzeichnungen über die Revolution³⁾ auch darauf hin, daß die bolschewistische Partei in den ersten Wochen nach dem Februarumsturz trotz ihrer Erklärungen gegen die provisorische Regierung keinen besonderen Einfluß ausübte; das änderte sich nicht, selbst

¹⁾ Die Daten sind nach dem russischen, 1917 geltenden Kalender angeführt.

²⁾ Obgleich es Lenin 1914 gelang, seine Kriegsthesen nach Rußland zu schmuggeln, so konnte er doch nur einige Briefe mit Familienangehörigen, und Nachrichten durch politische Agenten wie Schljapnikova austauschen. Vgl. *Pisma k rodnym*, Moskau, 1931, und Lenin, *Sočinenija*, Pisma, Bd. XXIX, 3. Aufl. (Moskau, 1932).

³⁾ N. Suchanov, *Zapiski o revoljucii*, 7 Bde. (Berlin, 1922 f.). Trotz des subjektiv-impressionistischen Charakters bis heute unentbehrlich für die Erfassung der russischen politisch-sozialen Atmosphäre im Jahre 1917.

nachdem Stalin und Kamenev aus dem sibirischen Exil zurückgekehrt waren und die Macht in der Partei — vor allem in der Redaktion des Parteiorgans Pravda — übernommen hatten. Unter Stalins Beteiligung wurde der bisherige radikale Kurs durch einen viel gemäßigteren abgelöst; die Grundhaltung der bolschewistischen Partei unterschied sich nun kaum von der anderer sozialistischer Gruppen, welche die provisorische Regierung mit Mißtrauen⁴⁾ tolerierten.

Erst Lenins Rückkehr aus dem Exil am 3. April und die Verkündung seiner Aprilthesen machten die bolschewistische Partei zu einem entscheidenden Faktor im Kampfe gegen die provisorische Regierung und die gemäßigten Sozialisten. Lenins weltgeschichtliche Bedeutung besteht darin, daß er die Taktik und Methoden entwickelt hat, welche zur Errichtung des Sowjetregimes führten und dadurch nicht nur die russische Entwicklung, sondern die gesamte Welt des 20. Jahrhunderts entscheidend bestimmten und noch bestimmen. Diese Methoden sind nicht im Jahre 1917, nach dem Sturze des Zarismus, entstanden, sondern haben sich als Ergebnisse der Lebensarbeit Lenins entwickelt. Lenin erschienen sie einfach als Anwendungen des Marxismus auf die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts. Er hat betont, daß die marxistische Theorie eine Anweisung für die Praxis sei⁵⁾. Die Gesamtlinie der die Praxis bestimmenden und in ihr zum Ausdruck kommenden Entwicklung stand fest. Der industrielle Kapitalismus erzeuge das Proletariat, und das Proletariat werde den Sozialismus verwirklichen. Seit dem Bruche mit den Sozialisten der 2. Internationale, welche die Kriegskredite als Vaterlandsverteidiger annahmen oder den Krieg nur aus pazifistischen Gründen ablehnten — die Notwendigkeit, ihn aus einem Konflikt zwischen Imperialisten in einen Kampf zwischen Klassen zu verwandeln, nicht sehend —, hatte Lenin die Vernachlässigung oder verharmlosend-umfälschende Umdeutung der Marx-Engelsschen Formel von der Diktatur des Proletariats energisch bekämpft.

Als die Februarrevolution ausbrach, war er mit der Materialsammlung für sein diesem Kampfe gewidmetes Buch *Staat und Revolution* beschäftigt. Die Polemik gegen Kautsky, der die Notwendigkeit einer systemati-

⁴⁾ I. Deutscher, *Stalin* (New York, 1949) 131 f.

⁵⁾ *Briefe über Taktik* (geschrieben im April 1917 nach seiner Ankunft in Petrograd): „Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anweisung für Aktion, sagten immer Marx und Engels; sie machten sich mit Recht lustig über das Auswendiglernen und einfache Wiederholen von Formeln, die im besten Falle nur allgemeine Aufgaben angeben können. Diese Aufgaben werden geändert durch die konkreten ökonomischen und politischen Aufgaben jeder besonderen Phase des historischen Prozesses“ (Soč. XX, 100). (Alle Übersetzungen aus Lenins Werken sind von mir gemacht. W. G.)

schen Gewaltanwendung durch das Proletariat für die Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus nicht sah und umgehen wollte, beweist, daß Lenin die Ergreifung und Anwendung der politischen Macht für die Entwicklung zum Sozialismus als entscheidend ansah. Das zeigt auch seine während des Krieges geschriebene Schrift über den Imperialismus. Die praktische Bedeutung dieses stark von Hobson und Hilferding bestimmten Werkes besteht darin, zu betonen, daß die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus revolutionäre Aktionen notwendig mache, und auf der anderen Seite zu erklären, warum Teile der Arbeiterbewegungen von den Imperialisten sich bestimmen lassen: sie werden an deren Profiten, die sich aus der Ausbeutung der Weltmärkte ergeben, durch Bestechungen beteiligt. Es war für Lenin selbstverständlich, daß der Weltkrieg von 1914 ein Kampf zwischen imperialistischen Gruppen war⁶⁾. Ein Kompromiß mit ihnen, jede Konzession an Vaterlandsverteidigung durch Sozialisten erschien ihm als Verrat, und ein humanitärer Pazifismus, der nicht sah, daß nur ein mit Hilfe von Gewaltanwendung der Diktatur des Proletariats errungener Sieg des Weltproletariats Frieden bringen könne, als eine Mischung zwischen Unehrllichkeit und Schwäche. Ihm genügte nicht die allgemeine Kriegsabsage der Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916); er vertrat die sogenannte Zimmerwalder oppositionelle Linke⁷⁾, welche nur in einer konzessionslosen, politischen und revolutionären Überwindung aller imperialistischen Gruppen die Sicherung des Friedens sah.

Seine Interpretation und Anwendung des Marxismus war außer durch seine Stellung zur Diktatur des Proletariates, zu Krieg und Imperialismus auch durch seine russischen Erfahrungen geformt worden. Die Betonung, daß eine disziplinierte, von einer einheitlichen Doktrin bestimmte, straff organisierte Partei notwendig sei, hatte entscheidend zur Herausbildung des Bruches zwischen Bolschewisten und Menschewisten auf dem Londoner Parteitage von 1903 beigetragen. Lenin hatte während der Revolution von 1905/06 eine Diktatur von Arbeitern und Bauern verlangt, welche die Revolution in der richtigen Richtung vorantreiben sollte. Ansichten, welche meinten, daß im zurückgebliebenen Rußland die bürgerlichen Re-

⁶⁾ Das grundlegende erste Dokument für diese Deutung des Weltkrieges ist die von Lenin verfaßte Resolution einer Gruppe von Sozialdemokraten über die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Kriege vom Anfang September 1914 (Soč., XVIII, 44 f.).

⁷⁾ Vgl. die Beschreibung der Haltungen des Sozialpazifisten Martov und Lenins in F. Dan, *Proischoždenie bolševizma* (New York, 1948), 447 f. Das Buch des ehemaligen Menschewistenführers steht dem Bolschewismus wohlwollend gegenüber.

formen erst durch die Bourgeoisie verwirklicht werden sollten, wurden von ihm bekämpft und abgelehnt⁸⁾.

Als im Jahre 1917 die ersten dürftigen, sehr allgemeinen Nachrichten über den Sturz Nikolaus II. Lenin erreichten, stand für ihn gleich das Programm und damit die Richtung der praktisch auf Machtergreifung gerichteten Aktionen fest⁹⁾. Kein Vertrauen für die provisorische Regierung, die nur eine Vertretung kapitalistischer Interessen (der Miljukov und Gučkov) und der sie unterstützenden verräterischen Pseudosozialisten (Čeidse, Plechanov, Ceretelli, Kerenski) ist; mitleidloser Kampf nicht nur gegen die verräterischen Rechtssozialisten, sondern auch gegen die schwankenden, die Unsicherheit des Kleinbürgertums ausdrückenden und verstärkenden Vertreter der sozialistischen Mittelgruppen; alle Macht den Sowjets; die Partei solle dafür sorgen, daß sie die Mehrheit in den Massen und den Sowjets auf ihre Seite bringe durch Aufklärung und rücksichtslose Enthüllung der Untaten kapitalistischer Führer aller Länder, also auch der provisorischen Regierung und der sie unterstützenden Sozialpatrioten und Pazifisten.

Die Forderung: „alle Macht den Sowjets“, welche die Revolution für die Massen vorantreiben würden, dafür sorgend, daß volksfeindliche Einrichtungen wie Armee und Bürokratie verschwinden und die Bauern das Land der Großgrundbesitzer durch Nationalisierung erhalten sollten, wurde durch Berufung auf Marx und Erfahrungen der ersten russischen Revolution begründet. Einerseits wies Lenin auf die Marxsche Analyse der Pariser revolutionären Kommune als eines über die formale bürgerliche Demokratie hinausreichenden politischen Regimes hin¹⁰⁾, anderseits betonte er, daß in der russischen Wirklichkeit die Sowjets dieser Kommune entsprächen. Daher verlangte er den Übergang vom dualistischen Regime, in dem provisorische Regierung und Sowjets nebeneinanderstanden, zu einem Regime, in dem die Sowjets allein die Revolution vorantreiben und bestimmen würden.

Lenin hat nicht das geringste Vertrauen zu den die Sowjets zunächst beherrschenden gemäßigten Sozialisten; er ist empört, als ihn das Gerücht erreicht, daß ein bolschewistischer Vertreter, Muranov, mit der proviso-

⁸⁾ Vgl. die eingehende Analyse bei Dan a. a. O.

⁹⁾ Bereits in dem Entwurf der Thesen vom 17. (4.) März wird die provisorische Regierung auf das schärfste kritisiert (Soč., XX, 9 f.) und im ersten *Briefe aus der Ferne*, geschrieben am 20. (7.) März, wird der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten als Keimzelle der Arbeiterregierung gepriesen (Soč., XX, 18).

¹⁰⁾ Z. B. im dritten *Briefe aus der Ferne*, geschrieben am 24. (11.) März 1917, (Soč., XX, 35) in den Briefen über Taktik (a. a. O. 104).

rischen Regierung zusammenarbeite¹¹⁾). Aber er betont doch, daß man die in Rußland nach der Februarrevolution bestehenden Freiheiten für die gegen die herrschenden Mächte¹²⁾ — kapitalistische Liberale und gemäßigte Sozialisten — gerichtete Aktivität ausnützen müsse. Es ist auch beachtenswert, daß er in seinen vor der Rückkehr nach Rußland geschriebenen Artikeln sehr stark das weltrevolutionäre Moment hervorhebt. Die russische Februarrevolution sei ein erster Sieg der antiimperialistischen Weltbewegung; dieser Sieg sei nicht einer besonderen Qualifikation des russischen Proletariats¹³⁾, sondern objektiven Umständen — der besonderen Unfähigkeit des Zarismus, dessen Sturz schließlich von den Imperialisten gefordert wurde und den russischen Niederlagen im Kriege gegen Deutschland — zuzuschreiben. Er lehnt die Auffassung ab, daß der Sozialismus in Rußland gleich verwirklicht werden könne; wohl könne aber die Entwicklung, die Zerschlagung reaktionärer Institutionen vorangetrieben und damit ein Werk vollendet werden, welches die Bourgeoisie nicht vollenden wolle. Lenin glaubt, daß der Krieg durch den Sturz der Kapitalisten in allen Ländern beendet werden müsse, und er tritt für unmittelbare Aktionen der Massen ein, für Schaffung einer Massenmiliz, welche das alte der zaristisch-bourgeoisen Klassenherrschaft dienende Heer ersetzen solle.

Während Lenin seine Ansichten in den „Briefen aus der Ferne“, die in der Pravda erschienen, darlegt, ist er damit beschäftigt, seine Rückkehr aus der Schweiz nach Rußland zu ermöglichen; die westlichen Alliierten wollen sie ihm, dem Kriegsgegner, nicht gestatten. Schließlich gelingt es ihm, den Vorschlag, den sein menschwistischer Gegner Martov zuerst gemacht hat, zu verwirklichen. Er ist einer der Passagiere jenes Zuges, in dem russische Revolutionäre das kaiserliche Deutschland durchqueren, um über Schweden und Finnland nach Petrograd zu gelangen. Er sucht sich durch sorgfältig formulierte Protokolle im voraus gegen die Behauptung, daß er und seine Gefährten ein Instrument Deutschlands seien, zu sichern.

¹¹⁾ Brief an Ganeckij vom 30. (17.) März 1917 (Soč., XX, 53): „Jede Annäherung mit der grundfalschen, grundschildlichen sozialpazifistischen Position . . . ist schädlich für die Arbeiterklasse, gefährlich, unzulässig“.

¹²⁾ Diese Position ist bereits in den Thesen vom 17. (4.) März 1917 angedeutet (a.a.O. 77).

¹³⁾ Für diese Auffassung ist besonders charakteristisch der Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter vom 8. April (26. März); da heißt es: „Dem russischen Proletariat ist die große Ehre zugefallen, die Reihe der Revolutionen zu beginnen, die mit objektiver Notwendigkeit vom imperialistischen Kriege erzeugt werden. Aber uns liegt der Gedanke absolut fern, das russische Proletariat für das erwählte revolutionäre Proletariat unter der Arbeiterschaft anderer Länder zu halten“ (Soč., XX, 68).

Die berühmten Aprilthesen, die er nach seiner Ankunft in der damaligen russischen Hauptstadt vorlegt, sind nur eine Ausarbeitung des bereits in der Schweiz gleich nach der Februarrevolution entworfenen Programms. Entscheidend ist der Nachdruck, der auf Machtergreifung durch die Sowjets und auf die bedingungslose Absage an alle Sozialpatrioten und Pazifisten gelegt wird. Allerdings weiß Lenin, daß er und seine Partei in den Sowjets in der Minderheit sind. Aber die Formel von der Notwendigkeit, die Massen aufzuklären, ist doch nur ein Ausdruck für den Willen, zur Herrschaft zu kommen. Die Massen sollen in die rechte Richtung gebracht werden.

Doch Lenin wird von seiner eigenen Partei, von den „alten Bolschewisten“ einschließlich Stalins, zuerst nicht verstanden, wie Trotzki in seiner Geschichte der russischen Revolution mit offensichtlicher Schadenfreude betont¹⁴). Einige Bolschewisten spielen sogar mit dem Gedanken, eine sozialistische Einheitspartei zusammen mit Sozialpatrioten und Pazifisten zu schaffen. Lenin wird vorgeworfen, daß er die bürgerliche Revolution zu früh als abgeschlossen betrachte. Er muß immer wieder hervorheben, daß „nicht die Einführung des Sozialismus unsere unmittelbare Aufgabe sei“¹⁵), sondern nur der Übergang zur Kontrolle der gesellschaftlichen Erzeugung und Verteilung der Produkte durch die Arbeiterschaft. Er kann seinen Vorschlag, den radikalen Bruch mit den Sozialpatrioten durch Umbenennung der Partei — sie soll fortan Kommunistische Partei heißen — auszudrücken, nicht durchsetzen. Sein Programm, die Partei von allen Sozialpazifisten durch Ablehnung der Stockholmer Sozialistenkonferenz abzugrenzen — Lenin spricht bereits von der Notwendigkeit, eine 3. Internationale zu schaffen —, wird verworfen. Er muß sich über den Mangel an Disziplin, der in der Partei herrscht, beklagen¹⁶). Aber er setzt sich durch — die Aprilthesen werden zur Grundlage der Parteitätigkeit. Und die Massenagitation gegen die provisorische Regierung und ihre pseudosozialistischen Verbündeten, für das Ende des imperialistischen Krieges und die Verteilung des Landes der Gutsbesitzer, die Lenin sofort nach seiner Ankunft in der Finnlandstation von Petrograd begonnen hat¹⁷), wird immer stärker entfaltet.

¹⁴) L. Trotzki, *History of the Russian Revolution*, (Vol. I, New York, 1932) 299 f.

¹⁵) Rede auf der Beratung der Bolschewisten in Petrograd vom 17. (4.) April 1917 (Soč., XX, 81).

¹⁶) Resolution des Zentralkomitees vom 22. April 1917. In dieser Resolution wird die Losung für das Volk: „Nieder mit der provisorischen Regierung“, als verfrüht abgelehnt, da das revolutionäre Proletariat noch nicht genügende Unterstützung seitens der Massen besitze (Soč., XX, 224 f.).

¹⁷) Vgl. die oft zitierte klassische Schilderung von Lenins Ankunft bei Suchanov, a. a. O. Band III, Kap. I.

Man muß, um Lenins Taktik und Methoden zu verstehen, erfassen, was für eine politische Wirklichkeit sich unter den Formeln der Resolutionen und marxistischen, theoretischen Erörterungen birgt. Lenin betont, daß er nicht für einen Separatfrieden sei; er verkünde nur die Notwendigkeit des Sturzes aller Imperialisten und ihrer Werkzeuge, einschließlich derer im eigenen Lande. Nicht ein Friedensangebot an die feindliche imperialistische Führung soll erfolgen, sondern ein Appell an alle werktätigen Massen, den Kampf einzustellen, um ihre imperialistischen Regierungen zu stürzen. Aber es ist klar, daß diese Parole die Kampfkraft des russischen Heeres schwächen, zum Mißtrauen gegen ihre Offiziere und Zusammenbruch der Disziplin führen muß. Die Ablehnung des Separatfriedens erscheint in der Propaganda nur als eine Sicherung gegen die Anklage, daß die bolschewistische Partei eine Agentin deutscher Interessen sei; im Herbst dreht die bolschewistische Agitation den Spieß um, — sie klagt die Reaktionäre an, die Übergabe Petrograds an Deutschland vorzubereiten, um den Sieg der revolutionären Massen zu verhindern¹⁸⁾. Die Parolen gegen die Gutsbesitzer sind geeignet, die Bauernmassen zu mobilisieren, die an einer unmittelbaren Selbstverwaltung des Volkes durch die stets abberufbaren Sowjetvertreter und die Arbeitermiliz wenig interessiert sind¹⁹⁾.

Bestimmend ist für Lenins Taktik der Wille zur Macht und der Glaube, aktiv die Entwicklung bestimmen zu können. Dadurch erlangt er eine entscheidende Überlegenheit allen anderen, die Februarrevolution bejahenden Gruppen gegenüber. Diese Gruppen wollen die Macht mehr oder minder der Bourgeoisie überlassen. Sie begnügen sich mit Scheinkontrollen und radikalen Formeln, sie wagen nicht zu handeln, während Lenins Partei die Massen mobilisiert, die Entwicklung vorantreibt und bereit ist, die Macht zu ergreifen, um eine neue Welt zu schaffen. Hinter Lenins Formeln von der Notwendigkeit, alle Macht den Sowjets zu geben, hinter der vorsichtig ausgedrückten Skepsis gegenüber der kommenden verfassungsgebenden Nationalversammlung²⁰⁾ — Lenin macht sich keine Illusionen darüber, daß seine Partei in ihr nicht die Mehrheit haben wird —

¹⁸⁾ Lenins Brief an das Zentralkomitee, vom 12. bis 14. September (Soč., XXI, 193 f.).

¹⁹⁾ Vgl. Lenins Aufruf *Soldaten und Land*, vom 15. April 1917, in dem die Bauern aufgefordert werden, von den Soldaten, die ja selber meistens Bauern sind, unterstützt, das Land der Gutsbesitzer an sich zu reißen (Soč., XX, 171).

²⁰⁾ Im April 1917 hatte Lenin die rasche Einberufung der Nationalversammlung verlangt, aber mit einer Garantie: Festigung der Macht der Sowjets, „Organisierung und Bewaffnung der Arbeitermassen — die einzige Garantie“ (Soč., XX, 139). Im Briefe an das Zentralkomitee vom 12. bis 14. Oktober: *Warum die Bolschewisten die Macht übernehmen müssen*, schreibt Lenin: „Es ist naiv, auf eine „formale“ Mehrheit für die Bolschewisten zu warten. Keine Revolution tut das.“ (Soč., XXI, 194).

birgt sich der Glaube an eine totale Revolution, die systematisch vorangetrieben werden muß. Putsche unter ungünstigen Verhältnissen werden abgelehnt. Diesem Glauben gegenüber versagen alle Berufungen auf die Gesetze der Entwicklung, die Unreife der Massen, die Unmöglichkeit, den Krieg einseitig zu beenden.

Die Taktik Lenins nach der Februarrevolution bis zur Machtergreifung wird von zwei Zielen bestimmt.

Die Massen müssen entfesselt und in Bewegung gesetzt werden — dies ist das erste Ziel. Eine Normalisierung der Verhältnisse, eine Stabilisierung, die in dem Sich-zufrieden-geben mit liberaldemokratischen Freiheiten bestehen würde, soll dadurch verhindert werden. Immerhin, Lenin wagt nicht den vollständigen Bruch mit dem in marxistischen Kreisen traditionellen Glauben an die Notwendigkeit, den Sozialismus erst aus einer bourgeois-kapitalistischen Epoche entstehen zu lassen. Daher spricht er nicht vom Sozialismus, sondern nur von einer Kontrolle der Bourgeoisie durch das Volk, die Arbeiterschaft. Er wagt nicht, die Nationalversammlung offen abzulehnen, wenn er auch die Notwendigkeit, alle Macht den Sowjets zu geben, betont.

Aber seine Losungen können doch so gebraucht werden, daß sie elementaren Masseninstinkten entsprechen. Ihnen entspricht vor allem die berühmte, von Lenin geprägte Agitationsformel: Stehlt das Gestohlene — nehmt der Bourgeoisie das weg, was sie weggenommen hat. Utopische Vorschläge für die Wahl aller Offiziere, für Massenverbrüderung der Armeen, um den imperialistischen Krieg zu beenden, rechtfertigen Disziplinlosigkeit und die Weigerung etwa der Petrograder Garnisonkräfte, an die Front zu gehen.

Was Lenins Resolutionen und Schriften von denen anderer Parteien unterscheidet, ist ihr Zusammenhang mit Masseninstinkten. Sie können zur Forderung jener Anarchie verwandt werden, in der für die Massen der Sinn der Revolution besteht, während die anderen Parteien von Entwicklungsvorstellungen bestimmt sind, die eine bestehende Ordnung der Anarchie entgegensetzen. Sie wollen etwa mit der Landverteilung bis zur Nationalversammlung warten, den Krieg in Einvernehmen mit den Verbündeten beenden, welche die Formel „ohne Reparationen und Annexionen“ wirklich annehmen sollen.

Dagegen ist es Lenins Absicht, die Massen so in Bewegung zu setzen und zu halten, daß alle bestehenden Institutionen und Machtorgane — einschließlich der von der Februarrevolution geschaffenen — ihre Grundlagen verlieren; die einmal begonnene Revolution, die im Verschwinden der

traditionellen Autorität des Zaren offenbar geworden ist, soll nicht aufhören. Das verlangt nicht nur die Lage in Rußland, sondern in der gesamten Welt; für Lenin ist die russische Entwicklung ein Teil der Weltrevolution. Ohne den Konflikt zwischen den Imperialisten wäre es nicht zum Sturze Nikolaus II. gekommen; die Westmächte begünstigten 1917 diesen Sturz, während die Kapitalisten 1905/06 für das alte Regime eintraten²¹⁾. Jetzt gilt es, die Entwicklung voranzutreiben, den Krieg der Imperialisten in einen Bürgerkrieg zwischen der Bourgeoisie und den proletarischen Massen zu verwandeln.

Aber die Entfesselung der Massen ist nur eines der beiden Ziele; das andere Ziel besteht darin, diese Entfesselung zu dirigieren, sie für die Machtergreifung und Herrschaft einer bestimmten Gruppe, der Partei, zu benutzen. Auch hier muß man die Wirklichkeit jenseits der Formeln sehen. Weil es für Lenin selbstverständlich ist, daß zwischen dem wahren Massenwillen und der Partei kein Widerspruch bestehen kann, formuliert er diesen Glauben nicht direkt, bewußt-systematisch. Er zeigt sich in seinen Hinweisen darauf, daß die Massen für die Machtergreifung reif sein müssen, und in der Ablehnung eines blanquistischen Putschismus. Er kommt zum Ausdruck in jener berühmten Erklärung auf dem ersten allrussischen Kongreß, in der Lenin — zur Überraschung der Anwesenden — sagt, daß seine Partei bereit sei, allein die Macht zu ergreifen und auszuüben²²⁾.

Die Massen-anarchie, von der Partei entfesselt und gelenkt, muß zur Herrschaft *einer* Partei führen. Diese Partei ist der legitime Machttträger, weil sie um die richtige Entwicklung weiß, die dem Massenwillen entspricht und der Ausbeutung durch Bourgeoisie und Gutsbesitzer wie der Massenschlächtereie durch die imperialistischen Kriege ein Ende bereitet.

Die Partei entfaltet sich im Kampfe und in ständiger Bewährung. Aus ihr scheiden ständig Verräter und Schwankende aus, jene z. B., die sich mit Menschewisten im April einigen wollen, oder die, welche in der letzten Periode vor der Machtergreifung im Oktober vom bewaffneten Aufstand zurückscheuen. Lenin ist bereit, in die Partei jene aufzunehmen, die wie Trotzki²³⁾ und seine Freunde, die Menschrayonzen ungeachtet

²¹⁾ Vgl. den ersten *Brief aus der Ferne* (Soč., XX, 13).

²²⁾ Rede vom 4. Juni 1917: „Unsere Partei ist jede Minute bereit, die Macht ganz zu übernehmen“ (Soč., XX, 482). Vgl. auch Suchanov, a. a. O. IV, 232.

²³⁾ Lenin hat Trotzki in einer Anmerkung zu den *Thesen für eine Parteikonferenz* (geschrieben am 1. bis 6. Oktober 1917) für seine Haltung in den Julitagen und für seinen Anteil an der Vereinigung der Menschrayonzen mit den Bolschewisten sehr gelobt (Soč., XXI, 289). Diese Anmerkung ist in der 4. Auflage von Lenins Werken, Bd. 26 (Moskau, 1949) einfach fortgelassen. Andere Defekte dieser Auflage, die die Benutzung der 2. und 3. Auflagen weiterhin unentbehrlich machen, sind bei D. Shub a. a. O. S. 401 aufgezählt.

ihrer Häresien in der Vergangenheit jetzt an der Machtergreifung im Interesse der zum Sozialismus führenden Revolution beteiligen wollen.

Man könnte einwenden: Doch warum duldet Lenin Diskussionen? Also ist die Partei nicht eine einheitliche, der Führung gehorchende Gruppe? Die Diskussionen sind für Lenin nur Mittel, seine Entscheidungen und Aktionsprogramme durchzusetzen. Er weiß, daß er sie nicht aufzwingen kann — er hat den dafür notwendigen Machtapparat nicht. Aber es ist für ihn selbstverständlich, daß er die wahre Linie vertritt — wer gegen ihn ist, ist ein Verräter, Opportunist. Die wahre Doktrin und Praxis sind ihm, wie er glaubt, stets bekannt, auch wenn er bereit ist, Vorschläge — die nicht entscheidend sind — zurückzustellen, wie etwa den über die Umbenennung der Partei.

Aber es wäre doch falsch, Lenins Partei einfach nur als ein Instrument zynischer Machtbehauptung und Eroberung anzusehen. Sie ist nicht nur vom marxistischen Entwicklungsschema bestimmt, das immer wieder in ihrer Terminologie zum Ausdruck kommt, sondern auch von inhaltlichen Vorstellungen wie dem Glauben an die Notwendigkeit, von Massen unterstützt zu werden, keine Kompromisse mit Sozialpatrioten und Pazifisten zu schließen, und der Überzeugung, daß die russische Entwicklung und Weltrevolution zusammenhängen. Noch ist die Doktrin trotz aller Machtkämpfe und Taktik ein echter Glaube, nicht eine Sammlung von Formeln, die je nach der Lage von der Führung interpretiert werden; noch ist es unvorstellbar, daß die Partei allein alle Öffentlichkeit bestimmen wird, daß es keine Möglichkeit geben wird, aus ihrem Machtbereich — wenigstens da, wo sie den Staat erobert hat — zu entfliehen. Der Totalitarismus liegt erst in der Zukunft, ist noch nicht Wirklichkeit. Es muß noch um und für die Macht gekämpft werden, denn noch ist die Macht nicht erobert.

★

★

★

Wie ist die Machteroberung in Rußland erfolgt? Die Aprilthesen erlaubten der Partei, sich an die Spitze der sich ausbreitenden anarchischen Bewegungen zu stellen. In der Beseitigung des annexionistischen Programmes vertretenden Außenministers Miljukov spielte die bolschewistische Partei noch keine entscheidende Rolle; diese Aktion bewies nur, daß auch gemäßigte Sowjetvertreter ihre Macht in einer Probe bewähren und zeigen

wollten²⁴⁾. Aber bereits im Juni/Juli werden von der Partei Versuche gemacht, die Massen für ihre eigenen Ziele in Bewegung zu setzen; allerdings geschieht es mit halbem Herzen; halb treiben die radikalen Elemente der Arbeiterschaft und der Matrosen die Parteiführung, halb werden sie von ihr benutzt²⁵⁾.

Noch ist es möglich, einen aktiven Widerstand gegen die Bolschewisten zu organisieren; die Demonstrationen in Petrograd führen nicht zum Sturz der provisorischen Regierung, sondern zum Ende der ungehemmten legalen Aktivität der Partei. Lenin flieht aus Petrograd und lebt in Finnland unter falschem Namen; Trotzki wird verhaftet. Noch ist der Glaube an die Autorität der Koalition zwischen liberalen und gemäßigten Sozialisten nicht erloschen; die Anklagen gegen den verräterischen Charakter der bolschewistischen Führung wirken, trotz der Unzulänglichkeit des dokumentarischen Beweismaterials.

Der Fehlschlag der Julidemonstrationen ruft Lenins Erklärung hervor, daß die Losung „Alle Macht den Sowjets“ modifiziert werden müsse. Denn die damalige, von Ceretelli geführte Mehrheit in den Sowjets, die aus Menschewisten und Sozialrevolutionären besteht, stelle sich offen auf die Seite der Konterrevolution; sie rufe reaktionäre Generale und ihre Soldaten zu Hilfe, um die Bolschewisten zu besiegen. Die Periode der dualen Macht, in der provisorische Regierung und Sowjets nebeneinander bestehen, kann nicht durch die Periode, in der die Sowjets allein herrschen, auf friedliche Weise abgelöst werden. Denn die augenblickliche Sowjetmajorität hat sich zum Instrument der kapitalistisch-imperialistischen Gruppen, welche auch die provisorische Regierung bestimmen, entwickelt; die Exponenten der kleinbürgerlichen Elemente sind offen zur Bourgeoisie übergegangen²⁶⁾. Lenins Losung ist nun: Für die Diktatur der proletari-

²⁴⁾ Der Rücktritt Miljukovs wurde durch Demonstrationen erzwungen; sie wurden durch seine Note vom 18. April an die Alliierten hervorgerufen, in der er erklärte, daß Rußland den Krieg an ihrer Seite bis zum Siege unter Beobachtung aller eingegangenen Verpflichtungen führen werde. Diese Note wurde von den Sowjetpolitikern als eine Absage an das Prinzip des Friedens ohne Annexionen und Reparationen angesehen. In der von Lenin verfaßten Resolution des Zentralkomitees seiner Partei vom 22. April wird erklärt: „Die Organisation unserer Partei, der Zusammenhalt proletarischer Kräfte haben sich klar als unzureichend während der Krisentage erwiesen“ (Soč., XX, 224).

²⁵⁾ Eine gute knappe Übersicht über die Juni/Juli-Demonstrationen gibt I. Deutscher 145 f; vgl. auch Kap. II in D. Shub a. a. O.

²⁶⁾ Vgl. Lenins gleich nach den Julitagen geschriebenen Artikel *Lehren der Revolution*, in welchem der Niedergang der mit der Bourgeoisie zusammenarbeitenden Menschewisten und Sozialrevolutionäre beschrieben wird. Schließlich haben sie durch die Verwendung reaktionärer Truppen dem Bonapartismus das Tor geöffnet (Soč., XXI, 76).

schen Massen, deren Avantgarde die bolschewistische Partei ist, die auch die Interessen der Bauern verwirklichen werde.

Lenin betont, daß nach den Julitagen die Klassegegensätze sich verschärft haben und daß die früher von ihm als möglich angesehene friedliche Entwicklung durch Übergang aller Macht an die Sowjets als Organe revolutionärer Entwicklung unwahrscheinlich geworden ist. Und er hebt hervor, daß jetzt, nachdem offene Maßnahmen gegen die Partei getroffen, ihre Führer verhaftet werden oder sich wie er selber der Verhaftung durch Flucht entziehen müssen, eine Kombination legaler und illegaler Methoden wie unter dem Zarismus 1912/14 mehr als je notwendig geworden ist²⁷⁾. Es muß mit allen Mitteln für die Machteroberung gekämpft werden; denn die Frage: Wer übt die Macht aus?, ist — wie Lenin öfters formuliert — die entscheidende Frage der Revolution. Man dürfe sich nicht von konstitutionellen Illusionen²⁸⁾ betören lassen, etwa sich auf die kommende verfassungsgebende Nationalversammlung verlassen, oder sich davon beeindrucken lassen, daß andere Parteien und nicht die bolschewistische die Mehrheit haben. Es komme nicht auf die faktische Mehrheit an, sondern auf die Avantgarde, welche für die Interessen der Massen kämpfe.

Eine Wendung zugunsten der Partei bringt nach der Krise in den Julitagen der Kornilovputsch Ende August. Nach den Julitagen und dem Scheitern der Kerenskijoffensive in Galizien begann sich in Kreisen des Bürgertums — auch unter denen, die die Februarrevolution als Liberale begrüßt hatten — der Ruf nach einem starken nationalen Führer zu erheben, der wieder Ordnung schaffen müsse. Aber auch in den Massen machte sich Feindschaft gegen das neue Regime geltend. Antisemitische Blätter, welche den starken Anteil von Juden in der Führung aller sozialistischen Parteien ausnutzten, fanden eine steigende Verbreitung. Suchanov

²⁷⁾ Die Kombination legaler und illegaler Arbeit wird von Lenin in einer am 10. Juli geschriebenen Analyse der politischen Lage verlangt (Soč., XXI, 27). Er wendet sich auf das schärfste gegen alle konstitutionellen und republikanischen Illusionen. Wenn er auch noch später die Möglichkeit einer friedlichen Übernahme der Macht durch die von Bolschewisten geführten Sowjets gelegentlich erwähnt hat, so betont er doch immer eindringlicher nach den Julitagen die Notwendigkeit eines mit allen Mitteln zu führenden Kampfes um die Macht. Sie muß den Bonapartisten durch das revolutionäre Proletariat, d. h. die Partei entrissen und zur Erfüllung der Massenwünsche — Beendigung des Krieges, Landverteilung — benutzt werden.

²⁸⁾ Vgl. Lenins Artikel vom 26. Juli, der gegen drei konstitutionelle Illusionen gerichtet ist: man müsse die jetzige Lage als einen Übergangszustand betrachten, der Zusammentritt der Nationalversammlung werde die normale Ordnung bringen; man müsse die menschewistisch-sozialrevolutionäre Sowjetmajorität als Inhaber der realen Macht ansehen; man müsse Gewaltmaßnahmen gegen Bolschewisten — z. B. die Schließung der Pravda — als zufällige, ungesetzliche Zwischenfälle betrachten (Soč., XXI, 48 f.).

berichtet, wie z. B. der Sowjetjournalist Steklov systematisch dafür angegriffen wurde, daß er ursprünglich Nachamkes hieß. Kerenskij, der nach den Julitagen Ministerpräsident geworden war, enttäuschte; er machte auf einer von ihm einberufenen Versammlung von Repräsentanten der russischen Gesellschaft in Moskau einen schlechten Eindruck; Konservative waren gegen ihn von vorneherein eingenommen, weil er zu sehr mit der Februarrevolution verbunden war. Zum Kandidaten für den Ordnungsdiktator wurde der Oberbefehlshaber der Armee, General Kornilov, erhoben. Es ist nicht klar, wie weit Kerenskij über seinen geplanten Putsch im voraus unterrichtet war; schließlich erklärte er sich, als Kornilov Truppen nach Petrograd in Marsch setzte, offen gegen ihn. Der Putsch brach zusammen; die Truppen, welche Petrograd besetzen sollten, verweigerten den Gehorsam, von revolutionären Agitatoren, die sie unterwegs antrafen, beeindruckt²⁹⁾. Aber die Niederlage Kornilovs war kein Sieg Kerenskij's. Kerenskij hatte revolutionäre Komitees zur Hilfe gerufen und eine rote Miliz schaffen lassen; die Bolschewisten wirkten an den Maßnahmen gegen Kornilov mit; ihre verhafteten Führer, wie Trotzki und Kamenev, wurden aus dem Gefängnis entlassen. Kerenskij verlor endgültig das Vertrauen des Offizierkorps, und die gemäßigte Führung in den Sowjets wurde gestürzt. Trotzki wurde Vorsitzender des Petrograder Sowjets, und auch im Moskauer Sowjet erlangten die Bolschewisten die Führung.

Der Kornilovputsch steigerte noch die schon vorher herrschende Anarchie in der Armee und Verwaltung. Kerenskij's Regierung suchte krampfhaft nach einer Basis, die sie legitimieren würde. Aber selbst das von ihr zusammenberufene Vorparlament³⁰⁾ — eine Vertretung von Vertretern der Parteien und Verbände — lehnte ein Vertrauensvotum für sie ab; Ceretelli, der als Hauptverfechter für die Zusammenarbeit zwischen Sowjets und provisorischer Regierung und der Koalition zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien gewirkt hatte, zog sich in seine kaukasische Heimat zurück.

Die Entwicklung der Anarchie und das Fehlen einer starken Regierung wurde von dem unter Decknamen lebenden Lenin mit Forderungen einer Machtergreifung durch einen bewaffneten Aufstand begleitet. Es war selbstverständlich, daß diese Machtergreifung des Proletariats und der

²⁹⁾ Vgl. die Analyse des Kornilovputsches und seiner Folgen in P. Miljukov, *Rossija na perelome*, Bd. I, Paris 1927, 101 f.

³⁰⁾ Vom 14. bis 22. September tagte ein von der Regierung zusammenberufener demokratischer Rat. Am 7. Oktober trat das Vorparlament zusammen.

armen Bauern die Machtergreifung der Partei sein würde. Lenin scheute sich nicht festzustellen, daß Rußland früher durch 130 000 Agenten des Zaren, vor allem die Klasse der Gutsbesitzer, mit Hilfe eines gegen die Massen gerichteten Terrors regiert wurde, und daß es daher durchaus möglich sein sollte für die 240 000 Bolschewisten, die Macht zu übernehmen, die sie für die Armen und gegen die Reichen ausüben würden³¹⁾.

Er verkündete, daß diese Machtergreifung die Wünsche der Massen nach Frieden, der Bauern nach Landverteilung und der Arbeiter nach Kontrolle des Wirtschaftslebens erfüllen würde. Er erklärte, daß die Zerschlagung des alten Machtapparates und Konzentrierung der Macht in Händen der Massen durch Ausschaltung der Kapitalisten (u. a. durch Nationalisierung der Banken) allein den drohenden völligen Zerfall verhindern und durch eine neue positive Ordnung überwinden könne. Die Revolution in Rußland würde von Revolutionen in anderen Ländern begleitet werden; vor allem erwartete er, daß revolutionäre Entwicklungen in Deutschland das Ende des imperialistischen Krieges bringen und eine Ablehnung des von der proletarischen Regierung Rußlands angebotenen Friedens unmöglich machen würden.

Die Forderung nach Machtergreifung durch bewaffneten Aufstand wird von ihm als den objektiven Verhältnissen entsprechend bezeichnet. Wenn man die augenblickliche Lage nicht ausnutze, werde die Gegenrevolution die Macht an sich reißen. Die Massen seien revolutioniert — wie die Änderung in den Majoritätsverhältnissen vor allem der Sowjets von Moskau und Petrograd beweise; es komme darauf an, diesen Aufschwung zu benützen, auch wenn man keine formale Mehrheit habe; die neue Regierung werde die Bauern auf ihre Seite ziehen, da sie deren Wunsch nach Konfiskation des Landes der Gutsbesitzer erfüllen würde. Die Gegner seien heute unsicher, schwankend — man müsse nur zuschlagen, da man über Machtinstrumente wie die Sowjets und ihre revolutionären Komitees, die Garnison von Petrograd und die in Kronstadt konzentrierte Flotte verfüge. Lenin wird nicht müde, in zahlreichen Briefen und Artikeln, die er im September und Oktober 1917 verfaßt, die Notwendigkeit eines recht baldigen bewaffneten Aufstandes zu predigen³²⁾. Man könne nicht warten, bis

³¹⁾ *Werden die Bolschewisten die Staatsmacht behaupten?* (geschrieben im September; Soč., XXI, 264).

³²⁾ Lenins technische Vorschläge für seine Durchführung werden nicht angenommen, wie Stalin ausdrücklich bemerkt (J. Stalin, *Sočinenija*, Bd. IV, Moskau, 1947, 317 f.). Über die Vorbereitung der Oktoberrevolution, I. Deutscher a. a. O. 158 f; D. Shub 237 f.

die Nationalversammlung gewählt sei; man könne nicht den Aufstand bis zum Zusammentreten des zweiten allrussischen Sowjetkongresses im Oktober verschieben. Bolschewistische Delegierte sollen sich nicht am Geschwätz von pseudoparlamentarischen Körperschaften beteiligen, sondern ihre Zeit für praktische Organisationsarbeit in Fabriken und Kasernen benutzen.³³⁾ Er droht aus dem Zentralkomitee auszutreten, wenn seine Forderung des Aufstandes nicht erfüllt wird³⁴⁾; er verlangt, daß Sinovjev und Kamenev als Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen werden, als sie sich öffentlich gegen den Beschluß des Zentralkomitees, den Aufstand für die Machtergreifung durchzuführen, wenden. Der Aufstand wird am Tage vor dem Zusammentritt des Sowjetkongresses erfolgreich durchgeführt — die provisorische Regierung hat keine nennenswerten Truppen zur Verfügung — und die Bildung der neuen Regierung, des Rates der Volkskommissare unter Lenin, auf dem Kongreß proklamiert.



Welchen Momenten ist Lenins Erfolg zuzuschreiben, der ihn aus dem seit Jahren im Ausland lebenden, auch in Rußland nicht allzu bekannten sozialistischen Sektenführer und Schriftsteller zum Herrn des in der Oktoberrevolution entstandenen Sowjetregimes machte? Der Versuch, diese Frage zu beantworten, trägt auch zur Erkenntnis der Gründe bei, die es dem Sowjetregime erlaubt haben, nicht nur sich zu behaupten, sondern zu einer Weltmacht zu werden, die ihren Schatten über die ganze Erde wirft.

Lenin ist zweifellos ein Mann, der an das marxistische Entwicklungsschema, ohne auch nur leiseste Zweifel zu haben, als absolute Wahrheit glaubt. Sozialismus ist für ihn eine Gesellschaftsordnung, die sich zwar aus der bestehenden entwickeln wird, also nicht zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen durch ein Fiat geschaffen werden kann, aber Sozialismus ist doch auch den bestehenden Ordnungen der bürgerlich-liberalen wie der feudal-absolutistischen Welt radikal entgegengesetzt. Lenin betont die Notwendigkeit der allumfassenden politischen Macht, um den Sozialismus

³³⁾ Lenins Artikel vom 24. September 1917: *Helden der Fälschung* (Soč., XXI, 214).

³⁴⁾ In einem erst 1925 von Trotzki publizierten Teile seines Artikels vom Anfang Oktober *Die Krise ist reif geworden* erklärt Lenin, daß, wenn man weiter mit der Machtergreifung zögere und bis zum Zusammentritt des Sowjetkongresses warte, er nach Austritt aus dem Zentralkomitee sich an die Parteimitglieder wenden werde.

vorzubereiten und zu verwirklichen. Es gibt für ihn keine Kompromisse mit den von Imperialisten geführten Kriegen; er nimmt die von der 2. Internationale gefaßten, gegen kommende Kriege gerichteten Beschlüsse so ernst, daß er sich zunächst geweigert hat zu glauben, die deutsche, von ihm besonders geschätzte Sozialdemokratie könne für die Kriegskredite gestimmt haben³⁵⁾. Es ist für ihn selbstverständlich, daß die provisorische Regierung von Anfang an kein Vertrauen verdiene. Der Sozialismus werde durch eine totale Revolution kommen; sie müsse mit allen Mitteln, also auch mit Gewalt und Terror, die Gesellschaft umbilden, sich nicht mit politischen Reformen, welche die wirklichen Machtverhältnisse unverändert lassen, begnügen.

Es ist für Lenin selbstverständlich, daß er und seine Partei — die einzigen echten revolutionären Marxisten — die Macht haben und ihre Anwendung bestimmen müssen. Dieser Glaube an totale Revolution und dieses Wissen um die Gruppe, die sie durchzuführen berufen ist, gibt Lenin die entscheidende Überlegenheit nach den Februartagen. Die objektiven Voraussetzungen sind endlich da, um die neue, für den Sozialismus wirkende Macht zu schaffen³⁶⁾. Das Regime Nikolaus II. ist verschwunden. Die Massen sind in Bewegung geraten; die sie zusammenhaltende traditionelle Autorität ist nicht mehr vorhanden. Die Stunde ist gekommen, eine neue zu schaffen, welche die elementaren Wünsche und Sehnsüchte der Massen zu erfüllen bereit, und doch zugleich fähig ist, die Grundlagen für eine neue, Gehorsam findende und erzwingende Macht zu schaffen. Für Lenin erscheint die Entwicklung von der Februarrevolution zur Oktoberrevolution als eine Entwicklung, die von einer auf der Macht von kleinen Gruppen (Gutsbesitzer, Kapitalisten, Bürokratie) und Ausnutzung von traditionellem Aberglauben beruhenden Gewalt über eine Periode, in der kleinbürgerliche Elemente zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwanken, zu einer neuen Autorität führt. Diese Autorität sind für Lenin — wie seine Resolutionen und Schriften immer wieder betonen — die Massen selber.

Die Zwangsapparate des über die Massen herrschenden, ihre Interessen nicht vertretenden Staates sollen verschwinden — das Heer, die Bürokratie, die bourgeoise Presse usw. Lenin scheint ein Anarchist zu sein,

³⁵⁾ Er hielt die Nachrichten für eine Fälschung (D. Shub, a. a. O. 130).

³⁶⁾ Besonders charakteristisch sein Brief vom Anfang September an das Zentralkomitee: *Marxismus und Aufstand*. Er sucht in ihm zu zeigen, daß jetzt im Unterschiede zu den Julitagen die objektiven Vorbedingungen für eine dauernde Machtergreifung da sind. (Soč. XX, 125 f.)

der an die allmächtige Güte und Spontaneität der Massen glaubt. Gerade diese Haltung sichert ihm den Massenerfolg. Die Soldaten können unter Berufung auf die bolschewistischen Losungen alle Disziplin aufgeben, die Arbeiter sich weigern, den Anordnungen der kapitalistischen Fabrikleiter zu folgen; die Bauern werden „neutralisiert“, da die Bolschewisten, mit denen sie sonst keine Sympathie haben, die sofortige Übernahme des Landes der Gutsbesitzer rechtfertigen. Aber Lenin ist in Wirklichkeit doch kein Anarchist. Die Entfesselung der Massen ist nur eine Methode der Machtergreifung; gewiß, er betont, daß er im Ziele mit den Anarchisten einig ist — der Staat wird absterben —, aber dieses Ziel kann nur mit Hilfe der systematischen Anwendung der Diktatur des Proletariats erreicht werden.

Wo ist das Proletariat und sein Wille zu finden? Das Proletariat ist die bolschewistische Partei: Die Partei aber — die durch Lenins Willen und Programm bestimmt wird — entwickelt eine biegsame Taktik. Die Doktrin ist eine Anweisung zur Aktion, und die Aktion muß mit gegebenen Verhältnissen rechnen. Erst müssen Massen entfesselt werden, von ihrem Irrglauben an die Führer der Februarrevolution, an die gemäßigten, d. h. verräterisch-geschwätzigen Sozialisten befreit werden, ehe ein direkter Kampf für die Macht möglich ist. Dieser Kampf kann ferner erst dann beginnen, wenn die Chancen für eine dauernde Machtergreifung und Machtbehauptung gegeben sind. Lenin glaubte, daß während der Julidemonstration diese Chancen fehlten, daß sie aber vorhanden waren im September-Oktober. So war er gegen den Versuch einer Machtergreifung im Juli — jedenfalls nicht direkt dafür —, während er mit aller Energie für den bewaffneten Aufstand nach dem Kornilovputsch kämpfte. Die utopische Entwicklungsdoktrin läßt die Partei als eine für die Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfende Armee erscheinen; ihre Führung muß alle Situationen sorgfältig abwägen und alle objektiven Faktoren für ihren Endsieg ausnutzen. Zu diesen objektiven Faktoren gehörten im Februar 1917 liberale Bourgeois, die aus Angst vor einem Separatfrieden das zaristische Regime bekämpften, und im August Kerenskij und gemäßigte Sozialisten, die sich gegen Kornilov wandten.

Aber man darf sich nicht von diesen objektiven Faktoren, die einer bestimmten vorübergehenden Lage entsprechen, beherrschen lassen; man darf sich nicht als Verbündeter der antizaristischen Bourgeois und der die Kornilovdiktatur verwerfenden Sozialpatrioten aufführen. Die Entwicklung, der Kampf geht weiter, die Partei ist nur durch ihr Ziel, die Machtergreifung für die Massen, bestimmt, aber nicht durch Rücksichten auf

die, mit denen sie nichts Positives, nur die Feindschaft gegen momentane Gegner gemeinsam hat³⁷⁾.)

Lenin, der bei seiner Ankunft in Petrograd selbst in der bolschewistischen Partei isoliert zu sein schien, gewann den Krieg um die Macht, weil er sowohl die innere Logik der russischen revolutionären Bewegung wie die Einstellung der Massen der Revolution gegenüber auf seiner Seite hatte. In der bolschewistischen Partei besaß er eine solche Autorität, daß trotz aller Diskussionen und Schwankungen die Unterführer seine Deutungen der Lage annahmen. Die gemäßigten Sozialisten — die Menschewisten der verschiedenen Gruppen und die Sozialrevolutionäre — wurden durch den Zwiespalt zwischen ihren revolutionären Versprechungen und ihrem Willen, eine Anarchie zu vermeiden, gelähmt. Sie stimmten einer Politik zu, die Entscheidungen wie die Agrarreform bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung vertagte. Sie glaubten an Entwicklungsschemen, die der Bourgeoisie einen entscheidenden Einfluß ließen, aber andererseits ihr doch keine wirkliche Macht gewähren wollten. Sie waren für einen Frieden ohne Annexionen und Reparationen, aber doch nicht gewillt, mit den Verbündeten zu brechen. Sie waren gegen die Bolschewisten, aber Stalin konnte sich mit Erfolg an Čeidse³⁸⁾, den von Lenin auf das schärfste angegriffenen menschewistischen Führer des Sowjets, wenden, um die Einstellung einer gegen die Bolschewisten gerichteten Pressekampagne zu erreichen.

Die Logik der russischen revolutionären Bewegung ist gegen die sozialistischen Gegner der Bolschewisten. Es scheint, als ob die Ceretelli, Dan, Černov die revolutionäre Entwicklung durch Ankündigungen, Kompromisse, Koalitionen, halbe Maßnahmen aufhalten wollen, ohne sie ganz aufzugeben. Lenin drückt immer wieder seine Verachtung für diese Schönredner und Verfasser vager Resolutionen aus, diese Meister der revolutionären Phrase, die sich vor Aktionen fürchten. Sie haben keinen Sinn für die entscheidende Bedeutung der Macht, die Lenin immer wieder betont, und stehen hilflos — fassungslos der sich ausbreitenden Massen-anarchie gegenüber.

Die sich allmählich sammelnden Kräfte der Ordnung, zu denen enttäuschte liberale Kreise wie reaktionäre Gegner der in ihren Augen anti-

³⁷⁾ Typisch die während des Kornilovputsches am 30. August geschriebenen Sätze: „Die Regierung Kerenskij's dürfen wir sogar jetzt nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: Also kein Kampf gegen Kornilov? Natürlich, ja. Aber das ist nicht ein und dasselbe; da gibt es eine Grenze. Wir kämpfen gegen Kornilov wie auch gegen Kerenskij's Armeen, aber wir unterstützen nicht Kerenskij, wir enthüllen seine Schwäche.“ (Soč., XXI, 116).

³⁸⁾ Soč., XXI, 9 f. Artikel vom 5. Juli.

russischen Februarrevolution zählen, haben keinen starken Mann, der sie mit Erfolg zu führen vermag.

Das liberale Bürgertum hat nicht Gewicht genug, um den Zusammenbruch der Disziplin zu verhindern; die Unfähigkeit Nikolaus II. hat die Monarchie und damit die traditionelle Autorität zu sehr diskreditiert. Manche Vertreter der Ordnung hoffen, daß eine kurze Herrschaft der Bolschewisten die entscheidende Wendung bringen werde. Die Bolschewisten werden sich, so meinen sie, als unfähig erweisen, die Macht zu behaupten, nachdem sie Kerenskij gestürzt haben. Jener gegenrevolutionäre Offizier, der wie Trotzki berichtet³⁹⁾, half, Kerenskij's Versuch Petrograd wiederzuerobern, zu verhindern, ist für diese Haltung bezeichnend.

Lenins Politik vom Februar bis Oktober kann als eine die Massen-anarchie vorantreibende, auf Machteroberung durch die Partei gerichtete Förderung permanenter Revolution charakterisiert werden. Utopische Erwartungen und Versprechungen stehen im Vordergrund und spielen eine große Rolle, nicht nur als Appelle an Gläubige des Sozialismus, sondern vor allem als Rechtfertigungen der Massenbewegung gegen alle Ordnung und Disziplin. Lenin glaubt, daß die russische Revolution nur eine erste Etappe der das Ende des imperialistischen Krieges herbeiführenden Revolutionen sei; er verkündet, daß die Sowjets mit ihren imperativen Mandaten eine unmittelbare Volksregierung bringen werden.

Alle diese utopischen Deutungen der Lage und Versprechungen haben sich nicht erfüllt; sie sind durch die Realität der die Macht für sich allein erobernden und ausnutzenden Partei verdrängt worden. Nachdem die Partei an der Macht war, wurde es für ihre Machtbehauptung notwendig, einen Separatfrieden zu schließen und Ordnung und Disziplin zu betonen. Schon vorher hatte Lenin angekündigt, daß die Bolschewisten „oborony“, Vaterlandsverteidiger werden würden, wenn sie als Vertreter der Diktatur des Proletariats die politische Macht in ihren Händen hätten. Diese Wandlung hat die Geschichte des Sowjetregimes bestimmt. Die Weltrevolution wurde, je länger sie auf sich warten ließ, mehr und mehr zu einer Funktion der Sowjetmacht. Der Sowjetstaat wurde immer mehr betont, sein Übergangscharakter trat immer mehr zurück. Die utopischen Elemente des Programms — Absterben des Staates, Verschwinden der Bürokratie usw. — wurden immer mehr aus der Geschichte entfernt, nicht mehr als Forderungen, die bald verwirklicht werden würden, angesehen, sondern nur als

³⁹⁾ L. Trotzki, 1917, Sočinenija, Bd. 2, S. 100 (Moskau, 1922), beschreibt die entscheidende Rolle des Obersten Walden. Er hatte einen solchen Haß gegen Kerensky, daß dies ihm eine zeitweilige Sympathie für uns einflößte.

Rechtfertigungen und Grundlagen der unumschränkten Ein-Partei-Herrschaft.⁴⁰⁾ Die Partei selber wurde immer mehr zentralisiert, von der Spitzenführung abhängig gemacht; der Zentralismus, den Lenin als einen bolschewistischen Grundzug bezeichnet hatte, immer mehr verstärkt. Aber diese Entwicklung erfolgte im Namen der Doktrin, welche den Massen Freiheit und bestimmende Aktivität versprach; nach der Machtergreifung diente sie nur dazu, durch Hinweis auf die Zukunft die Gegenwart zu rechtfertigen. Die Schemata der marxistisch-leninistischen Entwicklungslehre erlaubten und legitimierten bis zum Oktoberumsturz eine Ausnutzung der Masseninstinkte; nach den Oktobertagen aber erlaubten und legitimierten sie die Errichtung und Durchbildung einer totalen Macht der Partei über die Massen, und schließlich der Parteiführung über die Partei.

War Lenin ein Zyniker, der diese Entwicklung voraussah und für den die Doktrin nur ein Mittel zum Zweck, zur Machtergreifung war? Mir scheint, daß diese Fragestellung einen wesentlichen Zug des Leninismus, wie er die Machteroberung 1917 und dann das Sowjetregime bestimmte, übersieht. Die Doktrin beschreibt nur die großen Züge der Entwicklung. Die Einzelheiten, die Methoden der Verwirklichung überläßt sie der Praxis. Lenin hat immer betont, daß man aus der Praxis zu lernen habe. Man findet bereits 1917 bei Lenin eine Polemik gegen den Mißbrauch von Marxzitaten, die Betonung, daß man die jeweiligen Verhältnisse, Beziehungen zwischen Klassen usw. analysieren und entsprechend handeln müsse. Die Partei entfaltet sich im Kampfe für die Macht und die Machtbehauptung. Damit sind natürlich Wendungen im Interesse der Macht gerechtfertigt. Nur muß diese Macht nicht mit anderen Gruppen geteilt werden, denn die Partei allein bestimmt den Weg zum Sozialismus — und so ist die Partei allem Konstitutionalismus, der sie daran hindern würde, zu bestimmen, was der Normalzustand ist, fern und feindlich.

Die totale Kontrolle durch die Partei und ihre Führung ist das Resultat einer Doktrin, die zur Ausschaltung der Macht von Sondergruppen und zur Herrschaft der Massen führen soll. Die Partei wird als die Allgemeinheit, die Masse, das Werkzeug der Gerechtigkeit hingestellt. Das hindert sie natürlich nicht daran, besondere Lagen auszunutzen — erst der unerwartete Zusammenbruch des zarischen Systems machte die Eroberung der Macht möglich — und faktische Machtverhältnisse zu kalkulieren.

⁴⁰⁾ Vgl. meinen Artikel: *From Lenin to Stalin, The Review of Politics*, Notre Dame, Indiana, Juli 1950. (Mit Erweiterungen auch im Sammelbande — *The Soviet Union*, Notre Dame, Indiana 1951.)

Lenins Methoden der Machteroberung von 1917 sind charakteristisch für eine geplante Revolution, die einmalige Umstände auszunutzen weiß und deren Formeln an den bestehenden Machtverhältnissen orientiert sind. Sie vereinigt in einer Weise, die ihr Führer selber nicht durchschaut, eine Doktrin mit bestimmten inhaltlichen Forderungen auf der einen Seite und eine klare Erkenntnis der sich ändernden Machtverhältnisse und Möglichkeiten auf der anderen Seite. Die irrige Einschätzung der Weltlage, der Glaube an die Weltrevolution, die den Weltkrieg beenden würde, schaden nicht; sie intensivieren im Gegenteil nur die machttaktisch richtige Einschätzung der russischen Lage. Die allgemeine Doktrin dient als Grundlage einer besonderen Praxis; der Internationalist Lenin legt selber, ohne es zu ahnen, die Grundlagen des Sowjetnationalismus. Er hatte erwartet, daß das Sowjetregime das erste, nicht einmal bedeutendste Kind der Weltrevolution sein würde — in Wirklichkeit ist es zum vorbildlichen und Nachahmung wie Gehorsam heischenden Vater der weltrevolutionären Aktionen geworden. Denn der weltrevolutionäre Glaube Lenins brachte nicht die Weltrevolution, sondern schuf das Sowjetregime. Die kommunistischen Weltrevolutionäre müssen daher den Erfahrungen der Sowjetmacht und -politik folgen; diese spielen heute die gleiche Rolle wie für Lenin 1917 die Pariser Kommune, wie sie von Marx interpretiert worden war. Die Sowjetgeschichte wird zu einem universalen Lehrbuch⁴¹⁾ und das russische Vorbild von 1917 verbindlich für die gesamte Welt. Lenins Methoden von 1917 sind daher nicht eine Angelegenheit, die nur für den mit Rußland Befassten von Interesse ist. Für Lenin schien die Weltrevolution die russische Entwicklung zu bestimmen — er sah diese Entwicklung im Zeichen der durch den imperialistischen Krieg aufgeworfenen Probleme; heute ist umgekehrt die Weltrevolution von der Sowjetpolitik abhängig. Ihr entscheidendes Anliegen ist die Verteidigung und Machterweiterung des Reiches Stalins.

⁴¹⁾ Das ist die Bedeutung der amtlichen *kurzgefaßten Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (seit 1938 in vielen Auflagen und Sprachen verbreitet). Für den Historiker ist sie nur ein Dokument, das zeigt, wie Stalin Geschichte sieht.

Rußland und die abendländische Welt

Zum Problem der Kontinuität in der russischen Geschichte

Die russische Revolution hat noch nicht ihren Tocqueville gefunden, der die Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung Rußlands durch den gewaltsamen Bruch der Revolution hindurch in gültiger Form erfaßt hätte. Aber auch vor Stalins Bekenntnis im Jahre 1945 zur Vergeltung für die Niederlage der Zarenflotte bei Tsushima vier Jahrzehnte zuvor war den Nachbarn wie der übrigen Welt die Kontinuität der russischen Außenpolitik vom Zarenreich zur Sowjetunion bewußtgeworden.

Ebenso einsichtig ist die Erfahrung, daß mit dem Sieg der Bolschewiki eine neue Kraft in das Weltgeschehen getreten ist, die den Anspruch auf Weltgeltung erhebt und sich im Gegensatz zu den Gesellschaftsformen aus abendländisch-europäischer Tradition und Gesittung stellt.

Die Frage nach den historischen Wurzeln dieser Spannung führt zu der Feststellung, daß das viel diskutierte Thema „Rußland und das Abendland“ oder „Rußland und Europa“ nicht nur ein Kulturproblem ist, als das es das 19. Jahrhundert vorwiegend erkannt hat, sondern zugleich ein Machtproblem, gebunden an den kontinentalen Raum zwischen Europa und Asien.

Es liegt in der besonderen isolierten Situation der Erforschung der ost-europäischen Geschichte, dem Mangel an Quellen und dem nur kleinen Kreis freier Forscher begründet, daß jede neue Fragestellung weithin Neuland betritt und daß es noch vieler Einzelforschung bedarf, um mit gesicherten Ergebnissen arbeiten zu können. Das sollte aber nicht davon abhalten, neue Probleme zur Diskussion zu stellen, wenn diese zur Aufhellung des Geschichtsbildes beitragen und zur weiteren Forschung anregen können. Dieses Ziel hat sich der vorliegende Überblick gestellt, der zur Verdeutlichung der Grundlinien eine gewisse Vereinfachung in Kauf zu nehmen gezwungen ist*).

Zu Beginn mögen einige Hinweise genügen, um die Kontinuität und Besonderheit der Machtentwicklung zu kennzeichnen, die von dem

*) Diesem Beitrag liegt ein Vortrag vor dem J. G. Herder-Forschungsrat in Marburg am 18. Oktober 1950 zugrunde. Mit Rücksicht auf die Vortragsform und Themenstellung wurde auf kritische Hinweise und Dokumentation verzichtet.

Moskauer Großfürstentum des ausgehenden 14. Jahrhunderts über die Petersburger Periode und durch die russische Revolution trotz des zweimaligen radikalen Traditionsbruches zur Moskauer Weltmacht der Gegenwart hinführt.

Wir werden davon ausgehen müssen, daß das Moskauer Großfürstentum im Wolga-Oka-Raum unter der Mongolenherrschaft entstanden ist, d. h. zu einer Zeit, als die russisch-ostslawischen Stämme nicht nur kirchlich, politisch und wirtschaftlich vom Abendlande weitgehend isoliert waren, sondern auch der alte Zusammenhang mit der hohen Kultur und der Rechtsordnung des Byzantinischen Reiches unterbrochen war. Auch die russische Kirchenprovinz, die Metropole „von Kiew und Allrußland“ war ohne die hierarchische Führung durch die Mutterkirche auf sich selbst verwiesen gewesen. Gefördert durch die eigene Kirchensprache war das Bewußtsein einer eigenen russischen Kirche entstanden. Als Moskau gegen Ende des 15. Jahrhunderts sich von der Abhängigkeit lösen konnte, stand es nicht in einem größeren politischen Zusammenhang wie die Länder des Abendlandes, nicht in einer weiteren Ordnung der Völker, sondern bildete, abgeschlossen in den Wäldern der sarmatischen Ebene, kulturell und politisch eine Welt für sich. Trotzdem werden wir diesen Kern einer neuen Macht am Ostrande des slawischen Siedlungsgebietes zwar nicht zum Abendlande, wohl aber zur Gestalt Europas rechnen müssen, wenn wir ihre Grundlagen: die ostslawische Bevölkerung, das Erbe der Warägerherrschaft und das byzantinische Christentum berücksichtigen — einen sich in Jahrhunderten entfaltenden Gegenpol des Abendlandes.

Über die Rolle der Mongolenherrschaft in der russischen Geschichte, den asiatischen, tatarischen oder orientalischen Charakter der russischen Autokratie als einer Fremdherrschaft über das eigentlich „demokratische“ russische Volk ist viel gestritten worden, und es wird noch mancher Untersuchung im Zusammenwirken mit Orientalisten und Byzantinisten bedürfen, um auf festem Boden zu stehen. Georg Vernadsky hat mit guten Gründen auch Wesenszüge der späteren russischen Herrschafts- und Sozialstruktur wie das Prinzip der Dienstpflicht aller Klassen, die Bindung des einzelnen in der dienenden Gruppe oder das alleinige Verfügungsrecht des Fürsten über den Boden aus Einwirkungen der Mongolenzeit abgeleitet.

Der besondere Charakter der Moskauer Entwicklung wird an dem Vergleich deutlich, den wir zu den westlichen Ländern des einstigen Kiewer Rußland ziehen können, die den Zusammenhang mit dem Abendland nicht verloren oder wiedergewonnen hatten: in Halitsch (Galizien) hatte sich in

Anlehnung an Polen und Ungarn die feudale Adelsstruktur verstärkt, während sich in Nowgorod und Pleskau im regen Verkehr mit der Hanse das genossenschaftliche, korporative Element der Stadtstaaten zu wirtschaftlicher und künstlerischer Blüte entfaltet hatte. Im Osten dagegen, im Moskauer Großfürstentum, das nicht im kernslawischen Siedlungsgebiet, sondern auf ostslawischem Kolonisationsboden entstanden war, bildete sich die bevorzugte monarchische Stellung des Fürsten heraus, sicherlich nicht aus dem Wesen des russischen Volkes und nicht aus religiösen Kräften heraus, wohl aber mit der Weihe der Kirche. Der Großfürst hatte sich der zentralen Machtmittel der mongolischen Verwaltung und des mongolischen Heerwesens zu bedienen gelernt, und das war ein neues Element im Vergleich zu der slawisierten warägischen Gefolgschaftsverfassung. Ihr verdankte er seine Überlegenheit über die anderen Teilfürsten und den Erfolg der Abwehr im Kampf gegen die Steppe.

Diesem Moskauer Staatswesen waren seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts zwei räumliche Entwicklungstendenzen, eine westliche und eine östliche, gleichsam vorgezeichnet. Seit der Übersiedlung des Metropoliten nach Moskau repräsentierte der Großfürst die Idee der Einheit der Länder des früheren Kiewer Rußland, die nach dem Verfall des dynastischen Zusammenhanges in erster Linie eine kirchliche Idee war, die der Einheit der alten Kirchenprovinz. Durch die Eingliederung der Länder des Dnjeprraumes in das großlitauische Reich war diese Einheit verlorengegangen und konnte nur im Kampf gegen Westen wiederhergestellt werden.

Das „Sammeln der Länder der Rus“, der Länder des Kiewer Rußland, ist seit den Kämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts um den Dnjeprraum, über die Teilung Polens und das Jahr 1920 bis zur Eingliederung der galizischen Ukraine und des westlichen Weißrutheniens im Jahre 1944 ein durchgehender Zug der Moskauer Westpolitik, wenn auch mit den verschiedensten Motivierungen, gewesen. Der Angliederung dieser westlichen Gebiete ist jeweils eine Angleichung an das Moskauer Zentrum gefolgt, wobei die Kirche bis in die Gegenwart mit der politischen Macht auf das engste zusammengewirkt hat.

Aber schon im 15. Jahrhundert gewann Moskau mit dem Zerfall des Mongolenreiches ein zweites, durchaus andersartiges, dem Osten zugewandtes Gesicht; denn seitdem trat der Großfürst und späterhin der Zar das Erbe des zerfallenen Mongolenreiches und seiner Nachfolger an. Über die Jahrhunderte hinweg erfüllte Moskau, bald drängend, bald abwartend, mehr nachstoßend als erobernd und jedes entstehende Machtvakuum

nutzend, den nördlichen Kontinent bis zum Pazifik und bis zur Mandchurei und gliederte die asiatischen Völker: die primitiven Stämme im Norden wie die Nachfahren einstiger Hochkulturen im Süden, dem Zarenreiche ein.

Der Kampf gegen die Steppe im Süden, gegen das Osmanenreich und seine Vasallen, ist die dritte Front des Moskauer Staatswesens, die es in der Verteidigung mannigfach mit dem Abendland zusammengeführt hat. Im Angriff gegen das Türkische Reich, im Streben nach den Meerengen wurde sie zu einer Quelle des Streites zwischen Westen und Osten.

Die von den landschaftlichen Gegebenheiten begünstigte territoriale Ausdehnung der Moskauer Macht auch nach dem Norden hat die Herrschaftsstruktur und Sozialverfassung bis zur Gegenwart entscheidend beeinflusst. Die von Otto Hoetzsch angewandte Fragestellung nach dem Zusammenhang von territorialer Erweiterung und Verfassungsentwicklung erweist sich als überaus fruchtbar bei der Untersuchung der Moskauer Autokratie. Denn Kriege und räumliche Expansion zwingen immer wieder zur zentralen Zusammenfassung aller Kräfte, zur Einebnung sozialer Differenzierungen, zur Beseitigung von regionalen oder ständischen Widerständen, zur freien oder zwangsweisen Kolonisation.

Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts war Moskau mit dem universalen Anspruch des „dritten Rom“ verbunden: nach dem Ende des großserbischen christlichen Reiches und dem Fall von Byzanz nahm der Zar nicht nur den Doppeladler in das Wappen, sondern erhob auch den Anspruch, Hüter des wahren Glaubens zu sein.

Als christliche Macht *sui generis*, getragen von einem Volk mit einheitlicher ostslawisch-christlicher Klosterkultur, steht das Moskauer Reich gesondert von der lateinischen Welt des Abendlandes. Trotz mancher dem abendländischen Feudalismus verwandten Züge ist die russische Welt ohne die Rezeption der Antike, ohne römisches Recht, ohne Renaissance und Humanismus von anderem Geiste durchdrungen, und das Gefüge der alten russischen Rechtsanschauung entbehrt der Macht der Kirche. Die Ostkirche hat sich niemals der Gestaltung des diesseitigen Lebens angenommen. Als ein nur Gott verantwortlicher Herrscher — vor dem kein persönliches Recht gilt — über ein Reich von historischen Ländern tritt der Zar mit hohem Geltungsanspruch auf den Kaisertitel wieder stärker in den Gesichtskreis des Abendlandes, des Papstes wie des Kaisers.

Die Zeit der Gegenreformation brachte mit den Kämpfen um den Dnjeprraum die intensivste nachbarliche Berührung zwischen dem russischen und dem polnischen Reich. Beginn das 17. Jahrhundert mit dem

weitesten Ausgreifen der polnisch-katholischen Macht nach dem Osten, so erfolgte nach der Mitte des Jahrhunderts der Gegenschlag, die Angliederung des Hetmanats der Ukraine mit Kiew, dessen orthodoxe Kirche, seit Jahrhunderten von Moskau getrennt, in regem Kontakt mit dem lateinischen Westen und dem orthodoxen Zentrum auf dem Athos gestanden hatte. Eine Reform der russischen Kirche, die den Wiederanschluß der russischen an die griechische Kirche zum Ziele hatte, war die Konsequenz. Eine tiefe Erschütterung der russischen Welt, die zum Raskol, der großen Kirchenspaltung führte, folgte dem ersten Heraustreten aus der isolierten Moskauer Welt.

Wenn Peter der Große schließlich den Eintritt in die europäische Staatenwelt sichtbar vollzog und die Absonderung des Moskauer Reiches beendete, so brachte dieser Schritt dem Zarenreiche den Anschluß an das damalige Zentrum der Weltpolitik, an den Kreis der christlichen Mächte, deren Unternehmen und Geist die Meere und die Welt umspannten. Ihre überlegenen Machtmittel auch für Rußland zu gewinnen, war nicht nur ein Akt der Selbsterhaltung nach außen, sondern auch nach innen: eine neue Legitimierung der russischen Autokratie durch den westlichen Absolutismus.

Der Prozeß der „Europäisierung“ Rußlands, der sich in verschiedenen Phasen bis in die Gegenwart hinein fortgesetzt hat, ist in seinem Wirkungszusammenhang, der Polarität von Ausstrahlung und Anziehung, von Rezeption und Abwehr, von Überlagerung und Verschmelzung, vorerst nur in wenigen Ansätzen geistesgeschichtlich und soziologisch untersucht worden. Als ein Teilproblem des gesamten Komplexes der Europäisierung der Welt bedarf er noch grundlegender Forschungen. Hier sollen nur zur Verdeutlichung zwei ihrem Wesen nach verschiedene Vorgänge hervorgehoben werden:

Den einen kann man eine „gelenkte“ Europäisierung nennen. Sie bestand in der Übernahme aller Mittel zur Steigerung der Macht des Zartums nach außen wie nach innen — vom Waffenschmied, Arzt, Bau- und Lehrmeister bis zur Übernahme von Institutionen und Staatsdoktrinen. Diesem „kontrollierten“ Import lag schon in der Auswahl eine ausgesprochene Zweckhaftigkeit der zarischen Macht zugrunde. Sie äußerte sich auch in der Wirtschaftspolitik, die den monopolartigen Charakter des zarischen Außenhandels vom Binnenhandel zu scheiden wußte.

Daneben aber vollzog sich ein anderer Vorgang, eine gewissermaßen „freie“, echte Europäisierung durch nachbarliche Berührung, durch

Osmose von Volk zu Volk. Es sind die „Einflüsse“ im eigentlichen Sinne des Wortes, die im west-östlichen Kulturgefälle aus dem Abendland durch Polen, Ungarn, die Moldau auf Ukraine und Weißrußland und durch diesen osteuropäischen Filter auch auf das Russentum eingewirkt haben. Ausstrahlungen der Reformation wie der Gegenreformation gehören hierzu wie auch das Vorbild des polnischen Adelswesens im 16. und 17. Jahrhundert für Lebensstil, Rechtsanschauungen und ständische Ambitionen des russischen Bojarentums und schließlich die ganze Fülle des abendländisch-europäischen Geistes seit der Aufklärung. In dieser freien Europäisierung wirkte ein Kulturprinzip durchaus im abendländischen Sinne.

Beide Vorgänge sind gewiß nicht voneinander zu trennen, sie verschmelzen oder kollidieren miteinander wie westliches Kultur- und östliches Machtprinzip. Peter mußte nicht nur gegen das alte Moskowitertum, sondern auch gegen die westlich beeinflussten ständischen Ansprüche des Bojarentums angehen, — die Aufnahme europäischer Ideale in der russischen Adelsjugend während der napoleonischen Feldzüge führte zum Dekabristenaufstand, und die Verbreitung liberaler, nationalistischer und sozialistischer westlicher Doktrinen bereitete der Zarenherrschaft den Untergang. Die Aufnahmebereitschaft für freie Europäisierung ist unter dem Russentum zu allen Zeiten vorhanden gewesen. Die entsprechende Gegenmaßnahme der Herrscher gegen dieses westliche Gift war von alters her Absperrung, Zensur und Kontrolle der Ausländer.

Seit Peter ist das Zarenreich als europäische Macht aufgetreten und hat im Aufstieg zur Weltmacht westliche Zivilisation und Technik über den asiatischen Kontinent verbreitet. Die „Verähnlichung“ (Hegel) des alten, zwischen einem Imperium und einer Nation stehenden Moskauer Reiches mit einem „Staate“ des absolutistischen Zeitalters hat die russische Autokratie zwar theoretisch und auch institutionell von oben her umgedeutet, aber in der russischen Rechtsauffassung und Gesellschaftsstruktur keine Entsprechung gefunden. Die Staatsdoktrinen von Peter über die aufgeklärte Katharina bis zu den Verfassungsexperimenten Alexanders I. haben zwar nivellierend im absolutistischen Sinne gewirkt, ohne aber die Vorstellung von der ausschließlichen Verantwortung des Zaren vor Gott im russischen Denken zu ersetzen.

Die Begriffe und Institutionen des abendländisch-europäischen Staatslebens, die in Rußland Anwendung fanden, deckten jeweils andere Inhalte. Die entscheidenden Elemente abendländischer Rechtsauffassungen, die aus gemeinsamer Wurzel zur Grundlage der vielgestaltigen abendländischen Staatenwelt geworden sind, haben in Rußland bei allem Bekenntnis

zur europäischen Kultur keine Wurzeln fassen können. Das Erbe der Antike, Renaissance und Humanismus konnten nicht nachgeholt werden. Mit der Entstehung einer breiteren europäisch gebildeten Schicht beginnt deshalb eine Übersichtung russischer durch westliche Züge, ein doppelter Rhythmus des Neben- und Nacheinander, des Gleichzeitigen und des Späteren, der zum konstitutiven Element des russischen Geisteslebens geworden ist. Man wird die besondere Dynamik der hieraus resultierenden Spannung in der Sozialstruktur Rußlands begründet finden, wird diese aber nicht mit der oft überschätzten Divergenz zwischen dieser europäischen Oberschicht und dem idealisierten, „unberührten“ russischen Volk der Slawophilen gleichsetzen dürfen.

Im Zeitalter des Absolutismus, des Naturrechts und des Merkantilismus konnte dem säkularisierten Abendland das ferne Petersburger Zartum unter der Zerbster Prinzessin und der Holsteiner Dynastie weithin nur als eine besondere östliche Abart des Absolutismus erscheinen, wie auch seit der Restaurationszeit der trennende Unterschied durch die Monarchensolidarität überdeckt wurde. Aber es war nur der Zar, der als Kaiser des Reiches der abendländisch-europäischen Völkerrechtsgemeinschaft angehörte, nicht Rußland. Von Katharina zu Alexander I. und Nikolaj I. führt deshalb das Bestreben, sich nicht mit der Stellung Rußlands als Glied des europäischen Staatenzusammenhanges zu begnügen, sondern es in Übereinstimmung mit dem russischen Reichsgedanken zum Mittelpunkt eines eigenen politischen Systems zu machen. Die Politik der Satellitenstaaten war dabei ein altes, vornehmlich östliches Moskauer Prinzip. Das Petersburger Rußland hat ja auch nach Peter nicht nur im europäischen, sondern auch in einem asiatischen Zusammenhang gestanden. Es hat zwar stets seine asiatische Politik, „in der nur das Gesetz der Macht galt“ (Nesselrode), von der europäischen „Politik der Verträge“ zu trennen gewußt, oft auch die Andersartigkeit der Grundsätze und Methoden betont; aber sie haben aufeinander abgefärbt und der russischen Diplomatie ihre besondere Beweglichkeit verliehen. In Asien ist das Petersburger Rußland bis zum ersten Weltkrieg in doppelter Eigenschaft aufgetreten: als eine der europäischen Kolonialmächte und zugleich als kontinentales Nachbarland mit besonderer politischer Tradition.

Im abendländischen Europa ist der Eintritt Rußlands in das europäische Staatensystem nicht immer unbestritten geblieben. Die Vorstellung von einer „russischen Gefahr“ ist im Abendland wiederholt aufgetaucht, seitdem der erste Hilferuf des Ordenslandes vergeblich erschallte. Manchen

erschien auch Peter als ein „neuer Türke“. Aber immer wieder waren es europäische Mächte, die durch Bündnisse und Koalitionspolitik das Zarenreich in die europäischen Händel zogen, so daß Rußland sein westliches Vordringen seit Peter wohl ebenso der europäischen Zwietracht verdankte wie eigenem aktivem Vorgehen.

Mit dem Absinken der französischen Königsmacht beginnt der Aufstieg Rußlands zur führenden Macht des Kontinents. Polen ist das Barometer dieses veränderten Kräftestandes. Nach dessen Auflösung erscheint gegen das Jahrhundertende zum ersten Male die Vorstellung von einem systematischen Vordringen Rußlands, „von einer Verschwörung Rußlands gegen Europa“. Napoleon hat sie mit dem „Testament Peters des Großen“ ausschmücken lassen. Er zog 1812 den Trennungsstrich zwischen den „zivilisierten Nationen“ und Rußland, das er in „die Steppen Asiens“ verwies. Weiterhin hat die polnische Emigration im Westen immer wieder gegen die Mächte des Wiener Kongresses den Vorwurf erhoben, Polen an Asien verraten zu haben. Die erneute Steigerung der russischen Macht nach dem Frieden von Adrianopel und vornehmlich ihr Einfluß auf das östliche Mittelmeer veranlaßten den Franzosen Esneaux 1831 schon von der „drohenden Weltherrschaft Rußlands“ zu sprechen.

Neben dem Chor der Liberalen aller Länder, die in Rußland nur das „Reich der Knute“, den Hort des Rückschritts sahen, stand das vielgelesene Reisebuch des Marquis de Custine (1839), der mit französischem Kulturbewußtsein polemisch über Rußland berichtete: „Als europäisches Land ist es eine lächerliche Phantasie seiner Fürsten und ihrer Höflinge. Die Russen haben von allen Dingen den Namen und von keinem die Sache selbst. Ihr ganzer Reichtum besteht in Aushängeschildern.“

Weniger geschichtsphilosophische Konsequenz als eine unbestimmte Vorstellung von der Besonderheit Rußlands außerhalb der germanisch-romanischen Welt läßt Schelling (1829) an seinen russischen Schüler Odojewski schreiben: „Ich weiß nicht, wozu Rußland vorbestimmt ist, aber ich bin sicher, daß es etwas Großes sein wird“, oder Hegel sich im gleichen Jahre über Rußland äußern: „in seinem Schoße trägt es eine ungeheure Möglichkeit von Entwicklung seiner intensiven Natur“. Hinzu kommt seit Herder in den verschiedenen Konzeptionen die These von der Zukunftsmission der Slawen. Es waren nicht wenige Stimmen dieser Art, wenn der Hegelianer Rosenkranz sich 1842 gegen den, wie er sagt, „verbreiteten und viel Unheil stiftenden Satz“ wendet, „daß die Russen sich zu den Germanen verhalten wie die Römer zu den Griechen — und also

unser Schicksal, von den Russen unterjocht zu werden, unabwendbar sei“.

Unter den Konservativen, die ihre Blicke nach Rußland wenden, steht der westfälisch-preußische Agrarpolitiker Freiherr von Haxthausen an erster Stelle, der (1847) in dem „gesunden Organismus“, in den von westlichen Einflüssen unberührten ländlichen Zuständen die Gewähr dafür sieht, „daß Rußland von denjenigen revolutionären Richtungen, die in diesem Augenblicke Europa bedrohen, von Pauperismus, Proletariat und den Doctrinen des Communismus und Socialismus“ nichts zu fürchten habe. Alexis de Tocqueville, der die nivellierende Wirkung der russischen Autokratie erkennt, stellt dann die weltpolitische Prognose, daß eine „unabwendbare Demokratisierung und Zentralisierung der Menschheit“ in Rußland und in den Vereinigten Staaten ihre Vollendung finden werde. „Der Amerikaner appelliert an den Eigennutz des einzelnen und setzt den Energien und dem gesunden Menschenverstand des Individuums keine Schranken; der Russe vereinigt alle Autorität in einer Hand. Das Hauptwerkzeug des einen ist die Freiheit, das des anderen die Knechtschaft.“

Diese weltgeschichtliche Sicht von der Macht und der Eigenart Rußlands, die auf dem Kontinent — in England fehlen solche Stimmen wohl ganz — nach der Julirevolution auf konservativer Seite mehr einem Krisengefühl als realer Einsicht entspringt, ist nach dem Krimkrieg aus dem europäischen Bewußtsein verschwunden. Die Stärke Rußlands hatte sich als trügerisch erwiesen, und in der Reformära öffnete es selbst seine Tore der westlichen Freiheit. Der Kontinent aber erhielt durch Bismarck und Cavour eine feste Mitte.

Zur gleichen Zeit, da in dem von revolutionären Bewegungen erschütterten Westen kulturkritische Äußerungen lautgeworden waren, wurde das Thema „Rußland und Europa“ zum Zentralproblem des in Rußland entstehenden Geschichtsbewußtseins und der Ausgangspunkt der nationalen und revolutionären Ideologien, die zur bolschewistischen Revolution hingeführt haben.

Der Volksstolz der Russen ist ein sehr altes und starkes Element, das im Kirchlich-Religiösen, in der gemeinsamen Liebe zur Heimat und zur Muttersprache seine Wurzeln hat. Es ist viel älter als jede Volkstumsideologie, die seit Schläzer und Herder die kleineren slawischen Völker zum Selbstbewußtsein weckte. Und sicherlich ist es seit dem 17. Jahrhundert mit einem ausgesprochenen Bewußtsein der Größe und der Macht verbunden.

Trat doch der Russe den asiatischen Völkern des Reiches stets als Träger der höheren Kultur und der zarischen Macht gegenüber.

Das Bewußtsein, der mächtigsten Nation des Kontinents anzugehören — und doch kulturell und wirtschaftlich vom Westen abhängig zu sein, ja, von ihm verachtet zu werden, hat den Stolz des russischen Adels seit den napoleonischen Kriegen oft verletzt. Das Gespenst der Kolonisierung Rußlands durch den Westen geht durch alle nationalen und radikalen Strömungen hindurch bis zur Oktoberrevolution, die dann ausdrücklich als eine Befreiung aus diesem Kolonialdasein angesprochen wird. Und seit Puschkin taucht wiederholt das Bild von einem Rußland auf, das zusammen mit den noch stummen, von Rußland erweckten Völkern Asiens gegen das alte Europa sich wenden werde. Diesen irrationalen Vorentscheid wird man bei vielen russischen Spekulationen voraussetzen müssen.

Muß und soll Rußland, so lautet die Frage, an letzter Stelle nun auch den Weg des Westens gehen? — nach Joseph de Maistre den Weg der universalen christlichen Zivilisation, — nach russisch-slawophiler Auffassung, die sich immer mehr verdichtet, den Weg des glaubenslosen Rationalismus zur bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassenkämpfen und ihrem Proletariat. Oder besitzt Rußland, das bisher in seiner steinernen Ruhe von dem ewigen Antagonismus der Völker und Klassen und von der Zerrissenheit des Westens verschont geblieben ist, die Fähigkeit, einen anderen Weg als der Westen zu gehen? In der Philosophie Hegels und Schellings fanden sich die Begriffe zur Formulierung dieses Wunschdenkens einer weltgeschichtlichen Mission. Die Entdeckung des russischen Christusglaubens als geschichtlicher Kraft eröffnete eine nur Rußland zugängliche Welt. Hatte nicht außerdem der preußische Geheimrat von Haxthausen den Moskauer Slawophilen auf seiner Reise durch Rußland die Augen darüber geöffnet, daß es in seiner ländlichen Gemeindeverfassung (Mir) ein „ur-tümliches“ slawisches Element besäße, durch das es der idealen zukünftigen christlichen Gesellschaftsordnung, wie sie Saint-Simon in Paris verkündet habe, näher sei als der Westen!

Es setzte eine lebhaft Kritik am „faulenden Westen“ ein, und man begann alle Symptome einer europäischen Krise als Beweis dafür zu nehmen, daß der Zeitpunkt der weltgeschichtlichen Ablösung der germanisch-romanischen Kultur nicht mehr fern sei. Es begann jenes Denken im ständigen Vergleich mit dem Westen, eine Selbsterfassung aus dem Gegensatz heraus, das seitdem zum integrierenden Bestandteil des russischen Geschichtsbewußtseins geworden ist. Der Westen war der Gegenpol, an dessen Ablehnung sich das russische Selbstbewußtsein aufrichtete.

Wenn dieser Kritik aus dem Osten auch eine gewisse Hellsichtigkeit in der Analyse der gesamteuropäischen Situation eigen war, so kam sie doch über ein tiefes Mißverstehen nicht hinaus: sie blieb an der jeweiligen Daseinsform haften, in der sich der Westen darbot, erfaßte aber nicht die dort wirksamen bewegenden und gestaltenden Kräfte.

In dem Kreis der Moskauer Slawophilen entstand — ähnlich der deutschen Romantik — in dem Bemühen um eine tiefere Erfassung der Dinge aus der Antithese heraus ein Reichtum schöpferischer Gedanken und religiöser Erkenntnisse, die heute noch nachwirken. Freilich war auch viel zeitbedingte Abwehr des dem Lande verbundenen Adels gegen den auch in Rußland spürbaren Einbruch moderner Lebens- und Wirtschaftsformen dabei. Das Problem „Rußland und Europa“ schien ein Problem: Europa in Rußland zu werden.

Drei Themen erweisen sich in dieser Diskussion der Slawophilen und ihrer Gegner um das zentrale Problem der menschlichen Gemeinschaft als durchgehende Motive: Zunächst ist die Ablehnung einer differenzierten, gegliederten bürgerlichen Gesellschaft allen gemeinsam und ebenso die Hoffnung auf das Volk, auf die einschichtige Masse des von der Europäisierung noch nicht erfaßten, gläubigen Bauern, des Trägers echt russischer Gemeinschaftsform. Die Grenzen dieser Vorstellung vom „Volk“ sind fließend. Ist primär das russische Volk gemeint, dessen Lieder und Bräuche gesammelt werden, so wird der Missionsgedanke leicht auf das Slawentum übertragen, auf die slawischen Völker unter russisch-orthodoxer Führung als den Repräsentanten künftiger Menschheit. Der Begriff des „Sobornostj“, der Allmenschheit und Christenheit (Chomjakov), sieht russisches Volk und Menschheit nahe beieinander. Der „Staat“ tritt dagegen im slawophilen Denken ganz zurück und das Zartum scheint nur vorbestimmt zu sein, wie eine schützende Glocke das Volk vor der westlichen Zersetzung zu bewahren. Doch genießt seine Macht seit der Hinwendung zur Orthodoxie (1833) als „Imperium des Ostens“ (Tjutschew) und als Verkörperung der inneren Kraft des christusgläubigen Volkes ihre Bewunderung.

Ein zweites Motiv ist die Ablehnung des westlichen Rechtsdenkens, sowohl jeder Abstraktion des Rechts in seiner absoluten Geltung wie der Rechtsordnung zwischenmenschlicher Beziehungen und schließlich des Rechts der individuellen Persönlichkeit. Die Slawophilen machen die abendländische Rezeption des römischen Rechts für die Atomisierung der abendländischen Kultur, die Zersetzung echter Gemeinschaft und die Individualisierung des Glaubens und der Gesellschaft verantwortlich.

Ein weiterer Grundzug dieses Denkens, das immer von der Ganzheit auszugehen tendiert, ist die Ablehnung der sittlichen Autonomie der Persönlichkeit, ja auch des Ichs als Quelle wahrer Erkenntnis. Dem ich-bezogenen Denken des Westens wird ein Wir-Denken des Ostens als höherer Form der Erkenntnis entgegengehalten, dem Rationalismus des Westens ein im Glauben erfahrendes „Wissen des Lebens“.

Daß diese Motive auch über den Kreis der Moskauer Slawophilen hinaus in der russischen Auffassung verankert sind, wird an der Gegenseite, den radikalen und revolutionären Westlern, deutlich. Nicht nur, daß auch sie nach der Enttäuschung über die kleinbürgerliche 48er Revolution in Paris oder Dresden schließlich ebenfalls in der russischen Gemeindeverfassung (Herzen) oder in einer Agrarrevolution (Bakunin) oder wie die Volkssozialisten der siebziger Jahre (Narodniki) in einem aufzuklärenden russischen Bauerntum die Grundlage künftiger Entwicklung Rußlands sehen wollen. Auch ihr Kampf um die Befreiung des Individuums kennt nicht den sittlichen Eigenwert der freien selbstverantwortlichen Persönlichkeit. Diese bedarf stets zu ihrer Entfaltung und Rechtfertigung des Handelns für die Allgemeinheit. Auch die revolutionäre Bewegung kennt nur die Idealvorstellung von einer homogenen, einschichtigen Gesellschaft, auch bei ihr finden wir oft die Gedankenkette: russisches Volk — slawische Völker — Menschheit — und den Anspruch auf russische Führung. An die Stelle der Bindung im Glauben tritt bei den revolutionären Theoretikern, die die Kirche schon wegen ihres Bündnisses mit dem Zarismus bekämpfen und ganz in rationalistischen westlichen Doktrinen denken, der Glaube an die Autorität der Wissenschaft. Besonders seit den Reformen, die mit geradezu revolutionärem Einbruch die Welt des alten Rußland der Auflösung entgegenführten, wirft sich die junge, radikale Intelligenz in ihrer Glaubenssehnsucht mit fast religiösem Fanatismus auf die philosophischen Systeme und sozialistischen Theorien, um von einer dieser Wahrheitsquellen sich bald enttäuscht zur anderen zu wenden.

In diesen endlosen Diskussionen der Zeitschriften und politischen Gruppen ist viel Abgeleitetes enthalten, da sie sich doch in den Begriffen, Ideen und Systemen der westlichen Philosophie und Soziologie bewegen. Eine ursprünglichere Aussage über das russische Welt- und Menschenbild jener Zeit läßt sich nur aus der Literatur gewinnen. In den großen Werken russischer Schriftsteller, die nach der Sprachschöpfung Puschkins von Gogol angefangen in wenigen Jahrzehnten mit erstaunlichem schöpferischem Realismus die eigene Welt erfaßt haben, zeichnet sich bei aller Verschieden-

artigkeit eine gewisse gemeinsame Auffassung ab, in der wir einen wesensmäßigen Unterschied zu der des Westens zu erkennen meinen.

Es ist die Vorstellung einer Welt tiefgründigen Seins, der der Mensch nicht gegenübersteht, sondern in die er gebunden, deren Teil er ist, nicht als „ich“, sondern als „wir“, und eins mit der Natur. Es ist eine Welt, die kein Diesseits und Jenseits im abendländischen Sinne kennt und keine Realität außerhalb dieser einen Welt. Sie ist keine westlich-diesseitige, vernunfthafte, rational erfaßbare Welt, in der der erkennende Mensch und die Natur sich gegenüberstehen; beide sind eins, sinnlich und geistig zugleich in einer Weise, die wir als mythisch empfinden. Auch die Literatur, die sich in der zweiten Jahrhunderthälfte so stark um die Diskussion der Probleme bemüht hat, kennt keine abstrakte Wahrheit außerhalb des Menschen, die es zu erkennen gelte, sondern nur eine konkrete Wahrheit in den Menschen. So drängt die Ethik auf Konkretisierung des als recht Erkannten im Leben. Es ist offensichtlich, daß die Wurzeln dieser Auffassung in den Glaubensvorstellungen der orthodoxen Religion liegen, und zwar nicht so sehr in ihrem begrenzten theologischen Bereich als vielmehr in der Durchdringung des russischen Lebens durch den östlichen Christusglauben. Nicht nur die chiliastische, auch die monistische Weltvorstellung läßt es verständlicher erscheinen, daß der Marxismus zeitweise in Rußland so stark als Weltanschauung hat ansprechen können.

Freilich soll ein solches summarisches Ergebnis nicht verallgemeinert werden, auch wenn es für die Jahrzehnte gilt, in denen die Generation der Revolution aufgewachsen ist. Zu stark schon hat sich von Dostojewskij zu Gorkij die individualisierende Wirkung der differenzierten Lebensformen gezeigt. Seitdem ist aber die Säkularisierung der Glaubenswelt erst in die Masse und in die Tiefe gedrungen.

Über ein halbes Jahrhundert hatte der Mythos vom russischen Volk und seiner Zukunftsmission im ständigen Vergleich mit dem Westen das Gesicht des russischen Nationalismus konservativer wie revolutionärer Prägung bestimmt. Gegen Ende des Jahrhunderts war die Weltgeltung der industriellen Entwicklung unbestritten, wenn auch das von der Agrarumwälzung erschütterte Rußland zunächst die destruktiven Wirkungen der hochkapitalistischen Großindustrie zu spüren bekam. Die Vorstellung oder Hoffnung auf einen eigenen, besonderen Weg Rußlands in der Geschichte, auf die Entwicklung eines besonderen „Sozialprinzips“ aus einem ursprünglichen oder gläubigen Bauern- und Menschentum heraus, erschien nur noch als romantische Reminiszenz. Ein unbestimmter politi-

scher Liberalismus war die vorherrschende Haltung der Oberschicht, der die Verfassung von 1906 Rechnung trug, so daß es von außen scheinen konnte, als sei Rußland auf dem besten Wege, ein nützliches Glied der europäischen Gesellschaft zu werden. Max Weber hat freilich damals (1907) schon auf den Scheinkonstitutionalismus der Verfassung hingewiesen, die nur dem Namen, aber nicht der Sache nach eine westeuropäische sei. Das Adjektiv „unbeschränkt“ der Selbstherrschaft war zwar gestrichen worden, in der Tat blieb es aber erhalten, nicht weil Nikolaj II. ein Despot war, sondern weil mit dem Prinzip der Selbstherrschaft das ganze Gebäude des Vielvölkerreiches stürzen mußte und keine tragende Schicht erkennbar war, das krachende Gebälk aufzufangen.

Die politischen Anschauungen der russischen, besonders der Moskauer Oberschicht waren seit der Niederlage des Krimkrieges im Panslawismus und Panrussismus — weithin nach westlichem Vorbild — den verhängnisvollen Weg eines übersteigerten Nationalismus gegangen, dessen sprengende Wirkung für die Völkerordnung des europäischen Ostens Hans Rothfels als erster in dem großen Zusammenhang der Entwicklung des 19. Jahrhunderts erkannt und untersucht hat.

Der expansiv-imperialistische Moskauer Panslawismus wandte sich aggressiv gegen den Westen, gegen den Bestand der Habsburger Monarchie; der Panrussismus, die Tendenz zur Russifizierung der nichtrussischen Völker innerhalb des Reiches wirkte sich insbesondere in den westlichen Randgebieten seinem Wesen nach ebenfalls revolutionierend, nivellierend und antieuropäisch aus. Er verstärkte durch seine Maßnahmen den Nationalismus der anderen Völker, der in der Revolution von 1905 erstmalig zum Durchbruch kam. Ein Versuch konservativer Kreise, dem Zarentum seine übernationale Herrschaftsform als Theokratie zu erhalten, endete in Reaktion, weil die tragenden Kräfte nicht mehr vorhanden waren.

Der „orthodoxe“ Marxismus Leninscher Prägung entstand in den neunziger Jahren aus der Revolutionsgesinnung der Intelligenz, nachdem die revolutionäre Aktion des russischen Volkssozialismus in Verschwörung und individuellen Terror, Zarenmord und Enttäuschung über die eigenen Kräfte zerfallen war. Diese Genesis muß betont werden! Er erschien als ein neues „Westlertum“, da er die Übereinstimmung russischer und westlicher Entwicklung betonte. Bisher hatte der „legale“ Marxismus in dem Bewußtsein der russischen Intelligenz eines revolutionären Ablaufs der rapiden Veränderung des russischen Lebens starken Widerhall gefunden. Auch Berdjajew und Bulgakow haben sich erst um die Jahrhundertwende wieder

vom Marxismus abgewandt. Dabei war die „ökonomische Lehre“ übernommen, der Klassenkampf dagegen als für Rußland nicht zutreffend und nicht anwendbar abgelehnt worden. Man hatte in Marx den „großen Verneiner der europäischen Zivilisation“ gesehen, der eben mit der chiliastischen Idee einer homogenen, klassenlosen Gesellschaft „die besten Prinzipien des russischen Lebens“ anerkannt habe. Die revolutionären orthodoxen Marxisten lehnten den „Ökonomismus“ ab und griffen gerade die Lehre vom aktiven Klassenkampf auf. Es ist ja eine bekannte Erscheinung, daß in Rußland wie überhaupt im Osten oft nur die Endresultate oder auch nur deren Teilergebnisse aus westlichen Gedankensystemen übernommen, mit anderer Dynamik erfüllt und mit gegensätzlichen Elementen kombiniert werden, ohne Verpflichtung gegenüber der Gesamtkonzeption.

An die Stelle des Mythos vom Bauern trat bei den revolutionären Marxisten die These vom Arbeiter als dem Repräsentanten der zukünftigen menschlichen Gesellschaft, und von der Arbeiterklasse als dem Kern, um den sich die neue Homogenität kristallisieren werde. Der Begriff der materialistischen Dialektik wurde zur Zauberformel, nach der alle bestehenden sozialen und nationalen Gegensätze, gesellschaftliche und geistige Differenzierung in einer homogenen Menschheit aufgehen werden. Die aktive Kraft dieses nach Lenin „objektiven geschichtlichen Gesetzes“ war der proletarische Klassenkampf, dessen Dialektik theoretisch alle Probleme Rußlands löste: die akute Agrarfrage, die Diskussion um Bauer und Arbeiter würde verschwinden, da auch der Bauer bei höherer Entwicklung der agrarischen Produktionsverhältnisse zum „Proletarier“ würde; das gespannte Verhältnis der Nationalitäten würde auf höherer Ebene aufgehoben werden, da die Nationen als „historische Kategorien“ an die Existenz von Bourgeoisien gebunden seien; schließlich würde sich das Problem Rußland und Europa nach Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Gleichheit der Interessen des russischen wie des europäischen Proletariats erübrigen.

Der Klassenkampf war für Lenin kein Kampf um die „Groscheninteressen“ des Arbeiters; die Arbeiterschaft sollte keine Klassenpartei stellen, wofür auch in Rußland die Voraussetzungen fehlten, sondern eine Partei des Klassenkampfes, „Hegemon“ des ganzen Volkes sein. Die aus den praktischen Erfahrungen mit der russischen Polizei erwachsene Forderung nach einer revolutionären Kampfpartei trennte Lenin schon 1903 von den demokratisch gesinnten Sozialdemokraten. Dieser Klassenkampf sollte nicht ein Kampf im Staate, sondern um den Staat, um die politische Macht

sein. Lenin steht hierbei in der Tradition aller revolutionären russischen Programme seit Pestel, Herzen und Bakunin. Das Überspringen der bürgerlichen Etappe der westlichen Entwicklung sollte durch die „permanente Revolution“ aktiv vollzogen werden.

Die Perversion der übernationalen westeuropäischen Ideologie des Marxismus in ein expansives russisches Revolutionsprogramm ist der entscheidende historische Vorgang, der im wesentlichen mit dem Namen Lenins verbunden ist. In der Kontinuität russischer radikal-revolutionärer Bewegung im Marxismus Leninscher Prägung, die sich Zug um Zug in seinen Schriften verfolgen läßt, liegt die Spannung des Bolschewismus zur übrigen Welt begründet. Denn schon im Ansatz war Lenins Streben im Unterschied zu Plechanow nicht auf eine Realisierung Marxscher Ideen in Rußland gerichtet, sondern umgekehrt: bestimmte Elemente des Marxismus wurden Form und Instrument zur Erreichung der Ziele Lenins und seiner Gefolgschaft.

Die mehr als dreißigjährige Geschichte der Sowjetunion hat diesen Ansatz der Revolutionsgeneration bestätigt. Nach dem Sturz des Zarismus traten die siegreichen Bolschewiki als dessen Erben in die Kontinuität der erstrebten Macht ein, unter deren Gesetz sie seitdem stehen. Vor ihnen stand die Notwendigkeit, das durch den Zerfall des Zarenreiches entstandene Machtvakuum vom Pazifik bis zu den Grenzen Polens zu erfüllen, die Beherrschung der Völker neu zu organisieren und diese Macht um das neue und zugleich alte Zentrum Moskau nach innen und außen zu sichern.

Der Marxismus konnte dabei wenig helfen. Er enthielt weder eine Wirtschaftslehre zum Aufbau eines nur noch in Rudimenten erkennbaren Staatswesens, einer verwüsteten Industrie, noch eines Umbaues der Landwirtschaft oder der Planung. Auch der Gedanke der „Konstruktion“ einer neuen Gesellschaftsordnung ist zwar von materialistischem Geiste durchdrungen und entspricht der sozialökonomischen Sehweise, ist aber nicht eigentlich Marxschen Ursprungs. Wenn in der folgenden Zeit des Experimentierens, des industriellen „Einholens“ und „Überholens“ die Theorie marxistischer Kategorien nicht mit der erkannten Realität übereinstimmte, hat die Sowjetregierung auch meist zugunsten der Notwendigkeit entschieden. Eine Untersuchung, die nur an der proklamierten Doktrin mißt und nicht die wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Gegebenheiten dieses Reiches berücksichtigt, zielt am Thema vorbei. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft.

Wenn der Bolschewismus den „System“-Charakter von Leninismus und Stalinismus als „Weiterentwicklung“ des Marxismus bis heute betont, so entspricht das der Funktion dieses „Überbaus“ im Sowjetleben. Der dialektische Materialismus war in seiner Bedeutung als „objektives, historisches Naturgesetz“ das einigende Band der Revolutionsgeneration gewesen. Im Sowjetstaat wurde er zur Staatsdoktrin, deren Interpretation den höchsten Stellen vorbehalten blieb. In einer Welt, die keine absoluten Werte anerkennt, wurde ihr die Bedeutung einer letzten diesseitigen Wahrheitsquelle zuerkannt, wenn sich auch diese Autorität inzwischen immer mehr auf die persönliche Autorität Stalins verlagert hat. Eine weitere Funktion war in der Beherrschung des Vielvölkerreiches begründet. Die marxistische These Stalins von der Überwindung der „bürgerlichen Nationen“ war die Voraussetzung der programmatischen Konzeption der Nationalitätenpolitik für die Zusammenfassung der Völker in der „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“. Auch sie unterlag im Zeichen der Führerstellung des russischen Volkes erheblichen Umdeutungen, ohne ganz aufgegeben worden zu sein. Schließlich war im Marxismus Leninscher Prägung der weltrevolutionäre Geltungsanspruch aus der Gesinnung des ersten Weltkrieges enthalten, aus der jene Generation von Revolutionären ihre Zuversicht geschöpft hat. Er entsprach dem chiliastischen Denken und erwies sich zudem als eine wirksame Waffe gegenüber dem Auslande, deren man sich bedienen oder auch nicht bedienen kann, solange der Marxismus außerhalb der Sowjetunion Geltung besitzt.

Seitdem aber mit dem Abschluß der Kollektivierung die revolutionäre Epoche innerhalb der Sowjetunion beendet und eine neue Generation herangewachsen war, für die der Klassenkampf nur noch ein theoretisches Axiom zur Anwendung im Auslande bedeutete, ist allmählich ein evolutionistisches Denken an die Stelle des revolutionären getreten. Die Mobilisierung der Massen durch Industrialisierung, durch Kollektivierung und durch die Beseitigung des Analphabetentums, die an die 80 Millionen Menschen innerhalb zweier Jahrzehnte zu Lesern gemacht und damit in das politische Leben eingeführt hat, hat nicht nur den Sozialkörper des russischen Volkes wie auch der anderen Völker tiefgreifend verändert, sondern das Volk zu einer politischen Realität gemacht, die es zu Beginn der Sowjetherrschaft noch nicht gewesen ist.

Der „Sowjetpatriotismus“, der seit etwa 1934 — verbunden mit einem dosierten Bekenntnis zur russischen Vergangenheit — gegenüber der Außenwelt an das Heimatgefühl und an das Herz appellierte, war die erste, auch im Auslande erkennbare Konsequenz jener neuen Lage. Wenn heute

ein unbegrenzter diesseitiger Fortschrittsoptimismus, der der geistigen Welt des 19. Jahrhunderts entspricht und in der gesteigerten Industrialisierung und Erschließung des Sowjetreiches seine sichtbare Beweiskraft besitzt, in einem historischen Evolutionismus der Stalinschen Doktrin seinen Niederschlag gefunden hat, so ist erneut die Konsequenz gezogen. Die These vom russischen Volk als dem Träger des geschichtlichen Fortschritts der Menschheit, das die anderen Völker — wie auch immer — auf eine „höhere Entwicklungsstufe“ gehoben habe, ist ein moskauzentrischer Geschichtsmythos, der vom historischen Materialismus nicht viel übrig läßt und dessen „Progressismus“ mehr positivistische als chiliastische Züge trägt. Die Endzeit wird der Gegenwart näher gerückt, ja fast aus ihr entwickelt. Die Gegensätzlichkeit marxistischer und nationalistisch-evolutionistischer Elemente ist wohl dem Auslande mehr bewußt als dem Sowjetbürger, in dessen Vorstellungs- und Gedankenwelt die theoretische Resultate und Zukunftsziele vereinbar erscheinen mögen. Zudem kann dieser neue Mythos vom russischen Volk an den übersteigerten Nationalismus der späten Slawophilen und der Panslawisten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts anknüpfen, an den russischen Führungsanspruch über andere Völker innerhalb und außerhalb Rußlands, im Osten wie im Westen.

Nachdem Lenin 1917 in weltrevolutionärer Zuversicht nach den Jahren in der Schweiz mit manchen Genossen der Emigration nach Rußland zurückgekehrt war, hatte sich im ersten „kosmopolitischen“ Stadium des Sowjetsystems eine Welle neuer Europäisierung über Rußland ergossen. Aber Lenin war kein Bakunin, nicht die Revolution, sondern die Macht in Rußland war sein Ziel. Nach dem Siege der Bolschewiki wurde es bald eine „kontrollierte“ Europäisierung, die nicht nur die Stärkung der Sowjetmacht durch den Import aller Elemente der technisch-ökonomischen Weltkultur, sondern auch die Entmachtung oder Zerstörung der die eigene Macht hemmenden alten russischen und andersvölkischen Bindungen zum Ziele hatte. Sie galt dem Nachholen der europäischen industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts „in eigener Regie“, ohne den Geist der bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Die Abschließung der Grenzen sollte jede „freie“ Europäisierung fernhalten.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von ausländischem Kapital wurde oberstes Gesetz, der ideologische Gegensatz zu den Staaten der bürgerlichen Gesellschaft ein integrierender Bestandteil des Systems der geschlossenen Grenzen. Mochten auch durch Verträge zeitweilig andere Staaten zu Bundesgenossen der Sowjetunion in der internationalen Politik

werden, der Sowjetstaat bildete seitdem auch in der eigenen Völkerrechtsauffassung eine Welt für sich. Diese Vorstellung der geschlossenen eigenen Welt, die sich im Gegensatz zur Umwelt und in ständiger Bedrohung weiß oder erhalten wird, hat sich auch durch die Kriegskoalition hindurch erhalten. Nach der Erweiterung des sowjetischen Machtbereiches infolge des deutschen Zusammenbruchs verband sich mit ihr der Führungsanspruch nicht mehr nur über die revolutionierenden Klassen, sondern über die benachbarten Völker.

Es wäre ein Mißverständnis, sollte aus der Kontinuität des russischen Machtwillens und der Rückkehr zu einem moskauzentrischen Eigenbewußtseins auf eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung zum Bolschewismus geschlossen oder im Wandel der Sowjetideologie der Ausdruck einer in sich ruhenden, eigenständigen russisch-eurasischen Kultur gesehen werden. Wohl aber können wir zu dem Ergebnis kommen, daß der Bolschewismus insofern eine russisch-eurasische Erscheinung ist, als er aus dem sich im Gegensatz zum abendländischen Europa entwickelnden russischen Geschichtsbewußtsein entstanden ist und somit — einschließlich des Marxismus und Nationalismus im Bolschewismus — ebenso ein Produkt der Europäisierung als eine Reaktion auf diese darstellt.

Wenn die russische Geisteswelt sich seit Jahrzehnten in kultureller Isolierung vom Ausland, in gelenktem oder freiem Widerspiel mit den herangebildeten Massen in die Breite und nicht in die Höhe ausgewirkt hat, so entspricht das sowohl dem Kulturideal der radikalen russischen Intelligenz des vorigen Jahrhunderts wie dem ideologischen Programm der Sowjetdoktrin, die vom Schriftsteller wie vom Historiker als den „Ingenieuren der Seelen“ deren Konstruktion verlangt und ihren Wert an der gewünschten Resonanz in den Massen mißt. Neben dieser einheitlich gelenkten Literatur, Kunst und Wissenschaft können andere, im Russentum wie in den übrigen Völkern ebenfalls vorhandene individuelle schöpferische Kräfte nicht wirksam werden und sind im Namen der Progression der Masse — wie letzthin als „Kosmopoliten“ oder „Formalisten“ — zum Schweigen verurteilt.

Die Diskussionen um die dogmatischen Grundlagen des ideologischen Überbaues bewegen sich aber auch heute noch in westlichen Denkformen und in den Kategorien des fortschrittgläubigen 19. Jahrhunderts und seines Nationalismus, mögen es auch nur die „Namen“ statt der Dinge selbst sein, wie der Marquis de Custine von dem Rußland Nikolajs I. sagte, und sich andere Inhalte darin verbergen, mag Rußland auch wie ein

Vexierspiegel, um Hans Freyer zu zitieren, das Bild des abendländischen Europa verzerrt zurückwerfen.

Ist Rußland auch als Macht dem europäischen Bereich entwachsen und von seiner randeuropäischen Stellung zum Weltreich zwischen Europa und Asien geworden, ist auch die Fragestellung des vorigen Jahrhunderts „Rußland und Europa“ aus dem Moskauer Geschichtsbewußtsein verdrängt, so scheint die geistige Welt Rußlands doch immer noch an ihren europäischen Ursprung gebunden.

V. HISTORIA LITERARIA

**Religiöse Motive
des universalgeschichtlichen Denkens**

„Was wäre alle Historie, wenn ihr nicht
ein innerer Sinn zu Hilfe käme?“

Schelling

Universalgeschichtliches Denken hat im Grunde den Menschen schlechthin zu seinem Gegenstand. An den Einzelnen und die Völker, an die Epochen und Kulturkreise wie an den Gesamtverlauf der uns bekannten Geschichte wird die Frage gerichtet, was von ihnen über den Menschen als geschichtliches Wesen zu lernen sei. Er ist das Subjekt, an dem sich Geschichte vollzieht. Indem wir ihn als geschichtlich denken, heben wir zugleich eine Dimension seiner selbst aus der Geschichte heraus in einen meta-geschichtlichen Denkbereich. Auch dort, wo wir die philosophischen Voraussetzungen des Geschichtsdenkens auf ein Mindestmaß herabgesetzt finden, verbirgt sich hinter der Frage nach der Stellung des Menschen im Dasein ein Problem der Metaphysik. Unserem Verhältnis zur Geschichte wohnt eine religiöse Energie inne, die darauf drängt, die geschichtliche Existenz des Menschen aus einem den historischen Vorgang selbst zuletzt transzendierenden Zusammenhang zu begreifen. Die Vorgeschichte des deutschen Geschichtsdenkens bei den Spiritualen der Renaissance und das für seine Ausbildung entscheidende Zeitalter der Klassik und Romantik hat aus solchen religiösen Motiven Deutungsweisen der historischen Welt hervorgebracht, die hier zur Rede stehen.

Das deutsche Geschichtsbewußtsein ist nach Gehalt und Form durch die christlich-antike Überlieferung und die in ihr liegenden Spannungen geprägt. Seine philosophische Grundhaltung ging hervor aus der christlichen Antwort auf die Frage nach dem Heilssinn der Geschichte. Die Formen, in denen es der Erforschung und Darstellung geschichtlichen Werdens und Vergehens nachging, wurden am griechisch-römischen Vorbild ausgebildet und blieben in einem stetigen Zusammenhang mit dem Gang des gesamt-abendländischen historischen Bewußtseins.

Eine christliche Theologie der Geschichte in der Nachfolge Augustins stand am Anfang dieser Entfaltung des deutschen universal-historischen Sinnes. Eine spiritualistisch-neuplatonische Christlichkeit in der Nachfolge der Dionysischen Schriften und des Joachim von Fiore erneuerte seine Energie und gab ihm freiere Möglichkeiten der geistigen Bewegung. Die Auffassung des Menschen in der Humanitätslehre der deutschen Klassik schließlich suchte die religiöse Erfahrung als tragende Kraft dieses historischen Sinnes in ein sachgerechtes Verhältnis zur konkreten Dynamik des Weltgeschehens zu bringen und mit ihm zu versöhnen.

I.

Otto von Freisings Bild der Geschichte war aus der Spannung zwischen Reich und Kirche als einer Spiegelung der Spannung zwischen der Civitas Dei und der Civitas terrena gestaltet. Noch immer ist Weltgeschichte hier ein einziger universaler Vorgang, der von der Schöpfung über die Menschwerdung Christi bis zum Jüngsten Gericht hin im Willen des Schöpfers und im Falle Adams angelegt ist und als Gesamtverlauf den Geschicken der Einzelnen wie der Völker ihren letzten Sinn gibt. Ottos Chronik mündet in die biblische Endeserwartung, die sich ihm um die Mitte des 12. Jahrhunderts in dem Auseinandertreten der päpstlichen und der kaiserlichen Gewalten als bevorstehende Erfüllung der Endzeitprophetien ankündigte. In seiner Darstellung der ersten Jahre Friedrich Barbarossas wandte er sich der Idee des römisch-christlichen Reiches ohne Einschränkung wieder zu. Dennoch sind beide Deutungen der Geschichte von demselben universalistischen Glauben getragen. Die Menschheit ist der letzte Gegenstand dieses Geschichtsdenkens, und auch der einzelne, wie immer seine säkulare Größenordnung beschaffen sein möge, erhält seine Bedeutung nur durch seinen Bezug auf menschheitliches Geschehen, das heißt auf den Menschen als Geschöpf, das sein Dasein im Kosmos hat. Wie der Universalismus des Reichsgedankens, so ist die der mittelalterlichen Geschichtsauffassung zugrunde liegende Anthropologie religiös-metaphysischen Ursprungs.

Dieser Theologie der Geschichte und des Menschen stellte das ausgehende Mittelalter zugleich einen neuen Begriff der historischen Wahrheit und ein neues religiöses Verständnis der christlichen Botschaft entgegen. Sie nebeneinander entfaltend und vielfach ineinander verwoben,

waren die beiden zur geistigen Haltung der Renaissance hinführenden Bewegungen vorbereitet sowohl durch die methodische Schulung des scholastischen Denkens wie durch die gesteigerte religiöse Sensibilität der Mystik. Bei ihrem Schritt in die geistige Selbständigkeit fanden sie sich gestützt durch ein unmittelbares Verhältnis zu den entscheidenden Texten, sei es der antiken Klassiker oder des im Sinne des Urchristentums verstandenen Evangeliums. Als die humanistische Kritik und der protestantische Glaubenskampf den umgreifenden theologischen Rahmen zu sprengen drohten, innerhalb dessen sich die mittelalterliche Geschichtsdeutung bewegt hatte, erhob zugleich die religiöse Kritik die Forderung nach einer Erneuerung seiner Universalität. Philologische Analytik und spiritualistisch-universale Spekulation sind beide an der Entfaltung des Geschichtsbewußtseins und der Einsicht in seine Problematik beteiligt.

Die Anwendung kritisch-philologischer Methoden lenkt ihrem Wesen gemäß die historische Besinnung auf eine begrenzte Thematik. Sie legt es dem Historiker nahe, sich von dem Versuch universalhistorischer Deutung zu lösen, ohne daß diese Trennung eine notwendige Folge methodisch sachgerechterer Beherrschung des Stoffes sein müßte. Von Konrad Peutingers Sammlung von Inschriften und Urkunden als historische Quellen über Wimpfeling's *Germania*, die Schrift, in der er, den italienischen Humanisten folgend, sich auf das germanische Altertum zu publizistisch-politischen Zwecken beruft, bis zu des Beatus Rhenanus deutscher Geschichte verbindet sich eine neue Art des Lernens mit einer neuen Begrenzung der Thematik. Des Sleidanus quellenmäßige Darstellung der politischen Entwicklung der Reformationszeit eröffnet im Streben nach historischer Gegenwartsdeutung der deutschen Geschichtswissenschaft die Wege, die in Italien Machiavelli und Guicciardini eingeschlagen hatten. Diese Gegenwart selbst aber, beherrscht vom Zerfall des Reiches und der Spaltung der Glaubensordnung, scheint jeden Versuch eines universalistischen Verständnisses der Geschichte zu widerlegen. Das geschichtliche Wissen tritt in den Dienst partikularer Gewalten und Gedanken. Die Magdeburger Kirchenhistoriker unternehmen die historische Verteidigung der protestantischen Lehre. Ein Jahrhundert später hat Pufendorf, der dann zum Geschichtsschreiber Schwedens und Brandenburgs wurde, in seinem „ungescheut offenerzigen Diskurs oder Gründlichen Bericht von der wahren Beschaffenheit und Zustand des Teutschen Reichs“ das Reich nicht als Idee, sondern als politisch-juristische Tatsächlichkeit dargestellt und die Historie in den Dienst der politischen Reform im Sinne der modernen Staatsidee gestellt.

Zugleich war in dem Daseinsbewußtsein des lutherischen Protestantismus das Element der Universalität beschränkt auf die biblische Offenbarung, der Mensch war verwiesen auf die Rechtfertigung durch die Gnade, und in dieser letzten Instanz des Glaubens allein fand er sich in Einheit mit seinem Geschlecht. Das jenseits der Glaubenskämpfe sich neu festigende Naturrecht war gelöst von seiner religiös-theologischen Begründung, und die Universalität seiner Geltung sollte auf dem sicheren Boden säkularer Wissenschaftlichkeit aufgebaut werden.

Wie aber die Naturrechtsbewegung mit Hilfe ihres Rückgriffs auf die stoische Philosophie nach neuen universal gültigen Grundlagen des Rechtsbewußtseins strebte, so versuchten die spiritualistischen Naturphilosophen der Renaissance von Paracelsus bis Boehme das Universum überhaupt in eins zu denken. Menschen von ursprünglich geistiger Leidenschaft, waren sie im Zeitalter der Glaubenskriege außerstande, sich für die eine oder die andere Seite zu „entscheiden“. Die Mannigfaltigkeit der Natur wie der Geschichte schien sich ihrem forschenden Zugriff gerade darum zu ergeben, weil sie an der inneren Gewißheit festhielten, daß Natur und Mensch zum Ganzen des Daseins wie zu seinem Urheber in sinnvollem Bezuge stehen. Sie besitzen zugleich den sachfreudigen Mut des modernen Menschen gegenüber seinem Gegenstand und den religiösen Glauben an die hinter allen Erscheinungen waltende Einheit. Sie begreifen das Universum als eine dynamische Mannigfaltigkeit gegenstrebiger Kräfte, die in der Einheit gebunden sind. In dieser Art des Denkens ergänzen sich Offenheit für das Sachliche und Vergeistigung des Religiösen. Eben diese Versöhnung erklärt die Bedeutung ihres Erbes für das im 18. Jahrhundert sich erneuernde universalhistorische Bewußtsein.

Die Bayrische Chronik des Johannes Turmair aus Abensberg, auf einer von ihm selbst durchgeführten Quellensammlung beruhend, ist das Werk „gründlicher Erforschung und lebendiger Durchdringung der allgemeinen Geschichte“, das Ergebnis von Eigenschaften, um derentwillen Ranke den Autor als den bezeichnet, der die neuzeitliche Art historischen Arbeitens begonnen habe. Die Geschichte Bayerns ist als ein symbolischer Unterfall der deutschen und der Menschheitsgeschichte behandelt, nicht nur insofern etwa der Fall Adams oder die Zerstörung Trojas miterzählt, Plato und Aristoteles, Dante und William Occam miterklärt sind, sondern weil das sachliche Interesse von einem religiös-moralischen dauernd begleitet, ja getragen wird. Wegen dieser Tiefendimension seines historischen Sinnes ist Aventinus nicht Polyhistor, sondern Universalhistoriker. Er schreibt aus dem Abstand, den ihm ein klar gefaßter religiöser Glaube den Welt-

händeln gegenüber gestattet. Eben darum wird ihm der begrenzte historische Gegenstand zum Sinnbild des schlechthin Menschlichen, und sein leidenschaftliches Urteil bemächtigt sich der Vergangenheit, als ob sie Gegenwart wäre, und sucht ihr die Einsicht abzugewinnen, um derentwillen sie in der Tat Gegenwart ist. Dieser gegen Dünkel und Eigensucht von Pfaffen und Gelehrten, gegen Gewaltsamkeit und Leichtfertigkeit der Mächtigen männlich derb rebellierende, für die gesunde Vernunft, den gemeinen Mann und den unschuldig Leidenden kräftig eintretende Humanist weiß um die Fragwürdigkeit des Wissens, den Zufall und das Vergehen in der Geschichte, das Unerfülltbleiben irdischer Gerechtigkeit. Für ihn hat Gewicht, „was die gar alten Philosophen und Poeten schreiben: die Wahrheit liege in einem gar tiefen Brunnen vergraben und die Gerechtigkeit sei am Anfang der Welt gen Himmel geflogen“. Das Sinnbild der Kontingenz des Geschichtlichen, das „Glücksrad ist rund, treibt eines auf das andere ab, verkehrt die Namen der Gegenden, stürzt die Lande mitsamt den Leuten um“.

Die Grundeinsichten, von denen Turmairs Geschichtswerk durchzogen ist, sind die für den religiösen Humanismus von Pico bis Giordano Bruno und insbesondere für die deutschen Spiritualen bezeichnenden: Die Auffassung des Menschen als einer dem Dualismus von Heil und Sünde ausgesetzten, ihrem Wesen nach zur Vermittlung berufenen Kreatur, um derentwillen „diese Welt aus nichts erschaffen“ worden ist; die Lehre vom Verfall des christlichen Lebens, der Kirche und der Reiche seit der als Vorbild und Maßstab festgehaltenen urchristlichen Gemeinde — die alten Christen „meinten, wir wären die rechten lebendigen Bilder, Gemälde und Kirchen Gottes, darin Gott selber und der heilige Geist wohnet“ —; und schließlich ein universaler, von der Geschichte der christlichen Völker und Institutionen unabhängiger Gottesbegriff. „Christen, Juden, Türken, Heiden, sind nunmehr dessen einig, daß ein einziges, hoechstes, ewiges Gut, ohne Anfang, Ende, Ziel und Zeit, so man „Gott“ im Teutschen nennt, alle Dinge vermoege . . .“

Diese religiös-ethischen Motive werden nun für Sebastian Franck zum zentralen Anliegen auch seines geschichtlichen Denkens; sie überwachen den historischen Stoff und bilden zugleich die Energie, mit der er ihn zu durchdringen unternimmt. Mit keiner der zeitgenössischen Kirchen und Sekten sich auf die Dauer verbindend, entwickelt er das spiritualistische Logos-Christentum zu seiner äußersten Konsequenz und den Dualismus zwischen Welt und Gott, Christ und Antichrist zu seiner höchsten Schärfe. Die Einsamkeit, das Leiden und den Zorn einer prophetischen Existenz

auf sich nehmend, gewinnt er seine schöpferische Kraft gegenüber der Geschichte. Ihrer Deutung wendet er sich zu um ihres metahistorischen Sinnes willen. Sie ist der Schauplatz des Kampfes zwischen Adam und Christus, dem in Eigensucht gefallenen Adam und dem als Gottes Wort von Ewigkeit erschaffenen Christus. In diesem Kampfe stehen die Einzelnen, die Völker und die Menschheit. „Der Gott ist auch der Heiden Gott.“ Beide, Christus und Adam, sind „in aller Menschen Herzen“. In jedem Menschen sind zwei Menschen, der äußere und der innere, und dieser innere Mensch ist „ein lauterer Geist, aus Gott geboren und eine neue Kreatur ganz göttlicher Art, ein Geist aus Geist“. Die in der Menschheitsgeschichte waltende Polarität fordert vom Menschen die Entscheidung für die Ewigkeit gegen die Zeitlichkeit. Die Geschichte wird folglich, um mit Goethes Worten zu reden, „ein Kampf zwischen Glauben und Unglauben“.

Diese spiritualistische „Theologie“ der Geschichte erreicht die Ebene der Universalität, indem sie auf den überhistorischen Gehalt der christlichen Botschaft das entscheidende Gewicht legt. Sie versteht das historische Auftreten dieser Botschaft als ein Hereinbrechen der Ewigkeit in die Zeitlichkeit, insofern die Menschwerdung des prä-existenten Christus und die fortwährende Einwirkung des Geistes, das „Ewige Evangelium“, für sie noch zur Geschichte gehört. Sie versteht die Geschichte der Christenheit einschließlich der Kirchen aber als Teil des Widerparts Gottes, nämlich der Welt, die antichristlich ist. Der Radikalismus, mit dem sich Franck für die unsichtbare Ecclesia spiritualis erklärt, die Heiden wie Christen, Heilige wie Ketzer umschließt, ist die notwendige Folge der zwischen dem inneren und dem äußeren Menschen aufgerissenen Kluft. Diese Anschauung der Geschichte enthält den Keim der Toleranz, weil alle äußeren Bekenntnisse und Institutionen zur Welt gehören und darum gleichmäßig schlecht sind, das Wirken des Geistes ohne Ansehung von Ort und Zeit aber gleichmäßig gut ist. Alle Schläge, die der Mensch in den Wirren der Welthandel empfängt, haben nur den einen Sinn, das in seiner Leiblichkeit vermauerte Geistwesen „ganz göttlicher Art“ zu befreien. Es ist allein eine innere Gewißheit des mystischen Lichts, die es Franck ermöglicht, die Einheit des Weltprozesses gegenüber der ihn beherrschenden Antithetik aufrechtzuerhalten. Die universale Auffassung des Menschen als einer auf Gott bezogenen, der Welt durch sich selbst ausgesetzten Kreatur vollzieht diese Einheit. Nur bei der ewigen Weisheit herrschen Ordnung und Sinn, während die Welt, wirkend durch Chaos und Widersinn, nichts ist als Stachel und Versuchung.

Ein neues Moment tritt in die spiritualistische Gedankenwelt ein, sobald die ganze Breite der Natur als Offenbarung Gottes gedacht und darum ihre Sprache in das Verständnis des Weltgeschehens einbezogen wird. Die innere Gewißheit des universalen Geistes wird wiedergefunden in dem Zeugnis seiner schöpferischen Kraft, das aus der Natur redet. Dieses Wiederfinden macht die innere Einheit und die umfassende Ausdehnung der Forschungen des Paracelsus begreiflich. Soll der Weltprozeß als Einheit verstanden werden, so ist es nötig, das Reich des Zeitlichen und der Körperlichkeit einzubeziehen und seine Erscheinungen in ihrem Bezug auf das Ganze zu deuten. Die Zusammenschau von Geist und Welt ergibt sich, wenn Natur als eine Vielheit geisterzeugter lebendiger Kräfte gesehen wird, die alle miteinander und mit dem Ganzen funktionell in Beziehung stehen. Dann ist das dem Betrachter zugewandte Gesicht der Erscheinungen die Signatur für die in ihnen waltende Energie des Werdens und der Formbildung. Nicht umsonst wurde eine der Visionen Jakob Boehmes beim Anschauen der Gräser ausgelöst, die auf einer Wiese vor der Stadt wuchsen. Die gegenseitige Verbindung und Befruchtung der spiritualistischen Theosophie und des naturphilosophischen Denkens wurde von ihm zur Reife gebracht.

Jakob Boehme versteht die Einheit der Schöpfung als einen sich durch Gegensätze vollziehenden, das heißt dialektischen Vorgang. Dem unauslotbaren „Ungrund“ des Seins entsteigend, hat dieser Vorgang sein Wirken in Natur und Geist als eine dreifache Bewegung. Das Menschengeschlecht wird aus dem schöpferischen Bereich der Ewigen Weisheit durch das „Fiat“ Gottes entlassen. Der Mensch tritt ein in die kreatürliche Individuation. Durch sie wird sein Leben historisch. Er durchmißt das Reich zeitlich und räumlich konkreten Daseins. Weil aber dem Menschen die Teilhabe an der Ewigen Weisheit eröffnet ist, besitzt er die Freiheit, nach der Wiedervereinigung mit dem Ursprung, das heißt, nach der Versöhnung mit dem Schöpfer zu streben. Dieser Rhythmus von Trennung und Versöhnung, von Vergeistigung des Leiblichen und Verleiblichung des Geistigen ist der kosmische Vorgang des schöpferischen Werdens und zugleich sein Sinn. Das Leben des Menschen ist von dem Bösen und dem Schmerz so notwendig begleitet wie die Geburt von der Qual. Es vollzieht sich durch die Entzweiung, aber es strebt nach der Versöhnung, die in ihm als Möglichkeit angelegt ist. Die Not der Entzweiung und die Gnade der Versöhnung sind im Menschen selbst so wirksam wie in der Anlage der ganzen aus der Schöpfung hervorgehenden Welt.

Der Dualismus von Feuer und Licht, Böse und Gut wird von Boehme als das Agens des Werdens begriffen, durch das die produktive Synthese

zur Entstehung kommt. Natur und Geist des Menschen sind als sinnvoll einander entgegengesetzte Kräfte verstanden. In ihrer Entzweiung ist eine Mitgift Gottes an seine Kreatur am Werke. Der das Dasein verleihende Gott selbst ist jenseits der Fassungskraft seiner Kreatur. Er bleibt der schöpferische „Urgrund“ gegenüber der aus ihm hervorgehenden Begrenzung der Individuation. Das Vergängliche ist ein Werden der Schöpfung, das Herausbrechen der ewigen Weisheit des Seins in das Dasein. Eben darum ist es ein Gleichnis des Unvergänglichen.

Der Gegensatz von Feuer und Licht ist verstanden als der zwischen „wilder Regsamkeit“ und formgebendem Vermögen. Da das Leben in diesem Gegensatz sein Dasein hat, der Mensch also durch das Feuer und vermöge seiner Energie nach dem Licht strebt, ist Natur gerechtfertigt und auf das Ganze bezogen. Boehmes universal-theosophisches Weltbild hat Bedeutung für das universalhistorische Bewußtsein der Klassik wegen dieser notwendigen Bejahung der Natur und wegen der Deutung des menschlichen Daseinssinnes als eines Strebens vom Feuer zum Licht. Es ist die Geschichtlichkeit der menschlichen Existenz, um die es Boehme geht, und nicht ihre Geschichte, mit anderen Worten der immanent-transzendente Bezug dieses Daseins, wie ihn die „Signatur“ des Menschen offenlegt, und nicht die Folge von Reichen, Kulturen oder Ideen. Seine Erklärung gilt der inneren Dynamik, die das Dasein durchwaltet, und weder eine „zyklische“ noch eine „lineare“ Geschichtsauffassung läßt sich aus Boehmes Voraussetzungen ableiten. Das Eschaton seines Weltbildes ist zeitlos. Christus ist eine ewige und universal wirksame Kraft, „König und Herr, der mit seinem Herzen alles umfaßt und hält“. Geist und Natur des Menschen erschließen sich Boehmes Denken aus dem Verhältnis von Zeitlichkeit und Ewigkeit.

Die Grenze jeder von Jakob Boehme oder der spiritualistischen Theosophie überhaupt ausgehenden Wirkung auf das Geschichtsbewußtsein liegt dort, wo der uns bekannte Verlauf der Geschichte einen Zugang zu seinem Sinn eröffnen soll. Die im engeren Sinne historische Aufgabe besteht darin, Weltgeschichte in ihrer Folge zu erzählen und in bezug auf den Sinn zu deuten, der sich aus ihrem Fortschreiten selbst ergibt. Herder strebte danach, diese historische Absicht mit der kosmologischen zu verbinden. Goethe hat sich zeitweise an einer solchen Verschmelzung versucht, ohne sich von ihrer Möglichkeit überzeugen zu können.

II.

In Herders intuitiver Begeisterung für den großen in der Kulturgeschichte geahnten Zusammenhang und in Goethes wissenschaftlicher, trotz vielfachen Scheiterns nie ermüdender Bemühung um das Geschichtliche wirkt der religiöse Impuls der Renaissance-Spiritualen mit einer Freiheit ähnlich der, die ihr Verhältnis zum Problem der Universalgeschichte getragen hatte. Die im engeren Sinne ideengeschichtliche Verbindung zu ihnen führt auf Herders Seite zu Hamann, auf Goethes zu Gottfried Arnold, Helmont und Paracelsus zurück, das heißt aber zu den Studien, vermöge deren sich noch vor der Bekanntschaft mit Herder seine religiöse Grunderfahrung zuerst geistig gefestigt hatte. Für Herder wie vor allem für Goethe war das innere Erlebnis des „Rein-Menschlichen“ zugleich der Schlüssel zum Verständnis der Manifestationen des Menschlichen in der Gebrochenheit der geschichtlichen Welt, die das „Reine“ nur im Durchschimmern durch das „Trübe“ erkenntlich macht, wie auch dem Dichter die Wahrheit nur durch den Schleier der Dichtung erscheint.

Auch dort, wo sich die tiefe Verschiedenheit des Geschichtsbewußtseins Goethes von dem Herders nach Art und Qualität geltend macht, bleibt das religiöse Grundmotiv gemeinsam. Auch ihr Verfahren im historischen Sehen ist verwandt. Bei beiden wurde es durch Winckelmann und Möser entscheidend gefördert, und das bei Herder im Ansatz vorhandene, von Goethe mit methodischer Folgerichtigkeit ausgebildete morphologische Denken verbindet beide mit der Naturforschung und der Naturspekulation des 18. Jahrhunderts, mit Linné sowohl wie mit Bonnet.

Indem Winckelmann an der Kunst des Altertums die künstlerische Form und zugleich den Mythos interpretierte, förderte er die Fähigkeit, aus der Anschauung zu deuten und mit dem Stilwandel der Kunst Kultur überhaupt als ein Werdendes und sich Wandelndes zu begreifen. Justus Möser entwickelte das Vermögen, ein lebendiges Verständnis sozialer Daseinsformen durch die historische Anschauung zu gewinnen. Beiden war es letzten Endes um eben jenes „Menschliche“ schlechthin zu tun, Winckelmann, wenn er in der Geschichte des Altertums nach den Normen der Schönheit suchte, dem patriarchalischen Möser, wenn er dem „goldenen Zeitalter“ altsächsischer Ehre und genossenschaftlicher Freiheit nachzuspüren unternahm.

Dieses schlechthin Menschliche bleibt der Kern von Herders Auffassung des geschichtlichen Werdens, so sehr ihn seine Freude und Fähigkeit kulturhistorischen Anschauens von dem „Einen“ in die Mannigfaltigkeit

der Erscheinungen forttreibt. Der Mensch, der Vergänglichkeit unterworfen, ist berufen, an dem Sinn des bildnerischen Wirkens der Schöpfung Anteil zu haben, und dieser Sinn liegt in einem überindividuellen Ganzen:

„Unser Leib vermodert im Grabe, und unseres Namens Bild ist bald ein Schatten auf Erden; nur in der Stimme Gottes, das ist der lebendigen Tradition einverleibt, können wir, auch mit namenloser Wirkung, in den Seelen der unseren tätig fortleben.“

Herder bekennt, daß ihm „Geschichte nicht mehr ein Greuel der Verwüstung“ ist, seitdem er in dem geistigen Gang des Menschengeschlechts die goldene Kette der Bildung, die *aurea catena* erkannte, „die die Erde umschlingt und durch alle Individuen bis zum Thron der Vorsehung reicht“.

Das dichterische Bild der „aurea catena Homeri“ hat im 18. Jahrhundert überhaupt die Funktion erfüllt, einen Zusammenhang zwischen dem universalen Ganzen und dem in immer reicherer Fülle ins Bewußtsein tretenden Einzelnen noch denkmöglich zu machen und die Geschichte des Menschen mit der der Natur zu versöhnen. Im Bilde der goldenen Kette treffen sich die Richtungen von Herders Denken, die sonst auseinanderstrebend auf die Gottheit, auf das genetisch-organische Werden und Vergehen in Natur und Menschenwelt und auf den historischen Verlauf als Ganzes hinlenken.

Die wahre Menschengeschichte ist die, welche „die Kette der Tradition verfolgt“. Der „äußere“ Verlauf der Geschichte enthüllt Trümmer auf Trümmer, „ewige Anfänge ohne Ende, Umwälzungen des Schicksals ohne dauernde Absicht! Die Kette der Bildung allein macht aus diesen Trümmern ein Ganzes, in welchem zwar Menschengestalten verschwinden, aber der Menscheng Geist unsterblich und fortwirkend lebt“. Der Mensch nimmt sein ganzes Leben lang an einer „zweiten Genesis“ teil, der Erziehung des Menschengeschlechts. Wollen wir sie „von der Bearbeitung des Ackers Kultur oder vom Bilde des Lichts Aufklärung nennen, so steht uns der Name frei; die Kette der Kultur und Aufklärung reicht aber sodann bis ans Ende der Erde“.

Schon die Vielfalt der Namengebung verweist auf die zentrale Stellung des Bildes und zugleich auf die Mehrdeutigkeit seines Sinnes. Durch die Kette ist der Mensch verbunden mit dem Göttlichen; sie erhellt seine Stellung im hierarchischen Aufbau der Natur; sie erhebt ihn über Leiden und Trauer der zeitgebundenen Kreatur, indem sie ihm den Einblick in den Sinn der Geschichte als eines Fortschreitens des Geistes eröffnet. Die lebendige Tradition der Bildung, die Kultur, die Aufklärung, der Geist

des Menschengeschlechts treten in eine Verbindung mit der Stimme Gottes. Das Böse der Geschichte erscheint als produktiver Widerstand, an dem „die edle Pflanze“ erstarkt. In sich dauernd wiederholenden „Palingenesien“ verjüngt sich der Genius der Humanität „in Völkern, Generationen und Geschlechtern“.

Mit der religiösen Deutung der menschlichen Kreatur als eines am Sinn des Schöpfungsprozesses tätig teilnehmenden Gliedes und der Einsicht in die Gesetzlichkeit von Werden und Vergehen der Kreatur verband sich in Herders Geist das Vertrauen der philosophischen Aufklärung in die fortschreitende Erziehung des Menschen. Das Talent konkreter Beobachtung und die Kunst mit- und einfühlenden Verstehens schlossen sich in seinem Wesen zusammen mit der religiösen Grundansicht. Der Mannigfaltigkeit seines vielschichtigen Interesses am historischen Gebilde hat aber diese Grundansicht eine letzte Einheit mitgeteilt. Mit aller Ungeduld seiner Predigerberufung hat Herder die für das geschichtliche Bewußtsein entscheidende Sehweise gepflegt und gefördert: In der individuellen Bildung des geschichtlichen Einzelfalles die Erscheinungsweise eines Zeit und Raum umspannenden universalen Werdens aufzusuchen. Diese geistige Haltung machte es möglich, das Individuelle aus dem Universalen zu verstehen, ohne das eine in das andere aufzulösen.

Humanität, im Werden begriffen, ist ihm der Sinn des menschlichen Daseins. Was am Einzelnen human ist, wird ihm als Glied des Geschlechtes zu teil. Damit steht nicht in Widerspruch, daß die Humanität des Einzelnen einen Sinn in sich selbst trägt. Für den Einzelnen wie für das Ganze des Menschengeschlechts besteht Humanität in der Entfaltung der menschlichen Anlagen zu ihrer Darstellung. „Unsere Vernunftfähigkeit soll zur Vernunft, unsere feineren Sinne zur Kunst, unsere Triebe zur echten Freiheit und Schöne, unsere Bewegungskräfte zur Menschenliebe gebildet werden.“ Der Einzelne ist innerhalb dieses Ganzen in einem System überpersönlicher Kräfte begriffen, die letzten Endes von der schöpferischen Gottheit ausgehen. Sie treten in einer Vielheit verschiedener Strebungen und Gestaltungen in Erscheinung. Die Mannigfaltigkeit der Individuen, die besondere Bildung jedes Volksgeistes, deren jeder, wie Ranke später von den Epochen sagte, ein „Wort zu Gott“ ist, die Unwiederholbarkeit des Augenblicks, der die Zukunft bedingend fortwirkt, — diese Vielheit der Erscheinungen liegt im Wesen des einen geschichtlichen Schöpfungsvorgangs begründet. Sie alle gehören zu dem „lebendigen Kleid der Gottheit“, von dem Goethes Erdgeist zu Faust redet, an dem Natur und Geschichte fort und fort weben. Der Sinn der menschlichen

Geschichte ist das Werden zur Humanität. Auf verschiedenen Stufen und in vielfacher, wechselseitiger Begegnung sind alle, jeder in seiner Weise, in den Vorgang dieses Werdens verflochten.

Die der Humanitätsidee zugrunde liegende Auffassung des Menschen als einer dem Schöpfer verantwortlichen Kreatur war getragen von der Kraft des Glaubens, und nur solange dieser Glaube lebendig bleibt, behält sie ihre den universalhistorischen Sinn erregende und geistig formende Energie.

III.

In der Mannigfaltigkeit geschichtlicher Formen und durch den Widerstreit geschichtlicher Bewegungen sah Herder das Menschengeschlecht einen Gedanken des Schöpfers zum Austrag bringen. Diese Grundauffassung war philosophisch kräftig genug, um fruchtbare Fragestellungen zu fördern, und andererseits nicht zu fest umrissen, um der Anschauung des historischen Gegenstandes selbst im Wege zu stehen.

Herders universalgeschichtliches Bewußtsein enthält aber in vorwegnehmender Andeutung die Synthese dreier Möglichkeiten, Geschichte universal zu begreifen, die der linearen, der zyklischen und der anthropologischen Auffassung der Geschichte. Herders anregende Wirkung wurde eben dadurch gesteigert, daß er alle drei in seinem Bilde der goldenen Kette ungeschieden vorzustellen und zu fühlen vermochte. In eben dieser Vermischung ist auch die Begrenzung seines Verfahrens begründet. Der lineare Deuter der Geschichte hält sich an den Gesamtverlauf des universalhistorischen Vorgangs, gibt ihm von theologischen Voraussetzungen her wie Augustin oder von philosophischen aus wie Hegel einen Sinn, oder aber er erwartet wie Ranke von der Erforschung des Einzelnen die schließliche Enthüllung des Ganzen für das Wissen. Die zyklische Auffassung hält sich an die aus dem Strom des zeitlichen Werdens sich heraushebenden, sinnvoll zu begreifenden Einheiten, wie die „Kulturen“ Toynbees. Sie werden nach dem Vorgang Spenglers und gemäß Winckelmanns Entdeckung einer Stilfolge in der Kunst des Altertums als ein vom Aufstieg zum Verfall sich vollziehender Verlauf begriffen. Die anthropologische Auffassung schließlich verzichtet darauf, aus dem Gesamtverlauf einen Sinn abzulesen, und ebenso darauf, Epochen oder Kulturen als Einheiten in der Zeit oder gar als gesetzliche Formen der historischen Palingenesie zu verstehen. Das Streben nach Universalität ist hier dagegen darauf gerichtet, von der Stellung des Menschen im Kosmos ausgehend, den

historischen Gegenstand danach zu befragen, wie, das heißt in welcher besonderen Konfiguration, die Gesamtheit der im Menschen wirksamen Kräfte im historischen Moment zur Erscheinung kommt. Ebenso sehr wie das lineare und in stärkerem Maße als das zyklische Geschichtsbewußtsein bedarf das anthropologische Denken metahistorischer Voraussetzungen. Das religiöse Motiv ihres Logoschristentums hatte die Renaissance-spiritualen auf ein anthropologisches Geschichtsbewußtsein verwiesen. Von seiner Auffassung des Menschen aus vermochte Goethe Geschichte als im Kosmos sich vollziehend zu begreifen. Burckhardts „Geist der Menschheit“ gewährt Einblick in seinen Glauben an das Wesen jenseits der Erscheinung, das Bleibende jenseits des Zeitlichen. Das anthropologische Interesse an der Geschichte enthält den Keim zu einer Philosophie der Geschichtlichkeit und hat in ihr seine Universalität.

Die Absicht, den Gesamtvorgang als einen sinnvollen Verlauf zu deuten, hat der Geschichtsphilosophie des 19. Jahrhunderts zunächst ihr Gepräge gegeben. Jeweils hat diese Erklärung des Fortschreitens der Geschichte eine jenseits des Geschichtlichen zu denkende Bestimmung zur Voraussetzung. Sie wird abgelöst vom Geschichtlichen gedacht, auch wenn sie sich nur am Geschichtlichen vollzieht und erweist.

Kants „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ entwarf den moralischen Plan, der in der Menschheit angelegt ist und sich durch ihr Werden verwirklicht. Als das letzte Ziel des geschichtlichen Widerstreits der Menschen und Völker steht an seinem Ende die universale Erfüllung des kategorischen Imperativs, der Ewige Friede. Der Mensch als vernünftiges und zur Freiheit bestimmtes Wesen hat seine Existenz als Zweck, nicht als Mittel. Die Verwirklichung des Postulats der in ihm angelegten ethischen Vernunft ist das oberste Gebot seines Handelns. Insofern es durch eine Maxime geleitet sein soll, deren Gehalt zum allgemeinen Gesetze erhoben werden könnte, ist es ethisch universal und zugleich die in der Schöpfung des Menschengeschlechts sich entfaltende Idee, ihre Teleologie.

Zu Herders Auffassung der Geschichte steht Kants ethischer Universalismus nicht in Widerspruch. Vielmehr ist er in ihr enthalten, wie er sich auch in der historischen Funktion widerspiegelt, die Hegel der Ordnung der menschlichen Beziehungen, d. h. seinem als Polis begriffenen Staat als der „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ zuerkannt hat. Hier bildet sie einen Aspekt des Vorgangs, durch den sich die Selbstverwirklichung des Weltgeistes vollzieht, als den Hegel die Weltgeschichte begreift. Die Weltgeschichte ist eine durch dialektische Gegensätze und ihre syntheti-

schen Auflösungen fortschreitende Bewegung auf den Endzweck der Welt hin, „das Bewußtsein des Geistes von seiner Freiheit und eben damit die Wirklichkeit seiner Freiheit überhaupt“. So verfolgt Hegel in der Universalität des konkreten geschichtlichen Werdens der Natur, der Völker, der Künste, der Religion und des Denkens die Entwicklung der schöpferischen Vernunft, und insofern nennt er seine Betrachtung eine Theodizee, eine Rechtfertigung Gottes:

„Die Entwicklung des denkenden Geistes, welche aus dieser Grundlage der Offenbarung des göttlichen Wesens ausgegangen ist, muß endlich dazu gedeihen, das, was dem fühlenden und vorstellenden Geiste zunächst vorgelegt worden, auch mit dem Gedanken zu erfassen; es muß endlich an der Zeit sein, auch diese reiche Produktion der schöpferischen Vernunft zu begreifen, welche die Weltgeschichte ist.“

Die Betrachtung der Geschichte wird zur universalen Deutung ihres Vollzuges, zur Philosophie des vollzogenen und weiterschreitenden historischen Geschehens, in dem dieser Erkenntnisakt selbst einen zur Vollendung notwendigen Schritt bedeutet. Die Mannigfaltigkeit der historischen Erscheinungen rückt zu einer geistig begründeten Ordnung zusammen, die der chronologischen Folge der Ereignisse Sinn gibt, indem sie dem einzelnen Ort und Bedeutung im Verwirklichungsprozeß der einen Dialektik zuweist. „In der unmittelbaren Handlung kann etwas weiteres liegen als in dem Willen und Bewußtsein des Täters.“ Der Daseinssinn auch des welthistorischen Menschen reicht über sein eigenes Wissen und Wollen hinaus. Wie die einzelnen Menschen, so lösen auch die Völker, jedes „sein Wort“ aussprechend, einander ab in dem Gang der Selbstverwirklichung des objektiven Geistes.

Hegels universalhistorische Philosophie gelangte dadurch zu ihrer Geschlossenheit, daß sie die sich entfaltende Weltvernunft in begrifflichen Formen erfaßte. Der Weg des objektiven Geistes wird gezeichnet als eine in dialektischer Spirale fortschreitende Bewegung. Das Vergangene trägt das Künftige. Verfall und Erstarrung zeigen an, daß der Bereich, dem sie zustoßen, dem Zentrum des Geschehens entrückt ist. Die Weltgeschichte, die das Weltgericht ist, schiebt beiseite, was ihrem Gange nicht taugt. Sie ist Gesetzgeber, Richter und zugleich Gerichteter, denn ihre Dialektik schreitet fort über das bloß Subjektive, dessen Versöhnung mit dem in der Entfaltung begriffenen Objektiven zur „Freiheit“ hinführt. Der Einzelne hat seine Würde eben darin, daß er am Fortgang des Werdens teilnimmt und in seinem Wissen um den Gang des Geistes in der Geschichte wie mit

seinem Wirken in der Gegenwart den Sinn der Geschichte mitvollzieht. Die religiöse Grundstimmung dieser Philosophie geht nicht nur aus ihrer Entstehung, sondern aus ihrem Wesen und Aufbau selbst hervor. Sie wird aber durch das von ihr dem Bewußtsein zuerkannte Primat gleichsam verhüllt, und der ihrem religiösen Impuls innewohnende Bezug auf das Seiende gerät in die Gefangenschaft des Gedankens.

Dementsprechend sind auch die Derivatformen des Hegelschen Universalismus Versuche, das religiöse Motiv durch ein wie immer wissenschaftlich formuliertes Bild des Geschichtsvorganges zu ersetzen. Nun wird hier das intellektuell-rationale, dort das wirtschaftliche, dort das biologische Element im historischen Werden als die bestimmende Kraft gesetzt, auf die das Ganze des geschichtlichen Vorgangs zurückzuführen sei. Daraus ergibt sich folgerichtig, daß Kultur *nur* als Überbau und Ausdruck intellektuellen Fortschritts, wirtschaftlicher Machtlagen oder gesellschaftsbiologischer Spannungen, Denken und Dichtung *nur* als Funktion oder Spiegelung des als wesentlich Gesetzten erscheinen. Damit ist aber das universale Moment, das Hegels Begriff des Geistes noch innewohnte, beseitigt. Mit diesem Verzicht auf die Erfahrung der inneren Freiheit wird der Weg in die Unfreiheit beschritten.

Das zyklische Verständnis der Geschichte wurde durch Spenglers Lehre erneuert. Seine „morphologische“ Deutung der Gegenwart als kultureller Endzeit hat das Krisenbewußtsein unseres Jahrhunderts geschichtstheoretisch bestätigt. Auch die Voraussetzungen seines Verfahrens sind in nuce in Herders universalgeschichtlichem Bewußtsein enthalten. Die Einsicht in die Hierarchie der Naturgeschöpfe und in das gleichmäßige Unterworfensein des organischen Lebens unter das Gesetz von Werden und Vergehen war für Herders Kulturphilosophie selbstverständlich. Spengler hat diese Einsicht und das ihr entsprechende morphologisch-physiognomische Sehen für seine Darstellung einer Gesetzlichkeit des Kulturwandels deterministisch ausgebildet. Jede seiner Kulturen hat einen schöpferischen Keim, der gleichsam das Thema des ganzen, apollinischen, magischen oder faustischen Kulturverlaufes setzt und enthält. Aus ihm „entwickeln“ sich folgerichtig und mit der organischen Gleichzeitigkeit von Wachstums- oder Verfallsstufen die Blüten, die Früchte und der Tod. Spenglers Gewißheit vom „Untergang“ des Abendlandes war weder aufgewogen durch eine aufklärerische Überzeugung von der fortschreitenden Kontinuität der Kulturgeschichte, noch durch eine religiöse Kraft der Hoffnung, wie sie beide, durch das Bild der „aurea catena“ faßlich werdend, Herder mit dem Bereich überhistorischen Seins verbunden hielten.

Jener Versuch Goethes, in dem Spenglers morphologische Geschichtsansicht scheinbar am nächsten vorgebildet ist, der Aufsatz über „Geistesepochen nach Hermanns neuesten Mitteilungen“, stellt dagegen die Frage nach dem Zusammenhang des historischen Verfalls von Kultur mit der dem menschlichen Geiste innewohnenden Ordnung. Der Intellekt, dem Statischen zugewendet, unentbehrlich auf der Ebene des Nützlichen, wird in seiner Beschränktheit überwunden durch die Vernunft, die fähig ist, das werdende zu begreifen. Sie erfährt ihrerseits eine Steigerung durch die Intuition, jene durchaus der Präzision fähige Stufe des Erkennens, auf der sich Goethe selbst den „Urphänomenen“ zu nähern versuchte. Auch diese Stufe ist noch überwunden, wo das „umgreifende“ Denken, wie in Goethes Gestalt der Makarie, begnadet am Universum selbst teilhat und es prophetisch ausspricht. Aus dieser Stufenlehre des Geistes erklärt nun Goethe in den „Geistesepochen“ umgekehrt den Verfall ins Chaos als einen Zerfall des Geistes, oder einen Abfall von seiner Totalität, der schließlich in das bloß Intellektuelle hineinführt, auf die Niederung geistiger Führungslosigkeit, die von „Vermischung, Widerstreben, Auflösung“ beherrscht ist.

Goethes Begriff der Epoche fehlt aber durchaus der zyklische Determinismus, den Spengler seinem Begriff der Kultur gegeben hat. Während der weltgeschichtliche Verlauf für Goethe „Inkalkulables und Inkommensurables“ enthält und als Ganzes der Deutung entrückt ist, ergeben sich Momente der Geschichte seinem Verständnis vermöge ihrer inneren Folgerichtigkeit. Eines dieser Momente ist der Gegenstand der „Geistesepochen“, ein anderes die Wirksamkeit der Glaubenskraft, wie er sie an der Gestalt des Moses begreift, ein drittes die geschlossene Folge einer schöpferischen Kultureinheit, wie er sie an der künstlerischen Gestaltungskraft des florentinischen Bürgergeistes im Medicäischen Zeitalter darstellt. Immer aber ist es der Grundgedanke seiner Auffassung der Dynamik des Daseins, aus dem er Geschichte versteht, die Spannung zwischen Geist und Leib, in die der Mensch zur Verleiblichung des Geistes und zur Vergeistigung des Leibes gestellt ist.

In dieser „anthropologischen“ Auffassung der Geschichte ist das Erbe des Spiritualen der Renaissancezeit in seiner Tiefendimension erneuert. Es fand eine philosophische Formulierung im Denken des späteren Schelling. Er verstand Natur und Geschichte als die Dichtung des lebendigen Gottes. Sie enthüllt sich Schritt für Schritt, und dem Menschen ist es gegeben, „Mitdichter des Ganzen und Selbsterfinder der besonderen Rolle“ zu sein, die er spielt. In Schellings Auffassung Gottes ist Boehmes

Gottesbegriff fortgebildet. Dieser in Natur und Geist wirkende Demiurg offenbart sich. Er ist das Ur-Leben, das selbst jenseits der Vernunft west und diese als einen Spiegel seiner selbst hervorbringt. Das Universum ist ein Organismus, im Vorgang des Werdens begriffen. Es hat seinen Anfang genommen mit dem „Fiat“ Gottes, der freien Tat der göttlichen Welt-schöpfung. Es entfaltet sein Leben im „Feuer des Widerspruchs“. Es ist „gleichsam das schlagende Herz der Gottheit, das in nie aufhörender Systole und Diastole Ruhe sucht und nicht findet“. Die Ewigkeit, das Selbst Gottes, offenbart sich in die Zeit. Die Zeit ist ein „Scheinbild der Ewigkeit“.

In den Abgrund des im Widerstreit sich vollziehenden historischen Werdens blickend, blieb Schelling der Grausamkeit historischen Vergehens gewahr und hat darum die als Gewißheit des Fortschritts mißverständene Auffassung der Humanität in Frage gestellt. Der Kampf des Dämonischen und des Göttlichen vollzieht sich in der Geschichte vor der übergeschichtlichen Gottheit. Der Mensch hat „eine Mitwissenschaft der Schöpfung“, die „als ein verdunkeltes und vergessenes, wenngleich nicht völlig ausgelöschtes Bild“ in der Seele schläft. Sie befähigt ihn, das geschichtliche Werden geistig zu fassen. Während Schellings Philosophie die Dynamik der erschaffenen Welt und ihr Verhältnis zum Grund alles Seins darlegt, bleibt sie gegenüber dem Verlauf der Geschichte offen. So konnte sie der Geschichtsschreibung als der Erzählung des Vergangenen ihren Raum und der Prophetie als der „Ahndung“ des Künftigen ihre Stelle zuweisen. Sie setzt dazu an, die Dynamik der Menschengeschichte aus der inneren Dialektik des Menschseins zu begreifen. Nicht die Einheit des ganzen geschichtlichen Prozesses mit seinen Teilen steht hier zur Rede, sondern die Spannung zwischen dem schöpferischen Sein und dem zeitlichen Werden.

Wenn sie sich auf das Rätsel der menschlichen Existenz hin richtet, bedarf die universalhistorische Fragestellung nicht mehr einer die volle Breite der Geschichte umfassenden Darstellung des historischen Prozesses. Sie bringt die Voraussetzung mit, daß sich in der einzelnen begrenzten Erscheinung die Dynamik des Weltgeschehens spiegelt. Der universale Zusammenhang wird am einzelnen und sei es am Leben eines einzelnen Menschen sichtbar. Dort kann der Historiker ihn aufsuchen, wie die Tragödie Shakespeares am einzelnen Geschehen die universale Gesetzlichkeit des Lebens spiegelt. Die Kraft universalhistorischen Denkens äußert sich dann in der Tiefe des geschichtlichen Blicks.

In der deutschen Geschichtsschreibung selbst kam diese Universalität der historischen Fragestellung zu einer fruchtbaren Wirkung, solange die

Stärke des Glaubens an den universalen Sinn des menschlichen Daseins im Gleichgewicht stand mit der Offenheit für Weltgeschichte als fortwährende und nicht vorausbestimmbare Bewegung. In seinem Aufsatz über „Die Aufgabe des Geschichtsschreibers“ stellte Wilhelm von Humboldt dieses Verhalten des geschichtlichen Denkers dar, wie es in der Mitte steht zwischen dem Einzelnen und dem Allgemeinen, zwischen dem Glauben an einen Sinn des historischen Werdens und der Arbeit an seiner kritischen Erforschung aus den Monumenten der Vergangenheit. Humboldts Schrift gab der Beziehung der Humanitätsidee zur Geschichtsschreibung eine Form, die zugleich für Rankes historisches Verfahren bezeichnend ist.

Der Geschichtsschreiber, wie er ihn fordert, soll Zartheit der Anschauung, die ihn für das Individuelle empfänglich macht, verbinden mit universalhistorischer Freiheit des Blickes. Er ist ein Künstler, wie ihn auch Schiller zeichnete: „Wenn er den Stoff in sich aufgenommen hat, muß er ihn wieder ganz neu aus sich erschaffen“. Gleich dem bildenden Künstler hebt er „die sich still und groß im Zusammenhang der Weltbegebenheiten entfaltenden, aber nicht ihnen angehörigen Ideen“ heraus. Sein Geschäft „in seiner letzten, aber einfachsten Auflösung ist Darstellung des Strebens einer Idee, Dasein in der Wirklichkeit zu gewinnen“. So können sich in dem Glauben an den menschlichen Sinn des weltgeschichtlichen Prozesses Scharfsinn der Forschung und selbstentsagendes Verstehen aus der Anschauung zur Erzählung des geschichtlichen Vorgangs verbinden. Mit der Forderung, die Idee in der Erscheinung „zu ahnden und zu erkennen“, verzichtete Humboldt zugleich auf die Ausbildung eines die „logische“ Folge der Ereignisse erklärenden welthistorischen Systems. Er setzte voraus, daß die Einsicht des an die unendliche universalhistorische Aufgabe hingegebenen Forschers durch die Arbeit selbst der in den Dingen wirkenden Ordnung entgegenwächst.

Dieses Vertrauen in einen jedem Moment der Geschichte selbst inwohnenden und aus ihrer Erforschung sich enthüllenden Sinn gab der Kunst Rankes ihr Ethos und ihren Mut zur zunehmenden Erweiterung ihres Gegenstandsbereichs. Es belebte seine Sachlichkeit in der Darstellung der germano-romanischen Völkerwelt als des Trägers der neueren historischen Weltbewegung. Ranke erbaute seine Weltgeschichte auf dem „festen Boden der Nationalgeschichten“, aber er ließ sie nicht haften an diesem Boden. „In den Nationen selbst erscheint die Geschichte der Menschheit. Es gibt ein historisches Leben, welches sich fortschreitend von einer Nation zur anderen, von einem Völkerkreise zum andern be-

wegt.“ Die Schicksale der Völkergeschichte verbinden sich zu dem Zusammenhang eines großen universalen Vorgangs, der „die lebendige Gesamtheit der Weltgeschichte“ ausmacht. Und innerhalb dieser Entwicklung sind aus „lokalen Bedingungen“ Werke entstanden, die „das allgemein Menschliche repräsentieren.“ Die Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Bildungen schließt sich für Ranke zusammen in einem universalen Sinn ihrer Bewegung, dessen Erfassung freilich als Aufgabe unendlich ist wie die Geschichte selbst. Über den Widerstreit der historischen Weltkämpfe und aus ihm erhebt sich die Leistung des Genius, die über Ort und Zeit hinauswachsend, selbst weltgeschichtlich und universal wird. Die Geschichtsschreibung hat die Sendung, die „Ereignisse, Gestaltungen und großen Männer der Vorzeit“ in dem allgemeinen Gedächtnis zu erhalten, nicht nur um zu wissen, wie Geschichte gewesen ist, sondern auch um zu behalten, was sie „Unsterbliches“ hervorgebracht hat, was sie dem Zeitlichen als eine die Zeit überragende Antwort abzugewinnen und entgegenzuhalten verstand.

Ein religiös-metaphysisches Motiv liegt auch dieser Wendung des universalgeschichtlichen Denkens zugrunde, die, um dem Wissen und der Darstellung zu dienen, auf eine nähere philosophische Bestimmung des historischen Werdens verzichtet. Einerseits ist Rankes Glaube eine tragende Bedingung seines Forschens — und zwar in der Form der Erwartung einer endlichen Erhellung des Gesamtsinnes der Geschichte aus ihrem Gesamtbild —, andererseits sind Rankes Ideen Ordnungsprinzipien, die dem historischen Stoff selbst innewohnen und in denen er sich dem vorurteilslosen Betrachter darbietet. Durch diese Bindung an den historischen Verlauf büßt freilich Rankes Glauben die innere Spannung und dialektische Artikulation ein, die Schellings metaphysisch-anthropologische Haltung zur Geschichte als philosophische wie als historische Fragestellung fruchtbar macht.

Eben darum scheint Jakob Burckhardt als Geschichtsdenker dem Lebensgefühl der Gegenwart näherzustehen. Auch seine Arbeit ist getragen von dem Glauben an den Geist, denselben, der das geschichtliche Bewußtsein möglich macht und sich als innerer Sinn dem historischen Denker eröffnet. An den Spannungen zwischen Religion, Staat und Kultur, an dem Wechsel von Glück und Unglück in der Weltgeschichte, an den geschichtlichen Krisen und dem wechselseitigen Verhältnis des Einzelnen und des Allgemeinen sucht er die innere Dynamik der geschichtlichen Welt zu erhellen. Er bewahrt sich einen untrüglichen Sinn für den Wandel, das Inkommensurable und Katastrophale in der Geschichte, und eben dieses Wissen

entfernte ihn von den meisten seiner Zeitgenossen und nähert ihn dem 20. Jahrhundert, das selber inmitten solcher Katastrophen sein Dasein hat.

Aber all seine zuchtvolle Verhaltenheit gegenüber dem historischen Geschehen hindert Burckhardt nicht, in ihm eine eindeutige Rangordnung zu erkennen, deren höchste Stelle er der „spontanen“ schöpferischen Regsamkeit des Menschen zuerkennt, jenem Bereich also, den er als Kultur bezeichnet. Hier vollzieht sich „das geistige Wunder der Sprache“, hier entsteht, in Kunst und Poesie, „eine zweite, ideale Schöpfung, der bestimmten einzelnen Zeitlichkeit enthoben, irdisch-unsterblich, eine Sprache für alle Nationen“. Der Glaube an die währende schöpferische Kraft des Geistes gibt Burckhardts geschichtlichem Bewußtsein die Universalität und zugleich die Freiheit des Blicks gegenüber der historischen Erscheinung. Es ist ein religiöser Glaube, nicht zu verwechseln mit der säkularen Geschichtlichkeit religiöser Institutionen, gerichtet auf eine Energie, die eben jene Manifestationen hervorbringt, die weiterleben, „um die spätesten Jahrtausende zu befreien, zu begeistern und geistig zu vereinigen“. Nicht um diese Manifestationen selbst, sondern um die Energie, die sie erzeugt und die sie ihrerseits wieder hervorrufen, ist es ihm in letzter Instanz zu tun. „Die verehrende Kraft in uns ist so wesentlich als das zu verehrende Objekt.“ Burckhardts Selbstbescheidung vor dem ihm unerforschlich Verhüllten erhöht nur die Überzeugungskraft dieses Glaubens, wie sie aus dem abschließenden Satz der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ spricht, der von ihm allein den Akt der geistigen Befreiung von den drohenden Katastrophen erwartet. Denn in diesem Zeitalter der Krisen, sagt er, „würde es ein wunderbares Schauspiel, freilich aber nicht für zeitgenössische, irdische Wesen sein, dem Geist der Menschheit erkennend nachzugehen, der über all diesen Erscheinungen schwebend und doch mit allen verflochten, sich eine neue Wohnung baut“.

Jakob Burckhardt hat die bei Herder vorgebildete Art, nach der wiederkehrenden Gesetzlichkeit innerhalb der geschichtlichen Welt zu forschen, durch seine Fragestellungen vorwärtsgetrieben. Seine „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ gewähren Einblick in sein Streben nach einem universal vergleichenden Wissen von Geschichte. Diese dort wirksame geistige Tendenz wurde später von der vergleichenden Geisteswissenschaft Diltheys und der vergleichenden Soziologie Max Webers nach verschiedenen, einander aber ergänzenden Richtungen hin entwickelt. Max Webers heuristisch-empirischer Versuch einer Systematik der sozialgeschichtlichen Formen nimmt zur erzählenden Geschichtsforschung einschließlich seiner eigenen das Verhältnis einer vorbereitenden Unterstützung ein. Seine

Grenze ist dort zu suchen, wo ihn seine selbstaufgelegte Askese von der in der historischen Metaphysik intendierten Wahrheit, das heißt aber auch von der Fragestellung der philosophischen Anthropologie nach dem „Wesen des Menschen“ zurückhielt. Diese Frage nach der Wahrheit, die hinter den verschiedenen Gestaltungsformen des metaphysischen Bewußtseins ahnbar wird, also eine ihrem Kern nach selbst metaphysische Frage, war aber Diltheys höchstes Anliegen. Er hat nun die religiöse Prophetie, das künstlerische Werk und die Leistung des Handelns neben dem philosophischen Gedanken als Erscheinungsformen der metaphysischen Energie des Menschen zu verstehen gesucht. Darum wurde ihm die Geschichte der Selbstauffassung des Menschen für jeden Versuch universalgeschichtlicher Deutung unentbehrlich. Zugleich erhielt damit die Erforschung des Mythos, des Kunstwerks oder des Rechts eine philosophisch-anthropologische Richtung auf die in der geschichtlichen Erscheinung sich manifestierende Wahrheit hin. In Herders Ideen war die Bemühung um eine vergleichende Kulturwissenschaft angelegt, die, aus einer philosophischen Anthropologie hervorgehend, die Voraussetzung zu einer universalen Kulturgeschichte bilden könne. Ebenso unentbehrlich wie die vergleichende Erforschung der sozialen Formen ist für sie die vergleichende Deutung der Religionen, zu der jener universale Gottesbegriff der Renaissance-spiritualen eine Voraussetzung bildet. Dieser Hinweis auf spätere Entwicklungen möge andeuten, wie die Frage nach dem Typischen in der geschichtlichen Welt notwendig auf die anthropologischen Voraussetzungen ihres Verständnisses hindrängt.

IV.

Das lineare Geschichtsdenken steht in der Gefahr, von der Fülle und dem dauernden Zuwachs des Stoffes überwältigt oder aber von seinen theologischen oder philosophischen Voraussetzungen zu einer erzwungenen epischen Komposition verleitet zu werden. Das zyklische Geschichtsdenken verlegt die Universalität in ein morphologisches Schema, das dem organischen Leben abgewonnen und auf die Geschichte übertragen wird. Es beläßt die Einheit, die infolgedessen am Gesamtverlauf nicht mehr erweisbar ist, nur noch dem Kulturzyklus als sein „Gesetz“. Die anthropologische Fragestellung bleibt gegenüber dem Gesamtverlauf wie der Folge der Kulturerscheinungen offen und nähert sich dem geschichtlichen Menschen als einem Wesen, das im Flusse der Geschichte sein Dasein hat und sich dennoch über das Geschichtliche hinaus verwiesen *fühlt*. Für

diese Auffassung der Geschichte erstreckt sich darum der Bereich ihres Fragens von den in sich selbst sinnlosen Kämpfen der physischen Gewalt bis zu den Offenbarungen des göttlichen Geistes. In diesem die Polarität der menschlichen Existenz ins Auge fassenden Denken erhält sich die religiöse Frage als das wesentliche Motiv. Eben darin ist die Verwandtschaft unserer Gegenwartsproblematik mit dem universalgeschichtlichen Bewußtsein der Renaissance-Spiritualen begründet und ebenso mit der vergeistigenden Erneuerung, die es durch Schelling erfahren hat.

Schelling strebte nach der philosophischen Deutung von Natur und Geist als eines sich universalhistorisch entfaltenden Zusammenhangs. Aber er erwartete nicht in „naturalistischer“ Weise von seiner voraussetzungslosen Erforschung den Einblick in das ihn begründende oberste Prinzip. Vielmehr gestand er dem Menschen selbst ein Prinzip zu, das „außer und über der Welt ist“, und verstand Wissenschaft als Wiedererinnerung, als Anamnese. Das „Urbild der Dinge schläft in der Seele als ein verdunkeltes und vergessenes, wenngleich nicht völlig ausgelöschtes Bild“. Der denkende Mensch selbst ist gespalten in zwei Wesen, das fragende und das antwortende, und in diesem „stillen Gespräch“ geht das Licht der Wissenschaft auf. Im Denken der Geschichte wiederholt sich also die Polarität, die in der Geschichte selbst wirksam ist. Der im Dunkeln der Seele liegende religiöse Impuls „der Ahndung und Sehnsucht der Erkenntnis“ ruft die in derselben Seele wartende Antwort hervor und wird so zum Organ der Erkenntnis. Aber „das Lebendige der höchsten Wissenschaft kann nur das Urlebendige sein“. In diesem Bezug auf das „Urlebendige“ hat der Erkennende seine Universalität. Darum wäre denn auch der universalhistorische Forscher in seiner Begegnung mit der äußeren geschichtlichen Welt verloren, „wenn ihm nicht ein innerer Sinn zu Hilfe käme“.

Die vorliegende Studie ist die erweiterte Wiedergabe eines Vortrags, der zuerst im Dezember 1945 in Chicago vor der American Association of Teachers of German gehalten und im Sommer 1950 an der Universität Erlangen wiederholt wurde. Die aus Turmair angeführten Stellen sind der von Georg Leidinger bearbeiteten Ausgabe der „Bayrischen Chronik“ (Jena 1926), die aus Sebastian Franck zitierten den „Paradoxa“ (ed. Ziegler, Jena 1909), die von Herder dem ersten Kapitel der „Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit“, die von Schelling den „Weltaltern“ entnommen. Es sei hingewiesen auf Erich-Will Peuckert, *Sebastian Franck* (München 1943), bezüglich der „aurea catena“ auf Arthur O. Lovejoy, *The Great Chain of Being* (Cambridge, Mass., 1936), und Emil Wolff, *Die goldene Kette* (Hamburg 1947), in Bezug auf Goethes Geschichtsdenken auf das 10. Kapitel meines Buches *Goethe's Image of Man and Society* (Chicago 1949) und auf meinen Aufsatz „Die Epochen der Geistesgeschichte in Goethes Denken“ (*Monatshefte*, Wisconsin 1948), aus der umfassenden Literatur über das philosophische Problem des historischen Bewußtseins auf Karl Löwith, *Meaning of History* (Chicago 1949), und Gerhard Krüger, *Die Geschichte im Denken der Gegenwart* (Frankfurt am Main 1947).

**Zur geistigen Entwicklungsgeschichte Rankes
in seiner Frühzeit**

Für den mittelalterlichen Historiker ist es ein selbstverständlicher Grundsatz seiner Forschung, daß er bei der Behandlung literarischer Denkmäler der Frage nach dem Vorliegen verschiedener Rezensionen seine besondere Aufmerksamkeit widmet und dort, wo sie vorhanden sind, ihr Verhältnis zu einander sorgfältig untersucht. Keine Ausgabe eines mittelalterlichen Geschichtswerkes würde den heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, die diesen Grundsatz nicht berücksichtigt, und es wäre nicht schwer, eine ganze Reihe von Beispielen anzuführen, an denen sich die Notwendigkeit und die Fruchtbarkeit derartiger Fragestellungen verdeutlichen ließe. So ist beispielsweise bei der Sachsengeschichte des Widukind von Corvey das — im einzelnen freilich noch stark umstrittene — Problem der verschiedenen erkennbaren Fassungen nicht nur bedeutsam für die Entstehungsgeschichte des Werkes, sondern seine Lösung hat sich auch als unumgängliche Voraussetzung für ein wirkliches Verständnis der Gedankenwelt des Verfassers erwiesen. Von ähnlichem Interesse sind die mehrfachen Umarbeitungen, denen der Abt Ekkehard von Aura die Weltchronik des Frutolf unterzog, zumal dabei eine allmähliche Wandlung in der politischen Einstellung Ekkehards deutlich zutage tritt. Vollends bei spätmittelalterlichen Werken, wie etwa dem *Liber certarum historiarum* des Abtes Johann von Victring oder der sog. *Reformation* Kaiser Sigismunds, weichen die einzelnen Rezensionen bisweilen so stark voneinander ab, daß sie geradezu selbständige Arbeiten darstellen und deshalb in der kritischen Ausgabe auch nebeneinander erscheinen. Die Feststellung der darin enthaltenen Abweichungen und Unterschiede trägt dann nicht unwesentlich dazu bei, das Bild der geistigen Persönlichkeit des Autors zu bereichern und ihm schärfere Konturen zu verleihen.

Auf der andern Seite braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß ein solches Editionsprinzip, das allen Abwandlungen des Textes sowohl in stilistischer wie in sachlicher Hinsicht sorgfältig nachgeht, eine allgemeine Geltung nur für diejenigen Perioden beanspruchen kann, wo dem einzelnen Schriftdenkmal mit Rücksicht auf die relativ geringe Breite der literarischen Produktion ein erhöhter Wert zugemessen werden muß.

Insofern rechtfertigt es sich also von selbst, daß es im Bereich der neueren Geschichtsschreibung nur sehr selten Anwendung gefunden hat. Aber auch hier kann der Verzicht doch zu weit getrieben werden, und zwar vor allem in solchen Fällen, wo es sich um Werke handelt, die durch ihr inneres Schwergewicht selber bereits wieder die Bedeutung eines historischen Dokuments gewonnen haben. So pflegt man in der Regel die Schriften Rankes, die früheren so gut wie die späteren, lediglich in der Ausgabe der Sämtlichen Werke zu benutzen, ohne sich viel Gedanken darüber zu machen, ob man nicht auf diese Weise Gefahr laufe, bestimmte Erkenntnisse und vor allem auch Äußerungen grundsätzlicher Art einer Stufe seiner geistigen Entwicklung zuzuweisen, der sie in Wirklichkeit noch nicht angehören. War doch selbst ein so feiner Kenner Rankes wie Alfred Dove der Meinung, daß es nicht in dessen Gewohnheit gelegen habe, das einmal Veröffentlichte wesentlich umzuwandeln, und daß er sich daher bei der Vorbereitung der Gesamtausgabe auf mehr oder weniger selbständige Ergänzungen, Anschlüsse und Nachträge beschränkt habe!¹⁾

Mit dieser weitverbreiteten Anschauung hat zuerst die von der Deutschen Akademie geplante und begonnene Gesamtausgabe gebrochen. Und vielleicht wird man doch mehr als einen bloßen Zufall darin erblicken dürfen, daß es ein an mittelalterlichen Texten geschulter Forscher war, der für eines der großen Werke Rankes die Aufgabe einer kritischen Edition in vorbildlicher Weise löste. Paul Joachimsen ließ für seine Ausgabe der Deutschen Geschichte im Zeitalter der Reformation einen systematischen Vergleich aller vorhandenen Auflagen durchführen, und er verwertete dann das Material, das ihm der so entstandene Variantenapparat darbot, in einer Reihe ebenso aufschlußreicher wie feinsinniger Bemerkungen. Seinen Spuren ist dann Georg Küntzel in seiner Ausgabe der Zwölf Bücher preußischer Geschichte gefolgt, freilich ohne aus der Textvergleiche ebensoviele Nutzen zu ziehen, wie Joachimsen es getan hatte. Auch ergab sich hier eine ähnliche Situation wie bei den erwähnten spätmittelalterlichen Autoren, insofern den ersten vier Büchern des Werkes ein einziges Buch der älteren als Neun Bücher preußischer Geschichte bezeichneten Fassung zugrunde liegt, das Ranke, wie Küntzel sagt, umgearbeitet und in der Weise weiter ausgeführt hat, wie der Künstler aus einer Skizze ein großes farbiges Gemälde schafft²⁾. Hier wäre nur ein vollständiger Abdruck beider Rezensionen möglich gewesen, und demgegenüber hat sich der Herausgeber mit Recht darauf beschränkt, in seiner

¹⁾ Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 27 (1888), S. 263.

²⁾ Zwölf Bücher preußischer Geschichte Bd. 3 (1930), S. 490.

Einleitung das allgemeine Verhältnis zu charakterisieren, das zwischen ihnen besteht. Mit der Preußischen Geschichte kam dann die kritische Ausgabe ins Stocken, und für den größten Teil der Rankeschen Werke bleibt somit die Lösung der entsprechenden Aufgabe erst der Zukunft vorbehalten.

Wenn nun im Folgenden eine Reihe von Beobachtungen vorgelegt werden soll, die sich bei einem genaueren Studium der Jugendwerke Rankes ergaben, so geschieht es nicht nur, um den Gedanken einer Fortführung der kritischen Ausgabe lebendig zu erhalten, so wenig im Augenblick an seine Verwirklichung gedacht werden kann. Vielmehr soll die Aufmerksamkeit von vornherein auf ein bestimmtes Thema gerichtet werden, die Frage nämlich, ob und auf welche Weise in den verschiedenen Fassungen dieser Frühwerke das allmähliche Werden der allgemeinen Geschichtsauffassung Rankes sich widerspiegelt und erkennbar wird. Ließe sich nach dieser Richtung hin aus der Textvergleichung einiges neue Material gewinnen, so wäre damit vielleicht auch ein nicht ganz unwesentlicher Beitrag geleistet, der einer künftigen, erst noch zu schreibenden Biographie Rankes zugute kommen könnte.

Wir vermögen uns von der geistigen Entwicklung Rankes in seiner Frühzeit eine wirkliche Vorstellung erst zu machen, seitdem wir das sog. Lutherfragment von 1517³⁾ kennen. Es wird immer merkwürdig bleiben, wie stark die Leitmotive der späteren Rankeschen Geschichtsansicht in diesen Aufzeichnungen des zweiundzwanzigjährigen Jünglings schon anklingen⁴⁾. Die Grundideen, auf denen das Geschichtsbild seiner großen Werke beruht, sind hier fast durchweg bereits keimhaft vorhanden: die beherrschende Vorstellung von der Wirksamkeit Gottes in aller Geschichte und die daraus resultierende Auffassung des geschichtlichen Daseins der Menschheit als Widerspiegelung der göttlichen Idee, woraus sich mit Notwendigkeit die grundsätzlich universalhistorische Betrachtungsweise ergibt; sodann die Frage, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die höchste göttliche Idee sich im Ablauf des historischen Geschehens auswirkt, die später durch den Zentralbegriff der leitenden Ideen als der die Menschheit beherrschenden großen geistigen Tendenzen ihre Beantwortung finden sollte; endlich das Problem des Verhältnisses, in dem das Individuum zu den überindividuellen Mächten und Bewegungen steht, mit der daraus abgeleiteten Forderung an den Historiker, das Einzelne

³⁾ Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, herausgegeben von P. Joachimsen, Bd. 6 (1926), S. 315 ff.

⁴⁾ Vergleiche C. Hinrichs in: Festschrift für Gerhard Ritter (1950), S. 299 ff.

einzuordnen in den allgemeinen Zusammenhang der Dinge, in seiner Darstellung den geistigen Urgrund aller irdischen Erscheinungen sichtbar werden zu lassen. Man kann das alles nicht besser verdeutlichen, als wenn man einige Sätze des Lutherfragments wörtlich anführt. „Es kann der Zweck des Historikers nicht sein“, heißt es hier, „alle Begebenheiten aus den Gemütern der handelnden Personen zu erklären. Es muß etwas geben, das über ihnen ist, und sie beherrscht, wie man es nenne, Schicksal, Vorsehung, Gott, so wie die Begebenheit über ihnen steht, welche sie nicht hervorbringen, sondern zu der sie unbewußt oder bewußt beitragen . . . Das Gewebe der einzelnen Handlungen erklärt sich nur aus den Gemütern der Einzelnen, aus dem Einfluß der sich nahestehenden und wirkenden aufeinander, aus der Bildung des Geistes der Zeit in einem jeden; und darum ist die psychologische Entwicklung der Charaktere der Geschichte so notwendig, als Begriffsentwicklung der Philosophie. Am meisten jedoch ist dies notwendig in großen bewegten, bewegenden Zeitaltern. Die Menschheit hat ihre gewöhnlichen Wege, welche immer nebeneinander fortliefen, verlassen; die Gewalt neuer Ideen, welche die Gemüter aus dem alten Kreise des Lebens in eine unbekannte Region zieht, in der sie Fuß zu fassen nicht wagen, ja nicht vermögen, teilt allen einen Schwung mit, welcher die Gewohnheit ersetzt, ja das Leben aus seinen Fugen zu reißen scheint“⁵⁾. Dazu nehme man dann eine weitere Stelle: „In der Geschichte hat das wirklich Große immer nur auf zweierlei Art sich gestaltet und auch erhalten, entweder durch das nach und nach erbauende Streben Vieler — oder durch eines Einzigen energische — aber von Selbstsucht geläuterte, der Idee allein nachstrebende — Kraft. In beiden Fällen zeigt sich die göttliche Idee, die allwaltend die Menschen überall und allezeit regiert, auf einleuchtende Weise“⁶⁾. Und endlich über die eigentliche Aufgabe des Geschichtsschreibers: „Da die Geschichte eine empirische Wissenschaft ist, begegnet es ihr nur zu oft, daß sie sich in Einzelheiten zersplittert und fern davon ist, was man doch immer an ihr rühmt, die Menschen zu bilden. Nur wer jenes Empirische mit der Idee vermählt, kann den Geist wirklich anziehen. Schlegel hat daher wohlgetan, die Begebenheiten nur in großen Maßen aufzufassen, weil sich in ihnen die ihnen eigentümliche Grundlage, die göttliche Idee von der Welt am klärsten ausspricht“⁷⁾.

Kommt man von diesen gedankenschweren Überlegungen her, die man

⁵⁾ A. a. O. S. 349 f.

⁶⁾ A. a. O. S. 330.

⁷⁾ S. 333.

durch eine Anzahl verwandter Äußerungen aus den Briefen der folgenden Jahre noch ergänzen könnte⁸⁾), und tritt von da aus an die Lektüre der ersten Geschichtswerke Rankes heran, so ist man überrascht, wie wenig sie im Grunde den eigenen theoretischen Postulaten entsprechen. Man würde erwarten, in ihnen eine stark reflektierende Betrachtungsweise zu finden, eine Deutung und Durchleuchtung historischer Tatbestände unter philosophischen und theologischen Gesichtspunkten, vielleicht sogar eine Art Theologie der Geschichte. Aber davon ist in Wirklichkeit keineswegs die Rede. Am ersten versuchen noch die „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“ dem aufgestellten Programm zu entsprechen. Denn hier klingen jedenfalls in der Vorrede Gedanken des Lutherfragments, wenn auch schon in gedämpfterem Tone, wieder an, wenn am Ende der Gegenstand des Buches mit den Worten Jacobis umrissen wird: „Menschheit wie sie ist, erklärlich oder unerklärlich: das Leben des Einzelnen, der Geschlechter, der Völker, zuweilen die Hand Gottes über ihnen“⁹⁾. Auch wird in der Einleitung das Thema wirklich in jener universalhistorischen Weise aufgefaßt, die die notwendige Konsequenz der Lehre von der Allgegenwart Gottes darstellte. Hier begegnet ferner der Begriff der Ideen, der ebenfalls im Lutherfragment schon aufgetaucht war, wenn etwa gesagt wird, daß „die gemeinschaftliche Entwicklung unserer Nationen dieselben Ideen mit Notwendigkeit in ihnen hervorgerufen haben werde“¹⁰⁾ oder wenn weiter von der „Idee der nordischen Kreuzzüge“¹¹⁾, und von den Ideen, aus denen die Pflanzungen gekommen sind¹²⁾, die Rede ist. Aber auf der andern Seite hat Ranke abschließend schon bemerkt, daß man in seinem Buch „selbst nicht einen Gang finde, wie er etwa dieser Einleitung entspräche“¹³⁾, und in der Tat ist der Gesamteindruck ein ganz anderer. Denn gewiß könnte man nicht sagen, daß die Darstellung nach dem Vorbild Schlegels die Begebenheiten „nur in großen Maßen“ auffasse. Vielmehr beruht ihr besonderer Reiz grade auf der Fülle der Gestalten und Erscheinungen, auf dem Reichtum des anschaulich geschilderten Details, der vor dem Leser ausgebreitet wird. Daneben tritt

⁸⁾ Vergleiche vor allem den Brief an den Bruder Heinrich vom März 1820 (S. W. 53/54 S. 89) mit den berühmten Worten: „In aller Geschichte wohnt, lebet, ist Gott zu erkennen“ usw.

⁹⁾ Erste Ausgabe (1824) S. VIII.

¹⁰⁾ Ebenda S. XXXVI.

¹¹⁾ S. XXXVII.

¹²⁾ S. XXXVIII; diese Stelle ist in der zweiten Ausgabe von 1874 S. XXX etwas verändert.

¹³⁾ S. XL.

die Reflexion so gut wie ganz in den Hintergrund; eine Ableitung der Geschehnisse aus dem geistigen Grunde der Ideen im Sinne der Einleitung wird kaum jemals versucht¹⁴⁾. Und auch die „Hand Gottes“ über den einzelnen und den Völkern wird nur selten beschworen. Zwar hatte Ranke selber die Überzeugung, er habe, wie er am 18. Februar 1824 an den Bruder schrieb, „nicht allein hier und da etwas Unbekanntes gefunden, sondern das unmittelbare Walten, sichtbare Handeln Gottes wenigstens von ferne gesehen und von dem Leben der menschlichen Seele etwas gespürt“¹⁵⁾, aber tatsächlich sind es doch nur sehr wenige Stellen, wo er eine solche Erkenntnis in ausdrückliche Worte zu fassen wagt. So heißt es etwa nach einer Würdigung der deutschen Kriegsmacht am Ende des 15. Jahrhunderts: „Hätte Maximilian diese gesamte Macht in seiner Hand vereinigt, so hätte ihm weder Europa noch Asien zu widerstehen vermocht. Gott gab aber, daß sie mehr zur Freiheit als zur Unterjochung gereichte“¹⁶⁾, und ganz ähnlich dann später über die auf eine Universalmonarchie gerichteten Pläne des gleichen Kaisers: „Gott wollte nicht, daß dies geschähe“¹⁷⁾. In der gleichen Richtung liegt es ferner auch, wenn Ranke die Wendung, die der Ausbruch des Krieges zwischen Maximilian und den Schweizern herbeiführte, mit den Worten einleitet: „In den entscheidenden Augenblicken tritt allemal ein, was wir Zufall oder Geschick nennen, und was Gottes Finger ist“¹⁸⁾. Der Tod Alexanders VI. gibt ihm Veranlassung zu der folgenden Bemerkung: „Die innere Entwicklung einer menschlichen Seele ist uns verborgen, die wir blöde Augen haben. Die Teilnahme des lebendigen Gottes an solcher Entwicklung, seine Warnung, seine Hilfe kann selbst der nicht ohne Täuschung unterscheiden, der sie erfährt; noch viel weniger aber ein Anderer. Mir ist immer sehr merkwürdig vorgekommen, daß auf jede der Übeltaten Alexanders ein großer Schrecken folgte“¹⁹⁾. Kurz danach wirft er sodann die Frage auf, ob die Ermordung der beiden jugendlichen Manfredi aus Faenza durch Cesare Borgia „die Rache Gottes an den Manfredi für die Übeltaten des ganzen Geschlechts“ gewesen sei, um dann fortzufahren: „Es ist zu hoffen, ein so ungeheures Mißgeschick wird für sie genug getan

¹⁴⁾ Insofern ist es doch keineswegs richtig, wenn H. F. Helmholtz, Leopold Rankes Leben und Wirken (1921) S. 25 sagt: „In dem glücklichen Wurf seiner Erstlingsschrift haben wir bereits den ganzen Ranke, wie er lebt und lebt.“

¹⁵⁾ S. W. 53/54 S. 122.

¹⁶⁾ Erste Ausgabe S. 91.

¹⁷⁾ S. 237.

¹⁸⁾ S. 139.

¹⁹⁾ S. 214.

haben“, und hinzuzufügen: „Die Gerichte Gottes waren über Italien“²⁰⁾. Und endlich veranlaßt ihn der Fall der Venezianer im Jahre 1509 zu einer zusammenfassenden Betrachtung, wie sie sonst in dieser frühen Periode nur erst selten begegnet: „Was ist es nun, das die Nationen erhöht und erniedrigt? Ist es die Entwicklung ihrer Natur, Wachsen und Vergehen, wie eines Menschenlebens? Aber oft wirken äußere Umstände wunderbar zusammen. Ist es die Verknüpfung eben dieser Umstände zu Einem Erfolg? Dann ist in dem Leben kein Sinn, und wir sind wie die Blume, die der Nachtfrost tötet. Ist es Gott, der nicht allein Schöpfer ist, sondern auch ein Verderber, der an den Menschen Gefallen und Mißfallen findet?“²¹⁾

Es verlohnt nun die Mühe festzustellen, wie sich Ranke, als er fünfzig Jahre später eine zweite Auflage des Buches erscheinen ließ, den eben angeführten Stellen gegenüber verhalten hat. Vollkommen unverändert geblieben ist nur die erste der beiden auf Maximilian bezüglichen²²⁾, während zu der zweiten, Gott habe nicht gewollt, daß seine auf eine Universalmonarchie gerichteten Pläne verwirklicht würden, noch der Satz hinzugefügt ist: „Die begonnene Entwicklung der Romanisch-Germanischen Nation würde dadurch unterbrochen und gehemmt worden sein“²³⁾. Gänzlich verschwunden ist sodann der Hinweis auf „Gottes Finger“. Knapp und nüchtern heißt es statt dessen: „Ohne sein Zutun bot sich ihm (Ludwig XII. von Frankreich) die gewünschte Gelegenheit dar“²⁴⁾. Die an sich schon vorsichtig gefaßte Bemerkung über Alexander VI. ist weggefallen und ersetzt durch den einen Satz: „Man hat gesagt, der Papst sei zuweilen bei seinen Handlungen wie durch ein göttliches Geschick gewarnt worden“²⁵⁾, und ähnlich sind von der ganzen Stelle über Cesare Borgia und die Manfredi nur die Worte „die Gerichte Gottes waren über Italien“ stehengeblieben²⁶⁾. Endlich erhält auch die Betrachtung über Erhöhung und Erniedrigung der Nationen eine etwas andere Färbung, indem der Satz: „Dann ist in dem Leben kein Sinn, und wir sind wie die Blume, die der Nachtfrost tötet“ weggelassen ist und dadurch dem Vergleich mit dem Wachsen und Vergehen eines Menschenlebens ein stärkeres Gewicht gegeben wird, um daran zuletzt die wiederum leicht abgewandelte

²⁰⁾ S. 177.

²¹⁾ S. 315 f.

²²⁾ Zweite Ausgabe (1874) S. 74.

²³⁾ S. 186.

²⁴⁾ S. 111.

²⁵⁾ S. 171.

²⁶⁾ S. 139.

Frage zu schließen: „Oder wäre es ein göttliches, von vornherein bestimmtes Verhängnis zum Verderben oder Glück?“²⁷⁾

Überall spürt man also das Bestreben abzdämpfen und abzumildern, die unmittelbare Bezugnahme auf Gott zu vermeiden oder doch einzuschränken und statt dessen die natürliche Entwicklung mehr in den Vordergrund treten zu lassen, in der für Ranke zwar auch der göttliche Wille waltet, aber auf eine verborgene, nicht ohne weiteres faßbare Weise. Es ist der in einem langen Forscherleben gereifte Historiker und Denker, der hier den gläubigen Überschwang seiner Jugend zurückdämmt und sich vor dem Geheimnis der göttlichen Weltregierung bescheidet. Aber das Empfinden, daß diesem ersten Versuch, die „heilige Hieroglyphe“ der Weltgeschichte zu enthüllen, etwas Voreiliges anhafte, muß doch schon sehr frühzeitig in ihm wach geworden sein. Denn sein zweites Werk, die 1827 erschienenen „Fürsten und Völker von Südeuropa“, entfernte sich seiner ganzen Anlage nach noch weiter von dem im Lutherfragment aufgestellten Programm, als es bereits die „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“ getan hatten. Hier vollends ist alles auf Erzählung und Schilderung des Zuständlichen gestellt und tritt die Reflexion ganz in den Hintergrund. Nur sehr beiläufig ist einmal von der „Idee des politischen Gleichgewichts“ die Rede²⁸⁾, und nur sehr selten begegnen zusammenfassende Betrachtungen, die bereits an den Stil der späteren großen Werke erinnern. „Nicht Blindheit ist es, nicht Unwissenheit“, heißt es einmal, „was die Menschen und die Staaten verdirbt. Nicht lange bleibt ihnen verborgen, wohin die eingeschlagene Bahn sie führen wird. Aber es ist in ihnen ein Trieb, von ihrer Natur begünstigt, von der Gewohnheit verstärkt, dem sie nicht widerstehen, der sie weiter vorwärts reißt, so lange sie noch einen Rest von Kraft haben. Göttlich ist der, wer sich selber zwingt. Die Meisten sehen ihren Ruin vor Augen, aber sie gehen hinein“²⁹⁾. Und nicht weniger erschütternd wirkt, grade vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, eine andere allgemeine Bemerkung: „So zerstört der Despotismus durch seine Mittel seine Absichten. Ein schlechter Trost für die Menschheit! Die Wirkung des Despotismus, die Zerstörung der Tugend und der Wohlfahrt, diese bleibt“³⁰⁾. Aber das alles bewegt sich, wie man sieht, so gut wie ausschließlich auf der Ebene der natürlichen Entwicklung der Dinge und ihrer inneren Gesetzmäßigkeit; ein Versuch, die „Hand

²⁷⁾ S. 244.

²⁸⁾ Erste Ausgabe (1827) S. 194.

²⁹⁾ S. 390 f.

³⁰⁾ S. 434.

Gottes“ über den Menschen und Völkern sichtbar werden zu lassen, wird nicht mehr unternommen.

Fragt man nach den Ursachen dieser Beschränkung, die Ranke sich selber auferlegte, so wird man nicht fehlgehen, wenn man vermutet, daß sie vor allem in der wachsenden Breite seiner historischen Anschauung zu suchen sind. Je mehr sich ihm das historische Leben in seinem ganzen konkreten Reichtum erschloß, desto mehr mochte ihm der Mut schwinden, sich auf das unendliche Meer dieser Tatsachen im leichten Nachen seiner Spekulation hinauszuwagen. Aber auf der andern Seite befriedigte ihn diese Art der Geschichtsschreibung doch keineswegs ganz. „Eigentlich leiden meine Sachen sehr an der Gelehrsamkeit“, schrieb er am 5. Mai 1827 an den Bruder, als er ihm das baldige Erscheinen der „Fürsten und Völker“ ankündigte. „Sie sind unfähig, eine allgemeine und verbreitete Lektüre zu werden, und wer weiß, ob sie den lohnen, der sie genauer studiert. Ich hoffe noch einmal ein Werk zu schreiben, welches jedermann lesen kann und welches doch die Fülle des geistigen Lebens der Geschichte enthält“³¹⁾. Aber auch in dem Buche selbst findet sich eine verwandte Stelle, die in einem gewissen Sinne an das Lutherfragment gemahnt. Sie steht am Ende der Einleitung zum zweiten Hauptabschnitt, der die Spanische Monarchie behandelt. Nachdem Ranke hier einen kurzen zusammenfassenden Überblick über die Hauptprobleme gegeben hat, denen seine Untersuchung gilt, fährt er abschließend fort: „Es ist indes nicht allein der Zusammenhang des Ganzen, auf welchen wir zielen. Nicht durch diesen allein gewinnen uns Natur und Geschichte Teilnahme ab. Der Mensch heftet seine Augen zuerst mit lebhafter Wißbegier auf das Einzelne. Wir möchten es gern zugleich in dem Grunde seines Daseins und in der Fülle seiner eigentümlichen Erscheinung vollkommen begreifen, wofern es uns nur möglich wäre“³²⁾. Hier zeigt sich, daß die im Lutherfragment aufgestellte Forderung, „das Empirische mit der Idee zu vermählen“, keineswegs vergessen ist, wenn auch aus den letzten Worten ein Zweifel an dem eigenen Vermögen oder sogar eine gewisse Resignation herausklingt. Und es verdient wohl angemerkt zu werden, daß Ranke in der späteren, erweiterten Bearbeitung des Werkes grade diesen letzten Satz geändert und ihm die zuversichtlichere Fassung gegeben hat: „Glücklich, wem es gelingt, die Dinge zugleich in dem Grunde ihres Daseins und in der Fülle ihrer eigentümlichen Erscheinung zu begreifen“³³⁾.

³¹⁾ S. W. 53/54 S. 166.

³²⁾ S. 102.

³³⁾ Vierte Auflage (1877) S. 89.

Zunächst jedoch schritt er auf der Bahn, die er in diesem zweiten Werk eingeschlagen hatte, noch weiter fort. Die nun folgende „Serbische Revolution“ stellt sozusagen den Kulminationspunkt auf der Linie der reinen Geschichtserzählung dar. Grade hier ist es allerdings unumgänglich, zur Urfassung zu greifen, wenn man das Buch in den geistigen Entwicklungsgang Rankes einordnen will. Denn die neue Bearbeitung aus dem Jahre 1844, in der das Buch dann auch in den Sämtlichen Werken erscheint, zeigt auch in den aus der älteren Fassung übernommenen Teilen ein stark verändertes Gesicht. Schon der äußere Umfang ist, ganz abgesehen von den am Ende neu hinzugefügten Kapiteln, um etwa ein Viertel gewachsen. Aus den zwölf Kapiteln der ersten Fassung sind neunzehn in der zweiten geworden; nur drei von ihnen haben die alte Überschrift behalten. Hinzugekommen ist vor allem die weit ausholende, bis zu den ersten Anfängen zurückgreifende Darstellung der älteren serbischen Geschichte, sodann bezeichnenderweise die beiden Abschnitte „Ursprung der neueren Bewegung in der Türkei“ und „Beziehungen Serbiens zu den allgemeinen Verhältnissen Europas und der Türkei“, die dazu dienen, den großen allgemeinhistorischen Zusammenhang herzustellen. Aber auch in den übernommenen Partien finden sich zahlreiche Änderungen, die keineswegs nur stilistischer Natur sind. Vor allem zeigt der Vergleich, daß in der Urfassung die Ideenlehre noch keinerlei Niederschlag hinterlassen hat. Liest man in der späteren Bearbeitung den Satz: „Diesen Ideen entspricht eine der eigentümlichsten Sitten des serbischen Stammes, die Verbrüderung“³⁴⁾, so heißt es ursprünglich nur: „Aus dieser patriarchalischen Enge tritt man durch einige sehr besonders gestaltete Verbindungen in weitere Kreise. Eine, die Verbrüderung, ist dem serbischen Stamme vor andern eigen“³⁵⁾. Völlig fremd sind der „Serbischen Revolution“ dementsprechend Sätze wie die folgenden: „Wenn irgendwo, so bedingen sich in dem orthodoxen griechischen Reiche geistlicher und weltlicher Gehorsam, die in den Ideen fast ununterschieden waren, obwohl das geistliche Prinzip eine unabhängige Repräsentation hatte“³⁶⁾, oder: „Er (Kara Georg) stellte das Prinzip der Emancipation der unter die Herrschaft der Türken geratenen christlichen Nationen von dem Staat und der Gewalt derselben dar“³⁷⁾. Und das gleiche gilt schließlich auch von einer Betrachtung, in der sich die Elemente der entwickelten Ranke-

³⁴⁾ Serbien und die Türkei (1879) S. 35.

³⁵⁾ Serbische Revolution (1829) S. 20.

³⁶⁾ Serbien und die Türkei S. 11.

³⁷⁾ S. 123.

schen Geschichtsanschauung auf besonders bezeichnende Weise vereinen: „Seitdem einmal Mächte auf Erden aufgetreten sind, welche die allgemeinen Ideen, die das Leben des menschlichen Geschlechts in sich tragen, zu realisieren, in sich darzustellen, fortzupflanzen suchen, scheint es keinem Volke mehr vergönnt zu sein, sich für sich selbst in freier Bewegung eingeborener Kräfte und Anlagen zu entwickeln; alle Ausbildung hängt vielmehr von dem Verhältnis ab, in das ein neu eintretender Stamm zu den bereits gebildeten Nationen tritt“³⁸⁾.

Daß es kein Zufall ist, wenn alle diese und einige ähnliche Stellen erst in der Bearbeitung von 1844 auftauchen, wird zur Gewißheit, wenn wir zuletzt noch auf die damals angefügte Fortsetzung des Werkes einen kurzen Blick werfen. Denn hier begegnet man nun auf Schritt und Tritt den entsprechenden Wendungen. Da wird von der Herrschaft des Milosch gesagt, daß sie „die Tendenz der Befreiung von den Osmanen kühn und kräftig ausdrückte“³⁹⁾, oder es wird bemerkt, daß auch die zweite Tendenz, die aus den Kriegen des 18. Jahrhunderts entsprang, die der Reform, am Ende durchgeführt wurde⁴⁰⁾. Häufig wird nun der Begriff der Ideen verwandt. Die „Ideen der exklusiven Herrschaft des Islam“⁴¹⁾ werden an einer andern Stelle näher definiert als „das Prinzip und die Gewohnheit der ausschließenden Herrschaft der Bekenner des Islam“⁴²⁾. Neben den „abendländischen Ideen“⁴³⁾ stehen die „nationalen“⁴⁴⁾ oder auch die „orientalischen“⁴⁵⁾ und die des alten türkischen Staates⁴⁶⁾. Sehr bezeichnend ist auch der Satz: „Lassen sich aber die Grundgedanken, welche eine unbedingte Notwendigkeit haben, von der Form und der Fassung, in denen sie auftreten, immer noch unterscheiden, so ist doch auch diese von großer Wichtigkeit“⁴⁷⁾. Der „Geist des Abendlandes“, der „Geist des Jahrhunderts“ und der „Sinn der neueren Jahrhunderte“⁴⁸⁾ sind ebenso feste Größen wie die „Natur der Dinge“ oder die „Natur der Ereignisse“, in der es lag, daß die Skupschtina des Jahres 1835 einen ganz andern Erfolg haben mußte, als jemals eine zuvor⁴⁹⁾. So folgt der geschichtliche Ablauf einer inneren, bis zu einem gewissen Grade erkennbaren Notwendigkeit, vorausgesetzt, daß nicht, wie es am Schluß des Werkes heißt, „Ereignisse eintreten, die jenseits aller Voraussicht liegen, und in denen sich die ewigen Geschehnisse, die Gott weiß, rasch und unwiderstehlich vollziehen“⁵⁰⁾.

³⁸⁾ S. 3.

³⁹⁾ S. 216.

⁴⁰⁾ S. 221.

⁴¹⁾ Ebenda.

⁴²⁾ S. 224.

⁴³⁾ S. 254.

⁴⁴⁾ S. 269.

⁴⁵⁾ S. 270.

⁴⁶⁾ S. 272.

⁴⁷⁾ S. 271.

⁴⁸⁾ S. 272

⁴⁹⁾ S. 240.

⁵⁰⁾ S. 273.

Zu all dem wird man in der „Serbischen Revolution“ nichts Vergleichbares finden. Nur die eben angezogene Schlußbemerkung führt uns noch einmal auf diese ältere Fassung zurück. Denn auch hier findet sich eine Betrachtung, die der Frage nach der Wirksamkeit Gottes in der Geschichte gewidmet ist. „Wenn man oft behauptet hat, daß in menschlichen Dingen eine Vergeltung sichtbar sei, so hat man es eben so oft bezweifelt. Wir wollen uns nicht vermessen, einem unmittelbaren und übernatürlichen Eingreifen des höchsten Richters nachzuspüren; allein anders ist es nicht, und es erscheint als der natürliche Lauf der Dinge, daß die nämlichen Neigungen und Leidenschaften, welche die böse Tat hervorgerufen haben, nach derselben fortwirken, vielleicht noch stärker, sobald jene gelungen ist, und das Dasein des Schuldigen auflösen“⁵¹⁾). In diesen Sätzen, die fast unverändert in die spätere Bearbeitung übergegangen sind⁵²⁾, spiegelt sich mit großer Deutlichkeit die Phase, die das Ranke'sche Denken damals — also während seines Wiener Aufenthaltes 1828 — erreicht hatte. Was in den „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“ noch als erreichbares Ziel vorgeschwebt hatte, dem göttlichen Walten unmittelbar nachzuspüren, wird hier als „vermessen“ ausdrücklich abgelehnt. Und wieder ist es, wie auch schon in den „Fürsten und Völkern“, die innere Gesetzmäßigkeit, der „natürliche Lauf der Dinge“, auf die statt dessen verwiesen wird. Die theologisch-philosophische Konzeption der Geschichtsschreibung, wie sie das Lutherfragment entwickelt hatte, scheint so gut wie völlig aufgegeben zu sein.

Wir übergehen nun die nächsten kleineren Schriften Rankes, den „Don Carlos“ und die „Verschwörung gegen Venedig im Jahre 1618“, weil sie für unsere Fragestellung keinen besonderen Ertrag abwerfen. Vielmehr wenden wir uns sogleich der „Historisch-politischen Zeitschrift“ zu und greifen den Aufsatz: „Rom 1815 bis 1823. Staatsverwaltung des Cardinals Consalvi“ heraus, der Anfang 1833 im vierten Heft des ersten Bandes erschien⁵³⁾. Ranke hat auch ihn für die „Sämtlichen Werke“ neu bearbeitet, und wieder handelt es sich bei den Änderungen, die er vornahm, durchaus nicht nur um stilistische Verbesserungen oder um sachliche Ergänzungen und Nachträge. Gleich die einleitende Schilderung des Kampfes zwischen Pius VII. und Napoleon ist weitgehend umgearbeitet und erheblich vertieft. Vor allem wird der Konflikt erst hier auf seine prinzipiellen Grundlagen zurückgeführt. Zwar bringt schon die Ur-

⁵¹⁾ Serbische Revolution S. 175.

⁵²⁾ Serbien und die Türkei S. 175.

⁵³⁾ S. 624 ff.

fassung den Plan Napoleons, unter eigener Autorität, ähnlich wie Konstantin und Karl der Große, allgemeine Kirchenversammlungen abzuhalten, in Zusammenhang mit der „Idee von dem großen Reiche des Occidents, welches Napoleon zu errichten eine Zeitlang bestimmt schien“⁵⁴). Aber erst in der späteren Bearbeitung erscheint der gewichtige Satz, der wie mit einem vollen Akkord das zweite Kapitel einleitet: „Wenn man in den Unternehmungen Napoleons nichts als Akte der Gewalt sieht, bestimmt ein Weltreich zu gründen, so umfaßt man noch nicht das ganze Interesse derselben. Besonders in dem, was er in Italien dem Papste gegenüber vornahm, treten Ideen hervor, die über die momentanen Velleitäten hinausreichen: die erste ist die der Einheit von Italien“⁵⁵). Und vollends findet sich erst hier die großartige Gegenüberstellung der beiden miteinander kämpfenden Persönlichkeiten und Prinzipien: „Man dürfte nun wohl im allgemeinen nicht sagen, daß der absolute Gedanke der Kirche und der absolute Gedanke des Staates hier aufeinandergestoßen seien. Es hat den Anschein: aber in Wahrheit waren es die Repräsentanten der beiden Ideen, deren Vereinbarung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Napoleon⁵⁶) hütete sich, das religiöse Moment an sich zu berühren: aber er wollte das absolute Kaisertum unbedingt aufrechterhalten und jede Einwirkung der päpstlichen Gewalt, die er von anderen Rücksichten als den eigentlich kirchlichen herleitete, unmöglich machen. Noch weniger war Pius VII. gemeint, den Staat als solchen anzugreifen; er suchte nur die alten Prärogativen der pontifikalischen Gewalt in Bezug auf die Bistümer des Okzidents sich nicht entreißen zu lassen. Nicht sowohl die Idee von Staat und Kirche, als die Idee des Kaisertums und die Idee der päpstlichen Gewalt stießen aneinander“⁵⁷).

⁵⁴) S. 643 f.

⁵⁵) Historisch-biographische Studien (1877), S. 25.

⁵⁶) Interessant ist es auch, die persönliche Beurteilung Napoleons in den beiden Fassungen miteinander zu konfrontieren. In der Urfassung S. 640 f. heißt es: „Ja, wir erkennen in Napoleon die Größe der Gesichtspunkte, die Folgerichtigkeit der Ausführung, den Blick und den Flug des Adlers nach seiner Beute; so scharf übersieht er den ganzen Horizont: so gradezu stürzt er auf den entscheidenden Punkt. Allein die Erhabenheit persönlicher Gesinnung, die eine solche Stellung einzuschließen scheint, kann ich nicht in ihm finden: jenen Stolz eines großen Herzens, das sich mit dem Gemeinen nicht befleckt. Ihm ist der Zweck alles. Doch nicht ein jeder läßt sich mit Gewalt erreichen: dann ist ihm kein Mittel zu schlecht, keine Maßregel zu kleinlich“ usw. Diese Charakteristik wird a. a. O. S. 42 f. ziemlich unverändert wiederholt, aber dann im nächsten Absatz in bezug auf sein Verhalten gegenüber dem Papste noch die Bemerkung angefügt: „Wer wollte sich soweit vergessen, ein Wort der Entschuldigung zu sagen. Allein die Verwerflichkeit der kleinlichen Mittel, die Napoleon anwendete, darf doch den Historiker nicht hindern, die Größe der Gesichtspunkte, von denen er ausging, anzuerkennen.“ Vergleiche auch F. Meinecke: Die Idee der Staatsräson, 3. Auflage (1929), S. 484, Anmerkung 1.

⁵⁷) S. 44.

Andererseits jedoch läßt sich nun allerdings nicht verkennen, daß die Schilderung der Restaurationsepöche, die den Hauptinhalt des Aufsatzes in seiner älteren Fassung bildet, auch hier von vornherein unter große, beherrschende Gesichtspunkte gestellt ist: „Ich weiß nicht, ob diese enge Vereinigung dem einen oder anderen Teil von Nutzen war“, heißt es hier bei der Erörterung der damals abgeschlossenen Konkordate. „Ruheten nicht Staat und Kirche zwar auf verwandten, aber doch auf abweichenden geistigen Grundlagen? Wäre es nicht fürs erste notwendig gewesen, daß die restaurierten Staaten, ohne sich so viel auf die geistlichen Dinge einzulassen, ihr politisches Prinzip neu gegründet und innerlich belebt hätten? Hätte nicht auch die Kirche zunächst ihren religiösen Standpunkt ganz allein wiederzugewinnen suchen sollen?“ Und weiter: „In den kirchlichen Ereignissen tritt in der Tat nun der große Gang der europäischen Begebenheiten wieder vor die Augen. Darum hatte man im Anfang Erfolge, weil die Prinzipien der Restauration durch den Sieg geltend geworden waren. So wie dieser weiter zurücktrat, so wie die Grundsätze der Revolution allmählich wieder emporkamen, um so mehr sah sich auch die katholische Kirche in Nachteil und Bedrängnis“⁵⁸⁾. Oder man nehme dazu den Rückblick auf die Schilderung der inneren Verwaltung des Kirchenstaates unter Consalvi: „Früher waren die geistlich-weltlichen Elemente desselben durch eine lange natürliche, historische Entwicklung miteinander verschmolzen, ineinander aufgegangen gewesen. Schon in sich selbst nach und nach erstarrt, war diese Entwicklung durch die Revolution völlig unterbrochen worden. Beide Elemente bestanden jetzt wieder nebeneinander. Einmal hatte man die Revolution adoptiert; sodann hatte man der Geistlichkeit die Gewalt gegeben. Das erste schien notwendig, weil man nicht hoffen konnte, nach so langjährigen Bewegungen, ihre Wirkungen wieder zu vertilgen; das zweite schien der Begriff des Kirchenstaates so mit sich zu bringen. Und es mag sein, daß es nicht wohl anders gemacht werden konnte. Allein offenbar hatte man dadurch die schneidendsten Gegensätze vereinigt, die einander ohne Zweifel bekämpfen mußten. Die weltlichen Zustände beruhten auf einer Opposition gegen alle geistliche Macht. Diese dagegen bekam eine Gewalt, wie sie früher niemals gehabt und wie sie ihr schwerlich gut war. Wie sollten nicht beide Teile den Geist entwickeln, auf dem sie ursprünglich beruhten?“⁵⁹⁾

Hier sind, wie man sieht, alle Elemente der Rankeschen Geschichtsauffassung bereits vorhanden. Die Ideen und Prinzipien, die geistigen

⁵⁸⁾ S. 667 f., Historisch-biographische Studien, S. 78.

⁵⁹⁾ S. 712 f. bzw. S. 114.

Grundlagen, die geistlich-weltlichen Elemente und der Geist, auf dem sie beruhen, die geheimen inneren Kräfte und daneben die Gewalt oder der notwendige Gang der Dinge, die Natur der Sache, die natürliche Richtung der Politik, der Gang der europäischen Begebenheiten — dieses alles sind die Faktoren, die den Ablauf der Weltgeschichte bestimmen. Ranke hat daher an diesen Abschnitten später auch nur leichte Verbesserungen, meist stilistischer Natur, vorgenommen⁶⁰⁾. Überhaupt aber wird man sagen müssen, daß die Neubearbeitung hier einen andersartigen Charakter aufweist, als etwa bei der „Serbischen Revolution“. Hier brauchte die eigentliche Anlage des Buches nicht verändert zu werden, hier konnte sich Ranke damit begnügen, bestimmte Grundgedanken, die von Anfang an feststanden, schärfer zu akzentuieren, sie in den Abschnitten, die jetzt in erweiterter Fassung erschienen, herauszuarbeiten und damit allgemein stärker zur Geltung zu bringen. Denn im ganzen gesehen gilt eben doch schon für den „Consalvi“ der Historisch-politischen Zeitschrift das bezeichnende, freilich wiederum erst der späteren Fassung angehörende Wort, das man als eine Art von Motto über die gesamten Werke der Reifezeit setzen könnte: „Wenn wir in dem Getümmel der Ereignisse die Ideen zu unterscheiden suchen, die bei denselben wirksam waren“⁶¹⁾.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen läßt sich somit feststellen, daß der Stil der Rankeschen Geschichtsschreibung, wenn man darunter ihre gedankliche Ausrichtung und ihre innere Haltung versteht, zu Beginn der dreißiger Jahre, nach seiner Rückkehr aus Italien, seine ihm eigentümliche Gestalt angenommen hat. Und es ist somit kein Zufall, wenn andere Beiträge zur Historisch-politischen Zeitschrift so gut wie unverändert in die Sämtlichen Werke übergegangen sind, so etwa die herrliche Abhandlung: „Über die Zeiten Ferdinands I. und Maximilians“, die in einem Maße wie keine der früheren Schriften Rankes mit allgemeinen, zum Teil höchst persönlichen Betrachtungen durchsetzt ist, oder der Essai über die „Großen Mächte“⁶²⁾. Hingegen ist es, zumal dafür Quellen bisher kaum vorliegen, sehr viel schwieriger, in die inneren Voraussetzungen des Reife-

⁶⁰⁾ Vergleiche Ranke selber am Schluß der Vorrede a. a. O. S. 5.

⁶¹⁾ S. 30.

⁶²⁾ Bei der erstgenannten Abhandlung ist im Wiederabdruck nur der Schlußsatz weggelassen, wo im Hinblick auf die Folgen des Dreißigjährigen Krieges die Frage aufgeworfen wird: „Wie, und man wollte wieder unter ähnlichen Umständen sich ähnlichen Gefahren aussetzen?“ (Historisch-politische Zeitschrift Bd. 1, S. 339.) In den „Großen Mächten“ fehlt vor den berühmten Schlußworten eine etwas längere Erörterung über die Auswirkung der französischen Revolution, die Ranke später als nicht mehr zeitgemäß erscheinen mochte (ebenda Bd. 2, S. 47 ff., vergleiche Rankes Vorbemerkung zum Abdruck in den S. W.).

prozesses hineinzusehen, der hier zum Abschluß gekommen war. Nur soviel kann man vermuten, daß Ranke der gewaltigen Stoffmassen, die sich ihm auf seiner langen Studienreise erschlossen hatten, allmählich in höherem Grade Herr geworden war und daß er nun glauben konnte, jene „eingehendste Kenntnis“ gewonnen zu haben, aus deren Tiefe, wie es in einer Tagebuchaufzeichnung der dreißiger Jahre einmal heißt, es allein möglich ist, die geheimen Spuren des in der Menschheit sich entwickelnden und zum Vorschein kommenden Geistes zu entnehmen⁶³). Zu dieser Beherrschung des Stoffes aber gesellten sich nun offenbar die Ergebnisse einer eindringenden theoretischen Besinnung, die in Schriften der gleichen Jahre, neben den „Großen Mächten“ etwa den „Reflexionen“ (Anfang 1833) oder etwas später im „Politischen Gespräch“ (1836) und der im gleichen Jahre gehaltenen Antrittsvorlesung „Über die Verwandtschaft und den Unterschied der Historie und Politik“, ihren Niederschlag gefunden haben. So war der Augenblick einer fruchtbaren Synthese für Ranke gekommen. Nun war es ihm möglich geworden, die Forderung des Lutherfragments zu erfüllen und das Empirische mit der Idee zu vermählen. Von dem ersten seiner großen Werke aber, das er in eben diesen Jahren niederschrieb, den „Römischen Päpsten“, durfte er sich sagen, daß es das Ideal wirklich erreichte, das er schon bei den „Fürsten und Völkern Südeuropas“ sich selber gesetzt hatte, in jener bereits erwähnten Äußerung⁶⁴) zu seinem Bruder vom 5. Mai 1827: „Ich hoffe noch einmal ein Werk zu schreiben, welches jedermann lesen kann und welches doch die Fülle des geistigen Lebens der Geschichte enthält.“

Jedoch, wenn somit der Entwicklungsgang Rankes auf einem Umweg wieder zu seinem Ausgangspunkt zurückzukehren scheint, so wird man dabei eines nicht übersehen dürfen. In einer gewissen Beziehung hat der Standpunkt des Lutherfragments, genauer betrachtet, eben doch eine nicht ganz unwesentliche Abwandlung erfahren. Denn wenn sich von dort aus die Aussicht auf eine theistische Deutung der Geschichte zu eröffnen schien, so hat Ranke, abgesehen von den bescheidenen Ansätzen in den „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“, diesen Weg nicht wirklich beschritten. In der praktischen Arbeit an den Aufgaben der Geschichtsschreibung war für ihn die „Distanz zwischen Gott und der empirischen Geschichte“⁶⁵) wesentlich größer geworden. An die Stelle der „göttlichen Idee von der Welt“, die sich, wie er gemeint hatte, am

⁶³) S. W. 53/54 S. 570.

⁶⁴) Vergleiche oben S. 345, Anmerkung 31.

⁶⁵) Meinecke, Idee der Staatsräson, S. 471.

klarsten ausspricht, wenn man die Begebenheiten in großen Maßen auf-
faßt, waren vorzugsweise die immanenten Kräfte getreten⁶⁶⁾, die das be-
wegende Moment der Geschichte ausmachen, vor allem die leitenden
Ideen, die er in den Vorlesungen vor König Maximilian II. als die herr-
schenden Tendenzen in jedem Jahrhundert definiert. In ihrem tiefsten
Wesen allerdings sind diese Ideen und Tendenzen auch weiterhin für ihn
ein Ausfluß der höchsten „göttlichen Idee, die allwaltend die Menschen
überall und allezeit regiert“. Aber in seinem gereiften Denken erhebt sich
diese so hoch über alles irdische Tun und Treiben, daß sie niemals den
Zielpunkt einer rationalen Erkenntnis zu bilden vermag. Und nur in ihrer
Spiegelung durch das Medium der Weltgeschichte darf der Historiker
hoffen, sie demutsvoll von Ferne errathen zu können⁶⁷⁾.

⁶⁶⁾ Insofern erscheint es mir als nicht ganz unbedenklich, wenn man die berühmten
Worte von der „heiligen Hieroglyphe“ (vergleiche oben S. 341, Anmerkung 8) sowie den
Schlußsatz der Vorrede zu den „Geschichten der romanischen und germanischen Völker“,
wie es vielfach geschieht, in ihrer Bedeutung für die Rankesche Geschichtsauffassung ver-
absolutiert, ohne zu berücksichtigen, daß beide Äußerungen seiner Frühzeit angehören.

⁶⁷⁾ Vergleiche Meinecke S. 472.

**Wilhelm Dilthey
und die Bedeutung der Kunst für das Leben**

I.

„Die gewaltige und heilige Bedeutung der Kunst für die Menschheit wird nur verstanden, wenn man ausgeht von der Einwirkung der naturmächtigen, großen Seele des Künstlers und der von dieser bedeutungsvoll erfaßten Wirklichkeit auf ein aus allerhand Menschen-sorten gemischtes Publikum, das dennoch vom Großen fortgerissen werden kann. So begreift man die Steigerung der auffassenden Kräfte, die Erweiterung der Seele, ihre Entladung und Läuterung, wie sie das große Kunstwerk hervorbringt.“ (VI, 273).

Diese Sätze sind einer Schrift Diltheys aus dem Jahre 1892 entnommen, *Die drei Epochen der modernen Ästhetik und ihre heutige Aufgabe*. Der Aufsatz bildet eine Erweiterung und Umarbeitung der größeren Abhandlung, *Die Einbildungskraft des Dichters, Bausteine für eine Poetik*, die er kurze Zeit vorher in der Festschrift für Eduard Zeller, Leipzig 1887, veröffentlicht hatte. In diesen beiden Arbeiten hat Dilthey seine Anschauungen vom Wesen der Dichtung systematisch dargestellt. Er beabsichtigte, sie in Buchform herauszugeben unter dem Titel: „Poetik. Versuch einer Anwendung anthropologischer und vergleichender Methode auf den Stoff der Literaturgeschichte.“ Der richtungweisende Einfluß, den Diltheys Philosophie auf die Entwicklung der deutschen Literaturwissenschaft gehabt hat, ist jedoch vorwiegend von anderen Schriften ausgegangen. Dahin gehören vor allem die Jugendaufsätze über Lessing und Goethe, die zusammen mit zwei weiteren Arbeiten über Novalis und Hölderlin in der Sammlung *Das Erlebnis und die Dichtung*, 1905, herauskamen, und die verschiedenen Abhandlungen über die Typen der Weltanschauung und ihre Ausbildung in den metaphysischen Systemen. Die Tatsache, daß im Vergleich mit diesen Schriften die Poetik mehr oder weniger unbeachtet blieb, hat wichtige Folgen gehabt. Es ist häufig übersehen worden, wie Diltheys Philosophie und das Typische seiner Denk- und Anschauungsweise sich lebendig aus der Fülle und Dynamik geschichtlichen Geschehens und Erlebens heraus entwickelten. Die zwei Schlagwörter, die immer wieder im Zusammenhang mit ihm genannt werden, seine Typologie der philosophischen

Systeme und dichterischen Anschauungsformen und sein Erlebnisbegriff, wurden nicht in ihrem inneren Zusammenhang gesehen, wie sie sich notwendig ergänzen. Gesondert betrachtet aber und aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen, bergen diese Begriffe Gefahren, die Dilthey selbst zeit seines Lebens bekämpft hat. Die ausschließliche Blickrichtung auf das Typische, auf die geprägte Form, entartet zu einer Arbeit mit metaphysischen Abstraktionen und Ordnungssystemen; die einseitige Beschäftigung mit dem Erlebnis und der lebendigen Entwicklung aber sinkt herab zu einem bloßen Psychologismus.

Diesen Gefahren gegenüber die innere Einheit von Diltheys Anschauung der Kunst und der Dichtung zu betonen durch ein Zurückgehen auf die Schriften zur Poetik, ist das Ziel dieser Untersuchung. Es will uns erscheinen, als enthülle sich gerade in jenen Sätzen, die an den Anfang gestellt wurden, sobald wir uns bemühen, sie in ihrer Gesamtheit zu verstehen, viel von der Struktur und besonderen Artung seines Schauens und Denkens. Anstatt von den Einzelheiten seines philosophischen Systems oder von dem Wesen der Zeit, mit der sich auseinandersetzend er seine Gedanken formulierte, auszugehen, beginnen wir daher mit ihrer Deutung.

Gehen wir unbefangen und ohne philosophische oder historische Vorkenntnisse an jene Sätze heran, so sprechen sie zu uns nicht nur durch das inhaltlich Ausgesagte, sondern auch durch ihre Form. Wir finden in ihnen, wenn wir sie laut vor uns hinsagen, einen besonderen Tonfall. Die Auswahl der Worte erscheint bedeutungsvoll, der Rhythmus des Satzgebildes deutet auf einen Rhythmus des Denkens. Wir glauben, wenn wir uns so durch genaueres Hinhorchen um den Sinn der Worte bemühen, nicht nur das Ausgesagte klarer zu erkennen, sondern auch in das Wesen des Ausagenden tiefer verstehend einzudringen.

Mit einem gewichtigen Akkord setzt der Satz ein. „Die gewaltige und heilige Bedeutung der Kunst für die Menschheit“ — ein allgemeiner Wirkungszusammenhang zwischen Kunst und Menschheit wird in der Schwere seiner Bedeutsamkeit charakterisiert durch die beiden Adjektive ‚gewaltig und heilig‘. Dieser allgemeine Zusammenhang wird nun näher umrissen, und damit treten neue Spannungsverhältnisse auf. Der Ursprung der Bedeutung liegt in der Beziehung zwischen der ‚naturmächtigen großen Seele des Künstlers‘ — wieder verwendet Dilthey zwei starke Adjektive — und der ‚bedeutungsvoll erfaßten Wirklichkeit‘. Die Wirklichkeit wird also nicht vom Verstande erkannt, sondern von der Seele erfaßt, und zwar von einer Seele, die über das Durchschnittliche hinaus naturmächtig und groß ist. Die Wirklichkeit wird auch nicht nur einfach aufgenommen, sondern

‚bedeutungsvoll erfaßt‘. Damit erscheint das Wort ‚Bedeutung‘ bereits zum zweitenmal. Durch das ‚und‘, welches die Seele und ihr Erfassen nebeneinander ordnet, wird ein Spannungsverhältnis zwischen dem aufnehmenden Organ der Seele und einer nur äußeren Wirklichkeit vermieden. Die schöpferische Kunst tritt nun in Beziehung zum Aufnehmenden. An die Stelle der Menschheit im ersten Teil des Satzes tritt ‚ein aus allerhand Menschensorten gemischtes Publikum‘. Schon die Wahl der Worte ‚allerhand, Sorten, gemischt‘ steht in scharfem Widerspruch zu dem hohen Ton der Sprache, der sich ausdrückt in den Adjektiven ‚gewaltig, heilig, naturmächtig und groß‘. Wie die Wirklichkeit, zu der der Satz führte, keine gemeine, sondern eine bedeutungsvoll erfaßte Wirklichkeit war, so ist auch das Publikum nicht nur eine bunt zusammengewürfelte Vielzahl von Menschen, sondern eine Menge, die, dennoch vom Großen fortgerissen werden kann‘. Das ‚dennoch‘ hier steht im Gegensatz zum früheren ‚und‘ und drückt ein stärkeres Spannungsverhältnis aus zwischen der Vielfalt des Publikums und der von ihm verlangten Fähigkeit, fortgerissen zu werden. Nach der deutlichen Senkung zu Wirklichkeit und gemischtem Publikum erhebt sich damit der Satz wieder zu seiner ursprünglichen Höhe. Und nun wendet sich der Strom der sprachlichen Bewegung von der Quelle und dem Ursprung der heiligen Bedeutung zu dem Wesen ihrer Wirkung auf die Menschheit. Sie liegt in der ‚Steigerung der auffassenden Kräfte, der Erweiterung der Seele‘ und in ihrer ‚Entladung und Läuterung‘. Die Wirkung ist dreifach. Erhöhtes Verstehen, erweitertes Auffassungsvermögen und, als höchste Erfüllung des Hindurchgehens durch diese vielfältigen dynamischen Spannungsverhältnisse, Entspannung und Klärung.

Das Ganze ist ein großer, klargegliederter und machtvoller Bogen, von der universalen Bedeutung der Kunst, durch die Seele des Künstlers und die von ihr erfaßte Wirklichkeit zu dem in den Kräftestrom mit einbezogenen Publikum, das fortgerissen werden kann, zurück durch Steigerung und Entladung zu einer großen heiligen Ruhe, die sich in dem Wort ‚Läuterung‘ ausdrückt. Ein dynamischer Kräftestrom wird sichtbar: ‚gewaltig, naturmächtig, erfassen, fortgerissenwerden, steigern, entladen, läutern‘; Spannungen zwischen Ruhe und Bewegtheit, Allgemeinem und Besonderem, Ewigem und Zeitlich-geschichtlichem, zwischen der Seele des Künstlers und der Wirklichkeit, zwischen dem Kunstgebilde und dem aufnehmenden Publikum, ein langsames Sich-emporheben der ruhigen läuternden Wirkung des großen Kunstwerkes aus dem bewegten Strom des Lebens und Erlebens.

Was ist nun dies Bedeutungsvolle, das der Künstler in der Wirklichkeit erfaßt; und was ist das Große, von dem so viele verschiedene Menschen

aller Zeiten und Zonen fortgerissen werden. Mit dieser Frage wird das zentrale Problem berührt, das wie ein Leitmotiv von den frühesten Jugendbriefen an das Werk Diltheys bestimmt: wie ist die in der Gleichförmigkeit sich äußernde Selbigkeit des menschlichen Wesens verknüpft mit seiner Variabilität, seinem geschichtlichen Wesen? (VI, 108). Er hat diese Frage als die tiefste angesehen, die an alles geschichtliche Leben überhaupt zu richten ist, und sie bezeichnete für ihn das Grundproblem der Geisteswissenschaften. Alle Zweige der Geisteswissenschaften haben mit der Schwierigkeit zu kämpfen, wie aus der Mannigfaltigkeit und Einmaligkeit geschichtlichen Geschehens sich allgemeingültige Sätze ableiten lassen, oder wie Normen und Prinzipien, die das Leben zu leiten vermöchten, aus persönlich beschränkten und historisch bedingten Erfahrungen gewonnen werden können. Wie die Pädagogik und Ethik, so ist auch die Ästhetik und die Wissenschaft von der Dichtung vor diese Schwierigkeit gestellt. „Es gibt einen Kern“, so sagt Dilthey einmal (VI, 241)

„in welchem die Bedeutung des Lebens, wie sie der Dichter darstellen möchte, für alle Zeiten dieselbe ist. Daher haben die großen Dichter etwas Ewiges. Aber der Mensch ist zugleich ein geschichtliches Wesen. Wenn die Ordnung der Gesellschaft und die Bedeutung des Lebens eine andere geworden ist, bewegen uns die Dichter des dann vergangenen Zeitalters nicht mehr, wie sie einstmals ihre Zeitgenossen bewegt haben. So ist es heute. Wir harren des Dichters, der uns sage, wie wir leiden, genießen und mit dem Leben ringen!“

Dilthey selbst hat in diesem Sinne mit dem Leben gerungen. Unermüdlich hat er versucht, der geschichtlichen Totalität des Lebens in ihr liegende, gültige Maßstäbe abzugewinnen. Er selber tat, was er als das Wesen aller denkenden und dichtenden Menschen erkannt hatte. Er suchte, um ein schönes Wort von ihm zu benutzen, in dem geheimnisvollen unergründlichen Antlitz des Lebens mit dem lachenden Munde und den schwermütig blickenden Augen zu lesen (VI, 287). Ihm wurde das Leben selbst und die geschichtliche Existenz des Menschen zum Problem, denn er konnte das Allgemeingültige und Wahre nicht als begründet ansehen in einer metaphysischen Jenseitigkeit, die unabhängig vom Flusse geschichtlichen Lebens in ewiger Selbigkeit thront. Er hat sich gegen jeden Versuch gewehrt, das in der Erfahrung Gegebene durch einen objektiven und allgemeinen inneren, im Erkenntnisvorgang nicht weiter bedingten Zusammenhang zu ergänzen. Andererseits konnte er sich auch nicht mit einer skeptischen Haltung zufrieden geben, die das geschichtliche Wesen des Menschen und die Bedingtheit unserer Erkenntnisse als die absolute

Wahrheit uns auf immer verhüllend ansieht. Die Betrachtungsweise der historischen Schule, die nur beschreiben wollte, meint er, sei Gott sei Dank abgetan, denn das Leben verlange gebieterisch nach einer Leitung durch den Gedanken (VI, 189). So entspringt denn auch das, was er den metaphysischen Systemen und den Empirikern und Positivisten unter seinen Zeitgenossen entgegenstellt, der ruhende Punkt im ewigen Werden, das Gesetz in der Vielfalt historischer Einzelercheinungen, das Bedeutungsvolle, das die naturmächtige Seele des Genius in der Wirklichkeit erfaßt, einer leidenschaftlich erlebten Auseinandersetzung mit den Problemen seiner Zeit.

II.

Diltheys Leben umspannt das ganze Zeitalter der geistigen und erkenntnistheoretischen Neuorientierung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im Beginn unseres Jahrhunderts stattfand. Er wurde im Jahre 1833 kurz nach dem Tode Hegels und Goethes geboren und starb 1911 drei Jahre vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges. Seine Studien und die erste Lehrtätigkeit in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts fallen in eine Zeit, die den metaphysisch spekulativen Systemen keinen Wahrheitsgehalt mehr abgewinnen konnte und historische wie naturwissenschaftliche Forschung als den eigentlichen Träger fortschreitenden Erkennens ansah. Die Bemühungen um vertieftes historisches Verstehen lassen ihn abrücken von der systematischen Theologie, mit der er seine Studien begann, und erkenntnistheoretische Besinnungen veranlassen ihn zur scharfen Absage an alle spekulative Metaphysik von seiner neu gewonnenen Position historisch-empirischen Denkens aus. An die Stelle einer Geschichtsphilosophie stellt er zunächst seine Geschichte der Philosophie. Geleitet ist er in seinen historischen Forschungen von einer tiefen Abneigung gegen alle Versuche, den Verlauf der Geschichte auf die Einheit einer Formel zurückzuführen. Damit wendet er sich nun aber nicht nur gegen die Hegelianer, sondern mindestens ebenso stark gegen die positivistischen Systeme, die zu jener Zeit an die Stelle der spekulativen Metaphysik traten. Die Soziologie Comtes ersetzte in seinen Augen nur die theologische Metaphysik durch eine naturalistische, und die erklärende Psychologie Buckles und Taines betrachtete er als einen verfehlten Versuch, die ungeheure Vielzahl der Tatsachen der geschichtlichen Welt aus einer begrenzten Zahl von analytisch gefundenen Hypothesen abzuleiten. Vielfache Wandlungen durchmachend und stark beeinflusst von

zahlreichen zeitgenössischen Bestrebungen, grenzt sich Diltheys Denken langsam immer klarer ab von den dieses Zeitalter beherrschenden Strömungen. Von den Metaphysikern trennt ihn seine historisch-erfahrungswissenschaftliche Grundlage; den mit naturwissenschaftlichen Methoden arbeitenden Systemen stellt er seine Philosophie der Geisteswissenschaften entgegen, die nicht analytische Kausalerkenntnis, sondern morphologisches Verstehen der Stellung des Menschen zu sich selbst, zu der ihn umgebenden Welt und zum Leben als Ziel hat; vom konsequenten Historismus endlich unterscheidet er sich durch seine Blickrichtung auf das sich im geschichtlichen Werden enthüllende Absolute und durch sein ethisches Streben, das den mit kritisch historischen Methoden gewonnenen Normen und Prinzipien eine ordnende und leitende Funktion im gegenwärtigen Leben zuspricht.

Gerade dieser letzte Punkt zeigt sich mit großer Deutlichkeit in Diltheys Stellung zur Literatur und Kunst seiner eigenen Zeit. Er ist sich seiner Verantwortung als Historiker, Philosoph und Kritiker ständig bewußt, um so mehr, da er, seiner Meinung nach, in einem Zeitalter lebte, das durch einen allgemeinen Zustand der Anarchie des Geschmacks charakterisiert war. Die Wurzeln für diesen chaotischen Zustand glaubt er in der Tatsache zu finden, daß eine neue Art, die Wirklichkeit zu fühlen, die bestehenden konventionellen Formen und Regeln zerbrochen hatte und neue Formen der Kunst sich erst in Ansätzen zeigten. Aber nicht nur Künstler und Publikum sah er für die Anarchie des Geschmacks als verantwortlich an, sondern auch die Kritiker, weil sie an den Prinzipien einer ästhetischen Betrachtung festhielten, die der neuen Wirklichkeit gegenüber machtlos und antiquiert erschienen. Die aristotelische Poetik, meint Dilthey, sei tot und habe sich schon den schönen poetischen Ungeheuern eines Fielding und Sterne, eines Rousseau und Diderot gegenüber als kraftloser Schatten erwiesen (VI, 103, 104). Aber auch die klassische deutsche Ästhetik, die Grundsätze, die einst „in dem idyllischen Weimar von Goethe, Schiller und Humboldt beraten worden waren“, sind heruntergesunken zu einem Scheinleben auf den Kathedern deutscher Lehranstalten. Seit den Tagen von Balzac und Dickens drängt eine neue, ungeheuerere Wirklichkeit zum Ausdruck in der Literatur, der gegenüber die Poetik des Idealschönen nicht mehr die leitende Rolle im künstlerischen Schaffen spielen kann, die sie in den Weimarer Tagen Goethes und Schillers hatte. Ohne solche der erlebten Wirklichkeit erneut abgerungenen Normen sind die modernen Kritiker auf ihr persönliches Gefühl als einzigen Maßstab der Wertbestimmung angewiesen. Von keiner Kritik geleitet, herrscht die Masse des Publikums. In kolossalen Ausstellungsgebäuden, Theatern und Leih-

bibliotheken zusammenströmend, fordert sie von Kunst und Literatur die Befriedigung ihres Verlangens nach Sensationen, packendsten Wirkungen und stärksten Effekten. Unter diesem Einfluß, wie auch durch eine aus allen Zeiten und Völkern wahllos aufgenommene Menge von Stilelementen, sah Dilthey die Literatur und Kunst seiner Zeit in einem Zustand der Umwandlung, aber auch des Niedergangs. Besonders deutlich, meinte er, zeige sich der Mangel eines Publikums, in welchem die ästhetische Reflexion das Bewußtsein von der höchsten Aufgabe der Poesie wacherhält, auf dem Gebiet des modernen Epos und Dramas.

Dilthey steht also der Literatur und Kunst seiner Zeit zwar kritisch, aber keineswegs negativ gegenüber. Es schien ihm falsch, die Jugend und ihre Bestrebungen an den Maßstäben einer als absolut hingenommenen Vergangenheit zu messen, da ästhetische Normen für ihn nur erkennbar waren in der lebendigen Auseinandersetzung mit der jeweiligen Wirklichkeit. So erlebt er seine Zeit, nimmt regen Anteil an ihren Kämpfen und Problemen, scheidet das Negative aus, weist hin auf Gefahren und fördert vor allem das Positive. Und das Positive in der neuen Wirklichkeit liegt für ihn in dem Bedürfnis nach Wahrhaftigkeit.

„Jetzt liegt unser Ideal nicht in der Form, sondern in der Kraft, welche in Formen und Bewegungen zu uns redet. So wird heute die Kunst demokratisch, wie alles um uns, und der Durst nach Realität, nach wissenschaftlich fester Wahrheit erfüllt auch sie. Der Künstler und die Dichter fühlen heute, daß eine wahre und große Kunst der Gegenwart einen Inhalt und ein Geheimnis dieser Zeit auszusprechen hätte, so gewaltig als das, welches aus den Madonnen oder den Teppichfiguren Raphaels auf uns blickt, aus den Iphigenien zu uns redet, und er empfindet leidenschaftlich, um so leidenschaftlicher, je dunkler ihm das Ziel seiner Kunst vorschwebt, seinen Widerspruch gegen jene Ästhetik mit rückwärts gewandtem Antlitz, die aus den Werken jener Vergangenheit oder aus abstrakten Gedanken einen Begriff der idealschönen Formen ableitet und an diesem die produktive Arbeit des ringenden Künstlers mißt.“ (VI, 105).

So spricht gewiß kein kraftloser Epigone! Andererseits besteht wohl auch kein Zweifel darüber, daß jene Worte über das idyllische Weimar und die demokratischen Tendenzen der modernen Kunst nicht so ausgelegt werden dürfen, als sei Dilthey ein bedingungsloser Bewunderer alles Neuen gewesen und als habe er, wie manche Stürmer und Dränger oder Naturalisten es tun, das Chaotische und Formlose dem Idealschönen vorgezogen. Vielmehr hat es unter all seinen Zeitgenossen wohl kaum

einen größeren Bewunderer und dankbareren Erben der klassischen und romantischen Epoche oder, wie er selber gesagt hätte, der „Deutschen Bewegung“ gegeben als Dilthey. Nur unterscheidet er sich von den Ästhetikern ‚mit dem rückwärts gewandten Antlitz‘ eben dadurch, daß für ihn die geprägte Form sich lebendig entwickelt und nicht eine abstrakte Formel ist, bei der man, nachdem sie einmal gefunden war, dogmatisch verharren konnte. Wohl ehrt und achtet er, wie wir sahen, den Trieb zur Wahrheit in der Dichtung seiner Zeit, der sich in einer innigen Durchdringung mit dem Geist der Wissenschaft ausdrückte — eine Entwicklung, die ja bis weit ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Durchaus im Goetheschen Sinne aber grenzt er den Dichter, der sich „mit allen Organen seiner Lebendigkeit am Leben festsaugt, es umschließt und erfäßt“, von der Abstraktion begrifflichen Verhaltens ab. In scharfer Absage gegen die Tendenzen seiner Zeit meint er, daß eine Dichtung, welche Wissenschaft sein möchte, noch ärger irre gehe, als die, welche Moral predigen will. Zwar lernt der Dichter von der Wissenschaft und kann gewiß einer wirklichen Wahrheit nie widersprechen wollen. Von einer populär naturwissenschaftlichen Schriftstellerei soll er sich aber nichts vormachen lassen. Wenn das künstlerische Genie dem Leben auf seine Art ins Antlitz blickt, geduldig, ernst und anhaltend, wird es wie Dante, Shakespeare und Goethe dieses tiefer erkennen als aus allen physiologischen und psychologischen Büchern (VI, 286).

Nicht nur gegen eine falsch aufgefaßte Wissenschaftlichkeit, sondern auch gegen jene andere Form eines irregeleiteten Wahrheitsbedürfnisses wendet sich Dilthey. Gegen die Annahme nämlich, daß Wahrheit und Wirklichkeit gleichbedeutend sei mit Häßlichkeit, Animalität und Bestialität der Menschennatur. Seine Klage über solche Tendenzen im modernen bürgerlichen Drama gemahnen wiederum an das, was Goethe gelegentlich an einigen Produktionen der jungen Romantiker auszusetzen hatte. Diese Werke machen uns vergessen, „daß auch in den gesellschaftlichen Krisen die menschliche Natur geheime, sieghafte Kräfte in sich hat, und daß der Mensch all die Fratzen, die uns heute verdrießen, abschütteln kann“. (ibid.) Wie Goethe endlich bekämpft er den Irrtum eines übertriebenen Naturalismus, daß die nachahmende Kunst nur die Abmalung der Wirklichkeit sei. Gewiß hat auch der Künstler und Dichter das wirkliche Leben zum Gegenstand. Sein Werk ermöglicht aber ein tieferes Verstehen der Wirklichkeit als jede bloße Nachahmung, vermittels des Durchgangs der Bilder durch ‚die naturmächtige, große Seele‘ des Künstlers. Ja, darin liegt eben, wie wir sahen, die Bedeutung der wahren Kunst für das Leben, daß sie nicht Wirklichkeit nachahmt, wie sie ist — das ist ja auch gar nicht

möglich —, sondern ‚bedeutsam erfaßte Wirklichkeit‘, die aus dem Einzelnen, Individuellen, scheinbar Zufälligen einen inneren Lebenszusammenhang hervorleuchten läßt. Was für das gewöhnliche Auge und für das abstrakte Denken nur tote Natur ist, wird unter der Hand des Künstlers lebendig, in seiner Struktur und Form verständlich und ‚bedeutsam‘, darstellbar und eindrucksfähig.

In diesem Sinne aufgefaßt ist das Wesen des Künstlerischen nicht auf den Dichter und Künstler im engeren Sinne beschränkt. Es ist eine Eigenschaft, die auch der Geschichtsschreiber und Wissenschaftler besitzen muß. Wie der Künstler, so muß auch der Historiker die Fähigkeit haben, die Wirklichkeit bedeutungsvoll, d. h. in seinem Falle eine geschichtliche Persönlichkeit genial zu erfassen. Er muß weiterhin das Erfaßte künstlerisch darstellen können, um dadurch dem Leser die Möglichkeit zu geben, den Prozeß in sich zu wiederholen. Wie der Künstler, so ist auch der Historiker nicht ein Darsteller des Vergänglichen, sondern ein Deuter des Vergänglichen. Beinahe wörtlich die Gegensätze benutzend, die Goethe in dem Aufsatz über *Einfache Nachahmung der Natur, Manier, Stil* aufgestellt hatte, sagt Dilthey:

„Die Kopisten des Wirklichen lehren uns nichts, was nicht ein gescheiter Mensch und guter Beobachter auch ohne sie wüßte. Sie sind nicht besser als die Idealisten, die das längst in der Sprache der Kunst Gesagte wiederholen. Beiden gibt nur die Langeweile, welche nach vorübergehender Beschäftigung verlangt, Existenzrecht. Wir warten des ästhetischen Eindrucks, dessen Energie und Mächtigkeit der ungeheuren Erweiterung des menschlichen Gesichtskreises entspräche.“ (VI, 276.)

Die Nebeneinanderstellung von Geschichtsschreiber und Künstler und die Betonung des Gemeinsamen, daß sie nämlich beide eine gegebene Wirklichkeit deuten als Teil eines größeren Lebenszusammenhangs, unterstreicht noch einmal die Tatsache, die bereits deutlich geworden sein dürfte, daß das geniale und bedeutsame Erfassen kein Akt einer willkürlichen Phantasie ist.

Das poetische Bild ist also weder eine getreue Kopie der Wirklichkeit, noch ist das, was der Künstler durch Ausschaltung, Verstärkung und Minderung der Wirklichkeit hervorbringt, nur Fiktion oder ein angenehmes Phantasiegebilde, noch ist es endlich eine Idealisierung im Sinne einer Abstraktion. Es ist vielmehr ein zur Dauer erhobenes Vergängliches. Was dies sei, verdeutlicht Dilthey an einem Bilde. Er wählt als Beispiel das Werk eines Porträtmalers, d. h. also eines Künstlers, der durch die ihm gestellte Aufgabe besonders stark an die gegebene Wirklichkeit gebunden ist. Sein Genie bestehe zunächst darin, meint er, den dominierenden Punkt ‚normal und doch mächtig‘ zu erfassen und den Bildzusammenhang

von hier aus aufzubauen. Durch diesen Vorgang nähert sich das künstlerische Bild nicht so sehr dem Original, sondern dem Auffassungsbild derer, die das Original genau kennen. In dem ‚vertrauten Auffassungsbild‘ liegt gleichsam die ganze Kenntnis des Originals aufgespeichert. Im Gegensatz zur photographischen Platte gibt daher ein gutes Porträt ‚ein zur Dauer Erhobenes‘. Es läßt nichts vermissen und stört durch nichts Fremdes, ja es erschließt das Original selbst denen, die es schon lange kennen (VI, 282, 283). Damit geht das Kunstwerk über die Wirklichkeit hinaus, aber keineswegs willkürlich, sondern in einer Weise, die aufs engste verbunden bleibt mit den Bedingungen, die aus dem Zusammenhang des Wirklichen fließen. Es ist, würde Goethe sagen, zugleich natürlich und übernatürlich.

Durch das Aufweisen solcher Zusammenhänge will Dilthey das mächtige Streben der Kunst seiner Zeit nach Wahrheit fördern, klären und von seinen Irrtümern befreien. Also nicht nur beschreiben soll eine Poetik — hierin ist sie dem Werk des Künstlers verwandt —, sondern sie soll durch bedeutsames Erfassen zur Selbstbesinnung führen und das Bewußtsein von der höchsten Aufgabe der Poesie wacherhalten. In diesem künstlerischen Sinne kann die Kritik in der Tat den Dichter wie das Publikum erziehen, ohne damit in den alten Irrtum einer normativen Ästhetik zurückzuverfallen, vorschreiben zu wollen, wie man zu dichten habe.

Die Wiederherstellung des lebendigen Verhältnisses zwischen schaffendem Künstler und aufnehmendem Publikum, das durch den chaotischen Charakter der Zeit gestört war, ist also für Dilthey die Aufgabe einer historisch-wissenschaftlichen Ästhetik und Kritik. Damit würde sie das für die Gegenwart leisten, was von jeher die geistig leistungsfähige und mit ihrer Zeit verbundene Kritik getan hat, nämlich die Stellung der Kunst in der Gesellschaft heben. In der griechischen Antike wie in der Renaissance, in der französischen Klassik wie im Zeitalter Goethes und Schillers sind Poetik und Dichtung Hand in Hand gegangen. Immer erneut unter veränderten Bedingungen hat sich die Kritik darum bemüht, das Dauernde im Wechsel der Zeiten zu begründen, die Einsicht in die Bedeutung der Kunst für das Leben zu stärken und damit die Ausbildung eines festen, den Zuständen angemessenen Stils zu fördern. Stil ist für Dilthey „die konstante Auffassungs- und Darstellungsweise, welche, durch Ziel, Mittel und Gesetze einer Kunst bedingt, von der genialen Kraft eines Künstlers geschaffen wird“. (VI, 284).

So schließt sich Diltheys Streben nach der Begründung einer modernen wissenschaftlichen Poetik im Geist an das Bleibende in der ästhetischen Überlieferung an. Ihrem konkreten Inhalt nach konnte eine moderne Poetik

aber der großen neuen Wirklichkeit nicht gerecht werden durch Wiederbelebung alter, geschichtlich bedingter Ideale. Die Kunstbetrachtung bedurfte einer neuen Grundlegung, sobald man einsah, daß die Formulierungen vergangener Zeiten für das Dauerhafte vom erfahrungswissenschaftlichen Standpunkt aus unzureichend waren. Ja, es war eben das aus dem lebendigen Ringen mit seiner Zeit erwachsene Bewußtsein von den historisch bedingten Elementen eines jeden ästhetischen und kritischen Denkens, das Diltheys Poetik von den Systemen der Vergangenheit, aber auch von den naturwissenschaftlichen und historischen Versuchen einer Neubegründung trennte.

Der Hinweis auf die historische Situation und die Auseinandersetzung Diltheys mit ihr führt uns damit nochmals zurück zu der Frage, was denn das Wesen des Bedeutsamen sei, das die Seele des Künstlers erfaßt, worin denn die Natur des zur Dauer Erhobenen bestehe und wie sich die neue Grundlegung von der Ästhetik der Vergangenheit und von zeitgenössischen Bestrebungen abgrenze.

III.

Die bis ins 18. Jahrhundert vorherrschende Poetik des Aristoteles bezeichnet Dilthey als eine Formenlehre und darauf gegründete Technik. Sie war nicht aus allgemeinen Prinzipien abgeleitet, sondern empirisch als eine Abstraktion aus der zeitgenössischen Dichtung hervorgegangen. Sie konnte daher auch nur als allgemeingültig von denen angesehen werden, die an der Mustergültigkeit griechischer Kunst festhielten. Die Einsicht in ihre geschichtliche Bedingtheit schließt natürlich keineswegs ihre große Bedeutung aus, die in der Betonung der Formenlehre liegt. Die Ästhetik, die im späten 17. Jahrhundert entstand, bezeichnet Dilthey in Parallele zum Naturrecht und zur natürlichen Theologie als das natürliche System ästhetischer Gesetze. Sie findet den festen Punkt nicht im Mustergültigen, sondern in einem metaphysischen Begriff des Schönen. Das Schöne als die Erscheinung des Logischen im Sinnlichen begreifend, sieht diese rationale Ästhetik die Kunst an als eine sinnliche Vergegenwärtigung des harmonischen Weltzusammenhangs. Die Tatsache, daß Dilthey, von der Erfahrungswissenschaft her, eine solche metaphysische Begründung als unhaltbar ablehnt, bedeutet hier wiederum nicht, daß er den wertvollen Kern der rationalen Ästhetik verkenne. Besonders, wo sich später in der deutschen Klassik und Romantik die Ergebnisse dieser Methode durchdringen mit dem Empirismus des 18. Jahrhunderts und der historischen Methode des 19. Jahrhunderts, da fühlt er sich dem Reichtum der Erkenntnisse

und der ganzen Problemstellung tief verpflichtet. Ja, er bezeichnet es direkt als Aufgabe der neuen Poetik, die Probleme, welche jene Zeit der ästhetischen Spekulation bearbeitet habe, in den Zusammenhang der modernen Erfahrungswissenschaft zu stellen, den großen Reichtum genialer Beobachtungen und Verallgemeinerungen, den sie angehäuft habe, im Geist einer empirischen Forschung zu verwerten und den Ertrag der technischen Poetik des Aristoteles in ein wissenschaftliches Verhältnis zu der ästhetischen Spekulation zu setzen (VI, 123).

Die von der Analyse des ästhetischen Eindrucks ausgehende empirische Methode der Ästhetiker des 18. Jahrhunderts, Hutcheson, Harris, Home, Batteux und Diderot, die sich in Deutschland von Mendelssohn und Lessing bis zu Fechner fortsetzt, birgt für Dilthey, obwohl er ihr nähersteht als den Metaphysikern, ebenfalls große Gefahren. Da unter ihrem Einfluß die Analyse zum Experiment übergehe, meint er, würde die Ästhetik nur zu häufig zur experimentellen Wissenschaft. Die psychologische Analyse isolierter Einzelphänomene des ästhetischen Eindrucks könne aber dem Wesen des großen Kunstwerks nicht gerecht werden, das mehr ist als nur „ein Haufen wirkungskräftiger Eigenschaften“. Zudem hat die Experimentalpsychologie keine Hilfsmittel, das am Geschmack historisch Bedingte vom Allgemeingültigen zu sondern. So kommt also auch hier auf dem Gebiet der Ästhetik Diltheys tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß naturwissenschaftliche Methoden nur in höchst beschränktem Maße auf die Geisteswissenschaften angewendet werden können, da sie keine Antwort auf die Frage nach dem historisch-sozialen Gesamtzusammenhang eines geistigen Phänomens zu geben vermögen. Durch Zerlegung und synthetisch rationale Verknüpfung können nach seiner Auffassung nur Gesetzmäßigkeiten gefunden werden, die dem Reichtum und der Fülle historischen Geschehens noch in keiner Weise gerecht werden.

Die Erkenntnis der historischen Bedingtheit weiterer Bereiche ästhetischen Denkens hat Dilthey aber in keiner Weise dazu verleitet, alle Normen und Regeln als zeitgebunden und relativ anzusehen. Einen nur beschreibenden Historismus, wie er im 19. Jahrhundert aufkam, hat er abgelehnt und als eine charakteristische Erscheinung solcher Zeiten wie der seinigen angesehen, die alte Stilformen nicht mehr anerkannte, neue sich aber noch nicht gebildet hatte. Es ist für ihn ein Zeichen der Schwäche, wenn man sich in Formlosigkeit gefällt und sich durch die Erkenntnis der geschichtlichen Bedingtheit von Normen dazu verleiten läßt, ewige Kunstgesetze überhaupt zu verwerfen.

Kann nun eine moderne geisteswissenschaftlich kritische Poetik das Dauernde im ewigen Wechsel nicht in den Musterbildern einer klassischen

Epoche, noch in einem metaphysischen Ideal des Schönen finden, so muß sie im geschichtlichen Gesamtzusammenhang des Lebens und in den Tiefen der menschlichen Natur nach ihm forschen. Gleichweit entfernt von einer rational-experimentellen Psychologie und einer rational-experimentellen Soziologie sucht Diltheys historisch geisteswissenschaftliche Methode — darin der Dichtung verwandt — im Leben selbst nach der geprägten Form, die lebend sich entwickelt. Man hat diese Methode, die in ihrem Wesen morphologisch ist, als Bedeutungslehre oder Strukturpsychologie bezeichnet. Dilthey selbst hat sie auch Anthropologie genannt. Das hat den Vorteil, daß die häufig vorkommenden Mißverständnisse, die mit dem Worte Psychologie verbunden sind, ausgeschaltet werden. Die philosophisch-anthropologische Methode versucht das Leben zu verstehen als Wirkungszusammenhang zwischen der menschlichen Natur und der sie umgebenden geschichtlichen Welt, in welcher die Totalität des Seelenlebens in der Folge der Gemütszustände wirksam ist. Sie „beschreibt und zergliedert also die Abfolge der konkreten Gemütszustände, sie findet diese bestimmt durch eine innere Bewegung vorwärts und die äußeren Einwirkungen“ (VI, 305).

Und hier finden wir nun auch in Diltheys eigenen Worten die Bestätigung dafür, daß diese wissenschaftliche Methode zutiefst dem Wesen der Dichtung verwandt ist. Er sagt:

„Die anthropologische Forschung ist benachbart der Dichtung. Das Erlebnis wird hier in der Phantasie nach der ihm einwohnenden Bedeutung ausgebildet, und so wird hier das Verhältnis des seelischen Verlaufes zum umgebenden Leben in seiner konkreten Realität dargestellt.“ (VI, 305).

Dilthey rückt also die Wissenschaft in die unmittelbare Nähe des Lebens. Nicht nur die Dichtung selbst, sondern auch die Methoden ihrer wissenschaftlichen Erforschung sind notwendig eingebettet in den gesamten Lebenszusammenhang. Er zeigt, wie der Ewigkeitsgehalt der großen Kunst hervorwächst aus dem Leben selber und aus der Spannung zwischen der äußeren Wirklichkeit und der Seele des Künstlers, die immer erneut den ständig wechselnden historischen Situationen ihren Bedeutungsgehalt abzurufen versucht.

Der mütterliche Boden aller echten Poesie, wie auch aller Philosophie und Politik, ist die lebendige Erfahrung, das mächtige Erleben einer historisch bedingten, aber Überhistorisches enthaltenden Lebenssituation. Alle geistigen Leistungen des Menschen stammen nach Diltheys Meinung aus „der mächtigen Lebendigkeit der Seele, der Energie der Erfahrung

vom Herzen und der Welt, der Kraft der Verallgemeinerung und des Beweises“ (VI, 128). Ganz allgemein gesprochen kann die Folge dieser komplizierten, erlebnisgetränkten Wechselwirkung von Außen- und Innenleben entweder die Anpassung der Wirklichkeit an das Eigenleben und demzufolge der Versuch einer Umgestaltung der Außenwelt, oder aber die Unterwerfung des Ich unter die harte Wirklichkeit sein. Im einzelnen unterscheidet Dilthey drei Hauptrichtungen, die sich aus der allgemeinen Struktur des menschlichen Seelenlebens ergeben. Die eine kommt zur Darstellung im Bildungsprozeß der wissenschaftlichen Einbildungskraft, in welchem der Mensch sich denkend und erkennend der Wirklichkeit gegenüber verhält. Die zweite im Bildungsprozeß der praktischen Phantasie, der von Willensvorgängen ausgeht, die sich entweder auf äußere Umstände richten und die Grundlage der Naturbeherrschung, des Wirtschaftslebens und der Rechts- und Staatsordnung bilden, oder in der Richtung nach innen zur Lenkung unserer Vorstellungen, Gefühle und Leidenschaften führen, das heißt also zur sittlichen Bildung, zur Religion und zum Ideal. Den dritten Bildungsprozeß bezeichnet Dilthey als die künstlerische Einbildungskraft, wo Vorstellungsinhalte und deren Verbindungen von Gefühlen aus bestimmt werden ohne das Ziel denkenden Erkennens oder willensmäßiger Bewältigung der äußeren und inneren Welt. Dieser Bildungsprozeß führt zu Geselligkeit, Spiel und Kunst (VI, 144 ff). Wie die anderen Bildungsprozesse erfüllt auch er ein ewiges Bedürfnis der Menschheit.

„Wie unser Leib atmet, so verlangt unsere Seele nach Erfüllung und Erweiterung ihrer Existenz in den Schwingungen des Gemütslebens. Das Lebensgefühl will austönen in Klang und Wort und Bild; die Anschauung befriedigt uns nur ganz, insofern sie mit solchem Gehalt des Lebens und den Schwingungen des Gefühls erfüllt ist; dies Ineinander, unser ursprüngliches, volles, ganzes Leben, Anschauung vom Gefühl verinnerlicht und gesättigt, Lebensgefühl ausstrahlend in der Helle des Bildes: das ist das inhaltliche, wesenhafte Merkmal aller Poesie.“ (VI, 130, 131).

Die Kunst erzeugt in uns also die Lust, welche wir erfahren, wenn wir die Schönheit und Bedeutsamkeit der Welt um uns voll und stark erleben und uns dadurch der Wert und der Sinn unseres eigenen Daseins zum Bewußtsein kommt.

Das Gefühl der Lust, hervorgerufen durch gesteigerte Lebendigkeit, ist an und für sich allgemein menschlich, erreicht aber im Dichter „dämonische Mächtigkeit“. Der Dichter unterscheidet sich vom gewöhnlichen

Menschen durch die Intensität, Genauigkeit und Klarheit seiner Wahrnehmungsbilder, d. h. also durch die Schärfe seines Auges und durch sein feines Ohr. In ihm ist die Energie und Stärke der Erinnerungsbilder gesteigert; er hat eine ungleich größere Kraft, seelische Zustände zu erfahren und nachzubilden. So sind denn die aus seinem Erlebnis der Welt entsprungenen Bilder „ganz von Gefühlen gesättigte Anschauung“ (VI, 136). Dies unwiderstehliche Getriebensein gilt in gleichem Maße für die beiden Typen, die Dilthey je nach dem Charakter ihres Erlebens unterscheidet. Es gibt jene Dichter wie Äschylus, Sophokles, Shakespeare, Cervantes, Corneille, Racine, Goethe und Dickens, für die das Erleben vorwiegend aus einem tätigen äußeren Leben fließt. Und es gibt andere, die in der Fülle innerer Erlebnisse ihre Existenz hatten und in deren Werken dann äußere Handlungen vorwiegend als Versinnlichung innerer subjektiver Zustände erscheinen. Zu diesen zählt Dilthey Euripides, Dante, Rousseau, Schiller, Hölderlin, Kleist und auch wieder Goethe, da in ihm ein beinahe völliges Gleichgewicht zwischen Innerem und Äußerem zu finden sei.

Wie nun auch die Wirklichkeit sei, welche die Dichter mächtig erleben, das Wesen ihres dichterischen Gestaltens liegt in der Tatsache, daß ihre Bilder, wie wir sahen, über die Grenzen der Wirklichkeit hinausgehen. Eben dadurch, daß ihre Wahrnehmungen und Vorstellungen ganz von mächtigen Gefühlen durchdrungen und gesättigt sind, werden sie notwendig je nach der Verteilung und Intensität der Gefühle die Wirklichkeit überschreiten, durch Verstärkung oder Verminderung, durch assoziative Ergänzung sowohl als durch Unterdrückung und Ausfallenlassen einzelner Elemente. Dieser Prozeß der Umwandlung in den Bildern des Dichters ist weniger eingeschränkt von äußeren Gegebenheiten, als es die Wissenschaft ist, aber trotzdem ist er nicht willkürlich wie etwa der Traum oder die Halluzination des Irren. Im Traum oder im Irresein ist das, was Dilthey den „erworbenen Zusammenhang des Seelenlebens“ (VI, 167) nennt, gemindert. Das Hinausgehen über die Wirklichkeit weicht hier von der Norm des wachen Lebens ab. Im Gegensatz dazu wird durch die Verwandlung der Wirklichkeit in der Dichtung der erworbene Zusammenhang des Seelenlebens gestärkt und vertieft. Im Dichter ist die ganze Energie einer gesunden und mächtigen Seele wirksam. Sein Überschreiten der Grenzen ist Freiheit schöpferischen Vermögens, nicht dunkle Naturgewalt der Halluzination. Wenn der Träumende oder der Irre Bestandteile ausschaltet oder intensiviert, so läßt er für den Gesamtzusammenhang Wesentliches aus oder erzeugt Verzerrungen durch krankhafte Überbetonung des Unwesentlichen. Nicht so der Dichter. Durch Ausschaltung,

Steigerung, Minderung und Ergänzung erweitert und vertieft, entfaltet, beseelt und deutet er das Leben in seiner Gesamtheit (VI, 165 bis 174). Seine konstruktive Phantasie bringt aus Erfahrungselementen und getragen von der Analogie der Erfahrung einen Typus von Handlungen und Personen hervor. Indem sein Werk die Grenzen der gemeinen Erfahrung überschreitet, aber nur so, daß das Einzelphänomen eine tiefere Bedeutung erlangt, weil es in den ganzen erworbenen Zusammenhang des Seelenlebens hineingestellt wird, gewinnt es Dauer, Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit. Das schöpferische Werk des Künstlers hat nicht die Allgemeingültigkeit des Beweises in der Wissenschaft, sondern die Allgemeingültigkeit des Typus und des Symbols. Es kann also, sagt Dilthey, zwar nie in Ideen aufgelöst, aber doch tiefer verstanden werden durch Nachdenklichkeit, die es in Beziehung setzt zu dem Ganzen jedes menschlichen Daseins. Wissenschaftliches Denken verallgemeinert durch Abstraktion, Dichtung verallgemeinert, indem sie konkretisiert, steigert, symbolisiert und idealisiert. Das Typische ist das aus dem Wirklichen herausgehobene Wesenhafte. Der Typus ist nicht leere Idealität, sondern zur Bedeutsamkeit erhobene Wirklichkeit, d. h. eine höhere Realität. Der Dichter wiederholt nicht die Natur, er hebt sie auch nicht auf, sondern er entziffert und deutet sie durch die Welt seiner Symbole. In diesem Sinne ist alle wahre Dichtung notwendig typisch und symbolisch, denn Form und Inhalt, Sprache, Handlung und Charaktere enthüllen das Wesenhafte im individuellen Einzelphänomen.

So sehen wir denn, wie in Diltheys anthropologischer Deutung des dichterischen Schaffensprozesses und in dem Begriff des Typus, zu dem er sich erhebt, Historisches und Psychologisches, erlebte Wirklichkeit und immer gleichbleibende menschliche Natur, Realität und Ideal, Wechsel und Dauer, lebendige Entwicklung und geprägte Form sich vereinigen und durchdringen.

Der anthropologischen Analyse des schöpferischen Prozesses stellt Dilthey die Analyse des ästhetischen Genusses an die Seite. Die poetische Theorie, meint er, müsse von beiden Seelenvorgängen ausgehen, denn eine zu einseitige Betrachtung des Schaffens allein führe leicht zu einer Überbetonung des Unbewußten im Dichter, und zur Vernachlässigung der Regeln und der verstandesmäßigen Gliederung, wie etwa bei den Romantikern; eine zu ausschließliche Konzentration auf den ästhetischen Eindruck unterliegt andererseits der Gefahr, die Dichtung als das Werk eines berechnenden Verstandes anzusehen und dadurch der Rhetorik anzunähern, wie es die Poetik des 18. Jahrhunderts tat.

Auch im ästhetischen Genuß findet Dilthey Prinzipien, die aus der immer gleichbleibenden Natur des Menschen entspringen und die daher unabhängig vom Wechsel des Geschmacks und der Technik allgemeine Gültigkeit haben. Von den elementaren Prinzipien des sinnlichen Reizes einzelner Farben und Töne über das Prinzip des Wohlgefallens an den Verhältnissen der Sinneseindrücke (Rhythmus, Symmetrie, Harmonie) und Empfindungen (wie z. B. Evidenz, Zusammenhang des Mannigfaltigen, Widerspruch, Überraschung, Antithese), zu dem Wohlgefallen, das aus der denkenden Verknüpfung von Vorstellungen entspringt, steigt er auf zu dem Prinzip der Totalwirkung, in dem sich alle Lustgefühle verschmelzen. In ihm wird das höchste Gefühl der Lust empfunden, wenn uns der Dichter durch seine Bilder und Symbole den Bereich erschließt, in dem unser eigenes Leben seiner Bedeutung gewahr wird. Kann man überhaupt von einer Funktion der Dichtung sprechen, so ist sie in diesem höchsten Gefühl erfüllt.

„Zu dieser Energie des Lebensgefühls, die uns in den schönsten Augenblicken erfüllt, dieser Innigkeit des Blicks, durch welche wir die Welt genießen, führt uns die Poesie beständig zurück. Während wir in unserer wirklichen Existenz zwischen Begehren und Genuß in unruhigem Wechsel sind und das sich ausatmende Glück nur ein seltener Festtag dieser Existenz ist: erscheint der Dichter, bringt uns diese Gesundheit des Lebens, gewährt uns durch seine Gebilde solche lang dauernde Befriedigung, ohne bitteren Nachgeschmack, und lehrt uns, so zu fühlen und so die ganze Welt als Erlebnis zu genießen: in allem diesem der volle, ganze, gesunde Mensch.“ (VI, 131.)

Hier also finden wir endlich die Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Bedeutsamen und des Dauernden im geschichtlichen Wechsel, die Lösung, die Diltheys anthropologische Methode gibt, für das zentrale Problem aller geisteswissenschaftlichen Forschungen. Aus der ewig sich gleichbleibenden Natur des Menschen leitet er Gesetze für das dichterische Schaffen und den ästhetischen Eindruck ab. Diese Normen und Gesetze sind so allgemeingültig wie die Prinzipien des logischen Denkens in der Wissenschaft. Sie sind aber immer eingebettet in den Strom geschichtlichen Geschehens. Die poetische Technik ist daher im einzelnen historisch bedingt durch die Lage von Lebensgefühl, Willensstellung und Erkenntnishaltung innerhalb einer gegebenen Kultur zu einer gegebenen Zeit. Die Regeln, die sich für sie aufstellen lassen, haben nur relative Gültigkeit (VI, 157). Und von dieser erfahrungswissenschaftlich gefestigten Position aus kann nun Dilthey auch frei eingestehen, daß im wahren Verstande

genommen die spekulative Ästhetik der klassisch-idealistischen deutschen Bewegung recht gehabt habe, da jedes echte Kunstwerk jenseits aller Stil- und Kunstformen einen unendlichen Gehalt besitze. „Es orientiert seinen Gegenstand an das ganze Universum, welches im Geiste des Künstlers gegenwärtig ist. Es erteilt seinem Gegenstand innere Bedeutung, indem es die Beziehung desselben zu diesem Universum sichtbar macht.“ (VI, 281.)

IV.

Versuchen wir unsere eigene Stellung zu diesem Lösungsversuch Diltheys zu formulieren, so scheint es, daß unsere Aufgabe im Grunde der seinigen ähnlich ist, nämlich auf einer neuen, der Bewußtseinslage und den Problemen unserer Zeit angemessenen Grundlage eine kritische und produktive Haltung der Vergangenheit gegenüber zu finden. Wie Dilthey zu Goethe und dem spekulativen Idealismus der deutschen Bewegung stand, kritisch und frei und doch aufs engste mit ihnen verbunden, so können auch wir uns zu ihm und seiner anthropologischen Neubegründung der Geisteswissenschaften verhalten. Auch wir leben in einer neuen Wirklichkeit, die sich nicht bewältigen läßt durch eine Wissenschaft oder Ästhetik „mit rückwärtsgewandtem Antlitz“. Wie für Dilthey Goethe und alle große Vergangenheit zur Gefahr wurde, wenn die Bewunderung für sie zum Anlaß für unkritische Verallgemeinerung und dogmatische Erstarrung genommen wird, so müssen auch wir das Bedeutsame und Überdauernde in ihm von dem zeitlich Bedingten scheiden. Er wäre der erste gewesen zuzugestehen, daß solche nur relativ gültigen Elemente in seiner Technik und Anschauungsweise vorhanden seien. Er hätte es auch gewiß nicht für einen Nachteil angesehen, sondern als eine notwendig sich aus der historisch bedingten Natur des Menschen ergebende Tatsache. Nichts wäre seinen eigenen Anschauungen mehr zuwider gewesen als einige der Erscheinungen, zu denen seine Methode Anlaß gegeben hat. Man könnte es beinahe als historische Ironie bezeichnen, daß er, der sich gegen alle vorschnellen Synthesen und Versuche, die Geschichte auf abstrakte Formeln zu reduzieren, gewandt hat, ganz gleich von welcher Seite sie auch kamen, so häufig zum Ausgangspunkt für vage Verallgemeinerungen gemacht worden ist. Für ihn kam alles an auf ein wahrhaftes Ergriffensein des erkennenden Geistes von der historischen Wirklichkeit. Seine Typenlehre ist erwachsen aus kritischer Schärfe und aus umfassendem erlebnisgesättigtem historischem Verstehen. Wo das in der Folgezeit nicht mehr

der Fall war; wo das, was er durch lebendiges Ringen mit der Wirklichkeit seiner Zeit als „bedeutsam und dauernd“ erkannt hatte, als selbstverständlich hingenommen wurde, da sind so manche geisteswissenschaftliche Forschungen herabgesunken zu dem Dilthey so verhaßten Versuch, die Fülle geschichtlichen Geschehens aus einer begrenzten Zahl hypothetischer Typen abzuleiten. Besonders ist dies auch auf dem Gebiet der Poetik und Literaturwissenschaft der Fall gewesen. Dies ist um so bedauerlicher, als es den mit naturwissenschaftlichen Methoden arbeitenden oder rationalistisch-nominalistisch ausgerichteten Vertretern der Literaturwissenschaft die scheinbare Berechtigung gab, an den Ergebnissen der Anthropologie Diltheys einfach vorüberzugehen, indem man nur hinwies entweder auf oberflächlich abstrakte Verallgemeinerungen, die sich auf seine Typenlehre, oder auf impressionistische Unklarheiten, die sich auf seinen Erlebnisbegriff beriefen.

Solchen Erscheinungen gegenüber kommt es heute darauf an, das Bleibende in Diltheys Werk festzuhalten und es erneut zu den veränderten Problemen und Aufgaben unserer Zeit in Beziehung zu setzen. Das Bleibende liegt aber in seinem Ansatzpunkt, nämlich einerseits seiner Deutung von Kunst und Dichtung aus einem menschlich-geschichtlichen Gesamtzusammenhang heraus und andererseits in der erfahrungswissenschaftlichen Methode der Hermeneutik, wie sie Dilthey definiert und in ihren Einzelheiten ausgebildet hat. Was die Aufgabe einer neuen Literaturwissenschaft anbelangt, so will es erscheinen, als ob es sich hier nicht um eine grundsätzliche Neuorientierung, sondern mehr um Akzentverschiebungen handele. Für Dilthey stand die Struktur des historischen Werdens im Mittelpunkt seines Interesses; er ging aus vom dichterischen Schaffensprozeß und vom ästhetischen Eindruck. Heute wendet sich die Aufmerksamkeit wieder auf die Struktur des Gewordenen, und wir erstreben eine immer mehr verfeinerte und vertiefte Deutung des Kunstwerks und des Gedichtes selbst. Von der Analyse der Form ausgehend als der spezifischen Art des Kunstwerks, soll sich der Gehalt erschließen. Dilthey kommt zu Geschichte und Dichtung von einer philosophischen Fragestellung her. Seine Poetik ist vorwiegend Gehaltsanalyse. Vielleicht könnte man den gemeinsamen Zug in den bedeutenderen neuen Beiträgen zur Literaturwissenschaft darin sehen, daß sie sich alle um verfeinerte Methoden einer Gestaltsanalyse bemühen. Von dem Wesen der Sprache, ihren Formen, ihren Gebärden und den sich in ihr ausdrückenden Formen menschlichen Verhaltens aus versuchen wir heute den eigentümlich künstlerischen Gehalt des sprachlichen und dichterischen Kunstwerks zu verstehen. Stärker noch,

als Dilthey es tat, der ja auch darauf bestand, daß Dichtung sich nicht in Ideen auflösen lasse und die Allgemeingültigkeit des Typischen nicht mit der Allgemeingültigkeit des wissenschaftlichen Beweises verwechselt werden dürfe, versuchen wir in die Natur des poetischen Symbols nicht von der Analyse des Erlebens, sondern von der Deutung der Sprache her einzudringen, da sich in ihr die spezifische wie die allgemeine Natur des Erlebens enthüllt.

Und noch in einer anderen Richtung scheint es notwendig, über Dilthey hinauszugehen, und zwar in der Frage des ästhetischen Wertens. Auch er wollte gewiß nicht nur beschreiben, sondern forderte im Gegensatz zum relativistischen Historismus seiner Zeit eine Leitung des dichterischen Schaffens und der Analyse durch den Gedanken. Dies Bedürfnis, den Relativismus und die Formlosigkeit zu überwinden, führte ihn aber doch nur dahin, durch seine anthropologische Methode eine begrenzte Zahl von möglichen Wirklichkeitsauffassungen aus der sich immer gleichbleibenden Struktur der menschlichen Seele abzuleiten. Er beabsichtigte nicht, durch die Form seiner Analyse etwas über den Wert eines Kunstwerks auszusagen. Eine Parteinahme für eine der Grundhaltungen hätte für ihn nur relative Bedeutung gehabt, indem sie nämlich etwas über die Stellung des Urteilenden, aber nichts über den Wert des vertretenen und den Unwert des angegriffenen Ideals aussagt. Eine wichtige Funktion seiner typologischen Betrachtungsweise liegt daher in der Überwindung willkürlicher und einseitiger Werturteile, durch das Aufweisen ihrer historischen Bedingtheit. Die Beschränkung seiner Methode liegt aber in dem Zögern, überhaupt zu werten. Das läßt Dilthey dem Historismus näher erscheinen, als sich mit den Forderungen und Zielsetzungen unserer Zeit vereinigen läßt. Wir müssen die Wertfrage wieder stellen.

Jenseits solcher Gegensätze und Akzentverschiebungen, die sich aus der Natur der Wirklichkeit ergeben, mit der wir uns lebendig auseinanderzusetzen haben, verbindet uns aber mit Dilthey ein hohes Gefühl der Dankbarkeit. Wie kaum einer hat er den großen Strom der Dichtung der Vergangenheit sowie der kritisch wissenschaftlichen und doch verantwortlich erlebten Begegnung mit ihr in unsere Zeit hinübergeleitet. Zu einer Zeit, wo die Beschäftigung mit der Dichtung herabzusinken drohte zum antiquarisch-biographischen Sammeln, zum naturwissenschaftlichen Experiment und zu rationalen Abstraktionen, hat er mit wissenschaftlicher Unbestechlichkeit und menschlicher Größe nach vertieften kritischen Erkenntnissen und lebendigerem Erleben gestrebt und dadurch den Sinn wacherhalten für „die gewaltige und heilige Bedeutung der Kunst für die Menschheit“.

Friedrich der Große im Wandel des europäischen Urteils*)

Im Jahre 1791 schrieb Schiller an Theodor Körner, daß er keine Neigung habe, „die Riesenarbeit der Idealisierung“ an Friedrich dem Großen vorzunehmen. Mit diesen Worten gab der Ideendichter ein Stichwort, das in der anhaltenden Diskussion über den preußischen König oftmals gefallen ist und dieses Gespräch in eine bestimmte Richtung gelenkt hat. Die Schillersche Weigerung — wenige Jahre nach Friedrichs Tode —, „die Riesenarbeit der Idealisierung“ durchzuführen, deutet auf eine Problematik, die sowohl in der historisch-wissenschaftlichen als auch in der publizistischen Auseinandersetzung mit Friedrich in immer neuen Variationen auftaucht. Friedrich und sein Werk schienen entweder einer Idealisierung bedürftig oder in besonderem Maße fähig, oder die Eigentümlichkeit des Königs und seines Staates schien gerade in der Abwesenheit jeder Idee zu liegen. Die Geschichte des Friedrichbildes spiegelt alle diese Möglichkeiten wider. Die Idealisierung, die der Dichter ablehnt, ist schließlich von den Historikern durchgeführt worden. An der mühseligen Arbeit dieser Idealisierung haben nicht nur die deutschen Historiker mitgewirkt, sondern auch die Engländer und die Franzosen. Das ideale Friedrichbild ist ein gemeinsames Erzeugnis des europäischen Genius. Der Gang der neueren deutschen Geschichte seit 1740, der in dem Aufstieg Preußens die Geschichte der Begründung eines deutschen Staates sowie dessen Zerfall enthält, hat auf das Friedrichbild tief eingewirkt. Die wechselnden Auffassungen, zwischen denen das Bild des preußischen Königs hin und her schwankt, sind abhängig von den politischen Ereignissen. Das Friedrichbild besitzt gleichsam eine besonders empfindliche Reaktionsfähigkeit auf die jeweiligen politischen Konstellationen. Seitdem die nationalen Geschichtsbilder in die politischen Kämpfe der Gegenwart hineingezogen sind, spielt Friedrich der Große erst recht eine umstrittene Rolle. Die politische Publizistik hat sich seiner bemächtigt und macht ihn haftbar für Glück und Unglück der eigenen Gegenwart. Sie

*) Der feinsinnige Aufsatz von St. Skalweit, Das Problem von Recht und Macht und das historiographische Bild Friedrichs des Großen, *Gesch. in Wiss. u. Unterricht* — Februar 1951, wurde mir leider erst nach Abschluß dieses Beitrages zugänglich.

ist damit allerdings nur den großen Vorbildern der historischen Wissenschaft gefolgt, wenn sie sich in ihrem Verfahren auch oftmals fragwürdiger, aber doch meistens erfolgreicher und wirksamer Mittel bedient. Wer es daher unternimmt, eine Geschichte des Friedrichbildes zu schreiben, leistet einen Beitrag zur Geschichte des politischen Bewußtseins. Friedrich ist von jeher nicht nur ein historischer, sondern stets auch ein eminent politischer Gegenstand gewesen. Mit seinem Tode beginnt seine posthume Wirksamkeit, die die Nachwelt nicht weniger beschäftigt hat, als seine Taten seine Zeitgenossen erregt haben.

Das erstaunlichste Phänomen scheint aber vor allem darin zu liegen, daß die zeitgenössische Bewunderung Friedrichs, die auch die Billigung seiner Eroberungen umfaßte, im Urteil eines großen Teils der Nachwelt in das Gegenteil umgeschlagen ist. Zur Veranschaulichung dieses Sachverhalts möge nur das bedeutsame zeitgenössische Urteil eines Franzosen angeführt werden. Wenn der Graf Mirabeau in einem vielgelesenen und ins Englische sowie Deutsche übersetzten Werke über die preußische Monarchie unter Friedrich dem Großen¹⁾ auch scharfe Kritik an den inneren Einrichtungen dieses Staates übt und ihm einen baldigen Untergang prophezeit, so malt er das Bild des Königs in desto leuchtenderen Farben. Über die Eroberung Schlesiens kann man bei diesem Schriftsteller lesen: „Dieser Krieg und diese Eroberung waren gerecht, soweit Kriege und Eroberungen es sein können.“²⁾ Und über den Siebenjährigen Krieg heißt es: „Friedrich unternahm diesen Krieg wider Willen; da er ihn aber für unvermeidlich hielt (worin er sich vielleicht irrte), ward er inne, daß er sich nur durch die Gefahr selbst aus der Gefahr retten könne, und als großer Mann beschloß er, seinen Feinden zuvorzukommen. Nie, das muß man zugeben, war ein Krieg gerechter. Es ging um sein ganzes Dasein, und so wurde er geführt.“³⁾ So also lautet das Urteil eines der zeitgenössischen Franzosen, der bei allerdings höchst angreifbarem Charakter den modernen Ideen in Politik und Wirtschaft offen zugewandt war. Was Mirabeau als Zeitgenosse billigt und sogar bewundert, das wurde später gerade in Frage gestellt und mißbilligt.

Es verlohnt sich nicht, den vielstimmigen Chor zu schildern, in welchem nach Friedrichs Tode die anklagenden die preisenden Stimmen fast ganz übertönen und verdrängen. Die angestaute Kritik vermochte sich nun frei

¹⁾ Mirabeau, *De la Monarchie Prussienne sous Frédéric le Grand*, London 1788.

²⁾ Zitiert nach *Friedrich d. Große im Spiegel seiner Zeit*, herausgegeben von G. B. Volz, 3. Band, S. 158.

³⁾ Ebenda.

zu entfalten. Wirksamer und vor allem folgenreicher als durch die literarischen Angriffe seiner politischen und militärischen Gegner wurde das Andenken des Königs von *der* geistigen Bewegung getroffen, die im Protest gegen den Geist des 18. Jahrhunderts, *seines* Jahrhunderts, emporstieg. In der deutschen Romantik liegen eigentlich die Grundlagen des Antifriderizianismus, dessen Eigentümlichkeiten nun in vollem Maße ausgebildet werden. Die französische Revolution hat wohl den preußischen Obrigkeitsstaat ideologisch bekämpft, aber sie hat in ihren idealistischen Anfängen das Bild Friedrichs neben das Washingtons gestellt. Die Romantik erst bemächtigt sich der friderizianischen Persönlichkeit, um an ihr das Gegenbild des volkstümlichen und christlichen Königs zu entwickeln.

Die Friedrichauffassung der Romantik hängt eng mit ihrer gesamten Staatsauffassung zusammen. In dem begrenzten Zusammenhang dieser Untersuchung kann nur auf ein paar fortwirkende Motive des romantischen Antifriderizianismus hingewiesen werden. In den Schriften von Novalis, Ernst Moritz Arndt und Adam Müller kehrt immer erneut der typisch romantische Vorwurf wieder, daß der friderizianische Staat nicht geweiht sei durch die Anwesenheit einer höheren Idee. Es ist ein Gedanke, der im Zusammenhang der säkularen Kritik an Preußen bis in die Gegenwart oftmals wiederkehren wird. Novalis spricht diese Stimmung am reinsten aus. Wenn sie bei ihm vornehmlich eine christliche Färbung trägt und sich gegen den Freidenker und Rationalisten Friedrich wendet, so steht sie bei Arndt ganz unter deutschnationalen Vorzeichen. Der Literat Adam Müller liefert Variationen zum gleichen Thema. Seine Auseinandersetzung mit dem König kreist um ein Motiv, dessen Fortleben zu einer interessanten Beobachtung der Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts gehört. In einer 1810 gehaltenen Vorlesung „über König Friedrich II. und die Natur, Würde und Bestimmung der Preußischen Monarchie“⁴⁾ beklagt er den verderblichen Einfluß von großen Männern auf den wahren Nationalgeist sowie auf die politische Bildung der Staatsbürger. Von immer neuen Seiten wird dieser Gedanke beleuchtet und betrachtet. Müller vergleicht den vorübergehenden einzelnen Friedrich mit der ewigen Natur und Würde des preußischen Staates. Es ist ein echt romantischer Vergleich. Der große Friedrich mache es den Preußen schwer, ihre eigene Nationalität zu erkennen. „Von Jugend auf gewöhnt, wie wir sind, den Staat als *sein* Werk und jedes leiseste vaterländische Gefühl als ein Opfer anzusehen, welches

⁴⁾ Berlin 1810.

seinem großen Schatten gebracht wird, verkennen wir die dauernde und ewige Natur des preußischen Staates sehr leicht. Der größte Held aber kann sich der Farben und Formen nicht entschlagen, welche die Zeit gibt, das größte Menschenwerk dem Wechsel der Weltverhängnisse nicht entgehen: sie dürfen nicht, weil selbst *erhabenste* Abgötterei nicht stattfinden soll. Jedes große Werk zieht ein großes Schicksal nach sich: die Natur reagiert über kurz oder lang gewaltig zurück gegen die Hand des Genies, welche ihr eine Zeitlang Gewalt angetan.“⁵⁾ Während Goethe der großen Persönlichkeit huldigt, ordnet sie der Romantiker dem ewigen und unergründlichen Volksgeist unter. Es ist für das Urteil der Zeitgenossen um 1800 über Stellung und Wert des „Helden“ allerdings zu bedenken, daß Napoleons kometenhafte Erscheinung „Heldentum“ an sich suspekt gemacht hatte. Das napoleonische brachte auch das scheinbar verwandte friderizianische Heldentum in Verruf. Das romantische Unbehagen am „großen Mann“ wurzelt aber mehr im Weltanschaulichen als im Erfahrungsbereich der Wirklichkeit. Aus der Tiefe der romantischen Weltanschauung bekämpft A. Müller „den unfruchtbaren Glauben, daß die Begründung, die Befestigung und die Rettung der Staaten nur von sogenannten *großen Männern* komme“⁶⁾. Hier wird ein Gedanke ausgesprochen, der in ganz neuer geistiger Umgebung wieder auftauchen wird. Wenn die Romantik als geistige Bewegung längst ausgeklungen sein wird, werden Angehörige der nächsten Generationen, die ein neues Welt- und Lebensgefühl ausfüllt, wieder unter Berufung auf den wahren „National- bzw. Volksgeist“ den „großen Mann“ im Grunde für überflüssig und sogar gefährlich halten. Der Liberale der fünfziger und sechziger Jahre, der in die Bewegung des Realismus gehört und doch nicht frei ist von Nachwirkungen und Fernwirkungen der Romantik, ist der festen Überzeugung, daß sich „in der stillen Werkstätte des Volksgeistes“ die neue und bessere politische Ordnung der Deutschen sicherer und geräuschloser vorbereite als durch die „die Entwicklung“ ja doch nur störenden Aktionen großer Männer. Eine nähere Untersuchung dieses Zusammenhangs würde eine geradezu erstaunliche innere Parallelität feststellen zwischen den Bekundungen eines Adam Müller über die schädlichen Wirkungen der Größe Friedrichs und den zahlreichen Äußerungen des Mißbehagens, mit denen bestimmte Wortführer der öffentlichen Meinung von den fünfziger bis zu den neunziger Jahren die angeblichen Verwüstungen der Volksseele durch Bismarck beklagten. Romantische Motive klingen an, wenn etwa Gustav

⁵⁾ Ebenda S. 10 f.

⁶⁾ S. 7.

Freytag als Sprecher und Gewissensrat des liberalen deutschen Bürgertums argumentiert, daß „Sitte und Leben einer Nation nicht lange von dem Gemüt und Gewissen eines Einzelnen abhängen und in ihrem wichtigsten Inhalt durch die Selbstherrlichkeit *eines* Mannes geleitet werden dürfen“⁷⁾. Freytag hatte diesen Gedanken erstmals in den „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“, denen ja noch viele romantische Züge eigentümlich sind, ausgesprochen, und zwar aus Anlaß einer Auseinandersetzung mit Luthers Wirkung auf die deutsche Nation: „Aber solche Herrschaft einer einzelnen geschlossenen Persönlichkeit erträgt der Geist der Nation nicht lange . . . Die Reaktion der Welt beginnt . . .“⁸⁾ Ein Stück politische Romantik, das sich am Beispiel des Antifriderizianismus gut beobachten läßt, lebt fort und dringt in die liberale Bismarckkritik ein⁹⁾. Wenn diese dem Realisten, der höchstens die diplomatischen Situationen geschickt auszunützen verstünde, die sogenannten „höheren Ideen“ abzusprechen pflegte, so bediente sie sich ebenfalls eines typisch romantischen Arguments. Arndt wandte gegen Friedrich ein, daß „die Idee dieses preußischen Staates . . . seine höchste Idee als König war“ und daß „er eine weitere nicht hatte“¹⁰⁾. Adam Müller wünschte zu verhüten, daß Friedrich „zum Kanon für die Staatskunst“, „zum Maßstab für die politische Größe“ gemacht würde¹¹⁾. Er berief sich auf „das Bild des Staatsmannes von Ideen“¹²⁾, auf das sich auch in der Zukunft alle jene zu berufen pflegen, sobald sie mit der schlechten, d. h. ideenlosen Wirklichkeit ihrer zeitgenössischen Politik nicht einverstanden sind. —

Eine gedrängte Übersicht über die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte Friedrichs des Großen wird ergeben, daß auch das wissenschaftlich gebildete Urteil über den König weitgehend abhängig bleibt vom politischen Gegenwartsgefühl des Schreibers und daß diese Abhängigkeit nur zurückgedrängt, aber nicht ausgeschaltet werden kann. Die Historiker vom Fach reagieren auf den Begründer der preußischen Großmacht grundsätzlich kaum anders als die Literaten.

Die Grundlagen der wissenschaftlichen Bearbeitung der friderizianischen Geschichte liegen zwischen 1815 und 1848. Sie erreicht in *Leopold*

7) Freytag an Stosch, S. 137, vom 6. November 1881.

8) „Bilder . . .“, 1859, S. 121.

9) Das Unbehagen vor dem „großen Mann“ ist keinesfalls etwa eine liberale Eigentümlichkeit; das Fortleben dieser Motive läßt sich genauso im konservativen Lager nachweisen.

10) Germanien und Europa, S. 129 (zitiert nach Kulturpolitische Schriftenreihe, Heft 1, herausgegeben von E. Anrich.

11) A. Müller, S. 306.

12) Ebenda S. 307.

von Ranke¹³⁾) sogleich einen historiographischen Gipfelpunkt, der nicht nur Aussicht gewährt über das historisch-politische Gelände Europas im 18. Jahrhundert, sondern zugleich die Hauptlinien in der politischen Landschaft nach 1815 deutlich erkennen läßt. Als Ranke die Darstellung der neueren preußischen Geschichte begann, ging er an diese Aufgabe in dem tiefbefriedigenden Gefühl, daß die Ordnung von 1815 sowohl den Bedürfnissen Europas als auch denen der von Preußen, Österreich sowie den mittleren und kleineren Staaten im Deutschen Bunde repräsentierten deutschen Nation am besten entspräche. Der Inhalt seiner politischen Weltanschauung war der Glaube, daß Europa an einem vorläufigen Höhe- und Endpunkt und vor allem an einem Ruhepunkt der staatlichen Entwicklung angelangt sei. Aus dieser historisch-politischen Stimmung der Restauration ist die preußische Geschichte mit Friedrich dem Großen als ihrem Dreh- und Mittelpunkt entstanden. Die Temperatur des politischen und sozialen Klimas nach 1815 hat auch die rauhere Vergangenheit erwärmt, und ein mildes Licht fällt auf ihre scharfen Konturen. Wir vermögen die Rankesche Konzeption der preußischen Geschichte einem Aufsatz zu entnehmen, der lange vor der eigentlichen Beschäftigung mit diesem besonderen Teil der Weltgeschichte und vor dem Studium der Quellen entstanden ist. Als Ranke 1832 für seine historisch-politische Zeitschrift den berühmten Aufsatz über die „Großen Mächte“ schrieb, skizzierte er im Abschnitt über Preußen bereits den Hauptinhalt sowie die wesentlichen Entwicklungslinien, wie sie in den erst 9, dann 12 Büchern Preußischer Geschichte enthalten sind. Die Tendenz dieses für ein politisches Journal bestimmten Aufsatzes besteht in dem Nachweis einer vorwaltenden Harmonie innerhalb des europäischen Staatensystems. Der Verfasser ist vor allem an Preußens Weltstellung interessiert, d. h. an Preußen als einem selbständigen und einem gleichberechtigten Gliede des europäischen Staatensystems, das erst durch Friedrich II. seine Vollendung erfuhr. Die europäische Rechts- und Friedensordnung, in deren Genuß sich Ranke so wohlfühlte, wird auf Friedrichs Tun zurückgeführt. Dieser europäische Gesichtspunkt wird durch den nationalen ergänzt. Das nationale Leben Deutschlands schien ihm in der Form eines friedlichen Dualismus zwischen den zugleich deutschen und europäischen Großmächten in einer glücklichen Weise befestigt und auf die Dauer gesichert. Unter den Voraussetzungen dieses Geschichts- und Zeitgefühls wird das Werk Friedrichs

¹³⁾ Vergleiche die umfängliche und geistvolle Einleitung Georg Küntzels zur Akademieausgabe der „Zwölf Bücher Preußischer Geschichte“, deren Auffassung den Bemerkungen über Ranke zugrunde gelegt ist.

des Großen betrachtet. Ranke spannt die Politik des Königs zwischen die beiden Pole Europa und deutsche Nation. Von europäischem Blickwinkel erscheint vor allem das Verhältnis zu Frankreich, von nationalem dasjenige zu Österreich wichtig. Er ist peinlich bemüht, sowohl die Bedeutung von Friedrichs französischem Bündnis als auch die Tragweite seiner Feindschaft gegen Österreich nach Möglichkeit einzuschränken. Ein deutsch-nationaler Schimmer liegt über diesem Friedrichsbilde, und dieser Schimmer wird auch nicht durch das französische Bündnis verdunkelt. Der Sachverhalt eines solchen Bündnisses konnte überdies mit innerem Freimut von Ranke behandelt werden; denn durch die Neuordnung von 1815 und erst recht durch die Folgen der Julirevolution von 1830 schien ihm die französische Nation wirklich befriedigt zu sein. Er meinte annehmen zu dürfen, daß sich Frankreich mit der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands ohne Vorbehalt abgefunden habe. In der schönen Stimmung hallyonischer Tage blickte Ranke auf die auswärtige Politik Friedrichs, in welcher das Bündnis mit Frankreich eine so große Rolle gespielt hatte, sowie auf die Kriege des Königs zurück. Der europäische Rahmen, in welchem sein Friedrichsbild gleichsam eingefaßt ist, wird nicht unwesentlich dadurch gekennzeichnet, daß ihm sein Held zum ersten Male im Spiegel der französischen Diplomatenberichte erschien. Es liegt eine briefliche Bestätigung von ihm vor, daß er während der Lektüre im Pariser Archiv den Entschluß faßte, eine Geschichte Preußens und vor allem die Friedrichs des Großen zu schreiben. Dieser wissenschaftliche Ausgangspunkt bleibt bedeutungsvoll für seine gesamte Auffassung. In Paris wurde Ranke erstmals bekannt und vertraut mit Quellen zur friderizianischen Politik. So wurde sein wissenschaftlich-politisches Ziel der Nachweis einer inneren Zugehörigkeit Preußens sowie dessen größten Königs zur europäischen Geschichte. Es kann nicht in Zweifel gestellt werden, daß in Rankes Friedrichsbild solche Züge wegetruschiert sind, die dieser harmonischen Auffassung widersprechen könnten.

Wenn Ranke das Charakteristische an der Geschichte Friedrichs gerade in ihrer inneren Verbindung mit dem europäischen Staatensystem, in der Vollendung dieser Ordnung durch das Preußen Friedrichs sah, so lag bei seinem wissenschaftlichen Antipoden, bei *Johann Gustav Droysen* der Schwerpunkt der Betrachtung auf völlig anderem Felde. Ihm ist Friedrich nicht der Vollender des europäischen Staatensystems, das von nun an aus den fünf großen Mächten besteht, sondern im Gegenteil der Überwinder. Wenn Ranke Friedrichs Erfolge zu einem sehr wesentlichen Teil auf die Gunst der europäischen Konstellationen zurückführt, so Droysen aus-

schließlich auf die Stärke und Überlegenheit seines freien Willens. Droysen isoliert Friedrich, während ihn Ranke im Zusammenhang der europäischen Verbindungen sieht. Der historiographischen Auffassung entspricht auch die Arbeitsmethode. Rankes Forschungen begannen in Paris, Droysen blieb zeitlebens in Preußen. — Beide messen dem friderizianischen Staat ein schwereres Gewicht, einen höheren Grad von Selbständigkeit zu, als es der König tat, dem bekanntermaßen der Großmachtcharakter Preußens sehr zweifelhaft war. Wenn die 4 Bände von Droysens Preußischer Politik, die die Geschichte Friedrichs des Großen behandeln, auch erst zwischen 1874 und 1886 erschienen sind, so stammt sein Friedrichsbild doch aus der Zeit vor 1871. Es ist in jeder Weise das Gegenstück zum Rankeschen geworden. Während Rankes Bejahung der europäischen Rechtsordnung nach 1815 die Voraussetzung wurde zu einem gleichsam konservativen Friedrich, dessen Gesicht kaum noch irgendwelche Erobererzüge trägt, bildet Droysens Widerspruch gegen diese Ordnung den Boden, aus dem *sein* Friedrich der Große als Richter über eine morsche Welt und als einziger Träger des deutschen Gedankens hervorwächst. Bei Beiden stammen die Farben des Friedrichsbildes von der Palette der eigenen Zeit. Beide sprechen ihr politisches Glaubensbekenntnis aus, wenn sie von Friedrich dem Großen sprechen.

Wenn in diesem Zusammenhang vornehmlich von dem Friedrichsbilde der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung gesprochen wird, so darf der Verbreitungsradius dieses Bildes nicht überschätzt werden. Die Masse des lesenden Publikums bezog ihre Vorstellung von Friedrich nicht aus Ranke und nicht aus Droysen, sondern aus der 1840 erschienenen Friedrich-biographie des Kunsthistorikers Franz Kugler mit Illustrationen von Menzel. Der Mythos vom „Alten Fritz“ stammt aus dieser populären Darstellung und aus Menzels Zeichnungen. An sie ist die nationale Erinnerung der Deutschen geknüpft. Das Bild erweist sich wirksamer und einprägsamer als das gelehrte Buch, durch welches sich die nationalen Vorstellungen nur schwer leiten lassen. Es ist wichtig, diesen Sachverhalt zu bedenken, um die literarischen Grenzen der gelehrten Geschichtsschreibung richtig abzuschätzen.

Die Friedrichforschung des Deutschen Reiches von 1871 kulminiert in *Kosers* dreibändiger Biographie¹⁴). Sie bedeutet einen großen realistischen Fortschritt über Ranke und Droysen hinaus. Koser gehört einer wissenschaftlichen Generation an, der das Deutsche Reich in den Grenzen von

¹⁴) R. Koser, Friedrich der Große als Kronprinz, Stuttgart 1886; derselbe, König Friedrich der Große, I. und II. Band (1893 und 1903).

1871 selbstverständlicher nationaler Besitz geworden war. Das Sicherheitsgefühl des Erben erlaubt eine größere Freiheit der historischen Betrachtung, obwohl der Patriotismus sie noch in Grenzen hält. Die Grenzpfähle sind gleichsam schon weiter gesteckt. So verschweigt Koser das Motiv des persönlichen Ehrgeizes nicht, das in der ersten schlesischen Unternehmung eine so entscheidende Rolle gespielt hatte, aber veredelt es sogleich, indem er von einem Ehrgeiz spricht, der „durch die Weihe der Kraft beglaubigt und vor allem dadurch geadelt war, daß er sich erwärmte an der heiligen Flamme der Vaterlandsliebe. Denn unzertrennlich von dem persönlichen Ehrgeiz war in Friedrichs Brust die edle Leidenschaft, seinem Volke vor Europa Achtung zu verschaffen . . . sein Preußen einzuführen in die Reihe der großen Mächte.“¹⁵⁾ Die problematische Verwendung von so modernen Begriffen wie Volk und Vaterlandsliebe kennzeichnet die Tendenz des Werkes. Ein deutsches Nationalgefühl wird Friedrich zugeschrieben, das seiner Zeit noch vollkommen fremd war. Es ist die nationale Stimmung nach 1871, in der Koser schreibt und in welche er den Helden seiner Geschichtsschreibung eintaucht. So muß man sagen, daß die Zuverlässigkeit des historischen Urteils über Friedrich gewiß durch die Beimischung einer nationalen Stimmung beeinträchtigt wird, aber es sind bei Koser doch gleichsam ausreichende wissenschaftliche Widerlager gegen nationale Vergrößerungen vorhanden. Die deutschnationale Tendenz dieser Biographie kommt deshalb auch mehr in der Form der nationalen Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß auf den von Friedrich dem Großen gelegten Grundlagen das Reich von 1871 aufgebaut ist. In dieser Form hat die deutschnationale Tendenz durchaus ihre Berechtigung; denn damit wird ein zutreffender historischer Sachverhalt festgestellt. Es liegt hier ähnlich ein positiver Ausgangspunkt vor wie bei Ranke. Die innere Zustimmung zur politischen Rechtsordnung der Gegenwart ist bei Beiden gegeben. Was Friedrich getan hat, bildet für Beide die Voraussetzung ihres eigenen politischen Sicherheitsgefühls. Kosers Friedrichsbild befand sich jedoch in glücklicherer Übereinstimmung mit dem gebildeten Bewußtsein der Deutschen als dasjenige Rankes, das von den Zeitgenossen meist abgelehnt wurde. Es war für das herrschende Nationalgefühl verständlicher und einleuchtender als das ältere des Vormärz. Im Gegensatz zu Ranke und Droysen ist Koser jeder Seite der umfangreichen friderizianischen Regierungstätigkeit gerecht geworden. Er hat sich von dem weiten Felde der Friedrichsforschung, das gegen Ende des Jahrhunderts immer größer wurde, eine reiche Ernte geholt und den König von der Wiege bis zum Grabe verfolgt.

¹⁵⁾ König Friedrich, I. Band, S. 60.

Wenn Koser und die kleindeutschen Historiker in dem Werke Friedrichs des Großen das Fundament erkannten und zu beschreiben gedachten, auf dem das deutsche Kaiserreich von 1871 aufgebaut war, so befanden sie sich mit dieser Auffassung durchaus in Übereinstimmung mit maßgeblichen französischen Historikern. Das eigentliche wissenschaftliche Interesse, das die Franzosen nach 1871 in hohem Maße an preußischer Geschichte hatten, hing ursächlich mit einem politischen Gegenwartsgefühl zusammen. Sie wollten den Gegner kennenlernen, der sie besiegt hatte. Das durch Sedan verletzte Nationalgefühl wurde für die Franzosen ein emotionaler Antrieb für das Studium der preußischen Geschichte und vor allem für eine Revision ihres Friedrichbildes. So bedeutet der deutsch-französische Krieg einen Einschnitt in der Geschichte der französischen Friedrichforschung. Man darf sagen, daß im Kanonendonner von Sedan das strahlende Friedrichbild gesprungen ist. Es ist das Bild, das von *Michelet* stammt, und im XVI. Bande der „*Histoire de France*“, der bis 1857 führt und 1866 erschien, enthalten ist. In diesem Bande nimmt das literarische Frankreich gleichsam Abschied von jenem Friedrich dem Großen, dessen Preußen noch nicht der Einiger Deutschlands war und Frankreich noch nicht aus seiner hegemonialen Stellung in Europa verdrängt hatte. Michelet nennt Friedrich „le grand acteur du temps“¹⁶⁾ und bewundert in seinem Leben „le triomphe de la volonté“¹⁷⁾. Friedrichs aufgeklärtes Königtum hebt sich strahlend aus dem Dunkel des 18. Jahrhunderts. Dem Hirschpark Ludwigs XV. wird das „immense Arbeitskabinett“¹⁸⁾ des preußischen Königs gegenübergestellt. Der Siebenjährige Krieg empfängt die weltgeschichtliche Bedeutung der Schlacht bei Salamis. „Die Idee“, die Friedrich oftmals abgesprochen wird, kämpft auf seiner Seite. Macht und Idee sind nach dieser französischen Auffassung in Friedrich eine für immer wünschenswerte Verbindung eingegangen¹⁹⁾. Die Freiheit des Gewissens und der Wissenschaft habe in diesen Jahren auf dem Spiele gestanden. „Bei Roßbach siegte das Denken“²⁰⁾ — so heißt es und erinnert an nachträgliche kleindeutsche Deutungen der Schlacht von Königgrätz. Friedrich der Große wurde Michelet zur Veranlassung, die Berechtigung und Notwendigkeit — wobei ununtersucht bleiben soll, was Michelet unter *nécessité* versteht — der Bildung einer modernen deutschen Nation zu

¹⁶⁾ J. Michelet, *Histoire de France* XVI, 1866 S. 170.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 171.

¹⁸⁾ Ebenda, vergleiche S. 409.

¹⁹⁾ Ebenda, S. 421: „Qu'il fut le caractère le plus complet du dix-huitième siècle, ayant seul réuni à la force l'idée.“

²⁰⁾ Ebenda, S. XIV.

verstehen und anzuerkennen. Der Glanz von Friedrichs Ruhm leuchtet bis in den Vorabend des deutsch-französischen Krieges hinein.

Die Maßstäbe, mit denen Michelet die historische Größenordnung Friedrichs bestimmt, sind denen innerlich verwandt, die in den fünfziger Jahren auch von einem englischen Bewunderer angewandt werden. *Carlyles* historischer Gesang, wie seine Geschichtsschreibung mit Fug genannt werden darf, hat Friedrich ähnlich verherrlicht, wie es nach ihm Michelet tat. Beide bezeichnen gleichsam den literarischen Höhepunkt, den die Bewunderung für Friedrich in Westeuropa erklommen hat. Sie sind nicht nur deshalb zusammen zu nennen, weil sie beide Zeitgenossen sind²¹⁾, sondern vor allem wegen der mannigfachen verwandten Züge in ihren historischen Werken. Gefahr und Reiz dieser Historiographie beruhen auf einer eigentümlichen Verschmelzung wissenschaftlicher, moralischer und künstlerischer Elemente. Um so verschiedener ist jedoch die Stellung ihrer Geschichtsschreibung im Zuge des allgemeinen Geisteslebens ihrer Nationen. Michelets Stimme, die Bewunderung und Haß ausdrückt, schwang mit in der allgemeinen Stimme Frankreichs. Die für ihn 1898 in Paris veranstaltete Hundertjahrfeier war ein Zeichen der nationalen Übereinstimmung mit diesem glänzenden Geiste Frankreichs. Ganz anders waren Carlyles Stellung und Wirkung. Seine Friedrichbiographie stellt einen einsamen, wenn auch machtvollen Protest gegen *Macaulay* dar, dessen 1842 in der „*Edinburgh Review*“ erschienener Friedrichaufsatz das englische liberale Friedrichbild von erstaunlicher Dauerhaftigkeit geschaffen hatte. *Macaulays* Essay enthält ein glänzendes Plädoyer gegen den König. Friedrich wird vornehmlich wegen des Verbrechens des ersten Schlesischen Krieges angeklagt, durch welchen „die Urkunde“ der Pragmatischen Sanktion einseitig verletzt worden sei: „Diese Urkunde war unter den Schutz der öffentlichen Treue der ganzen gesitteten Welt gestellt.“²²⁾ Prägnanter noch als in dieser einem juristischen Denken entstammenden Feststellung kommt das genuin liberale Denken des Engländer in den Worten zum Ausdruck: „Wir können uns darein finden, unter einem Lüstling oder einem Tyrannen zu leben; aber von einem Vielgeschäftigen regiert zu werden, ist mehr als die menschliche Natur ertragen kann.“²³⁾ An dieser Stelle decouvriert der whiggistische Historiker den eigentlichen Grund seiner Abneigung gegen Friedrich als den Träger einer absolutistischen und zentralistischen Staatsgewalt auf dem Konti-

²¹⁾ Carlyle 1795 bis 1881, Michelet 1798 bis 1874.

²²⁾ Th. B. Macaulay, *Essays*, herausgegeben von E. Friedell (1924), S. 182.

²³⁾ Ebenda S. 197.

nent. Um so beachtlicher ist die freimütige Bemerkung, daß Friedrichs „Politik gegen die schlesischen Katholiken einen ehrenwerten Gegensatz zu der Politik bilde, die unter sehr ähnlichen Umständen von England lange Zeit gegen die irischen Katholiken geübt worden sei“²⁴⁾. Macaulays geschliffener und prägnanter Darstellung, die dem zeitgenössischen Rechtsbedürfnis und Gefühl des viktorianischen Lesers Ausdruck gab, war eine allgemeinere und dauerhaftere Wirkung beschieden als dem umfänglichen, schwerflüssigen und tiefsinnigen Werke von Carlyle, der sich gegen die liberale Zeitströmung vergeblich auflehnte. Während Macaulays leichter Essay auf den Wogen der Zeitstimmung dahinschwamm, blieb Carlyles Biographie wie ein schwerer Findling liegen, über den der Strom der öffentlichen Meinung hinwegflutete. So gleitet die englische Friedrichauffassung — unverändert auch durch die freundlichen Bemerkungen in Seeleys „Expansion of England“ — über die Ereignisse von 1866 und 1870/71. Sie erleidet keinen inneren Bruch wie in der französischen Historiographie, die von dem siebziger Krieg tief betroffen wird. Am ergreifendsten und eindrucksvollsten vollzieht sich die innere französische Wandlung an Historikern wie Taine, Michelet und Quinet, von denen letzterer allerdings schon 1832, nach den Erfahrungen der Julirevolution, auf die Existenz eines anderen, nach politischer Geltung strebenden Deutschland neben dem liebevoll behüteten Bilde der geistigen und literarischen Nation sorgenvoll und seiner Meinung nach prophetisch aufmerksam gemacht hatte.

Sedan hat dem Friedrichkult in Frankreich ein Ende bereitet.

Unter dem Eindrucke der Niederlage seines Vaterlandes schrieb der Herzog von Broglie, Diplomat und Historiker, ein Buch über „Friedrich den II. und Maria-Theresia“²⁵⁾, das zu Beginn der achtziger Jahre in Paris erschien. Der Verfasser, der ein Nachfahr des Marschalls Broglie aus der Zeit des österreichischen Erbfolgekrieges ist, gibt dem Schmerz des französischen Patriotismus über die preußischen Siege bei Sadowa und Sedan in einer historischen Anklage gegen den Begründer der preußischen Großmacht freien Lauf. Es ist eine andere Weise des nationalen Verhaltens, als sie etwa bei H. Taine anzutreffen ist, der nach den Ursachen der französischen Niederlage im Bereich der eigenen nationalen Geschichte forscht. Broglie teilt aber nur einen allgemeinen Zug der französischen Geschichtsschreibung nach 1871, wenn er sich der Geschichte der preußischen Großmachtbildung zuwendet: „Cette aurore du grand règne de

²⁴⁾ Ebenda S. 195.

²⁵⁾ Frédéric II et Marie-Thérèse d'après des documents nouveaux 1740—1742 par le Duc de Broglie, Paris I—II, 1883.

Frédéric, c'est la naissance de la puissance même qui atteint aujourd'hui sous nos yeux et à nos dépens son plein et colossal développement. Quel Français n'éprouverait une curiosité douloureuse à la regarder dans son berceau?"²⁶⁾. Wenn auch der starke emotionale Einschlag den wissenschaftlichen Wert des Buches erheblich herabsetzt, so nimmt dasselbe in der Geschichte der Friedrichforschung doch einen besonderen Platz ein; denn es macht bekannt mit Akten aus dem Ministère des Affaires Étrangères sowie mit den unveröffentlichten Memoiren des Marschalls Belle-Isle. Um eines Gedankens willen erscheint Broglies Auseinandersetzung bzw. Abrechnung mit dem König in einer Geschichte des Friedrichbildes, in der sich nationale Eigentümlichkeiten ebenso wie wissenschaftsgeschichtliche Situationen widerspiegeln, besonders bemerkenswert. Dem friderizianischen und preußischen Ehrgeiz, der auf nichts Höheres als den Erwerb einer Provinz gerichtet ist, wird der französische Idealismus gegenübergestellt. Im Vorwort bereits deutet Broglie die Tendenz seiner Darstellung an. Er argumentiert, daß beim Tode Karls VI. für Frankreich angeblich nichts so leicht gewesen wäre, als von Maria Theresia in den Niederlanden ein Besitztum zu erhalten, durch welches die Sicherheit der nördlichen Grenzen Frankreichs vielleicht für immer hätte hergestellt werden können. Frankreich schlug jedoch einen anderen Weg ein: „A cet avantage de fait, certain et tangible, la France préféra l'idée de rétablir l'Empire germanique, dans sa conception primitive c'est-à-dire affranchie de la prépondérance et de l'hérédité autrichiennes"²⁷⁾. Broglie schreibt seiner Nation die fragwürdige Neigung zu: „Cette disposition à partir en guerre pour une idée, c'est-à-dire à préférer à des résultats pratiques et positifs un but idéal dont la générosité et la grandeur séduisent leur imagination"²⁸⁾. Unter der Form eines Gegensatzes von politischem Idealismus und Materialismus wird das französisch-preußische Verhältnis verstanden. Gegenüber Frankreichs idealistischer Politik spielt Friedrich „ce rôle de marchandage politique et militaire“ — „celui qu'il jouera toute sa vie dans les querelles européennes, trafiquant de son génie et de ses armes comme un commerçant de ses capitaux"²⁹⁾. Der alte und stets wiederkehrende Vorwurf gegen die politische Ideenlosigkeit Friedrichs und Preußens taucht hier in neuer politischer und geistiger Umgebung auf.

Das Maß der Verbindlichkeit sowie der Wirkungsgrad dieses Friedrich-

²⁶⁾ Ebenda S. 13.

²⁷⁾ Ebenda S. III.

²⁸⁾ Ebenda S. II.

²⁹⁾ Ebenda S. 45.

bildes im lesenden Frankreich sind schwer abzuschätzen; es darf jedoch mit Vorsicht gesagt werden, daß das Werk des Herzogs von Broglie, der Mitglied der französischen Akademie war, bezeichnend ist für die französische Auflehnung gegen die erfolgreiche nationale Geschichte des östlichen Nachbarn.

Die friderizianische Forschung der III. Republik wird von *Ernest Lavisse* repräsentiert. Er bearbeitet im Anschluß an Kosers „Kronprinzen“ Friedrichs Jugendgeschichte: „*La jeunesse du Grand Frédéric*“ erschien 1891, und zwei Jahre später: „*Le Grand Frédéric avant l'avènement*“. Im Vorwort zum ersten Bande bekennt er sein politisches Gegenwartsinteresse. Er schreibt nämlich, daß ihm bei seinen Forschungen zur Geschichte Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. das zeitgenössische Berlin gegenwärtig gewesen sei: „*La Prusse militaire et savante, le Berlin des casernes et des écoles, où l'université voisine avec l'arsenal, où la statue de Humboldt fait face à celle de Blücher, procèdent de Frédéric-Guillaume, le roi sergent, et du grand Frédéric, le roi philosophe; et les casernes, et l'université, et l'arsenal, et les statues de philosophes et de maréchaux s'élèvent autour et à l'ombre du palais du roi. Force singulière, faite de liberté dans la pensée et de discipline dans l'action, où les plus hardies conceptions naissent dans l'alignement, et y demeurent*“³⁰). Der französische Historiker möchte „dem unbestimmten Wesen“ = dem être, das Preußen heißt und durch welches Frankreich besiegt wurde, auf den Grund gehen. Die politische Aktualität, die sich ihm bei seiner Arbeit aufdrängt, ist jedoch nicht derart, daß sie die wissenschaftlich begründete Urteilsbildung aufhebe. Lavisse hat vornehmlich die *Correspondance politique* in den Archiven des französischen Auswärtigen Amtes für die Jahre von 1725 bis 1740 benutzt und den Inhalt der Gespräche des Kronprinzen mit dem französischen Gesandten Chétardie im Jahre 1734 erstmals bekanntgemacht. Er beherrscht die historische Methode meisterhaft und anders als der Herzog von Broglie. Der Aktenfund von Lavisse ermöglichte den 1917 erschienenen Aufsatz von G. B. Volz über „Die Krisis in der Jugend Friedrichs des Großen“, der in der friderizianischen Geschichtsschreibung einen wichtigen Platz einnimmt. So wie Ranke bei seinen Arbeiten von den Gesandtenberichten Valoris ausgegangen war, so bildeten für Ernest Lavisse diejenigen des Vorgängers La Chétardie einen quellenkritischen Ausgangspunkt. Auf diese wissenschaftsgeschichtlichen Beziehungen soll

³⁰) E. Lavisse, *La jeunesse* . . S. VII; auch Broglie schrieb: „*Une armée et une académie mises sur le même pied le même jour pour servir la même politique, c'est Frédéric tout entier* (Broglie, I, S. 43).

im Vorübergehen deshalb hingewiesen werden, weil an ihnen der Grad einer europäischen Wechselseitigkeit auch im Bereich der neueren Geschichtsschreibung sichtbar zu werden vermag. Bei einem Historiker von Rang wie Lavissee wird der Anteil des nationalen Ressentiments am Urteil zurückgedrängt, ohne allerdings je zu verschwinden^{30a)}). Selbst über einen Gegenstand wie Friedrich den Großen scheint am Ausgang des Jahrhunderts ein wissenschaftliches Gespräch möglich zu werden — auch dies vielleicht ein Beitrag zum europäischen Sicherheitsgefühl im geistigen Bezirk vor 1914. Man muß sich hüten, die Linien zu grob zu zeichnen. Die offizielle internationale Wissenschaft, die sich derselben historischen Methoden bedient und aus den gleichen Quellen schöpft, bemüht sich nicht ohne Erfolg, die Beimischung der zeitgenössischen nationalen Erfahrungen und Gefühle zu reduzieren und ein Bild des Königs von einigermaßen ähnlichen Zügen zu zeichnen. Es gelingt nur zum Teil. Die Erinnerung an Sedan und an Elsaß-Lothringen läßt sich auch bei Lavissee nicht verdrängen. Wenn er den berühmten Brief des Kronprinzen vom Februar 1731 an Natzmer liest, in dem die für Preußen wünschenswerten Eroberungen aufgezählt werden, glaubt er „Bismarck oder Wilhelm I. sprechen zu hören“. Lavissee führt die spezifisch preußische Lehre der „politischen Notwendigkeiten“ gewisser Eroberungen mit nachfolgender Unterstützung durch „Rechtsgründe“ auf Friedrich zurück. Er habe sie zuerst angewandt und andere nach ihm.

Noch mehr als Lavissee scheint der weniger bekannte *Paul-Dubois* ein Zeichen dafür zu sein, wie um die Jahrhundertwende eine europäische historische Literatur erwuchs, die trotz eines Restes nationaler Befangenheit vor einem Thema wie Friedrich dem Großen in sich doch weitgehend einheitlich wurde³¹⁾). Paul-Dubois gibt hauptsächlich eine Studie der Persönlichkeit Friedrichs; weniger befaßt er sich mit den Details seiner Politik. Ihm ist Friedrich nicht nur „le grand prussien par excellence“, als welchen ihn schon Joseph de Maistre apostrophiert hatte, sondern zugleich auch „le grand homme“ — eine Charakterisierung, die de Maistre nicht zugestehen wollte. Seine Sprache erhebt sich oftmals zu lyrischem Schwunge, wenn er die Größenordnung Friedrichs zu bestimmen versucht und ihn nennt: „une des plus grandes figures d'hommes d'action, de

^{30a)} Lavissee' Unbefangenheit gegenüber der eigenen nationalen Vergangenheit bekundet sich in der folgenden Kennzeichnung der französischen Politik nach dem Westfälischen Frieden: „C'est comme garante de cette paix, comme protectrice de cette liberté (germanique), que la France a maintenu l'anarchie en Allemagne pour assurer sa tranquillité à elle-meme et sa prééminence en Europe“ (La jeunesse, S. 88).

³¹⁾ L. Paul-Dubois, *Frédéric le Grand d'après sa correspondance*, Paris 1903.

politiques, de conducteurs d'hommes, qu'aient connues les temps modernes“, oder ihn gar zählt zu den „demi-dieux de l'humanité“³²⁾. Am größten findet Dubois Friedrich unter den Schicksalsschlägen des Siebenjährigen Krieges, „sous les coups de la fortune“³³⁾, als er seine Seele lehrte „a devenir patiente et tranquille“. Es seien, so schließt seine Untersuchung, die sich gerade auch für die befremdlichen Züge in Friedrichs Charakter interessiert, „ces heures-là, qu'on trouve en lui de cette rare grandeur qui élève l'homme au-dessus de l'humanité, et c'est à ces heures-là, qu'on peut chercher avec les historiens d'outre Rhin, dans Frédéric le Grand, le plus grand Frédéric“³⁴⁾. Hier wird in der französischen Auseinandersetzung mit Friedrich ein Punkt erreicht, wo über die gemeinsame wissenschaftliche Bemühung hinaus noch einmal fast ein Zusammenklingen der französischen und der deutschen Bewunderung vor dem großen Manne für denkbar und wünschenswert gehalten wird. An solchen Stellen erscheint Dubois' Stimme wie ein Nachhall von Michelet. Und doch ist es nicht mehr dessen naive Bewunderung. Das Friedrichsbild hat in Sedan ja seinen Glanz eingebüßt. So schreibt auch Dubois: „Le grand Frédéric, en travaillant pour la Prusse, travaille ainsi, sans en avoir conscience, pour l'avenir et la construction de l'Allemagne“, und fügt resigniert hinzu: „L'Allemagne dès lors marche dans une direction nouvelle, et ce n'est qu'à Sadowa — il faut, hélas! ajouter: à Sedan — que se dénouera la pièce dont le premier acte s'est joué à Mollwitz“³⁵⁾.

Indem wir in den deutschen Kulturbereich zurückkehren, stellen wir fest: Der schwerste und folgenreichste Angriff gegen das historische Friedrichsbild erfolgte gar nicht von der Geschichtswissenschaft des Auslandes, wenn von Macaulays Plädoyer der fünfziger Jahre abgesehen wird, sondern in den sechziger Jahren von einem deutschen, und zwar welfischen Historiker. Das Werk über Friedrich II. von *Onno Klopp*³⁶⁾ ist an wissenschaftlichem Rang in keiner Weise mit den bislang erwähnten vergleichbar, und doch scheint von demselben eine größere politische Wirkung auszugehen als von jenen. Dieser Sachverhalt läßt den geringeren Wirkungsgrad gelehrter Forschung erkennen. Die vornehmlich in der Gegenwart angewandten Argumente gegen das historische Preußen und besonders gegen

³²⁾ Ebenda S. 4.

³³⁾ Ebenda S. 327.

³⁴⁾ Ebenda S. 327 f.

³⁵⁾ Ebenda S. 128.

³⁶⁾ O. Klopp, *Der König Friedrich II. von Preußen und die deutsche Nation*, Schaffhausen 1860, 2. Auflage 1867.

Friedrich den Großen scheinen alle aus der Werkstatt Klopps zu stammen; sie finden sich jedenfalls bereits auf den 600 Seiten seines Buches über „Friedrich II. und die deutsche Nation“, das 1867 in zweiter, sehr veränderter Auflage erschien mit einem neuen Schlußkapitel, in welchem die preußische Politik des sogenannten „Fridericianismus“ bis zur Gegenwart hin verfolgt wird. Unter dem merkwürdigen Begriffe des Fridericianismus faßt Klopp die gesamte preußische Geschichte seit 1740 zusammen. Er definiert ihn folgendermaßen: „Es ist nach außen das Streben der Eroberung, welches keine Grenze findet an einem moralischen Wollen, sondern lediglich an dem physischen Können. Es ist nach innen das Prinzip des militärischen Absolutismus, als der steten Bereitschaft zum Eroberungskriege. Es ist endlich nach beiden Seiten hin dasjenige der Täuschung über den eigentlichen Zweck und der Verhüllung desselben durch das Vorgeben anderer Bestrebungen, die geeignet sind oder scheinen, die Popularität wenigstens derjenigen Menschen zu erwerben, welche die Dinge leichthin an der Oberfläche zu betrachten pflegen³⁷⁾.“ Dieses System wurzele in der Person Friedrichs II. und habe in und mit derselben sogleich eine hohe Stufe der Vollendung erreicht, obwohl es nach mehr als einer Seite noch der Verfeinerung fähig sei³⁸⁾. „Fridericianismus“ ist also gewissermaßen ein politischer Giftstoff, der von Friedrich II. dem preußischen Staate injiziert und ihn und seine Geschichte dauernd krank gemacht hat. Dieser Giftstoff ist dauernd virulent. Es gibt Stadien des akuten und des latenten Fridericianismus; durch letztere wird die Welt über den wahren Charakter Preußens, der sich gleich bleibt, leicht getäuscht. Der Bazillus des Fridericianismus macht die preußische politische Entwicklung zu einer Krankheits- und Kriminalgeschichte. Sie ist beides zugleich. Das Jahr 1740 mit dem Überfall auf Schlesien ist der erste Ausbruch dieser Krankheit. Die Tat Friedrichs II. ist die fruchtbare Saat nicht eines Krieges, sondern einer langen Kette von Kriegen geworden, deren Ende in der Gegenwart des Schreibers noch ganz unabsehbar sei. Der Erste Schlesische Krieg habe einen Typus ausgebildet, der musterhaft geworden sei für alle Kriege, die Preußen führte. Der Siebenjährige Krieg ist nach dieser Auffassung verständlicherweise ein Offensiv- und kein Verteidigungskrieg.

Es handelt sich bei dieser Darstellung um den leidenschaftlichen Protest gegen die idealisierende Auffassung der preußischen Historiker. Während bei dem charakteristischsten Vertreter der preußischen Schule, bei Droysen, die preußische Politik der Träger oder der Motor der deutschen Idee war,

³⁷⁾ Ebenda S. 541 (2. Auflage).

³⁸⁾ Ebenda.

die höchstens einmal zurücktrat bzw. weniger sichtbar wurde, zeichnet sich bei Klopp diese Politik durch die dauernde Abwesenheit der sogenannten deutschen Idee aus. Dort ist sie der Träger alles Lichtes, hier fällt aller Schatten auf dieselbe. Handelt es sich nicht im Grunde um zwei innerlich ähnliche Vorstellungsweisen von der Vergangenheit? Über der Andeutung dieser innerlichen Verwandtschaft darf jedoch nicht der wissenschaftliche Rangunterschied zwischen Droysen und Klopp verwischt werden. Der erstere schöpfte aus der Fülle der von ihm mit neu erschlossenen Quellen; der andere schrieb seine Anklageschrift ohne diese Berührung mit den Quellen und ohne ihre Kontrolle, deren Wirksamkeit wir gerade auch bei Lavisso zu beobachten Gelegenheit hatten.

Gewiß war, wie in der neuesten englischen Studie über Friedrich den Großen von Gooch festgestellt wird, Klopps Anklage zu leidenschaftlich und zu blind, um „in der akademischen Welt“ ernstgenommen zu werden. Vielleicht identifiziert Gooch „academic world“ aber allzusehr mit den Kreisen der führenden kleindeutschen Historiker. In Wien, wo Klopp Geschichtslehrer beim Kronprinzen Franz Ferdinand wurde, sowie in den deutschen Mittelstaaten ist das Werk sicherlich ernstgenommen und vor allem durchaus willkommen geheißen worden. Größer ist aber die posthume Wirkung des Kloppschen Buches geworden.

Aus einer unerwarteten Richtung schien gegen Ende des Jahrhunderts eine Stimme zugunsten Friedrichs des Großen sich zu erheben. Wenn das Urteil von Konservativen und Liberalen hin und hergeschwankt war, so schienen die festeren Maßstäbe, deren sich die ökonomische Weltanschauung des Marxismus bediente, einer sachlichen und von Ressentiments scheinbar freien Beurteilung der friderizianischen Politik überraschend zugute zu kommen. Indem *Franz Mehring*³⁹⁾ ausschließlich auf ökonomische Weise das geschichtliche Tun und die historische Stellung Friedrichs zu erläutern versucht, gelangt er überraschend zu dessen Entlastung von jeglichem *persönlichen* Verschulden. In der Darstellung dieses sozialistischen Historikers wird aus der Anerkennung des Übergewichts der ökonomischen Lebensbedingungen über die geistigen und moralischen Motive der Sachverhalt gefolgert, daß der preußische König nicht etwa aus einer zu verurteilenden Ruhmsucht den Entschluß zur Eroberung Schlesiens faßte, sondern vielmehr aus den objektiven Gründen heraus, die in der Natur seines Staates zu suchen sind. Die auswärtige Politik des preußischen

³⁹⁾ F. Mehring, *Die Lessinglegende*, Stuttgart 1893.

Militärstaates war „von selbst gegeben“, und zwar auf Grund seiner ökonomischen Voraussetzungen, und „setzte sich gewissermaßen auch von selbst durch“⁴⁰⁾. In ökonomisch-materialistischer Beleuchtung erscheint Friedrich somit weder als „genialer“ noch als „gewissenloser“ Erobererkönig, sondern als Vollstrecker eines ökonomischen Auftrags. Die materialistische Betrachtungsweise schränkt bekanntermaßen den Wirkungsbereich der „großen Männer“ auf die Erkenntnis und Befolgung der gegebenen ökonomischen Gesetze ein. So stellt auch Mehring fest, daß „die großen Männer regelmäßig das größte Unheil anrichten, wenn sie anfangen, die ‚Geschichte zu machen‘“⁴¹⁾. Es ist erstaunlich, wie vielseitig und von welch verschiedener Herkunft die Argumente sein können, die die Vertreter von solchen geistigen und politischen Richtungen wie Konservatismus, Liberalismus und auch Sozialismus gegen den „Großen Mann“ vorzubringen pflegen, wenn sie ihn ablehnen. Am erstaunlichsten an diesem Phänomen ist jedoch, daß trotz aller Unterscheidungen des Vokabulars eine innere Ähnlichkeit in den Plädoyers, die aus so verschiedenem Geiste stammen, nachweisbar ist. Es läuft schließlich auf die gleiche Verurteilung des großen Mannes hinaus — der Friedrich der Große oder Bismarck heißen kann —, ob die Beweisführung nun jeweils auf die Vergewaltigung des „Volksgesistes“ konservativer oder liberaler Prägung bzw. des „Zeitgesistes“ oder ob sie auf die Verletzung der „ökonomischen Lebensbedingungen“ aufgebaut wird. Ideologische und materialistische Geschichtsbetrachtungen berühren sich leicht, sobald sie anonyme Faktoren in ihre Argumentation einführen. Vom sozialistischen Standpunkt Mehrings wird Friedrich dem Großen attestiert, daß „er im allgemeinen viel vernünftiger als seine Bewunderer war und daß er sich gar wohl in die ökonomischen Lebensbedingungen zu finden wußte, die ihm gegeben waren“⁴²⁾. Die historische Größe des Königs besteht nach dieser Auffassung darin, „daß er auch nicht einmal versuchte, wider den Stachel zu löcken, obgleich ihm nach Anlagen und Neigungen eine solche Versuchung unter allen preußischen Königen weitaus am nächsten lag“, und darin „wurde sein Anspruch auf historische Bedeutung oder — wenn denn einmal das Wort gebraucht werden soll — auf historische Größe“⁴³⁾. Nach Entzug der ihm von den bürgerlichen Historikern zugeschriebenen Einzigartigkeit wird Friedrich also in sozialistischem Sinn gleichsam rehabilitiert.

⁴⁰⁾ Ebenda S. 158.

⁴¹⁾ Ebenda S. 127.

⁴²⁾ Ebenda

⁴³⁾ Ebenda S. 108.

Das Friedrichsbild des historischen Materialismus sollte nach dem Anspruch Mehrings die schwankenden und wechselnden Auffassungen der bürgerlichen Historiker endgültig ersetzen. Dieser Historiker glaubte, durch exakte Anwendung des wissenschaftlichen Marxismus auf die preußische Geschichte den Streit um Friedrich den Großen beenden zu können. Es ist nun für den Wandel der historischen Ansichten in der Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung aufschlußreich, daß Mehring nicht nur bürgerliche Irrtümer über Friedrich den Großen, sondern auch den Irrtum eines geachteten sozialistischen Gesinnungsgenossen nachzuweisen hatte. Lassalle, den eine Witterung für historische Größen oftmals einen von seinen sozialistischen Mitkämpfern und Führern abweichenden Weg einschlagen ließ, mühte sich in einem 1858 geschriebenen Essay über Lessing ebenfalls um eine Deutung Friedrichs. Er glaubte an diesem König ein spezifisch revolutionäres Pathos entdecken zu können. Der Krieg um Schlesien war für ihn „kein Krieg im gewöhnlichen Sinne, in dem es sich nur um die gleichgültige Frage handelte, ob ein Landstrich diesem oder jenem Fürsten gehören solle, das war eine *Insurrektion*, welche der Marquis von Brandenburg, wie er am Hofe der Madame von Pompadour genannt wurde, gegen die Kaiserfamilie, gegen alle Formen und Überlieferungen des Deutschen Reiches, ja gegen den einmütigen Willen des europäischen Kontinents unternahm, eine Insurrektion, die er durchkämpfte wie ein echter, auf sich selbst gestellter Revolutionär, das Gift in der Tasche!“⁴⁴) Nur diese revolutionäre Bedeutung der Eroberung Schlesiens könne den Zauber erklären, den Friedrichs Persönlichkeit auf das übrige Deutschland ausgestrahlt habe. Als Lassalle im nächsten Jahr, 1859, mit einer temperamentvoll geschriebenen Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie“ in den publizistischen Kampf um Neutralität oder Kriegseintritt Preußens eingriff, beschwor er wieder den Geist Friedrichs des Großen. Er bediente sich der friderizianischen Erinnerung auf dieselbe Weise und in demselben Zusammenhang, in welchem es damals Männer wie Constantin Rössler und Ludwig Bamberger und später Georg Waldeck taten. Historische Mächte wie der preußische Staat und Friedrich der Große waren Lassalle allerdings mehr Mittel zu dem verborgenen Zweck des demokratischen und sozialistischen Einheitsstaates als selbständige und erlebte historische Gebilde. Trotzdem ist Lassalle nicht ohne ein echtes Gefühl für den Genius des preußischen Königs, von dessen begeisternder Wirkung auf seine Zeitgenossen er so

⁴⁴) F. Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, herausgegeben von E. Bernstein, 6. Band, Phil.-Literarische Streifzüge (1919), S. 161.

beredt spricht. Solche Gedanken über Preußen und Friedrich den Großen, die sich bei den preußischen Demokraten der fünfziger und sechziger Jahre durchaus mehrfach nachweisen lassen⁴⁵⁾, konnten vor Marx allerdings keine Billigung finden, und Lassalle hat sich vergeblich bemüht, Verständnis für seine literarischen Produkte bei dem Meister in London zu finden. Nicht die Gedankenblitze von Lassalle haben das Denken der deutschen Sozialisten erleuchtet, sondern die von Karl Marx begründete Internationale hat dem deutschen Sozialismus seinen festen Weg vorgeschrieben. Die Rolle, die Friedrich der Große im Denken Lassalles sowie auch in den politischen Überlegungen einer Reihe von Demokraten gespielt hat, vermag jedoch einen hohen geistesgeschichtlichen Reiz zu erwecken, der noch zunimmt, wenn man die Seltenheit des Namens dieses Königs in den Tagebüchern und Briefen der preußischen Konservativen wie z. B. der Gerlachs bedenkt.

Als Franz Mehring in der Lessing-Legende zu Beginn der neunziger Jahre die Geschichte des preußischen Staates nach Maßgabe der marxistischen Geschichtstheorie schrieb, war die SPD längst eine Partei von festem Bestande und starkem innerem Gefüge. Der Sieg der marxistischen Richtung schien endgültig entschieden, und so konnte der Historiker dieser Partei im überlegenen Gefühl der Macht und im Besitz der richtigen Theorie ruhig und versöhnlich der längst überwundenen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei gedenken und die ideologischen Irrtümer und Abweichungen Lassalles verstehen und entschuldigen. Er schrieb die großen Leistungen Lassalles „dem felsenfesten Glauben an die Macht der Idee als der obersten Lenkerin der menschlichen Geschicke“ zu, um dann fortzufahren: „Aber die ideologische Geschichtsauffassung selbst ist, in erster Reihe durch die Arbeiten von Marx, lange überholt worden, und vieles, was Lassalle aus ihr heraus dargelegt hat, bedarf der sachlichen Ergänzung und Richtigstellung⁴⁶⁾.“

Wenn man nach einem gleichzeitigen idealistischen Gegenbild zu Mehrings historisch-materialistischer Darstellung sucht, so bieten sich in starkem Kontrast die Arbeiten an, die *Wilhelm Dilthey* über die preußische Monarchie des 18. Jahrhunderts verfaßt hat⁴⁷⁾. Wir treten bei Dilthey in einen anderen geistigen Raum. Der ökonomisch gebundenen Person, die

⁴⁵⁾ Vergleiche für den angedeuteten Zusammenhang auch die Untersuchungen von Fr. Kapp, *Friedr. der Große und die Vereinigten Staaten von Amerika*. Leipzig 1871.

⁴⁶⁾ Ebenda S. 66.

⁴⁷⁾ W. Dilthey, *Gesammelte Schriften*, 3. Band, *Studien zur Geschichte des deutschen Geistes*, 2. Auflage 1942, herausgegeben von P. Ritter; derselbe, 12. Band, *Zur preußischen Geschichte*, 1936, herausgegeben von E. Weniger.

Träger eines Klassenbewußtseins ist, wird von Dilthey das Selbstbewußtsein der moralischen Autonomie des Menschen entgegengesetzt⁴⁸⁾. Die ökonomischen Veränderungen, die ehernen Gesetzen folgen, werden abgelöst von Wandlungen des Geistes. Dilthey läßt es sich angelegen sein nachzuweisen, daß der Geist der Aufklärung eine neue Stellung des Menschen gegenüber der Welt und der Gesellschaft begründet und entwickelt hat⁴⁹⁾. Während Mehring jeden Zusammenhang Friedrichs mit der Aufklärung leugnet, stellt Dilthey den König mitten hinein in den Zusammenhang mit dieser geistigen Bewegung des 18. Jahrhunderts. Der preußische Militär-, Kultur- und Rechtsstaat scheint ihm als ideales Produkt aus „einer inneren Verwandtschaft zwischen den Tendenzen dieser gewaltigen Kulturbewegung und dem Lebensideal des großen Königs“⁵⁰⁾ hervorgegangen zu sein. Diltheys Untersuchungen über den friderizianischen Staat, die eine ältere Reihe von Jugendarbeiten über die Reformzeit fortsetzen, sind entstanden aus dem äußeren Anlaß des Erscheinens von Harnacks „Geschichte der preußischen Akademie der Wissenschaften“. Sie kulminieren im Aufsatz über „Das allgemeine Landrecht“⁵¹⁾, der tiefe historische Einsichten in brillanten Formulierungen enthält. Es ist gewiß, daß Dilthey eher ein ideales als ein reales Bild von der friderizianischen Monarchie zeichnet, indem er unbedenklich und allzu optimistisch eine Gleichung zwischen den Ideen der Aufklärung, wie sie in der Akademie vertreten wurden, und der alltäglichen Staatspraxis zieht. Seine feinsinnige Analyse der geistigen Grundlagen erfaßt überhaupt nicht das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis, das dann das große Thema Meineckes werden wird. Wenn aus dem Zusammenhang einer begrifflichen Analyse der Aufklärung mit einer geschichtlichen Untersuchung vornehmlich der friderizianischen Akademie ein höchst ideales Bild der preußischen Monarchie entsteht, so bekundet sich darin unverkennbar ebenso ein politisches Zeitgefühl wie vor allem auch ein politisches Wunschbild des Schreibers um die Jahrhundertwende. Daß dieses politische Gegenwartsgefühl vom Zweifel an den Fortbestand der Monarchie schon erschüttert war, zeigt der von düsteren Zukunftsaussichten erfüllte Briefwechsel mit dem Grafen York von Wartenburg. Dilthey ist tief erfüllt von der politischen und moralischen Überlegenheit der gesetzlichen Monarchie. Es kommt ihm darauf an, den politisch-propädeutischen Sinn des

⁴⁸⁾ Dilthey, 3. Band, S. 86.

⁴⁹⁾ Ebenda S. 89.

⁵⁰⁾ Ebenda S. 134.

⁵¹⁾ W. Dilthey, Gesammelte Schriften, 12. Band, S. 131 ff.

friderizianischen Königtums sichtbar zu machen. Der Herausgeber der Studien, Paul Ritter, hat im Geiste Diltheys zum besseren Verständnis richtig die Sätze eingefügt: „König Friedrichs Leben und Wirken ist für seinen Staat und sein Volk das Erbe geworden, aus welchem historisches und politisches Verständnis und damit der Glaube an die von königlichem Pflichtbewußtsein getragene Monarchie sich genährt haben bis auf diesen Tag“⁵²⁾. Der leidenschaftliche Gefühlsanteil, den der Schreiber an seinem Helden und an dessen Werk nimmt, wird von ihm kaum unterdrückt. „Sonnenglanz“ liegt für ihn über der Zeit, die er beschreibt, und er bekennet: „— etwas wie stiller Neid bleibt als Bodensatz jeder historischen Analyse zurück; es war doch eine glückliche Zeit“. Wenn es auch Worte Hertzbergs sind, daß „der Staat Friedrichs des Großen, nicht derjenige Rousseaus und der neuen französischen Gesetzgeber, der moderne Staat, der wahre philosophische Staat ist“⁵³⁾, so schwingen in diesen von Dilthey nur zitierten Worten doch seine eigenen politischen Gedanken und Wünsche mit — auch wenn und gerade während ihn schwere Sorgen um die historische Dauerhaftigkeit der monarchischen Idee erfüllen. Seine Interpretation der philosophischen Bildung der friderizianischen Akademie ringt letzten Endes um eine Vergeistigung des preußischen Staates, und zwar nicht nur des Staates Friedrichs, sondern des historischen preußischen Staates des letzten Jahrhunderts. Es ist das eigentliche und mit großem Scharfsinn durchgeführte Anliegen Diltheys, den Nachweis zu führen, daß eine innere Entwicklungslinie vom friderizianischen Absolutismus zum Konstitutionalismus führe. Die Rechtsidee habe im Zeitalter der Aufklärung eine Selbständigkeit gewonnen, „welche nun den Fortgang zur Idee des Rechtsstaates möglich machte“⁵⁴⁾. So bezeichnet das Landrecht genau den Punkt, an welchem „die natürliche Selbstüberwindung des Absolutismus“⁵⁵⁾ besonders deutlich werde. Es nimmt im ununterbrochenen Gange des modernen Geistes zur Freiheit — „dessen Führer im 18. Jahrhundert der große König gewesen ist“⁵⁶⁾ — eine bedeutungsvolle Stellung ein. Ja, die Enttäuschung an der gegenwärtigen preußischen Politik, der Schul- und Kirchenpolitik, veranlaßt ihn einmal zu der resignierten Feststellung, daß „Friedrich darin moderner war als das gegenwärtige Preußen“⁵⁷⁾.

⁵²⁾ Ebenda S. 182.

⁵³⁾ Ebenda S. 196.

⁵⁴⁾ Ebenda S. 158.

⁵⁵⁾ Ebenda.

⁵⁶⁾ Ebenda S. 171.

⁵⁷⁾ Ebenda S. 198.

Wenn man für einen Augenblick versuchen wollte, ohne Rücksicht auf die Unterschiede des geistigen Ranges sowie des wissenschaftlichen Niveaus die Untersuchungen Mehrings und Diltheys zu vergleichen und das spezifisch Trennende herauszufinden, so müßte man auf ihren entgegengesetzten weltanschaulichen Standpunkt hinweisen. Der Marxist Mehring zweifelt nicht daran, „daß die geistigen Lebensformen durch die materiellen Lebensverhältnisse bestimmt werden“⁵⁸⁾. Deshalb untersucht er die ökonomischen Grundlagen der friderizianischen Monarchie und verliert kein Wort über das System des Naturrechts. Der Geisteshistoriker Dilthey glaubt so sicher an die geschichtsbildende Kraft des Geistes, daß er schreibt: „nicht sein geschichtliches Schicksal, sondern sein Wille, und zwar der einmütige Wille des Königs und seiner in der Aufklärung erwachsenen höchsten Beamten, hat die Aufgabe dieses Staates realisiert“⁵⁹⁾. Etwas Persönliches kommt noch bei Beiden hinzu. Wenn auch Mehring nach den objektiven Maßstäben des historischen Materialismus den Aufstieg Preußens zu beschreiben gedachte und auf diesem Wege zu vereinzelt erstaunlichen Entlastungen des Königs — die aber zugleich auch Verkleinerungen waren — kam, so konnte er doch nicht Haß und Feindschaft gegen diesen Staat verleugnen. In Diltheys Untersuchungen dagegen schwingen unverkennbar die innerliche Teilnahme und vor allem auch die Sorge um diesen Staat mit, über den schon der 28jährige geschrieben hatte: „Aber wenn der Idealismus, welcher in der Intelligenz überall den ersten bestimmenden Faktor alles Geschehens sucht, echt deutsch ist, dann muß wohl ganz Deutschland auf die Geschichte eines Staates stolz sein, der durch rein geistige Energie zweimal in entscheidenden Kämpfen um seine Existenz neu gegründet worden ist, dessen Stellung nach seiner Lage und Ausdehnung auf seiner geistigen Spannkraft beruht, nicht auf Naturverhältnissen. Diese Energie des Geistes, der seiner Herrschaft gewiß ist, ist zugleich der Ursprung der Größe Preußens und der Charakter der deutschen Nation“⁶⁰⁾. In dem leuchtenden Bilde der friderizianischen Monarchie steckt aber unverkennbar eine von der hohen Warte des Geisteshistorikers aus geschriebene Kritik an dem Preußen von 1900.

Das eigentümliche geistesgeschichtliche Niveau von Diltheys Studien über das friderizianische Preußen enthielt in sich schon die Schranke einer breiteren Wirkung, von der weder in der Friedrichforschung noch gar in der publizistischen Literatur etwas zu spüren ist.

⁵⁸⁾ Mehring, S. 154.

⁵⁹⁾ Dilthey, 12. Band, S. 146.

⁶⁰⁾ Zitiert nach E. Weniger, 12. Band, S. 8.

Je mehr die Vergangenheit für das Unglück der Gegenwart haftbar gemacht wurde, desto mehr setzte sich das von Onno Klopp mit groben Strichen gezeichnete Friedrichsbild durch. Je mehr das Bild der Vergangenheit in den Dienst politischer Ziele gestellt wurde, je mehr sich die Politik historischer Argumentationen bediente, desto größer wurde das Bedürfnis nach einer historischen Figur, von der sich der politische Irrweg eines Jahrhunderts ableiten ließ. Aus dem idealen Friedrich dem Großen, an dessen Idealisierung die ausländischen Historiker nicht weniger Anteil als die deutschen gehabt hatten, wurde am Ende Friedrich II., der eine feste Tradition gewissenloser Eroberungspolitik begründet hatte, die angeblich geradlinig in die Katastrophe zweier Weltkriege führte.

Der von Klopp im Vorwort von 1867 ausgesprochene Gedanke, daß die Politik des Staates der Hohenzollern niemals etwas anderes wollen könne als das Wachstum um jeden Preis — dieser Gedanke findet sich ähnlich wieder in dem Memorandum von Sir Eyre Crowe vom 1. Januar 1907, das zum Umlauf im Foreign Office bestimmt war und die maßgeblichen britischen Ansichten vom Charakter der preußischen Geschichte und von der bestimmenden Rolle Friedrichs II. beeinflusste. Die in diesem Memorandum enthaltene Interpretation der deutschen Geschichte hat bekanntermaßen in der ideologischen Begründung der deutschen Schuld am Ausbruch des ersten Weltkrieges ein wichtiges Beweisstück gebildet. —

Die deutsche Niederlage im Jahre 1918 bedeutet keine Wende in der Geschichte des Friedrichbildes. Die panegyrische wird ebenso wie die polemische Literatur fortgesetzt. Daneben wächst die friderizianische Forschung ruhig weiter, bis sie im Jahre 1938 mit dem 46. Bande der Politischen Korrespondenz das Jahr 1782 erreicht hat.

Im Bereich der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit wird ein großer Fortschritt in der Ergründung des friderizianischen Phänomens auf geistesgeschichtlichem Felde gewonnen. *Friedrich Meineckes* meisterhafte Studie über Friedrich den Großen⁶¹⁾, die eine geistig-seelisch-geschichtliche Aufschlüsselung der Persönlichkeit des Königs darstellt, führt aus dem Bezirk überlieferter politischer Gegensätze heraus auf einen Gipfel geistesgeschichtlicher Forschung. Meinecke stellt Persönlichkeit und Werk des Königs in den universalgeschichtlich bedeutsamen Zusammenhang der Auseinandersetzung zwischen der Idee der Staatsräson und dem Geist der Aufklärung. Wenn Dilthey sicherlich allzu einseitig zeigen wollte, wie dieser Geist den friderizianischen Staat in-

⁶¹⁾ F. Meinecke, Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, 1. Auflage 1924.

spirierte und ausgefüllt hatte, so ließ es sich Meinecke anlegen sein, das Doppelleben Friedrichs zwischen Idee und Wirklichkeit zu enthüllen. Die Meineckesche Kunst, die geschichtlichen Gebilde bis in die feinsten Verästelungen ihrer Entstehung und Entwicklung zu verfolgen, bewährt sich an Friedrich in vollem Maße. Das Widerspruchsvolle am König, das stets der eigentliche Anlaß zu den entgegengesetztesten Deutungen und zu so mannigfachen Mißverständnissen war, wird hier zum Gegenstand selbst der Untersuchung gemacht. Meinecke beschreibt das interessante und problematische Schauspiel einer Auseinandersetzung zwischen zwei heterogenen Staatsgedanken in der einen Persönlichkeit des Königs. Er untersucht das Problem, das in dieser Auseinandersetzung liegt, am individuellen Fall Friedrichs und findet es wieder in der allgemeinen Geschichte, von welcher gleichsam Licht zurückfällt auf das Einzelindividuum. Meineckes Werk ist entstanden in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, es wurzelt in einem durch zeitgenössisches Erleben geschärften Mißtrauen gegen die gefährlichen Anlagen und Möglichkeiten der Staatsräson, die einmal in Friedrich dem Großen kulminierte hatte. Das Mißtrauen wird aber ergänzt von einem tiefen und reinen historischen Sinne. Unter dieser doppelten Voraussetzung erfolgt Meineckes Auseinandersetzung mit dem Denken und mit dem Handeln des Königs. Es darf mit Fug gesagt werden, daß in dem bedeutungsvollen Zusammenhang, in welchem Friedrich hier behandelt wird, ein helles Licht über bislang dunkle Bezirke dieses historischen Phänomens fällt. Die von Meinecke gewonnenen geistig-seelischen Einsichten führen tiefer in das Wesen dieser rätselhaften historischen Erscheinung hinein, als es jemals der friderizianischen Forschung gelungen war. Es scheint, als ob sich auf Grund solcher Einsichten, die eine reife Frucht des deutschen Historismus enthalten, ein Gesamtbild Friedrichs des Großen gewinnen lassen könnte, aus welchem alle dem Zeitgefühl der jeweiligen Gegenwart entstammenden Züge endlich ausgetilgt wären.

Der Versuch, die Geschichte des Friedrichbildes bis an die Schwelle unserer Gegenwart zu verfolgen, darf nicht an dem eigentümlichen Versuch vorbeigehen, den *Heinrich von Srbik* im ersten Band der *Deutschen Einheit* unternommen hat⁶²). Das Werk gehört nach Geist und Anlage weniger in die Zeit nach 1933 als vielmehr nach 1918, als die alten Gegensätze zwischen großdeutsch und kleindeutsch inhaltlos geworden waren und vergebliche Ansätze zu einer politischen und wirtschaftlichen Ver-

⁶²) H. von Srbik, *Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz*, Band I, München 1935.

einigung der deutschen und der österreichischen Republik gemacht wurden. Die Bemühungen um einen Ausgleich heterogener nationaler Geschichtsbilder haben bei Srbik einen hohen wissenschaftlichen Ausdruck gefunden. Die Frage, ob er den Anspruch einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung erfüllt, muß in dem begrenzten Zusammenhang dieser Untersuchung offenbleiben.

Sein Urteil über Friedrich den Großen ist seltsam vieldeutig und deshalb aufschlußreich für die schwierige Situation, in der sich ein österreichischer Historiker von höchstem wissenschaftlichem Rang und gesamtdeutscher Zielsetzung gegenüber einer Gestalt wie Friedrich von Preußen befindet. Das hohe Niveau der Darstellung trennt Srbik von allen übrigen Kritikern des Königs im alten großdeutschen Lager. Im unverkennbaren Drange, auch fremdartigen historischen Erscheinungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, tastet sich Srbik an das Wesen des Königs heran. Es sind eine Reihe schwerer politischer Vorwürfe, die gegen Friedrich erhoben werden und die um so schwerer wiegen, als sie sich mit einer erstaunlichen Würdigung der Persönlichkeit des Königs verbinden. Eine geradezu kunstvolle Verteilung von Licht und Schatten liegt über diesem Friedrichsbilde, und es ist nicht leicht, die Umrisse der Erscheinung festzuhalten. Es würde einfach sein, durch einen Vergleich der beiden Bilder, die Srbik von dem großen feindlichen Paar der deutschen Geschichte im 18. Jahrhundert, von Friedrich und Maria Theresia, zeichnet, zu zeigen, wie sehr seine Liebe und Hingabe der österreichischen Seite der deutschen Geschichte gewidmet sind und wie er darum ringt, Preußen historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es duldet jedoch keinen Zweifel, daß der Ausgleich zwischen preußischer und österreichischer Historie durch Srbiks redliches Bemühen im ersten Band der „Deutschen Einheit“ eine große Förderung erfahren hat. Die Gegensätze, die bleiben, zeigen, daß dieser Ausgleich nie vollkommen durchführbar sein wird. In der Geschichte des Friedrichsbildes wird Srbiks Versuch stets eine historiographische und auch geistig-politische Bedeutung von besonderer Art behalten.

Es war den Bemühungen der deutschen und ausländischen Geschichtswissenschaft gelungen, die ideologische Offensive des Auslandes gegen die neuere deutsche Geschichte abzuwehren. — Der Weg der deutschen Geschichte von 1933 in die Katastrophe von 1945 hat bekanntermaßen zu einer neuen und noch stärkeren Offensive geführt. Die Argumente von Klopp schienen stichhaltig, die von ihm 1867 gezeichnete Linie schien sich tatsächlich fortzusetzen.

Wenn das „Dritte Reich“ auch am 21. März 1933, dem sogenannten „Tage von Potsdam“, von den Glocken der Garnisonkirche eingeläutet wurde, so hat sich das Bild Friedrichs des Großen einer eigentlichen nationalsozialistischen Bearbeitung bzw. Überarbeitung doch entzogen. Es erwies sich spröder als manches andere historische Bildnis, das wie z. B. dasjenige des Prinzen Eugen dem Bedürfnis der politischen Phantasie bzw. der politischen Romantik eher zu entsprechen schien. So ist es auch bezeichnend, daß die „Fridericiana“⁶³⁾ des Friedrichjahres 1936 auf dem von der historischen Wissenschaft gepflegten Boden der Friedrichforschung gewachsen sind.

Das gilt mehr noch von Ritters Biographie⁶⁴⁾ als von derjenigen Elzes⁶⁵⁾, die beide nebeneinander erschienen. Während es Elzes Anliegen ist, in der Form einer Gedenkschrift und mit Hilfe einer eigentümlichen Sprachgebung das dauernde Vorbild des friderizianischen Menschen- und Heldentums darzustellen, bezeichnet es Ritter als das pädagogische Ziel seiner aus öffentlichen Vorlesungen hervorgegangenen Biographie, „das historische Profil, das heißt den Umriß dessen, was von Friedrich fortwirkt in die Geschichte hinaus“⁶⁶⁾, anschaulich zu machen. Es darf wohl als ein Zeichen für die Kontinuität deutscher Geschichtsschreibung gelten, daß sich das von Ritter nach 1933 gezeichnete Friedrichbild aus jenen Zügen zusammensetzt, die in jahrzehntelanger Forschung zusammengetragen sind. In der so vollkommen veränderten politischen und geistigen Umwelt des „Dritten Reiches“ erwies dies Friedrichbild neue Frische und hohe Bedeutung. Indem Ritter den König in den historisch-politischen Rahmen des 18. Jahrhunderts fest einfügte, bewahrte er ihn gleichsam vor politischem Mißbrauch. Gegenüber der Heldenvergötzung seiner eigenen Gegenwart hob er mit Nachdruck die humanitären Züge in Friedrichs Staatsideal hervor. So wird der Gedanke der Toleranz scharf herausgearbeitet. Die Idee der Staatsräson, die in Friedrich vor Bismarck am reinsten verwirklicht ist, wird absichtsvoll interpretiert als Einsicht in die Begrenztheit der äußeren und inneren staatlichen Machtmittel. Ritter hat mit seinem Friedrichbuch gewiß die traditionelle preußisch-deutsche Geschichtsschreibung fortgesetzt, aber zugleich durch eine echte historische Besinnung auf die preußische Vergangenheit die nur scheinbare Anknüpfung des „Dritten Reiches“

⁶³⁾ Vergleiche S. A. Kaehler, „Fridericiana — neue Literatur zum Friedrichsjahr 1936“ in Göttinger Gelehrte Anzeigen, Juli 1937.

⁶⁴⁾ G. Ritter, Friedrich der Große — Ein historisches Profil, Leipzig 1936.

⁶⁵⁾ W. Elze, Friedrich der Große, Geistige Welt — Schicksal — Taten, Berlin 1936.

⁶⁶⁾ Vergleiche Ritter, Vorbemerkung.

an Preußen bloßgestellt. Wenn er das persönliche Bekenntnis ablegt: „So haben wir Frontsoldaten den Geist Friedrichs des Großen lebendig in uns fortwirken gespürt“⁶⁷⁾, dann steckt in seinen Worten ein verborgener Protest gegen das Reich Hitlers. Vielleicht kann dieser Sachverhalt nur von dem verstanden werden, der die befreiende Wirkung echter historischer Vorlesungen im „Dritten Reich“ an sich erfahren hat. Stärker als in dem sehr anfechtbaren Vergleich zwischen dem Einfall in Sachsen 1756 und dem Einmarsch in Belgien 1914 kommt das, was unter friderizianischem Geist vom Verfasser verstanden wird, in den Hinweisen auf die zur Zeit der Niederschrift in höchste Gefahr geratenen Werte der Toleranz, der Gedankenfreiheit und auch der Staatsräson zum Ausdruck. So ist es nicht ohne Belang, wenn Ritter den Philosophen der sittlichen Freiheit Kant zitiert, um die friderizianische Staatsanschauung seinen Hörern und Lesern einprägsam zu machen: „Daß der Staat nicht Moralität, sondern nur Legalität erzwingen könne“⁶⁸⁾.“ Von dieser Staatsgesinnung führt keine innere Verbindungslinie zum nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch auf das Denken und Fühlen der Menschen.

Wenn sich die deutsche Geschichtswissenschaft mit Erfolg gegen die Preisgabe Friedrichs des Großen an die NS-Ideologie wehrte, so vermochte sie doch nicht zu verhindern, daß das Ausland die historisch-politische Ascendenz des Nationalsozialismus im friderizianischen Preußen suchte. Der „Tag von Potsdam“ schien diese Verwandtschaft deutlich genug widerzuspiegeln. Die kurz hintereinander in England⁶⁹⁾ und Frankreich⁷⁰⁾ erschienenen Friedrichbiographien lassen sich beide nicht die Gelegenheit entgehen, des Staatsaktes in der Potsdamer Garnisonkirche zu gedenken, wo „Reichskanzler Hitler vor dem Sarge des Königs die Geburt des Dritten Reiches verkündet hatte“⁷¹⁾. Wenn das Friedrichsbild des gebildeten Frankreich verwandelt aus den politischen und militärischen Ereignissen von 1866 bis 1871 hervorgegangen war, so machte es im allgemeinen Bewußtsein der Zeitgenossen von 1933 bis 1945 eine noch tiefere Wandlung durch. Was in der antifriderizianischen Literatur mannigfacher Schattierungen ausgesprochen und versteckt angedeutet war, daß Friedrich von Preußen das politische Erbübel in die deutsche Geschichte eingeführt habe, das wurde durch den Verlauf und Ausgang des zweiten Weltkrieges zur siche-

⁶⁷⁾ Ebenda, S. 269.

⁶⁸⁾ Ebenda, S. 267.

⁶⁹⁾ F. J. P. Veale, *Frederick the Great, His Life and place in history*, 1935.

⁷⁰⁾ P. Gaxotte, *Frédéric II*, Paris 1938.

⁷¹⁾ Gaxotte, deutsche Übersetzung, Zürich, S. 499.

ren historisch-politischen Überzeugung weiter Kreise im Ausland und auch in Deutschland.

Je stärker und breiter die Erschütterung der historisch-politischen Urteilsbildung nach 1945 wurde, desto größere Bedeutung kommt der in dieser Zeit zuerst wieder erscheinenden wissenschaftlichen Darstellung der friderizianischen Probleme zu.

Es mag bedeutungsvoll sein, daß die erste Friedrichbiographie der Nachkriegszeit nicht aus deutscher, sondern aus angelsächsischer Feder stammt. *G. P. Gooch* übersieht das weite Feld der internationalen Friedrichforschung, und sein Bild des Königs entstammt einer gründlichen Kenntnis des Quellenreichtums sowie der Fülle der literarischen Darstellungen und Untersuchungen. In dieser jüngsten englischen Biographie, die aus einer Reihe von Aufsätzen entstanden ist, spiegelt sich gleichsam ein volles Jahrhundert friderizianischer Geschichtsforschung und -schreibung. Der Sachverhalt, daß sich Gooch in der vielschichtigen Problematik seines Gegenstandes so vollkommen auskennt, gibt seinem Urteil besonderes Gewicht. Das erregende Interesse jedoch, das sein Werk⁷²⁾ zu erwecken vermag, geht vornehmlich von jenem tiefen Einschlag aus, den das Erlebnis der Gegenwart in der Darstellung des Verfassers hinterlassen hat. An der Beschreibung der friderizianischen Politik und Kriegführung des 18. Jahrhunderts hat die Erinnerung an die jüngste Vergangenheit einen unverkennbaren Anteil. Wenn das Pendel in der Beurteilung Friedrichs im Laufe einer säkularen wissenschaftlichen Auseinandersetzung unter dem Eindruck zeitgeschichtlicher Erfahrungen und besonderer historiographischer Standpunkte zwischen Bewunderung und Verdammung hin und her schlug, so vollzieht sich nun dieser Pendelschlag gleichsam in ganz kurzen Stößen im historiographischen Bereich eines einzelnen Historikers. Es lassen sich bei Gooch ebenso Bekundungen von höchster Anerkennung wie von schärfster Ablehnung des Königs leicht nachweisen. Die Kompaßnadel seiner Geschichtsschreibung befindet sich in ständig wechselnder Richtung. Diese wechselvolle Beurteilung scheint nicht zuerst eine Folge der einmal anziehenden und dann wieder abstoßenden Persönlichkeit des Helden zu sein, sondern vielmehr ein Ergebnis der Vermischung politischer Erfahrungen und Stimmungen mit historischen Untersuchungen und Einsichten. Dem historischen Verständnis des friderizianischen Phänomens steht beim Verfasser gewissermaßen die doppelte Schwierigkeit des liberal-humanitären

⁷²⁾ Im folgenden wird zitiert nach der ausgezeichneten deutschen Übersetzung: „Friedrich der Große, Herrscher, Schriftsteller, Mensch“ von G. P. Gooch, deutsche Übersetzung von Kl. Dockhorn, Göttingen 1951.

Weltbildes sowie der soeben durchgemachten politischen Erfahrungen im Wege. Die Eroberung Schlesiens bietet die Veranlassung, an Friedrich den klassischen Fall des Aggressors, durch den „aggression“ populär geworden sei, zu demonstrieren. „Angreifer verlassen sich immer auf blitzartiges Zuschlagen⁷³⁾.“ Es ist nicht zu überhören, wie sehr in dieser zutreffenden Feststellung die Erinnerung an ein Stück erlebte Zeitgeschichte mitschwingt. Gooch befindet sich durchaus in der Nachfolge von Macaulay, in dessen Rhetorik er „sehr viel Wahrheit“ findet, wenn er Friedrichs Entschluß verurteilt, „einen Teil des nachbarlichen Weingartens zu stehlen“. Zwei sonst durch die Geistesbewegung des Historismus getrennte und so verschieden geartete Historiker wie Macaulay und Gooch treffen in ihrem Urteilsspruch vollkommen überein. Von Gooch stammt jene Bekundung, die eigentlich die Erkennungszeichen Macaulayscher Sprachgebung trägt: „Der Raub Schlesiens gehört zusammen mit der Teilung Polens zu den sensationellen Verbrechen der Neuzeit⁷⁴⁾.“ Und doch begnügt sich der Historiker Gooch nicht mit der Beschreibung und Charakteristik eines einfachen Kriminalfalls, dem etwa nur das egoistische Motiv der Ruhmsucht zugrunde gelegen hat, sondern entdeckt in diesem „Raube“ auch das objektivere Motiv des Staatsbedürfnisses. Ja, selbst der Anteil des Königs am „Verbrechen“ gegen Polen wird schließlich auf ein bescheidenes Maß beschränkt. Derselbe Historiker, der oftmals Friedrich allein für die Teilung haftbar zu machen scheint, weist darauf hin, daß der Gedanke der Teilung im 18. Jahrhundert „in der Luft“ lag⁷⁵⁾ und daß „es außerhalb Polens niemanden gab, der wirklich Anteil nahm“⁷⁶⁾. Er konstatiert eine gemeinsame Verantwortlichkeit der großen Mächte und schreibt dem König von Preußen ausdrücklich das realistische Bedürfnis zu, das Gleichgewicht der Kräfte durch eine Verteilung des polnischen Staatsgebietes zu erhalten. Die Hebung des materiellen Wohlstandes in Westpreußen wird als Teil des großen inneren Aufbauwerks beschrieben, das den König nach Ansicht seines englischen Biographen zu dem Titel „Friedrich der Große“ berechtigt⁷⁷⁾. Moralischer Vorwurf und historische Einsicht liegen unverbunden nebeneinander, wenn Gooch abschließend schreibt: „Er kennt auch keinerlei Gefühl der Scham wegen einer Politik, die seinem Lande eine wertvolle Provinz einverleibte, einen sonst unvermeidlichen Krieg

⁷³⁾ G. P. Gooch, Friedrich der Große, Herrscher, Schriftsteller, Mensch, Deutsche Übersetzung von Kl. Dockhorn, 1951, S. 19.

⁷⁴⁾ Ebenda S. 23.

⁷⁵⁾ Ebenda S. 85.

⁷⁶⁾ Ebenda S. 102.

⁷⁷⁾ Vergleiche auch S. 78.

zwischen den Nachbarn des Opfers abwendete und durch eine gerechte Gebietsverteilung das Gleichgewicht aufrechterhielt . . .⁷⁸⁾.

Der rastlosen Tätigkeit des Monarchen, der „sein hohes Amt als eine Pflegschaft ansah“⁷⁹⁾, wird vom Verfasser das Ziel zugeschrieben, daß „Preußen beides, ein Rechtsstaat und ein Kulturstaat, sein sollte“⁸⁰⁾. An diesem Punkte hat Gooch gleichsam die äußerste Grenze, bis zu welcher er dem König eine historische Würdigung zuteil werden lassen kann, erreicht. An dieser Stelle setzt seine politische Kritik ein, zu der die seltsame These gehört: „Kein einziger Herrscher der Neuzeit hatte weniger vom guten Europäer an sich als er“⁸¹⁾. „Er macht Friedrich den Vorwurf, „die politische Bildung seiner Untertanen völlig vernachlässigt“⁸²⁾ zu haben, und sieht das politische Gebrechen des preußischen Staates in „dieser starrsinnigen und kurzsichtigen Weigerung, mit seinem Volke die Verantwortlichkeit zu teilen“⁸³⁾. So wird das aufgeklärte und unter den Kontinentalstaaten des 18. Jahrhunderts fortschrittlichste System Friedrichs des Großen am konstitutionellen Ideal einer für den Kontinent erst anhebenden politischen Entwicklungsstufe gemessen. Gooch glaubt, von „der erstaunlichen Blindheit Friedrichs gegenüber der Möglichkeit von Alternativen“ sprechen zu dürfen, „wie sie die konstitutionelle Monarchie oder die volle Demokratie darstellen“⁸⁴⁾. „Friedrich war der größte Herrscher des Zeitalters der Aufklärung, aber ferne Horizonte waren jenseits seines Blickfeldes“⁸⁵⁾. Hier wird einer der Gründe, weshalb der englische Biograph zwischen Anerkennung und Verurteilung seines Helden schwankt, faßbar. Die Rücksicht auf ein politisches Ideal, mag dasselbe noch so wünschenswert sein, schränkt aber den historischen Charakter der Darstellung ein, wenn es z. B. heißt: „Das friderizianische System war besser als jede andere Regierung in Europa, mit Ausnahme der Länder, in denen konstitutionell regiert wurde, und es bildet das Zwischenglied zwischen dem Lehnstaat und dem modernen demokratischen Staat“⁸⁶⁾. Mit dieser historischen Einordnung, durch welche jene nach der deutschen Katastrophe von 1945 aufgestellte Ahnenreihe von Friedrich bis Hitler durch

⁷⁸⁾ Ebenda S. 359.

⁷⁹⁾ Ebenda S. 79.

⁸⁰⁾ Ebenda S. 153.

⁸¹⁾ Ebenda S. 36.

⁸²⁾ Ebenda.

⁸³⁾ Ebenda S. 123.

⁸⁴⁾ Ebenda S. 326.

⁸⁵⁾ Ebenda.

⁸⁶⁾ Ebenda S. 327.

einen so zuständigen Beurteiler wie G. P. Gooch abgelehnt wird, scheint das historische Phänomen Friedrichs von Preußen eher erfaßt zu sein als durch die folgende Bekundung: „In der Sphäre der hohen Politik hinterließ Friedrich die unheilvolle Tradition vom Vorteil der Angriffskriege, seiner Meinung nach gerechtfertigt durch die Lehre von der Staatsräson⁸⁷⁾.“ Der Angriffskrieg spielt in der Tat eine große Rolle auf einer frühen Entwicklungsstufe Friedrichs. Das politische Vermächtnis, das der König in seinen Staatsschriften hinterlassen hat, liegt gerade in der Begrenzung, die der Anwendung der Staatsmacht durch die Vernunft gesetzt ist. Wenn „die Idee des Angriffskrieges“ in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts eine Rolle gespielt hat, dann weniger in der Sphäre der amtlichen preußischen Politik als in der nationalen Publizistik der Liberalen und Demokraten. Sie haben allerdings oftmals an das Schwert Friedrichs des Großen erinnert, ohne jedoch die amtlichen Träger der preußischen Politik durch einen solchen Appell mitreißen zu können.

Friedrich erscheint in der jüngsten englischen Biographie in wechselnder Beleuchtung, ohne daß sich dadurch die Konturen seiner Gestalt auflösen. Der Biograph erhebt schwere Vorwürfe, deren politische Herkunft nicht unklar bleibt, und versäumt doch nicht, seinem Helden historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Der Historiker Gooch hat jedenfalls der historisch-politischen Urteilsbildung in unserer Gegenwart einen guten Dienst geleistet, indem er die europäische Gestalt Friedrichs des Großen den propagandistischen Verzerrungen und Vergrößerungen, wie sie politischen Leidenschaften und historischem Dilettantismus eigentümlich sind, entzog. Der Sachverhalt, daß auch sein Friedrichsbild noch die frischen Spuren des großen Kampfes zwischen Diktatur und Demokratie trägt, läßt erkennen, wie schwer und mühevoll eine Verständigung über ein historisch-politisches Thema wie Friedrich den Großen zwischen den Nationen ist. Gooch zeigt jedoch auch den Ausweg an. Je mehr Friedrich aus seiner Zeit und den Quellen, die er und seine Zeit enthalten, verstanden wird, desto leichter werden sich die historischen Beurteilungen einander nähern.

Sollte einmal der Versuch gewagt werden, aus der stets wechselnden Folge von Friedrichsbildern etwas wie eine historische Lehre zu abstrahieren, so könnte vielleicht mit Vorsicht angedeutet werden: Je ausgeglichener und je ausgewogener die politischen Gewichtsverhältnisse Europas im Bewußtsein der Zeitgenossen sind, desto größer wird die Fähigkeit, ein

⁸⁷⁾ Ebenda S. 123.

Bild Friedrichs von einigermaßen historischer Ähnlichkeit zu entwerfen. Je stärker das politische Sicherheitsgefühl erschüttert ist, desto geringer scheint das Vermögen zu sein, das historische Größenmaß des Königs zu erkennen. Das als Folge politischer Katastrophen auftretende Bedürfnis, einen einzelnen Menschen oder eine einzelne Ereignisreihe der Vergangenheit auszuwählen und für das erlittene Unglück verantwortlich zu machen, richtet sich vornehmlich auf Friedrich von Preußen. Er gehört in die Reihe der unsichtbar gegenwärtigen Gestalten im Wechsel der politischen Geschichte.

Verzeichnis der Veröffentlichungen von Hans Rothfels

(Zusammengestellt von Wolfgang Köllmann)

1918

1. Carl von Clausewitz, Politik und Krieg. Eine ideengeschichtliche Studie. Heidelberger Philosophische Dissertation vom 14. Februar 1918. Berlin (Dümmler) 1920; XII, 234 S.

1919

2. Eine Denkschrift Carls von Clausewitz aus den Jahren 1807/08. Preußische Jahrbücher, Band 178, S. 223—245.
3. Clausewitz über einen Besuch in Kassel. Hessenland, 33. Jahrgang, S. 161.
4. Das Problem des demokratischen Heeres. Die Hilfe, Jahrgang 1919, S. 254.
5. Äußere und innere Politik. Die Hilfe, Jahrgang 1919, S. 128.
6. Otto Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Historische Bibliothek, Band 41. München und Berlin 1919. Preußische Jahrbücher, Band 178, S. 484—488.

1920

7. Ein Brief von Clausewitz an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus dem Jahre 1812. Historische Zeitschrift, Band 121, S. 282—286.
8. Max Lenz, Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, 4 Bände, Halle 1910—1918. Historische Zeitschrift, Band 121, S. 482—487.

1921

9. Zur Bismarck-Krise von 1890. Historische Zeitschrift, Band 123, S. 267—296.
10. Der junge Engels. Das neue Deutschland, Heft 9.

1922

11. Carl von Clausewitz, Politische Schriften und Briefe, herausgegeben von Hans Rothfels, München 1922.
12. Marxismus und auswärtige Politik. In: Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Partei- und Ideengeschichte. Festschrift für Friedrich Meinecke. München 1922.
13. Zur Geschichte des Rückversicherungsvertrages. Preußische Jahrbücher, Band 187, S. 265—292.
14. Die erste diplomatische Aktion zugunsten des internationalen Arbeiterschutzes. Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Jahrgang 16, S. 70—87.
15. Bismarck und Rußland. Vossische Zeitung, 29. April 1922.
16. Nach dem Frankfurter Frieden. Vossische Zeitung, 15. Juli 1922.
17. Die Kriegsgefahr von 1875. Vossische Zeitung, Jahrgang 1922, 15. September 1922.
18. Bismarcks Dardanellenformel. Vossische Zeitung, Jahrgang 1922, 26. September 1922.

1923

19. Bismarcks Sturz als Forschungsproblem. Preußische Jahrbücher, Band 191, S. 1—29.
20. Die Denkwürdigkeiten Waldersees. Herausgegeben von H. O. Meisner, 2 Bände, Stuttgart und Berlin 1922. Preußische Jahrbücher, Band 193, S. 323—331.
21. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages. Vossische Zeitung, 13. Dezember 1923.

1924

22. Bismarcks englische Bündnispolitik. Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1924, 144 S.
23. Lassalle und die Gräfin Hatzfeld. Preußische Jahrbücher, Band 198, S. 185—192.
24. Richelieus militärisches Testament. Historische Zeitschrift, Band 129, S. 233—251.
25. Zwei strategische Briefe von Clausewitz. Wissen und Wehr, Band 4, S. 159—178.
26. Bismarcks Staatsanschauung. Archiv für Politik und Geschichte, Band 2, S. 119—134.
27. Das Problem der „Schuldfrage“ und der „Neue Kurs“. Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Band 2, S. 196—199.
28. Der Helgoland- und Sansibar-Vertrag. Vossische Zeitung, Jahrgang 1924, 24. Jan. 1924.
29. Shimonoseki. Vossische Zeitung, Jahrgang 1924, 30. April 1924.
30. Das Rätsel der Krügerdepesche. Vossische Zeitung, Jahrgang 1924, 6. Juli 1924.
31. Chamberlains Bündnispolitik. Hannoverscher Courier, Jahrgang 1924, 24. Juli 1924.
32. Mobilmachung, Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar. Hannoverscher Courier, Jahrgang 1924, 27. Juli 1924.
33. Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ausgang des Weltkrieges (1890—1918). Jahresberichte der deutschen Geschichte, 5. Jahrgang, 1922, S. 98—116.

1925

34. Otto von Bismarck, Deutscher Staat. Ausgewählte Dokumente, eingeleitet von Hans Rothfels. Der Deutsche Staatsgedanke, Reihe 1, Band 24, München (Drei-Masken-Verlag) 1925, XLVII, 436 S.
35. Zum Problem der deutsch-englischen Bündnispolitik in der Epoche Bismarcks. Privatdruck, Berlin 1925, 18 S.
36. Bismarcks sozialpolitische Anschauungen. Deutsche akademische Rundschau, 6. Jahrgang, Nr. 16, S. 1 ff.
37. England und die „Aktivierung“ der Entente im Jahre 1912. Die Kriegsschuldfrage, Band 3, S. 201—211.
38. Entgegnung auf H. Delbrück, Der deutsche Flottenbau und der Weltkrieg, Die Kriegsschuldfrage, Band 3, S. 552—554. Die Kriegsschuldfrage, Band 3, S. 554—558.
39. Das Wesen des russisch-französischen Zweibundes. Archiv für Politik und Geschichte, Band 4, S. 149—160.
40. Die Erinnerungen des Botschafters von Radowitz (Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz, herausgegeben von Hajo Holborn, Stuttgart 1925). Archiv für Politik und Geschichte, Band 4, S. 389—398.
41. Entgegnung auf H. Preller. Der russisch-französische Zweibund. Archiv für Politik und Geschichte, Band 5, S. 65—77. Archiv für Politik und Geschichte, Band 5, S. 78—80.
42. Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ausgang des Weltkrieges (1890—1918), Jahresberichte der deutschen Geschichte. Herausgegeben von V. Loewe und M. Steining, 6. Jahrgang, S. 130—146.
43. Heinrich Ritter von Srbik, Metternich, 2 Bände, München 1925. Deutsche Literaturzeitung, Band 46, Spalte 2193—2202 (Band 1), Spalte 2397—2399 (Band 2).

1926

44. Friedrich der Große in den Krisen des Siebenjährigen Krieges. Historische Zeitschrift, Band 134, S. 14—30.
45. Zur Geschichte der Bismarckschen Innenpolitik. Archiv für Politik und Geschichte, Band 7, S. 284—310.
46. Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Archiv für Politik und Geschichte, Band 7, S. 599—615.

47. Das Kriegstagebuch Kaiser Friedrichs. Preußische Jahrbücher, Band 203, S. 292—296.
48. Die Memoiren des Lord Grey. Die Kriegsschuldfrage, Band 4, S. 151—159.
49. Fünfundzwanzig Jahre Politik. Memoiren von Lord Edward Grey, 2 Bände, München 1926. Preußische Jahrbücher, Band 206, S. 247—250.
50. Theodor von Schön (1773—1856). Königsberger Allgemeine Zeitung, 23. und 24. Dezember, Abend-Ausgabe.

1927

51. Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871—1905). Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv, Heft 6, Berlin 1927. 131 S.
52. Zur Beurteilung Greys. Die Kriegsschuldfrage. Band 5, S. 350—354.
53. Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Bericht über Versammlungen deutscher Historiker, 15. Versammlung, S. 82 ff.
54. Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, 65. Band, S. 24 ff.
55. Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ausgang des Weltkrieges (1890—1918). Jahresberichte 1927, S. 118—131.
56. Die englischen Akten zum Kriegausbruch. Königsberger Allgemeine Zeitung, 30. März, Abendausgabe.

1928

57. Theodor von Schön. Ostpreußische Köpfe. Herausgegeben zu Ehren des langjährigen Leiters der Königsberger Allgemeinen Zeitung, Dr. h. c. Alexander Wynecken, S. 145—150.
58. Geschichte als Schicksal. Europäische Revue, Band 3, S. 734—749.
59. Albertus-Universität Königsberg in Preußen. Das akademische Deutschland, Band 2, Berlin 1928, S. 275—288.
60. Staat und Nation in der Geschichte Dänemarks. Königsberger Auslandsstudien, Band 3, S. 96—117.
61. Geschichte der Krankenversicherungsgesellschaften. Ärztliche Mitteilungen, 29. Jahrgang, S. 220—223.
62. Bismarcks sozialpolitische Anschauungen. Ärztliche Mitteilungen, 29. Jahrgang, S. 988—991.
63. Denkwürdigkeiten des Botschafters H. L. von Schweinitz. Herausgegeben von W. von Schweinitz, 2 Bände, Berlin 1927. Historische Zeitschrift, Band 138, S. 71—78.

1929

64. Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik. Königsberger Universitätsreden 3, Königsberg (Graefe & Unzer) 1929, 20 S.
65. Die Universitäten und der Schuldspruch von Versailles. Königsberger Universitätsreden 5, Königsberg (Graefe & Unzer) 1929, 20 S.
66. Bismarck und J. Jacoby. Königsberger Beiträge, Festgabe zur vierhundertjährigen Jubelfeier der Staats- und Universitätsbibliothek zu Königsberg/Preußen. Herausgegeben von Carl Diesch, Königsberg 1929, S. 316—325.
67. Wolfgang Kapp, Deutsches biographisches Jahrbuch, Band 4 (1922), S. 132—143.
68. Zur Einführung. Königsberger Auslandsstudien, Band 4, S. 5—8.
69. Hermann Oncken, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863—1870 und der Ursprung des Krieges 1870/71, 3 Bände, Stuttgart 1926. Deutsche Literaturzeitung, Band 50, Spalte 772—779.
70. E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890—1894, Stuttgart und Berlin 1929. Deutsche Literaturzeitung, Band 50, Spalte 2304—2316.

1930

71. Über die Aufgaben Ostpreußens in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig (Insel-Verlag, Privatdruck) 1930, 11 S.
72. Ideengeschichte und Parteigeschichte, ein Forschungsbericht. Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft, Band 8, S. 753—786.
73. Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse, 7. Jahrgang, S. 219—240.
74. Europa und das englische Weltreich. Königsberger Auslandsstudien, Band 5, S. 46—67.
75. A. v. Tobien, ein Nekrolog. Historische Zeitschrift, Band 141, S. 223.
76. Nikolaus Japikse, Europa und Bismarcks Friedenspolitik. Die internationalen Beziehungen von 1871 bis 1890, Veröffentlichungen des Niederländischen Comité zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges, Band 1, Berlin 1927; und Ulrich Noack, Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls, Leipzig 1928. Deutsche Literaturzeitung, Band 51, Spalte 2090—2101.

1931

77. Stein und der deutsche Staatsgedanke. Königsberger Universitätsreden 11, Königsberg (Graefe & Unzer) 1931, 21 S.
78. Ost- und Westpreußen zur Zeit der Reform und der Erhebung. Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande, Königsberg 1931, S. 415—437.
79. S. Lee, King Edward VII., 2 Bände, London 1925 und 1927. Historische Zeitschrift, Band 144, S. 383—388.
80. H. Kantorowicz, Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung, Berlin 1929. Historische Zeitschrift, Band 144, S. 604—609.
81. E. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, Stuttgart 1930. Deutsche Literaturzeitung, Band 52, Spalte 1076—1083.

1932

82. Das Auslandsdeutschtum des Ostens. Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Vortragsfolge 1931 (10. Januar 1931). Königsberger Auslandsstudien, Band 7, S. 7—10.
83. Das baltische Deutschtum in Vergangenheit und Gegenwart. Königsberger Auslandsstudien, Band 7, S. 37—61.
84. Gerhard Ritter, Stein, 2 Bände, Stuttgart 1931, und Franz Schnabel, Freiherr vom Stein, Leipzig 1931. Deutsche Literaturzeitung, Band 53, Spalte 743—756.

1933

85. Bismarck und die Nationalitätenfragen des Ostens. Historische Zeitschrift, Band 147, S. 98—105.
86. Studien zur Annexionskrise von 1908/09. Historische Zeitschrift, Bd. 147, S. 320—348.
87. „Korridorhistorie“, Besprechung von LaPologne et la Baltique, Conférences données à la Bibliothèque Polonaise de Paris, Paris 1931. Historische Zeitschrift, Bd. 148, S. 294—300.
88. Das Problem des Nationalismus im Osten. Deutschland und Polen. Herausgegeben von A. Brackmann, München und Berlin 1933, S. 259—270.
89. Über die Aufgaben Ostpreußens in Vergangenheit und Gegenwart. Rede bei der feierlichen Eröffnung der Ostpreußenausstellung in Berlin am 8. Januar 1933. In: Ostpreußen, was es leidet, was es leistet. Herausgegeben vom Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen, 6. Folge, S. 13—21.
90. Deutschland und der Donauraum. Königsberger Allgemeine Zeitung, Jahrgang 1933, 13. Januar 1933, Abendblatt.

91. Bismarck und der Osten, ein Beitrag zu einigen Grundfragen deutscher Geschichtsauffassung. Berichte über Versammlungen deutscher Historiker, 18. Versammlung, S. 43 ff.
92. Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart. Deutsche Gemeindezeitung, 72. Jahrgang, S. 49.

1934

93. Bismarck und der Osten, Leipzig (Hinrichs) 1934, V, 105 S.
94. Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten. Berliner Monatshefte, Jahrgang 12, S. 1—22.
95. Die englisch-russischen Verhandlungen von 1914 über eine Marinekonvention. Berliner Monatshefte, Jahrgang 12, S. 365—372.
96. Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartslage. Deutsche Monatshefte in Polen, Jahrgang 1, 1934/35, S. 214—218.

1935

97. Selbstbestimmungsrecht und Saarabstimmung. Berliner Monatshefte, 13. Jahrgang, S. 32—48.
98. Aus dem Briefwechsel der Oberpräsidenten Th. von Schön und Ed. Flottwell. Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen, Heft 29, S. 101—107.
99. Ein auslandsdeutsches Glückwunschsreiben an Theodor von Schön aus dem Jahre 1844. Altpreußische Forschungen, Jahrgang 12, S. 87—92.
100. Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden. Königsberger Historische Forschungen. Band 7, Leipzig (Hinrichs) 1935, X, 256 S. Enthält in z. T. veränderter Form die unter den folgenden Nummern bisher aufgeführten Aufsätze: 40, 51, 52, 57, 64, 66, 69, 70, 79, 81, 82, 89, 90; außerdem: Universität und Auslandsdeutschtum, S. 124—128, Deutschland und der Donaauraum, S. 223—227, Das Werden des Mitteleuropagedankens, S. 228—248.
101. Zur Lebensgeschichte Holsteins. Historische Zeitschrift, Band 151, S. 545—552.
102. Zum Tode Lord Greys. Berliner Monatshefte, 13. Jahrgang, S. 937—944.
103. H. Oncken, Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Teil 1 und 2. Der große Krieg, Band 6 und 7, Leipzig und München 1933. Historische Zeitschrift, Band 151, S. 140—144.

Aus den Jahren 1918 bis 1935 liegen ferner zahlreiche Rezensionen vor, die hier nicht einzeln aufgeführt werden. Sie finden sich vor allem in folgenden Zeitschriften: Preußische Jahrbücher, Band 173 (1918) bis 206 (1926), Historische Zeitschrift, Band 121 (1920) bis 152 (1935).

Die Historische Zeitschrift wurde von Band 137 (1928) bis Band 151 (1935) mit von Hans Rothfels herausgegeben.

Archiv für Politik und Geschichte, Band 3 (1924) bis 5 (1925). Deutsche Literaturzeitung, Band 46 (1925) bis 56 (1935). Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 22 (1930). Zeitschrift für Politik, Band 21 (1931). Berliner Monatshefte, Band 12 (1934) und 13 (1935). Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.

1937

104. Theodor von Schön, Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, 13. Jahrgang, Geisteswissenschaftliche Klasse, Heft 2, Halle (Niemeyer) 1937, 213 S.

1938

105. Bismarcks Social Policy and the Problem of State Socialism in Germany. The Sociological Review, Band 30, S. 81—94, 288—302.

1940

106. Russians and Germans in the Baltic. *Contemporary Review*, Band 157, S. 320—332.

1943

107. Carl von Clausewitz (*Makers of Modern Strategy*, ed. P. M. Earle), S. 93—113. Princeton 1943.

1944

108. The Baltic Provinces: Some historic Aspects and Perspectives. *Journal of Central European Affairs*, Band 4, S. 117—146.

1945

109. Russia and Central Europe. *Social Research*, Band 12, S. 304—327.

1946

110. Frontiers and Mass Migrations in Eastern Central Europe. *The Review of Politics*, Band 8, S. 37—67.

1947

111. Stein und die Neugründung der Selbstverwaltung. *Deutsche Beiträge zur geistigen Überlieferung*, Chicago 1947, S. 154—168.
 112. Problems of a Bismarck Biography. *The Review of Politics*. Band 9, S. 362—380 (Übersetzt in *Deutsche Beiträge*, Nymphenburg 1948).
 113. *Deutsche geschichtliche Literatur*. Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft, Chicago, Band 4, S. 37—44.
 114. Rez. Namier, L. B., 1848, *The Revolution of the Intellectuals*. *Journal of Modern History* XIX, S. 167—169.

1948

115. *The German Opposition to Hitler*. Hinsdale, Illinois.
 116. 1848 — One hundred Years after. *Journal of Modern History*, Band 20, S. 291—319.

1949

117. *Die Deutsche Opposition gegen Hitler*. Krefeld.
 118. Geleitwort zu: A. O. Meyer, *Bismarck*. Stuttgart.
 119. Wiederaufbau und Flüchtlingsproblem. In: Mitteilungen der Literarischen Gesellschaft, Chicago, Band 6, S. 7—39.
 120. Dulles, Allen Welsh, *Germany's Underground*. *Historische Zeitschrift* 169.1, 133—135.
 121. Wiskemann, Eliz., *The Rome-Berlin Axis*. *Air University. Quarterly Review* III, 3, S. 86—88.

1950

122. *The Saar Problem in 1950. American Perspective*, Band 4, S. 293—304.
 123. *Bismarck und das 19. Jahrhundert*. In: *Schicksalswege deutscher Vergangenheit*, Düsseldorf. S. 233—248. Festschrift für S. A. Kaehler.
 124. *Vom Primat der Außenpolitik*. *Außenpolitik*, Jahrgang 1, S. 274—283.
 125. Rudolf Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*. *Historische Zeitschrift* 170, S. 383—386.

1951

- 126. International Aspects of the German Opposition to Hitler. Measure II.
- 127. Ranke und die geschichtliche Welt. Deutsche Beiträge zur geistigen Überlieferung II, Chicago.
- 128. Sprache, Nationalität und Völkergemeinschaft. Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg, Band 1.
Weitere Rezensionen aus den Jahren 1946 bis 1950 besonders in American Historical Review, Band 52 (1946), Journal of Central European Affairs, Band 7 (1947), German Books, Band 1 und 2 (1948 und 1949).

**SOMERVILLE COLLEGE
LIBRARY**



KV-388-967